



Magnus Råde

England und Kurpfalz im werdenden Mächteuropa (1608–1632)

Konfession - Dynastie - kulturelle Ausdrucksformen

Kohlhammer

Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche
Landeskunde in Baden-Württemberg

Reihe B

Forschungen

166. Band

VERÖFFENTLICHUNGEN DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTLICHE LANDESKUNDE
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

REIHE B

Forschungen

166. Band

Redaktion:
Johanna Butters

Magnus Råde

England und Kurpfalz im werdenden Mächteuropa (1608–1632)

Konfession – Dynastie – kulturelle Ausdrucksformen

2007

W. KOHLHAMMER VERLAG STUTTGART

Einband:
De aankomst van Frederik V. van de Palts en Elizabeth Stuart te Vlissingen
on 29 april 1613
Ausschnitt aus dem Ölgemälde von Hendrick Cornelisz. Vroom (1623)
Frans Hals Museum Haarlem, Inv. Nr. OS I-346

D 44



Diese Publikation ist auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier gedruckt

Alle Rechte vorbehalten
© 2007 by Kommission für geschichtliche Landeskunde
in Baden-Württemberg, Stuttgart
Kommissionsverlag W. Kohlhammer Stuttgart
Gesamtherstellung: Gulde-Druck GmbH & Co. KG, Tübingen
Printed in Germany
ISBN 978-3-17-019481-6

*Meinen Eltern
Monika und Wilfried Rude*

Vorwort

Zahlreiche Menschen halfen mit, der hier vorliegenden Arbeit zu den englisch-kurpfälzischen Beziehungen ein fruchtbares Arbeitsumfeld zu bereiten. Ihnen allen bin ich zu Dank verpflichtet.

An erster Stelle möchte ich meinem Betreuer Heinz Schilling (Humboldt-Universität zu Berlin) danken, der mich nach dem Wechsel von Heidelberg nach Berlin für die Frühe Neuzeit im Allgemeinen und für die Konfessionalisierungsforschung im Besonderen begeisterte. Seine unbeirrbar Vorstellung von guter Wissenschaft und sein gesunder Skeptizismus gegenüber akademischen Moden lieferten eine hilfreiche Orientierung für meine Arbeit. Allzu modernisierungseuphorische Auswüchse der Untersuchung konnten dank der mediävistischen Perspektive von Johannes Helmraht (Humboldt-Universität zu Berlin) unterbunden werden, für dessen Betreuungsarbeit ich mich ebenfalls bedanken möchte.

Mit Ideen alleine gedeiht noch keine Wissenschaft. Dank der großzügigen finanziellen, aber auch ideellen Unterstützung durch die Studienstiftung des Deutschen Volkes in Gestalt eines zweijährigen Promotionsstipendiums konnte ich konzentriert meine Arbeiten an den englisch-kurpfälzischen Beziehungen verfolgen. Das Deutsche Historische Institut (DHI) in London gewährte mir ein viermonatiges Stipendium für meine Forschungen in englischen Archiven und Bibliotheken. Der Aufenthalt in den Archives Nationales sowie in der Bibliothèque Nationale de France wurde durch ein einmonatiges Forschungsstipendium des DHI Paris unterstützt. Die US-amerikanische Botschaft in Berlin finanzierte meine Teilnahme an der Konferenz „Culture and International History“ der Wittenberger Stiftung Leucorea, die wichtige Anregungen für meine Untersuchung lieferte. Den Verantwortlichen in den genannten Institutionen möchte ich für die Unterstützung danken.

Während meiner Arbeit wurde ich häufig von kompetentem Archiv- und Bibliothekspersonal unterstützt. An dieser Stelle danke ich vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Herzog August-Bibliothek Wolfenbüttel, des Public Record Office und der British Library in London, der Universitätsbibliotheken in Cambridge und Oxford, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und Geheimes Hausarchivs München sowie der Staatsbibliotheken in München und Berlin für die Hilfsbereitschaft und die Geduld angesichts meiner zahlreichen Nachfragen.

Hilfreiche Kritik und wertvolle inhaltliche Anregungen erhielt ich in verschiedenen Forschungskolloquien. Ich möchte vor allem den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kolloquien von Johannes Helmraht, Ronald G. Asch (Universität Freiburg) sowie des DHI London für die Möglichkeit danken, als „Externer“ meine Arbeit vorzustellen.

Bei der Niederschrift der Dissertation waren mir Matthias Pohlig und Ute Lotz-Heumann (beide Humboldt-Universität zu Berlin), Frieder Mißfelder (Universität

VIII

Zürich) sowie Saphena Gohil (Berlin) verlässliche Leser der Manuskriptentwürfe. Durch ihre kritische Würdigung hat die Dissertation viel gewonnen. Mein Dank gilt auch der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, die meine Arbeit in ihre Reihe B der Forschungen aufgenommen hat. Für die gute Zusammenarbeit während der Drucklegung danke ich besonders Johanna Butters.

Viele inhaltliche Anregungen für die sozialwissenschaftlichen Aspekte der Arbeit erhielt ich von meiner Frau Uta Bielfeldt, der ich zudem für den Zuspruch und für ihre stete Zuversicht sehr danken möchte. Mein besonderer Dank gilt schließlich meinen Eltern Monika und Wilfried Rüde für die großzügige Unterstützung der letzten Jahre. Ihnen sei diese Arbeit gewidmet.

Die Arbeit wurde an der Philosophischen Fakultät I der Humboldt-Universität zu Berlin als Dissertation eingereicht (Dekan: Oswald Schwemmer). Die Verteidigung fand am 21. Dezember 2004 unter Vorsitz von Hartmut Kaelble sowie unter Mitwirkung der beiden Gutachter Heinz Schilling und Johannes Helmraath statt.

Berlin, im November 2006

Magnus Rüde

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	XII
Nachweise	XII
Abkürzungen und Siglen	XIII
Quellen und Literatur	XV
Ungedruckte Quellen	XV
Gedruckte Quellen	XV
Darstellungen	XXIII
Einleitung	1
I. Englische und kurpfälzische Außenpolitik im Mächtesystem um 1600 ..	15
1. Das europäische Mächtesystem um 1600	16
a) Der amorphe Leviathan – Staatsgenese und die Herausbildung eines internationalen Systems	16
b) Die normative Kraft des Faktischen – Institutionen und Institutionalierungsprozesse in den frühneuzeitlichen Mächtebeziehungen	20
c) Komplexitätsreduktion in einer unübersichtlichen Welt – Staatsräson, Konfession und Dynastie als Leitfaktoren in den zwischenstaatlichen Beziehungen	24
d) Souverän ist, wer über den Diskurs entscheidet – Öffentlichkeitsstrukturen und Kommunikationsstrategien in den internationalen Beziehungen der Frühen Neuzeit.	30
2. Territorium, Verfassung und Administration	41
a) Eine unzureichende Großmacht – territoriale, konstitutionelle und fiskalische Voraussetzungen englischer Außenpolitik 1608–1632	41
b) Zwischen personalem Lehnsystem und frühmoderner Staatsbildung – Territorium und Verfassung der Kurpfalz um 1600	46
c) Zwischen Kooperation und Konflikt – englische Außenpolitik im Kräftedreieck von Privy Council, Court und Parlament	50
d) Heidelbergs machtvolles Aktionszentrum – kurpfälzische Außenpolitik zwischen Universität, Zentralregierung und Hof	55
3. Akteure und ihr Umfeld	60
a) Netzwerkstrukturen und Akteurshandeln – organisationssoziologische Voraussetzungen frühneuzeitlicher Außenpolitik	60
b) Diplomatie im Schatten von Patronage – höfischer Adel und Faktionswesen unter den frühen Stuarts	63
c) Zwischen Territorialstaat und Mächtesystem – Herkunft und Zusammensetzung Kurpfälzer Eliten um 1600	65
d) Die interessierten Dritten – England und Kurpfalz im Netzwerk der protestantischen Internationale	70

4. Konfession und Dynastie	76
a) Die Suche nach der <i>Via Media</i> – die englische Kirche im Spannungsfeld von protestantischer Radikalität und katholischer Opposition	76
b) Protestantische Militanz als Ausdruck politischer Unsicherheit – die religionsrechtliche Sonderrolle der Kurpfalz im bikonfessionellen Reich ..	81
c) Patriarchalische Ordnung als Schutz vor dem konfessionellen Chaos – dynastische Legitimität und monarchische Herrschaftsauffassung der frühen Stuarts	88
d) Rangerhöhung als dynastische Rason – die Pfälzer Wittelsbacher zwischen innerfamiliärer Konkurrenz und „quasi-königlicher“ Politik	92
Zwischenergebnis	97
II. Englisch-kurpfälzische Außenpolitik und diplomatische Beziehungen 1608–1632	101
1. Grundlinien außenpolitischen Handelns Englands und der Kurpfalz bis 1608	102
a) Unsichere Allianzsysteme – Europa und das Reich zu Beginn des 17. Jahrhunderts	102
b) Die überschätzte protestantische Führungsmacht – Grundlinien englischer Außenpolitik der späten Tudor- und frühen Stuartzeit	104
c) Macht- und Konfessionspolitik als Staatsräson – Grundlinien kurpfälzischer Außenpolitik bis 1608	111
2. Vom antihabsburgischen Bündnis zum protestantischen Mächteblock 1608–1613	117
a) <i>Teutsche Libertät</i> gegen Habsburger Machtanspruch – die Kurpfalz, die Union und das Bündnis mit Frankreich 1608–1610	117
b) Renversement des Alliances? – Frankreich, Neuburg und die Grenzen überkonfessioneller Bündnispolitik gegen das Haus Habsburg 1610–1614 ..	125
c) Auf dem Weg zur protestantischen Internationale – die Kurpfalz, die Union und das Bündnis mit England und den Niederlanden 1610–1613 ...	134
d) Tu, felix Anglia, nube? – dynastische Bündnispläne Englands 1610–1613 im Kontext konfessioneller Blockbildung	140
3. Auf dem Weg in den Krieg 1613–1622	151
a) Außenpolitik und höfische Politik – die Neuordnung des englischen und kurpfälzischen Machtzentrums nach dem Bündnisschluss von 1613	151
b) Von der Adria bis zur Kaiserkrone – außenpolitische Projekte Englands und der Kurpfalz 1613–1619	157
c) Der Griff nach der böhmischen Krone – England, die Kurpfalz und der böhmische Aufstand 1618–1619 als Testfall protestantischer Allianzpolitik	165
d) Die protestantische Internationale versagt – der böhmisch-kurpfälzische Krieg 1620–1622 und der Zusammenbruch des Kurpfälzer Bündnissystems	177
4. Englische Außenpolitik im Schatten der Pfalzfrage 1621–1632	187
a) Außenpolitik als Frage der Klientelpolitik – englische Hoffaktionen und die Kurpfälzer Exilregierung 1621–1632	187
b) <i>Pax sub clypeo</i> – Kriege und Verhandlungen als Doppelstrategie zur Restitution der Kurpfalz	193

c) Der Kampf um die Pfalz als „Erbfolgekrieg“ – Pfälzer Kurwürde und dynastische Projekte in der englisch-kurpfälzischen Diplomatie 1621–1632	204
d) Der Kampf um die Pfalz als Religionskrieg – das religiöse Argument in den Verhandlungen und Kriegen um die Pfalz	212
Zwischenergebnis	221
III. Kulturelle Ausdrucksformen englisch-kurpfälzischer Beziehungen 1608–1632	225
1. Englisch-kurpfälzische Beziehungen als Thema der außerhöfischen Öffentlichkeit	226
a) <i>If state affairs were publick bables</i> – Aushandlungsprozesse und Themen in der populären Wahrnehmung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen	226
b) <i>Natur did Designe us to be warriors</i> – die dramatische Verarbeitung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen auf der englischen Bühne	236
c) <i>Make this Rhyne and Thame an ocean</i> – die Eheallianz von 1613 in der englischen Lyrik	243
2. Englisch-kurpfälzische Beziehungen als Thema der gelehrten Öffentlichkeit	251
a) <i>Verleumbder und privat Scribenten</i> – die rechtsgelehrten Auseinandersetzungen um die Pfälzer Administration und Kurwürde	251
b) <i>The Curse of Meroz may light upon us</i> – englisch-kurpfälzische Beziehungen im Spiegel theologischer Traktate	256
c) <i>To seeke the Palatinate in America</i> – die Pfalzpolitik von Jakob I. in den englischen Strategiedebatten der 1620er Jahre	262
3. Englisch-kurpfälzische Beziehungen als Thema der höfischen Öffentlichkeit	268
a) Außenpolitik als höfischer Aushandlungsprozess – Themen und Entwicklungen in der Hofkultur Englands und der Kurpfalz bis 1613	268
b) <i>Additur Germaniae Robur Britannicum</i> – die Londoner Feierlichkeiten anlässlich der englisch-kurpfälzischen Hochzeit 1613	273
c) <i>Tam iuris quam facti</i> – der englisch-kurpfälzische Konvoi durch die Niederlande und das Rheinland 1613 als Pfälzer Machtdemonstration	281
d) <i>Von aufzügen geschehen allerhandt praeparatoria</i> – das Kurpfälzer Hochzeitsfest 1613 und die Rezeption der englischen Hofkultur	285
Zwischenergebnis	296
Ergebnisse	299
Abbildungen	309
Register	317
Orte	317
Personen	320

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Das Schiff Argo mit Jason, den Argonauten und dem Orakel von Delphi im Mastbaum.	310
Abb. 2: Vorderseite Triumphbogen auf dem Marktplatz von Oppenheim.	311
Abb. 3: Triumphsäulen und Inschriftentafel der Stadt Frankenthal.	312
Abb. 4: Hauptportal auf dem Vorhof des Heidelberger Schlosses.	313
Abb. 5: Rückseite Triumphbogen auf dem Marktplatz von Oppenheim.	314
Abb. 6: Ankunft von Friedrich V. von der Pfalz und Elisabeth Stuart in Vlissingen am 29. April 1613.	315

Nachweise

- Abb. 1–5: Kupferstiche aus „Beschreibung der Reiss: Empfahun[n]g dess Ritterlichen Ordens: Vollbringung des Heyraths: vnd gluecklicher Heimfuehrung: [...]: Des Herrn Friederichen deß Fuenften/[...]. Mit der [...] Princessin/ Elisabethen[n]/ [...], Heidelberg 1613. Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, 197.15 Hist.
- Abb. 6: Ölgemalde 203×409 cm von Hendrick Cornelisz. Vroom (1566–1640), 1623. Frans Hals Museum Haarlem, Inv. Nr. 05 I - 346

Abkürzungen und Siglen

Abb.	Abbildung
Abt.	Abteilung
Add.	Additional
AHR	American Historical Review
AKG	Archiv für Kulturgeschichte
AN	Archives Nationales, Paris
Anm.	Anmerkung
ARG	Archiv für Reformationsgeschichte
BBKL	Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon
Bd./Bde.	Band/Bände
bearb.v.	bearbeitet von
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
BL	British Library, London
BN	Bibliothèque Nationale, Paris
BuA	Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges
Col.	Collection
CSP	Calendar of State Papers
Ders./Dies.	Derselbe/Dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
ebd.	ebenda
EHQ	European History Quarterly
EHR	English Historical Review
fol.	Folio
f./ff.	folgende/fortfolgende
GHA	Geheimes Hausarchiv der Wittelsbacher, München
GLA	Generallandesarchiv, Karlsruhe
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
Hg./Hgg.	ein/mehrere Herausgeber
hg. v.	herausgegeben von
HZ	Historische Zeitschrift
i.Vorb.	in Vorbereitung
KB	Kasten blau
KS	Kasten schwarz
LPL	Lambeth Palace Library, London
MIÖG	Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung
MSS	Manuscripts
ND	Neudruck
NDB	Neue Deutsche Biographie
NF	Neue Folge
Nr.	Nummer
[o.J.]	ohne Jahr
[o.O.]	ohne Ort
PRO	Public Record Office, London
Red.	Redaktion
SP	State Papers
TRE	Theologische Realenzyklopädie

XIV

u.a.	und andere
UB HD	Universitätsbibliothek Heidelberg
unveröfftl.	unveröffentlicht
vgl.	vergleiche
ZBLG	Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
ZHF	Zeitschrift für Historische Forschung
zit. n.	zitiert nach

Quellen und Literatur

Ungedruckte Quellen

Karlsruhe

Generallandesarchiv (GLA): Abt. 67: Pfälzer Kopialbücher und Bestand 77: Pfalz Generalia.

London

British Library (BL): Manuscripts Additional, Cottons, Egerton, Harleian, Lansdowne, Royal, Sloane sowie Stowe.

Lambeth Palace Library (LPL): Manuscripts.

Public Record Office (PRO): State Papers Foreign Affairs: France, Germany sowie Netherlands.

München

Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA): Kasten Blau sowie Kasten Schwarz „Protestantische Korrespondenz“.

Abt. III Geheimes Hausarchiv (GHA): Korrespondenz-Akten und Hausurkunden.

Paris

Archives Nationales (AN): 273-AP-179; AB/XIX/3624; R2/53.

Bibliothèque Nationale (BN): Collection Dupuy und Moreau.

Gedruckte Quellen

ABBOT, George: The Coppie of a Letter sent from my Lords Grace of Canterburie Shewing the Grave and Weighty Reasons which Induced the King's Majestie to Prescribe those former Directions for Preachers, Oxford 1622.

DERS.: A Treatise of the Perpetuall Visibilitie, and Succession of the True Church in all Ages, London 1624.

AKRIGG, George P.V. (Hg.): Letters of King James VI & I, Berkeley u.a. 1984.

Allgemeine Deutsche Biographie, Leipzig 1875–1912.

ALLYNE, Robert: Teares of Ioy Shed At the Happy Departure from Great Britaine, of the Two Paragons of the Christian World. Fredericke and Elizabeth [...], London 1613.

ALTING, Heinrich: A Votive Oration for the Auspicial Government of the most High and Mightie Prince and Lord, L. Fredericke the V. Palatine of Rhene, [...]. Made the last day of September AD 1614. [...], London 1615.

Annual Bibliography of British and Irish History, hg. v. d. Royal Historical Society, London 1975ff.

ANONYM.: The Affaires of the World for this Present Weeke: Relating: [...] A large Relation of [Monsieur] Tillies March and Strength, to Encounter with the Duke of Brunswicke. The State of the Palatinate. [...]. June 16., Numb. 36, London 1623.

ANONYM.: Babilon is fallen. Wherein briefly is unfolded All the matters of greatest moment, which hath hapned from the rising of Julius Cesar Emperor of Rome to the present affaires (now) in Germany: [...], London 1620.

ANONYM.: Bohemica Jura Defensa. The Bohemian Lawes or Rights defended, Against the Informer. Or An Answer to an Information, falsly so called, secretly printed and divulged against

- the Writings published by the States of Bohemia. Translated out of Latin by J[ohn] H[arrison], London 1620.
- ANONYM.: Beschreibung der Reiss: Empfahun[n]g dess Ritterlichen Ordens: Vollbringung des Heyraths: vnd gluecklicher Heimfuehrung: [...]: Des Herrn Friederichen dess Fuentfen/ [...]. Mit der Princessin/ Elisabethen[n]/ [...] Heidelberg 1613.
- ANONYM.: Cabala, Mysteries of State, in Letters of the great Ministers of King James and King Charles. Wherein Much of the Publique Manage of Affaires is Related. Faithfully Collected by a Noble Hand, London 1654.
- ANONYM.: Churfürstlicher Hochzeitlicher HeimführungsTriumph. Das ist: Kurtze und eigentliche erzehlung/ des hochansehnlichen Freudenfests und Triumphs/ so bey der Churfürstlichen Hochzeitlichen Heimführung [...] Friderichs[...] unnd Frawen Elisabethen [...] in der Churfürstl. Pfalz/ zu Franckenthal/ und der Churfürstl. Haupt und Residenz-Stadt Heidelberg/ angestellt und getrieben worden [...], Heidelberg 1613.
- ANONYM.: Confirmirter und (Gott lob) noch immerbleibender Pfaltz: Böhemischer angefangener Winter: und hinauß wehrender Sommer Löw, [o.O.] 1620.
- ANONYM.: Coppies of Letters sent from Personages Of Accompt unto divers Personages of Worth in London. Truly Relating all such remarkable Occurrences as have Hapned in the Palatinate from the 30th of May to the 11th of June. [...], London 1622.
- ANONYM.: The Court and Times of James the First. Illustrated by authentic and confidential Letters, from various Public and Private Collections, Bd. 1, London 1848.
- ANONYM.: Emblemata, Welche das Leben, die Thaten, Sitten, und wunderbare verwandlung deß Signor Spangiols deutlich erklären/ zuvor in Castilianischer/ darnach in Niederländischer und Frantzösischer/ und jetzt in hochteutscher Sprach beschriebln, [o.O.] [o.J.]
- ANONYM.: Engelländische Weckglock. Oder ein trewe und recht Patriotische Warnung/ an den König in Groß Britannien Jacobum 5. daß S. Matt. sich hinfüro nit mehr von Spanien/ wie bißhero beschehen/ betrogen lassen/ [...], [o.O.] 1624.
- ANONYM.: Fernerer und vollkommener bericht/ von des Durchlechtigsten hochgebornen Fürsten und Herrn/ Herrn Philips Ludwigen Pfalzgraffen bey Rhein [...] so iren F.G. wegen der angefallenen Tutel und Administration in der Chur Pfalz gebüret/ sampt kurzer/ aber gründtlicher Widerlegung aller der jenigen Praetensionen, so bißhero darwider spargirt worden, Düsseldorf 1611.
- ANONYM.: First from Constantinople Shewing the Establishing of Princely Amurath. [...] From Bavaria, with his Endeavours to Establish Himselbe in his Greatnesse. [...]. Decemb. 11. Number 6, London 1623.
- ANONYM.: Franckenthalischer Triumph und Frewden-Spruch. Das ist: Kurzer Bericht wie die Spanische Armada [...] vor Franckenthal gerucht/ dasselbige hart belagert/ [...]/ auch wie sie im Monat Octobri, deß 1621 Jahrs/ mit verlust etlicher tausendt Mann [...] weichen und abziehen müssen, [o.O.] [1621].
- ANONYM.: A full declaration of the Faith and Ceremonies Professed in the Dominions of [...] Prince Fredericke, [...]. Published for the Benefit and Satisfaction of all Gods People. According to the Originall Printed in the High Dutch Tongue. Translated into English by John Rolte, London 1614.
- ANONYM.: The King of Bohemia's Welcome to Count Mansfield, And into the Palatinate: With the Defeat of Bavaria's and Monsieur Tilley's Army, since his Arrivall [...], [o.O.] 1622.
- ANONYM.: Kurtze Anzeig/ Daß dem Durchlechtigsten hochgebornen Fürsten unnd Herrn/ Herrn Philipps Ludwigen Pfalzgraven bey Rhein/ Vormund und der Churfrl. Pfalz Administration uber die hinderlaßne Churfürstliche Pfalzgrävische pupillen, unnd derselben zugehörige Land unnd Leut einig unnd allein zustendig seie, Laugingen 1610.
- ANONYM.: Kurtze und eigentliche beschreibung alles dessen, Was bei dem einritt dess Durchlechtigst. F. und H.H. Friederich Churf. Pfaltzg. bei Rhein, Hertzog in Beyern &c. mit derselben C. Gn Königlich Ehegemahl Fraw Elisabethen princessin zu groß Britannien, zu Franckenthal ahngestellt und gehalten worden, Frankenthal 1613.

- ANONYM.: Kurtzes Gegen-Bedencken und Bericht/ Von der Churfürstl. Pfaltz Vicariats-Gerechtigkeit, [o.O.] 1614.
- ANONYM.: The Last Newes from Bohemia, with all the adjoining Provinces that be now up in Armes. Wherein is related all the Passages that have happened since the high and mighty Prince Elector Palatine of the Rhine was elected and Crowned King of Bohemia. With other Accidents very delightfull to the Reader, [o.O.] 1620.
- ANONYM.: Leones Trivmphantes: Das ist/ Magische Figuren der Triumphirenden Löwen/ Welche Gott nach seiner Weißheit erhaben und groß gemacht hat/ So vor vil hundert Jahren propheceyet/ und sich auff jetzt gegenwertige und hernach folgende Zeit als der 1621. 1622. unnd 1623. Jahren erstrecken, [o.O.] [1620].
- ANONYM.: Letters from and to Sir Dudley Carleton, Knight, during his Embassy in Holland, from January 1616, to December 1620, London 1757.
- ANONYM.: The Magnificent, Princely, and most Royall Entertainments given to [...], Frederick, [...] and Elizabeth, [...]. Together with A true Relation of all the Gifts, Presentations, Showes, Pageants, Fire-workes, and other Sumptuous Triumphs in every Place where the said Princes were lodged, [...], London 1613.
- ANONYM.: The Marriage of Prince Fredericke, and [...] the Lady Elizabeth, upon Shrovesunday last. With the Showes on Land and Water, before, and after the Wedding, as also the Maskes and Revells in his Highnes Court, with the Running at the Ring, [...], London 1613.
- ANONYM.: More Newes From the Palatinate; and More Comfort to every true Christian, that either favoureth the Cause of Religion, or wisheth well to the King of Bohemia's Proceedings. According to faithfull and honest Letters, sent over since the Beginning of March, and now published for the satisfaction of every true English Heart, [o.O.] 1622.
- ANONYM.: The Negotiations of Sir Thomas Roe, in his Embassy to the Ottoman Porte, from the year 1621 to 1628 inclusive [...], London 1740.
- ANONYM.: The Newes and Affaires of Europe, more particularly. [...]. March 6. Numero 16, London 1624.
- ANONYM.: Newes from the Palatinate. A True and Comfortable Relation of the Wonderfull Proceedings of Count Mansfield, from his First Comming into the Palatinate untill this Present Moneth. [...], Den Haag 1622.
- ANONYM.: Palladis Posaun vom Triumph Jasonis. Beneben dem dazu gehörigen Cartel und Reimen. [...], [o.O.] [1613].
- ANONYM.: The Popes Complaint to his Minion Cardinals, against the Good Successe of the Bohemians and their Generall Proceedings, [o.O.] 1620.
- ANONYM.: The Relation of all the last Passages of the Warres in the Palatinate, And how both Armies have disposed themselves unto further Enterprises. [...], London 1622.
- ANONYM.: Relationes oder Ordenliche Beschreibung/ Wie Pfalzgraff Friderich Churfürst/ von dem König in Engellandt Jacobo I. zu einem Ritter des Ordens Dela Iartire, geschlagen worden. [...], Augsburg 1613.
- ANONYM.: Rettung des Chur-Pfältzischen Vicariats: Wider eine im nechst vershienen 1614ten Jahr ausgangene Schmähschrift/ intituliert/ Kurtzes Gegenbedencken und Bericht von der Churfl. Pfaltz Vicariatsgerechtigkeit: Zu besterckung der Wahrheit in Druck gegeben, Heidelberg 1615.
- ANONYM.: A Sermon, Preached before [...] Fredericke 5. Prince Elector Palatine, [...] And the Princessse Lady Elizabeth, &c. Preached in the Castle-Chappell at Heidelberg the 8. of June 1613 [...]. Translated out of High Dutch by Ia. Medlux D. and one of his Maiesties Chaplaines, London 1613.
- ANONYM.: Three Great Overthrowes One In the Palatinate, against Monsieur Tilley, the Duke of Bavaria's Generall: Given by the King of Bohemia himselfe, being in Person in the same Battell, with Sir Horatio Vere, [...], [o.O.] 1622.
- ANONYM.: Troubles in Bohemia, and divers other Kingdomes. Procured by the Divellish Practises of State-medling Jesuites. [...], London 1619.

- ANONYM.: A True and Ample Relation of all such Occurrences as have Happened in the Palatinate since the First of June 1622. Truly Related in a Letter, Received from Doctor Welles the tenth of June 1622, London 1622.
- ANONYM.: A True Relation of the Affaires of Europe, especially, France, Flanders, and the Palatinate. Whereby you may see the present Estate of her Provinces, and Conjecture what these Troubles and Wars may produce, [...]. The 4. of Octob. 1622, London 1622.
- ANONYM.: A True Relation Of the bloody Execution, lately performed by the Commaundment of the Emperours Majestie, upon the Persons of some Chiefe States-men, and others; in Prague [...], [o.O.] 1621.
- ANONYM.: Versammlung unnd Zusammenkunfft etlicher hohen Teutschen und Außländischen Kriegsfürsten/ Auch grosse Verwunderung/ der so in kurzer Zeit von Marquis Spinola eingennommener Stätt/ Schlösser und schönen Märckt/ so wol in der Pfalz/ als im Teutschen Reich. [o.O.] [1620].
- ANONYM.: Von Deß heiligen Römischen Reichs/ der Chur Fürstlichen Pfaltz zustehendem Vicariat, Kurtzer Bericht. Auß gewissen Ursachen nothwendig in Truck gegeben, Heidelberg 1614.
- ARETIN, Johann Ch. von: Sammlung noch ungedruckter Briefe des Churfürsten Friedrich von der Pfaltz, nachherigen Königs von Böhmen (1612–1632), München 1806.
- ARNISAËUS, Henning: De Jure Majestatis Libri Tres, Frankfurt 1610.
- BAKER, Lily M. (Hg.): The Letters of Elizabeth Queen of Bohemia, London 1953.
- [BARLOW, William]: Two Letters or Embassies. The one Sent by the States of Bohemia, to the Elector of Saxony: The other from the Popes Holines to the Emperour, Concerning the Troubles of Germany, Amsterdam 1620.
- BARNES, Thomas: Vox Belli, or, An Alarum to Warre, London 1626.
- BAUTZ, Friedrich W. (Hg.): Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Hamm (Westf.) 1975ff.
- BELL, Gary M.: Handlist of British Diplomatic Representatives: 1509–1688, London 1990.
- BODIN, Jean: De Republica Libri Sex, [...], [o.O.] ⁴1601.
- BOWERS, Fredson (Hg.): The Dramatic Works of Thomas Dekker, Bd. 3, Cambridge 1958.
- Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher, hg. v. d. Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hg.):
- Bd. I: Die Gründung der Union 1598–1608, bearb. v. Moriz RITTER, München 1870.
- Bd. II: Die Union und Heinrich IV. 1607–1609, bearb. v. Moriz RITTER, München 1874.
- Bd. III: Der Jülicher Erbfolgekrieg, bearb. v. Moriz RITTER, München 1877.
- Bd. VI: Vom Reichstag 1608 bis zur Gründung der Liga, bearb. v. Felix STIEVE, München 1895.
- Bd. IX: Vom Einfall des Passauer Kriegsvolks bis zum Nürnberger Kurfürstentag, bearb. v. Anton CHROUST, München 1903.
- Bd. X: Der Ausgang der Regierung Rudolfs II. und die Anfänge des Kaisers Matthias, bearb. v. Anton CHROUST, München 1906.
- Bd. XI: Der Reichstag von 1613, bearb. v. Anton CHROUST, München 1909.
- Bd. XII: ALTMANN, Hugo: Die Reichspolitik Maximilians I. von Bayern 1613–1618, München 1978.
- BROMLEY, George (Hg.): A Collection of Original Royal Letters. Written by King Charles the First and Second, King James the Second, And the King and Queen of Bohemia; together with Original Letters, Written by Prince Rupert, Charles Louis Count Palatine, the Duchess of Hanover, And several other Distinguished Persons. From the Year 1619 to 1665, London 1787.
- BROWN, Horatio/HINDS, Allen B. (Hgg.): Calendar of State Papers and Manuscripts, Relating to English Affairs, Existing in the Archives and Collections of Venice and in other Libraries of Northern Italy, Bde. 10–23 (1603–1633), London 1900ff.

- BRUCE, John/GREEN, Mary A.E. (Hgg.): Calendar of State Papers, Domestic Series, of the Reign of Charles I.: 1603–1633. Preserved in the State Paper Department of Her Majesty's Public Record Office, London 1857ff.
- CAUS, Salomon de: Hortus Palatinus. Die Entwürfe zum Heidelberger Schlossgarten, 1620 (ND Worms 1980).
- CECILL, Edward: A Speech made in the Lower House of Parliament, Anno 1621, [o.O.] 1621.
- CHRISTOPHERS, Richard A.: George Abbot. Archbishop of Canterbury (1562–1633). A Bibliography, Charlottesville 1966.
- CUHN, Ernst W. (Hg.): Mémoires et négociations secretes de Mr. de Rusdorf, conseiller d'état de S.M. Frédéric V., roi de Bohème, électeur Palatin, pour servir à l'histoire de la guerre de trente ans, Leipzig 1789.
- DAHL, Folke: A Bibliography of English Corantos and Periodical Newsbooks 1620–1642, Stockholm 1953.
- DALRYMPLE, David (Hg.): Memorials and Letters Relating to the History of Britain in the Reign of James the First. Published from the Originals, Glasgow 1762.
- DAVIS, Walter R. (Hg.): The Works of Thomas Campion. Complete Songs, Masques, and Treatises with a selection of the Latin Verse, Garden City/New York 1967.
- DEKKER, Thomas: The Artillery Garden. A Poem Dedicated to the Honor of all those Gentlemen, who (There) Practize Millitary Discipline, London 1616 [ND Oxford 1952].
- Dictionary of National Biography. From the Earliest Times to 1900, hg. v. Leslie STEPHEN u. Sidney LEE, Oxford 1917ff.
- DRAYTON, Michael: The Works, Bd. 3, hg. v. John W. HEBEL, Oxford 1961.
- DÜNNHAUPT, Gerhard: Personalbibliographien zu den Drucken des Barocks, Bd. 3, Stuttgart³ 1991.
- EDWARDS, Philipp/GIBSON, Colin (Hgg.): The Plays and Poems of Philip Massinger, Bd. 1, Oxford 1976.
- FENNOR, William: Descriptions, or A True Relation of Certaine and divers Speeches, Spoken before the King and Queenes Most Excellent Maiestie, the Prince his Highnesse, and the Lady Elizabeth's Grace, London 1616.
- FIRTH, Charles H. (Hg.): Stuart Tracts 1603–1693, London 1903.
- FOXE, John: Actes and Monuments of Matters Most Special and Memorable, Happenyng in the Church, With an Vniuersall History of the Same [...], 2 Bde., London⁴ 1583.
- FRANCHIS, Joannes Maria de: Of the Most Auspicious Marriage: Betwixt, The High and Mightie Prince, Frederick; Count [...]. And The most Illustrious Princesse, the Ladie Elizabeth [...]. In III. Bookes, London 1613.
- FREHER, Marquard: Origines Palatinae, Heidelberg² 1613.
- FRIEDRICH I., König von Böhmen: A Declaration of the Causes, for the which, Wee Frederick, [...] have Accepted of the Crowne of Bohemia, and of the Countreyes there unto Annexed, Middleburg 1620.
- DERS.: The Declaration and Information Of the High and Puissant King of Bohemia, against the Unjust Mandates Published in the Name of the Emperour. As also Against those that are Further Threatned to be Decreed and Executed, Touching the Crowne of Bohemia, Prag 1620.
- GARDINER, Samuel R. (Hg.): Debates in The House of Commons in 1625, Westminster 1873.
- DERS. (Hg.): The Fortescue Papers. Consisting Chiefly of Letters Relating to State Affairs, Collected by John Packer, Secretary to George Villiers, Duke of Buckingham, Westminster 1871.
- DERS. (Hg.): Letters and other Documents Illustrating the Relations between England and Germany at the Commencement of the Thirty Years' War, 2 Bde., London 1865–1668.
- GATAKER, Thomas: An Anniversarie Memoriall of Englands Delivery from The Spanish Invasion. Delivered in a Sermon on Psal. 48.7, 8, London 1626.
- DERS.: A Sparke toward the Kindling of Sorrow for Sion. Mediation on Amos 6.6. Being the Summe of A Sermon Preached at Sergeants Inne in Fleet-Street, London 1621 (ND Amsterdam/Norwood, N.J. 1976).

- GEE, Edward: Two Sermons. One, The Curse and Crime of Meroz. Preached at the Assises at Exon. The other A Sermon of Patience. At St. Maries in Oxford, London 1620.
- GRANTHÔME, Jacob: Auff die Freudenreiche Geburt und Christliche Tauff des Erstgebornen Sohns des [...] Fürsten [...] Friderichen deß V. [...] und Der Durchleuchtigsten Fürstin [...] Elisabeth, [...], Heidelberg 1614.
- Handwörterbuch der deutschen Rechtsgeschichte, hg. v. Adalbert ERLER und Ekkehard KAUFMANN, Berlin 1964ff.
- HARRISON, John: The Messiah already come. Or, Profes of Christianitie, both out of the Scriptures, and Auncient Rabbins, to Convince the Jewes, of their Palpable, and more then Miserable Blindnesse [...], Amsterdam ²1619.
- DERS.: The Reasons which Compelled the States of Bohemia to Reject the Archiduke Ferdinand &c. & Inforced them to elect a New King. [...]. Translated out of the French Copies, Dordrecht 1619.
- DERS.: A short Relation of the Departure of the High and Mightie Prince Frederick King Elect of Bohemia: with his Royall & Vertuous Ladie Elizabeth; And the Thyryse Hopefull yong Prince Henrie, from Heydelberg towards Prague, to Receive the Crowne of that Kingdome, Dordrecht 1619.
- HEYWOOD, Thomas: A Marriage Triumphe Solemnized in An Epithalamium in Memorie of the Happie Nuptials betwixt the High and Mightie Prince Count Palatine and the Most Excellent Princesse the Lady Elizabeth, London 1613 [ND Bristol 1936].
- HOBBS, Thomas: Leviathan ore the Matter, Forme, and Power of a Commonwealth, Ecclesiasticall and Civill, London 1651.
- JAKOB I.: His Maiesties Declaration concerning His Proceedings with the States generall of the United Provinces of the Low Countreys, In the cause of D. Conradus Vorstius, London 1612.
- DERS.: His Majesties Declaration, Touching his proceedings in the late Assemblée and Convention of Parliament, London 1621.
- DERS.: The Political Works of James VI./I. Reprinted from the Editions of 1616, with an Introduction by Charles H. McIlwain, Cambridge/MA 1918.
- JOCQUET, David: Les Triomphe, Entrées, Cartels, Tovrnois, Ceremonies, et avltres Magnificences, faites en Angleterre, & au Palatinat, pour le Mariage & Reception, de Monseigneur le Prince Frideric V. [...] Et de Madame Elisabeth, [...], Heidelberg 1613.
- KARL I.: By the King. A Licençe for a Collection throughout England and Wales, towards the Maintenance of the Exiled Ministers of the Palatinate, London 1630.
- KEELER, Mary F. (Hg.): Bibliography of British History 2: Stuart Period 1603–1714, Oxford ²1970.
- KING, John: Vitis Palatina. A Sermon appointed to be Preached at Whitehall upon the Tuesday after the Marriage of the Ladie Elizabeth her Grace, by the B. of London, London 1614.
- KLUCKHOHN, August (Hg.): Briefe Friedrich des Frommen, Kurfürsten von der Pfalz. Mit verwandten Schriftstücken, Bd. 1: 1559–1566, Braunschweig 1868.
- KNICHEN, Andreas: De sublimi et regio territorii iure synoptica tractatio, in qua principum Germaniae regalia territorio subnixta, vulgo Landes Obrigkeit indigitata, nusquam antehac digesta luculenter explicantur, Frankfurt 1600.
- KOHLER, Alfred (Hg.): Quellen zur Geschichte Karls V., Darmstadt 1990.
- LAUTENSCHLAGER, Friedrich: Bibliographie der badischen Geschichte Bd. I/2, Karlsruhe 1930.
- LEE, Maurice (Hg.): Dudley Carleton to John Chamberlain 1603–1624. Jacobean Letters, New Brunswick 1972.
- LEIGH, William: Queene Elizabeth, paraleld in her Princely Vertues, with David, Jousua, and Hezekia. In three Sermons, as they were Preached three Severall Queenes Dayes, London 1612.
- LEIGHTON, Alexander: Speculum Belli Sacri. Or the Lookinglasse of the Holy War, Wherein is discovered: The Evill of War. The Good of Warr. The Guide of War. [...], [o.O.] 1624.
- LORENZ, Gottfried (Hg.): Quellen zur Vorgeschichte und zu den Anfängen des Dreißigjährigen Krieges, Darmstadt 1991.

- MAXWELL, James: Admirable and Notable Prophecies, uttered in former Times by 24. Famous Romain Catholickes, Concerning the Church of Rome, Defection, Tribulation, and Reformation, London 1615.
- DERS.: A Monument of Remembrance, erected in Albion, in Honor of the Magnificent Departure from Britannie, and Honourable Receiuing in Germany, [...], of [...] Fredericke [...] and Elizabeth, [...], London 1613.
- MCCLURE, Norman E. (Hg.): The Letters of John Chamberlain, 2 Bde., Philadelphia 1939.
- MIDDLETON, Thomas: A Game at Chesse. A Comedy, in Five Acts and in Verse. As it hath bine Sundry Times Acted at the Globe on the Banck Side, Leiden 1624.
- MONT, Jean du: Corps Universel Diplomatique du Droit des Gens; [...], Tome V. Partie I, Amsterdam 1728.
- MOSER, Friedrich C. von: Patriotisches Archiv für Deutschland. Bd.7, Mannheim/Leipzig 1787.
- Neue Deutsche Biographie, hg. v. d. Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1953ff.
- NICHOLS, John (Hg.): The Progresses, Processions and Magnificent Festivities of King James the First, His Royal Consort, Family and Court, Bd.2, London 1828.
- NIXON, Anthony: Great Brittaines Generall Ioyes. Londons Glorious Triumphes. Dedicated to the Immortall memorie of the ioyfull Mariage of the two famous and illustrious Princes, Fredericke and Elizabeth. [...], London 1613.
- NOTESTEIN, Wallace u.a. (Hgg.): Commons Debates 1621, Bd.4, New Haven/London 1935, 438.
- OELHAFEN VON SCHÖLLENBACH, Tobias: Repraesentatio rei publicae Germanicae sive tractatus varii de sacri Romano-Germanici imperii regimine [...] de electoratu Palatino, Nürnberg 1657.
- OPITZ, Martin: An Oration to the Most Illustrious and Mightie Prince Frederick King of Bohemia. Translated out of the Latin, London 1620.
- PEACHAM, Henry: Prince Henrie revived. Or: A Poeme upon the Birth, and In Honor of the Hopefull young Prince Henrie Frederick, [...], London 1615.
- DERS.: The Perjod of Mourning. [...] In Memorie of the late Prince. Together With Nuptiall Hymnes, in Honour of this Happy Marriage betweene [...], Frederick [...], And [...] Elizabeth, London 1613.
- POLLARD, Alfred W. u.a. (Hgg.): A Short-title Catalogue of Books Printed in England, Scotland, and Ireland and of English Books Printed Abroad 1475–1640, London 1976–1991.
- REDWORTH, Glyn: The Prince and the Infanta. The Cultural Politics of the Spanish Match, New Haven/London 2003.
- DERS.: Of Pimps and Princes. Three unpublished letters from James VI./I. and the Prince of Wales relating to the Spanish Match, in: Historical Journal 37/2 (1994), 401–409.
- REINHARD, Wolfgang (Hg.): Nuntiaturberichte aus Deutschland. Nebst ergänzenden Aktenstücken. Die Kölner Nuntiatur Bd. V,1 Zweiter Halbband. Nuntius Antonio Albercati (1610 Mai – 1614 Mai), München u.a. 1972.
- REYNOLDS, John: Votivae Angliae. Or the Desires and Wishes of England. Contayned in a Pathetical Discourse, presented to the King on New-yeares Day last. [...], Utrecht 1624.
- [DERS.]: Vox Coeli, or Newes from Heaven. Of a Consultation there [...], wherein Spaines Ambition and Treacheries to most Kingdomes and Free Estates of Europe, are Unmasked and truly Represented, London 1624.
- RUSHWORTH, John: Historical Collections of Private Passages of State, Weighty Matters in Law, and Remarkable Proceedings in Five Parliaments. Beginning The Sixteenth Year of King James, Anno 1618. And ending the Fifth Year of King Charles, Anno 1629, digested in Order of Time, And now Published, London 1659.
- RYMER, Thomas/SANDERSON, Robert (Hgg.): Foedera, conventiones, literae et cujuscunq[ue] generis acta publica, inter reges Angliae et alios quosvis imperatores, reges [...] vel communitates [...], Bd.7–16, London u.a. 1727–1742.

- S.W.: The Appollogie of the Illustrious Prince Ernestus, Earle of Mansfield, &c. Wherein from His First Entertainment, are layd open the Occasions of his Warres in Bohemia, Austria, and the Palatinate, with his Faithfull Service to the King of Bohemia. [...], Heidelberg 1622.
- SÄTTLER, Christian F.: Geschichte des Herzogthums Württemberg unter der Regierung der Herzogen. Bd. 6, Ulm 1773.
- SAWYER, Edmund: Memorials of Affairs of State in the Reigns of Queen Elizabeth and King James VI./I. Collected (chiefly) from the original Papers Of the Right Honourable Sir Ralph Winwood, Knight. Sometime one of the Principal Secretaries of State. [...], Bd.3, London 1725.
- SCHLOER, Friedrich: The Death of the two Renowned Kings of Sweden and Bohemia, Happening both in one and the same Yeare and Moneth; viz: in November 1632. Publicly lamented in a Sermon, held before a Princely, Noble, and frequent Assembly, [...], London 1633.
- SCHMIDT, Friedrich: Geschichte der Erziehung der Pfälzischen Wittelsbacher. Urkunden nebst geschichtlichem Überblick und Register, Berlin 1899.
- SCHWENNICKE, Detlev: Europäische Stammtafeln. Neue Folge, Bd. I.1: Die fränkischen Könige und die Könige und Kaiser, Stammeshertze, Kurfürsten, Markgrafen und Herzoge des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Frankfurt a.M. 1998.
- SCOTT, Thomas: Aphorismes of State. Or Certaine secret Articles for the reedifying of the Romish Church [...]. Very Needfull and Profitable for all Those, who are Desirous to Understand the Event of the Restitution of the Palatinate: [...], Utrecht 1624.
- [DERS.]: The Belgicke Pismire. Stinging the Slothfull Sleeper, And Awaking the Diligent to Fast, Watch, Pray; And Worke out their owne Temporall and Eternall Salvation with Feare and Trembling, London 1622.
- [DERS.]: Certaine Reasons and Arguments of Policie. Why the King of England should hereafter give over all further Treatie and Enter into Warre with the Spaniard, [o.O.] 1624.
- DERS.: The Interpreter. Wherin three Principall Termes of State much Mistaken by the Vulgar are clearly Unfolded. Qui vult decipi decipiatur. To such as understand not the English Tongue perfectly, [o.O.] 1622.
- [DERS.]: Robert Earl of Essex's Ghost. Sent from Elysium, to the Nobility, Gentry, and Commonalty of England. Printed in Paradise, [o.O.] 1624.
- DERS.: The Second Part of Vox Populi [...], Goricom ²1624.
- [DERS.]: Sir Walter Rawleigh's Ghost. Or England's Forewarner. Discovering a secret Consultation, newly holden in the Court of Spaine. [...], Utrecht 1626 [ND Amsterdam/Norwood, N.J. 1974].
- DERS.: The Spaniards Perpetuall Designes to an Universall Monarchie. [...], [o.O.] 1624.
- [DERS.]: Symmachia. Or True-Loves Knot. Tyed, betwixt Great Britaine and the United Provinces, by the Wisdome of King James, and the States Generall; the Kings of France, Denmarke, and Sweden, the Duke of Savoy, with the States of Venice being Witnesses and Assistants. For the Weale and Peace of Christendome, [o.O.] 1624.
- DERS.: Vox Dei, [o.O.] [1624?].
- DERS.: Vox Populi. Or Newes from Spayne, Translated According to the Spanish Coppie, which may serve to Forwarn both England and the United Provinces how farre to trust Spanish Pretences, [o.O.] 1620.
- DERS.: Vox Regis, Utrecht 1624.
- SCOTT, Walter: A Collection of Scarce and Valuabe Tracts, on the Most Interesting and Entertaining Subjects. But chiefly such as relate to the History and Constitution of these Kingdoms. [...], Bd.2, London ²1809.
- SEDDON, Peter R. (Hg.): Letters of John Holles 1587–1637, Nottingham 1975.
- SMITH, Wentworth: The Hector of Germanie, or The Palsgrave, Prime Elector. A New Play, an Honourable Hystorie. As it hath beene publicly Acted at the Red Bull, and at the Curtaine, by a Companie of Young Men of this Citie, London 1615.
- STEELE, Mary S.: Plays and Masques at Court during the Reigns of Elizabeth, James and Charles, New Haven u.a. 1926.

- TAYLOR, Augustin: Epithalamium vpon the alldesired Nuptials of Frederike the fift, [...] And Elizabeth, [...], London 1613.
- TAYLOR, John: An English-Mans Love to Bohemia: with A friendly Farewell to all the noble Souldiers that goe from Great Britaine to that Honorable Expedition. [...], Dordrecht 1620.
- Theologische Realenzyklopädie, hg. v. Gerhard Müller, Berlin/New York 1976ff.
- WEBBE, George: The Bride Royall, or The Spirituall Marriage betweene Christ and his Church. Delivered by way of Congratulation upon the Hopefull Marriage betweene [...] The Palsegrave, and the Ladie Elizabeth [...], London 1613.
- WILLET, Andrew: A Treatise of Salomons Mariage, or A Congratulation for the Happie and Hopefull Mariage between [...] Prince Frederike [...]. And [...], the Ladie Elizabeth, [...], London 1613.
- WING, John: The Saints Advantage or the Welfare of the Faithfull, in the worst Times. A Sermon Preached at the Hage the 18. of May, 1623. before [...] Princesse, Elizabeth, Vlissingen 1623.
- WITHER, George: Epithalamia or Nuptiall Poems upon the most blessed and Happie Mariage betweene [...] Frederick the fifth [...] and [...] Princesse, Elizabeth, London 161[3].
- DERS.: Prince Henries Obsequies or Mournevull Elegies upon his Death: With A supposed Inter-locution betweene the Ghost of Prince Henrie and Great Brittain, London 1612.

Darstellungen

- ADAMS, Simon: Die auswärtige Politik Maximilians von Bayern 1618–1635, Göttingen, 1962.
- DERS.: Captain Thomas Gainsford, the ‚Vox Spiritus‘ and the Vox Populi, in: Bulletin of the Institute of Historical Research 49 (1976), 141–144.
- DERS.: England und die protestantischen Reichsfürsten 1599–1621, in: BEIDERBECK, Friedrich u.a. (Hgg.): Dimensionen der europäischen Außenpolitik, 61–84.
- DERS.: Foreign Policy and the Parliaments of 1621 and 1624, in: SHARPE, Kevin (Hg.): Faction and Parliament. Essays on Early Stuart History, Oxford 1978, 139–171.
- DERS.: The Protestant Cause. Religious Alliance with the West European Calvinist Communities as a Political Issue in England, 1585–1630, Oxford: Diss. phil. masch. 1973 (Emden: Johannes a Lasco-Bibliothek).
- DERS.: The Road to La Rochelle. English Foreign Policy and the Huguenots, 1610–1629, in: Proceedings of the Huguenot Society of London 22/3 (1975), 414–429.
- DERS.: Spain or the Netherlands? The Dilemmas of Early Stuart Foreign Policy, in: TOMLINSON, Howard (Hg.): Before the English Civil War, 79–101.
- DERS.: Die Union, die Liga und die Politik in Europa, in: PARKER, Geoffrey: Der Dreißigjährige Krieg, Frankfurt a.M./New York 1987, 86–102.
- ALBRECHT, Dieter: Maximilian I. von Bayern 1573–1651, München 1998.
- ALEWYN, Richard: Das große Welttheater. Die Epoche der höfischen Feste, München 1989.
- ANDERSON, Alison D.: On the Verge of War. International Relations and the Jülich-Kleve Succession Crises (1609–1614), Boston 1999.
- ANDERSON, Benedict: Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London/New York ¹¹2000.
- ANDERSON, Matthew: The Origins of the Modern European State System 1494–1618, London/New York 1998.
- DERS.: The Rise of Modern Diplomacy 1450–1919, London/New York 1993.
- ANDERSON, Perry: Lineages of the Absolutist State, London 1974.
- ARNDT, Johannes: Das Heilige Römische Reich und die Niederlande 1566–1648. Politisch-konfessionelle Verflechtung und Publizistik im Achtzigjährigen Krieg, Köln u.a. 1998.
- DERS.: Die Niederlande und die protestantischen Fürsten im Reich 1566 bis 1621. Hoffnungen und Hilfeleistungen, in: BEIDERBECK, Friedrich u.a. (Hgg.): Dimensionen der europäischen Außenpolitik, 85–127.

- ASCH, Ronald G.: An Elect Nation? Protestantismus, nationales Selbstbewußtsein und nationale Feindbilder in England und Irland von zirka 1560 bis 1660, in: MOSSER, Alois (Hg.): „Gottes auserwählte Völker“. Erwählungsvorstellungen und kollektive Selbstfindung in der Geschichte, Frankfurt a.M. u.a. 2001, 117–141.
- DERS. u.a. (Hgg.): Der europäische Adel im Ancien Régime. Von der Krise der ständischen Monarchien bis zur Revolution (ca. 1600–1789), Köln u.a. 2001.
- DERS. u.a. (Hgg.): Frieden und Krieg in der Frühen Neuzeit. Die europäische Staatenordnung und die außereuropäische Welt, München 2001.
- DERS.: Der Hof Karls I. von England. Politik, Provinz und Patronage 1625–1640, Köln u.a. 1993.
- DERS.: Introduction. Court and Household from the Fifteenth to the Seventeenth Centuries, in: DERS./BRKE, Adolf M. (Hgg.): Princes, Patronage, and the Nobility. The Court at the Beginning of the Modern Age c. 1450–1650, Oxford 1991, 1–38.
- DERS.: Krieg und Frieden. Das Reich und Europa im 17. Jahrhundert, in: DERS. u.a. (Hgg.): Frieden und Krieg, 13–45.
- DERS.: Kriegsfinanzierung, Staatsbildung und ständische Ordnung in Westeuropa im 17. und 18. Jahrhundert, in: HZ 268 (1999), 635–671.
- DERS.: Krone, Hof und Adel in den Ländern der Stuart Dynastie im frühen 17. Jahrhunderts, in: ZHF 16 (1989), 183–220.
- DERS.: „The Politics of Access.“ Hofstruktur und Herrschaft in England unter den frühen Stuarts 1603–1642, in: PARAVICINI, Werner (Hg.): Alltag bei Hofe. 3. Symposium der Residenzen – Kommission der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Ansbach 28. Februar bis 1. März 1992, Sigmaringen 1995, 243–274.
- DERS.: Protestantismus, höfische Repräsentation und Herrschaftskrise. Die englische Hofkultur im frühen 17. Jahrhundert, in: Majestas 2 (1994), 41–73.
- DERS.: Ständische Stellung und Selbstverständnis des Adels im 17. und 18. Jahrhundert, in: DERS. (Hg.): Der europäische Adel im Ancien Régime. Von der Krise der ständischen Monarchien bis zur Revolution (ca. 1600–1789), Köln u.a. 2001, 3–45.
- DERS.: The Thirty Years' War. The Holy Roman Empire and Europe, 1618–1648, Basingstoke 1997.
- ASHTON, Robert: The Crown and the Money Market 1603–1640, Oxford 1960.
- DERS.: Deficit Finance in the Reign of James I, in: The Economic History Reviews 10 (1957), 15–29.
- BAHLCKE, Joachim: „Falcko – české království“. Motivy a působení zahraničněpolitické orientace Falce od české královské volby po ulmskou smlouvu (1619–1620), in: Časopis Matice Moravské 61 (1992), 227–250.
- DERS.: Konfessionalisierung der Außenpolitik? Die Rolle der Konfession für die Außenbeziehungen der böhmischen Stände im späten 16. und frühen 17. Jahrhundert, in: BEIDERBECK, Friedrich u.a. (Hgg.): Dimensionen der europäischen Außenpolitik, 265–283.
- DERS.: Theatrum Bohemicum. Reformpläne, Verfassungsideen und Bedrohungsperzeptionen am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges, in: SCHULZE, Winfried (Hg.): Friedliche Intentionen – kriegerische Effekte, 1–20.
- BARNES, Robin B.: Prophecy and Gnosis. Apocalypticism in the Wake of the Lutheran Reformation, Stanford 1988.
- DERS.: Varieties of Apocalyptic Experience in Reformation Europe, in: Journal of Interdisciplinary History 33/2 (2002), 261–274.
- BARON, Sabrina/DOOLEY, Brendan (Hgg.): The Politics of Information in Early Modern Europe, London/New York 2001.
- BARROLL, Leeds: Inventing the Stuart Masque, in: BEVINGTON, David/HOLBROOK, Peter (Hg.): The Politics of the Stuart Court Masque, Cambridge 1998, 121–143.
- BARTON, Anne: Ben Jonson, Dramatist, Cambridge 1984.
- BAUMGART, Peter: Der deutsche Hof der Barockzeit als politische Institution, in: BUCK, August u.a. (Hgg.): Europäische Hofkultur, Bd. 1, 26–43.

- BECKER, Winfried: Faktoren der bayerischen Politik im konfessionellen Zeitalter (1522–1648), in: *Ostbairische Grenzmarken* 30 (1988), 47–57.
- BÉHAR, Pierre/WATANABE-O'KELLY, Helen: *Spectaculum Europaeum. Theatre and Spectacle in Europe (1580–1750)*, Wiesbaden 1999.
- BEHNEN, Michael: „Arcana – Haec Sunt Ratio Status“, in: *ZHF* 14 (1987), 129–195.
- BEHRINGER, Wolfgang: Veränderung der Raum-Zeit-Relation. Zur Bedeutung des Zeitungs- und Nachrichtenwesens während der Zeit des Dreißigjährigen Krieges, in: KRUSENSTERN, Benigna von/MEDICK, Hans (Hgg.): *Zwischen Alltag und Katastrophe. Der Dreißigjährige Krieg aus der Nähe*, Göttingen 1999, 39–82.
- BEIDERBECK, Friedrich u.a. (Hgg.): *Dimensionen der europäischen Außenpolitik zur Zeit der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert*, Berlin 2003.
- DERS.: Heinrich IV. von Frankreich und die protestantischen Reichsstände (Teil 1), in: *Francia* 23/2 (1996), 1–32; (Teil 2), in: *Francia* 25/2 (1998), 1–25.
- BELL, Gary M.: *Tudor-Stuart Diplomatic History and the Henrician Experience*, in: CARLTON, Charles (Hg.): *State, Sovereigns and Society in Early Modern England. Essays in Honour of Arthur J. Slavin*, Stroud/New York 1998, 25–43.
- BELLANY, Alastair: ‚Raylinge Rymes and Vaunting Verse‘. Libellous Politics in Early Stuart England, 1603–1628, in: SHARPE, Kevin/LAKE, Peter (Hgg.): *Culture and Politics*, 285–310.
- BELLER, Elmar A.: *The Negotiations of Sir Stephen Le Sieur, 1584–1613*, in: *EHR* 40 (1925), 22–33.
- BÉLY, Lucien u.a.: *Guerre et paix dans l'Europe du XVIIe siècle*, Paris ²1991.
- BENIGNO, Francesco: *Der Adel in den italienischen Provinzen der spanischen Monarchie im 17. Jahrhundert*, in: ASCH, Ronald G. (Hg.): *Der europäische Adel*, 385–406.
- BENRATH, Gustav A.: *David Pareus*, in: *Schlesische Lebensbilder* 5 (1968), 13–23.
- DERS.: Die Eigenart der pfälzischen Reformation und die Vorgeschichte des Heidelberger Katechismus, in: *Heidelberger Jahrbücher* 7 (1963), 13–32.
- BERGERON, David M.: *Royal Family, Royal Lovers. King James of England and Scotland*, Columbia/London 1991.
- DERS.: *Thomas Dekker's Lord Mayor's Shows*, in: *English Studies. A Journal of English Letters and Philology* 51 (1970), 2–15.
- BERGSDORF, Wolfgang: *Politik und Angst*, in: BOSBACH, Franz (Hg.): *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*, Dettelbach 2000, 13–28.
- BERNS, Jörg J.: Die Festkultur der deutschen Höfe zwischen 1580 und 1730. Eine Problemskizze in typologischer Absicht, in: *Germanisch-Romanische Monatsschrift* 65 (1984), 295–311.
- BEVINGTON, David: *The Tempest and the Jacobean Court Masque*, in: BEVINGTON, David/HOLBROOK, Peter (Hgg.): *The Politics of the Stuart Court Masque*, Cambridge 1998, 218–243.
- BEZZEL, Irmgard: *Marquard Frehers „Origines Palatinae“ und der Streit um die pfälzische Kurwürde*, in: *Mitteilungen des historischen Vereins der Pfalz* 62 (1964), 59–65.
- BEZZEL, Oskar: *Geschichte des kurpfälzischen Heeres von seinen Anfängen bis zur Vereinigung von Kurpfalz und Kurbayern 1777 nebst Geschichte des Heerwesens in Pfalz-Zweibrücken*, München 1925.
- BILHÖFER, Peter: *Nicht gegen Ehre und Gewissen. Friedrich V., Kurfürst von der Pfalz – der „Winterkönig“ von Böhmen (1596–1632)*, Heidelberg 2004.
- BLACK, Jeremy (Hg.): *The Origins of War in Early Modern Europe*, Edinburgh 1987.
- BLÄNKNER, Reinhard: *Strukturprobleme des frühmodernen Staates*, in: CARNEY, Frederick u.a. (Hgg.): *Jurisprudenz, Politische Theorie und Politische Theologie. Beiträge des Herborner Symposiums zum 400. Jahrestag der Politica des Johannes Althusius 1603*, Berlin 2004, 400–435.
- BÖCKENFÖRDE, Ernst-Wolfgang: *Der Westfälische Frieden und das Bündnisrecht der Reichsstände*, in: *Der Staat* 8 (1969), 449–478.
- BOLDT, Hans: *Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. 1: Von den Anfängen bis zum Ende des älteren deutschen Reiches 1806*, München ³1994.

- BONNEY, Richard: *The European Dynastic States, 1494–1660*, Oxford u.a. 1991.
- BOSBACH, Franz: Angst und Universalmonarchie, in: DERS. (Hg.): *Angst und Politik in der europäischen Geschichte*, Dettelbach 2000, 151–166.
- DERS.: *Monarchia Universalis. Ein politischer Leitbegriff der frühen Neuzeit*, Göttingen 1988.
- BOSL, Karl: Das kurpfälzische Territorium „Obere Pfalz“, in: *ZBLG* 26 (1963), 3–28.
- BOULDING, Kenneth: National Images and International Systems, in: *Journal of Conflict Resolution* 3 (1959), 120–131.
- BRADDICK, Michael J.: *The Nerves of State. Taxation and the Financing of the English State, 1558–1714*, Manchester 1996.
- BRANDT, Rüdiger: *Enklaven – Exklaven. Zur literarischen Darstellung von Öffentlichkeit und Nichtöffentlichkeit im Mittelalter. Interpretationen, Motiv- und Terminologiestudien*, München 1993.
- BREDEKAMP, Horst: *Thomas Hobbes, der Leviathan. Das Urbild des modernen Staates und seine Gegenbilder, 1651–2001*, Berlin 2003.
- BRESLOW, Marvin A.: *A Mirror of England. English Puritan Views of Foreign Nations, 1618–1640*, Cambridge/MA 1970.
- BRUEER, Stefan: *Der Staat. Entstehung. Typen. Organisationsstadien*, Hamburg 1998.
- BROWN, Keith M.: *The Scottish Nobility and the British Multiple Monarchy (1603–1714)*, in: ASCH, Ronald G. u.a. (Hgg.): *Der europäische Adel*, 361–384.
- BRUNNER Otto u.a. (Hgg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1 und 4, Stuttgart 1972 (ND 1974) und 1978.
- DERS.: *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Südostdeutschlands im Mittelalter*, Wien u.a. 1939.
- BRZOSKA, Michael: *Staat und internationales System im kurzen 20. Jahrhundert*, in: SIEGELBERG, Jens/SCHLICHTE, Klaus (Hgg.): *Strukturwandel*, 231–252.
- BUDDE, Kai/MERTEN, Klaus: *Die Architektur im deutschen Südwesten zwischen 1530 und 1634*, in: *Die Renaissance im deutschen Südwesten. Eine Ausstellung des Landes Baden-Württemberg*, Karlsruhe 1986, 87–148.
- BUCK, August, u.a. (Hgg.): *Europäische Hofkultur im 16. und 17. Jahrhundert. Vorträge und Referate gehalten anlässlich des Kongresses des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Renaissanceforschung und des Internationalen Arbeitskreises für Barockliteratur in der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel von 4. bis 8. September 1979*, Bd. 1: *Vorträge*, Bd. 2: *Referate der Sektionen 1–5*, Hamburg 1981.
- BURKHARDT, Johannes: *Der Dreißigjährige Krieg*, Frankfurt a.M. 1992.
- DERS.: *Die entgipfelte Pyramide. Kriegsziel und Friedenskompromiß der europäischen Universalismächte*, in: BUSSMANN, Klaus/SCHILLING, Heinz (Hgg.): *1648 – Krieg und Frieden in Europa. Textband 1: Politik, Religion, Recht und Gesellschaft*, Münster/Osnabrück 1998, 51–60.
- DERS.: *Die Friedlosigkeit der Frühen Neuzeit. Grundlegung einer Theorie der Bellizität Europas*, in: *ZHF* 24 (1997), 509–574.
- DERS.: *Konfession als Argument in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Friedenschancen und Religionskriegsgefahren in der Entspannungspolitik zwischen Ludwig XIV. und dem Kaiserhof*, in: DUCHHARDT, Heinz (Hg.): *Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume europäischer Außenpolitik im Zeitalter Ludwigs XIV.*, Berlin 1991, 135–154.
- DERS.: *Das Reformationsjahrhundert. Deutsche Geschichte zwischen Medienrevolution und Institutionenbildung 1517–1617*, Stuttgart 2002.
- BUTLER, Martin: *Courtly Negotiations*, in: BEVINGTON, David/HOLBROOK, Peter (Hgg.): *The Politics of the Stuart Court Masque*, Cambridge 1998, 20–40.
- DERS.: *The Invention of Britain and the Early Stuart Masque*, in: SMUTS, Malcolm (Hg.): *The Stuart Court and Europe. Essays in Politics and Political Culture*, Cambridge 1996, 65–85.
- CAPP, Bernard: *The Political Dimension of Apocalyptic Thought*, in: PATRIDES, Constantinos A./WITTEICH, Joseph (Hgg.): *The Apocalypse in English Renaissance Thought and Literature. Patterns, Antecedents and Repercussions*, Manchester 1984, 93–124.

- CARNEY, Frederick u.a. (Hgg.): *Jurisprudenz, Politische Theorie und Politische Theologie. Beiträge des Herborner Symposions zum 400. Jahrestag der Politica des Johannes Althusius 1603*, Berlin 2004.
- CARTER, Charles H.: Gondomar. Ambassador to James VI./I., in: *The Historical Journal* 7 (1964), 189–208.
- DERS.: *The Secret Diplomacy of the Habsburgs 1598–1625*, New York/ London 1964.
- CHAMBERS, Edmund K.: *William Shakespeare. A Study of Facts and Problems*, Bd.2, Oxford 1930.
- CHRISTIANSON, Paul: *Royal and Parliamentary Voices on the Ancient Constitution*, in: PECK, Linda L. (Hg.): *Mental World*, 71–95.
- CHROUST, Anton: *Die Hochzeit des Winterkönigs (1613)*, in: DERS.: *Aufsätze und Vorträge zur fränkischen, deutschen und allgemeinen Geschichte*, Leipzig 1939, 128–144.
- CLARK, Samuel: *State and Status. The Rise of the State and Aristocratic Power in Western Europe*, Montreal u.a. 1995.
- CLASEN, Claus P.: *The Palatinate in European History 1559–1660*, Oxford 1963.
- DERS./WOLGAST, Eike: *Kleine Geschichte der Universität Heidelberg*, Berlin u.a. 1983.
- CLIFFORD, J. Garry: *Bureaucratic Politics*, in: HOGAN, Michael J./PATERSON, Thomas G. (Hgg.): *Explaining the History of American Foreign Relations*, Cambridge/New York 1991, 141–150.
- COGSWELL, Thomas: *The Blessed Revolution. English Politics and the Coming of War, 1621–1624*, Cambridge u.a. 1989.
- DERS.: *England and the Spanish Match*, in: CUST, Richard/HUGHES, Ann (Hgg.): *Conflict in Early Stuart England. Studies in Religion and Politics*, London/New York 1989, 107–133.
- DERS.: *Foreign Policy and Parliament. The Case of La Rochelle, 1625–1626*, in: *EHR* 99 (1984), 241–267.
- DERS.: *Phaeton's Chariot. The Parliament-men and the Continental Crisis in 1621*, in: MERRITT, J.F. (Hg.): *The Political World of Thomas Wentworth, Earl of Strafford, 1621–1641*, Cambridge 1996, 24–46.
- DERS.: *Thomas Middleton and the Court, 1624: 'A Game at Chess' in Context*, in: *Huntington Library Quarterly* 47 (1984), 273–288.
- DERS.: *Underground Verse and the Transformation of Early Stuart Political Culture*, in: AMUSEN, Susan S./KISHLANSKY, Mark A. (Hgg.): *Political Culture and Cultural Politics in Early Modern England. Essays Presented to David Underdown*, Manchester/New York 1995, 277–300.
- COHEN, Henry: *The Territorial Princes in Germany's Second Reformation, 1559–1622*, in: PRESTWICH, Menna (Hg.): *International Calvinism 1541–1715*, Oxford/Clarendon 1985, 135–165.
- COLLINSON, Patrick: *The Birthpangs of Protestant England. Religious and Cultural Change in the Sixteenth and Seventeenth Centuries*, Houndmills/London 1988.
- DERS.: *A Comment; Concerning the Name Puritan*, in: *Journal of English History* 31 (1980), 482–488.
- DERS.: *The Jacobean Religious Settlement. The Hampton Court Conference*, in: TOMLINSON, Howard (Hg.): *Before the English Civil War*, 27–53.
- DERS.: *Protestant Culture and the Cultural Revolution*, in: TODD, Margo (Hg.): *Reformation to Revolution. Politics and Religion in Early Modern England*, London/New York 1995, 33–52.
- CONZE, Eckart: *Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension in der Internationalen Geschichte*, in: LOTH, Wilfried/OSTERHAMMEL, Jürgen (Hgg.): *Internationale Geschichte*, 117–140.
- CONZE, Werner: *„Adel, Aristokratie“*, in: BRUNNER Otto u.a. (Hgg.): *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd.1, 1–48.
- COOTE, Stephen: *A Play of Passion. The Life of Sir Walter Raleigh*, London 1993.
- COWARD, Barry: *The Stuart Age. England, 1603–1714*, London/New York 21994.

- CREVELD, Martin van: *Die Zukunft des Krieges*, München 1998.
- CROFT, Pauline: Can a Bureaucrat Be a Favourite? Robert Cecil and the Strategies of Power, in: ELLIOTT, John H./BROCKLISS, Laurence W.B. (Hgg.): *World of the Favourite*, 81–95.
- CUDDY, Neal: The Revival of Entourage. The Bedchamber of James I, 1603–1625, in: STARKEY, David u.a. (Hgg.): *The English Court. From the Wars of the Roses to the Civil War*, London/New York 1987, 173–225.
- CUST, Richard: *The Forced Loan and English Politics 1626–1628*, Oxford 1987.
- DERS.: Honour, Rhetoric and Political Culture. The Earl of Huntingdon and his Enemies, in: AMUSSEN, Susan D./KISHLANSKY, Mark A. (Hgg.): *Political Culture and Cultural Politics in Early Modern England. Essays Presented to David Underdown*, Manchester/New York 1995, 84–111.
- DAHL, Folke: Amsterdam – Cradle of English Newspaper, in: *The Library* 5th series, 4 (1949), 166–178.
- DALTON, Charles: *Life and Times of General Sir Edward Cecil, Viscount Wimbledon, Colonel of an English Regiment in the Dutch Service, 1605–1631, and one of his Majesty's Most Honourable Privy Council, 1628–1638*, Bd. 1, London 1885.
- DAVIES, Godfrey: English Political Sermons, 1603–1640, in: *The Huntington Library Quarterly* 1 (1939), 1–22.
- DEHIO, Ludwig: Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1948 (ND, hg. v. Klaus HILDEBRAND, Darmstadt 1996).
- DELTEIL, Frank: Henri de la Tour, duc de Bouillon. Recherche récente et compléments, in: *Bulletin de la Société de l'Histoire du Protestantisme français* 132 (1986), 79–98.
- DEWALD, Jonathan: *The European Nobility, 1400–1800*, Cambridge 1996.
- DICKEL, Günther: Die Heidelberger juristische Fakultät. Stufen und Wandlungen ihrer Entwicklung, in: Ruperto Carola. Sonderband. Aus der Geschichte der Universität Heidelberg und ihrer Fakultäten, Heidelberg 1961, 163–233.
- DICKENS, Arthur G.: *The English Reformation*, London 1964.
- DICKERMAN, Edmund H.: Henry IV and the Juliers-Clèves Crisis. The Psychohistorical Aspects, in: *French Historical Studies* 8/4 (1974), 626–653.
- DIEMER, Kurt: *Die Heiratsverhandlungen zwischen Königin Elisabeth I. von England und Erzherzog Karl von Innerösterreich 1558–1570*, Tübingen 1969.
- DIETZ, Frederick C.: *English Public Finance 1558–1641*, New York/London 1932.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Internationale Geschichte als Systemgeschichte. Strukturen und Handlungsmuster im europäischen Staatensystem des 19. und 20. Jahrhunderts, in: LOTH, Wilfried/OSTERHAMMEL, Jürgen (Hgg.): *Internationale Geschichte*, 93–115.
- DORAN, Susan: Religion and Politics at the Court of Elizabeth I. The Habsburg Marriage Negotiations 1559–1567, in: *EHR* 104 (1989), 908–926.
- DOTZAUER, Winfried: *Der historische Raum des Bundeslandes Rheinland-Pfalz: der Weg zu einem Kernraum deutscher Reichsgeschichte (bis 1500). Versuch eines Arbeitsbuchs. Von den vor- und frühgeschichtlichen Anfängen bis zur Kurfürstenlandschaft*, Frankfurt a.M. u.a. 1992.
- DOWNING, Brian: *The Military Revolution and Political Change. Origins of Democracy and Autocracy in Early Modern Europe*, Princeton/New Jersey 1992.
- DREITZEL, Horst: *Monarchiebegriffe in der Fürstengesellschaft. Semantik und Theorie der Einherrschaft in Deutschland von der Reformation bis zum Vormärz*, Bd. 2: *Theorie der Monarchie*, Köln u.a. 1991.
- DERS.: Protestantischer Aristotelismus und absoluter Staat. Die „Politica“ des Henning Arnisaeus (ca. 1575–1636), Wiesbaden 1970.
- DROYSEN, Gustav: *Geschichte der Gegenreformation*, Berlin 1893.
- DRUWE, Ulrich u.a. (Hgg.): *Internationale Politik*, Neuwied 1995.
- DUCHHARDT, Heinz: *Balance of Power und Pentarchie. Internationale Beziehungen 1700–1785*, Paderborn u.a. 1997.

- DERS.: Grundmuster der internationalen Beziehungen in der Frühen und Späten Neuzeit, in: SEGELBERG, Jens/SCHLICHTE, Klaus (Hgg.): Strukturwandel, 74–85.
- DERS.: Protestantisches Kaisertum und altes Reich. Die Diskussion über die Konfession des Kaisers in Politik, Publizistik und Staatsrecht, Wiesbaden 1977.
- DUKE, Alastair: Perspectives on International Calvinism, in: PETTEGREE, Andrew u.a. (Hgg.): Calvinism in Europe, 1540–1620, Cambridge 1994, 1–20.
- DÜRRWÄCHTER, Anton: Christoph Gewold. Ein Beitrag zur Gelehrten- und Gegenreformation und zur Geschichte des Kampfes um die pfälzische Kur, Freiburg i.Br. 1904, 57–58.
- DYROFF, Hans-Dieter: Gotthard Vögelin – Verleger, Drucker, Buchhändler 1597–1631, in: Archiv für die Geschichte des Buchwesens 4 (1963), Sp. 1329–1424.
- EDEL, Andreas: Der Kaiser und Kurpfalz. Eine Studie zu den Grundelementen politischen Handelns bei Maximilian II. (1564–1576), Göttingen 1997.
- DERS.: Politik und Macht bei Herzog Maximilian von Bayern. Die Jahre vor dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges, in: SCHULZE, Winfried (Hg.): Friedliche Intentionen – kriegerische Effekte, 107–139.
- EGLER, Anna: Die Spanier in der linksrheinischen Pfalz 1620–1632. Invasion, Verwaltung, Rekatholisierung, Mainz 1971.
- EHRENPREIS, Stefan: Die Rolle des Kaiserhofes in der Reichsverfassungskrise und im europäischen Mächtesystem vor dem Dreißigjährigen Krieg, in: Ebd., 71–106.
- EICKELS, Christine von: Schlesien im böhmischen Ständestaat. Voraussetzungen und Verlauf der böhmischen Revolution von 1618 in Schlesien, Köln u.a. 1994.
- ELIAS, Norbert: Die höfische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziologie des Königtums und der höfischen Aristokratie, Darmstadt/Neuwied 1969.
- DERS.: Über den Prozess der Zivilisation, 2 Bde, Basel 1939 (ND Frankfurt a.M. 1997).
- ELLIOTT, John H.: A Europe of Composite Monarchies, in: Past and Present 137 (1992), 48–71.
- DERS.: Managing Decline. Olivares and the Grand Strategy of Imperial Spain, in: KENNEDY, Paul (Hg.): Grand Strategies in War and Peace, New Haven/London 1991, 87–104.
- DERS.: A Question of Reputation? Spanish Foreign Policy in the Seventeenth Century, in: The Journal of Modern History 55 (1983), 475–483.
- DERS./BROCKLISS, Laurence W.B. (Hgg.): The World of the Favourite, New Haven/London 1999.
- ELTON, Geoffrey R.: Studies in Tudor and Stuart Politics and Government, Bd. 4: Paper and Reviews 1983–1990, Cambridge 1992.
- DERS.: Tudor Government. The Points of Contact. III: The Court, in: Transactions of the Royal Historical Society, 5th ser., 26 (1976), 211–228.
- DERS.: Policy and Police. The Enforcement of the Reformation in the Age of Thomas Cromwell, Cambridge 1972.
- DERS.: The Tudor Revolution in Government, Cambridge 1953.
- ENDRES, Rudolf: Die deutschen Führungsschichten um 1600, in: HOFMANN, Hanns H./FRANZ, Günther (Hgg.): Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. Eine Zwischenbilanz, Boppard 1980, 79–109.
- ENGEL, Josef: Das neue Völkerrecht und die Ausbildung des ständigen Gesandtschaftswesens, in: Ders. (Hg.): Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 3: Die Entstehung des neuzeitlichen Europa, Stuttgart 1971, 359–384.
- ERTMAN, Thomas: Birth of the Leviathan. Building States and Regimes in Medieval and Early Modern Europe, Cambridge 1997.
- EVANS, Florence M.G.: The Principal Secretary of State. A Survey of the Office from 1558 to 1680, Manchester u.a. 1923.
- EVANS, Richard J.W.: The Wechel Presses. Humanism and Calvinism in central Europe 1572–1627. Past & Present Supplement 2, Oxford 1975.
- EVERETH, Erich: Die Öffentlichkeit in der Außenpolitik von Karl V. bis Napoleon, Jena 1931.
- EXTERNBRINK, Sven: Kleinstaaten im Bündnissystem Richelieus: Hessen-Kassel und Mantua

- 1635–1642. Ein Vergleich, in: MALETTKE, Klaus (Hg.): Frankreich und Hessen-Kassel zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges und des Westfälischen Friedens, Marburg 1999, 135–152.
- FEARSON, Michael: *The English Corantos of the 1620's*, unveröffentl. Diss. phil. Cambridge University 1994 (Mikrofiche Cambridge Universitätsbibliothek).
- FEHRLÉ-BURGER, Lili: *Königliche Frauenschicksale zwischen England und Kurpfalz*, Mannheim 1965.
- DIES.: *Das Heidelberger Hoftheater*, in: *Ruperto-Carola* 16 (1964), Anlage 1.
- DIES.: *Elisabeth Stuart und Heidelberg im Zeitalter Shakespeares*, in: *Werke und Wege. Eine Festschrift für Dr. Eberhard Knittel zum 60. Geburtstag*, Karlsruhe 1959, 122–136.
- FERGUSON, Arthur B.: *The Chivalric Tradition in Renaissance England*, Washington 1986.
- FICHTNER, Paula S.: *Dynastic Marriage in Sixteenth-Century Habsburg Diplomacy and Statecraft. An Interdisciplinary Approach*, in: *AHR* 82 (1976), 243–265.
- FINCHAM, Kenneth (Hg.): *The Early Stuart Church, 1603–1642*, Houndmills u.a. 1993.
- DERS.: *Episcopal Government, 1603–1640*, in: *Ebd.*, 71–91.
- DERS.: *Introduction*, in: *Ebd.*, 1–22.
- DERS./LAKE, Peter: *The Ecclesiastical Policies of James I and Charles I*, in: *Ebd.*, 23–49.
- FISCHER, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegsziele des kaiserlichen Deutschland 1914–18*, Düsseldorf 1961.
- FLEISCHHAUER, Werner: *Zur Tätigkeit des Salomon de Caus an den Grottenwerken zu Brüssel, Heidelberg und Stuttgart*, in: *ELM, Kaspar, u.a. (Hgg.): Landesgeschichte und Geistesgeschichte. Festschrift für Otto Herding zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 1977, 372–381.
- FLOHR, Anne Katrin: *Feindbilder in der internationalen Politik. Ihre Entstehung und ihre Funktion*, Münster u.a. 1991.
- FORSTER, Leonard: *Die Festlichkeiten bei der Trauung Friedrichs von der Pfalz 1612–1613*, in: *Anglia* 62 (1938), 362–367.
- FOUQUET, Gerhard: *Ritterschaft, Hoch- und Domstift Speyer, Kurpfalz. Zu den Formen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Verflechtung in einer spätmittelalterlichen Landschaft an Mittel- und Oberrhein*, in: *ZGO* 137 (1989), 224–240.
- FOX, Adam: *Rumour, News and Popular Political Opinion in Elizabethan and Early Stuart England*, in: *The Historical Journal* 40/3 (1997), 597–620.
- FRANK, Robert: *Mentalitäten, Vorstellungen und internationale Beziehungen*, in: *LOTH, Wilfried/OSTERHAMMEL, Jürgen (Hgg.): Internationale Geschichte*, 159–185.
- FRANZ, Georg: *Aus der Geschichte der Gemeinde Frankenthal, Frankenthal* 1912.
- FREIST, Dagmar: *Governed by Opinion. Politics, Religion and the Dynamics of Communication in Stuart London 1637–1645*, London/New York 1997.
- FRIEDRICH, Carl-Joachim: *Die Staatsraison im Verfassungsstaat*, Freiburg i.Br. 1961.
- FRIGO, Daniela: *Introduction*, in: *DIES. (Hg.): Politics and Diplomacy in Early Modern Italy. The Structure of Diplomatic Practice, 1450–1800*, Cambridge 2000, 1–24.
- FRÖSCHL, Thomas: *Föderation und Union. Eine Vorbemerkung*, in: *DERS. (Hg.): Föderationsmodelle und Unionsstrukturen. Über Staatenverbindungen in der frühen Neuzeit vom 15. bis 18. Jahrhundert*, Wien/München, 1994, 21–44.
- GALLOWAY, Bruce: *The Union of England and Scotland 1603–1608*, Edinburgh 1983.
- GARBER, Klaus: *Zentraleuropäischer Calvinismus und „Barock“-Literatur*, in: *SCHILLING, Heinz (Hg.): Die reformierte Konfessionalisierung*, 317–348.
- GARDINER, Samuel R.: *History of England from the Accession of James VI./I. to the Outbreak of the Civil War, 1603–1642*, 10 Bde., London 1883–1884 (ND New York 1965).
- GASPER, Julia: *The Dragon and the Dove. The Plays of Thomas Dekker*, Oxford 1990.
- DIES.: *The Reformation Plays on the Public Stage*, in: *MULRYNE, James R./SHEWRING, Margaret (Hgg.): Theatre and Government under the Early Stuarts*, Cambridge 1993, 190–216.
- GEPHART, Werner: *Zur Bedeutung der Religionen für die Identitätsbildung*, in: *DERS./WALDENFELS, Hans (Hgg.): Religion und Identität. Im Horizont des Pluralismus*, Frankfurt a.M. 1999, 233–266.

- GERLICH, Alois: Habsburg – Luxemburg – Wittelsbach im Kampf um die deutsche Königskrone. Studien zur Vorgeschichte des Königtums Ruprechts von der Pfalz, Wiesbaden 1960.
- DERS.: Pfalzgraf Ruprechts III. Weg zum Königtum, in: Mittelalter. Der Griff nach der Krone. Die Pfalzgrafschaft bei Rhein im Mittelalter. Begleitpublikation zur Ausstellung der Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg und des Generallandesarchivs Karlsruhe, Regensburg 2000, 37–52.
- GESTRICH, Andreas: Absolutismus und Öffentlichkeit. Politische Kommunikation in Deutschland zu Beginn des 18. Jahrhunderts, Göttingen 1994.
- GIESEN, Bernhard: Codes kollektiver Identität, in: GEPHART, Werner/WALDENFELS, Hans (Hgg.): Religion und Identität. Im Horizont des Pluralismus, Frankfurt a.M. 1999, 13–43.
- GILLY, Carlos: The ‚Midnight Lion‘, the ‚Eagle‘ and the ‚Antichrist‘. Political, Religious and Chiliastic Propaganda in the Pamphlets, Illustrated Broadsheets and Ballads of the Thirty Years War, in: *Nederlands archief voor Kerkgeschiedenis* 80/1 (2000), 46–77.
- GINDELY, Anton: Geschichte des böhmischen Aufstandes von 1618, Prag 1869.
- DERS.: Rudolf II. und seine Zeit. 1600–1612, Bd. 1, Prag 1868.
- GOLDBERG, Jonathan: James I and the Politics of Literature, Baltimore 1983.
- GOLLWITZER, Heinz: Geschichte des weltpolitischen Denkens. Bd. 1: Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Beginn des Imperialismus, Göttingen 1972.
- GÓMEZ-CENTURIÓN JIMÉNEZ, Carlos: The New Crusade. Ideology and Religion in the Anglo-Spanish Conflict, in: RODRIGUEZ-SALGADO, Mia J./ADAMS, Simon (Hgg.): England, Spain and the Gran Armada 1585–1604. Essays from the Anglo-Spanish Conferences London and Madrid 1988, Edinburgh 1991, 264–299.
- GORSKI, Philip S.: The Mosaic Moment. An Early Modernist Critique of Modernist Theories of Nationalism, in: *American Journal of Sociology* 105/5 (2000), 1428–1468.
- GOTHEIN, Eberhard: Die Landstände der Kurpfalz, in: ZGO 3 (1888), 1–76.
- GÖTSCHMANN, Dirk: Das Oberpfälzer Montanwesen im 16. Jahrhundert. Überlegungen zu den Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs einer Region, in: BECKER, Hans-Jürgen (Hg.): Der Pfälzer Löwe in Bayern. Zur Geschichte der Oberpfalz in der kurpfälzischen Epoche, Regensburg 1997, 56–77.
- DERS.: Oberpfälzer Eisen. Bergbau und Eisengewerbe im 16. und 17. Jahrhundert, Theuern 1985.
- GOTTHARD, Axel: Benjamin Bouwinghausen. Wie bekommen wir die „Männer im zweiten Glied“ in den Griff, in: ALTRICHTER, Helmut (Hg.): Persönlichkeit und Geschichte, Erlangen 1997, 69–103.
- DERS.: Der deutsche Konfessionskrieg seit 1619. Ein Resultat gestörter politischer Kommunikation, in: *Historisches Jahrbuch* 122 (2002), 141–172.
- DERS.: Konfession und Staatsräson. Die Außenpolitik Württembergs unter Herzog Johann Friedrich (1608–1628), Stuttgart 1992.
- DERS.: „Politice seint wir bapstisch“. Kursachsen und der deutsche Protestantismus im frühen 17. Jahrhundert, in: ZHF 20 (1993), 275–319.
- DERS.: Protestantische „Union“ und Katholische „Liga“. Subsidiäre Strukturelemente oder Alternativenwürfe?, in: PRESS, Volker (Hg.): Alternativen zur Reichsverfassung in der Frühen Neuzeit?, München 1995, 81–112.
- DERS.: Wende des böhmisch-pfälzischen Krieges. Wie Frankreich und England 1620 die Großmachtposition Habsburgs retteten, in: EXTERNBRINK, Sven/ULBERT, Jörg (Hgg.): Formen internationaler Beziehungen in der Frühen Neuzeit. Frankreich und das Alte Reich im europäischen Staatensystem. Festschrift für Klaus Malettke zum 65. Geburtstag, Berlin 2001, 395–417.
- DERS.: „Wer sich salviren könd, solts thun“. Warum der deutsche Protestantismus in der Zeit der konfessionellen Polarisierung zu keiner gemeinsamen Politik fand, in: *Historisches Jahrbuch* 121 (2001), 64–96.
- GRABES, Herbert: Elect Nation: Der Fundierungsmythos englischer Identität in der frühen

- Neuzeit, in: BERDING, Helmut (Hg.): *Mythos und Nation. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 3*, Frankfurt a.M. 1996, 84–103.
- GRÄF, Holger Th.: *Gestaltende Kräfte und gegenläufige Entwicklungen im Staatensystem des 17. und 18. Jahrhunderts: Die Republik der Vereinigten Niederlande als Macht des Übergangs*, in: KRÜGER, Peter (Hg.): *Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit*, München 1996, 11–25.
- DERS.: *Konfession und internationales System. Die Außenpolitik Hessen-Kassels im konfessionellen Zeitalter*, Darmstadt 1993.
- DERS.: *Die Mauritianische Außenpolitik 1592–1627*, in: BORGGREFFE, Heiner u.a. (Hgg.): *Moritz der Gelehrte. Ein Renaissancefürst in Europa. Begleitpublikation aus Anlaß der Ausstellung in Lemgo und Kassel, Eurasburg 1997*, 101–123.
- GREEN, Mary A.E.: *Elizabeth, Electress Palatine and Queen of Bohemia*. Revised by S.C. LOMAS, London 1909.
- GREENBLATT, Stephen: *Verhandlungen mit Shakespeare. Innenansichten der englischen Renaissance*, Frankfurt a.M. 1993.
- GREWE, Wilhelm G.: *Die Epochen der modernen Völkerrechtsgeschichte*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 103/1 (1942), 38–66.
- GREYERZ, Kaspar von: *England im Jahrhundert der Revolutionen, 1603–1714*, Stuttgart 1994.
- GUMBRECHT, Hans Ulrich: „Modern, Modernität, Moderne“, in: BRUNNER, Otto u.a. (Hgg.): *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4, 93–131.
- GUTMANN, Myron P.: *The Origins of the Thirty Years' War*, in: *The Journal of Interdisciplinary History* 18/4 (1988), 749–770.
- GUY, John A.: *Tudor England*, Oxford/New York 1988.
- HABERMAS, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990, Frankfurt a.M. 1990.
- HAHN, Peter M.: *Dynastische Selbstdarstellung und Militärmacht. Kriegerische Symbolik als höfische Zeichensprache in Brandenburg-Preußen im 17. Jahrhundert*, in: ASCH, Ronald G. u.a. (Hgg.): *Frieden und Krieg*, 115–138.
- HAIGH, Christopher: *The Recent Historiography of the English Reformation*, in: *The Historical Journal* 25 (1982), 995–1007.
- HAMILTON, Keith/LANGHORNE, Richard: *The Practice of Diplomacy. Its Evolution, Theory and Administration*, London/New York 1995.
- HAMMER, Paul E.J.: *Myth-Making. Politics, Propaganda and the Capture of Cadiz in 1596*, in: *The Historical Journal* 40/3 (1997), 621–642.
- HAMMERSTEIN, Notker: „Imperium Romanum cum omnibus suis qualitibus ad Germanos est translatum“. *Das vierte Weltreich in der Lehre der Reichsjuristen*, in: KUNISCH, Johannes (Hg.): *Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte*, Berlin 1987, 187–202.
- DERS.: *Universitäten – Territorialstaaten – Gelehrte Räte*, in: SCHNUR, Roman (Hg.): *Die Rolle der Juristen bei der Entstehung des modernen Staates*, Berlin 1986, 687–735.
- DERS.: *Vom „Dritten Genf“ zur Jesuiten-Universität. Heidelberg in der frühen Neuzeit*, in: *Die Geschichte der Universität Heidelberg. Vorträge im Wintersemester 1985/86*, Heidelberg 1986, 34–44.
- HART, Vaughan: *Art and Magic in the Court of the Stuarts*, London/New York 1994.
- HÄUSSER, Ludwig: *Geschichte der rheinischen Pfalz II*, Heidelberg 1845.
- HAY, Millicent V.: *The Life of Robert Sidney, Earl of Leicester (1563–1626)*, London 1984.
- HAYDEN, J. Michael: *Continuity in the France of Henry IV and Louis XIII: French Foreign Policy, 1598–1615*, in: *Journal of Modern History* 45 (1973), 1–23.
- HAYNES, Alan: *Robert Cecil. Earl of Salisbury, 1563–1612. Servant of Two Sovereigns*, London 1989.
- HECKEL, Martin: *Die Krise der Religionsverfassung des Reiches und die Anfänge des Dreißigjährigen Krieges*, in: REPGEN, Konrad (Hg.): *Krieg und Politik 1618–1648. Europäische Probleme und Perspektiven*, München 1988, 107–132.

- DERS.: Reichsrecht und „Zweite Reformation“. Theologisch-juristische Probleme der reformierten Konfessionalisierung, in: SCHILLING, Heinz (Hg.): Die reformierte Konfessionalisierung, 11–44.
- HEIMANN, Heinz-Dieter: Hausordnung und Staatsbildung. Innerdynastische Konflikte als Wirkungsfaktoren der Herrschaftsverfestigung bei den wittelsbachischen Rheinpfalzgrafen und den Herzögen von Bayern. Ein Beitrag zum Normenwandel in der Krise des Spätmittelalters, Paderborn u. a. 1993.
- HEINEMANN, Margot: Puritanism and Theatre. Thomas Middleton and Opposition Drama under the Early Stuarts, Cambridge u. a. 1980.
- HENRIKSON, Alan K.: Mental Maps, in: HOGAN, Michael J./PATERSON, Thomas G. (Hgg.): Explaining the History of American Foreign Relations, Cambridge/New York 1991, 177–192.
- HENSS, Walter: Der Heidelberger Katechismus im konfessionspolitischen Kräftespiel seiner Frühzeit. Historisch-bibliographische Einführung der ersten vollständigen deutschen Fassung der sogenannten 3. Auflage von 1563 und der dazugehörigen lateinischen Fassung, Zürich 1983.
- DERS.: Zwischen Orthodoxie und Irenik. Zur Eigenart der Reformation in der rheinischen Kurpfalz unter den Kurfürsten Ottheinrich und Friedrich III., in: ZGO 132 (1984), 153–212.
- HEPP, Frieder: Matthaues Merian in Heidelberg. Ansichten einer Stadt, Heidelberg 1993.
- DERS.: Religion und Herrschaft in der Kurpfalz um 1600. Aus der Sicht des Heidelberger Kirchenrates Dr. Marcus zum Lamm (1544–1606), Heidelberg 1992.
- HEPPE, Heinrich: Der Charakter der deutsch-reformierten Kirche und das Verhältniß derselben zum Luthertum und zum Calvinismus, in: Theologische Studien und Kritiken 23 (1850), 669–706.
- HERMKES, Wolfgang: Das Reichsvikariat in Deutschland. Reichsvikare nach dem Tode des Kaisers von der Goldenen Bulle bis zum Ende des Reiches, Karlsruhe 1968.
- HERRMANN, Hans-Walter: Vom Werden und Vergehen französisch-reformierter Gemeinden im pfälzisch-lothringischen Grenzgebiet. Erweiterte Fassung eines Vortrages auf dem 35. Deutschen Hugenottentag in Zweibrücken am 24. April 1987, Sickingen 1988.
- HERZ, John R.: Rise and Demise of the Territorial State, in: World Politics 9 (1957), 473–493.
- HILL, Christopher: Protestantismus, Pamphlete, Patriotismus und öffentliche Meinung in England des 16. und 17. Jahrhunderts, in: GIESEN, Bernhard (Hg.): Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit, Frankfurt a.M. 1991, 100–120.
- HILLERBRAND, Hans J.: Von Polemik zu Verflachung. Zur Problematik des Antichrist-Mythos in Reformation und Gegenreformation, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 47/2 (1995), 114–125.
- HILLGRUBER, Andreas: Methodologie und Theorie der Geschichte der Internationalen Beziehungen, in: GWU 4 (1976), 193–210.
- HINTZE, Otto: Machtpolitik und Regierungsverfassung, in: DERS.: Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, hg. v. Gerhard OESTREICH, Göttingen ³1970, 424–456.
- DERS.: Wesen und Wandlung des modernen Staates, in: Ebd. 470–496.
- HIRST, Derek: England in Conflict, 1603–1660. Kingdom, Community, Commonwealth, London u. a. 1999.
- HOCHEDLINGER, Michael: Die Frühneuzeitforschung und die „Geschichte der internationalen Beziehungen“. Oder: Was ist aus dem „Primat der Außenpolitik“ geworden?, in: MIÖG 106 (1998), 167–179.
- HÖFLECHNER, Walter: Zur Entwicklung der europäischen Bündnisssysteme und des Gesandtschaftswesens bis zur Zeit Herbersteins, in: PFERSCHY, Gerhard (Hg.): Siegmund von Herberstein, 17–25.
- HOFMANN, Hasso: Repräsentation. Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert, Berlin ²1990.

- HOLBROOK, Peter: Jacobean Masques and the Jacobean Peace, in: BEVINGTON, David/HOLBROOK, Peter (Hgg.): *The Politics of the Stuart Court Masque*, Cambridge, 1998, 67–87.
- HOLLAND, Susan: Archbischof Abbot and the Problem of „Puritanism“, in: *Historical Review* 37/1 (1994), 23–43.
- HÖLSCHER, Lucian: „Öffentlichkeit“, in: BRUNNER, Otto u.a. (Hgg.): *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4, 413–467.
- HOLSTI, Ole R.: International Relations Models, in: HOGAN, Michael J./PATERSON, Thomas (Hgg.): *Explaining the History of American Foreign Relations*, Cambridge u.a. 1991, 57–88.
- HOOD, Gervase: A Netherlandic Triumphal Arch for James I., in: ROACH, Susan (Hg.): *Across the Narrow Seas. Studies in the History and Bibliography of Britain and the Low Countries*, London 1991, 67–82.
- HORSTKEMPER, Gregor: Die protestantische Union und der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges. Konfliktverschärfung als Auswirkung der gescheiterten Integration von Bündniszielen und Partikularinteressen, in: SCHULZE, Winfried (Hg.): *Friedliche Intentionen – kriegerische Effekte*, 21–51.
- DERS.: Zwischen Bündniszielen und Eigeninteressen – Grenzen der konfessionellen Solidarität in der protestantischen Union, in: BEIDERBECK, Friedrich u.a. (Hgg.): *Dimensionen der europäischen Außenpolitik*, 223–246.
- HOTSON, Howard: The Conservative Face of Contractual Theory. The Monarchomach Servants of the Count of Nassau-Dillenburg, in: BONFATTI, Emilio u.a. (Hgg.): *Politische Begriffe und historisches Umfeld in der Politica methodice digesta des Johannes Althusius*, Wiesbaden 2002, 251–289.
- DERS.: The Historiographical Origins of Calvinist Millenarianism, in: GORDON, Bruce (Hg.): *Protestant History and Identity in Sixteenth-Century Europe*. Bd. 2: *The Later Reformation*, Aldershot/Brookfield 1996, 159–181.
- HOWAT, Gerald M.D.: *Stuart and Cromwellian Foreign Policy*, London 1974.
- HOWELL, Roger: The Sidney Circle and the Protestant Cause in Elizabethan Foreign Policy, in: *Renaissance and Modern Studies* 19 (1975), 31–46.
- HUNTINGTON, Samuel P.: The Clash of Civilizations?, in: *Foreign Affairs* 72 (1993), 22–49.
- IRIYE, Akira: Culture and International History, in: HOGAN, Michael J./PATERSON, Thomas G. (Hgg.): *Explaining the History of American Foreign Relations*, Cambridge u.a. 1991, 214–225.
- ISRAEL, Jonathan: *The Dutch Republic. Its Rise, Greatness, and Fall (1477–1806)*, Oxford 1995.
- JAHN, Beate: The Power of Culture in International Relations, in: GIENOW-HECHT, Jessica/SCHUMACHER, Frank (Hgg.): *Culture and International History*, New York 2003, 27–41.
- JANIS, Irving: *Groupthink*, Boston 1982.
- JANN, Werner: Verwaltungskulturen im internationalen Vergleich. Ein Überblick über den Stand der empirischen Forschung, in: *Die Verwaltung* 33 (2000), 325–349.
- JANSEN, Wilhelm: Die Anfänge des modernen Völkerrechts und der neuzeitlichen Diplomatie. Ein Forschungsbericht, in: *Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte* 38 (1964), 450–485.
- JEPPEPERSON, Ronald L.: Institutions, Institutional Effects, and Institutionalism, in: POWELL, Walter W./DIMAGGIO, Paul J. (Hgg.): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago/London 1991, 143–163.
- JETSCHKE, Anja/LIESE, Andrea: Kultur im Aufwind. Zur Rolle von Bedeutungen, Werten und Handlungsrepertoires in den internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5 (1998), 149–179.
- JUDGES, Arthur V.: Philip Burlamachi. A Financier of the Thirty Years War, in: *Economia* 6 (1926), 285–300.
- KAEBER, Ernst: *Die Idee des europäischen Gleichgewichts in der publizistischen Literatur vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts*, Berlin 1907.
- KALLER, Gerhard: Die Anfänge der kurpfälzischen Exulantengemeinden Frankenthal, Schönaun, Heidelberg und Otterberg (1562–1590), in: *ZGO* 147 (1999), 393–403.

- KAUFMANN, Thomas: Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Friede. Kirchengeschichtliche Studien zur lutherischen Konfessionskultur, Tübingen 1998.
- KAZNER, Johann F.A.: Leben Hans Meynhards v. Schönberg, Ritters, königlich Groß-Britannien Raths, kurpfälzischen Geheimen-Raths, Obermarschalls und Obersten. Ein Beytrag zur Geschichte der Protestantischen Union. Aus Original-Urkunden mit Beylagen, in: *Patriotisches Archiv für Deutschland*, Bd. VIII, Mannheim/Leipzig 1788, 109–248.
- KENDALL, Robert T.: Calvin and English Calvinism to 1649, Oxford 1979, 1–13.
- KENNEDY, Mark E.: Legislation, Foreign Policy, and the „Proper Business“ of Parliament of 1624, in: *Albion* 23 (1991), 41–60.
- KENNEDY, Paul: *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, New York 1987.
- KEOHANE, Robert O.: *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory*, Boulder/London 1989.
- KETTERING, Sharon: *Patrons, Brokers and Clients in Seventeenth Century France*, Oxford 1986.
- KIMMINICH, Otto: Die Entstehung des neuzeitlichen Völkerrechts, in: FETSCHER, Irving/MÜNKLER, Herfried (Hgg.): *Pipers Handbuch der politischen Ideen*, Bd. 3: *Von den Konfessionskriegen bis zur Aufklärung*, München 1985, 73–100.
- KINDER, A. Gordon: The Protestant Pastor as Intelligencer. Casiodoro de Reina's Letters to Wilhelm IV, Landgrave of Hessen-Cassel (1577–1582), in: *Bibliothèque d'Humanisme et Renaissance* 58 (1996), 105–118.
- KINGDON, John: *Agendas, Alternatives and Public Policies*, New York 1995.
- KINGDON, Robert M.: Der internationale Calvinismus und der Dreißigjährige Krieg, in: BUSMANN, Klaus/SCHILLING, Heinz (Hgg.): *1648 – Krieg und Frieden in Europa*, Textband 1: *Politik, Religion, Recht und Gesellschaft*, Münster/Osnabrück 1998, 229–235.
- KLEINMAN, Ruth: Charles-Emanuel I of Savoy and the Bohemian Election of 1619, in: *European Studies Review* 5 (1975), 3–29.
- KLEINSCHMIDT, Arthur: Johann Albrecht I. zu Solms-Braunfels, der Freund des Winterkönigs, in: *Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Geschichte* 9 (1904), 264–285.
- KLEINSCHMIDT, Harald: Systeme und Ordnungen in der Geschichte der internationalen Beziehungen, in: *AKG* 83 (2000), 433–454.
- KLINGBIEL, Thomas: Apokalyptik, Prodigenglaube und Prophetismus im Alten Reich, in: LEHMANN, Hartmut/TREPP, Anne-Charlotte (Hgg.): *Im Zeichen der Krise. Religiosität im Europa des 17. Jahrhunderts*, Göttingen 1999, 17–32.
- KLUETING, Harm: Gab es eine „Zweite Reformation“? Ein Beitrag zur Terminologie des Konfessionellen Zeitalters, in: *GWU* 38 (1987), 261–279.
- KOENIGSBERGER, Helmut: *Monarchies, States Generals and Parliaments. The Netherlands in the Fifteenth and Sixteenth Centuries*, Cambridge 2001.
- DERS.: Mars und Venus. Internationale Beziehungen und Kriegführung der Habsburger in der frühen Neuzeit, in: ROLL, Christine (Hg.): *Recht und Reich im Zeitalter der Reformation. Festschrift für Horst Rabe*, Frankfurt a.M. u.a. 1996, 31–55.
- DERS.: Formen und Tendenzen des europäischen Ständewesens im 16. und 17. Jahrhundert, in: BAUMGART, Peter (Hg.): *Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen. Ergebnisse einer internationalen Fachtagung*, Berlin 1983, 19–32.
- KOHLER, Alfred: „Tu felix Austria nube ...“. Vom Klischee zur Neubewertung dynastischer Politik in der Neueren Geschichte Europas, in: *ZHF* 21 (1994), 461–482.
- DERS.: Die habsburgische ‚Universalmonarchie‘. Karl V. und die europäischen Nachbarn, in: DUCHHARDT, Heinz (Hg.): *Europas Mitte. Deutschland und seine Nachbarn*, Bonn 1988, 83–88.
- KOHLNDORFER, Ruth: Jacques Bongars (1554–1612). Lebenswelt und Informationsnetzwerke eines frühneuzeitlichen Gesandten, in: *Francia* 28/2 (2001), 1–15.
- KOHNLE, Armin: Die Heidelberger Disputation von 1584, in: KOHNLE, Armin/ENGEHAUSEN,

- Frank (Hgg.): Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wolgast zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2001, 455–472.
- KÖRBER, Esther-Beate: Öffentlichkeiten der Frühen Neuzeit. Teilnehmer, Formen, Institutionen und Entscheidungen öffentlicher Kommunikation im Herzogtum Preußen von 1525 bis 1618, Berlin/New York 1998.
- KOSELLECK, Reinhard: „Bund“, in: BRUNNER, Otto u.a. (Hgg.): Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, 582–671.
- KOSSOL, Erika: Die Reichspolitik des Pfalzgrafen Philipp Ludwig von Neuburg, 1547–1614, Göttingen 1976.
- KOURI, Erkki I.: England and the Attempts to Form a Protestant Alliance in the Late 1560s. A Case in European Diplomacy, Helsinki 1981.
- DERS.: For the True Faith or National Interest? Queen Elizabeth I and the Protestant Powers, in: DERS./SCOTT, Tom (Hgg.): Politics and Society in Reformation Europe. Essays for Sir Geoffrey Elton on his Sixty-Fifth Birthday, New York 1988, 411–436.
- KRAPE, Ludwig/WAGENKNECHT, Christian: Stuttgarter Hoffeste. Texte und Materialien zur höfischen Repräsentation im frühen 17. Jahrhundert, Tübingen 1979.
- KRAUS, Andreas: Das Haus Wittelsbach und Europa. Ergebnisse und Ausblick, in: ZBLG 44 (1981), 425–452.
- KREBS, Julius: Christian von Anhalt und die kurpfälzische Politik am Beginn des Dreißigjährigen Krieges (23. Mai – 3. Oktober 1618), Leipzig: Diss. phil. masch. 1872 (Humboldt Universitätsbibliothek).
- KRETZER, Hartmut: Calvinismus und französische Monarchie im 17. Jahrhundert. Die politische Lehre der Akademien Sedan und Saumur, mit besonderer Berücksichtigung von Pierre Du Moulin, Moysse Amyraut und Pierre Jurieu, Berlin 1975.
- KRETZSCHMAR, Johannes: Das kurpfälzische Schloss in Rhenen, in: Mittheilungen zur Geschichte des Heidelberger Schlosses 4/2 (1902), 96–133.
- KRIEGER, Karl-Friedrich: Bayerisch-Pfälzische Unionsbestrebungen vom Hausvertrag von Pavia (1329) bis zur Wittelsbachischen Hausunion vom Jahre 1724, in: ZHF 4 (1977), 385–414.
- KRIPPENDORFF, Ekkehart: Die Erfindung der Außenpolitik, in: SIEGELBERG, Jens/SCHLICHTKE, Klaus (Hgg.): Strukturwandel, 61–73.
- DERS.: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt a.M. 1985.
- KROMNOW, Åke: Pfalzgraf Johann Casimir von Zweibrücken. Kindheit, Jugendjahre und Brautfahrt nach Schweden (1589–1615), Kaiserslautern 1994.
- KRÜGER, Peter: Die Beziehungen der Rheinischen Pfalz zu Westeuropa 1576–82. Die auswärtigen Beziehungen des Pfalzgrafen Johann Casimir 1576–82, München 1964.
- DERS.: Internationale Beziehungen – Verfassung – Perzeption, in: EXTERNBRINK, Sven/ULBERT, Jörg (Hgg.): Formen internationaler Beziehungen in der Frühen Neuzeit. Frankreich und das Alte Reich im europäischen Staatensystem. Festschrift für Klaus Malettke zum 65. Geburtstag, Berlin 2001, 21–33.
- KRÜNER, Friedrich: Johann von Rusdorf, kurpfälzischer Gesandter und Staatsmann während des Dreißigjährigen Krieges. Ein Beitrag zur Geschichte der Politik des siebzehnten Jahrhunderts, (Theil 1), Halle: Diss. phil. masch. 1876 (Humboldt Universitätsbibliothek).
- KÜHLMANN, Wilhelm: Gelehrtenrepublik und Fürstenstaat. Entwicklung und Kritik des deutschen Späthumanismus in der Literatur des Barockzeitalters, Tübingen 1982.
- KUNISCH, Johannes: Hausgesetzgebung und Mächtesystem. Zur Einbeziehung hausvertraglicher Erbfolgeregelungen in die Staatenpolitik des ancien régime, in: DERS. (Hg.): Der dynastische Fürstenstaat. Zur Bedeutung von Sukzessionsordnungen für die Entstehung des frühmodernen Staates, Berlin 1982, 49–80.
- DERS.: Staatsverfassung und Mächtepolitik. Zur Genese von Staatenkonflikten im Zeitalter des Absolutismus, Berlin 1979.
- KYBAL, Vlastimil: Henri IV et Jacques Ier pendant l'affaire de Clèves et de Juliers en 1609 et 1610, in: Mélanges d'Histoire offerts à M. Charles Bémont par ses amis et ses élèves à l'occasion de la

- vingt-cinquième année de son enseignement a l'École Pratique des Hautes Études, Paris 1913, 581–600.
- LADEMACHER, Horst: Die Konfession in der Außenpolitik der europäischen Staaten im 16. und 17. Jahrhundert. Inhaltliche Perspektive und massenmediale Darstellung, in: QUANDT, Siegfried (Hg.): Luther, die Reformation und die Deutschen, Paderborn 1982, 53–60.
- LAKE, Peter: Calvinism and the English Church 1570–1635, in: *Past and Present* 114 (1987), 32–76.
- DEERS.: Constitutional Consensus and Puritan Opposition in the 1620s. Thomas Scott and the Spanish Match, in: *The Historical Journal* 25/4 (1982), 805–825.
- LANDWEHR, Achim: Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: AKG 85 (2003), 71–117.
- LANE, Jan-Erik: *The Public Sector. Concepts, Models and Approaches*, London u.a. 1993.
- LANZINNER, Maximilian: *Konfessionelles Zeitalter 1555–1618* (Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte Bd. 10), Stuttgart 2001.
- LASLETT, Peter: *The World We Have Lost. England Before the Industrial Age*, New York 1965.
- LEE, Maurice: *Great Britain's Solomon. James VI and I in his Three Kingdoms*, Urbana/Chicago 1990.
- DEERS.: The Jacobean Diplomatic Service, in: *AHR* 72 (1966/67), 1264–1282.
- DEERS.: *James I and Henri IV. An Essay in English Foreign Policy 1603–1610*, Urbana u.a. 1970.
- LEHMANN, Hartmut: *Das Zeitalter des Absolutismus. Gottesgnadentum und Kriegsnot*, Stuttgart u.a. 1980.
- LEHMKUHL, Ursula: Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte. Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus, in: *Geschichte und Gesellschaft* 3 (2001), 394–423.
- DIERS.: *Theorien Internationaler Politik*, München/Wien² 1997.
- LEPPIN, Volker: *Antichrist und jüngster Tag. Das Profil apokalyptischer Flugschriftenpublizistik im deutschen Luthertum 1548–1618*, Gütersloh 1999.
- LEVACK, Brian P.: *The Formation of the British State. England, Scotland, and the Union 1603–1707*, Oxford 1987.
- LIMON, Jerzy: The Masque of Stuart Culture, in: PECK, Linda L. (Hg.): *Mental World*, 209–229.
- LINDLEY, David: *The Court Masque*, Manchester 1984.
- LINDQUIST, Eric N.: The Last Years of the First Earl of Salisbury, 1610–1612, in: *Albion* 18 (1986), 23–41.
- LINDQUIST, Thea L.: *The Politics of Diplomacy. The Palatinate and Anglo-Imperial Relations in the Thirty Year's War*, unveröfftl. Diss. phil. University of Wisconsin-Madison 2001 (University of Wisconsin-Madison, Universitätsbibliothek).
- LINDSAY, Barbara N./WILLIAMSON, Jerry W.: Myth of the Conqueror: Prince Henry Stuart and Protestant Militancy, in: *The Journal of Medieval and Renaissance Studies* 5 (1975), 203–222.
- LIPOWSKY, Felix J.: *Friderich V., Churfürst von der Pfalz und König von Böhmen. Eine historisch-biographische Schilderung*, München 1824.
- LOCKYER, Roger: *Buckingham. The Life and Political Career of George Villiers, First Duke of Buckingham 1592–1628*, London/New York 1981.
- DEERS.: *The Early Stuarts. A Political History of England 1603–1642*, London 1989.
- LOJEWski, Günther von: *Bayerns Weg nach Köln. Geschichte der bayerischen Bistumspolitik in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts*, Bonn 1962.
- LOOMIE, Albert J.: Sir Robert Cecil and the Spanish Embassy, in: *Bulletin of the Institute of Historical Research* 42 (1969), 30–57.
- DEERS.: Spanish Secret Diplomacy at the Court of James I., in: THORP, Malcolm R./SLAVIN, Arthur J. (Hgg.): *Politics, Religion and Diplomacy in Early Modern Europe. Essays in Honor of De Lamar Jensen*, Kirksville 1994, 231–244.
- LOTH, Wilfried/OSTERHAMMEL, Jürgen (Hgg.): *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München 2000.

- LUHMANN, Niklas: Soziologie des politischen Systems, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 20 (1968), 706–733.
- LUTTER, Christina: Politische Kommunikation an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik Venedig und Maximilian I. (1495–1508), Wien/München 1998.
- MACHARDY, Karin: War, Religion and Court Patronage in Habsburg Austria. The Social and Cultural Dimensions of Political Interaction, 1521–1622, Basingstoke u.a. 2003.
- MACKI, J. Duncan: James VI. and I. and the Peace with Spain, 1604, in: *The Scottish Historical Review* 23 (1926), 241–249.
- DERS.: Negotiations between King James VI and I and Ferdinand Grand Duke of Tuscany. A Selection of Documents Transcribed from the Denmilne Manuscripts in the National Library of Scotland and from a Manuscript in the Staats-Bibliothek at Munich, London 1927.
- MAIER, Franz: Die bayerische Unterpfalz im Dreißigjährigen Krieg. Besetzung, Verwaltung und Rekatholisierung der rechtsrheinischen Pfalz durch Bayern 1621–1649, Frankfurt a.M. 1990.
- MALETTKE, Klaus: Die Entwicklung eines Systems der europäischen Außenpolitik im späten 16. und frühen 17. Jahrhundert aus französischer Perspektive, in: BEIDERBECK, Friedrich u.a. (Hgg.): Dimensionen der europäischen Außenpolitik, 285–305.
- DERS.: Frankreich, das Reich und das europäische Staatensystem im 17. Jahrhundert, in: *Francia* 29/2 (2002), 15–32.
- MALISCH, Kurt: Katholischer Absolutismus als Staatsräson. Ein Beitrag zur politischen Theorie Kurfürst Maximilians I. von Bayern, München 1981.
- MALTYBY, William S.: The Black Legend in England. The Development of Anti-Spanish Sentiment, 1558–1660, Durham 1971.
- MANN, Michael: The Sources of Social Power. Bd. I: A History of Power from the Beginning to A.D. 1760, Cambridge 1986.
- MARCH, James G./OLSEN, Johann P.: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: *International Organization* 52 (1998), 943–969.
- MARCKS, Erich: Die Zusammenkunft von Bayonne. Das französische Staatsleben und Spanien in den Jahren 1563–1567, Straßburg 1889.
- MARSHALL, Tristan: Theatre and Empire. Great Britain on the London Stages under James VI and I, Manchester/New York 2000.
- MATTINGLY, Garrett: Renaissance Diplomacy, London 1955.
- MCCABE, Edward: England's Foreign Policy in 1619. Lord Doncaster's Embassy to the Princes of Germany, in: *MIOG* 58 (1950), 457–477.
- MCCOY, Richard C.: The Rites of Knighthood. The Literature and Politics of Elizabethan Chivalry, Berkeley 1989.
- MEARS, Natalie: Love-Making and Diplomacy. Elizabeth and the Anjou Marriage Negotiations, c.1578–1582, in: *History* 86 (2001), 442–466.
- MENK, Gerhard: Die politische Kultur in den Wetterauer Grafschaften am Ende des 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Wirkung monarchomachischer Theorie auf den deutschen Territorialstaat, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 34 (1984), 67–100.
- MERGEL, Thomas: Kulturgeschichte – die neue „große Erzählung“? Wissenssoziologische Bemerkungen zur Konzeptionalisierung sozialer Wirklichkeit in der Geschichtswissenschaft, in: HARDTWIG, Wolfgang/WEHLER, Hans-Ulrich (Hgg.): Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996, 41–77.
- MERTENS, Dieter: Hofkultur in Heidelberg und Stuttgart um 1600, in: HAMMERSTEIN, Notker/WALTHER, Gerrit (Hgg.): Späthumanismus. Studien über das Ende einer kulturhistorischen Epoche, Göttingen 2000, 65–83.
- MERZ, Johannes: Calvinismus im Territorialstaat? Zur Begriffs- und Traditionsbildung in der deutschen Historiographie, in: *ZBLG* 57 (1994), 45–68
- MEYERS, Reinhard: Die Lehre von den Internationalen Beziehungen. Ein entwicklungsgeschichtlicher Überblick, Düsseldorf 1981.

- MILTON, Anthony: The Church of England, Rome, and the True Church. The Demise of a Jacobean Consensus, in: FINCHAM, Kenneth (Hg.): *Early Stuart Church*, 187–210.
- MISSFELDER, Jan-Friedrich: Rezension von: Ronald S. Love: *Blood and Religion. The Conscience of Henry IV 1553–1593*, Montreal 2001, in: *sehepunkte* 4 (2004), Nr. 3.
- MOERSCH, Karl: *Geschichte der Pfalz. Von den Anfängen bis in 19. Jahrhundert*, Landau 1990.
- MÖRKE, Olaf: Das Haus Oranien-Nassau als Brückenglied zwischen den politischen Kulturen der niederländischen Republik und der deutschen Fürstenstaaten, in: LADEMACHER, Horst/GEERAEDTS, Loek (Hgg.): *Oranien-Nassau, die Niederlande und das Reich. Beiträge zur Geschichte einer Dynastie*, Münster 1995, 47–67.
- MORAW, Peter: Ruprecht von der Pfalz – ein König aus Heidelberg, in: ZGO 149 (2001), 97–110.
- DERS.: Von offener Verfassung zu gestalteter Verdichtung. Das Reich im späten Mittelalter 1250 bis 1490, Berlin 1985.
- DERS.: Heidelberg: Universität, Hof und Stadt im ausgehenden Mittelalter, in: MOELLER, Bernd u. a. (Hgg.): *Studien zum städtischen Bildungswesen des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, Göttingen 1983, 524–552.
- MORRILL, John: The British Problem, c. 1534–1707, in: BRADSHAW, Brendan/MORRILL, John (Hgg.): *The British Problem, c. 1534–1707. State Formation in the Atlantic Archipelago*, Houndmills u. a. 1996, 1–38.
- MOUSNIER, Roland: *L'assassinat d'Henri IV. 14 Mai 1610*, Paris 1964.
- MOUT, Nicolette: Der Winterkönig im Exil, in: ZHF 17 (1988), 256–272.
- MUFFAT, Karl August: Geschichte der bayerischen und pfälzischen Kur seit der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts, in: *Abhandlungen der historischen Classe der königlich bayerischen Akademie der Wissenschaften* XI, 2 (1869), 239–308.
- DERS.: Verhandlungen der protestantischen Fürsten in den Jahren 1590 und 1591 zur Gründung einer Union, München 1865.
- MÜLLER, Heribert: *Kreuzzugspläne und Kreuzzugspolitik des Herzogs Philipp des Guten von Burgund*, Göttingen 1993.
- MÜLLER, Rainer A.: Aristokratisierung des Studiums? Bemerkungen zur Adelsfrequenz an süddeutschen Universitäten im 17. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), 31–46.
- MULRYNE, James R.: Marriage Entertainments in the Palatinate for Princess Elizabeth Stuart and the Elector Palatinate, in: MULRYNE, James R., u. a.: (Hgg.): *Italian Renaissance Festivals and their European Influence*, Lewiston 1992, 173–206.
- MÜNKLER, Herfried: *Im Namen des Staates. Die Begründung der Staatsraison in der Frühen Neuzeit*, Frankfurt a.M. 1987.
- DERS.: Krieg und Frieden. Die verwechselte Wechselbeziehung. Eine Auseinandersetzung mit Ekkehart Krippendorff, in: STEINWEG, Reiner (Red.): *Kriegsursachen*, Frankfurt a.M. 1987, 135–144.
- DERS.: Die privatisierten Kriege des 21. Jahrhunderts, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 55/3 (2001), 222–234.
- DERS.: Die Visibilität der Macht und die Strategien der Machtvisualisierung, in: GÖHLER, Gerhard (Hg.): *Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht*, Baden-Baden 1995, 213–230.
- MURDOCH, Steve: Scottish Ambassadors and British Diplomacy 1618–1635, in: DERS. (Hg.): *Scotland and the Thirty Years' War 1618–1648*, Leiden u. a. 2001, 27–50.
- NAHLIK, Stanislav E.: Völkerrechtliche Aspekte der frühen Diplomatie, in: *The Politics of Religious Conformity and the Accession of James VI./I.*, in: *Historical Research* 71 (1998), 14–30, 43–62.
- NEALE, John E.: *The Elizabethan House of Commons*, London u. a. 1953.
- NEUER-LANDFRIED, Franziska: *Die Katholische Liga. Gründung, Neugründung und Organisation eines Sonderbundes 1608–1620*, Kallmünz 1968.
- NIEDER, Horst: Höfisches Fest und internationale Politik, in: BORGGREFF, Heiner u. a. (Hgg.):

- Moritz der Gelehrte. Ein Renaissancefürst in Europa. Begleitpublikation aus Anlass der Ausstellung in Lemgo und Kassel, Eurasburg 1997, 141–162.
- NIEDHART, Gottfried: Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln. Internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma, in: LOTH, Wilfried/OSTERHAMMEL, Jürgen (Hgg.): Internationale Geschichte, 141–157.
- DEBS.: Perception and Image als Gegenstand der Geschichte von den internationalen Beziehungen. Eine Problemskizze, in: WENDT, Bernd J. (Hg.): Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts, Bochum 1984, 39–52.
- NORBROOK, David: ‚The Masque of Truth‘. Court Entertainment and International Protestant Politics in the Early Stuart Period, in: *The Seventeenth Century* 1 (1986), 81–110.
- DEBS.: Poetry and Politics in the English Renaissance, London u.a. 1984.
- DEBS.: The Reformation of the Masque, in: LINDLEY, David (Hg.): *The Court Masque*, Manchester 1984, 94–110.
- NOTESTEIN, Wallace: *The Winning of the Initiative by the House of Commons*, Oxford 1924.
- O'BRIAN, Patrick K./HUNT, Phillip A.: The Rise of a Fiscal State in England, 1485–1815, in: *Historical Research* 66 (1993), 129–176.
- OESTREICH, Gerhard: Das persönliche Regiment der deutschen Fürsten am Beginn der Neuzeit, in: DEBS.: *Geist und Gestalt des frühmodernen Staates*. Ausgewählte Aufsätze, Berlin 1969, 201–234.
- OMAN, Carola: *Elizabeth of Bohemia*, London 1938.
- ONCKEN, Wilhelm: *Stadt, Schloss und Hochschule Heidelberg. Bilder aus ihrer Vergangenheit*, Heidelberg 1874.
- ORESKO, Robert: The House of Savoy in Search for a Royal Crown in the Seventeenth Century, in: DEBS. u.a. (Hgg.): *Royal and Republican Sovereignty in Early Modern Europe*. Essays in Memory of Ragnhild Hatton, Cambridge 1997, 272–350.
- ORGEL, Stephen: *The Illusion of Power*, Berkeley, 1975.
- OSBORNE, Toby: Abbot Scaglia, the Duke of Buckingham and Anglo-Savoyard Relations During the 1620s, in: *EHQ* 30 (2000), 5–32.
- DEBS.: *Dynasty and Diplomacy in the Court of Savoy*. Political Culture and the Thirty Years' War, Cambridge 2002.
- PAAS, John Roger: The Changing Image of Gustavus Adolphus on German Broadsheets, 1630–3, in: *Journal of the Warburg and Courtauld Institutes* 59 (1996), 205–244.
- PÁLFFY, Istvan: Theater und Außenpolitik im England der Stuarts. Zu der Tragedy of Sir John van Olden Barnavelt von John Fletcher und Philip Massinger, in: KLOTZ, Günther/KUCKHOFF, Armin-Gerd (Hgg.): *Shakespeare Jahrbuch*, Bd. 122, Weimar 1986, 97–109.
- PARKER, Geoffrey: *The Army of Flanders and the Spanish Road, 1567–1659*. The Logistics of Spanish Victory and Defeat in the Low Countries' Wars, Princeton 1975.
- DEBS.: *Spain and the Netherlands 1559–1659*. Ten Studies, Glasgow 1979.
- PARRY, Graham: *The Golden Age Restor'd*. The Culture of the Stuart Court 1603–1642, Manchester 1981.
- DEBS.: The Politics of the Jacobean Masque, in: MULRYNE, James R./SHEWRING, Margaret (Hgg.): *Theatre and Government under the Early Stuarts*, Cambridge 1993, 87–117.
- PATRIDES, Constantinos A.: „The Greatest of the Kingly Race“. The Death of Henry Stuart, in: *The Historian* 47/3 (1985), 402–408.
- PATTERSON, Richard: The ‚Hortus Palatinus‘ at Heidelberg and the Reformation of the World. Part I: The Iconography of the Garden, in: *Journal of Garden History* 1/1 (1981), 67–104.
- PATTERSON, William B.: The Anglican Reaction, in: SPITZ, Lewis W./LOHFF, Wenzel (Hgg.): *Discord, Dialogue, and Concord*. Studies in the Lutheran Reformation's Formula of Concord, Philadelphia 1977, 150–165.
- DEBS.: King James VI./I. and the Protestant Cause in the Crisis of 1618–22, in: MEWS, Stuart (Hg.): *Religion and National Identity*. Papers Read at the Nineteenth Summer Meeting and the Twentieth Winter Meeting of the Ecclesiastical History Society, Oxford 1982, 319–334.

- DERS.: King James VI and I and the Reunion of Christendom, Cambridge 1997.
- PAUL, Lothar: Nassauische Unionspläne. Untersuchungen zum politischen Programm des deutschen Calvinismus im Zeitalter der Gegenreformation, Münster: Diss. phil. masch. 1966 (Staatsbibliothek zu Berlin).
- PAULMANN, Johannes: Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Regime und Erstem Weltkrieg, Paderborn 2000.
- PECK, Linda L.: Corruption at the Court of James I. The Undermining of Legitimacy, in: MALAMENT, Barbara C. (Hg.): After the Reformation. Essays in Honor of Jack H. Hexter, Philadelphia 1980, 75–93.
- DIES.: Court Patronage and Government Policy. The Jacobean Dilemma, in: LYTLE, Guy F./ORGE, Stephen (Hgg.): Patronage in the Renaissance, Princeton 1981, 27–46.
- DIES.: The Mental World of the Jacobean Court, Cambridge u.a. 1991.
- DIES.: Monopolizing Favour. Structures of Power in the Early Seventeenth-Century English Court, in: ELLIOTT, John H./BROCKLISS, Laurence W.B. (Hgg.): World of the Favourite, 54–70.
- PETRY, Ludwig: Das politische Kräftespiel im pfälzischen Raum vom Interregnum bis zur französischen Revolution. Anliegen und Ansätze der heutigen Forschung, in: Rheinische Vierteljahrs-Blätter 20 (1955), 80–111.
- PFERSCHY, Gerhard (Hg.): Sigmund von Herberstein. Kaiserlicher Gesandter und Begründer der Rußlandkunde und der europäischen Diplomatie, Graz 1989.
- PFETSCH, Frank R.: Internationale Politik, Stuttgart u.a. 1994.
- PIETZSCH, Gerhard: Quellen und Forschungen zur Geschichte der Musik am kurpfälzischen Hof zu Heidelberg bis 1622, Wiesbaden 1963.
- PINCUS, Steven C.A.: Protestantism and Patriotism. Ideologies and the Making of English Foreign Policy, 1650–1668, Cambridge 1996.
- PLATZHOFF, Walter: Geschichte des europäischen Staatensystems 1559–1660, München/Berlin 1928 (ND 1967).
- PO-CHIA HSIA, Ronnie: Social Discipline in the Reformation. Central Europe 1550–1650, London/New York 1989.
- POCOCK, John G.A.: The Limits and Divisions of British History, in: AHR 87 (1982), 311–336.
- PODRAZA, Antoni: Das Mächteverhältnis im neuzeitlichen Europa vom 16.–18. Jahrhundert. Versuch einer Typologie, in: TIMMERMANN, Heiner (Hg.): Die Bildung des frühmodernen Staates – Stände und Konfessionen, Saarbrücken-Scheidt 1989, 323–329.
- POHLIG, Matthias: Lutherische Geschichtsschreibung 1546–1617. Konfessionelle Identität – Apokalyptik – Humanismus, Diss. phil. Humboldt-Universität zu Berlin, i.Vorb.
- DERS.: Konfessionskulturelle Deutungsmuster internationaler Konflikte um 1600. Kreuzzug, Antichrist, Tausendjähriges Reich, in: ARG 93 (2002), 278–316.
- POLISENSKY, Josef: Anglie a Bilá Hora. The Bohemian War and British Policy, 1618–1620, Prag 1949.
- PRESS, Volker: Adel im Reich um 1600, in: KLINGENSTEIN, Grete/LUTZ, Heinrich (Hgg.): Spezialforschung und „Gesamtgeschichte“. Beispiele und Methodenfragen zur Geschichte der frühen Neuzeit, München 1982, 15–47.
- DERS.: Außerhalb des Religionsfriedens? Das reformierte Bekenntnis im Reich bis 1648, in: VOGLER, Günter (Hg.): Wegscheiden der Reformation. Alternatives Denken vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, Weimar 1994, 309–335.
- DERS.: Calvinismus und Territorialstaat. Regierung und Zentralbehörden der Kurpfalz 1559–1619, Stuttgart 1970.
- DERS.: Die Grundlagen der kurpfälzischen Herrschaft in der Oberpfalz 1499–1621, in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 117 (1977), 31–67.
- DERS.: Hof, Stadt und Territorium. Die Universität Heidelberg in der Kurpfalz 1386–1802, in: Die Geschichte der Universität Heidelberg. Vorträge im Wintersemester 1985/86, Heidelberg 1986, 45–68.

- DERS.: Die Landschaft der Kurpfalz, in: BLICKLE, Peter u.a. (Hgg.): Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg, Stuttgart 1982, 62–71.
- DERS.: Reich und Habsburger Monarchie im europäischen Mächtesystem, in: TIMMERMANN, Heiner (Hg.): Die Bildung des frühmodernen Staates. Stände und Konfessionen, Saarbrücken-Scheidt 1989, 331–351.
- DERS.: Die Ritterschaft im Kraichgau zwischen Reich und Territorium 1500–1623, in: ZGO 122 (1970), 35–98.
- DERS.: Die territoriale Welt Südwestdeutschlands 1450–1650, in: Die Renaissance im deutschen Südwesten zwischen Reformation und Dreißigjährigem Krieg. Eine Ausstellung des Landes Baden-Württemberg, Bd. 1, Karlsruhe 1986, 17–61.
- DERS.: Die wittelsbachischen Territorien: Die pfälzischen Lande und Bayern, in: JESERICH, Kurt u.a. (Hgg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum Ende des Reiches, Stuttgart 1983, 552–599.
- DERS.: Die „Zweite Reformation“ in der Kurpfalz, in: SCHILLING, Heinz (Hg.): Die reformierte Konfessionalisierung, 104–125.
- DERS.: Zwischen Versailles und Wien. Die Pfälzer Kurfürsten in der deutschen Geschichte der Barockzeit, in: ZGO 130 (1982), 207–262.
- PROBST, Hansjörg: Die Pfalz als historischer Begriff mit historischen Karten, Mannheim 1984.
- PURSELL, Brennan C.: Elector Palatine Friedrich V and the Question of Influence Revisited, in: The Court Historian 6 (2001), 123–139.
- DERS.: The End of the Spanish Match, in: The Historical Review 45 (2002), 699–726.
- DERS.: The Winter King, Frederick V of the Palatinate and the Coming of the Thirty Years' War, Aldershot/Burlington 2003.
- PUTZ-OSTERLOH, Wiebke: Angst und Handeln aus psychologischer Sicht, in: BOSBACH, Franz (Hg.): Angst und Politik in der europäischen Geschichte, Dettelbach 2000, 1–11.
- QUARITSCH, Helmut: Staatsräson in Bodins „République“, in: SCHNUR, Roman (Hg.): Staatsräson. Studien zur Geschichte eines politischen Begriffs, Berlin 1975, 43–63.
- QUESTIER, Michael C.: Loyalty, Religion and State Power in Early Modern England. English Romanism and the Jacobean Oath of Allegiance, in: The Historical Journal 40/2 (1997), 311–329.
- DERS.: The Politics of Religious Conformity and the Accession of James VI./I., in: Historical Research 71 (1998), 14–30.
- QUIN, Eckehard: Personenrechte und Widerstandsrecht in der katholischen Widerstandslehre Frankreichs und Spaniens um 1600, Berlin 1999.
- RABB, Theodore: The Struggle for Stability in Early Modern Europe, New York 1975.
- RAFF, Diether: Die Pfalz als Refugium, in: Heidelberger Jahrbücher 30 (1986), 105–122.
- RAHN, Thomas: Fortsetzung des Festes mit anderen Mitteln. Gattungsbeobachtungen zu hessischen Hochzeitsberichten, in: BERNS, Jörg J./IGNASIAK, Detlef (Hgg.): Frühneuzeitliche Hofkultur in Hessen und Tübingen, Erlangen/Jena 1993, 233–248.
- RAITT, Jill: Elizabeth, John Casimir, and the Protestant League, in: VISSER, Derk (Hg.): Controversy and Conciliation. The Reformation and the Palatinate (1559–1583), Allison Park 1986, 117–146.
- RALL, Hans: Die Lösung des allodialen Haus- und Staatsproblems durch die Regelung der dynastischen Erbfolge nach dem Recht der Erstgeburt, in: DERS. (Hg.): Wittelsbacher Hausverträge des späten Mittelalters. Die haus- und staatsrechtlichen Urkunden der Wittelsbacher von 1310, 1329, 1392/93, 1410 und 1472, München 1987, 22–40.
- RAMSAY, George D.: The Foreign Policy of Elizabeth I, in: HAIGH, Christopher (Hg.): The Reign of Elizabeth I, London 1984, 147–168.
- RANKE, Leopold von: Die großen Mächte. Politisches Gespräch. Mit einem Nachwort von Theodor Schieder, Göttingen 1963.
- RAYMOND, Joad: Pamphlets and Pamphleteering in Early Modern Britain, Cambridge 2003.

- REESE, Armin: Aufnahme von „Landfremden“ in der Frühen Neuzeit: Die Anfänge, in: DERS. (Hg.): *Eigenständigkeit und Integration. Das Beispiel Rhein-Neckar-Raum, Villingen-Schwenningen* 1987, 80–100.
- REIN, Gabriel: Paolo Sarpi und die Protestanten. Ein Beitrag zur Geschichte der Reformationsbewegung in Venedig im Anfang des siebzehnten Jahrhunderts, Helsingfors 1904.
- REINHARD, Wolfgang: *Amici e creature. Politische Mikrogeschichte der römischen Kurie im 17. Jahrhundert*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 76 (1996), 308–334.
- DERS.: *Freunde und Kreaturen. „Verflechtung“ als Konzept zur Erforschung historischer Führungsgruppen. Römische Oligarchie um 1600*, München 1979.
- DERS.: *Gegenreformation als Modernisierung? Prolegomena zu einer Theorie des konfessionellen Zeitalters*, in: *ARG* 68 (1977), 226–252.
- DERS.: *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999.
- DERS.: „Konfessionalisierung“ auf dem Prüfstand, in: *BAHLCKE, Joachim/STROHMEYER, Arno* (Hg.): *Konfessionalisierung in Ostmitteleuropa. Wirkungen des religiösen Wandels im 16. und 17. Jahrhundert in Staat, Gesellschaft und Kultur*, Stuttgart 1999, 79–88.
- DERS.: *Power Elites and the Growth of State Power*, in: DERS. (Hg.): *Power Elites and State Building*, Oxford 1996, 1–18.
- DERS.: *Das Wachstum der Staatsgewalt. Historische Reflexionen*, in: *Der Staat* 31 (1992), 59–75.
- REPGEN, Konrad: *Der Westfälische Friede und die Ursprünge des europäischen Gleichgewichts*, in: DERS.: *Von der Reformation zur Gegenwart. Beiträge zu Grundfragen der neuzeitlichen Geschichte*, Paderborn u.a. 1988, 53–66.
- DERS.: *Der Westfälische Friede und die zeitgenössische Öffentlichkeit*, in: *BOSBACH, Franz/KAMPFMAN, Christoph* (Hg.): *Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Friede. Studien und Quellen*, Paderborn u.a. 1998, 723–765.
- DERS.: *What is a „Religious War“?*, in: *KOURI, Erkki I./SCOTT, Tom* (Hg.): *Politics and Society in Reformation Europe. Essays for Sir Geoffrey Elton on his Sixty-Fifth Birthday*, Houndmills u.a. 1987, 311–328.
- RITTER, Gerhard: *Eine neue Kriegsschuldthese? Zu Fritz Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht“*, in: *HZ* 194 (1962), 646–668.
- RITTER, Moriz: *Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges (1555–1648)*, 2. Bd., Stuttgart 1895 (ND ²1962).
- DERS.: *Die pfälzische Politik und die böhmische Königswahl 1619*, in: *HZ* 79 (1897), 239–283.
- DERS.: *Politik und Geschichte der Union zur Zeit des Ausgangs Rudolfs II. und der Anfänge des Kaisers Matthias*, in: *Abhandlungen der historischen Classe der königlich bayerischen Akademie der Wissenschaften* XV, 2 (1880), 83–170.
- ROHRSCHEIDER, Michael: *Tradition und Perception als Faktoren in den Internationalen Beziehungen. Das Beispiel der wechselseitigen Wahrnehmung der französischen und spanischen Politik auf dem Westfälischen Friedenskongress*, in: *ZHF* 29 (2002), 257–282.
- ROOSBROECK, Robert van: *Die niederländischen Glaubensflüchtlinge in Deutschland und die Anfänge der Stadt Frankenthal*, in: *Blätter für Pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde*, 1/2 (1963), 2–28.
- ROSS, Hartmut: *Die Beziehungen Christians I. von Anhalt-Bernburg zu den Hohenzollern. Versuch einer ersten Zusammenfassung*, in: *BECK, Friedrich/NEITMANN, Klaus* (Hg.): *Brandenburgische Landesgeschichte und Archivwissenschaft. Festschrift für Lieselott Enders zum 70. Geburtstag*, Weimar 1997, 127–137.
- RUBINSTEIN, Nicolai: *Das politische System Italiens in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts*, in: *MORAW, Peter* (Hg.): *„Bündnissysteme“ und „Außenpolitik“ im späteren Mittelalter*, Berlin 1988, 105–119.
- RUSSELL, Conrad: *Composite Monarchies in Early Modern Europe. The British and Irish Example*, in: *GRANT, Alexander/STRINGER, Keith J.*: *Uniting the Kingdom? The Making of British History*, London/New York 1995, 133–146.

- DERS.: Der englische König Jakob I. (1603–1625), in: DUCHHARDT, Heinz (Hg.): Der Herrscher in der Doppelpflicht. Europäische Fürsten und ihre beiden Throne, Zaber/Mainz 1997, 123–137.
- DERS.: The Nature of a Parliament in Early Stuart England, in: TOMLINSON, Howard (Hg.): Before the English Civil War, 123–150.
- SCHAAB, Meinrad: Geschichte der Kurpfalz, Bd. 2: Neuzeit, Stuttgart 1992.
- DERS.: Obrigkeitlicher Calvinismus und Genfer Gemeindemodell. Die Kurpfalz als frühestes reformiertes Territorium im Reich und ihre Entwicklung auf Pfalz-Zweibrücken, in: DERS. (Hg.): Territorialstaat und Calvinismus, Stuttgart 1993, 34–84.
- DERS.: Territorialstaat und Kirchengut bis zum Dreißigjährigen Krieg. Die Sonderentwicklung in der Kurpfalz im Vergleich mit Baden und Württemberg, in: ZGO 138 (1990), 241–258.
- SCHELVEN, Aart A. van: Der Generalstab des politischen Calvinismus in Zentraleuropa zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges, in: ARG 36 (1939), 117–141.
- SCHERNECK, Heike: Außenpolitik, Konfession und nationale Identitätsbildung in der Pamphletistik des elisabethanischen England, in: BERDING, Helmut (Hg.): Nationales Bewußtsein und kollektive Identität, Frankfurt 1994, 282–300.
- SCHILLING, Heinz: Aufbruch und Krise. Deutschland 1517–1648, Berlin ²1994.
- DERS.: La confessionalisation et le système international, in: BÉLY, Lucien (Hg.): L'Europe des traités de Westphalie. Esprit de la diplomatie de l'esprit, Vendôme 2000, 411–428.
- DERS.: Formung und Gestalt des internationalen Systems in der werdenden Neuzeit. Phasen und bewegende Kräfte, in: KRÜGER, Paul/MALETTKE, Klaus (Hgg.): Kontinuität und Wandel in der Staatenordnung der Neuzeit. Beiträge zur Geschichte des internationalen Systems, Marburg 1991, 19–46.
- DERS.: Die Konfessionalisierung im Reich. Religiöser und gesellschaftlicher Wandel in Deutschland zwischen 1555 und 1620, in: HZ 246 (1988), 1–45.
- DERS.: Konfessionalisierung und Formierung eines internationalen Systems während der frühen Neuzeit, in: GUGGISBERG, Hans R. (Hg.): Die Reformation in Deutschland und Europa. Interpretationen und Debatten, Heidelberg 1993, 591–613.
- DERS.: Konfessionalisierung und Staatsinteressen. Internationale Beziehungen 1559–1659, i.Vorb.
- DERS.: Die Konfessionalisierung von Kirche, Staat und Gesellschaft. Profil, Leistung, Defizite und Perspektiven eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas, in: REINHARD, Wolfgang/DERS. (Hgg.): Die katholische Konfessionalisierung, Gütersloh 1995, 1–47.
- DERS.: Konfessionelle und politische Identität im frühneuzeitlichen Europa, in: CZACHAROWSKI, Antoni (Hg.): Nationale, ethnische Minderheiten und regionale Identitäten in Mittelalter und Neuzeit, Torun 1994, 103–123.
- DERS.: Die konfessionellen Glaubenskriege und die Formierung des frühmodernen Europa, in: HERMANN, Peter (Hg.): Glaubenskriege in Vergangenheit und Gegenwart, Göttingen 1996, 123–137.
- DERS.: Konfessionspolitik und Staatsbildung. Eine Fallstudie über das Verhältnis von religiösem und sozialem Wandel in der Frühneuzeit am Beispiel der Grafschaft Lippe, Gütersloh 1981.
- DERS.: Nationale Identität und Konfession in der europäischen Neuzeit, in: GIESEN, Bernhard (Hg.): Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit, Frankfurt a.M. 1991, 192–252.
- DERS.: Niederländische Exulanten im 16. Jahrhundert. Ihre Stellung im Sozialgefüge und im religiösen Leben deutscher und englischer Städte, Gütersloh 1972.
- DERS. (Hg.): Die reformierte Konfessionalisierung in Deutschland – Das Problem der „Zweiten Reformation“. Wissenschaftliches Symposium des Vereins für Reformationsgeschichte, Gütersloh 1986.
- DERS.: Reichs-Staat und Nation der Deutschen oder teilmodernisiertes Reichssystem. Überlegungen zu Charakter und Aktualität des Alten Reichs, in: HZ 272 (2001), 377–395.

- SCHINDLING, Anton: Konfessionalisierung und Grenzen von Konfessionalisierbarkeit, in: DERS./ZIEGLER, Walter (Hgg.): Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650, Bd. 7: Bilanz – Forschungsperspektiven – Register, Münster 1997, 9–44.
- SCHLICHTER, Klaus: Staatsbildung und Staatszerfall in der „Dritten Welt“, in: SIEGELBERG, Jens/DERS. (Hgg.): Strukturwandel, 260–28.
- SCHMID, Alois: Von der Reichsgeschichte zur Dynastiegeschichte. Aspekte und Probleme der Hofhistoriographie Maximilians I. von Bayern, in: HAMMERSTEIN, Notker/WALTHER, Gerrit (Hgg.): Späthumanismus. Studien über das Ende einer kulturhistorischen Epoche, Göttingen 2000, 84–112.
- SCHMID, Peter: Die Reformation in der Oberpfalz, in: BECKER, Hans-Jürgen (Hg.): Der Pfälzer Löwe in Bayern. Zur Geschichte der Oberpfalz in der kurpfälzischen Epoche, Regensburg 1997, 102–129.
- SCHMIDT, Georg: Adeliges Selbstverständnis und späthumanistische Geschichtsschreibung: der Stammbaum des Reinhard von Gemmingen, in: RHEIN, Stefan (Hg.): Die Kraichgauer Ritterschaft in der frühen Neuzeit, Sigmaringen 1993, 257–287.
- DERS.: Die Anfänge der Fruchtbringenden Gesellschaft als politisch motivierte Sammlungsbeziehung und höfische Akademie, in: MANGER, Klaus (Hg.): Die Fruchtbringer – eine Teutschhertzige Gesellschaft, Heidelberg 2001, 5–37.
- DERS.: Geschichte des Alten Reichs. Staat und Nation in der Frühen Neuzeit, 1495–1806, München 1999.
- DERS.: Der Wetterauer Grafenverein. Organisation und Politik einer Reichskorporation zwischen Reformation und Westfälischem Frieden, Marburg 1989.
- SCHMIDT, Peer: Spanische Universalmonarchie oder „teutsche Libertet“. Das spanische Imperium in der Propaganda des Dreißigjährigen Krieges, Stuttgart 2001.
- SCHMITT, Axel: Inszenierte Geselligkeit. Methodologische Überlegungen zum Verhältnis von ‚Öffentlichkeit‘ und Kommunikationsstrukturen im höfischen Fest der frühen Neuzeit, in: ADAM, Wolfgang (Hg.): Geselligkeit und Gesellschaft im Barockzeitalter, Teil II, Wiesbaden 1997, 713–734.
- SCHMITT, Sigrid: Landesherr, Stadt und Bürgertum in der Kurpfalz des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, in: TREFFEISEN, Jürgen/ANDERMANN, Kurt (Hgg.): Landesherrliche Städte in Südwestdeutschland, Sigmaringen 1994, 45–66.
- SCHMITZ, Götz: Die Hochzeit von Themse und Rhein. Gelegenheitsschriften zur Brautfahrt des Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz, in: Daphnis 22 (1993), 265–309.
- SCHNUR, Roman (Hg.): Staatsräson. Studien zur Geschichte eines politischen Begriffs, Berlin 1975.
- SCHOCH, Gustav von: Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und England vom Ausgang des Mittelalters bis zum Jahre 1815, Bonn/Leipzig 1921.
- SCHORN-SCHÜTTE, Louise: Konfessionalisierung als wissenschaftliches Paradigma?, in: BAHLCKE, Joachim/STROHMEYER, Arno (Hgg.): Konfessionalisierung in Ostmitteleuropa. Wirkungen des religiösen Wandels im 16. und 17. Jahrhundert in Staat, Gesellschaft und Kultur, Stuttgart 1999, 63–77.
- SCHROEDER, Paul W.: The Transformation of European Politics 1763–1848, Oxford 1994.
- SCHUBERT, Friedrich H.: Ludwig Camerarius, 1573–1651. Eine Biographie, Kallmünz 1955.
- DERS.: Die pfälzische Exilregierung im Dreißigjährigen Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Protestantismus, in: ZGO 102 (1954), 575–680.
- SCHULZE, Winfried (Hg.): Friedliche Intentionen – kriegerische Effekte. War der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges unvermeidlich?, St. Katharinen 2002.
- DERS.: Theoretische Probleme bei der Untersuchung vorrevolutionärer Gesellschaften, in: KOCKA, Jürgen (Hg.): Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion, Göttingen 1977, 55–85.
- SCHWAN, Brigitte: Das juristische Schaffen Marquard Frehers (1565–1614), Speyer 1984.

- SCOTT, Hamish M./STORRS, Christopher: The Consolidation of Noble Power in Europe, c. 1600–1800, in: SCOTT, Hamish M. (Hg.): *The European Nobilities in the Seventeenth and Eighteenth Century*, Bd. 1: Western Europe, London/New York, 1995, 1–52.
- SCRIBNER, Robert: *For the Sake of Simple Folk. Popular Propaganda for the German Reformation*, Cambridge 1981.
- SEDDON, Peter R.: Robert Carr, Earl of Somerset, in: *Renaissance and Modern Studies* 15 (1970), 48–68.
- SEELING, Werner: Der sogenannte Calvinismus in der Pfalz. Versuch einer Klärung, in: *Blätter für Pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde* 37/38 (1970/71), Teil I, 267–274.
- SEPP, Christian: *Das Heilige Römische Reich und England zwischen der Thronbesteigung Königin Elisabeths I. von England (1558) und dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges (1618): Eine Studie über Außenpolitik in der frühen Neuzeit*, unveröfftl. Magisterarbeit Ludwig-Maximilians-Universität München 1997.
- SEZNEC, Jean: *Das Fortleben der antiken Götter. Die mythologische Tradition im Humanismus und in der Kunst der Renaissance*, München 1990.
- SHARPE, Kevin: Introduction. Parliamentary History 1603–1629; in or out of perspective?, in: DERS. (Hg.): *Faction and Parliament. Essays on Early Stuart History*, Oxford 1978, 1–42.
- DERS.: *The Personal Rule of Charles I*, New Haven/London 1992.
- DERS.: *Politics and Ideas in Early Stuart England. Essays and Studies*, London/New York 1989.
- DERS.: *Representations and Negotiations. Texts, Images, and Authority in Early Modern England*, in: *The Historical Journal* 42 (1999), 853–881.
- DERS./LAKE, Peter (Hgg.): *Culture and Politics in Early Stuart England*, Houndmills u.a. 1994.
- SHEEHAN, Michael: The Development of British Theory and Practice of the Balance of Power before 1714, in: *History. The Journal of The Historical Association* 73 (1988), 24–37.
- SHRIVER, Frederick: Orthodoxy and Diplomacy. James I and the Vorstius Affair, in: *EHR* 85 (1970), 449–474.
- SIBETH, Uwe: Gesandter einer aufständischen Macht. Die ersten Jahre der Mission von Dr. Pieter Cornelisz. Brederode im Reich (1602–09), in: *ZHF* 30, 2003, 19–52.
- SIEGELBERG, Jens: Staat und internationales System. Ein strukturgeschichtlicher Überblick, in: DERS./SCHLICHTER, Klaus (Hgg.): *Strukturwandel*, 11–56.
- DERS./SCHLICHTER, Klaus (Hgg.): *Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden*, Wiesbaden 2000.
- SMITH, David L.: *The Stuart Parliaments 1603–1689*, London u.a. 1999.
- SMUTS, Malcolm R.: Art and the Material Culture of Majesty in Early Stuart England, in: DERS. (Hg.): *The Stuart Court and Europe. Essays in Politics and Political Culture*, Cambridge 1996, 86–112.
- DERS.: Concepts of Peace and War in Stuart Court Culture, in: ASCH, Ronald G. u.a. (Hgg.): *Frieden und Krieg*, 215–238.
- DERS.: Court-Centred Politics and the Uses of Roman Historians, c. 1590–1630, in: SHARPE, Kevin/LAKE, Peter (Hgg.): *Culture and Politics*, 21–43.
- DERS.: Cultural Diversity and Cultural Change at the Court of James I, in: PECK, Linda L. (Hg.): *Mental World*, 99–112.
- SOERGEL, Philip M.: Die Wahrnehmung der Endzeit in monströsen Anfängen, in: LEHMANN, Hartmut/TREPP, Anne-Charlotte (Hgg.): *Im Zeichen der Krise. Religiosität im Europa des 17. Jahrhunderts*, Göttingen 1999, 33–51.
- SOMMERVILLE, Johann P.: *Politics and Ideology in England, 1603–1640*, London/New York 1986.
- SPIESS, Karl-Heinz: Erbteilung, dynastische Rason und transpersonale Herrschaftsvorstellung. Die Pfalzgrafen bei Rhein und die Pfalz im späten Mittelalter, in: STAAB, Franz (Hg.): *Die Pfalz. Probleme einer Begriffsgeschichte auf dem Palatin bis zum heutigen Regierungsbezirk. Referate und Aussprachen der Arbeitstagung vom 4.–6. Oktober 1988 in St. Martin (Pfalz)/Speyer* 1990, 159–183.

- DERS.: Kommunikationsformen im Hochadel und am Königshof im Spätmittelalter, in: ALTHOFF, Gerd (Hg.): Formen und Funktionen öffentlicher Kommunikation im Mittelalter, Stuttgart 2001, 261–290.
- STAHL, Ernst L.: Das europäische Mannheim. Die Wege zum deutschen Nationaltheater, Mannheim 1940.
- STAUBER, Reinhard: Herrschaftsrepräsentation und dynastische Propaganda bei den Wittelsbachern und Habsburgern um 1500, in: NOLTE, Cordula u.a. (Hgg.): Principes. Dynastien und Höfe im späten Mittelalter, Stuttgart 2002, 371–402.
- DERS.: Nationalismus vor dem Nationalismus? Eine Bestandsaufnahme der Forschung zu „Nation“ und „Nationalismus“ in der Frühen Neuzeit, in: GWU 47 (1996), 139–165.
- STEINER, Jürgen: Die pfälzische Kurwürde während des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648), Speyer 1985.
- STIEVE, Felix: Herzog Maximilian von Bayern und die Kaiserkrone, in: Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6/1 (1891), 40–77.
- STIEVERMANN, Dieter: Southern German Courts around 1500, in: ASCH, Ronald G./BIRKE, Adolf M. (Hgg.): Princes, Patronage, and the Nobility. The Court at the Beginning of the Modern Age, c. 1450–1650, Oxford 1991, 157–172.
- STOLLBERG-RILINGER, Barbara: Einleitung, in: DIES. (Hg.): Vormoderne politische Verfahren, Berlin 2001, 9–24.
- STOLLEIS, Michael: Arcana imperii und Ratio status. Bemerkungen zur politischen Theorie des frühen 17. Jahrhunderts, Göttingen 1980.
- STONE, Lawrence: The Crisis of the Aristocracy, Oxford 1979.
- STOURZH, Gerald: Außenpolitik, Diplomatie, Gesandtschaftswesen. Zur Begriffsklärung und historischen Einführung, in: ZÖLLNER, Erich (Hg.): Diplomatie und Außenpolitik Österreichs. 11 Beiträge zu ihrer Geschichte, Wien 1977, 10–27.
- STRACHAN, Michael: Sir Thomas Roe, 1581–1644. A Life, Salisbury 1989.
- STRICKER, Günter: Das politische Denken der Monarchomachen, Heidelberg 1967.
- STROHMEYER, Arno: Diplomatenalltag und die Formierung internationaler Beziehungen: Hans Khevenhüller als kaiserlicher Botschafter am Hof Philipps II. von Spanien (1574–1598), in: BEIDERBECK, Friedrich u.a. (Hgg.): Dimensionen der europäischen Außenpolitik, 129–159.
- DERS.: Theorie der Interaktion. Das europäische Gleichgewicht der Kräfte in der frühen Neuzeit, Wien u.a. 1994.
- STRONG, Roy C.: Art and Power, Berkeley 1984.
- DERS.: England and Italy. The Marriage of Henry Prince of Wales, in: OLLARD, Richard/TUDOR-CRAIG, Pamela (Hgg.): For Veronica Wedgwood These: Studies in Seventeenth-Century History, London 1986, 59–87.
- DERS.: Feste der Renaissance 1450–1650. Kunst als Instrument der Macht, Freiburg 1991.
- DERS.: Henry Prince of Wales and England's Lost Renaissance, London u.a. 1986 (ND 2000).
- STURMBERGER, Hans: Aufstand in Böhmen. Der Beginn des Dreißigjährigen Krieges, München/Wien 1959.
- SUTHERLAND, Nicola M.: The Origins of the Thirty Years War and the Structure of European Politics, in: EHR 107 (1992), 587–625.
- SWIDLER, Ann: Culture in Action. Symbols and Strategies, in: American Sociological Review 51 (1986), 273–286.
- TECKE, Anneliese: Die kurpfälzische Politik und der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges, Hamburg: Diss. phil. masch. 1931 (Humboldt Universitätsbibliothek).
- TENFELDE, Klaus: Adventus. Zur Historischen Ikonologie des Festzugs, in: HZ 235 (1982), 45–84.
- THADDEN, Rudolf von: Die Fortsetzung des „Reformationswerkes“ in Brandenburg-Preußen, in: SCHILLING, Heinz (Hg.): Die reformierte Konfessionalisierung, 233–250.
- THOMAS, Christiane: Diplomatie im eigenen Haus. Geheime dynastiebezogene Vereinbarungen der Casa de Austria, in: PFERSCHY, Gerhard (Hg.): Siegmund von Herberstein, 27–41.

- THOMAS, David: Financial and Administrative Developments, in: TOMLINSON, Howard (Hg.): Before the English Civil War, 103–122.
- THOMPSON, I. A. A.: The Institutional Background to the Rise of the Minister-Favourite, in: ELLIOTT, John H./BROCKLISS, Laurence W.B. (Hgg.): World of the Favourite, 13–25.
- THUM, Bernd: Öffentlich-Machen, Öffentlichkeit, Recht. Zu den Grundlagen und Verfahren der politischen Publizistik im Spätmittelalter (mit Überlegungen zur sog. „Rechtssprache“), in: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 37 (1980), 12–64.
- TILLY, Charles: War Making and State Making as Organized Crime, in: EVANS, Peter u.a. (Hgg.): Bringing the State Back In, Cambridge 1985, 169–191.
- DERS.: Reflections on the History of European State-Making, in: DERS. (Hg.): The Formation of National States in Western Europe, Princeton 1975, 3–83.
- TOMLINSON, Howard (Hg.): Before the English Civil War. Essays on Early Stuart Politics and Government, London 1983.
- TRAUTZ, Fritz: England und Kurpfalz im 17. Jahrhundert. Vortrag bei der Eröffnung der Ausstellung, in: Ruperto-Carola 15 (1963), 170–176.
- TREVOR-ROPER, Hugh: The Culture of the Baroque Courts, in: BUCK, August u.a. (Hgg.): Europäische Hofkultur, Bd. 1, 11–23.
- TRICOMI, Albert H.: Anticourt Drama in England 1603–1642, Charlottesville 1989.
- TRIM, David J.B.: Sir Horace Vere in Holland and the Rhineland, 1610–12, in: Historical Research 72 (1999), 334–351.
- TYACKE, Nicholas: Puritanism, Arminianism and Counter-Revolution, in: RUSSELL, Conrad (Hg.): The Origins of the English Civil War, London/Basingstoke 1973, 119–143.
- UFLACKER, Hans Georg: Christian I. von Anhalt und Peter Wok von Rosenberg. Eine Untersuchung zur Vorgeschichte des pfälzischen Königtums in Böhmen, München: Diss. phil. masch. 1926 (Humboldt Universitätsbibliothek).
- VALONE, James S.: Huguenot Politics. 1601–1622, Lewiston u.a. 1994.
- VOCELKA, Karl: Habsburgische Hochzeiten 1550–1600. Kulturgeschichtliche Studien zum manieristischen Repräsentationsfest, Wien u.a. 1976.
- VOGLER, Bernhard: Les contacts culturels entre Huguenots français et protestants palatins au 16e siècle, in: Société de l'Histoire du Protestantisme français 115 (1969), 29–42.
- DERS.: La dimension religieuse dans les relations internationales en Europe aux XVIIe siècle (1618–1721), in: Histoire Économie et Société 10 (1991), 379–398.
- DERS.: Die Rolle der Pfälzischen Kurfürsten in den französischen Religionskriegen (1559–1592), in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde, 37/38 (1970/71), 235–266.
- DERS.: Die Rolle der Pfalz in den deutsch-französischen Beziehungen um 1600, in: BEIDERBECK, Friedrich u.a. (Hgg.): Dimensionen der europäischen Außenpolitik, 187–198.
- WAGENKNECHT, Christian: Die Beschreibung höfischer Feste. Merkmale einer Gattung, in: BUCK, August, u.a. (Hgg.): Europäische Hofkultur, Bd. 2, 75–80.
- WALTER, Axel E.: Georg Michael Lingelsheim. Esquisse biographique d'un humaniste politique dans la région du Rhin supérieur (1558–1638), in: Revue d'Alsace 124 (1998), 35–54.
- WALTER, Friedrich: Geschichte des Theaters und der Musik am Kurpfälzischen Hofe, Leipzig 1898 (ND Wiesbaden 1968).
- WALTHER, Gerhard: Der Heidelberger Schlossgarten, Heidelberg 1990.
- WALTHER, Gerrit: Adel und Antike. Zur politischen Bedeutung gelehrter Kultur für die Führungselite der Frühen Neuzeit, in: HZ 266 (1998), 359–385.
- WALZER, Michael: The Revolution of the Saints. A Study in the Origins of Radical Politics, Cambridge/Mass. 1965.
- WANNENMACHER, Aloys: Eine Heidelberger Ehrenpforte aus dem Jahre 1613, in: Oberdeutsche Zeitschrift für Volkskunde 11 (1937), 143–146.
- WATANABE-O'KELLY, Helen: The Iconography of German Protestant Tournaments in the Years before the Thirty Years' War, in: BÉHAR, Pierre (Hg.): Image et spectacle. Actes du XXXII^e

- Colloque International d'Etudes Humanistes du Centre d'Etudes Supérieures de la Renaissance (Tours, 29 juin – 8 juillet 1989), Amsterdam/Atlanta 1993, 47–64.
- DIES.: Tournaments and their Relevance for Warfare in the Early Modern Period, in: *EHQ* 20 (1990), 451–463.
- DIES.: *Triumphal Shews. Tournaments at German-speaking Courts in their European Context 1560–1730*, Berlin 1992.
- WATTS, Jonathan: Lionel Cranfield, Earl of Middlesex, in: EUSTACE, Timothy (Hg.): *Statesmen and Politicians of the Stuart Age*, Houndmills u.a. 1985, 17–36.
- WEBER, Eugen: *Apocalypses. Prophecies, Cults and Millennial Beliefs through the Ages*, London u.a. 1999.
- WEBER, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1972.
- WEBER, Wolfgang E.J.: *Dynastiesicherung und Staatsbildung. Die Entfaltung des frühmodernen Fürstenstaates*, in: DERS. (Hg.): *Der Fürst. Ideen und Wirklichkeiten in der europäischen Geschichte*, Köln u.a. 1998, 91–136.
- WEDGWOOD, Cecily V.: *Der Dreißigjährige Krieg*, München 1967.
- WEFERS, Sabine: Versuch über die „Außenpolitik“ des spätmittelalterlichen Reiches, in: *ZHF* 22 (1995), 291–316.
- WEGNER, Bernd: Einführung, in: DERS. (Hg.): *Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten*, Paderborn 2000, 9–21.
- WEHLER, Hans-Ulrich: *Moderne Politikgeschichte oder „Große Politik der Kabinette“?*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1 (1975), 344–369.
- WEIGEL, Helmut: *Franken, Kurpfalz und der Böhmisches Aufstand 1618–1620. 1. Teil: Die Politik der Kurpfalz und der evangelischen Stände Frankens Mai 1618 bis März 1619*, Erlangen 1932.
- WEIS, Eberhard: *Das Haus Wittelsbach in der europäischen Politik der Neuzeit*, in: *ZBLG* 44/1 (1981), 211–231.
- WEISS, Elmar: *Die Unterstützung Friedrichs V. von der Pfalz durch Jakob I. und Karl I. von England im Dreißigjährigen Krieg (1618–1632)*, Stuttgart 1966.
- WEISS, John Gustav: *Beiträge zur Beurteilung des Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz*, in: *ZGO* 85 (1932), 385–422.
- DERS.: *Lord Craven und die Familie des Winterkönigs*, in: *ZGO* 82 (1930), 581–598.
- DERS.: *Die Vorgeschichte des böhmischen Abenteuers Friedrichs V. von der Pfalz*, in: *ZGO* 92 (1940), 383–492.
- WEISS, Joseph: *„Don Quijote“ am kurpfälzischen Hofe 1613. Sein öffentlicher Einzug in Deutschland*, in: *Das Bayerland* 27 (1915/16), 253–255.
- WELSBY, Paul A.: *George Abbot. The Unwanted Archbishop (1562–1633)*, London 1962.
- WELSKOPP, Thomas: *Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der historischen Sozialwissenschaft*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), 173–198.
- WENDE, Peter: *Die Thronfolge in England im 16. und 17. Jahrhundert*, in: KUNISCH, Johannes (Hg.): *Der dynastische Fürstenstaat. Zur Bedeutung von Sukzessionsordnungen für die Entstehung des frühmodernen Staates*, Berlin 1982, 345–357.
- WENDLAND, Andreas: *Der Nutzen der Pässe und die Gefährdung der Seelen. Spanien, Mailand und der Kampf ums Veltlin 1620–1641*, Zürich 1995.
- WENDLAND, Anna: *Elisabeth Stuart, Königin von Böhmen*, in: *Neue Heidelberger Jahrbücher, hg. v. historisch-philosophischen Vereinen* 13 (1905), 23–55.
- WENZEL, Horst: *Öffentliches und nichtöffentliches Herrschaftshandeln*, in: ALTHOFF, Gerd (Hg.): *Formen und Funktionen öffentlicher Kommunikation im Mittelalter*, Stuttgart 2001, 247–260.
- WERNER, Hans: *The Hector of Germanie, or the Palsgrave, Prime Elector and Anglo-German Relations of Early Stuart England. The View from the Popular Stage*, in: SMUTS, Malcolm R. (Hg.): *The Stuart Court and Europe. Essays in Politics and Political Culture*, Cambridge 1996, 113–132.

L

- WERNHAM, Richard B.: *After the Armada. Elizabethan England and the Struggle for Western Europe 1588–1595*, Oxford 1984.
- DERS.: *Before the Armada. The Growth of English Foreign Policy 1485–1588*, London 1966.
- DERS.: *The Making of Elizabethan Foreign Policy, 1558–1603*, Berkley 1980.
- WHITE, Peter: *The ‚via media‘ in the Early Stuart Church*, in: FINCHAM, Kenneth (Hg.): *Early Stuart Church*, 211–230.
- WIEGAND, Hermann: *Der zweigipflige Musenberg. Studien zum Humanismus in der Kurpfalz, Ubstadt-Weiher 2002*.
- WILKINSON, Donald: *George Villiers, Duke of Buckingham*, in: EUSTACE, Timothy (Hg.): *Statesmen and Politicians of the Stuart Age*, London u.a. 1985, 37–60.
- WILLIAMSON, Jerry W.: *The Myth of the Conqueror. Prince Henry Stuart: A Study of 17th Century Personation*, New York 1978.
- WILLOWEIT, Dietmar: *Rechtsgrundlagen der Territorialgewalt. Landesobrigkeit, Herrschaftsrechte und Territorium in der Rechtswissenschaft der Neuzeit*, Köln/Wien 1975.
- WILLSON, David H.: *King James VI. and I.*, London 1956, 280.
- WILSON, Elkin C.: *Prince Henry and English Literature*, New York 1946.
- WINTERLING, Aloys: *Der Hof des Kurfürsten von Köln 1688–1794. Eine Fallstudie zur Bedeutung ‚absolutistischer‘ Hofhaltung*, Bonn 1986.
- DERS.: *„Hof“. Versuch einer idealtypischen Bestimmung anhand der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Geschichte*, in: DERS.: *Zwischen „Haus“ und „Staat“*. Antike Höfe im Vergleich, München 1997, 11–25.
- WIRSCHING, Andreas: *Konfessionalisierung der Außenpolitik. Die Kurpfalz und der Beginn der Französischen Religionskriege (1559–1562)*, in: *Historisches Jahrbuch 106 (1986)*, 333–360.
- WITTE, Horst: *Die Ansichten Jakobs I. von England über Kirche und Staat, mit besonderer Berücksichtigung der religiösen Toleranz*, Berlin 1940.
- WOLF, Helmut: *Eisenerzbergbau und Eisenverhüttung in der Oberpfalz von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1986.
- WOLF, Karl: *Die Sicherung des reformierten Bekenntnisses in der Kurpfalz nach dem Tode Johann Casimirs*, in: *ZGO 87 (1935)*, 384–425.
- DERS.: *Zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich IV. von der Pfalz*, in: *ZGO 53 (1940)*, 275–315.
- WOLF, Peter u. a. (Hgg.): *Der Winterkönig. Friedrich von der Pfalz. Bayern und Europa im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges*, Stuttgart 2003.
- WOLFERS, Arnold: *Discord and Collaboration. Essays on International Politics*, Baltimore 1962.
- WOLGAST, Eike: *Konfessionalisierung und Religionskrieg*, in: ASSMANN, Jan/HARTH, Dietrich (Hgg.): *Kultur und Konflikt*, Frankfurt a.M. 1990, 180–214.
- DERS.: *Die kurpfälzische Universität 1386–1803*, in: DOERR, Wilhelm (Hg.): *Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986. Festschrift in sechs Bänden. Bd. 1: Mittelalter und Frühe Neuzeit 1386–1803*, Berlin u.a. 1985, 1–70.
- DERS.: *Reformierte Konfession und Politik im 16. Jahrhundert. Studien zur Geschichte der Kurpfalz im Reformationszeitalter*, Heidelberg 1998.
- DERS.: *Religion und Politik in der Kurpfalz im 17. Jahrhundert*, in: *Mannheimer Geschichtsblätter 6 (1999)*, 189–220.
- WOLTER, Michael: *Der Gegner als endzeitlicher Widersacher. Die Darstellung des Feindes in der jüdischen und christlichen Apokalyptik*, in: BOSBACH, Franz (Hg.): *Feindbilder. Die Darstellung des Gegners in der politischen Publizistik des Mittelalters und der Neuzeit*, Köln u.a. 1992, 23–40.
- WORMLAND, Jenny: *James VI and I, Basilikon Doron and The True Law of Free Monarchies. The Scottish Context and the English Translation*, in: PECK, Linda L. (Hg.): *Mental World*, 36–54.
- WOSTRY, Wilhelm: *„Die römische Krone gehört auf die böhmische“*, in: *Gesamtdeutsche Vergangenheit. Festgabe für Heinrich Ritter von Srbik zum 60. Geburtstag*, München 1938, 83–89.

- WRIGHT, Louis B.: Propaganda against James I's ‚appeasement‘ of Spain, in: *Huntington Library Quarterly* 4 (1943), 149–192.
- WYDUCKAL, Dieter: Reichsverfassung und Reichspublizistik vor den institutionellen Herausforderungen des Westfälischen Friedens, in: BUSSMANN, Klaus/SCHILLING, Heinz (Hgg.): 1648 – Krieg und Frieden in Europa. Textband 1: Politik, Religion, Recht und Gesellschaft, Münster/Osnabrück 1998, 77–88.
- YATES, Francis A.: *The Rosicrucian Enlightenment*, London/Boston 1972.
- ZALLER, Robert: The Conception of Opposition in Early Stuart England, in: *Albion* 12 (1980), 211–234.
- DERS.: „Interest of State“. James I and the Palatinate, in: *Albion* 6 (1974), 144–175.
- ZEPF, Robert: Fructus Uberrimi. Die Theologiestunden von Collegium Sapientiae und Universität Heidelberg 1560–1622, in: KOHNLE, Armin/ENGEHAUSEN, Frank (Hgg.): *Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wolgast zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 2001, 441–454.
- ZIEBURA, Gilbert: Die Rolle der Sozialwissenschaften in der Westdeutschen Historiographie der internationalen Beziehungen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 16 (1990), 79–103.
- ZSCHOCH, Hellmut: Größe und Grenzen des „Löwen aus Mitternacht“. Das Bild Gustav Adolfs in der populären protestantischen Publizistik als Beispiel religiöser Situationswahrnehmung im Dreißigjährigen Krieg, in: *Zeitschrift für Theologie und Kirche* 91 (1994), 25–50.
- ZULL, Gertraud: Die höfischen Feste, in: *Die Renaissance im deutschen Südwesten zwischen Reformation und Dreißigjährigem Krieg. Eine Ausstellung des Landes Baden-Württemberg*, Bd. 2, Karlsruhe 1986, 913–925.

Einleitung

Hat sich mit dem 11. September 2001 die Religion als Faktor der Außenpolitik zurückgemeldet? Vor dem Hintergrund von Samuel P. Huntingtons These eines Kampfs der Kulturen¹ gewinnt der Vergleich zwischen dem internationalen Terrorismus des 21. Jahrhunderts und den frühneuzeitlichen Religionskriegen an Attraktivität. Denn die Zahl lose organisierter Gruppen mit fundamentalistischem Hintergrund, die Krieg gegen einen als Satan titulierten Feind führen, steigt. Die Angriffe richten sich nicht nur gegen strategische, sondern auch gegen symbolische Ziele, die eine größtmögliche psychologische Verunsicherung beim Gegner versprechen. Der Angegriffene lässt sich teilweise auf die Logik dieses religiös konnotierten Konflikts ein. Das eigene Land befindet sich den öffentlichen Reden der verantwortlichen Politiker zufolge in einem als göttliche Mission beschriebenen Entscheidungskampf zwischen Gut und Böse, bei dem der Gegner zum unmenschlichen und damit existentiellen Feind gesteigert wird, mit dem Verhandlungen ausgeschlossen sind.

Wie bei vielen anderen Versuchen, die Geschichte als *magistra vitae* zu nutzen, so ist natürlich auch bei der Parallelisierung der Religionskriege des 17. Jahrhunderts mit den Ereignissen seit dem 11. September Vorsicht geboten. Trotz der möglichen Anknüpfungspunkte handelt es sich bei den Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus angesichts der heutigen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen um eine andere Dimension weltweiter Auseinandersetzungen, als es während des Dreißigjährigen Krieges der Fall war. So blieben die Religionskriege des 17. Jahrhunderts im Gegensatz zu der globalen Dimension der neuen Kriege des 21. Jahrhunderts insgesamt auf das europäische Staatensystem begrenzt, auch wenn stellenweise die europäischen Besitzungen in Übersee einbezogen wurden. Auch herrschte in den Feldzügen des Dreißigjährigen Krieges nicht jene auffallende militärische Asymmetrie zwischen den Kombattanten, wie sie beispielsweise im Afghanistankrieg 2001 zwischen den westlichen Koalitionsarmeen und der Terrororganisation Al Qaida festzustellen war.

Ungeachtet dieser gebotenen Vorsicht ruft der 11. September jedoch die fortdauernde Aktualität von drei historischen Phänomenen in Erinnerung, die noch im 20. Jahrhundert als überwunden galten:

1. Die Bedeutung nichtstaatlicher Akteure in den internationalen Beziehungen, einhergehend mit neuen Formen der Kriegsführung,
2. die Renaissance religiöser Überzeugungen als nichtökonomische beziehungsweise nichtnationalistisch-ideologische Handlungsmotive für grenzüberschreitende Politik, sowie
3. die neue Rolle symbolischer Handlungen – hier in Form symbolischer Gewalt – als für Freund und Feind bedeutsamer Bestandteil internationaler Aktivität.

¹ HUNTINGTON: Clash of Civilizations.

Diese Aspekte der Staatsbildung, des Einflusses von Religion als Faktor von Außenpolitik sowie des Stellenwerts kultureller Fragen in den zwischenstaatlichen Beziehungen kommen besonders im frühneuzeitlichen Mächtesystem an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert zum Tragen. Eingefügt zwischen den Traditionen der spätmittelalterlichen Christianitas-Ordnung und den nachhaltigen Veränderungen durch das Westfälische Friedenssystem in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts lassen sich hier Entwicklungen beobachten, die auch Rückschlüsse auf bereits erwähnte zeitgenössische Ereignisse gewähren.

Einen prominenten Fall für das internationale Staatensystem am Vorabend und in der Anfangsphase des Dreißigjährigen Krieges bilden die facettenreichen diplomatischen, religiösen und kulturellen Beziehungen zwischen England und der Kurpfalz 1608 bis 1632. In dieser kritischen Zeit der Anbahnung, der Durchführung und des endgültigen Scheiterns des böhmischen Königums Friedrichs V. von der Pfalz (1596–1632) entwickelten die beiden einflussreichen Mächte des in den Konfessionskonflikten entstandenen protestantischen Mächteblocks intensive diplomatische Verbindungen. Diese reichten bis in die Zeit von Elisabeth I. (1533–1603) zurück. So unterhielt bereits die englische Monarchin mit den reformierten Pfalzgrafen Friedrich III. (1515–1576) sowie Johann Casimir (1543–1592) politische Beziehungen zur Unterstützung jener Glaubensbrüder, die von der Gegenreformation in Frankreich und in den Niederlanden bedroht wurden. Diese Kontakte wurden im Zuge der Gründung der protestantischen Union durch Kurfürst Friedrich IV. (1574–1610) im Jahre 1608 und während der Erbfolgekrise am Niederrhein (1609–1614) intensiviert. So schlossen beide Länder 1612 in Wesel ein politisches Bündnis ab, das mit der Verheiratung des Kurerben Friedrich V. mit der purpurborenen Princess Elizabeth Stuart (1596–1662) auch auf dynastischer Ebene gefestigt wurde.

Diese politische Interaktion beider Mächte im internationalen System am Vorabend und in der Anfangsphase des Dreißigjährigen Krieges bildet einen wichtigen Aspekt für die Frage nach den Ursachen der verheerenden Auseinandersetzungen 1618–1648. Denn bereits in den unmittelbaren Jahren vor Ausbruch der Adelsfronde in Böhmen intensivierte die Kurpfalz ihre außenpolitischen Aktivitäten, um – gestärkt durch das dynastische Bündnis mit England und das militärische Potential der Union – auf europäischer Ebene eine ambitionierte protestantisch-antihabsburgische Allianz gegen die gegenreformatorischen Mächte zu etablieren. Seit der Defenestration der kaiserlichen Räte durch den aufständischen Adel Böhmens am 23. Mai 1618 standen die kurpfälzischen Diplomaten im engen Kontakt mit einzelnen englischen Privy Councillors, und die Unterstützung des englischen Königs Jakob I. (1566–1625) galt in Heidelberg und in Prag als *conditio sine qua non* für die anstehenden Auseinandersetzungen mit dem Haus Habsburg. Die Annahme der Wenzelskrone aus der Hand der böhmischen Adelsopposition durch den Pfalzgrafen Friedrich V. Ende September 1619 löste schließlich einen über das Reich hinausreichenden Flächenbrand aus, der rasch das gesamte Mächtesystem erfasste.

Diese ambitionierte Außenpolitik erlitt einen nahezu beispiellosen Zusammenbruch. Nach der schweren Niederlage der böhmisch-pfälzischen Armee in der

Schlacht am Weißen Berg (8. November 1620) und der Besetzung der Pfälzer Erblande am Rhein durch katholische Truppen blieb dem spöttisch von Zeitgenossen als „Winterkönig“ titulierten Pfalzgrafen und seiner Gemahlin nur noch der Gang ins niederländische Exil. In dieser Phase stand die englische Diplomatie vor der schweren Aufgabe, angesichts bescheidener militärischer Mittel und bedrängt von radikal-protestantischen Rufen nach einem Krieg mit Spanien den Frieden zwischen Friedrich V. und Kaiser Ferdinand II. (1578–1637) auszuhandeln, der neben der Restitution der besetzten Gebiete auch den Verbleib der an Bayern übertragenen Pfälzer Kurwürde regeln sollte. Begleitet wurden diese diplomatischen Verhandlungen von immer wieder aufflammenden militärischen Auseinandersetzungen um die Kurpfalz, geführt von protestantischen Condottieri, aber auch von englischen und dänischen Truppen, die allesamt vor der spanischen, bayerischen und kaiserlichen Militärmacht kapitulierten. Auch der hoffnungsvolle schwedische Feldzug gegen die katholischen Armeen 1630 bis 1632 führte nicht zur Restitution der Pfalz an die kurfürstliche Familie. Jakob I. und sein Nachfolger Karl I. (1600–1649) scheiterten schließlich an der Pfalzfrage. Erst 16 Jahre nach dem Tod Friedrichs V. konnte die Kurpfalz in den Friedensverhandlungen von Westfalen eine Übereinkunft mit der katholischen Seite erreichen, die zusätzlich zu den empfindlichen territorialen Einbußen eine Minderung des Heidelberger Rangs im Reich mit sich brachte.

Vor dem Hintergrund dieser dramatischen Entwicklung in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen 1608–1632 stellt sich die Frage nach den Strukturen und Konstituenten frühmoderner Staatlichkeit sowie nach Handlungsmotiven und Ideen frühneuzeitlicher Diplomatie. Die vorliegende Studie zur internationalen Geschichte in der Frühen Neuzeit will exemplarisch anhand der Beziehungen zwischen dem Königreich England und dem Reichsstand Kurpfalz im Zeitraum zwischen 1608 und 1632 einzelne Kräfte und Faktoren identifizieren und in den Zusammenhang der wechselvollen Ereignisse am Vorabend und in der Anfangsphase des Dreißigjährigen Krieges stellen. Im Mittelpunkt der Analyse steht das Verhältnis der religiösen Dimension von Außenpolitik, die im konfessionellen Zeitalter mit neuer Qualität versehen wurde, zu säkularen Kräften internationaler Beziehungen, insbesondere zur Dynastie. Inwiefern es sich bei ihnen um dominante Kräfte in der frühneuzeitlichen Außenpolitik handelt, die nicht nur als situative Rhetorik auftraten, sondern als Weltanschauungen über vitale Fragen von Krieg und Frieden mitentschieden, wird ebenso den Rahmen der folgenden Ausführungen bilden wie die Analyse möglicher Wechselwirkungen untereinander. Letztlich beabsichtigt die Untersuchung, den historischen Charakter des Dreißigjährigen Krieges im Spannungsfeld zwischen Religions- und Erbfolgekrieg anhand dieses Fallbeispiels weiter zu klären.

Die Studie geht davon aus, dass sich religiöse und säkulare Kräfte frühneuzeitlicher Außenpolitik nicht nur auf den kleinen Kreis der Fürsten und ihrer engsten Berater beschränkte, sondern dass vielfältige Personengruppen innerhalb und außerhalb der höfischen Entscheidungszentren Anteil an den außenpolitischen Beratungsprozessen hatten und in unterschiedlicher Intensität die fürstliche Diplomatie beeinflussten. Auf Grundlage der Analyse höfischer Personennetze sowie unterschiedlicher

frühneuzeitlicher Öffentlichkeitssphären Englands und der Kurpfalz bemüht sich die Arbeit, das komplexe Wechselverhältnis zwischen säkularen und religiösen Kräften im frühneuzeitlichen Staatensystem gerade im Hinblick auf Krieg und Frieden als existentielle Erscheinungsformen internationaler Beziehungen zu untersuchen. Dabei soll gezeigt werden, wie es im Fall der englisch-kurpfälzischen Beziehungen zu einer konflikttreibenden Verbindung von konfessionellen und dynastischen Motiven in der Außenpolitik kam, die im geheimen diplomatischen Verkehr und auch in der öffentlichen Darstellung und Verarbeitung entscheidend zum Kriegsausbruch und zur Ausweitung der Konflikte seit 1618 beitrug.

Mit Hilfe dieses Untersuchungsdesigns verfolgt die vorliegende Studie das Ziel, auf Grundlage eines multiperspektivischen Ansatzes, der die Anregungen der methodischen und inhaltlichen Diskussion internationaler Systemanalyse aufnimmt, die englisch-kurpfälzischen Beziehungen zu analysieren und durch eine Kombination von Struktur- und Kulturgeschichte mit den diplomatischen Ereignissen zwischen England und Kurpfalz beispielhaft den Erkenntnisnutzen eines solchen Ansatzes zu erproben. Multiperspektivität soll dabei nicht in Eklektizismus enden. Vielmehr ist es beabsichtigt, traditionelle diplomatiegeschichtliche Instrumentarien mit den Erkenntnissen der Sozial- und Kulturwissenschaften systematisch durchdacht und keineswegs additiv zu verbinden.

Diese Horizontverschmelzung eines politisch-diplomatischen, verfassungstheoretischen, sozialen und kulturellen Zugriffs auf den traditionell Außenpolitik genannten Bereich staatlichen Handelns baut auf eine Reihe von historischen und sozialwissenschaftlichen Arbeiten zu einzelnen Aspekten auf. Die in den Studien von Moriz Ritter erforschte Ereignisebene der Pfälzer Politik im Umfeld des böhmischen Aufstandes wurden in wichtigen Einzelaspekten vor allem zur Rolle Englands durch Arbeiten von Simon Adams und Maurice Lee sowie einer neuen Pfalzgrafen-Biographie von Brennan C. Pursell ergänzt². Jedoch wartet der gesamte Bereich ‚Außenpolitik der frühen Stuarts‘ weiterhin auf eine umfassende Aufarbeitung. Ein reiches Reservoir an Anknüpfungspunkten bezüglich der kurpfälzischen Geschichte liefern zudem die magistralen Abhandlungen von Friedrich Hermann Schubert und Volker Press zur Außenpolitik und zum Territorium der Kurpfalz³, ergänzt durch Studien von Holger Th. Gräf, Axel Gotthard und Gregor Horstkemper zur Außenpolitik der Union und einzelner ihrer Mitglieder⁴.

Diese bisher isolierten Befunde zu den englisch-kurpfälzischen Beziehungen sowie zur Außenpolitik am Vorabend und in der Anfangsphase des Dreißigjährigen Krieges sollen in der vorliegenden Studie perspektivisch verengt auf Konfession und Dynastie als handlungsleitende Faktoren zusammengeführt werden. Hierfür nimmt das in jüngeren Forschungen entwickelte Konfessionalisierungsparadigma eine zen-

² RITTER: Deutsche Geschichte; ADAMS: Protestant Cause; DERS.: Spain or the Netherlands; LEE: James VI and I; PURSELL: Winter King.

³ Vgl. SCHUBERT: Exilregierung; PRESS: Calvinismus und Territorialstaat.

⁴ Vgl. GRÄF: Konfession; GOTTHARD: Konfession und Staatsräson; HORSTKEMPER: Protestantische Union.

trale Rolle ein. Aufbauend auf Max Webers Religionssoziologie, dem Modernisierungsparadigma und den systemtheoretischen Ansätzen der Nachkriegszeit entwickelten Wolfgang Reinhard und Heinz Schilling einen religionssoziologisch-konfessionshistorischen Ansatz, der mit sozialhistorischen Interpretationen religiöse und kirchliche Phänomene zu erklären versucht. Konfession und Kirche werden danach nicht wie in der Zeitgeschichte als eines von vielen Subsystemen, sondern als „zentrale und tragende Strukturachse der Gesellschaft“ verstanden⁵. Reformiertentum, Luthertum und Katholizismus bewirkten als funktionale Äquivalente eine Modernisierung von noch vormodernem Staat und vormoderner Gesellschaft⁶. Während die meisten Untersuchungen zur Konfessionalisierung in den 1970er und 1980er Jahren sich auf die Rolle der Konfession bei der inneren Formierung von Territorialstaaten des 16. und 17. Jahrhunderts konzentrierten⁷, rückten seit den 1990er Jahren die internationalen Beziehungen in das Blickfeld der Konfessionalisierungsforschung. Analog zu der inneren territorialstaatlichen und gesellschaftlichen Dimension wirkte, so die These, die Herausbildung von Konfessionskirchen auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen modernisierend. Seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts fasste sich der Staat als Konfessionsstaat auf und positionierte sich gemäß seiner Konfessionszugehörigkeit im internationalen Mächtesystem. Dadurch entstanden zwei dualistische, antagonistische und nicht koexistenzfähige Machtblöcke im Feld der europäischen Staatenbeziehungen, die einen sachlichen Zusammenhang zwischen der Konfessionalisierung und der Formierung eines europäischen Mächtesystems herstellten⁸.

Das Konfessionalisierungsparadigma trägt mit diesen Befunden zu den inhaltlichen und methodologischen Neuerungen bei, die die Geschichte der Außenpolitik und des internationalen Mächtehandelns in ihrer zweihundertjährigen Entwicklung von der traditionellen Diplomatiegeschichte hin zur internationalen Geschichte er-

⁵ Vgl. SCHILLING: Konfessionelle und politische Identität.

⁶ Vgl. ebd., 105; REINHARD: Gegenreformation als Modernisierung?, 251; DERS.: Wachstum der Staatsgewalt, 89f.; SCHILLING: Konfessionalisierung im Reich, 6; das Konfessionalisierungsparadigma erfuhr mit der Zeit grundlegende kritische Einwände, vor allem was dessen etatistische Ausrichtung, die teleologische Prägung durch die Fixierung auf ein bestimmtes Modernisierungsideal sowie die Verwendung eines funktionalistischen Geschichtsbildes betrifft, das die Frühe Neuzeit als Eintrittsepoche in die Moderne beschreibt, vgl. SCHORN-SCHÜTTE: Konfessionalisierung als wissenschaftliches Paradigma?, 66; REINHARD selbst schränkt zwar das Paradigma mit dem Hinweis ein, es sei in einem bestimmten wissenschaftssoziologischen Kontext Ende der 1960er Jahre entstanden, in dem der allgemeine gesellschaftliche Glaube an die Steuerungsfähigkeit der Gesellschaft vorherrschte: „Entscheidend bleibt aber dabei, dass solche diskursgeschichtliche Verortung unser Paradigma keineswegs falsifiziert, sondern nur relativiert, das heißt ganz wörtlich: in Bezüge einfügt. Gründe wie Grenzen seines Erfolgs werden dadurch genauer fassbar, sein wissenschaftlicher Anspruch wird möglicherweise bescheidener, dafür aber die Zuverlässigkeit seiner Ergebnisse wahrscheinlich größer.“, vgl. DERS.: „Konfessionalisierung“ auf dem Prüfstand, 86f.

⁷ Vgl. bspw. SCHILLING: Konfessionspolitik und Staatsbildung.

⁸ Vgl. GRÄF: Konfession, 32f.; SCHILLING: Formung und Gestalt, 35; DERS.: Formierung eines internationalen Systems, 591 u. 611; DERS.: Confessionalisation, 426f.

fuhr. So beschränkt sich die Geschichtswissenschaft nicht mehr nur auf die Erforschung einzelner „Außenpolitiken“ im Sinne der Interaktion einer Mehrzahl politischer Einheiten, Herrschaftsverbände oder Staaten, die voneinander unabhängig sind⁹. Sie bedient sich vielmehr verstärkt des aus der Politikwissenschaft entlehnten Konzepts der „I/internationalen Beziehungen“¹⁰ im Sinne der historischen Untersuchung grenzüberschreitender Politik und der auf sie einwirkenden Kräfte, wobei der Fokus in der Frühen Neuzeit auf der Machtbildung und Machtstabilisierung im werdenden Staatensystem liegt¹¹.

Dieses Konzept der internationalen Beziehungen reflektiert zugleich die wichtigste Neuerung im Feld der internationalen Geschichte, nämlich die Anwendung und Vertiefung des aus der Soziologie entlehnten Systembegriffs. Das „Mächtesystem“ wird Niklas Luhmann folgend hier als Handlungen leitende, Perspektiven bestimmende und Grenzen setzende Größe aufgefasst¹². Dabei beschränkt sich die historische Erforschung internationaler Beziehungen nicht nur auf die positivistische Analyse der wichtigsten handelnden Mächte und Akteure, ihrer Interaktionsprozesse und ihrer Konkurrenz um knappe Ressourcen. Über die Suche nach den Spielregeln und Entscheidungsprozessen hinaus stellt die vorliegende Studie Paul W. Schroeder folgend zudem die Frage, wie individuelle Handlungen und außenpolitische Konzepte durch geteilte Regeln und Werte im Sinne von säkularen oder religiösen Vorstellungen geformt und begrenzt, und wie diese kollektiven Vorstellungen mit der Zeit modifiziert oder gar aufgehoben werden¹³.

Die Untersuchung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen 1608–1632 bewegt sich dabei in einer Teildisziplin der allgemeinen Geschichte, die methodisch im In- und Ausland umkämpft ist. Gerade in Deutschland rückten die methodologischen und ideologischen Grabenkämpfe seit den späten 1960er Jahren die Diplomatiegeschichte als Sinnbild der machtstaatsorientierten Geschichtsschreibung Leopold von Ranke in die Ecke rückwärtsgewandter konservativer Nischenforschung. Auslöser hierfür waren zwei bedeutende Forschungskontroversen, nämlich die Auseinandersetzung zwischen Fritz Fischer und Gerhard Ritter um den Anteil der deutschen Regierung am Ausbruch des Ersten Weltkrieges¹⁴ und die Hillgruber-Wehler-Debatte

⁹ STOURZH: Außenpolitik, 10.

¹⁰ ‚Internationale Beziehungen‘ mit großem ‚I‘ wird meist zur Beschreibung der politikwissenschaftlichen Teildisziplin verwendet, vgl. LEHMKUHL: Diplomatiegeschichte, Anm. 16. Der Begriff Internationalität bezieht sich im vorliegenden Fall frühneuzeitlicher Außenpolitik weniger auf die Interaktion von Nationalstaaten in einem modernen Mächtesystem, sondern lediglich auf die Vorstellung von grenzüberschreitenden „Handlungen zwischen den je eigenständig mit dem Monopol legitimer Gewaltanwendung ausgestatteten Akteuren, die keiner übergeordneten Gewalt mehr unterworfen sind.“ MEYERS: Lehre der Internationalen Beziehungen, 19.

¹¹ Vgl. KRÜGER: Internationale Beziehungen, 23; MALETTKE: Europäische Staatensystem, 16f.

¹² LUHMANN: Soziologie des politischen Systems; KLEINSCHMIDT: Systeme und Ordnungen, 436; DOERING-MANTEUFFEL: Systemgeschichte, 93.

¹³ SCHROEDER: Transformation, xii.

¹⁴ FISCHER: Weltmacht; RITTER: Kriegsschuldthese.

über die Autonomie außenpolitischer Entscheidungen gegenüber den sozioökonomischen Bedingungen des handelnden Landes. Unter dem plakativen Diktum, dass es der modernen Geschichtsforschung nicht mehr um die „Große Politik der Kabinette“, sondern um die inneren restriktiven Bedingungen und Grenzen politischer Entscheidungen gehen müsse, stellte Hans-Ulrich Wehler Rankes Primat der Außenpolitik jenes der Innenpolitik gegenüber¹⁵.

Mit der Integration der internationalen Geschichte als untergeordneten Teil einer universalen Sozialgeschichte berührt Wehler die methodische Frage, wie sozialwissenschaftliche Konzepte sinnvoll in die Geschichtswissenschaft integriert werden können und welche neuen Erkenntnisse sich daraus ergeben. Doch auch dreißig Jahre nach den methodischen Debattenschlachten bleibt eine konzeptionelle Verarmung der internationalen Geschichte zu beklagen, die durch einen weitgehenden Verzicht auf Theoriebildung und Interdisziplinarität verursacht wird¹⁶. Dieses Defizit betrifft auch die Frühneuezeitforschung, die erst mit Verzögerungen an den Methodendiskussionen der internationalen Geschichte teilnimmt, und die ebenfalls auf eine große Synthese der internationalen Beziehungen wartet, die sich durch eine quellennahe, methodisch verfeinerte Forschung auf ereignis- wie strukturgeschichtlicher Ebene auszeichnen könnte¹⁷.

Vor dem Hintergrund dieses methodologischen Desiderats geht die vorliegende Studie davon aus, „[...] daß die sozialwissenschaftlichen Konzepte [...] historische Qualität besitzen, wenn auch freilich in ganz stark abstrahierter Form [...]“¹⁸ und dass damit die Erkenntnisse und Modelle der internationalen Politikwissenschaft für die Frühneuezeitforschung nutzbar gemacht werden können. Denn sozialwissenschaftliche Theorien mit ihrem hohen Maß an epochenunabhängiger Abstraktion sind – das zeigen die Arbeiten der historischen Soziologie¹⁹ – für das komplexe Feld

¹⁵ WEHLER: *Moderne Politikgeschichte*, 369; zwar fordert auch Andreas HILLGRUBER eine Verschränkung von Innen- und Außenpolitik zur besseren Deutung internationaler Politik, doch für ihn bleibt die Entscheidungssituation das Charakteristikum der internationalen und damit der politischen Geschichte, DERS.: *Geschichte der Internationalen Beziehungen*, 196; die Primatsthese basiert auf RANKES Idee, dass alle Teilnehmer an den neuzeitlichen internationalen Beziehungen „[...] die nationalen Kräfte auf eine ungewohnte Weise zusammengekommen [...]“ hätten, „[...] um zur Ausbildung einer größeren Macht zu gelangen.“ Auch sei es das Kennzeichen einer Macht, „[...] dass sie sich wider alle anderen, selbst zusammengekommen, zu halten [...]“ vermag, vgl. DERS.: *Mächte*, 25 u. 34.

¹⁶ Vgl. ZIEBURA: *Rolle der Sozialwissenschaften*; CONZE: *Staatenwelt und Gesellschaftswelt*, 117f.

¹⁷ Vgl. HOCHEDLINGER: *Frühneuezeitforschung*, 169; ein wichtiger Schritt dazu wird in dem im Erscheinen befindlichen neubändigen Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen gesehen. Im Vorwort des vierten Bandes empfiehlt Heinz DUCHHARDT die Verwendung eines multiperspektivischen Begriffs des Politischen als Grundlage der internationalen Geschichte, der wirtschaftliche, kulturelle, konfessionelle, mentale, strategische etc. Gegebenheiten berücksichtigt und Außenpolitik als ein ganzes „Sample“ von innenpolitischen Faktoren auch für die Frühe Neuzeit ansieht, vgl. DERS.: *Balance of Power*, xi.

¹⁸ SCHULZE: *Theoretische Probleme*, 71.

¹⁹ Vgl. LEHMKUHL: *Theorien*, 112.

der internationalen Beziehungen der Frühen Neuzeit besonders attraktiv. Mit ihren drei grundlegenden Funktionen der Selektion, Ordnung sowie Erklärung kausaler Zusammenhänge liefern sie – oftmals konkurrierende – Analysekatégorien, die den Blick des Historikers für epochenspezifische Gegebenheiten schärfen helfen²⁰.

Trotz dieser Erkenntnis fördernden Verknüpfung von Sozial- und Geschichtswissenschaften bleibt es aber ein grundsätzliches Problem, dass in beiden Disziplinen die symbolische Dimension sozialer Wirklichkeit lange Zeit ausgeblendet wurde. Dabei repräsentiert das frühneuzeitliche Mächtesystem eine jener vergangenen europäischen Lebenswelten, deren Existenzformen weniger mit erklärenden, wohl aber mit hermeneutischen Analysen erfassbar sind, die Rücksicht auf symbol- und sinnhafte Erscheinungen nehmen²¹. Wie bereits erwähnt, zielt die vorliegende Arbeit daher auf eine Verbindung von sozial- und kulturwissenschaftlichen Ansätzen, wie sie in jüngster Zeit auch in der Diplomatiegeschichte sowie in der internationalen Politikwissenschaft als Erfolg versprechender Weg gesehen wird²². So sollen die Erkenntnisse des „Neuen Institutionalismus“, der Kulturgeschichte sowie der Kulturanthropologie in die Analyse der englisch-kurpfälzischen Beziehungen miteinbezogen werden²³. In stärkerem Maße als es die klassische Sozialgeschichte der letzten Jahrzehnte vermochte, soll hierdurch das traditionell ontologische Staatsverständnis in den internationalen Beziehungen aufgegeben werden. An seine Stelle tritt in der Untersuchung eine neue Auffassung vom internationalen System, das in den Beziehungen zwischen staatlich organisierten Gesellschaften neue Aspekte wie die politische Kultur, Weltbilder, Normen und Werte hervorhebt²⁴.

Damit folgt die Untersuchung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen zugleich einem Vorschlag von Anja Jetschke und Andrea Liese, verstehende Analyseverfahren mit einem auf Erklärung angelegten Forschungsdesign zu verbinden²⁵. Dieser Ansatz einer ereignis- und strukturgeschichtlich fundierten Kulturgeschichte des Politischen verspricht für den vorliegenden Fall internationaler Beziehungen der Frühen Neuzeit einen fruchtbaren Weg. Ermöglicht doch die Integration neuer Methoden aus dem Feld der politisch-historischen Anthropologie sowie des „Neuen Institutionalismus“ ein besseres Verständnis für die Kulturgebundenheit aller politischen Handlungen und der aus ihnen geronnenen politischen Institutionen. Dies gilt gerade für die wichtigste politische Institution der Frühmoderne, den europäischen Staat. Mit Hilfe einer Kulturgeschichte des Politischen wird es möglich, den Staat im Mächtesystem nicht als Entität zu begreifen, sondern als symbolische Ordnung, welcher der Charakter zugeschrieben wird, politisch zu sein²⁶. Der Staat repräsentiert damit ein histo-

²⁰ Vgl. DRUWE: Internationale Politik, 84.

²¹ Vgl. MERGEL: Kulturgeschichte.

²² Vgl. JAHN: Power of Culture.

²³ Vgl. HOLSTI: Models, 73f.

²⁴ Vgl. LEHMKUHL: Diplomatiegeschichte, 414; zum Perzeptionsparadigma vgl. NIEDHART: Perception und Image; IRIYE: Culture and International History, 216f.

²⁵ JETSCHKE/LIESE: Kultur im Aufwind, 159f.

²⁶ Vgl. LANDWEHR: Kulturgeschichte des Politischen, 103f.

risches Phänomen, das durch Diskurse im Sinn von regelmäßigen, strukturierten und sich in einem systematischen Zusammenhang bewegenden Praktiken und Redeweisen konstituiert wird, die einen gewissen Grad der Institutionalisierung erreicht haben²⁷. Die Erforschung von unterschiedlichen Formen, Inhalten und Eigenschaften dieser politisch sinnstiftenden Praktiken und Redeweisen versprechen ein tieferes Verständnis für Außenpolitik und Diplomatie der „verlorenen Lebenswelten“ Alteuropas²⁸.

Diese multiperspektivische Herangehensweise an die Frage nach leitenden Kräften und Motiven in den frühneuzeitlichen Mächtebeziehungen spiegelt sich in den jeweiligen Untersuchungsbereichen vorliegender Studie wider. Der innere Zusammenhang von Staatswerdung und Genese eines internationalen Systems, die Analyse des fallbezogenen Akteursumfelds hinsichtlich handlungsleitender Normen, Werte und Erfahrungen sowie der Einfluss frühneuzeitlicher Kommunikationsstrukturen und -prozesse auf das jeweilige Akteurshandeln liefern die Perspektive für die folgenden drei Untersuchungsteile.

Der erste Teil der Arbeit beschreibt aus struktur- und entwicklungshistorischer Perspektive das europäische Mächtefeld an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert sowie die verfassungsgeschichtlichen Grundlagen der beiden Beispielfälle. Hierbei stehen unterschiedliche „Institutionalisierungsprozesse“ in den internationalen Beziehungen der Frühen Neuzeit im Vordergrund, angefangen von der Staatsbildung als Ergebnis eines nachhaltigen Institutionalisierungsvorgangs, über das Gesandtschaftswesen und das Völkerrecht als bereits weniger verbindliche Formen internationaler „Institutionen“, bis hin zu „schwachen Institutionen“ im Sinne von international wirkenden Leitfaktoren, die als mentale Quellen für außenpolitische Identitäten und auch Handlungsoptionen in den Mächtebeziehungen gedeutet werden²⁹. Auch die Perzeption von Außenpolitik in den verschiedenen Formen frühneuzeitlicher Öffentlichkeit wird hier als Aspekt von Institutionalisierung aufgefasst.

Vor dem Hintergrund der unter sozial- und geschichtswissenschaftlicher Perspektive gleichermaßen angestellten Betrachtungen frühneuzeitlicher internationaler Beziehungen erfolgt in den weiteren Ausführungen des ersten Teils die Einordnung der beiden Beispielfälle England und Kurpfalz in das europäische Mächtesystem. Dabei stehen die unterschiedlich vorangeschrittenen Territorialisierungs- und Staatswerdungsprozesse, fiskalische Grundlagen, die Ausbildung von Verwaltung und Institutionen wie fürstlicher Rat, Hof und „Ständevertretung“ im Mittelpunkt der Betrachtung. Darüber hinaus widmet sich die Analyse auch den außenpolitisch relevanten Akteuren in England und der Kurpfalz und deren sozialem Umfeld. Neben dem Einfluss höfischer Mechanismen wie Patronage- und Klientelsystem soll besonders der grenzüberschreitende Einfluss von konfessionellen Netzwerken in Gestalt protestantischer Agenten aus Kirche, höfischer Welt, Diplomatie sowie Wissenschaft erör-

²⁷ Vgl. ebd., 105.

²⁸ Vgl. LASLETT: *World We Have Lost*.

²⁹ Zu den Begriffen „Institution“ und „Identität“ vgl. unten S. 20 u. 32f.

tert und in den Zusammenhang kurpfälzischer und englischer Außenpolitik gestellt werden. Auch erfolgt hier eine Analyse der unterschiedlichen konfessionellen Entwicklungen Englands und der Kurpfalz und des jeweils anders gelagerten Stellenwerts dynastischer Politik als Grundvoraussetzungen der diplomatischen Beziehungen 1608–1632.

Aus diesen Betrachtungen soll schließlich ersichtlich werden, dass die Kurpfalz sich zwar auf den ersten Blick durch Größe, Verfassung und Bedeutung von England unterschied, dass jedoch beide Länder mit jeweils charakteristischen Strukturdefiziten und einem jeweils anders gelagerten politischen System auf die internationale Bühne traten. Trotz aller Unterschiedlichkeiten ergibt sich das Gemeinsame der beiden Vergleichsfälle damit aus der Tatsache, dass sie beide jene semi-staatlichen Gebilde frühneuzeitlicher Mächtebeziehungen repräsentierten, die hinsichtlich der Grundbedingungen und Grundstrukturen von Außenpolitik als nur teilmodernisierte³⁰ politische Systeme aufgefasst werden können, deren Defizite konfliktverschärfend auf die internationalen Beziehungen wirkten.

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen des europäischen Mächtesystems sowie der strukturgeschichtlichen Verankerung des Beispielfalles in den internationalen Beziehungen erfolgt im zweiten Teil die Analyse der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Kurpfalz von 1608 bis zum Tod Friedrichs V. 1632, wobei einführend auch auf die Grundlinien der englischen und kurpfälzischen Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts eingegangen wird. Am Beispiel der Gründung der protestantischen Union 1608, den innerwittelsbachischen Auseinandersetzungen seit dem Tod Friedrichs IV. 1610 sowie des politischen und dynastischen Bündnisschlusses Heidelbergs mit London 1612/13 stehen in den ersten Kapiteln das Kurpfälzer Konzept einer konfessionellen Außenpolitik im Rahmen von protestantischer Union und „calvinistischer Internationalen“, aber auch die dynastischen Ambitionen des Pfälzer Hauses Wittelsbach für das außenpolitische Handeln des Kurstaates im Zentrum der Darstellung. Im Falle Englands bildet die Vielzahl konfessioneller und dynastischer Konzepte von Außenpolitik der verschiedenen höfischen Gruppen und des Monarchen sowie deren Konkretisierung in den Bündnisverhandlungen mit Kurpfalz und in den außenpolitischen Krisen Europas 1614–1620 den Gegenstand der Analyse. Zusätzlich zur englischen und kurpfälzischen Außenpolitik widmet sich der zweite Teil der Studie zudem den personellen Verflechtungen am Londoner und Heidelberger Hof sowie den engen Verbindungen zwischen Heidelberger Regierung und der protestantischen Hofpartei in London als Grundlage der politischen Beziehungen.

³⁰ Der Begriff der „Modernität“ leidet als sozialwissenschaftliche Kategorie an erkenntnistheoretischer Unschärfe. Daher wird im Folgenden Modernität/modern als eine als Epoche erlebte Gegenwart verstanden, „welche durch bestimmte, sie in ihrer Komplexität als homogen erfassende Eigenschaften von Epochen der Vergangenheit (meist innerhalb eines werten den geschichtsphilosophischen Modells periodischer Veränderung) abgesetzt wird“; GUMBRECHT: „Modernität“, 96; zum Verhältnis von Modernität und frühneuzeitlichen Zeremoniell vgl. v.a. STOLLBERG-RILINGER: Einleitung zu „Vormoderne politische Verfahren“.

Englisch-kurpfälzische Diplomatie, die ihr zugrunde liegenden personellen Verflechtungen und die in ihr manifest gewordenen dynastischen und konfessionellen Vorstellungen bilden die Grundlage für die richtungweisende Entscheidung Friedrichs V. 1619, die böhmische Krone anzunehmen. In Abgrenzung zu den bisher entwickelten Thesen bezüglich der Kurpfälzer Motivlage während des böhmischen Aufstands 1618–1620 zeigt der zweite Teil, dass neben strategischen Interessen der Kurpfalz vor allem dynastische Aspekte resultierend aus den innerwittelsbachischen Konflikten und die Herausforderungen für den Heidelberger Hof in Fragen des höfischen Zeremoniells und der Patronage durch die dynastische Allianz mit England, aber auch eine spezifisch radikal-protestantische Disposition kurpfälzischer und englischer Räte in außenpolitischen Fragen zur Eskalation der Konflikte führten. Dieses komplexe Syndrom aus dynastischen und konfessionellen Vorstellungen setzte sich auch in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen nach Vertreibung der Pfälzer Kurfamilie ins niederländische Exil fort, wobei in den Kriegen und Verhandlungen zur Restitution der Pfalz und der Kurwürde Elemente des Erbfolge- und des Religionskriegs sichtbar werden.

Dass aber dynastische und konfessionelle Motive zusammen mit den personellen Verflechtungen zwischen Heidelberger und Londoner Hof die Annahme der Wenzelskrone 1619 nicht erschöpfend erklären können, wird die kulturwissenschaftliche Untersuchung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen im dritten Teil der Studie zeigen. In diesem abschließenden Untersuchungsteil sollen die Außenpolitik Englands und die der Kurpfalz in der verengten Perspektive des öffentlichen Auftritts und der zeremoniellen Inszenierung betrachtet werden. Welche Vorstellungen und mentale Konzepte mit konfessionellen und dynastischen Motiven verbunden wurden, soll die Analyse der englisch-kurpfälzischen Beziehungen in der Rezeption von öffentlichen Theaterdarbietungen, höfischen Festen und Gelegenheitsschriften ergeben. Der als „Marriage of Thames and Rhine“ inszenierte dynastische Bündnisabschluss von 1613 wird in diesem Zusammenhang als politischer und zeremonieller Kumulationspunkt der außenpolitischen Beziehungen bewertet, dessen zeitgenössische Rezeption in prachtvollen Festlichkeiten und politisch aussagekräftigen Maskenspielen fassbar wird.

Mit Hilfe dieses Ansatzes soll gezeigt werden, dass die kommunikative Dimension diplomatischer Ereignisse wie die der Eheallianz von 1613 auf Kurpfälzer Seite zu einer dynastischen und konfessionellen Radikalisierung beitrug, die ungeachtet der tatsächlichen Kräfteverhältnisse im europäischen Mächtefeld die Heidelberger Außenpolitik für das „böhmische Abenteuer“ geneigter machte. Nach der Katastrophe am Weißen Berg 1620 trugen religiös radikalisierte Schriften aus England und dem protestantischen Reich dazu bei, dass die Pfälzer Exilregierung in den Niederlanden die Restitution der Kurpfalz als „causa communis“ aller europäischen Protestanten betrachtete, was einen friedlichen Ausgleich mit Bayern und Habsburg zunehmend erschwerte.

Quellengrundlage für diese drei Untersuchungsteile bildet neben den einschlägigen Editionen eine größere Sammlung an Archivalien und Publizistik des ersten Drit-

tels des 17. Jahrhunderts. Im Zentrum der Quellenauswahl steht die Manuskriptsammlung des Public Record Office, dessen deutsche Abteilung (Nr. 81) der die Außenpolitik betreffenden State Papers das Geschäftsschriftgut zwischen London, Heidelberg und weiteren europäischen Residenzen nachweist. Darüber hinaus wurden die Bestände zu anderen europäischen Ländern berücksichtigt, so die französische Abteilung (Nr. 78) hinsichtlich der Verhandlungen des englischen Gesandten in Paris in Sachen englisch-kurpfälzische Heiratsallianz sowie die niederländische Abteilung (Nr. 84) bezüglich der diplomatischen Korrespondenz der englischen Gesandten in Den Haag in der Zeit des kurpfälzischen Exilhofs. Aufgrund der guten Überlieferung der englischen Bestände lässt sich ein chronologisch vollständiger Nachweis der diplomatischen und höfischen Korrespondenz im Zeitraum zwischen 1608 und 1632 leisten.

In Ergänzung zu den Akten des Public Record Office berücksichtigt die Untersuchung auch einschlägige Manuskriptsammlungen der British Library. In den Abteilungen Additional, Egerton und Harleian sind unter anderem jene Privatsammlungen englischer Diplomaten und Privy Councillors überliefert, die die Bestände der State Papers zu den englisch-kurpfälzischen Beziehungen komplettieren. Zudem lassen sich hier wichtige Handschriften zu den Londoner Feierlichkeiten anlässlich der englisch-kurpfälzischen Hochzeit 1613 sowie Abschriften von englischen Gelegenheitschriften aus den frühen 1620er Jahren nachweisen.

Neben den englischen Beständen fand das diplomatische Geschäftsschriftgut des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München Berücksichtigung. Grundsätzlich leiden die kurpfälzischen Bestände in München unter den Verlusten und Beschädigungen durch die Kriegsergebnisse 1620–1622, aber auch an der mangelhaften Zusammenführung der Bestände im Zuge der wittelsbachischen Hausunion von 1777. So enthält der so genannte Kasten Schwarz einschlägige Archivstücke zur protestantischen und katholischen Korrespondenz aus den Jahren 1608–1620, deren Ordnung ungeachtet der eingehaltenen Chronologie nicht jene Vollständigkeit aufweist, wie es bei den State Papers der Fall ist. Einen ebenfalls nur teilweise befriedigenden Ertrag liefert der so genannte Kasten Blau des Hauptstaatsarchivs, eine mehr oder weniger sachlich geordnete Sammlung des Kurpfälzer Geschäftsschriftguts, das die Heidelberger Korrespondenz mit den Unionsfürsten und England teilweise nachweist.

In geringerem Umfang werden in der Darstellung auch die Akten zu dynastischen Angelegenheiten im Geheimen Hausarchiv der Wittelsbacher in München vor allem bezüglich der Eheallianz von 1613, sowie die kurpfälzischen Bestände des Generallandesarchivs Karlsruhe berücksichtigt, die einige Akten zu höfischen Angelegenheiten nach dem Einzug des englischen Hofstaats in Heidelberg beinhalten. Aufgrund anhaltender Umbaumaßnahmen in den Archives Nationales de France und den dadurch bedingten massiven Einschränkungen bei der Benutzung der Handschriften konnten die französischen Bestände zur Korrespondenz des Hugenottenführers Henri de Bouillon (1555–1623) mit Kurpfalz und England nur teilweise berücksichtigt werden.

Zusätzlich zu den Archivalia bildet eine breite Sammlung zeitgenössischer englischer, deutscher und französischer Gelegenheitsliteratur die Quellengrundlage der

Untersuchung, wobei die reiche Sammlung der British Library zu den Festbeschreibungen von 1613 sowie die politische Pamphletistik zu den Ereignissen 1619 bis 1632 neben den ergänzenden Beständen in der Bodleian Library Oxford und der Cambridge University Library den Hauptanteil repräsentieren. Wichtige zeitgenössische Titel zum Schriftenstreit 1610 bis 1614 im Hause Wittelsbach, zu den Ereignissen in Böhmen und in der Pfalz während des Dreißigjährigen Krieges sowie Festbeschreibungen zu den Feierlichkeiten in Heidelberg 1613 liefern die Bestände der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, der Staatsbibliothek München und der Universitätsbibliothek Heidelberg. Darüber hinaus konnte eine Reihe von Schriften in der Bibliothèque Nationale de France sowie die Flugschriftensammlung im Kurpfälzischen Museum Heidelberg für den dritten Teil der Darstellung berücksichtigt werden.

Bei der Zitierung von Geschäftsschriftgut aus dem protestantischen Umfeld wird im Folgenden die alte und neue Datierungsweise – soweit ersichtlich – gleichzeitig angegeben, wobei die bis 1752 bestandene englische Tradition, das Jahr nicht mit dem 1. Januar, sondern mit dem 25. März beginnen zu lassen („mos Anglicanus“), zugunsten der kontinentaleuropäischen Zählweise aufgegeben wurde. Personen – sofern es sich nicht um bekannte Herrscherfiguren handelt – und Ortsnamen werden im Original der jeweiligen Landessprache verwendet, wo möglich erfolgt die erstmalige Nennung historischer Persönlichkeiten mit den Lebensdaten.

I. Englische und kurpfälzische Außenpolitik im Mächtesystem um 1600

Englische und kurpfälzische Außenpolitik bewegten sich in einem Aktionsrahmen internationaler Beziehungen, der sich zwischen 1450 und 1650 in einem Transformationsprozess befand. Die letzten Ausläufer der mittelalterlichen Christianitas und das zwischen 1648 und 1900 dominierende Westfälische Mächtesystem markieren Anfangs- und Endpunkte dieser Zwischenzeit internationaler Beziehungen.

Die folgenden vier Kapitel des ersten Untersuchungsteils befassen sich mit dem europäischen Mächtesystem um 1600 sowie mit strukturgeschichtlichen Spezifika Englands und der Kurpfalz. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die zweifache Genese von Staat und europäischem Mächtesystem und die Verfassungs- und Institutionengeschichte der beiden Beispielfälle. Dabei stehen neben strukturgeschichtlichen Untersuchungen zu Regierung, Hof und Ständevertretungen Englands und der Kurpfalz auch die verschiedenen Akteursgruppen und ihr soziales Umfeld im Mittelpunkt der Analyse. Zudem sollen die konfessionellen und dynastischen Voraussetzungen englischer und kurpfälzischer Außenpolitik anhand der jeweiligen Kirchenentwicklung sowie anhand von Ideen dynastischer Legitimität und Rangerhöhung geklärt werden.

Wie einleitend bereits dargelegt, ist es Ziel dieses Untersuchungsteils, die strukturgeschichtlichen Voraussetzungen der englisch-kurpfälzischen Beziehungen darzustellen und die damit verbundenen Institutionalisierungsprozesse als historisch kontingente Vorgänge zu beschreiben, in deren Folge defiziente Staatsgebilde entstanden. Deren internationales Handeln geriet – so die grundlegende These – zu einem Reservoir von zahlreichen Spannungen und Konflikten. Eine besondere Bedeutung kommt der Analyse identitätsstiftender und damit Handlungen präfigurierender säkularer und religiöser Vorstellungen sowie deren Aushandlung in der höfischen und außerhöfischen Öffentlichkeit zu. Sie sollen dabei helfen, Diplomatie und kulturelle Ausdrucksformen englisch-kurpfälzischer Beziehungen zwischen 1608 und 1632 zu konkretisieren.

1. Das europäische Mächtesystem um 1600

a) Der amorphe Leviathan – Staatsgenese und die Herausbildung eines internationalen Systems

Die Entstehung des europäischen Staatenmodells und die Herausbildung eines neuzeitlichen internationalen Systems stehen in einem zeitlichen und strukturellen Zusammenhang, wobei drei historische Entwicklungen an der Schwelle zur Neuzeit dafür die Grundlage bereiteten¹:

1. Die sich gegen die mittelalterliche Vorstellung der Suprematie von Kaiser und Papst über allen anderen europäischen Völkern durchsetzende Idee der Gleichordnung der am Mächtesystem teilnehmenden Akteure,
2. die Genese des modernen Staates im Sinne eines Säkularisations- und Monopolisierungsprozesses, sowie
3. die klare Zuordnung außenpolitischer Souveränität zugunsten des den Staat repräsentierenden Fürsten, wovon lediglich die republikanischen Niederlande und Venedig ausgenommen waren.

Als Ausgangspunkt und Wiege dieses neuzeitlichen europäischen Systems von unabhängigen politischen Einheiten gilt Renaissance-Italien². Die virtuose Diplomatie zwischen den bedeutendsten Städten und Territorien Italiens diente seit dem 16. Jahrhundert anderen europäischen Mächten als Modell, wobei in der Diplomatie europäischer Fürsten und Monarchen weniger urbane wirtschaftliche als vielmehr dynastische Interessen im Vordergrund standen³. Dabei repräsentierten die europäischen Mächte jene „composite monarchies“, die Bevölkerungsstrukturen und natürliche Grenzen ignorierten⁴. Das Haus Habsburg stellte beispielsweise im 16. und 17. Jahrhundert die erfolgreichste „composite monarchy“ mit einem Europa und die Neue Welt umfassenden hegemonialen Anspruch, erbittert angefochten vom französischen Königshaus Valois und stets herausgefordert von der osmanischen Expansion⁵.

Die ideologische Unterlage für die habsburgische Machtpolitik lieferte die in Anlehnung an das deutsche Erbe des römischen Kaisertitels unter Kaiser Karl V. (1550–1558) verfolgte Idee einer *monarchia universalis*⁶. Diese lief auf die Subordination der christlichen Fürsten unter die Herrschaft des Kaisers hinaus, indem Karls Kaiserwürde und die damit verbundenen Rechtstitel in Norditalien für den Ausbau der habsburgischen

¹ Vgl. DUCHHARDT: Grundmuster, 75f.; STROHMEYER: Theorie der Interaktion, 57f.; SIEGELBERG: Staat und internationales System, 14f.; REPGEN: Westfälische Friede.

² Vgl. SCHILLING: Formung und Gestalt, 19.

³ Vgl. RUBINSTEIN: System Italiens, 116 u. 118; MATTINGLY: Renaissance Diplomacy, 153.

⁴ Vgl. ELLIOTT: Composite Monarchies; zum Problem der Unionsmodelle der Frühen Neuzeit vgl. FRÖSCHL: Föderation und Union.

⁵ Vgl. KENNEDY: Rise and Fall, XV u. 43f.; SCHILLING: Formung und Gestalt, 21; DEHIO: Gleichgewicht oder Hegemonie; PODRAZA: Mächteverhältnis, 326; HÖFLECHNER: Bündnis-systeme, 21 u. 22f.; PRESS: Habsburger Monarchie, 340.

⁶ Vgl. Denkschrift von Mercurino Gattinaras (1466/69–1536), Monaco 7. Juni 1527, in: KOHLER: Quellen, 133; BOSBACH: Monarchia Universalis.

Stellung in Europa genutzt werden sollten⁷. Das Konzept der Universalmonarchie konkurrierte jedoch mit ebenfalls hegemonialen Vorstellungen Frankreichs als allerchristlichster Herrscher oder mit dem schwedischen Gotenmythos als andere Legitimationsquelle für ein Weltkaisertum⁸. Gemäß ihrer Funktionslogik entfachten die konkurrierenden Ordnungsansprüche einen Wettlauf um Einfluss, Macht und Souveränität in einem komplexen internationalen System und verliehen den außenpolitischen Beziehungen der Frühen Neuzeit eine konfliktreiche Dynamik in Gestalt lang andauernder gewaltsamer Auseinandersetzungen⁹. Das europäische System unabhängiger Staaten war folglich um 1600 nicht konsequent auf Gleichordnung angelegt, und es bedurfte der Friedenschlüsse von Münster und Osnabrück 1648, bis der pluralistische Charakter und damit die Gestalt eines übersichtlicheren Mächtekonzernts auch Grundlage für die Politik der handelnden Akteure wurde.

Bei der Verwendung des Staatsbegriffs für das frühneuzeitliche Mächtesystem sollte stets berücksichtigt werden, dass die auf dynastischer Logik basierenden frühneuzeitlichen „composite monarchies“ noch nicht den macht- und anstaltsstaatlichen Gebilden der Moderne entsprachen, die der Ratio von Geostrategie und Staatsräson folgten¹⁰. Für das 16. und frühe 17. Jahrhundert muss vielmehr von einem noch anhaltenden zweifachen Verdichtungsprozess politischer Gewalt auf staatlicher und internationaler Ebene ausgegangen werden. Denn so, wie Peter Moraw zufolge sich beispielsweise Herrschaftsgewalt im spätmittelalterlichen Reich immer stärker verdichtete¹¹, so unterlag auch das internationale System selbst zwischen 1500 und 1900 einem Verdichtungsprozess, in dem 500 politisch mehr oder weniger eigenständige Einheiten auf 25 reduziert wurden¹².

Den Schlüsselvorgang bei der Verdichtung frühmoderner Staatlichkeit bildeten die Etablierung eines Gewalt- und Steuererhebungsmonopols und der Aufbau der hierzu notwendigen Erzwingungsapparate¹³. Dabei waren „äußere und innere Staatenbildung [...] in einem beständigen historischen Fluss begriffen“, da die „Weltverhält-

⁷ Vgl. KOHLER: Universalmonarchie, 83f.

⁸ BURKHARDT: Entgipfelte Pyramide, 52f. u. 56.

⁹ Vgl. STROHMEYER: Theorie der Interaktion, 70 u. 72f.

¹⁰ Zu Recht weist Johannes BURKHARDT darauf hin, dass „Geopolitik“, wie sie vor allem mit den Begriffen der „habsburgischen Umklammerung“ ausgedrückt wird, den zeitgenössischen Vorstellungen eher fremd war und es sich hierbei um eine anachronistische Deutung des 19. Jahrhunderts handelt, siehe: DERS.: Entgipfelte Pyramide, 56; zum Staatsbegriff im Allgemeinen vgl. auch BREUER: Staat; zum Machtstaat der Moderne vgl. KRIPPENDORFF: Erfindung der Außenpolitik, 61; eine ungeachtet dieser differenzierten Betrachtung zum historischen Phänomen der Staatswerdung in der Frühen Neuzeit grundsätzlich ablehnende Haltung bei der Verwendung der Staatsterminologie findet sich bei BLÄNKNER: Strukturprobleme.

¹¹ MORAW: Verdichtung; die staatliche Qualität des Reichs in der Frühen Neuzeit bleibt weiterhin umstritten. Der von Georg Schmidt vorgeschlagene Terminus „komplementärer Reichs-Staat“ für das „Reichstagsdeutschland“ stößt v.a. bei Heinz Schilling auf erhebliche Bedenken, vgl. SCHMIDT: Geschichte des Alten Reichs, sowie SCHILLING: Reichs-Staat.

¹² Vgl. TILLY: European State-Making, 15.

¹³ Vgl. ELIAS: Zivilisation, 287ff.

nisse“ wie beispielsweise die geographische Exponiertheit und die damit verbundene Gefahr eines Landkriegs bei kontinentalen Ländern Einfluss auf die Genese der Territorialverwaltungen nahmen¹⁴. Auch die Verfügbarkeit von Ressourcen muss als Determinante im Zusammenspiel von Außenpolitik und Staatswerdung im Sinne von Bürokratisierung angeführt werden, so dass Bürokratisierungsgrad und Wirtschaftsstruktur eines Landes von großer Bedeutung für den Staatswerdungsprozess waren¹⁵.

Die in Anlehnung an Otto Hintze entworfenen Modelle des Zusammenhangs von Staatsbildung und internationalem System sehen in der äußeren Gefährdung eines politischen Gebildes die Schlüsselkraft für den Aufbau staatlicher Strukturen. Ausdruck dieses Vorgangs ist die Genese eines Staatentypus, dessen wichtigstes Merkmal die Territorialität im Sinne einer undurchdringbaren Schutzschale im neuzeitlichen Mächtesystem ist. Wie im Mittelalter der Bau von Burgen und befestigten Wehranlagen, so versuchte der neuzeitliche Staat mit Militär- und Steuerbürokratie sowie mit Grenzregimen undurchlässige Schutzräume zu schaffen¹⁶. Fraglich ist nur, ab wann dieser idealtypische Prozess soweit zum Abschluss gekommen war, dass man mit Arnold Wolfers vom internationalen System als Billardspiel mit dem Staat als monolithischer Kugel sprechen kann¹⁷.

Für das internationale System um 1600 ist auf alle Fälle noch vom Staat als amorphem, weil nur teilweise ausgebildetem Leviathan im Sinne des institutionell gefestigten, gewaltbereiten Machtstaates auszugehen. In Anlehnung an das berühmte Frontispiz der Erstausgabe von Thomas Hobbes' (1588–1679) *Leviathan* repräsentierten die meisten Staaten an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert noch nicht jenes Landungeheuer, das alle Untertanen integrierte und nach innen wie nach außen unangefochten sowohl die geistliche als auch die weltliche Gewalt führte. Der einzelne Untertan trat dabei nicht in jener Eindeutigkeit hinter die Umrisse des Staatskörpers zurück, wie es auf dem Titelbild von 1651 der Fall ist¹⁸. Vielmehr konkurrierten vor-

¹⁴ HINTZE: Wesen und Wandlung, 474; DERS.: Machtpolitik und Regierungsverfassung, 427f.

¹⁵ Vgl. TILLY: State Making, 182; MANN: Social Power, 476–479; auch in jüngster Zeit wird der Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Staatswerdung ausgehend von Hintzes Arbeiten diskutiert. Brian DOWNING sieht in der internationalen ökonomischen Entwicklung eine weitere Ressourcengrundlage für den Aufbau eines militärisch-bürokratischen Apparates. Dabei spielen auch die Ausbeutung erobelter Gebiete sowie die Subsidienszahlungen von Verbündeten eine bedeutende Rolle, vgl. DERS.: Military Revolution; ein noch ausdifferenzierteres Modell für die Genese des frühmodernen Staates liefert Thomas ERTMAN, der die Ausgestaltung der lokalen Verwaltung, den Ausbruch des mächtstaatlichen Ringens um die geopolitische Stellung sowie den Einflussgrad einer Ständeversammlung auf Verwaltung und Finanzsystem als die drei für die Staatsentwicklung bedeutendsten Faktoren identifiziert, vgl. DERS.: Birth of the Leviathan.

¹⁶ Vgl. HERZ: Territorial State, 474 u. 477.

¹⁷ WOLFERS: Discord and Collaboration, 19; in Anspielung an das Bild des Krieges als großem Schwungrad für die Staatsentwicklung werden wahlweise der Dreißigjährige Krieg (1618–1648) oder der spanische Erbfolgekrieg (1701–1714) als das für die Staatsgenese einschneidende Ereignis beschrieben, vgl. ASCH: Kriegsfinanzierung, 642f.

¹⁸ HOBBS: Leviathan; zur Ikonographie des Buches vgl. BREDEKAMP: Hobbes.

staatliche Agenten als Erbe des mittelalterlichen Personenverbandsstaates weiterhin mit dem Herrschaftsanspruch der Fürsten und Magistrate¹⁹.

Diese innere Konkurrenz vorstaatlicher Agenten mit der wachsenden Staatsgewalt ging mit einer anhaltenden Disposition der frühneuzeitlichen Staatengebilde zur Gewaltanwendung nach außen einher. So spricht Johannes Burkhardt für die Zeit zwischen 1500 und 1800 von der Epoche des dreihundertjährigen Kriegs²⁰.

Eine staatsontologisch angelegte Erklärung für diese Ubiquität des Krieges in der Frühen Neuzeit, wie sie Ekkehard Krippendorff mit der Vorstellung des Staats als pathologischen Hauptkriegstreibers versucht, übersieht jedoch die pazifizierende Funktion staatlicher Strukturen in den internationalen Beziehungen²¹. So müssen die Ursachen für den kriegerischen Charakter der Frühen Neuzeit auch weniger in der Tatsache gesucht werden, dass staatlich organisierte Gebilde als internationale Aktionseinheiten seit Ende des 15. Jahrhunderts im zunehmenden Maße Einfluss auf die auswärtigen Beziehungen nahmen. Die neue Intensität kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen 1500 und 1800 kann vielmehr mit jenen Defiziten erklärt werden, die dem frühmodernen Staatsbildungsprozess inhärent waren. Das grundsätzliche Problem von Krieg und Frieden in den frühneuzeitlichen internationalen Beziehungen lag vor allem in der fehlenden Definition und Abgrenzbarkeit der beiden Rechtszustände²². So, wie es zwischen den Territorien und frühmodernen Staaten noch keine politischen Grenzen im heutigen Sinne gab, so wenig konnte im weiten Feld zwischen latentem Konflikt, Krise, gewaltsamem Konflikt, Krieg und Frieden²³ eine definitorische Linie gezogen werden.

Letztlich fehlte es an der klaren Definition von Staaten als legalen und legitimen Inhabern des inneren und äußeren Gewaltmonopols. Der frühmoderne Staat hatte – das zeigt Burkhardt mit der wohl umfangreichsten Theorie der Bellizität Alteuropas – vielmehr mit einer Reihe von strukturellen Defiziten in den Bereichen Dynastie, Konfession, Ökonomie und Militär zu kämpfen. Religion, Wirtschaft und Gesellschaft bildeten keine eigenständigen Systeme im Fürstenstaat, sondern blieben dem fürstlichen Machtanspruch unterworfen, der diese häufig parasitär für die innere und äußere Konsolidierung seiner dynastischen Interessen nutzte²⁴.

¹⁹ Vgl. BONNEY: *Dynastic States*, 524f.; REINHARD: *Wachstum der Staatsgewalt*; DERS.: *Geschichte der Staatsgewalt*; DERS.: *Power Elites*; SCHILLING: *Konfessionalisierung und Staatsinteressen*; zum Personenverbandsstaat des Mittelalters vgl. BRUNNER: *Land und Herrschaft*.

²⁰ BURKHARDT: *Friedlosigkeit*, 509.

²¹ KRIPPENDORFF: *Erfindung der Außenpolitik*, 70; vgl. WEGNER: *Einführung*, 18f.; MÜNKLER: *Krieg und Frieden*; Diese Funktion wird besonders in Neuen Kriegen des 21. Jahrhunderts⁴ deutlich, in denen das staatliche Gewaltmonopol zugunsten privater Kriegsunternehmer und Profiteure erodiert, vgl. DERS.: *Kriege des 21. Jahrhunderts*; CREVELD: *Zukunft des Krieges*.

²² Vgl. ANDERSON: *Modern European State System*, 4f.

²³ Vgl. PFETSCH: *Internationale Politik*, Kapitel 8.

²⁴ Vgl. BURKHARDT: *Friedlosigkeit*; DERS.: *Dreißigjährige Krieg*.

Diese Defizite repräsentierten jene ursächlichen Voraussetzungen, die den Krieg zum Dauerzustand in den europäischen Mächtebeziehungen werden ließen. So konnte ein nur rudimentär ausgebildeter Staatentypus im Übergang vom Spätmittelalter in die Frühe Neuzeit auf der Grundlage eines technischen und militärischen Fortschritts und einer verbesserten Ressourcenextraktion seine Gewalttätigkeit steigern, ohne die den Krieg potentiell einhegenden Mechanismen ausgebildet zu haben, die die zwischenstaatlichen Konflikte im Zeitalter der Kabinettskriege charakterisierten.

b) Die normative Kraft des Faktischen – Institutionen und Institutionalisierungsprozesse in den frühneuzeitlichen Mächtebeziehungen

Die oben beschriebenen Mechanismen von internationaler Lage, Ressourcenextraktion, dynastischem Machtanspruch und Aufbau einer Militärbürokratie zeigen, dass es sich bei der Doppelgenese von Territorialstaat und internationalem System um einen tiefgreifenden Institutionalisierungsprozess handelte. Institution und Institutionalisierung in den frühneuzeitlichen Mächtebeziehungen müssen als historische Phänomene dabei grundsätzlicher aufgefasst werden als es die auf Max Webers Bürokratisierungsthese gründenden Vorstellungen der Einrichtung von rationalen Organisationen tun²⁵. Gemäß der soziologischen Schule des „Neuen Institutionalismus“ entspringen Institutionen einer Reihe von formalen und auch informellen Regeln, die mit einem komplexen binären System von Restriktion und Freiheitsgewährung die Beziehungen zwischen Individuen präfigurieren²⁶. Es handelt sich damit um soziale Einrichtungen, die durch regelmäßiges und langfristig verstetigtes Handeln am Leben erhalten werden und erst durch kollektive Blockaden und massive Umweltveränderungen modifiziert oder aufgelöst werden können²⁷.

Dieser institutionalistische Ansatz schreibt jeder historischen Form von Institution und Institutionsbildung einen weitreichenden Einfluss auf das menschliche Handeln innerhalb von Organisationen, sozialen Ordnungen und Gesellschaften zu²⁸. Bei der Frage nach der Kausalität zwischen Institution und menschlichem Handeln geht der „Neue Institutionalismus“ von der These aus, dass Institutionen menschlichen Interessen vorgelagert sind und menschliches Verhalten sowie Werthaltungen auf der Grundlage einer normativen, kognitiven und symbolischen Ordnung determinieren²⁹.

Die Erforschung des Zusammenhangs zwischen menschlichen Identitäten, Werthaltungen und Erwartungen und Institutionen wurde in den letzten Jahren auch auf das Feld der internationalen Beziehungen ausgeweitet. Analog zu innerstaatlichen Einrichtungen werden außenpolitische und internationale Institutionen unter dem

²⁵ WEBER: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 125ff.

²⁶ Vgl. KEOHANE: *International Institutions*, 3; LANE: *Public Sector*, 223f.

²⁷ Vgl. JEPPELSON: *Institutions*, 145.

²⁸ Vgl. MARCH/OLSEN: *Institutional Dynamics*, 958.

²⁹ Vgl. LANE: *Public Sector*, 223f.

Schlagwort der „Pfadabhängigkeit“ als historisch und kulturell gebundene Prozesse betrachtet, an deren Ende Institutionen in Form internationaler Konventionen, Regime und Organisationen stehen, die relativ robust gegenüber Umweltveränderungen sind³⁰. Auch internationale Institutionen beeinflussen nachhaltig das Akteursverhalten in den Mächtebeziehungen, indem sie die Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie die Definition des Eigeninteresses durch formale und informelle Normsetzungen gestalten³¹.

Im Übergang zwischen dem 15. und 16. Jahrhundert bildeten sich mit dem reichsständischen Bündnisrecht und dem Gesandtschaftswesen zwei Institutionen heraus, die in diesem Sinne bedeutende Auswirkungen auf die Identität und das Verhalten der Diplomaten jener Zeit hatten und auch für die englisch-kurpfälzischen Beziehungen von zentraler Bedeutung waren. Dabei wurzelt das reichsständische Bündnisrecht einerseits in der spätmittelalterlichen Tradition von Fürsten- und Städteeinungen³², andererseits in der spätscholastischen Völkerrechtslehre, wie sie in Spanien des 15. und 16. Jahrhunderts zur Blüte kam und mit Hugo Grotius' (1583–1645) Schriften gültige Anerkennung im Kreis der europäischen Diplomatie erfuhr³³. Dem reichsständischen Bündnisrecht lagen damit zwei dem Völkerrecht abgeleitete Ideen zugrunde:

1. Bei der Diplomatie handele es sich um den Rechtsverkehr zwischen prinzipiell gleichberechtigte, quasi-souveräne Partner, und
2. mit internationalen Verträgen werden die Rechtsverhältnisse zwischen den Staaten geregelt, wobei der Friede entgegen der mittelalterlichen Lehre nur noch einen von zwei möglichen Rechtszuständen darstellt.

Die Reichsstände schlossen auf dieser Grundlage im 16. Jahrhundert nicht nur untereinander, sondern auch mit auswärtigen Mächten Bündnisverträge ab³⁴. Jedoch blieb die reichsrechtliche Grundlage für diese Bündnisse lange Zeit umstritten. Noch 1635 untersagte der Prager Friede den Reichsständen neben dem *ius armorum*, der Aufstellung einer eigenen Militärmacht, auch das *ius foederis*, das Bündnisrecht mit fremden Mächten. Erst auf Intervention Frankreichs hin gewährte das *Instrumentum Pacis Osnabrugensis* (IPO), der in Osnabrück verhandelte Friedensvertrag von 1648, ne-

³⁰ Vgl. MARCH/OLSEN: *Institutional Dynamics*, 958.

³¹ Vgl. KEOHANE: *International Institutions*, 6.

³² Vgl. KOSELLECK: „Bund“, 600f.

³³ Vgl. KIMMINICH: *Entstehung*; JANSSEN: *Anfänge*; GREWE: *Völkerrechtsgeschichte*, 377.

³⁴ So bildete beispielsweise der Vertrag von Chambord (15. Januar 1552) zwischen Heinrich II. (1519–1559) und Moritz von Sachsen (1521–1553) den Auftakt für eine überkonfessionelle internationale Allianz gegen Karl V. und den Ausbruch des Fürstenkriegs im Reich. Wie Chambord ebenfalls zeigt, bedurften aber solche Allianzen der besonderen Begründung, standen sie doch im Verdacht, sich gegen Kaiser und Reich zu richten und damit schließlich den Reichslandfrieden zu verletzen. So bezeichnete ein in Marburg 1552 gedrucktes Flugblatt Heinrich II. als *Vindex Libertatis Germaniae et principum captivorum*, dessen militärische Intervention zugunsten der protestantischen Fürsten angesichts des spanischen Einflusses im Reich gerechtfertigt sei; vgl. SCHILLING: *Aufbruch und Krise*, 238.

ben dem Bewaffnungsrecht den Reichsständen auch ein Bündnisrecht, solange es sich nicht gegen den Kaiser, das Reich und den Landfrieden von 1495 wendete³⁵.

Die Diskussion um ein Bündnisrecht der einzelnen Reichsstände bildete einen Teil der staatsrechtlichen Kontroversen von Reichsjuristen um 1600, die sich mit der Verortung der durch Bodin in seiner Abhandlung *Les six livres de la republique* von 1576 formulierten Souveränität beschäftigten³⁶. Grundsätzlich war auf das Reich die Idee einer obersten Befehlsgewalt nur dann anwendbar, wenn diese entgegen Bodins Lehre zwischen Kaiser und Reichsstände wenigstens teilweise aufgeteilt wurde, wie es der Mediziner und Rechtsgelehrte Henning Arnisaeus (1575–1636) in seiner 1610 erschienen Abhandlung *De Jure Majestatis Libri Tres* tat³⁷. Arnisaeus sprach dabei den Reichsständen jedoch ein Bündnis- und Armierungsrecht ab, da er unter die persönliche Souveränität des Kaisers auch das *ius foederis* und *ius armorum* subsummierte³⁸.

Wie das Beispiel Arnisaeus zeigt, konnte nur das Zugeständnis weitreichender innerer und äußerer Souveränität für den Territorialherrn die reichsständische Bündnispraxis im 16. Jahrhundert juristisch begründen. Für solch eine Begründung steht ein Zeitgenosse Arnisaeus', Andreas Knichen (1560–1621). Mit seinem 1600 erschienenen Traktat *De iure territorii* formuliert der Jurist einen Herrschaftsbegriff, der alle Formen territorialer Gewalt in sich vereinigt und damit die fürstliche Territorialherrschaft rechtlich absichert. Da für Knichen der Reichsfürst gemäß seiner *superioritas territorialis* uneingeschränkter Herrscher über Land und Leute sei, müssen ihm auch die Souveränität und das Recht auf Teilnahme im Mächtesystem zufallen³⁹.

Knichens Rechtsstraktat beschreibt eine bei diplomatisch aktiven Reichsständen bereits geübte Praxis. So zeigt ein Rechtsgutachten des kurpfälzischen Oberrats Ludwig Camerarius (1573–1651) aus dem Jahre 1602 beispielhaft, wie weit dieses außenpolitische Selbstverständnis reichen konnte. Bezüglich eines Streitfalles vor dem Reichskammergericht legte Camerarius in diesem Gutachten nicht nur die bemerkenswerte Überzeugung von der Absetzbarkeit des Kaisers, sondern auch von der grundsätzlichen Verortung der Souveränität im Sinne Bodins bei den Reichsständen dar⁴⁰. Damit verbanden Camerarius und mit ihm wohl auch ein Gutteil der Kurpfälzer Räte zunächst die Souveränitätslehre Bodins mit der traditionellen Vorstellung reichsständischer *Libertät*. Diese sprach den Reichsfürsten bei einer kaiserlichen Missachtung ihrer in der Goldenen Bulle und den Wahlkapitulationen verbrieften Ansprüche ein Widerstandsrecht zu, wie es beispielsweise bereits im Schmalkaldischen Krieg (1546/47) von den protestantischen Reichsfürsten wahrgenommen wurde. Längerfristig entwickelte sich aus dieser Idee bei politisch besonders aktiven

³⁵ Vgl. BOLDT: Verfassungsgeschichte, 275f.; BÖCKENFÖRDE: Bündnisrecht der Reichsstände, 473.

³⁶ BODIN: De Republica, Liber I, Cap. X, S.243.

³⁷ Vgl. DREITZEL: Henning Arnisaeus; WYDUCKAL: Reichsverfassung und Reichspublizistik, 78.

³⁸ ARNISAEUUS: De Jure Majestatis, Lib. II, Cap. I, n. 1.

³⁹ Vgl. KNICHEN: De territorii iure, Cap. II, n. 2; vgl. WILLOWEIT: Territorialgewalt, 123.

⁴⁰ Vgl. SCHUBERT: Camerarius, 44.

Reichsständen wie der Kurpfalz auch die Vorstellung, dass eigenständige diplomatische Beziehungen zu auswärtigen Mächten einen Grundbestandteil ihrer reichsständischen *Libertät* darstellen. Dies um so mehr, als dass der Zusammenbruch der Reichsverfassung für die Lösung der konfessionellen Konflikte vermehrt internationale Formen der Konfliktaustragung in Form von Diplomatie und auswärtigen Allianzen geraten scheinen ließ.

Dass die Reichsstände jedoch nur bedingt wirklich souveräne Teilnehmer an den internationalen Beziehungen ihrer Zeit waren, wird daran ersichtlich, dass sie im diplomatischen Verkehr sich aus finanziellen Gründen auf Gelegenheitsgesandtschaften beschränken mussten. Nur potente Fürsten sahen sich im frühen 17. Jahrhundert organisatorisch in der Lage, einen dauerhaften diplomatischen Dienst aufzubauen.

Frühneuzeitliche diplomatische Organisationen unterschieden sich jedoch in einem Punkt grundlegend von modernen diplomatischen Corps. Bis auf die republikanisch verfassten Niederlande und Venedig repräsentierten frühneuzeitliche Diplomaten nicht abstrakt ein politisches Gemeinwesen, sondern konkret den Fürsten als Souverän des dynastischen Fürstenstaates. Eine Unterscheidung zwischen privatem und offiziellem staatspolitischem Anlass einer Gesandtschaft war wegen dieser Konstruktion nicht möglich. Die Repräsentation eines Fürsten brachte zudem das dem dynastischen Prinzip innewohnende Konfliktpotential von Reputations- und Rangfragen als Dauerproblem in den Gesandtenverkehr Alteuropas mit ein. Der Gesandte eines Fürsten achtete nicht nur auf seine eigene adlige Reputation, sondern vor allem auf den Rang des durch ihn vertretenen Fürsten – bei der teilweise unübersichtlichen und meistens strittigen Präzedenzfrage zwischen den adligen Familien Europas ein schier unerschöpflicher Quell von Streitigkeiten⁴¹.

Neben den dynastischen Auseinandersetzungen in Form von Präzedenzstreitigkeiten entwickelte sich im späteren 16. und frühen 17. Jahrhundert die Religion zu einem dominierenden Konfliktpotential, das den diplomatischen Verkehr in Europa veränderte. Mit der konfessionellen Spaltung wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen konfessionsverschiedenen Fürsten reduziert, diejenigen zu konfessionsgleichen Höfen dahingegen intensiviert. Mit der verschärften religiösen Aufrüstung der konfessionellen Blöcke ging im späten 16. Jahrhundert allgemein der Glaube an Ausgleich durch reziproke Verhandlungen und politische Beziehungen merklich zurück⁴².

Die Konfession wirkte aber in der Entwicklung diplomatischer Kommunikationsstrukturen als Modernitätsmerkmale nicht nur hemmend. Die Herausbildung von Konfessionskirchen etablierte im Bereich des Gesandtschaftswesens zugleich neue Kommunikationskanäle. Das Informantennetzwerk des hessischen Landgrafen Wilhelm IV. (1532–1592) zeigt beispielhaft, wie gerade kleinere Mächte mittels eines informellen Systems konfessioneller Agenten einen eigenen diplomatischen Dienst zu

⁴¹ Vgl. BÉLY: *Guerre et paix*, 54; NAHLIK: *Völkerrechtliche Aspekte*, 52.

⁴² Vgl. ANDERSON: *Modern Diplomacy*, 10f.

etablieren wussten⁴³. Eine bedeutende Stellung nahm dabei das reformierte Informantennetzwerk zu Beginn des 17. Jahrhunderts ein. Nicht nur calvinistische Flüchtlingsgemeinden bauten auf der Basis einer Vielzahl von Wanderpredigern eine eigene reformierte Diplomatie auf. Selbst offizielle protestantische Staatsräte wie der französische Gesandte Jacques de Bongars (1554–1612) bedienten sich neben ihren offiziellen Kontakten eines inoffiziellen Netzwerks, in dem politische, konfessionelle und oftmals auch humanistisch gelehrte Interessen ineinander flossen⁴⁴.

In der Zusammenschau gilt für das Gesandtschaftswesen wie für andere in die Moderne tradierte historische Phänomene auch, dass gegenwärtige Terminologien und Vorstellungen nicht einfach auf spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Gegebenheiten übertragen werden können. So ist nicht nur für das späte Mittelalter, sondern auch noch für das 16. und 17. Jahrhundert von vorinstitutionellen Rahmenbedingungen und von einer geringeren Dichte des diplomatischen Verwaltungshandelns auszugehen⁴⁵. Dem Gesandtschaftswesen als organisatorischem Ausdruck diplomatischer Beziehungen kam in erster Linie die Funktion politischer Kommunikation zu. Der diplomatische Dienst der Frühen Neuzeit erfolgte damit weniger im Sinne eines Ensembles verschiedener Praktiken und Techniken der Informationsvermittlung, sondern vor allem als vielfältiger Prozess des politischen Austauschs mit Hilfe einer symbolischen und zeichenreichen Sprache⁴⁶. So kann neben dem reichsständischen Bündnisrecht gerade das Gesandtschaftswesen als ein anschauliches Beispiel der Institutionsgenese in den internationalen Beziehungen gelten, indem sich der bereits lange Zeit geübte Brauch eines Austauschs von diplomatischen Vertretern verstetigte und organisatorisch verfestigte und mit einer eigenen institutionellen Funktionslogik versehen, Identität, Interessen und Handlungen der Akteure bestimmte.

c) **Komplexitätsreduktion in einer unübersichtlichen Welt – Staatsräson, Konfession und Dynastie als Leitfaktoren in den zwischenstaatlichen Beziehungen**

Staatsgenese und die Entstehung des Staatensystems bereiteten zusammen mit der Entwicklung von Gesandtschaften und Bündniswesen die Rahmenbedingungen internationaler Beziehungen um 1600. Als Institutionen wirkten sie in unterschiedlichem Maße auf die Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie auf die Handlungsoptionen außenpolitischer Akteure. Der Staatsbildungsprozess stellte – aus der Ex-post-Perspektive – den bedeutendsten Institutionalisierungsvorgang dar, denn seine dreifache Gestalt als Machtstaat, Konfessionsstaat und dynastischer Fürstenstaat förderte mit Staatsräson, Konfession und Dynastie drei alteuropäische Kräfte, die im Sinne

⁴³ Vgl. KINDER: *Intelligencer*, 108.

⁴⁴ Vgl. KOHLNDORFER: Bongars, 7; näher dazu vgl. unten S. 73.

⁴⁵ Vgl. WEFERS: „Außenpolitik“, 294f.

⁴⁶ Vgl. LUTTER: *Politische Kommunikation*, 12.

von Leitfaktoren eine entscheidende Rolle bei der Formierung des neuzeitlichen Mächtesystems spielten⁴⁷.

Neben der Konfession muss vor allem die Staatsräson im Sinne einer bedingungslosen Vorrangstellung der staatlichen Interessen vor allen anderen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder kulturellen Interessen als Erfindung der Neuzeit gelten, die eng mit den Schriften Niccoló Machiavellis (1469–1527) verbunden ist⁴⁸. Innenpolitisch favorisierte die Staatsräson den Fürsten als Herrscher, der für den Untertan höchste Instanz wird und dessen Entscheidungen irreversibel sind⁴⁹. Nach außen bewirkte die Staatsräson nicht nur, dass das Primat staatlichen Eigeninteresses zu einer Egalisierung aller souveränen Mächte führte, die die traditionelle Vorrangstellung von Papst und Kaiser nicht mehr akzeptieren konnten. Die im Mittelalter noch stark personalisierte Freund-Feind-Unterscheidung wurde zudem entpersonalisiert, indem der konkrete Fürst allmählich hinter dem abstrakten Fürstenstaat und dessen Interessen zurücktrat. Damit reduzierte die Staatsräson komplexe historische Handlungszusammenhänge auf die politisch fassbaren Handlungsgröße des Staatswohls, über das ein exklusiver Kreis von Fürstendienern zusammen mit dem Souverän entschied. Zugleich vergrößerte sich damit der Handlungsspielraum von Politik, gab es doch nun einen klaren Leitfaden für das Verhalten gegenüber anderen Mächten an die Hand⁵⁰.

Um 1600 kam es aber zu keinem Siegeszug der Staatsräson in der Außenpolitik. Denn der frühneuzeitliche Staat war – wie seine moderne und postmoderne Weiterentwicklung auch – nur zum Teil der depersonalisierte, abstrakte Machtstaat machiavellistischer Provenienz. Vormoderne Faktoren wie dynastische Solidarität oder religiöse Wertvorstellungen, die unter anderem ein öffentliches Bekenntnis zu einer Politik der Staatsräson verboten, stellten konkurrierende Handlungskategorien. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass die funktionale Logik der Staatsräson in Gestalt der Komplexitätsreduktion nachhaltigen Einfluss auf Konfession und Dynastie als konkurrierende Leitfaktoren von Außenpolitik ausübte, boten doch auch sie Möglichkeiten der Handlungsorientierung in einer unübersichtlichen Welt.

⁴⁷ Zum Forschungsparadigma der Leitfaktoren vgl. oben S. 5. Über die drei hier behandelten Kräfte hinaus wird in der Literatur auch die Tradition im Sinne einer bestimmten Freund-Feind-Konstellation als Leitfaktor berücksichtigt. Auf eine nähere Untersuchung dieser Leitvorstellung kann hier aber insofern verzichtet werden, als diese sich vor allem auf den prominenten Gegensatz zwischen Habsburg und Valois bezieht, was für das vorliegende Fallbeispiel nicht von Interesse ist.

⁴⁸ Vgl. MÜNKLER: Staatsraison, 169; QUARITSCH: Bodins „République“, 53; zur Geschichte der Staatsräson vgl. u.a. FRIEDRICH: Staatsraison im Verfassungsstaat; SCHNUR: Staatsräson; STOLLEIS: Arcana imperii.

⁴⁹ Vgl. BEHNEN: Arcana, hier: 134; MÜNKLER: Staatsraison, 209; dabei bedeutete Staatsräson nur bedingt die exklusive Ausrichtung von Politik an vermeintlich rationalen säkularen, machstaatlichen Mitteln, denn geistliche Theoretiker wie Giovanni Botero (1544–1617) oder Jean Calvin (1509–1564) wussten das Prinzip der Staatsräson – unter moralisch-religiösen Voraussetzungen – für ihre Vorstellung staatlicher Organisation im Dienste Gottes zu nutzen, vgl. ebd., 82 u. 98f.

⁵⁰ Vgl. MÜNKLER: Staatsraison, 211.

Wie solch eine konfessionelle Komplexitätsreduktion in der Außenpolitik des 16. Jahrhunderts aussehen konnte, zeigt beispielhaft die Aussage eines Anhängers der *Guise* - der katholischen Partei im französischen Bürgerkrieg - vom April 1565:

Heutzutage dürfen die katholischen Fürsten nicht verfahren wie früher. Freund und Feind schied sich ehemals nach den Grenzen der Landschaften, der Königreiche: man nannte sich Italiener, Deutscher, Franzose, Spanier, Engländer und so fort; heute muss es heißen: Katholik und Ketzer, und ein katholischer Fürst muss zu Freunden haben alle Katholiken in allen Ländern, ebenso wie die ketzerischen alle Ketzer, seien es ihre Vasallen oder die Anderer, zu Freunden und zu Untertanen haben⁵¹.

Die sich im Zuge der lutherischen Reformation entwickelnden Konfessionskirchen übten einen fundamentalen Einfluss auf die Herausbildung von Territorialstaaten und dem internationalen System aus⁵². Als Anfangspunkte dieser Entwicklung werden der Augsburger Religionsfrieden von 1555, die Formierung des gegenreformatorischen Katholizismus mit dem Konzil zu Trient (1545–1563) sowie die Hugenottenkriege genannt⁵³. Vor allem der Achtzigjährige Krieg der niederländischen Generalstaaten gegen die spanische Krone förderte innerhalb des Protestantismus das Gefühl einer internationalen Schicksalsgemeinschaft und führte in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts zu einer beschleunigten Ausbildung eines konfessionellen, antagonistischen Mächtesystems⁵⁴. Diese Wirkkraft des Konfessionellen in den internationalen Beziehungen verlor mit dem Eintritt Frankreichs in den Dreißigjährigen Krieg auf Seiten der protestantischen Mächte 1635 sowie der wachsenden Bedeutung genuin politischer Interessen in der spanischen Außenpolitik, die teilweise im Widerspruch zur konfessionellen Politik standen, jedoch zunehmend an Bedeutung⁵⁵.

⁵¹ Barachino an Alava, Paris 27. April 1565, zit. n.: MARCKS: Zusammenkunft von Bayonne, 14.

⁵² Zum Zusammenhang von Konfessionsbildung und der Genese des frühneuzeitlichen Europa vgl. einleitend S. 5.

⁵³ Vgl. GRÄF: Konfession, 43; DERS.: Mauritianische Außenpolitik, 102.

⁵⁴ Vgl. GRÄF: Gestaltende Kräfte, 24; jedoch wirkten die verschiedenen Konfessionen nicht in gleichem Maß als Kräfte in den internationalen Beziehungen. Denn obwohl sich seit den 1560er Jahren mit Calvinismus, Luthertum und Katholizismus drei große Konfessionskirchen herausbildeten, war der Internationalismus weitgehend ein Kennzeichen des Calvinismus und des römischen, gegenreformatorischen Katholizismus. Das Luthertum als dominierende protestantische Konfession im Reich und in den skandinavischen Ländern kann bis 1630 nicht als internationaler Faktor im Mächtesystem angesehen werden, vgl. KINGDON: Internationaler Calvinismus, 229.

⁵⁵ Vgl. WENDLAND: Kampf ums Veltlin, 355f.; gerade in Fragen der Kriegslegitimation ist ein allgemeiner Transformationsprozess zwischen 1550 bis 1650 zu beobachten, der von der Dominanz dynastischer Ansprüche Mitte des 16. Jahrhunderts über das Argument der Verteidigung der Religion im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts bis hin zu säkularen Staats- und Wirtschaftsinteressen ab den 1650er Jahren reichte; vgl. GOLLWITZER: Weltpolitischen Denkens, 109; jedoch verschwand die Konfession als Leitkraft nicht spurlos. Im Zuge des Englischen Bürgerkriegs bildeten religiöse Motive bis in die Restaurationsepoche hinein wichtige Impulse für die Außenpolitik des Commonwealth und des restaurierten Königreichs und auch im Reich lässt die dynamische Verbindung von Konfession und Staatsbildung auch noch nach 1648 die Religion fallweise als Argument in den zwischenstaatlichen Beziehungen

Die Entwicklung der Konfession als Stützfaktor des frühneuzeitlichen Staates sowie als Leitfaktor der internationalen Beziehungen führte von vornherein zu einer strukturellen Intoleranz der jungen Territorialstaaten. So sehr die Konfession nach innen formierend und ordnend wirkte, so sehr hemmte sie nach außen die Friedensfähigkeit der Mächte⁵⁶. Die Konfessionalisierung des internationalen Systems geriet zur Quelle erbitterter Auseinandersetzungen. Sie stellte mit ihrer charakteristischen Reduktionsleistung komplexer Zusammenhänge und ihrem emphatischen Bezug auf das Seelenheil des Einzelnen und der sozialen Gruppe die politische und gesellschaftliche Ordnung in Europa auf ganz neue Grundlagen, indem traditionelle Konflikte wie Land- und Thronansprüche in religiös konnotierte Grundsatzkonflikte mit verheerenden Wirkungen transformiert wurden⁵⁷. Dabei versprach die Konfession als eigenständige Kategorie bündnis- und außenpolitischen Handelns wie bereits die Staatsräson eine gute Orientierung durch Komplexitätsreduktion in einer unübersichtlichen Welt⁵⁸.

Das Problem bestand aber darin, dass Konflikte nach außen wie nach innen aufgrund des Ausschließlichkeitsanspruchs der Konfession nur noch durch Kriege lösbar wurden⁵⁹. So entwickelte sich auch der Religionskrieg zu einer neuen ideengeschichtlichen und politischen Realität des 16. und 17. Jahrhunderts, der weder in den mittelalterlichen Kreuzzügen noch in den Hussitenkriegen eine Entsprechung fand. Denn die Anwendung von militärischer Gewalt gegen Heterodoxie wurde weniger als Kreuzzug gesehen, sondern als militärische Lösung jener Konflikte, die sich aus konfessionellen Abwehrmaßnahmen oder Eroberungen ergaben⁶⁰. Dabei konnte gerade die fehlende konfessionelle Homogenität im Inneren eines Staates zu einer zweifachen Quelle von kriegesischen Auseinandersetzungen werden, denn sie erhöhte nicht nur die Wahrscheinlichkeit von Religionskriegen im Sinne eines Bürgerkrieges, sondern es drohte auch ein ‚spillover‘-Effekt durch die grundsätzliche Bereitschaft vieler europäischer Fürsten, zugunsten von Glaubensgenossen in die inneren Angelegenheiten der Nachbarn zu intervenieren⁶¹.

Konfessionalisierung der Außenpolitik im 16. und frühen 17. Jahrhundert lässt sich daher mit Konflikt identifizieren, ungeachtet der Frage, ob die Ursache ursprünglich religiöser oder politischer Natur war. Denn die Konfession als Identität stiftende Kraft stellte nicht nur in den breiten Schichten, sondern auch bei den außenpolitisch relevanten Akteuren ein auf grundsätzlicher Intoleranz basierendes Reservoir an Deutungs- und Handlungsmustern zur Verfügung. So wurden die Auseinan-

aufreten, vgl. PINCUS: Protestantism and Patriotism, 448f.; BURKHARDT: Konfession als Argument.

⁵⁶ Vgl. BURKHARDT: Friedlosigkeit, 548f.

⁵⁷ Vgl. SCHILLING: Konfessionelle Glaubenskriege, 127f.; LADEMACHER: Konfession, 53; RABB: Struggle for Stability, 75.

⁵⁸ Vgl. SCHILLING: Confessionalisation, 417.

⁵⁹ Vgl. LADEMACHER: Konfession, 53.

⁶⁰ Vgl. REPGEN: ‚Religious War‘, 323.

⁶¹ Vgl. ASCH: Krieg und Frieden, 17f.

dersetzungen nirgendwo härter und unerbittlicher geführt als dort, wo es um das Monopol der Glaubens- oder Weltanschauungsvermittlung ging⁶².

Trotz dieser großen Wirkkraft der Konfession gab es aber Bereiche der alteuropäischen Gesellschaft, die immun waren gegen die konfessionelle Durchdringung. Neben Teilen der Wissenschaft, des Gesandtschaftswesens und der Wirtschaft gilt gerade die Dynastie⁶³ als ein Bereich, in dem die Konfessionalisierung nur teilweise gelang⁶⁴. Dynastische Heiraten als wesentlicher Ausdruck dynastischer Politik waren ein integraler Bestandteil fürstlichen und damit in der Frühen Neuzeit territorialstaatlichen Handelns. Sie sollten das gegenseitige Einvernehmen zwischen zwei Häusern bekräftigen, was mit einem selbstverständlichen, ja sogar leichtfertigen Umgang mit zumeist jungen Menschen einherging⁶⁵. Die europäische Politik entwickelte sich in der Frühen Neuzeit zu einer Art Hauspolitik und wurde damit abhängig von menschlichen Faktoren wie Fertilität, Sterilität und Mortalität⁶⁶. Dass es zu solch einer Entwicklung kommen konnte, lag an dem allgemeinen Vertrauen europäischer Fürstenhäuser in die Effektivität dynastischer Projekte. Dynastisches Denken und Planen bildete einen Grundbestand aristokratischer Identität, denn dies bot die Möglichkeit eines prestigebewussten, machtpolitischen Aufstiegs einer privilegierten Gruppe, die, sozial betrachtet, gar nicht anders aufsteigen konnte. Die europäischen Häuser waren dabei einem regelrechten dynastischen „Erfolgswang“ ausgesetzt, denn sie mussten früh für die beste Aufteilung des eigenen, „dynastischen Potentials“ sorgen, wobei das Prinzip der Rangerhöhung für die dynastische Politik ausschlaggebend wurde⁶⁷.

Die dynastische Politik ermöglichte eine beeindruckende Persistenz adeliger Herrschaft über weite Teile Europas, die auf die Fähigkeit einer begrenzten Zahl untereinander verflochtener und gleichzeitig miteinander rivalisierender Adelshäuser zurückzuführen ist, dynastische Herrschaft in staatliche Herrschaft zu transformieren⁶⁸. Damit verband sich dynastische Politik auf das engste mit der frühmodernen Staatsbildung, indem sie die Kirche, das Römische (Erb-) Recht und den konkurrierenden Hochadel für ihre eigenen Belange funktionalisierte⁶⁹. Und noch ein Weiteres

⁶² WOLGAST: Konfessionalisierung und Religionskrieg, 185.

⁶³ Unter Dynastie wird im Folgenden die optimale Erscheinungsform der Familie verstanden, die sich durch gesteigerte Identität und damit Abgrenzung nach außen, durch ausdrücklich gemeinsamen, der individuellen Verfügungsgewalt entzogenen Besitz, durch bewusst gesteuerte Heirat und Vererbung sowie durch eine gesteigerte historische Kontinuität auszeichnet. Die Entwicklung und Festigung von Dynastien ergab sich aus einem bewussten familienpolitischen Handeln, vgl. CONZE: „Adel, Aristokratie“, 1; WEBER: Dynastiesicherung und Staatsbildung, 95.

⁶⁴ Vgl. SCHILLING: Konfessionalisierung von Kirche, 23; SCHINDLING: Grenzen von Konfessionalisierbarkeit, 29.

⁶⁵ Vgl. KOHLER: Klischee, 476; FICHTNER: Dynastic Marriage, 260; SCOTT/STORRS: Consolidation of Noble Power, 13f.; DEWALD: European Nobility, 168.

⁶⁶ Vgl. KOHLER: Klischee, 463.

⁶⁷ Vgl. ebd., 467 u. 473f.

⁶⁸ Vgl. ebd., 92f.; DEWALD: European Nobility, 4.

⁶⁹ Vgl. WEBER: Dynastiesicherung und Staatsbildung, 106.

kam hinzu: Mit der doppelten Rolle der Dynastie zum einen als *Stand sui generis*, zum anderen als Inhaberin eines öffentlichen Amtes wirkte sie auch auf das Selbstverständnis der jungen Staatsgebilde: „Aus der Formierung der Dynastie als Institution erwächst die dynastische Rason als dynastiepolitische Orientierungs- und Verhaltensmaxime. [...] Der institutionelle Charakter der Dynastie belebt den institutionellen Charakter der öffentlichen Ordnung; die Dynastierason wird zum Paradigma der Staatsrason; die dynastische Identitätsbildung trägt zur staatlichen Identitätsbildung bei“⁷⁰.

Aufgrund ihres internationalen Charakters wirkten Dynastien und dynastische Politik nachhaltig auf die Mächtebeziehungen in Alteuropa. In den internationalen Beziehungen dienten gerade dynastische Heiratsprojekte der Herstellung von Bündnissen und Bündnissystemen sowie der Besiegelung von Friedensschlüssen⁷¹. Das Haus Habsburg gilt dabei als Erfolgsmodell. Es war angeblich der ungarische König Matthias Corvinus (1443–1490), der mit dem ihm zugeschriebenen Zitat *Bella gerant alii! Tu, felix Austria nube! Nam quae Mars aliis, dat tibi regna Venus* das besondere Geschick dieser Dynastie in der Erweiterung ihres internationalen Einflusses mittels dynastischer Eheprojekte ausdrückte⁷².

Je verflochtener die Dynastien in Europa miteinander wurden, desto größer war – theoretisch – damit die Chance, Konflikte hausintern durch besondere Diplomatie analog dem Habsburger Beispiel zu regeln. Die Wirklichkeit sah aber anders aus⁷³. Denn der Eheschluss war nur die eine, der Erbfall die andere, machtpolitisch weitaus interessantere Seite dynastischer Politik. Allgemein herrschte die Vorstellung vor, dass Erbansprüche legitim waren und diese unbedingt, notfalls auch mit Gewalt, wahrgenommen werden mussten⁷⁴. Da aber gerade die monarchisch-dynastische Spitze in der Frage der Sukzession besonders instabil war, traten mit fehlenden Erben oder bei unklarer Nachfolge Konfliktfelder auf, die schließlich den Erbfolgekrieg zum häufigsten und stilprägenden Kriegstypus in Alteuropa machten⁷⁵. Selbst die Sukzessions- und Hausordnungen konnten das Konfliktpotential dynastischer Politik aufgrund des Reputations- und Vorteilsdenkens der Mächte kaum entschärfen⁷⁶. Die an Erbfolgeregelungen und Fundamentalgesetzen ablesbare „Systemrationalität des monarchischen Absolutismus [stellte] ein außenpolitisches Konfliktpotential von eminenter Bedeutung [dar]. Denn im selben Maß, wie die ausschließliche dynastische Grundlage, auf welcher der Staat ruhte, zur Verfassungsnorm verabsolutiert wurde,

⁷⁰ Ebd., 103.

⁷¹ Vgl. ebd., 11.

⁷² Vgl. KOENIGSBERGER: Mars, 31; die Habsburger entwickelten dabei einen eigenen diplomatischen Dienst, der als „Diplomatie im eigenen Haus“ besondere Rücksicht auf dynastische Anliegen zwischen den einzelnen Zweigen des Hauses nahm, vgl. THOMAS: Diplomatie im eigenen Haus, 35.

⁷³ Zu den Spannungen bspw. innerhalb der Casa di Austria vgl. STROHMEYER: Diplomatenalltag.

⁷⁴ Vgl. BLACK: Origins of War, 9.

⁷⁵ Vgl. BURKHARDT: Friedlosigkeit, 541; KOENIGSBERGER: Mars, 35.

⁷⁶ Vgl. KUNISCH: Hausgesetzgebung und Mächtesystem, 56.

beschwor jede Krise der Dynastie zugleich auch eine Krise des Staatswesens in seiner Gesamtheit und damit beinahe zwangsläufig auch die Auseinandersetzung mit auswärtigen Mächten herauf⁷⁷.

Die hier geschilderten verfassungshistorischen Implikationen dynastischer Politik weisen auf die große Bedeutung von dynastischen Heiraten und Erbfolgen bei der Genese frühmoderner Staaten hin. Bei einer adäquaten Einschätzung des Faktors Dynastie muss aber berücksichtigt werden, dass neben dem souveränen Fürsten auch der nicht souveräne niedere Adel Anteil an der Definition dynastischer Politik hatte. Fürsten und niederer Adel bildeten einen Teil jener großen europäischen Adelsfamilie, deren Sozialgeschichte durch eine gemeinsame adlig-dynastische Identität gekennzeichnet ist, und es sind mitunter die Veränderungen der aristokratischen Identität beim niederen Adel, die Einfluss auf die dynastischen Diskurse in ganz Europa nehmen konnten⁷⁸.

Diese besondere dynastische Identität des niederen Adels war an der Wende zur Neuzeit aber einem starken gesellschaftlichen Druck ausgesetzt. Die Verwendung von Söldnerheeren bedrohte nicht nur die militärische Funktion des Schwertadels. Mit der zunehmenden Anstellung bürgerlicher Juristen als Fürstenräte und der wachsenden Gruppe eines Neuadels als Ergebnis des fürstlichen Nobilitierungsanspruchs wurde zudem seine herausgehobene Stellung als exklusiver Berater des Souveräns in Frage gestellt⁷⁹. Angesichts dieser Krisensituation entwickelte der europäische Adel neue Identitätskonzepte, die seiner Vorrangstellung Nachdruck verleihen sollten. Hierbei kam vor allem die eigentliche soziale Stärke des Adels zur Geltung, indem er seine Fähigkeit nutzte, auf Grundlage der Abstammungsfiktion an eine weit zurückliegende Vergangenheit anzuknüpfen⁸⁰. Das genealogische Argument im Sinne der Hervorhebung von gemeinsamer Abstammung erfuhr so um 1600 eine Renaissance⁸¹.

In der Gesamtschau repräsentierte die Dynastie – im Gegensatz zur konjunkturell gebundenen Konfession – damit eine stabile Kraft des europäischen Mächtesystems, die die dynastische Rason zu einer Form der frühmodernen Staatsrason weiterentwickelte. Als Bündnis- und Rechtsdurchsetzungsinstrument sowie als Identitätskonzept prägte sie nachhaltig den Charakter der frühneuzeitlichen Mächtebeziehungen im Sinne einer exklusiven Familienpolitik der europäischen Adelshäuser.

d) Souverän ist, wer über den Diskurs entscheidet – Öffentlichkeitsstrukturen und Kommunikationsstrategien in den internationalen Beziehungen der Frühen Neuzeit

Die Bedeutung des Öffentlichen in den internationalen Beziehungen der Frühen Neuzeit stellt sich angesichts der fundamentalen Kritik aus der Mediävistik am Konz-

⁷⁷ KUNISCH: Staatsverfassung und Mächtepolitik, 75f.

⁷⁸ Vgl. PRESS: Adel im Reich, 22.

⁷⁹ Vgl. CLARK: State and Status, 182; ASCH: Ständische Stellung, 8f.

⁸⁰ Vgl. DEWALD: European Nobility, 10.

⁸¹ Vgl. CLARK: State and Status, 182.

pet der „repräsentativen Öffentlichkeit“ von neuem. Entgegen der These von Jürgen Habermas, dass die öffentliche Sphäre Alteuropas durch die Repräsentation von Herrschaft und der Einheit von Privatem und Öffentlichem geprägt wurde⁸², zeigen neuere Studien, dass es sich bei der Öffentlichkeit der Vormoderne um ein komplexes System von halböffentlichen, heimlichen, gegenöffentlichen und privaten Kommunikationspraktiken handelte, das erstaunlich dynamisch war und nur schwer mit dem modernen Kollektivsingular „Öffentlichkeit“ beschrieben werden kann⁸³. Es erlaubte auch eine kritische Kommunikation des Politischen, die sich aber noch stark durch nonverbale Ausdrucksformen auf der Grundlage eines zeremoniellen Kommunikationsstils auszeichnete⁸⁴. Entgegen der zeitgenössischen Vorstellung von den *Arcana Imperii* als den dem gemeinen Mann nicht zugänglichen Staatsgeheimnissen unterlagen auch Außenpolitik und Diplomatie den Bedingungen dieser dynamischen Kommunikationsstrukturen⁸⁵.

In ihrer Studie zur öffentlichen Kommunikation im Herzogtum Preußen 1525 bis 1618 unterscheidet Esther-Beate Körber drei Grundbedingungen von Öffentlichkeit in der Frühen Neuzeit, nämlich jene der Herrschaft, jene des nicht herrschaftlichen Elitendiskurses und jene, die die Frage der Zugänglichkeit von Information berührt⁸⁶. Diese drei Grundbedeutungen bilden für die kulturellen Ausdrucksformen in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen im dritten Teil der Untersuchung die erkenntnisleitende Analysekategorie bei der Kontextualisierung Londoner und Heidelberger Hofkultur sowie Publizistik zwischen 1608 und 1632.

Öffentlichkeit in der ersten Grundbedeutung beinhaltet jene Dinge und Vorgänge, die mit der Ausübung von Macht über größere Gruppen von Menschen in Zusammenhang stehen. Die Öffentlichkeit der Herrschaft unterscheidet sich aber von Habermas' Konzept der repräsentativen Öffentlichkeit insofern, als dass Herrschaft ohne Souveränität nicht ‚vor‘ dem Volk repräsentiert werden konnte, weil sie ohne die aktive Beteiligung der Beherrschten nicht hätte bestehen können⁸⁷. Die Kommunikationsbeziehungen zwischen Untertan und Herrscher waren damit vielschichtiger als bei Habermas angenommen, denn sie reichten von verbaler Kommunikation der Publizistik bis hin zu nonverbaler Verständigung durch zeichenhaftes Verhalten. Im Zentrum dieses Kommunikationsverhältnisses stand die Legitimität fürstlicher Herrschaft⁸⁸.

⁸² HABERMAS: Strukturwandel, 60f.

⁸³ Vgl. BRANDT: Öffentlichkeit und Nichtöffentlichkeit, 301; HÖLSCHER: Öffentlichkeit, 413f.; THUM: Öffentlich-Machen, 44f.

⁸⁴ Vgl. SPIESS: Kommunikationsformen, 270f.

⁸⁵ Vgl. REPGEN: Öffentlichkeit, 731f.; EVERETH: Öffentlichkeit in der Außenpolitik; KAEBER: Idee.

⁸⁶ KÖRBER: Öffentlichkeiten der Frühen Neuzeit, 2f.

⁸⁷ Ebd., 4f.

⁸⁸ In Anlehnung an Pierre Bourdieu fasst Axel SCHMITT die kommunikative Struktur zwischen Untertan und Obrigkeit als einen steten Prozess sozialer Praxis auf, in dem zwischen beiden Partnern ein hochpolitisches, vielschichtiges Kommunikationssystem existierte, das sich durch eine prekäre Balance zwischen verbalen und nonverbalen, diskursiven und symbolischen

Körbers zweite Grundbedeutung von frühneuzeitlichen Öffentlichkeiten umreißt Meinungen, die der staatlichen Gewalt gegenüberstehen und für das Leben der Gesellschaft maßgeblich oder bedeutsam sind⁸⁹. In diesem Sinn kann frühneuzeitliche Öffentlichkeit als jene Sphäre begriffen werden, in der herrschaftsferne Diskurse aus theologischen, juristischen, humanistisch gelehrten und literarischen Bereichen aktiv von einer überschaubaren publizistischen Elite getragen wurden, während die breitere Schicht von Rezipienten entweder gar nicht oder nur passiv Anteil an den Kommunikationsprozessen hatte. Für die Frage nach der kritischen Qualität dieser Ebene von Öffentlichkeit ist festzuhalten, dass eine obrigkeitliche Kontrolle trotz aller Zensurbemühungen nur sehr schwer durchzusetzen war⁹⁰.

Die dritte Grundbedeutung frühneuzeitlicher Öffentlichkeiten berührt Körper zufolge die Frage nach der Zugänglichkeit von Informationen und damit Fragen bezüglich Alphabetisierung, Sprachkenntnissen und intellektueller Verarbeitungsfähigkeit – Voraussetzungen, die im 16. und frühen 17. Jahrhundert nur vereinzelt gegeben waren⁹¹. Jedoch bedeutet dies keineswegs, dass die leseunkundige Masse von öffentlichen politischen Diskursen ausgeschlossen blieb. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass breitere Schichten durch besondere Kommunikationsformen wie Predigten, informelle Gespräche, symbolische Interaktion und Bildpropaganda passiver und teilweise auch aktiver Teil des frühneuzeitlichen Kommunikationsprozesses waren⁹². Eine breite verbale Kommunikationsform mit eigener Symbolsprache sorgte für spontane und auch detaillierte Information in allen Bevölkerungsschichten⁹³.

Kohlers drei Grundbedeutungen von Öffentlichkeit in der Frühen Neuzeit stellen eine enge Logik zwischen Kommunikationsprozessen und Genese von sozialen Gruppen her. Tatsächlich steht Öffentlichkeit in einem logischen Zusammenhang mit der breit diskutierten Frage nach der Genese von sozialen Identitäten⁹⁴. Im Folgen-

lich verdichteten Formen der Herrschaftslegitimierung auszeichnete DERS.: Inszenierte Geselligkeit, 721ff.

⁸⁹ KÖRBER: Öffentlichkeiten in der Frühen Neuzeit, 3.

⁹⁰ Vgl. SCHMIDT: Spanische Universalmonarchie, 93f.

⁹¹ KÖRBER: Öffentlichkeiten in der Frühen Neuzeit, 18.

⁹² Vgl. SCRIBNER: Popular Propaganda, 10f.

⁹³ Gerade das englische Beispiel zeigt, wie mittels Wirtshausgesprächen und freien Informationsbörsen in London Nachrichten in Form von Balladen und seit 1620 auch von gedruckten Zeitungen gehandelt wurden, und so Stadt und Land mit politischen Informationen versorgt werden konnten. Das populäre und frei zugängliche Format der frühneuzeitlichen Information sorgte dafür, dass eine informierte Kritik die politische Erziehung breiter Volksschichten unterstützte. Die kritische Öffentlichkeit des frühen 17. Jahrhunderts sollte demnach als Prozess verstanden werden, der in dem Moment in Gang gesetzt wurde, in dem die Politik in das Alltagsleben überschwappte und Meinungen und Vorstellungen des „gemeinen Mannes“ herausforderte, vgl. FREIST: Governed by Opinion, 17f.; Fox: Rumour, 620.

⁹⁴ Der Begriff der Identität bleibt ungeachtet seiner häufigen Verwendung in den Kultur-, Sozial- und auch Geschichtswissenschaften unscharf. Zur besseren Operationalisierung dieser Kategorie wird im Folgenden unter Identität die Chance verstanden, dass Akteure ihr Handeln einer räumlich, zeitlich oder sozial strukturierten Gemeinsamkeit zurechnen und hierüber ein ‚Wir-Gefühl‘ entwickeln. Gruppen, Verbände und komplexe Sozialsysteme dienen damit als Träger sozialer Identitäten, die ein Gegengewicht zum fortlaufenden Prozess un-

den werden soziale Identitäten als Produkt jener mentalen Konstruktionen begriffen, die mit Hilfe eines spezifischen Inklusions- und Exklusionsmechanismus „imaginäre Gemeinschaften“ wie beispielsweise Konfessionskirchen oder Nationalstaaten generieren helfen⁹⁵. Es bleibt jedoch zu berücksichtigen, dass soziale Identitäten vielschichtig sind, und dass die Möglichkeit multipler Identitätskonstruktionen von Konfession über Patriotismus bis hin zu Dynastie eine klare Zuordnung von Individuen und sozialen Gruppen zu bestimmten imaginären Gemeinschaften nur bedingt möglich macht⁹⁶.

Identität im Sinne eines kohärenten Begriffs vom Selbst bildet im Fall der internationalen Beziehungen eine wichtige Analysekatgorie. Sie macht bewusst, dass es sich bei historischer Realität stets um eine perzipierte Realität hinsichtlich fremder Länder und Kulturen handelt, und dass in diesem Perzeptionsprozess das spannungsreiche Verhältnis von Selbst- und Fremdwahrnehmung entscheidend ist⁹⁷. Doch ungeachtet des plausiblen Zusammenhangs zwischen beispielsweise Feindbild und Kriegsbereitschaft bleibt es weiterhin ein Desiderat der Forschung, inwieweit verschiedene Perzeptionsmodi in der Geschichte konkreten Einfluss auf außenpolitisches Handeln nahmen⁹⁸.

Ann Swidler zufolge handelt es sich bei Identitäten beziehungsweise Selbst- und Fremdwahrnehmung um jene kulturellen „tool kits“, die Menschen in unterschiedlichen Konfigurationen gebrauchen, um verschiedenen Arten von Herausforderungen zu begegnen. Bei der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Handlung und „Kultur“ ist es nach Swidler aber entscheidend, weniger eine konkrete Verbindung zwischen einer spezifischen Identität und einer speziellen Handlung zu identifizieren, als vielmehr jene Handlungsstrategien zu analysieren, die über eine längere Zeit hinweg das Akteurshandeln prägten. Denn die ursächliche Signifikanz von kulturellen Größen wie Selbst- und Fremdwahrnehmung besteht weniger darin, dass sie zielgerichtet zu einer bestimmten Handlung führt. Sie stellen vielmehr jene Komponenten zur Verfügung, mit denen spezifische Handlungsstrategien konstruiert werden⁹⁹.

Dass kulturelle Größen wie soziale Identitäten Akteurshandeln lediglich mittelbar beeinflussen, ohne eine konsistente Zieldefinition zu leisten, wird am Beispiel von Feindbildern in der internationalen Politik deutlich. Feindbilder beinhalten fallweise Aspekte der Angst vor einem übermächtigen, unmoralischen Gegner, der zu allen Taten bereit zu sein scheint. Angst als Aspekt von Außenpolitik bedeutet aber weniger

endlich verflochtener Interaktion schaffen, indem sie sich in Form einer Gemeinschaft gegenüber Fremden konstituieren und nach innen das wachsende Zusammengehörigkeitsgefühl in Formen ritueller Interaktion und von Identitätsritualen bekräftigen, vgl. GEPHART: Identitätsbildung, 234 u. 236.

⁹⁵ ANDERSON: *Imagined Communities*, 6f.; vgl. auch GIESEN: *Codes*, 15f.

⁹⁶ Vgl. FRANK: *Mentalitäten*, 162f.

⁹⁷ Vgl. NIEDHART: *Selektive Wahrnehmung*, 141; KRÜGER: *Internationale Beziehungen*, 24f.; HENRIKSON: *Mental Maps*, 177; BOULDING: *National Images*, 120.

⁹⁸ Vgl. ROHRSCHEIDER: *Tradition und Perzeption*, 282; zu Feindbildern instruktiv FLOHR: *Feindbilder*.

⁹⁹ SWIDLER: *Culture in Action*, 273.

einen Zustand der Lähmung als vielmehr eine spezifische Verhaltens- und Handlungsbereitschaft zur Überwindung einer Gefahr. Diese Handlungsbereitschaft ist nicht zielgerichtet, da man zwar negativ weiß, was man unbedingt vermeiden möchte, positiv aber im Ungewissen bleibt, welche Handlung eine adäquate Problemlösung verspricht¹⁰⁰. Diesem Zusammenhang von Angst und unspezifischer Handlung in den internationalen Beziehungen des 16. und 17. Jahrhunderts kommt eine besondere Relevanz zu, denn mit der ungebrochenen Wahrnehmung beispielsweise von der spanischen Universalmonarchie entwickelten vor allem protestantische Mächte jenes AngstszENARIO, das die Reaktion auf diese Gefahr immer stärker in den Mittelpunkt außenpolitischen Handelns stellte, wobei es unerheblich wurde, ob die Gefahr tatsächlich bestand, oder ob sie nur als eine – allerdings begründete – Möglichkeit in der menschlichen Vorstellung gegeben war¹⁰¹.

Neben der Furcht vor einer Universalmonarchie bildeten auch apokalyptische Deutungsmuster auf Seiten der Protestanten ein Reservoir für Angstvorstellungen, aber auch mögliche Bausteine bei der Herausbildung konfessioneller Identitäten¹⁰². Apokalyptische Deutungsmuster sind keine Besonderheit des konfessionellen Zeitalters. Jedoch erfährt die Tendenz, in einer gegenwärtigen Krise der Weltordnung Einblicke in das Heilsgeschehen im Sinn des bevorstehenden Triumphs von Gut über Böse als Teil des göttlichen Plans zu finden, in der religiös aufgeladenen Situation nach der Reformation eine Renaissance¹⁰³. Mit dem Widerstreit von Glaubenswahrheiten erhalten semantische Muster gerade für protestantische Theologen eine neue Bedeutung, die eine „[...] begründete und eindeutig formulierte Erwartung des Endes der ganzen Welt als eines bald hereinbrechenden Ereignisses in Raum und Zeit [...]“ ausdrücken¹⁰⁴.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass konfessionelle Identitäten sich keineswegs in apokalyptischen Deutungsmustern erschöpfen. Endzeitliche Deutungen des Weltgeschehens traten vielmehr sporadisch auf und übten unterschiedlich weitreichende

¹⁰⁰ Vgl. PUTZ-OSTERLOH: Angst und Handeln, 7; BERGSDORF: Politik und Angst, 14.

¹⁰¹ Vgl. BOSBACH: Angst und Universalmonarchie, 158.

¹⁰² SCHILLING: Nationale Identität, 199. Unter apokalyptischen Deutungsmustern des Weltgeschehens werden im Folgenden jene für die Identitätsbildung wirkmächtigen religiösen Vorstellungen verstanden, die auf der Grundlage biblischer Texte – hier vor allem der Offenbarung des Johannes – eine heilstheologische Deutung von Geschichte, Gegenwart und Zukunft anbieten, vgl. auch BAUCKHAM: Chiliasmus IV, in: TRE; WEBER: Apocalypses.

¹⁰³ Vgl. BARNES: Prophecy and Gnosis, 2.

¹⁰⁴ Vgl. LEPPIN: Antichrist und jüngster Tag, 17; dabei handelt es sich im Falle apokalyptischer Deutungsmuster um ein ganzes Sample von heilsgeschichtlichen Deutungsangeboten, die von christlichen Autoren durch die Jahrhunderte hindurch variiert wurden. So sehen chiliasmatische Deutungen vor der eigentlichen Ankunft des Jüngsten Gerichts als dem Weltende noch ein tausendjähriges Zwischenreich Christi auf Erden vor, in dem das Böse durch die Allmacht Gottes gebannt ist, vgl. HOTSON: Calvinist Millenarianism, 160; angesichts dieser Vielfalt ist es notwendig, die apokalyptischen und chiliasmatischen Deutungsmuster von „kryptochiliasmatischen Vorstellungen“ zu unterscheiden, die zwar ebenfalls ein innerweltliches Friedensreich Gottes erwarten, aber nicht explizit Bezug auf die Offenbarung nehmen, sondern verschiedene theologische und populäre Endzeiterwartungen miteinander verbinden; vgl. POHLIG: Konfessionskulturelle Deutungsmuster, 282f.

Einflüsse auf die distinktiven Konfessionskulturen¹⁰⁵ aus. Matthias Pohlig stellt im Falle des Luthertums heraus, dass dieses eher zu einer passiven Erwartung des Weltendes neigte, das nur im Ausnahmefall – vor allem in der Krisenzeit zwischen 1628 und 1635 – zum Anlass für aggressive heilsgeschichtliche Deutungsmuster genommen wurde. Innerhalb der reformierten Konfessionskirche entwickelte sich in radikalprotestantischen Kreisen dagegen eine mehr oder minder offen chiliastische Rhetorik, die verstärkt durch die Theologie der Prädestination nicht nur wie im Falle des Luthertums passiv das Weltende erwarten wollte, sondern im aktiven Herbeiführen des Friedensreiches einen göttlichen Auftrag sah¹⁰⁶.

Wie in kaum einem anderen reformierten Land führten apokalyptische Deutungsmuster im späten Tudor- und frühen Stuart-England zu einer religiös überhöhten nationalen Identität bei Teilen der Bevölkerung¹⁰⁷. Sie verbanden sich mit anderen religiösen Vorstellungen, an erster Stelle mit der Selbstwahrnehmung radikal-protestantischer Gruppen als Märtyrer, die sich vor dem Hintergrund der Verfolgungen unter Mary Tudor (1553–1558) und deren literarischer Verarbeitung in John Foxes (1516/17–1587) *Book of Martyrs* als vom Papst verfolgte Heilige wahrnahmen¹⁰⁸. Zusammen mit einer spezifisch reformierten – auf das mosaische Motiv des Gottesvolkes zurückgehenden – Auserwähltheitsidee und der zeitgenössischen Erfahrung der Verfolgung von Glaubensbrüdern auf dem Kontinent entwickelten sich das apokalyptische Deutungsmuster im englischen Fall zu einem gemeinschaftsbildenden Fundierungsmythos¹⁰⁹.

Diese Gemeinschaftsbildung nach innen als Resultat von apokalyptischen Deutungsmustern und religiösen Fundamentalmythen ging aufgrund der Funktionslogik des Inklusions- und Exklusionsmechanismus mit einer klaren Abgrenzung nach außen einher. Wie die Analyse der englischen Pamphletistik zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges im letzten Teil der Arbeit noch zeigen wird, halfen apokalyptische Schriften tatsächlich, sich gegenüber anderen abzugrenzen, denn sie förderten eine religiöse Interpretation von Außenpolitik, in der das Weltgeschehen weniger als die Auseinandersetzung um Macht- und Einflussphären der Staaten aufgefasst wurde. Vielmehr wurden die säkularen Interessen von Staaten im öffentlichen Diskurs religiös-konfessionell umgedeutet¹¹⁰.

¹⁰⁵ Zum Begriff der Konfessionskultur vgl. KAUFMANN: Dreißigjähriger Krieg, 7f.; POHLIG: Luthertische Geschichtsschreibung.

¹⁰⁶ POHLIG: Konfessionskulturelle Deutungsmuster, 314f.; der gegenreformatorische Katholizismus fällt aus der Reihe apokalyptischer Traditionen heraus, denn in seinem Fall ist nur eine wenig ausgeprägte Endzeiterwartung zu beobachten. Im Zusammenhang mit außenpolitischen Themen finden sich in der breiten katholischen Literatur lediglich Motive des Kreuzzuges gegen die Häresie, die besonders im Falle der Armada-Schlacht 1588 im spanischen Schrifttum bemüht wurden, vgl. GÓMEZ-CENTURIÓN JIMÉNEZ: *New Crusade*, 273.

¹⁰⁷ Vgl. ASCH: *Elect Nation*.

¹⁰⁸ Vgl. CAPP: *Apocalyptic Thought*, 93f.

¹⁰⁹ GRABES: *Elect Nation*, 85; vgl. auch GORSKI: *Mosaic Moment*, 1452; BRESLOW: *English Puritan Views*.

¹¹⁰ Vgl. unten S. 233f.; SCHERNECK: *Pamphletistik*, 298.

Diese Neudeutung von internationalen Beziehungen unter Zuhilfenahme apokalyptischer Rhetorik wirkte sich besonders auf die Feindbeschreibung und -bestimmung aus. Der Feind erschien nicht mehr als ein internationaler Konkurrent. Auf der Grundlage einer klaren heilsgeschichtlichen Idee wurde der konkrete Gegner zum endzeitlichen Widersacher stilisiert und damit zum existentiellen Feind, dessen Vernichtung ein göttlicher Auftrag ist¹¹¹. Gerade Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts finden sich heilsgeschichtliche Endzeitmotive auf Seiten der Protestanten. Angesichts des scheinbar unaufhaltsamen Siegeszuges des gegenreformatorischen Bekenntnisses um 1600, das der eigenen Heilsidee grundsätzlich zuwider lief, suchten sie nach plausiblen Erklärungen. Mit der auf Martin Luther (1483–1546) gründenden Gleichsetzung von Antichrist und römischem Papsttum entwickelten protestantische Autoren eine heilsgeschichtlich logische Erklärung für den Umstand, dass nicht die von Gott auserwählte Glaubensgemeinschaft, sondern die Anhänger der falschen Religion scheinbar auf dem Vormarsch waren.

Mit dieser Gleichsetzung von Papst und Antichrist wurde öffentlich ein protestantisches Feindbild entwickelt, das sich prominent in den internationalen Beziehungen positionierte. Dabei förderte es nicht nur die konfessionelle Blockbildung in den europäischen Staatenbeziehungen auf Grundlage eines religiösen Geschichtsbildes. Internationale Konflikte zwischen konfessionsverschiedenen Gegnern erhielten zudem einen grundsätzlichen Charakter, denn sie schienen im heilsgeschichtlichen Zusammenhang des Entscheidungskampfes zwischen Gut und Böse zu stehen. Der konfessionelle Gegner geriet so zum ubiquitären Feind, der in der öffentlichen protestantischen Wahrnehmung vor allem reformierte Gemeinschaften in einem beständigen Belagerungszustand hielt, der nur gewaltsam aufgebrochen werden konnte¹¹².

Die dritte Grundbedeutung im frühneuzeitlichen Öffentlichkeitsmodell Körbers, die Öffentlichkeit der Herrschaft, verband sich in der Frühen Neuzeit eng mit dem Hof als privilegierten sozialen Ort. Entgegen der These Norbert Elias' vom Herrscherhof als Überwachungs- und Domestizierungsinstrument absolutistischer Herrscher gegenüber einem tendenziell rebellischen Landadel¹¹³ lässt sich die Rolle europäischer Fürstenhöfe eher als „[...] point of contact between the ruler and the ruling

¹¹¹ Diese Steigerung des konkreten Feindes zum leibhaftigen Teufel hat Michael WOLTERS zufolge eine ganz elementare Vergewisserungsfunktion für die Leser apokalyptischer Schriften, „[...] denn die ihr zugrunde liegende Geschichtshermeneutik dient dazu, eine kognitive Dissonanz innerhalb der geschichtlichen Erfahrung zu überwinden und so die Übereinstimmung der geschichtlichen Wirklichkeit mit den Grundlagen des traditionellen Welt- und Geschichtsbildes sicherzustellen“, DERS.: Endzeitlicher Widersacher, 40; zu Grenzen und Abschwächung des Antichrist-Mythos im 17. Jahrhundert vgl. HILLERBRAND: Antichrist-Mythos, 124f.

¹¹² Diese gezielte Steigerung des konfessionellen Gegners zum Antichristen geriet letztlich zu dem Paradoxon, dass zwar der konfessionelle Gegner unüberbietbar desavouiert, zugleich aber auch unüberbietbar aufgewertet wurde, „[...] denn er hatte nun apokalyptische Proportionen angenommen und erschien – jedenfalls ohne Gottes Hilfe – unüberwindbar“, GRABES: Elect Nation, 98.

¹¹³ ELIAS: Höfische Gesellschaft, 69.

classes, and not an instrument for the domestication of the nobility [...]“ beschreiben¹¹⁴. Dabei ist zu beobachten, dass dem Hof idealiter die Funktion zukommt, die politisch-sozialen Rangverhältnisse der aristokratischen Gesellschaft zu repräsentieren¹¹⁵. Durch die Selbstvergewisserung nach innen und die Zurschaustellung des Verbandes nach außen mit Hilfe von öffentlicher Inszenierung und höfischem Zeremoniell gelang eine sinnliche Erfahrung von sozialem Rang, höfischer Ordnung und dynastischem Selbstverständnis¹¹⁶.

Die höfische Repräsentation geriet zu einem wichtigen stabilisierenden Element der aristokratischen Gesellschaft insbesondere angesichts ihrer zuvor berührten Bedrohung durch den sozialen Aufstieg des humanistisch gebildeten Bürgertums¹¹⁷. Durch die Herausstreichung von Anciennität sowie edler Abstammung und durch die Verbindung des genealogischen Arguments mit einem Ehr- und Reputationsdiskurs¹¹⁸ entstand in der höfischen Öffentlichkeit des frühen 17. Jahrhunderts eine identitätsstiftende Ordnung mit einer eigenen „sozialen Grammatik“¹¹⁹. Ehre und Reputation waren dabei keine leeren Floskeln einer betont aristokratischen Gesellschaft, in der entscheidende politische Fragen sich jedoch selbstverständlich dem Staatsinteresse und dem Machtkalkül unterordneten¹²⁰. Wie am Beispiel Spaniens beobachtet werden kann, repräsentierten der Ehrdiskurs zusammen mit der Abstammungsfiktion einen zwar schwer quantifizierbaren, aber nichtsdestoweniger bedeutenden psychologischen Faktor menschlichen Handelns, der auch einen wichtigen Analyserahmen für die historische Erforschung internationaler Beziehungen bereitstellt¹²¹. Im Unterschied zu religiösen Argumenten und konfessionellen Identitäten, die mit einer emotionalen Steigerung des Feindbegriffs auf die Vernichtung der Gegenseite abzielten, fand im Fall dynastischer Identitäten aber nur eine abgeschwächte Feindbildkonstruktion statt. Denn der Feind blieb weiterhin ein nicht existentieller Gegner, mit dem man zwar um knappe Reputationsressourcen konkurrierte, dessen Existenz aber für die Anerkennung des selbst beanspruchten Rangs notwendig war¹²².

¹¹⁴ ASCH: Introduction: Court and Household, 4; vgl. auch WINTERLING: Kurfürsten von Köln, 151f.

¹¹⁵ Vgl. WINTERLING: „Hof“, 21f.; vgl. auch BAUMGART: Hof der Barockzeit, 33; zum Repräsentationsbegriff vgl. HOFMANN: Repräsentation, 24.

¹¹⁶ Vgl. WENZEL: Herrschaftshandeln, 248; LUTTER: Politische Kommunikation, 205.

¹¹⁷ Vgl. oben S. 30.

¹¹⁸ Unter Ehre ist gemäß Richard CUST jenes Gedankenkonstrukt zu verstehen „[...] by which the worth of individuals or families is measured in the societies to which they feel they belong. It reflects the ways in which contemporaries sift experience and pass judgements about status and worth, and can thus provide a valuable insight into the values and norms which they espouse“, DERS.: Huntingdon, 85.

¹¹⁹ BENIGNO: Adel, 398.

¹²⁰ Vgl. ARNDT: Reich und die Niederlande, 302.

¹²¹ Unter dem Herzog Olivares (1587–1645) geriet die Idee von *reputación* zu einem Hauptantrieb der spanischen Außenpolitik, vgl. ELLIOTT: Olivares, 93; DERS.: Spanish Foreign Policy, 477; vgl. auch BLACK: Origins of War, 10; SCHMIDT: Adeliges Selbstverständnis, 286f.

¹²² Vgl. KRAUS: Wittelsbach und Europa, 446.

Ehre und Reputation sowie Genealogie als Bestandteile adliger Identität entwickelten sich Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts zu wichtigen Elementen höfischer Kommunikation. Dabei stellt das höfische Fest das prominenteste Kommunikationsmedium in der höfischen Gesellschaft dar. In Abgrenzung zum Mittelalter entwickelte sich das höfische Fest in der Renaissance und im frühen Barock zu einem gesellschaftlichen Ereignis mit neuen Repräsentationsformen politischer und sozialer Ordnungen. Das Fest diente nun zur Zurschaustellung der kulturellen Potenz des Hofes, zur Selbstdarstellung des Fürsten, zur moralischen Belehrung, aber auch zur Disziplinierung der Affekte¹²³. Es geriet zur gültigsten Form der höfischen Gesellschaft, in der diese das darstellt, was sie sein möchte, was sie vielleicht zu sein glaubt, was sie in jedem Fall zu sein scheinen möchte¹²⁴.

Der Charakter höfischer Festlichkeiten blieb an der Schwelle vom 16. zum 17. Jahrhundert aber noch diffus. Im Übergang von Renaissance zum Barock fand noch nicht der später charakteristische Rückzug höfischer Feiern von den öffentlichen Plätzen in den Innenraum des Schlosses statt¹²⁵. Vielmehr wurden die verschiedenen Bereiche tradierter Festlichkeiten wie Turniere, Einzüge, Triumphmärsche und Schauspiele unter dem neuen Zeichen fürstlicher Souveränität verbunden¹²⁶. Feste anlässlich dynastischer Feiern – allen voran fürstliche Heiraten – markierten die Höhepunkte höfischer Feierlichkeiten, denn sie stellten nicht nur Brennpunkte für die höfische Kultur in all ihren Bereichen dar, sie fungierten zugleich als Bühne für die internationale Kommunikation, verbanden sie sich doch meistens mit Staatsbesuchen¹²⁷.

Die Funktion des höfischen Festes allein in der Zelebrierung des Souveräns als Mittelpunkt der höfischen Gesellschaft zu sehen, wird den Kommunikationsstrukturen der Frühen Neuzeit aber nicht gerecht. Mit Andreas Gestrich kann man vielmehr davon ausgehen, dass nicht nur die systemstabilisierende Herrschaftsrepräsentation nach innen, sondern auch eine vielschichtige politische Kommunikation nach außen das Wesen höfischer Feste und des höfischen Zeremoniells ausmachte. Dieser Kommunikationsprozess muss interaktionistisch betrachtet werden, denn eine große Zahl

¹²³ Vgl. NIEDER: Höfisches Fest, 141.

¹²⁴ Vgl. ALEWYN: Welttheater, 16.

¹²⁵ Vgl. STRONG: Feste in der Renaissance, 264.

¹²⁶ Vgl. NIEDER: Höfisches Fest, 141; ZULL: Die Höfischen Feste, 915; dabei ist um 1600 oftmals kaum zu klären, ob es sich um aristokratisch-höfische oder stadtbürgerliche Feierlichkeiten handelte, denn Adel und Stadtbürgertum hatten vergleichbaren aktiven Anteil an der Organisation verschiedener Festelemente, vgl. BÉHAR/WATANABE-O'KELLY: Theatre and Spectacle, 729.

¹²⁷ Vgl. VOCELKA: Habsburgische Hochzeiten, 25; für das 19. Jahrhundert instruktiv PAULMANN: Monarchenbegegnungen; für das konfessionelle Zeitalter bleibt aber festzuhalten, dass sich gerade die reformierte und gegenreformatorische Hofkultur des Frühbarock unterschieden, denn obwohl katholische und reformierte Fürsten gleichermaßen Wert auf eine prachtvolle Hofentfaltung legten, führten theologische Kontroversen – vor allem im Umgang mit Bildern – in der Praxis zu unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in der Hofkultur, vgl. TREVOR-ROPER: Baroque Courts, 18.

verschiedener Hofgruppen nahm in unterschiedlicher Weise und Intensität aktiv und passiv an diesem System teil¹²⁸. Dabei kam in der höfischen Kommunikation aus der Antike entlehnten Topoi und Codes ein wichtiger Stellenwert zu. Mit Hilfe von antiken Mythologien, Emblemen und Mottos erfuhr die höfische Gesellschaft eine neue soziale Ordnung, denn Kenntnis und Verfügungsgewalt über antikes Wissen zeichneten nun den wahren Adel aus¹²⁹. Der Antikendiskurs ließ sich auch gut mit den dynastischen Interessen des Adels verbinden. Altrömische, griechische und germanische Helden dienten als Ursprung für die Fürstenhäuser, und mit diesen „ethnogenetischen Fabeln“ konnte einer herrschenden Dynastie und damit einem ganzen Land ein Heros oder Halbgott als Stammvater gestiftet werden¹³⁰. Die antike Tugendlehre und antike Heldentaten stellten zudem ein gut medialisierbares Repertoire für individuelle Hofpersonen dar, die auf Maskenspielen und Triumphzügen mit deren Hilfe ein antikes Image zu kreieren wussten¹³¹.

Die Einsetzung von Emblem und antiker beziehungsweise biblischer Allegorie diente der Demonstration von dynastischer Macht als Zentrum höfischer Kommunikation. Denn weniger die faktische Verfügungsgewalt über sichtbare Machtressourcen als vielmehr die Instrumentalisierung von Geheimnissen als Machtsymbolen verlieh fürstlicher Herrschaft Ausdruck. Durch die Inklusion von Wissenden und den Ausschluss derjenigen, die die antiken Codes nicht oder nur teilweise zu deuten wussten, wurde eine neue soziale Ordnung etabliert. Bei der nicht decodierungsfähigen Masse entstand dadurch der Eindruck von der überragenden Wissens- und Geheimnisherrschaft des Souveräns, während die decodierungsfähige Elite auf der Grundlage des Verweisungsgeflechts zwischen Bild und Motto über die Größe des Herrschers informiert wurde¹³². Zu berücksichtigen bleibt aber, dass diese Herrschaftskommunikation einen Aushandlungsprozess zwischen Souverän, Adel und Untertan im inneren sowie unter den Souveränen Europas im internationalen System darstellte, der bestimmten Standards und letztlich auch einer realen Machtgrundlage entsprechen musste.

So kann zwar mit Münkler davon ausgegangen werden, dass die Verfügungsgewalt über Visualisierungsstrategien dynastischer Macht und Visualisierungsreserven territorialer Herrschaft in der Frühen Neuzeit zum Kennzeichen der inneren und äußeren Souveränität wurde¹³³. Der Souverän befand sich jedoch keineswegs in der von Münkler angedeuteten machiavellistischen Position, frei über Strategien und Reserven zu verfügen. Die interaktionistische Struktur politischer Herrschaftskommunikation in der Frühen Neuzeit bedeutete für den Fürsten vielmehr, dass er der Funkti-

¹²⁸ GESTRICH: *Absolutismus und Öffentlichkeit*, 14f.

¹²⁹ Vgl. WALTHER: *Adel und Antike*, 366.

¹³⁰ Vgl. SEZNEC: *Fortleben*, 24.

¹³¹ Vgl. GESTRICH: *Absolutismus und Öffentlichkeit*, 49; für den kurpfälzischen Fall vgl. hierzu S. 269f.

¹³² Vgl. SCHMITT: *Inszenierte Geselligkeit*, 727; GESTRICH: *Absolutismus und Öffentlichkeit*, 46.

¹³³ MÜNKLER: *Visibilität der Macht*, 223f.

onslogik dieser Visualisierungsstrategien unterworfen blieb und dass er keine wirkliche Wahl bei deren Einsatz hatte. Es zeigte sich, dass eine konsequente Kommunikation von dynastischem und politischem Anspruch durch den Fürstenstaat – selbst ohne ausreichende Machtgrundlage wie im Fall Brandenburg-Preußens – soziales Handeln bis hin zur Machtstaatsbildung erweitern konnte¹³⁴. Die Kurpfalz macht aber zugleich bewusst, dass höfische Kommunikation auch soziales Handeln im politischen Raum und somit das Handlungsrepertoire der Akteure einschränken konnte, spätestens dann, wenn sie selbst zum Kommunikationsopfer einer übersteigerten dynastischen Idee wurden, wie die im zweiten und dritten Untersuchungsteil folgenden diplomatie- und kulturgeschichtlichen Betrachtungen zeigen werden.

¹³⁴ Vgl. HAHN: *Dynastische Selbstdarstellung*.

2. Territorium, Verfassung und Administration

a) Eine unzureichende Großmacht – territoriale, konstitutionelle und fiskalische Voraussetzungen englischer Außenpolitik 1608–1632

Noch heute tut sich der Betrachter schwer, eine staatsrechtlich zutreffende Umschreibung für das Staatsgebilde der britischen Inseln zu finden. In der Vielfalt der geläufigen Begriffe angefangen von England, über Großbritannien, Vereinigtes Königreich bis hin zu Britische Inseln verbergen sich unterschiedliche politische Gebilde, die auf eine grundlegende Tatsache aufmerksam machen: Bei den historisch verschiedenen ausgeformten staatlichen Konstruktionen auf den britischen Inseln hat es sich seit jeher um zusammengesetzte Monarchien gehandelt, die für das frühneuzeitliche Europa beispielhaft sind¹³⁵. Die englische composite monarchy vereinigte verschiedene ehemals selbständige englische Königreiche im späten Mittelalter und im 16. Jahrhundert mit Wales und einem weiterhin rebellischen Irland. Dabei litt dieses heterogene Staatsgebilde wie so viele andere auch an jenen konstitutionellen, administrativen und fiskalischen Defiziten, die die europäischen Staaten auf ihrem Modernisierungsweg zu einem amorphen Leviathan werden ließen¹³⁶.

Diese im Falle Englands komplexe Situation verschärfte sich mit dem Erbfall des Jahres 1603. Auf der Grundlage einer spezifisch englischen Thronfolgeregelung, die das Agnatsprinzip mit der weiblichen Erbfolge verband¹³⁷, und der dynastiepolitisch folgenreichen Entscheidung von Elisabeth I. zur Ehe- und damit Kinderlosigkeit, mündeten die englischen Erbfolgeschwierigkeiten seit der frühen Tudorzeit in die Nachfolge der schottischen Stuarts auf dem englischen Thron. Der Erbantritt Jakobs VI. von Schottland als Jakob I. von England¹³⁸ im März 1603 – politisch weitgehend im Alleingang vorbereitet durch Elisabeths Secretary of State, Robert Cecil, Earl of Salisbury (1563–1612) – stellte die englische Verfassung vor eine große Herausforderung, denn es galt zu klären, welche staatsrechtliche Qualität der Verbindung von Schottland mit dem Königreich England und dessen walisischen und irischen Teilreichen zukam.

Die unter dem Schlagwort des „British Problem“ firmierende Frage nach der konstitutionellen Qualität der Herrschaft Jakobs I. und seiner Nachfolger erscheint aus der Ex-post-Perspektive einfach zu lösen: Der Thronwechsel 1603 ergab streng genommen keine neue staatsrechtliche Situation, da mit der Herrschaft des ersten Stuart sich zwar eine Verbindung eigenständiger Herrschaften analog zum habsburgischen Modell vollzog, es aber nicht zur Geburt eines neuen britischen Staatsgebildes kam. Aufgrund der unterschiedlichen Rechtssysteme und der weiteren Eigenständigkeit

¹³⁵ Vgl. ELLIOTT: *Composite Monarchies*; KOENIGSBERGER: *The Netherlands in the Fifteenth and Sixteenth Centuries*.

¹³⁶ Vgl. oben S. 18f.

¹³⁷ Vgl. WENDE: *Thronfolge in England*, 347f.

¹³⁸ Im Folgenden wird im Falle von Jakob lediglich seine englische Königswürde (Jakob I.) unter Auslassung der schottischen (Jakob VI.) ausgewiesen.

des schottischen und englischen Parlaments sowie der Privy Councils in Edinburgh und London wird Großbritannien erst mit der Fusion der Parlamente 1707 zu einer verfassungspolitischen Realität¹³⁹. Wenn dennoch im Falle der frühen Stuartherrschaft von einem Prozess der allmählichen Genese einer britischen Idee gesprochen werden kann, dann insofern, als das englische Königreich 1603 nun auch auf Schottland seinen mächtigen Einfluss ausüben konnte. Das Jahr 1603 erscheint damit als weiterer Schritt einer langen Expansion des englischen Königreiches und als dominierender Teil der Genese eines britischen composite state¹⁴⁰.

Das ‚britische‘ Experiment in der Person von Jakob I. muss als unvollständige Union mit all den damit verbundenen Gefahren und politischen Instabilitäten betrachtet werden. Dass es dennoch nicht zu einem raschen Auseinanderbrechen der schottisch-englischen Verbindung kam, lag an der Verfasstheit des späten Tudorkönigreiches, das sich auf Grundlage einer Fusion der politischen und verfassungsrechtlichen Systeme Englands und Wales’ zu einer *perfect union* von Krone, Parlament und Rechtswesen entwickelt hatte¹⁴¹. England als wichtigster Bestandteil von Jakobs Doppelmonarchie repräsentierte im Gegensatz zur ‚britischen‘ Union eine starke zentrale Herrschaft, die zwar einer zentralistischen Bürokratie entbehrte, aber mit einer zentralen Königsdynastie, einer einheitlichen Rechtskultur und einem einzigen Parlament eine Stabilitätsquelle im 17. Jahrhundert darstellte und die Blaupause für die weitere Entwicklung des britischen Experiments in Richtung *perfect union* lieferte¹⁴².

Die ersten Jahre der frühen Stuartherrschaft in England wurden durch starke Konflikte um die faktische und rechtliche Ausgestaltung der Union geprägt. Unterschiedliche Interessengruppen knüpften seit 1603 die verschiedensten Hoffnungen und Vorstellungen an das „britische“ Experiment¹⁴³. So litt die zeitgenössische Bewertung der Union von 1603 an Fehleinschätzungen und unterschiedlichen Erwartungen, denn die Chance für die Stuartmonarchie, mit dem Tod von Königin Elisabeth eine unvorstellbare Erweiterung der eigenen Machtbasis zu gewinnen, barg zugleich die Gefahr eines Zusammenbruchs des politischen Systems durch die Fusion ungleicher Gebilde. Die aktive Unionspolitik Jakobs I. musste nach der formalen Bildung einer Doppelmonarchie auf die innere Festigung der Union und die Sicherung des gesamten Systems auch für die Nachkommenschaft abzielen¹⁴⁴.

Die frühe Stuartherrschaft entfaltete 1603 bis 1610 intensive politische Bemühungen, um aus der Doppelmonarchie eine vertiefte Union zu machen, die unter dem Schlagwort ‚Großbritannien‘ auf einer dynastischen Grundlage mit einer durchaus imperialen Geste aufwartete¹⁴⁵. Nach dem Scheitern der verfassungsrechtlichen Festschreibung einer politischen Union zwischen England und Schottland im Unterhaus

¹³⁹ Vgl. RUSSELL: Jakob I., 123.

¹⁴⁰ Vgl. MORRILL: British Problem, 9; POCKOCK: British History, 317f.

¹⁴¹ Vgl. RUSSELL: Composite Monarchies, 135.

¹⁴² Vgl. LEVACK.: British State, 22f. u. 24f.

¹⁴³ Vgl. RUSSELL: Jakob I., 136f.

¹⁴⁴ Vgl. GALLOWAY: Union, 165.

¹⁴⁵ Vgl. LEVACK: British State, 1f.

1604 konzentrierte sich Jakob I. auf die öffentlich-propagandistische Absicherung seiner „Großbritannienidee“. Mit der Devise einer *union of hearts and minds* sollte eine möglichst enge affektive Bindung zwischen der nördlichen und südlichen Hälfte des neuen Reichs entstehen¹⁴⁶.

Diese Bemühungen schlugen aber teilweise fehl, denn im Parlament und in aristokratischen Kreisen stießen die Unionsbemühungen der frühen Stuarts auf Ablehnung¹⁴⁷. Innerhalb der englischen Führungsschicht formierte sich in den ersten Jahren massiver Widerstand gegen die schottische Dominanz am Hof¹⁴⁸. Im Verlauf der frühen Stuart-Herrschaft trat dieser schottische Einfluss zwar spürbar zurück, aber weniger um, wie intendiert, einer ‚gesamtbritischen‘ Führungsschicht am königlichen Hof Platz zu machen, sondern um einer erneuten englischen Dominanz zu weichen¹⁴⁹.

Diese Instabilität des politischen Systems der britischen Union fand ihre Fortsetzung in den fiskalischen Voraussetzungen der englischen Außenpolitik 1608–1632. In seiner verfassungshistorischen Analyse ordnet Otto Hintze England jenen Verfassungssystemen zu, die aufgrund ihrer Insellage geschützt waren vor fremden Landarmen und daher auf die Entwicklung eines machtvollen, absolutistisch-bürokratischen Verwaltungsapparats zur Steuererhebung verzichten konnten¹⁵⁰. Dieser Umstand bereitete dem englischen Königreich im Vergleich zu anderen kontinentaleuropäischen Mächten im frühen 17. Jahrhundert einen empfindlichen Wettbewerbsnachteil. Denn trotz der finanziellen Entspannung im Zuge des Friedensschlusses mit Spanien 1604 und der damit verbundenen Möglichkeit, die Militärausgaben deutlich zu reduzieren, belasteten weiterhin immense Ausgaben die Regierungstätigkeit der frühen Stuarts, die teilweise im Zusammenhang mit einem größeren königlichen Hofstaat und der Integration verschiedener englischer und schottischer Adelsfaktionen standen¹⁵¹. Besonders in der instabilen Situation des Thronwechsels konnte nur wenig Rücksicht auf fiskalische Belange genommen werden, denn die Stabilisierung des Hofes mit Hilfe von Geschenken und teuren Konzessionen stand im Vordergrund. Salisbury drückte die Notwendigkeit königlicher Prachtentfaltung gerade nach einem Herrscherwechsel im Dezember 1604 in einem Brief an den Erzbischof von York aus, in dem er darauf hinwies, [...] *that bounty was a king's quality and that all great princes at their first entries were tied, partly by their own honors, partly out of merit, and often in the true rules of policy to be less sparing of liberalities*¹⁵².

¹⁴⁶ Vgl. GALLOWAY: Union, 166; BUTLER: Invention of Britain, 69.

¹⁴⁷ Vgl. ebd., 169.

¹⁴⁸ Vgl. RUSSELL: Composite Monarchies, 139.

¹⁴⁹ Vgl. BROWN: Scottish Nobility, 377.

¹⁵⁰ HINTZE: Machtpolitik und Regierungsverfassung, 427f.; Perry ANDERSON weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass vor allem der übereilte Verkauf von Kirchengütern im Zuge des 1542er Kriegs gegen Frankreich durch Heinrich VIII. zu einer nachhaltigen Schwächung der englischen Kronfinanzen beitrug, vgl. DERS.: Absolutist State, 124f. u. 140f.

¹⁵¹ Vgl. ASHTON: Deficit Finance, 19.

¹⁵² Zit. n. DIETZ: English Public Finance, 101.

Diese königliche Großzügigkeit führte zu einem merklichen Anstieg des Schuldenbergs von ursprünglich £ 422.000 im Jahre 1603 auf £ 816.000 drei Jahre später¹⁵³. Neben den explodierenden Kosten für die vergrößerte königliche Haushaltung belasteten nach wie vor militärische Ausgaben die Staatskasse, denn trotz der Friedensdividende von 1604 bescherten die technologischen Erneuerungen in der Waffentechnik, der Marine und im Heereswesen erhebliche Kosten¹⁵⁴.

Der sich verschärfenden Ausgabensituation stand in der gesamten Herrschaftszeit der frühen Stuarts eine prekäre Einnahmensituation gegenüber. Noch im England des frühen 17. Jahrhunderts galt die bereits von Salisburys Vater und Vorgänger William Burghley (1520–1598) aufgestellte Regel, dass sich die königliche Familie und das monarchische Regierungshandeln in Friedenszeiten idealiter selbst finanzieren sollten¹⁵⁵. Hierfür standen der englischen Krone zu Beginn des 17. Jahrhunderts neben den Einnahmen aus dem Kronbesitz vor allem die Regalien wie Zölle und bestimmte Verbrauchssteuern zur Verfügung. Die Unergiebigkeit der Einkünfte aus den Domänen steigerte im 16. und 17. Jahrhundert die Bedeutung von indirekten Steuern und Abgaben. Während lokale öffentliche Aufgaben hauptsächlich vor Ort finanziert wurden, ohne den zentralen Fiskus zu tangieren, konnten mit Hilfe von Verbrauchssteuern im Jahr 1630 etwa 80 Prozent der königlichen Einnahmen bestritten werden¹⁵⁶. Aufgrund der entscheidenden Kompetenz des Parlaments spielten direkte Steuern bei den regelmäßigen königlichen Ausgaben nur eine geringe Rolle und wurden erst in Kriegszeiten akut.

Die anhaltende Steigerung der Ausgaben führte angesichts der begrenzten Einnahmen in der frühen Stuartzeit 1608–1632 regelmäßig zu finanziellen Notlagen, die ein alternatives System der raschen Kapitalbeschaffung förderten. In einer Zeit ohne institutionalisierte Staatsanleihen und Zentralbanken blieb die Regierung in ihrem Kapitalhunger auf private Kredite angewiesen, wobei englische Privatbankiers, die Corporation of London sowie individuelle Finanziers wie Philip de Burlamachi¹⁵⁷ die bedeutenden Kreditgeber waren, während ausländische Kapitalmärkte der Niederlande oder Norditaliens aufgrund der Schwierigkeiten des internationalen Zahlungsverkehrs im 17. Jahrhundert von London wenig genutzt wurden.

Die prekäre Situation der englischen Finanzen in der gesamten ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts hing eng mit der bereits bei Hintze untersuchten unterentwickelten Finanzbürokratie Englands zusammen. Obwohl England aufgrund des relativ weit entwickelten Gewerbes¹⁵⁸ gute Voraussetzungen für gesunde öffentliche Finanzen hatte, vereitelten eine unterentwickelte Steuerverwaltung hohe Ausgaben und eine ineffiziente und auch korrupte königliche Beamtenschaft die Deckung der Ausgaben

¹⁵³ Vgl. WATTS: Lionel Cranfield, 22.

¹⁵⁴ Vgl. BRADDICK: Nerves of State, 26f.

¹⁵⁵ Vgl. ASHTON: Deficit Finance, 17.

¹⁵⁶ Vgl. BRADDICK: Nerves of State, 8f.

¹⁵⁷ Vgl. JUDGES: Philip Burlamachi.

¹⁵⁸ Vgl. COWARD: Stuart Age, 34.

durch ausreichende Abgaben- und Steuererträge¹⁵⁹. Hinzu kam ein anachronistisches Entlohnungssystem für die königliche Funktionselite, die weniger durch direkte Entlohnung als mit Patenten und Teilhabe an Monopolen entschädigt wurde, was den Ertrag der Regalien und Domänen zusätzlich schmälerte¹⁶⁰. Diese strukturellen Defizite des englischen Extraktionsapparates setzten sich im Bereich der allgemeinen Finanzverwaltung fort. Generell fehlte die administrative Herrschaft über Ein- und Ausgaben, was eine auf die Zukunft gerichtete Finanzplanung erschwerte. Zu einem grundsätzlichen Problem vor allem für außenpolitisch kostspielige Vorhaben wie dem Entsenden von Gesandtschaften oder militärischen Expeditionskorps und der Gewährung von Subsidien für ausländische Mächte entwickelte sich die nur unvollständige Erhebung von Steuern und Gebühren durch ein komplexes halbstaatliches, halb privates System von Gebühreneinnehmern¹⁶¹. Die dadurch verursachte fehlende zeitliche Koinzidenz von Einnahmen und Ausgaben stellte die Zentralverwaltung oftmals vor erhebliche Liquiditätsprobleme, die wiederum nur mit kostspieligen privaten Krediten überbrückt werden konnten¹⁶².

Trotz weitreichender Finanzreformen unter Salisbury 1610 und Lionel Cranfield (1575–1645) in den Jahren 1617–1620 und den damit verbundenen Ausgabenenkungen und Einnahmesteigerungen blieb das Thema Finanzierung ein ungelöstes Problem der frühen Stuartherrschaft. Mit den Kriegszügen gegen Spanien und Frankreich 1625–1630 erhielt das administrative Problem der Ressourcenextraktion in England eine konstitutionelle Dimension, die einen Grundsatzkonflikt zwischen dem parlamentarischen Steuerbewilligungsrecht und dem königlichen Anspruch auf eine ausreichende Finanzausstattung auslöste, der in der Historiographie in unterschiedlicher Weise als Erklärung für den Englischen Bürgerkrieg diente¹⁶³.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Regierungstätigkeit und die außenpolitischen Ziele der frühen Stuarts die Eigenmittel der englischen Krone und auch des englischen Kapitalmarkts überstiegen¹⁶⁴. Gerade in der entscheidenden Situation des Kurpfälzer Griifs nach der böhmischen Krone 1619 fehlten dem englischen Königreich die notwendigen Eigenmittel zu einer außenpolitischen Unterstützung. So musste die Krone auf verfassungsrechtlich bedenkliche Mittel wie Zwangsanleihen¹⁶⁵ sowie parlamentarische Finanzbewilligungen zurückgreifen, um den fiskalischen Herausforderungen der Kriege 1625–1630 zu begegnen. Die Finanzierung der Krone und der englischen Außenpolitik geriet so zum Hauptthema und zum größten verfassungsrechtlichen Problem der frühen Stuartherrschaft¹⁶⁶. Das briti-

¹⁵⁹ Vgl. THOMAS: *Developments*, 103.

¹⁶⁰ Vgl. ASHTON: *Deficit Finance*, 15.

¹⁶¹ Vgl. BRADDICK: *Nerves of State*, 56f.

¹⁶² Vgl. O'BRIAN/HUNT: *Fiscal State in England*, 133.

¹⁶³ Vgl. CUST: *Forced Loan*, 5f.

¹⁶⁴ Vgl. ASHTON: *Money Market*, xv.

¹⁶⁵ Vgl. CUST: *Forced Loan*, 5f.

¹⁶⁶ Vgl. ADAMS: *Spain or the Netherlands*, 81f.

sche Königreich mit seinen vier bis fünf Millionen Einwohnern¹⁶⁷ und mit seinem im Vergleich zu anderen composite monarchies sehr geschlossenen Territorium repräsentierte damit im frühen 17. Jahrhundert konstitutionell, fiskalisch und administrativ lediglich eine unzureichende Großmacht im europäischen Mächtesystem, ungeachtet aller Stuartpropaganda bezüglich der imperialen Größe eines Großbritannien. Als instabiler zusammengesetzter Staat rekurrierte die englisch-schottische Doppelmonarchie vor allem auf die Zentralbehörden und das politische System des englischen Königreichs, womit weiterhin das traditionelle Tudor-England und noch nicht das Stuartkonzept eines Großbritannien den Bezugspunkt für die politischen Beziehungen mit der Kurpfalz 1608–1632 lieferte. Die Kurpfalz und viele Reichsfürsten der protestantischen Union übersahen bei ihren Hoffnungen auf englische Assistenz jedoch regelmäßig die unzureichende fiskalische Grundlage englischer Außenpolitik.

b) Zwischen personalem Lehnsystem und frühmoderner Staatsbildung – Territorium und Verfassung der Kurpfalz um 1600

Es ist denen Historicis was gewöhnliches, die Pfalz einen geflickten Bettelmantel zu nennen. Dieses Zitat eines Germersheimer Amtmannes aus der Mitte des 18. Jahrhunderts¹⁶⁸ illustriert in deutlichen Worten ein Hauptcharakteristikum der pfälzischen Territorialstaatsentwicklung im späten Mittelalter und der Frühen Neuzeit. Vor dem Hintergrund der Betrachtungen zu den territorialen, konstitutionellen und administrativen Voraussetzungen Englands erscheint die Kurpfalz demographisch und territorial nicht nur erheblich bescheidener. Im Vergleich zum englischen Königreich der frühen Stuartzeit fehlt es ihr auch an einer kompakten Fläche. Die Grundbedingungen Pfälzer Staatlichkeit und Außenpolitik um 1600 kreisen daher um das historische Phänomen eines territorialen ‚Sonderwegs‘ der Kurpfalz in die Frühmoderne, der durch eine spezifische Verquickung von Pfalzgrafenamt, Dynastie und Territorium gekennzeichnet ist und den ersten und vornehmsten weltlichen Reichsstand zu einem Pufendorfschen *Monstrum simile* zwischen personalem Lehnstaat und frühmodernem Fürstenstaat machte.

Der kurpfälzische ‚Sonderweg‘ in die Frühmoderne der europäischen Territorialstaatswelt nahm seine Anfänge mit der Belehnung Konrads von Staufens (1134/1136–1195) durch seinen Halbbruder Kaiser Friedrich I. Barbarossa (1122/1124–1190) sowie der Weitergabe des Pfalzgrafenlehens an das Haus Wittelsbach im Jahre 1214¹⁶⁹. Im Verlauf des zwölften und 13. Jahrhunderts ereignete sich im Falle der Wittelsbacher Dynastie nicht nur eine enge Verbindung von pfälzischen und bayerischen Territorien mit dem jeweiligen dynastischen Zweig¹⁷⁰, sondern auch eine

¹⁶⁷ Vgl. GREYERZ: Jahrhundert der Revolutionen, 34.

¹⁶⁸ PROBST: Pfalz als historischer Begriff, 50.

¹⁶⁹ Vgl. SPIESS: „Pfalz“.

¹⁷⁰ Vgl. HEIMANN: Hausordnung und Staatsbildung, 288.

starke Verbindung von Pfalzgrafenamt und Wittelsbacher Dynastie. „Pfalz“ und „Pfalzgrafenamt“ erhielten im spätmittelalterlichen Reich dadurch eine politische und auch territoriale Dimension. Politisch verbanden sich damit bestimmte reichsgrundgesetzliche Aufgaben, Würden und Privilegien der Lehnempfänger sowie territorial die allmähliche Genese eines pfälzischen semi-territorialen Gebildes mit Bacharach, Alzey, Neustadt und Heidelberg als dessen mittelalterliche Kerngebiete¹⁷¹.

Die Kurpfalz als politisches Gebilde bewegte sich zwischen den Polen Lehnsidee und Territorialität¹⁷². Die zeitweiligen Versuche eines territorialen Ausbaus des Kurstaates zeitigten nur bescheidene Erfolge. Dabei gelang im späten 15. Jahrhundert unter Kurfürst Friedrich I. (1425–1476) eine beachtliche Erweiterung des Kurpfälzer Machtbereichs und eine territoriale Ausbreitung in Richtung Südwesten nach dem Pfälzer Sieg bei Seckenheim 1462¹⁷³. Jedoch endeten weitere kurpfälzische Anstrengungen zu einer machtvollen Territorialstaatsbildung im südlichen Reichsteil um 1500 mit einer empfindlichen Niederlage Heidelbergs. Die Pläne Kurfürst Philipps (1448–1508) zur Regionalmachtbildung durch eine Inkorporation der vakanten Gebiete der ausgestorbenen Landshuter Linie des Hauses Wittelsbach endeten mit einem Misserfolg der Kurpfalz im Landshuter Erbfolgekrieg 1503/1504, so dass Heidelberg sich für etwa ein Jahrhundert der territorialen Machtstaatsbildung enthielt¹⁷⁴.

Grundsätzlich gab es keine Deckungsgleichheit zwischen Pfalz als Territorium und als politischem System. Vielmehr reichte die Kurpfalz als Gebilde weit über das eigentliche Territorium hinaus. Der Heidelberger Hof bildete um 1500 den Mittelpunkt eines politischen Kraftfeldes, an dem über 500 Lehen von Gefolgsleuten am Ober- und Niederrhein sowie in Franken hingen¹⁷⁵. Die Kurfürsten der Pfalz herrschten dadurch weniger über ein „geschlossenes“ Land, sie kontrollierten vielmehr mit vorterritorialen, personalen Mitteln eine an Rhein und Neckar ansässige Adelsklientel¹⁷⁶. Press spricht in diesem Zusammenhang von einem spätmittelalterlichen, überterritorialen „Satellitensystem“, das sich bei der Kurpfalz bis ins 17. Jahrhundert tradierte und zu einer von der territorialen Norm abweichenden Zersplitterung des Gesamtstaates führte¹⁷⁷.

Dieses „Satellitensystem“ geriet gerade im 16. Jahrhundert unter starken Druck. Denn gemäß anderen Territorialisierungsprozessen in der Frühen Neuzeit versuchten auch die Kurfürsten der Pfalz die vielfältigen Lehnbeziehungen mittels einer konsequenten Mediatisierungspolitik in tatsächliche Untertanenverhältnisse zu ver-

¹⁷¹ Vgl. PROBST: Pfalz als historischer Begriff, 21 u. 41.

¹⁷² Vgl. PÉTRY: Kräftespiel im pfälzischen Raum, 85f.; SCHAAB: Geschichte der Kurpfalz, 53; zur Pfälzischen Hausteilungspraxis vgl. SPIESS: Pfalzgrafen bei Rhein, 176f.; PROBST: Pfalz als historischer Begriff, 21.

¹⁷³ Vgl. PRESS: Territoriale Welt, 19.

¹⁷⁴ Vgl. STAUBER: Herrschaftsrepräsentation, 374; PRESS: Territoriale Welt, 25f.

¹⁷⁵ Vgl. PROBST: Pfalz als historischer Begriff, 48f.

¹⁷⁶ Vgl. STAUBER: Herrschaftsrepräsentation, 374.

¹⁷⁷ PRESS: Wittelsbachischen Territorien, 554f.

wandeln. Vor allem die benachbarten Ritterkantone des Kraichgau sahen sich dem Pfälzer Territorialisierungshunger ausgesetzt¹⁷⁸. Als traditionelles Rekrutierungsreservoir für Hofstellen in Heidelberg befand sich mit den oberrheinischen Ritterschaften ein wichtiger Teil des kurpfälzischen „Satellitensystems“ in einer prekären Lage zwischen Erfolg versprechender Lehnbeziehung und Wunsch nach weiterer Reichsunmittelbarkeit. Dieser Mediatisierungskonflikt erfuhr in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zudem eine konfessionelle Überhöhung, sah sich doch eine lutherische Ritterschaft seit den 1560er Jahren mit einem reformierten Heidelberger Hof und einem kurpfälzischen Presbyterialsystem konfrontiert¹⁷⁹.

Im Ergebnis blieb es trotz vermehrter Mediatisierungs- und territorialer Konsolidierungsversuche der Kurpfalz gegenüber ihren Lehnsleuten unter Johann Casimir und Friedrich IV. bei der seit dem späten Mittelalter tradierten Gemengelage¹⁸⁰, so dass der Kurstaat seit 1582 zwar auf ein einheitliches Landrecht, aber kaum auf ein einheitliches Land aufbauen konnte¹⁸¹.

Territorial getrennt vom Stammland der Unteren Pfalz weist die Oberpfalz als einziges Pfälzer Territorium eine relativ kompakte territoriale Entwicklung auf. Seit dem Hausvertrag von Pavia 1329 – einer internen Erbregelung zwischen dem bayerischen und kurpfälzischen Zweig des Hauses Wittelsbach – übten die Heidelberger Kurfürsten die herrschaftliche Macht über die Oberpfalz aus¹⁸². Doch nicht zuletzt durch die fehlende Landverbindung und die geographische Distanz konnte sich die Oberpfalz einen großen Anteil an Eigenständigkeit gegenüber der Heidelberger Zentrale bewahren. So stellten selbstbewusste Kaufleute in Amberg und Neumarkt sowie aufsässige lutherische Landstände die reformierte Kuradministration immer wieder vor große Probleme¹⁸³. Die kurfürstliche Präsenz in diesem Teil des komplexen Pfälzer Territoriums fiel so bescheiden aus, dass der Amberger Hof lange Zeit kaum die Qualität einer oberpfälzischen Residenz entwickeln konnte¹⁸⁴. Erst mit der Berufung von Christian von Anhalt (1568–1630)¹⁸⁵ zum Statthalter in Amberg im Jahre 1595 erfolgte ein stärkerer kurpfälzischer Zugriff auf die oberpfälzischen Gebiete. Mit Hilfe einer eigenständigen Zentralverwaltung bestehend aus Kanzler, Vicedom, Regiments- und Kammerräten erreichte Christian von Anhalt nicht nur eine Beruhigung der durch die konfessionellen Gegensätze zwischen Unter- und Oberpfalz angespannten Situation¹⁸⁶. Trotz seiner konsequenten Förderung der reformierten Konfession in der Oberpfalz bewirkte der Administrator sogar eine stärkere Annäherung

¹⁷⁸ Vgl. FOUQUET: Ritterschaft, 235.

¹⁷⁹ Vgl. PRESS: Ritterschaft im Kraichgau, 84 u. 91.

¹⁸⁰ Vgl. PRESS: „Zweite Reformation“ in der Kurpfalz, 114f.

¹⁸¹ Vgl. PRESS: Calvinismus und Territorialstaat, 15.

¹⁸² Vgl. WOLF: Winterkönig, 54.

¹⁸³ Vgl. BOSL: Obere Pfalz, 17.

¹⁸⁴ Vgl. WOLF: Winterkönig, 55.

¹⁸⁵ Eine moderne Biographie fehlt, stattdessen vgl. SCHUBERT: Christian I. von Anhalt; ROSS: Beziehungen; S. 118.

¹⁸⁶ Vgl. BOSL: Obere Pfalz, 20f.

der beiden Landesteile nach den teilweise blutigen Auseinandersetzungen im 16. Jahrhundert¹⁸⁷.

Es muss daher als eine Ironie der Geschichte angesehen werden, dass ausgerechnet die lutherischen Stände der Oberpfalz durch eine Übernahme der kurpfälzischen Schulden die „calvinistische“ Außenpolitik Heidelbergs zum beträchtlichen Teil mitfinanzierten¹⁸⁸. Dass die Oberpfälzer Landstände dazu überhaupt in der Lage waren, hing mit einer reichen Wirtschaftsstruktur und dem blühenden Montanwesen der gesamten Region zwischen Bayern und Böhmen zusammen¹⁸⁹. Die Oberpfalz kann als eines der bedeutendsten Eisenzentren des Reichs angesehen werden, das in den Spitzenzeiten zwischen zehn und 15 Prozent der gesamteuropäischen Schmiedeeisenproduktion lieferte. Dabei gab es mit den Nürnberger Harnisch- und Rüstzeugwerkstätten traditionelle Abnehmer für die Oberpfälzer Produkte¹⁹⁰.

Jedoch geriet die oberpfälzische Eisenindustrie aufgrund eines Innovation hemmenden Kartells im späteren 16. Jahrhundert immer mehr ins Hintertreffen und verpasste den technischen Anschluss an neue Verhüttungsmethoden. Damit blockierten die Monopolregelungen beispielsweise die Einführung der Holzkohlehochöfen, die gerade in der Kanonengießerei entscheidend waren¹⁹¹. So durchlebte das Oberpfälzer Montanwesen mit der Zeit eine wirtschaftliche Krise, die durch eine fehlende Förderpolitik von Seiten der Heidelberger und Amberger Regierung und die Auseinandersetzungen zwischen den Pfalz-Neuburger und Heidelberger Handelsinteressen in dieser Region nur verschlimmert wurden¹⁹². Der Beginn des 17. Jahrhunderts bedeutete gerade für die Oberpfalz eine spürbare Umbruchszeit, die vor allem mit einem verhängnisvollen wirtschaftlichen Niedergang einherging¹⁹³.

Wirtschaftlich und damit auch fiskalisch ruhte die Kurpfälzer Herrschaft aber nicht nur auf dem Erzreichtum der entfernten Oberen Pfalz. Neben dem indirekten Nutzen durch ein florierendes Textil- und Kunsthandwerk in der 1563 gegründeten reformierten Exulantengemeinde Frankenthal¹⁹⁴ finanzierte das Kurhaus die Herrschaft vor allem durch die Rheinzölle als einträgliches kurfürstliches Regal¹⁹⁵. Mit diesen Geldern konnte auch die fiskalisch bedeutsame Entscheidung teilweise wieder wettgemacht werden, im Zuge der lutherischen Reformation auf eine Inkammerierung des kirchlichen Besitzes zu verzichten, ein Vorgang, der häufiger die Reformation im deutschen Südwesten begleitete¹⁹⁶.

In der Finanzierung des Regierungshandelns und weit greifender außenpolitischer Projekte blieb das Kurpfälzer Herrscherhaus aber weitgehend auf die Einnahmen aus

¹⁸⁷ Vgl. PRESS: Oberpfalz, 54f.

¹⁸⁸ Vgl. ebd., 62.

¹⁸⁹ Vgl. HEPP: Herrschaft in der Kurpfalz, 304f.

¹⁹⁰ Vgl. WOLF: Eisenerzbergbau; GÖTSCHMANN: Oberpfälzer Eisen.

¹⁹¹ Vgl. WOLF: Winterkönig, 65f.

¹⁹² Vgl. GÖTSCHMANN: Oberpfälzer Montanwesen, 72f.

¹⁹³ Vgl. WOLF: Winterkönig, 62.

¹⁹⁴ Vgl. FRANZ: Frankenthal, 39f.

¹⁹⁵ Vgl. PRESS: Territoriale Welt, 19.

¹⁹⁶ Vgl. SCHAAB: Territorialstaat und Kirchengut, 241.

eigenen Domänen und Regalien angewiesen, die jedoch bei weitem nicht den tatsächlichen Finanzbedarf des Kurstaates abdeckten. So standen beispielsweise im Jahre 1602 den regelmäßigen Einkünften der Unterpfalz in Höhe von 121.600 Gulden sowie denjenigen der Oberpfalz in Höhe von 51.400 Gulden zusammen mit den Schatzungen in Höhe von 113.200 Gulden Ausgaben von annähernd 430.000 Gulden gegenüber¹⁹⁷. Dieses chronische Defizit des kurpfälzischen Fiskus veranlasste auch Christian von Anhalt im November 1599 zu der wenig hoffnungsvollen Bemerkung, dass es an eigenen Mitteln fehle, oder man sie nicht zu gebrauchen wisse¹⁹⁸.

Angesichts dieser Schuldenproblematik erwies sich die territoriale Verfassung der Kurpfalz als ein entscheidender Nachteil, denn das „Satellitensystem“ und die dadurch fehlende landständische Ritterschaft vereitelte die Bildung einer landschaftlichen Schuldenverwaltung nach württembergischem Vorbild¹⁹⁹. Wegen der drückenden Schuldenlast durch eine überspannte Außenpolitik und einer expandierenden Hofhaltung unter Kurfürst Friedrich IV. versuchte die Pfälzer Administration zusammen mit den Ämtern der Pfalz eine landschaftliche Schuldenverwaltung zu organisieren, die im Jahre 1603 die kurfürstlichen Schulden im Wert von etwa eineinhalb Millionen Gulden übernahm und damit erst- und zugleich letztmalig aktiv wurde. Denn eine durch die städtische Bürgerschaft getragene und an das Presbyterialsystem angelehnte Schuldenverwaltung konnte für die kurfürstliche Administration mit ihren ambitiösen außenpolitischen Interessen und ihrer freigiebigen Hofkultur aufgrund eines möglichen bürgerschaftlichen Einflusses wenig attraktiv sein²⁰⁰. So scheiterte dann auch das kurpfälzische Modell einer landschaftlichen Schuldenverwaltung angesichts der erneuten Expansion des kurpfälzischen Haushalts zur Finanzierung der großen außenpolitischen Pläne seit 1608²⁰¹.

c) Zwischen Kooperation und Konflikt – englische Außenpolitik im Kräftedreieck von Privy Council, Court und Parliament

Der Widerstreit zwischen der so genannten Whig-Interpretation und den Revisionisten hinsichtlich der Rolle der Stuart-Parlamente für die moderne Demokratie und auch die Debatte um Laurence Stones These bezüglich eines wirtschaftlichen Niedergangs der englischen Aristokratie²⁰² machen deutlich, wie umstritten die historische Bedeutung von Privy Council, Court und Parliament als politische Kraftzentren der frühen Stuartzeit ist. Die anhaltende Diskussion lässt daher vermuten, dass es der Historiker mit bedeutenden Transformationsprozessen innerhalb dieser Institutio-

¹⁹⁷ Vgl. GOTHEIN: Landstände der Kurpfalz, 26f.

¹⁹⁸ Vgl. Auszüge aus dem Protokoll der kurpfälzischen Ratssitzungen, November 1599, BuA I, Nr. 98.

¹⁹⁹ Vgl. PRESS: Landschaft der Kurpfalz, 65.

²⁰⁰ Vgl. GOTHEIN: Landstände der Kurpfalz, 40.

²⁰¹ Vgl. PRESS: Landschaft der Kurpfalz, 69.

²⁰² STONE: Crisis.

nen zu tun hat, die nicht nur deren Beurteilung erschweren, sondern sich auch nachhaltig auf die außenpolitischen Entscheidungen dieser Zeit auswirkten.

Sowohl formal als auch in der praktischen Arbeit übte der Privy Council als oberstes königliches Beratungs- und Entscheidungszentrum den größten Einfluss auf die Formulierung und Umsetzung der englischen Außenpolitik aus. Denn selbst die radikalsten Vertreter einer gleichberechtigten Regierungsteilhabung des Parlaments kamen im 16. und frühen 17. Jahrhundert nicht umhin zuzugeben, dass diplomatische Fragen und existentielle Entscheidungen über Krieg und Frieden in die Prerogative des Monarchen fielen.

Jakob I. erbte bei seinem Regierungsantritt 1603 eine königliche Verwaltung, die noch weitgehend auf den Reformen unter Heinrich VIII. (1491–1547) fußte und deren Reform als „Tudor Revolution in Government“ in die Geschichte einging²⁰³. Geoffrey Eltons These eines revolutionären administrativen Sprungs Englands in die Moderne geriet mit der Zeit zu einem Gemeinplatz, so dass darüber hinaus häufig übersehen wurde, wie sehr noch die Verwaltungsreformen unter dem Kanzler Thomas Cromwell (1485–1540) einer quasi-mittelalterlichen, personal gebundenen Verwaltungstradition verhaftet blieben²⁰⁴. Sowohl die späte Tudorverwaltung als auch der Regierungsapparat der frühen Stuartherrschaft entsprachen in keiner Weise einem modernen administrativen System. Die fehlende Trennung zwischen Politik und Verwaltung förderte vielmehr einen Bestand an schlecht bezahlten und damit korrupsionsanfälligen Dienern, die in einer Doppelrolle von politischem Entscheidungsträger und Verwalter die königliche Administration stützten. Zudem wirkten sie nicht in einem autonomen Verwaltungsapparat, sondern waren vielmehr der Funktionslogik der frühneuzeitlichen höfischen Welt und des damit verbundenen Faktionswesens unterworfen²⁰⁵.

Das wichtigste Ergebnis der Verwaltungsänderungen Cromwells kann in der Monopolstellung des Privy Council als oberstem königlichen Beratungs- und Entscheidungsorgan gesehen werden²⁰⁶. Ihm standen der Secretary of State sowie der Principal Secretary als außen- und innenpolitischer Chefberater vor, die mit ihrem direkten Zugang zum Monarchen die Schlüsselstellung in der Tudor- und Stuartverwaltung einnahmen. Unter der Führung von Salisbury fusionierten die beiden bis dato getrennten Posten, so dass um 1600 eine einheitliche, kompetente und sehr einflussreiche Behörde zu allen innen- und außenpolitischen Fragen entstand²⁰⁷. Dem Secretary of State oblag dabei die Vorbereitung der Sitzungen des Privy Council sowie die Organisation der praktischen Exekution gefasster Beschlüsse.

Neben dem Secretary of State stellten der Lord Chancellor, der Lord Treasurer, der Lord Privy Seal sowie meistens der Erzbischof von Canterbury als höchster geistlicher Würdenträger die weiteren Mitglieder des Privy Council. Abgesehen von der

²⁰³ ELTON: Tudor Revolution.

²⁰⁴ Vgl. BELL: Tudor-Stuart Diplomatic History, 37.

²⁰⁵ Vgl. COWARD: Stuart Age, 95; ELTON: Tudor and Stuart Politics, 5f.

²⁰⁶ Vgl. ebd., 5.

²⁰⁷ Vgl. COWARD: Stuart Age, 92f.

Außenpolitik übten diese Räte die Regierungsgeschäfte weitgehend in eigener Verantwortung aus, was dazu führte, dass häufig Politiker von hohem Ansehen und von großer Unabhängigkeit in den Privy Council berufen wurden²⁰⁸. Seit 1612 verloren aber der Posten des obersten Staatssekretärs und der Privy Council insgesamt an politischem Einfluss, da die wichtigen Entscheidungen nunmehr in jenen semi-offiziellen Zirkeln getroffen wurden, deren Grundlage ein wenig stabiles Favoritensystem war²⁰⁹. Innen- und außenpolitische Entscheidungen unterlagen nun verstärkt dem Einfluss von Faktionskämpfen und Patronagenetzwerken.

Der diplomatische Dienst der frühen Stuartherrschaft repräsentierte in diesem Geflecht von Regierungsberatung und Patronage einen bedeutenden und erstaunlich gut organisierten Teil der Administration. Trotz chronischer Unterfinanzierung und Korruptionsvorfällen entfalteten die Diplomaten Jakobs I. nicht zuletzt dank des Organisationsgeschicks Salisburys eine beachtliche Leistungsfähigkeit, so dass England an allen wichtigen Höfen im europäischen Mächtesystem mit ständigen Gesandten vertreten war²¹⁰. Die Zugehörigkeit zu diesem Dienst setzte zum einen die Unterstützung der wichtigsten Patronagenetzwerke voraus und ermöglichte zum anderen auch den späteren Aufstieg an die Spitze des Privy Council.

Der starke Einfluss von Faktions- und Patronagewesen auf das Privy Council macht bewusst, wie stark Hof und Administration im England der frühen Stuarts eine Einheit bildeten. Wie viele andere frühneuzeitliche Höfe, so kann auch der Stuart-Hof am besten durch das Kriterium der Zugehörigkeit definiert werden. Nach Ronald G. Asch bildeten jene Personen den königlichen Hof Englands, die aufgrund ihres Amtes, ihres damit verbundenen Ranges und vor allem aufgrund der königlichen Gunst regelmäßig Zugang zum Souverän und damit die prinzipielle Chance hatten, politische und personelle Entscheidungen zu beeinflussen²¹¹. Dabei erwies sich der frühe Stuart-Hof keineswegs als exklusiver, abgeschlossener und auf wenige private Räumlichkeiten beschränkter monarchisch-dynastischer Elfenbeinturm. Malcolm Smuts beschreibt Whitehall und die vielen Nebenhöfe vielmehr als Kraftzentrum, das über Stadt und Land ausstrahlte und diese der Funktionslogik höfischen Lebens teilweise unterwarf²¹². Die Kräfte nahmen dabei von den äußeren Ringen in Richtung Zentrum zu, in deren Mittelpunkt der Hof als „point of contact“ zur Aushandlung verschiedener Gruppen- und Individualinteressen²¹³ und eben nicht als Domestizierungsinstrument gegenüber einem genuin rebellischen Adel²¹⁴ fungierte.

In seiner Grundstruktur baute der frühe Stuart-Hof auf das von den Tudors eingeführte burgundisch-französische Hofzeremoniell mit seiner starken Betonung der

²⁰⁸ Vgl. ELTON: Tudor and Stuart Politics, 7f.

²⁰⁹ Vgl. COWARD: Stuart Age, 93.

²¹⁰ Vgl. LEE: Jacobean Diplomatic Service, 1264.

²¹¹ ASCH: Hof Karls I., 14.

²¹² SMUTS: Cultural Diversity, 102f.

²¹³ Vgl. ASCH: Hof Karls I., 28.

²¹⁴ Vgl. ELIAS: Höfische Gesellschaft.

königlichen Entourage auf²¹⁵. Jakob I. modifizierte dieses Hofsystem, indem er entgegen dem europäischen Trend sein in Edinburgh eingeübtes System einer Bedchamber - die Kontrolle des Zugangs zum Monarchen durch die für das königliche Schlafgemach zuständigen Adligen – auf Whitehall übertrug und zudem die Vereinigung von englischem und schottischem Adel an einem Hof zur Expansion des Hofstaates nutzte²¹⁶. Mit der steigenden Bedeutung der Entourage und der Etablierung des *Bedchamber*-Systems wurden unter der frühen Stuartherrschaft Fragen des Zugangs zum Monarchen wieder aktuell. Viel Unmut erregte in den ersten Jahren nach 1603 der Umstand, dass ausschließlich schottische Adlige das Personal der Bedchamber stellten und somit den Zugang zum Herrscher monopolisierten. Der englische Adel fürchtete um seinen Einfluss auf die Krone und vor allem Mitglieder des englisch dominierten Privy Council sahen sich in ihrem politischen Tun erheblich geschwächt. Tatsächlich bedeutete das Bedchamber-System einen wichtigen Wandel im Institutionengefüge des Reichs zuungunsten des Privy Council, dessen unmittelbarer Zugang zum Monarchen nunmehr unterbrochen war²¹⁷. Ein expandierendes Faktions- und Patronagesystem, kontrolliert von königlichen Favoriten wie Robert Carr (1587–1645), Viscount Rochester²¹⁸, oder George Villiers (1592–1628), Duke of Buckingham²¹⁹, monopolisierte allmählich nicht nur die Personalpolitik der frühen Stuart, sondern auch weitreichende innen- und außenpolitische Entscheidungen des Königreichs unter Umgehung des Privy Council²²⁰. Diese Monopolisierung des Zugangs zum Herrscher durch exklusive Patronagesysteme schwächte nicht nur das traditionelle politische Gefüge zwischen Hof und Rat, es stellte zugleich auch die Integrationsfähigkeit des Hofes hinsichtlich der unterschiedlichen Gruppeninteressen und somit die Funktion des Hofes als „point of contact“ grundsätzlich in Frage.

Neben Privy Council und Hof repräsentiert das Parlament die dritte wichtige Institution in dem hier zu untersuchenden Kräftefeld. Beim englischen Ober- und Unterhaus handelte es sich um eine Sonderentwicklung des europäischen „Ständevertretungswesens“²²¹. Dies betrifft bereits den Begriff der „Ständevertretung“, denn im Gegensatz zur kontinentaleuropäischen Ständetrinität als Prinzip der repräsentativen Versammlungen handelte es sich in England um eine bikamerale Struktur, in der die Konflikte aber selten zwischen Ober- und Unterhaus, sondern zwischen häuserübergreifenden Parteiungen verliefen. Zudem verband die englische repräsentative Versammlung Gesetzgebungs-, Gerichts- und Petitionsfunktionen²²². Neben dem exklusiven Recht der Erhebung direkter Steuern bezog das englische Parlament seine autonome Macht gegenüber der Krone aus seiner zusätzlichen Rolle als High

²¹⁵ Vgl. SMUTS: Art and Material Culture, 88.

²¹⁶ Vgl. ebd., 90.

²¹⁷ Vgl. CUDDY: Bedchamber, 197.

²¹⁸ Vgl. SEDDON: Robert Carr.

²¹⁹ Vgl. LOCKYER: Buckingham.

²²⁰ Vgl. ASCH: Hof Karls I., 45.

²²¹ Vgl. KOENIGSBERGER: Europäisches Ständewesen.

²²² Vgl. SMITH: Stuart Parliaments, 5.

Court und dem damit verbundenen Instrument des Impeachment. Mit diesen weitreichenden Befugnissen stellten Ober- und Unterhaus gegenüber der Krone kooperierende und auch konkurrierende Akteure im Gesetzgebungs-, Rechtsprechungs- und Beratungsprozess dar, ohne dass es eine ausformulierte und generell akzeptierte Idee des King in Parliament bereits gegeben hätte²²³.

Angesichts dieser Besonderheiten in der englischen Parlamentstradition tendierten Historiker in der Folge von Samuel Gardiners monumentaler Gesamtbetrachtung der frühen Stuartherrschaft²²⁴ dazu, den festen, institutionellen Charakter des Parlaments als expandierende oppositionelle Kraft zu betonen, der vor allem in den außenpolitischen Debatten der 1620er Jahre ein Vorbild für den modernen Parlamentarismus lieferte²²⁵. Diese traditionelle Whig-Interpretation rief den Widerspruch der so genannten Revisionisten, angeführt von Elton und Conrad Russell, hervor, die im Widerspruch zur Idee vom Stuart-Parlament als institutionalisierter oppositioneller Kraft die Unregelmäßigkeit der Versammlung, die biographischen Unterschiede unter den Abgeordneten und die breite Vertretung von königlichen und höfischen Gewährsleuten in Unter- und Oberhaus betonten²²⁶. Die vorliegende Studie folgt in dieser Frage jedoch einem Mittelweg zwischen Whig-Interpretation und Revisionismus, der zwar ebenfalls die teleologische Sicht von John Neale und Wallace Notestein ablehnt, im Gegensatz zu Elton und Russell aber durchaus eine – wenn auch unstrukturierte – Oppositionskraft in den frühen Stuart-Parlamenten der 1620er sieht, die sich vor allem durch außenpolitische Debatten auszeichneten und dadurch in einen latenten Gegensatz zur monarchischen Prerogative gerieten. Das Parlament spiegelte somit nicht nur die Vorgänge am Hof, im Privy Council, in der City und auf dem Land wider. Ihm kann auch die autonome Kraft zu, durch bestimmte Verfahren Einfluss auf die Formulierung und Umsetzung von Außenpolitik zu nehmen²²⁷.

Die Forschungskontroversen zwischen Whig-Interpretation und Revisionismus sowie die Idee des Hofes als „point of contact“ machen deutlich, dass das Kräftefeld von Privy Council, Court und Parliament durch ein spannungsreiches Verhältnis zwischen Kooperation und Konflikt geprägt wurde. So zeigt beispielsweise das *Impeachment*-Verfahren als Vorrecht des Parlaments, dass dieses oftmals im Interesse von höfischen Faktionen und sogar der Krone gegen bestimmte Amtsträger eingesetzt wurde, aber im Fall des Favoriten Buckingham 1626 zu einem Grundsatzkonflikt zwischen Krone und repräsentativer Versammlung führte²²⁸. Alle drei Institutionen dürfen daher auch nicht als abgeschlossene Verfassungsorgane, sondern vielmehr als jeweils unterschiedlich ausgeprägte Foren des politischen Systems Englands gesehen werden, dessen wichtigstes Prinzip der Widerstreit unterschiedlicher Faktio-

²²³ Vgl. ebd., 32 u. 86f.

²²⁴ GARDINER: *History of England*.

²²⁵ Vgl. NOTESTEIN: *House of Commons*; NEALE: *House of Commons*; ZALLER: *Conception of Opposition*, 231.

²²⁶ Vgl. RUSSELL: *Parliament*; ELTON: *Tudor and Stuart Politics*; COWARD: *Stuart Age*, 102f.

²²⁷ Vgl. COGSWELL: *Foreign Policy*, 242 u. 267; KENNEDY: *Legislation*, 60.

²²⁸ Vgl. SMITH: *Stuart Parliament*, 36.

nen- und Patronagenetzwerke war, der von seinem höfischen Ursprung oftmals in andere politische Bereiche hinüberschwappte²²⁹.

In diesem konfliktreichen Zusammenspiel der frühen Stuart-Institutionen blieb Außenpolitik lange Zeit die unangefochtene Prerogative des Monarchen, die nur im Fall von Unstimmigkeiten zwischen Privy Council und Krone sowie starken Faktionsauseinandersetzungen zum Thema im Parlament werden konnte²³⁰. Aber gerade in Konfliktfällen kam einem ansonsten amorphen, unregelmäßig tagenden Parlament aufgrund dessen Budgetrechtes und dessen Öffentlichkeitsfunktion durchaus die Kraft zu, eine ganze Regierung außenpolitisch zu paralysieren²³¹. Wie die Darstellung der kontroversen Debatten um die Lösung der Pfalzfrage nach der Schlacht am Weißen Berg zeigen wird, konnte die königliche Prerogativgewalt in Sachen Außenpolitik dort erfolgreich herausgefordert werden, wo das Einheitsideal des so genannten *common weal* sichtbar hinter den Konflikten unterschiedlicher Interessengruppen zurücktreten musste²³².

d) Heidelbergs machtvolleres Aktionszentrum – kurpfälzische Außenpolitik zwischen Universität, Zentralregierung und Hof

Der englischen Variante eines komplexen Gefüges politischer Institutionen, die sich in einem Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konflikt bewegten, stand auf kurpfälzischer Seite eine erstaunlich homogene Struktur politischer Einrichtungen gegenüber. Mit der Residenzstadt Heidelberg verfügten die Pfälzer Kurfürsten über eine politische Zentrale, die als territorialer Nukleus innerhalb eines ansonsten semi-feudalen Herrschaftssystems fungierte. Die Heidelberger Universität, die Zentralbehörden und der Hof bildeten dabei die ausschlaggebende institutionelle Trias des kurpfälzischen politischen Systems.

Neben einem beachtlichen wirtschaftlichen Wohlstand dank der kunsthandwerklichen Tätigkeit reformierter Einwanderer kennzeichnete auch eine gut ausgebildete und kompetente Beamtschaft die Kurpfalz zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Dass der Kurstaat um 1600 auf eine ausreichende Zahl qualifizierter Territorialstaatsdiener zurückgreifen konnte, hing mit den frühen Erfolgen Heidelbergs im Bildungswesen zusammen²³³. Die Entscheidung Kurfürsts Ruprechts I. von der Pfalz (1309–1390) im Jahre 1386, eine Gegenuniversität zu der am avignonesischen Papsttum orientierten Sorbonne zu gründen, erwies sich im Territorialisierungszeitalter als bildungspolitisches Pfund, mit dem die Kurpfalz – im Gegensatz zu anderen Reichsterritorien – zu wuchern wusste. Denn Heidelbergs Universität und die Ritterakademie in Selz

²²⁹ Vgl. ebd., 88f.

²³⁰ Vgl. ebd., 36.

²³¹ Vgl. COGSWELL: *Blessed Revolution*, 321.

²³² Vgl. unten S. 214ff.; HIRST: *England in Conflict*, 22; SHARPE: *Introduction*, 16.

²³³ Vgl. DOTZAUER: *Historische Raum*, 85.

stellten im 16. Jahrhundert das stark nachgefragte Reservoir an professionalisierten Führungskräften für den fürstlichen Territorialstaat bereit²³⁴.

Doch nicht nur der Territorialstaat, auch die Universität selbst erfuhr im 16. Jahrhundert einen weitreichenden Erneuerungsprozess, der mit dem Ausbau der Territorialverwaltung Hand in Hand ging. Mit neuen Statuten und mit neuen, den zeitlichen Bedürfnissen angepassten Lehrinhalten stellte Kurfürst Ottheinrich (1502–1559) die Heidelberger Universität im Zuge der Reformation auf eine Basis, die für den Anschluss der Hochschule an europäischen Bildungsstandards sorgte²³⁵. Mit der Einführung der reformierten Konfession unter Kurfürst Friedrich III. erfuhr das Universitätswesen der Kurpfalz zudem eine Erneuerung unter calvinistischem Vorzeichen. Zusammen mit dem Collegium Sapientiae als radikal-protestantischer Theologieschule²³⁶ entwickelte sich die Heidelberger Universität nach Leiden dadurch zu einem „Dritten Genf“ im Kreis reformierter Hochschulen. Die den Territorialisierungsprozess stützende Hochschulentwicklung förderte damit zugleich die internationale Attraktivität der Neckarresidenz²³⁷.

Die viel beschworene Blütezeit der Heidelberger Universität um 1600²³⁸ war aber keine Pfälzer Ausnahme. Vielmehr erfuhren viele Landesuniversitäten im späteren 16. Jahrhundert einen signifikanten Ausbau für die territorialstaatlichen Belange²³⁹. Wie in anderen Territorien auch, so lieferte die Heidelberger Universität nicht nur kompetente Absolventen. Auch die Universitätslehrer stellten über ihre Lehrtätigkeit hinaus ihre Fähigkeiten in den fürstlichen Dienst, was auf kurpfälzischer Seite beispielsweise anhand der engen Verschränkung von theologischer Fakultät und Kirchenrat ersichtlich wurde²⁴⁰.

Eine zentrale Bedeutung erhielt beim Ausbau des frühmodernen Territorialstaates die juristische Fakultät. In Heidelberg erfuhr die Rechtswissenschaft seit den 1580er Jahren eine neue Orientierung unter reformiertem Einfluss. Exilierte calvinistische Rechtsgelehrte wie Hugo Donellus (1527–1591) oder Dionysius Gothofredus (1549–1622) verbesserten die Heidelberger Juristenausbildung auf der Grundlage der Verbindung von humanistisch-säkularer und reformierter Bildungstradition, so dass neue Auslegungsmethoden wie der *mos gallicus* Bestandteil kurpfälzischer Juristenausbildung wurden. In Heidelberg entstanden darüber hinaus auch eigene Forschungsleistungen wie die rechtshistorischen Arbeiten des Juristen Marquard Freher (1565–1614)²⁴¹, die – wie noch zu sehen sein wird – eine große Bedeutung für kurpfälzische Rechtsstreitigkeiten mit Pfalz-Neuburg und Bayern haben sollten²⁴².

²³⁴ Vgl. HAMMERSTEIN: Universitäten, 690; MORAW: Heidelberg.

²³⁵ Vgl. CLASEN/WOLGAST: Universität Heidelberg, 25.

²³⁶ Vgl. ZEPF: Collegium Sapientiae, 444f.

²³⁷ Vgl. HAMMERSTEIN: Vom „Dritten Genf“, 37 u. 40.

²³⁸ Vgl. WOLGAST: Kurpfälzische Universität, 33f.

²³⁹ Vgl. HAMMERSTEIN: Vom „Dritten Genf“, 41.

²⁴⁰ Vgl. PRESS: Universität Heidelberg, 55.

²⁴¹ Vgl. SCHWAN: Freher.

²⁴² Vgl. unten S. 251f.; DICKEL: Juristische Fakultät, 182 u. 184.

So fanden analog zu anderen Landesherrschaften die Heidelberger Rechtsstudenten rasch Anstellung im expandierenden kurpfälzischen Territorialstaat und etablierten sich neben dem Adel in politischen Führungsstellen²⁴³. Jedoch bleibt gerade im Vergleich mit dem Kirchenrat einschränkend festzuhalten, dass es in der Kurpfalz eine geringere Verschränkung zwischen Juristenfakultät und Oberrat als leitender Regierungsbehörde gab, und dass in den politischen Spitzenstellungen vor allem auswärtige Juristen engagiert wurden²⁴⁴.

Im Gegensatz zu den oftmals kontroversen Forschungsarbeiten zum englischen politischen System der Tudor- und Stuartzeit gibt es seit der umfassenden Studie von Press kaum Debatten über die Bedeutung der Heidelberger Zentralbehörden Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts²⁴⁵. Die kurfürstliche Zentralverwaltung am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges spiegelte den Charakter des Pfälzer Satellitensystems wider. Mit einem System von so genannten „Räten“ beziehungsweise „Dienern von Haus aus“ wusste die kurfürstliche Verwaltung das durch die vielfältigen Lehnbeziehungen entstandene Personaltableau für die eigenen Belange zu nutzen²⁴⁶. Im Gegensatz zum zersplitterten territorialen Bestand zeichneten sich aber Heidelbergs Zentralbehörden durch eine große Einheitlichkeit aus, die sich vor allem in einer kompakten Führung durch Kurfürst und Oberrat beobachten lässt²⁴⁷.

In der Pfälzer Verwaltung bildete nach dem Kurfürsten der Großhofmeister die Spitze der Regierung. Als ranghöchster Diener und Stellvertreter des Kurfürsten im Oberrat übte der Großhofmeister das oberste Weisungsrecht gegenüber allen rheinpfälzischen Amtsdienern aus. Ihm folgte in der Hierarchie der Kanzler, der im Unterschied zu diesem weniger eine repräsentativ-schiedsrichterliche Rolle als vielmehr die Aufgabe der konkreten Verwaltungsplanung ausfüllte. Dritter in der Verwaltungshierarchie war der kurfürstliche Marschall, der sich stärker als Hofmeister und Kanzler um die persönlichen Belange des Souveräns zu kümmern hatte, vor allem um die Reiselogistik, die persönliche Sicherheit des Fürsten und den reibungslosen Ablauf des höfischen Lebens²⁴⁸.

Großhofmeister, Kanzler und Marschall bildeten zusammen mit drei adligen und drei bürgerlichen Räten den Oberrat als wichtigstes kurfürstliches Entscheidungszentrum²⁴⁹. Er deckte im kurpfälzischen Regierungssystem einen großen Zuständigkeitsbereich in allen weltlichen innen- und außenpolitischen Fragen ab²⁵⁰. Entgegen Gerhard Oestreichs These von der Herausbildung eines persönlichen Regiments des Fürsten²⁵¹ entwickelte die Kurpfalz eine einheitliche politische Führung von Kur-

²⁴³ Vgl. PRESS: Wittelsbachischen Territorien, 555.

²⁴⁴ Vgl. PRESS: Hof, Stadt und Territorium, 55.

²⁴⁵ PRESS: Calvinismus und Territorialstaat.

²⁴⁶ Vgl. PRESS: Wittelsbachischen Territorien, 555.

²⁴⁷ Vgl. PRESS: Calvinismus und Territorialstaat, 46f.

²⁴⁸ Vgl. ebd., 31f.

²⁴⁹ Vgl. PRESS.: Wittelsbachischen Territorien, 555; DERS.: Calvinismus und Territorialstaat, 38f.

²⁵⁰ Vgl. ebd., 42f.

²⁵¹ OESTREICH: Persönliche Regiment, 203.

fürst, Oberrat, Kanzlei und Kammersekretariat. Diese Behörden bildeten das eigentliche Aktionszentrum der kurpfälzischen Politik, ohne dass es zu einer Ausgliederung bestimmter Routineaufgaben zugunsten einer Konzentration auf die wichtigen innen- und außenpolitischen Themen gekommen wäre. Der Heidelberger Oberrat profitierte aber in diesem Kräftefeld von der engen Einbindung des Kurfürsten in das Entscheidungsverfahren und auch von der Tatsache, dass es im Kurstaat nicht zur Ausbildung von Landständen kam, die, wie im Falle Englands die parlamentarische Versammlung von Unter- und Oberhaus, gegebenenfalls ein Gegengewicht zu den Entscheidungen der Räte hätten bilden können²⁵².

Die beachtlichen Modernisierungsleistungen der Kurpfalz im Bereich der Zentralbehörden fanden keine Fortsetzung beim Aufbau eines diplomatischen Dienstes. Im Gegensatz zum bayerischen Rivalen konnte die Kurpfalz trotz einer regen Außenpolitik bis zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges kein ständiges Gesandtschaftswesen etablieren. Vielmehr basierten die Heidelberger diplomatischen Beziehungen auf einem System von Reisegesandtschaften, die mit Hilfe der bereits erwähnten „Räte von Haus aus“ zusammen mit einem weitreichenden informellen Informantennetzwerk die Kurpfalz an den europäischen Höfen vertraten. Lediglich in Prag und London unterhielt Heidelberg offizielle Residenten, an jenen Zentren europäischer Politik also, die 1608 bis 1619 zu Schwerpunkten der Kurpfälzer Außenpolitik werden sollten²⁵³.

Neben Universität und Zentralbehörden trug auch der Heidelberger Hof zur bemerkenswerten Struktur der verschiedenen Statusgruppen in der Neckarstadt bei²⁵⁴. Der kurfürstliche Hof überragte in Größe und Bedeutung die anderen süddeutschen Fürstenresidenzen, und mit über 300 Personen stellte Heidelberg bereits seit dem ausgehenden Mittelalter eine der bemerkenswertesten Hofgesellschaften auf Reichsebene dar, in der das überterritoriale Herrschaftssystem des Kurstaates seinen Niederschlag fand²⁵⁵.

Der Hof verdeutlichte neben den administrativen Neuerungen auch den kulturellen Wandel Heidelbergs zu einer frühneuzeitlichen Residenzstadt um 1600. Dank der wirtschaftlichen und künstlerischen Impulse reformierter Exulanten, dem Übergang zu einem anspruchsvollen Hofzeremoniell unter Kurfürst Friedrich IV. sowie der regen dynastisch-programmatischen Bautätigkeit am Schloss auf dem Jettenbühl verlor der Kurpfälzer Hof um 1600 endgültig den Charakter fürstlicher Bet- und Saufeselligkeit der deutschen Renaissance²⁵⁶. Dabei vollzog sich analog zu anderen Reichsterritorien auch in Heidelberg aufgrund der vermehrten Einbindung bürgerlicher Räte eine klare Trennung zwischen Hof und Rat, so dass bürgerliche Räte weiterhin von der höfischen Welt ausgeschlossen blieben²⁵⁷. Im Vergleich zu England fehlen in Hei-

²⁵² Vgl. PRESS: Calvinismus und Territorialstaat, 55; DERS.: Wittelsbachischen Territorien, 556.

²⁵³ Vgl. PRESS.: Calvinismus und Territorialstaat, 149f.

²⁵⁴ Vgl. SCHMITT: Kurpfalz, 51.

²⁵⁵ Vgl. FOUQUET: Ritterschaft, 239.

²⁵⁶ Vgl. WOLF: Winterkönig, 76; vgl. unten S. 273.

²⁵⁷ Vgl. STIEVERMANN: Southern German Courts, 162.

delberg Faktionskämpfe und konkurrierende Patronagenetzwerke sowie ein institutionalisiertes Favoritensystem als Grundelemente des Hofes. Eine machtvolle Regierung im Sinne eines Aktionszentrums, bestehend aus den obersten Zentralbehörden, konnte so ihren Ausschlag gebenden Einfluss behalten.

Auf der Grundlage dieses homogenen, stark kooperativen politischen Entscheidungszentrums und bar jeder ständischen beziehungsweise landschaftlichen Konkurrenz scheint die Annahme plausibel, dass die Kurpfälzer Außenpolitik weit weniger institutionelle Rücksichten nehmen musste, als es im komplexen englischen Beispiel der Fall war. Heidelberger Außenpolitik entsprach daher am ehesten der Idee der fürstlichen Prerogative, wobei wohl weniger ein individueller Fürst als vielmehr ein institutionalisiertes Entscheidungskollektiv zum Träger der Außenpolitik wurde, wie es die Ereignisse im Umfeld des böhmischen Adelsaufstandes 1618–1620 vermuten lassen²⁵⁸.

²⁵⁸ Vgl. unten S. 174f.

3. Akteure und ihr Umfeld

a) Netzwerkstrukturen und Akteurshandeln – organisationssoziologische Voraussetzungen frühneuzeitlicher Außenpolitik

Sowohl die institutionalistischen Vorüberlegungen im zweiten Teil der Arbeit als auch die gerade behandelten institutionellen Voraussetzungen kurpfälzisch-englischer Beziehungen zeigen, dass politische Einrichtungen selten feste Faktoren innerhalb eines politischen Systems sind. Das Gesandtschaftswesen und die gesamte politische Verwaltung Englands und der Kurpfalz repräsentieren vielmehr Institutionen, die im steten Spannungsfeld zwischen einer festen, gewachsenen Struktur und einem sie potentiell verändernden punktuellen oder längerfristigen Ereignis stehen. Bei dieser Relationalität von Struktur und Ereignis ist der Einfluss von Individuen und Gruppen ausschlaggebend, schließlich handelt es sich bei politischen Organisationen um relativ dauerhafte soziale Beziehungsgefüge zwischen Akteuren, die mit charakteristischen Macht-, Deutungs- und Normierungsressourcen ausgestattet sind²⁵⁹.

Diese personale Dimension ist auch für den politischen Entscheidungsfindungsprozess von vitaler Bedeutung. Verwaltungswissenschaftliche Modelle zu Entscheidungsverfahren in Organisationen gehen davon aus, dass Verwaltungsprozesse weniger durch rationale Analysen als vielmehr durch Konkurrenz, Verhandlungen um knappe Ressourcen, unterschiedliche Rollenvorstellungen und vor allem durch Kompromisse geprägt sind. So charakterisieren weniger sachliche Aspekte, wohl aber Gruppenprozesse und die Interaktion der Organisationsmitglieder die Entscheidungsfindung²⁶⁰. Das Verhalten in und von Organisationen ist damit kulturgebunden, denn Entscheiden, Führen, Organisieren, Planen, Kontrollieren, Durchsetzen findet nicht im luftleeren Raum statt, isoliert von gesellschaftlichen Einflüssen, nach universellen Prinzipien, sondern ist eingebettet in gesellschaftliche Werte, Verhaltensweisen und Strukturen²⁶¹. Für die Diplomatiegeschichte bedeutet dies, dass Außenpolitik weniger das Ergebnis eines „Politikmachens“, sondern das Resultat und Amalgam der kulturgebundenen Prozesse von Entscheidungsverfahren innerhalb von Institutionen ist²⁶². Dabei kann es auch zu Fehlentscheidungen kommen, die sich beispielsweise nach der Theorie des „Groupthink“ vor allem dann ergeben, wenn Politik- und Entscheidungsfindungsgruppen in Beratungsprozessen in ihrer Selbstwahrnehmung und ihren Wertvorstellungen so kohäsiv werden, dass willensstarke Ratgeber einträchtige Unterstützung für gefährliche Entscheidungen finden können²⁶³.

²⁵⁹ Vgl. WELSKOPP: Sozialgeschichte, 183.

²⁶⁰ Vgl. HOLSTI: Models, 75 u. 78.

²⁶¹ Vgl. JANN: Verwaltungskulturen, 333.

²⁶² Vgl. CLIFFORD: Bureaucratic Politics, 142f.

²⁶³ Irving JANIS zufolge handelt es sich bei „groupthink“ um ein Denkmuster, „[...] that people engage in when they are deeply involved in a cohesive in-group, when members' strivings for unanimity override their motivation to realistically appraise alternative courses of action. [...] Groupthink refers to a deterioration of mental efficiency, reality testing, and moral jud-

Eine umfassende Analyse frühneuzeitlichen Organisationshandelns muss also vor allem die kulturelle und soziale Disposition ihres jeweiligen Trägers berücksichtigen. Wie am englischen und kurpfälzischen Beispiel gleichermaßen gesehen²⁶⁴, entstand im Übergang von spätmittelalterlicher Landesherrschaft zu frühmoderner territorialer Landeshoheit ein neuer Verwaltungstypus in Gestalt der innen- und außenpolitischen Zentralbehörden des 17. Jahrhunderts²⁶⁵. Der Auf- und Ausbau dieser Verwaltungseinrichtungen geschah nicht nur in Deutschland mit der Hilfe bürgerlicher Juristen, die im 16. Jahrhundert allmählich die Geistlichkeit und den Adel in politischen und administrativen Führungspositionen ablösten²⁶⁶. Im Kampf um die Durchsetzung des territorialen Fürstenstaates erwiesen sich gerade bürgerliche Räte als loyale Diener bei der Machtkonsolidierung der Dynastien²⁶⁷.

Jedoch blieb diese Entwicklung im Falle der Außenpolitik weitgehend eine Episode. Denn der durch das gelehrte Bürgertum politisch und administrativ bedrohte Adel reagierte nun selbst mit intensiven Professionalisierungsanstrengungen, um vor allem auf dem Feld der Diplomatie an das Bürgertum verlorengegangenes Terrain wieder gut zu machen. Gab es zu Beginn des 16. Jahrhunderts vielfach noch Vorbehalte gegen eine höhere Bildung für die junge Aristokratie, so erfreuten sich um 1600 gerade die süddeutschen Universitäten eines regen Zulaufs von jungen Adligen, die mit Hilfe eines Studiums den Einfluss auf die außenpolitische Verwaltung am Fürstenthof wieder zurückgewinnen wollten²⁶⁸. So wurde das Gesandtschaftswesen neben der Tätigkeit im Militärwesen nun das wichtigste Professionalisierungsfeld für die europäische Aristokratie²⁶⁹.

Dieses neue Interesse des Adels an administrativen und vor allem diplomatischen Aufgaben im Dienste des Fürsten hatte entscheidende Auswirkungen auf die Verwaltungskultur selbst. Der höfisch sozialisierte Amtadel trug nämlich erheblich dazu bei, dass es eben nicht zu einer klaren Trennung der außenpolitischen Verwaltung vom höfischen Leben kam. Das Gesandtschaftswesen blieb vielmehr in die höfische Welt eingebunden, was bedeutete, dass die Diplomaten vermehrt der Logik und Machtrationalität höfischer Faktionskämpfe und Patronagepolitik unterworfen wurden²⁷⁰. In einer höfisch-aristokratisch dominierten außenpolitischen Verwaltung

gement that results from in-group pressures.“ Vgl. DERS.: Groupthink, 9; die „Groupthink“-Theorie findet in der Analyse außenpolitischer Entscheidungen der US-amerikanischen Regierung zum Vietnamkrieg und neuerdings auch zum Irakkrieg prominente Anwendung. In der vorliegenden Untersuchung dient die Theorie als Analyserahmen für die Entscheidung der Heidelberger Regierung bezüglich der Annahme der Wenzelskrone 1619, vgl. unten S.175.

²⁶⁴ Vgl. oben S. 50ff. u. 55ff.

²⁶⁵ Vgl. OESTREICH: Persönliche Regiment, 203.

²⁶⁶ Vgl. HAMMERSTEIN: Rolle der Juristen, 725.

²⁶⁷ Vgl. REINHARD: Geschichte der Staatsgewalt, 188f.

²⁶⁸ Vgl. MÜLLER: Adelsfrequenz an süddeutschen Universitäten, 89f.; ASCH: Ständische Stellung, 8f.

²⁶⁹ Vgl. SCOTT/STORRS: Consolidation of Noble Power, 46f.

²⁷⁰ Vgl. HAMILTON/LANGHORNE: Practice of Diplomacy, 59f.

wurden konkrete sachpolitische Entscheidungen stets mit Fragen nach der personellen Besetzung von Gesandtschaften und außenpolitisch einflussreichen Positionen verbunden²⁷¹.

Die Auswirkungen höfischer Patronagesysteme und Klientelnetzwerke auf die frühneuzeitliche Diplomatie nahmen dabei vielgestaltige Formen an²⁷². So verbanden sich auch unter den europäischen Diplomaten existentielle Fragen von Krieg und Frieden mit der Notwendigkeit, soziales Kapital zur Pflege des eigenen Status in der höfischen Welt zu erwerben²⁷³. Das bedeutete konkret, dass Diplomaten an fremden Höfen nicht nur politische Kontakte mit den offiziellen Ratgebern des Fürsten oder Monarchen suchen mussten. Sie waren zudem gezwungen, Aufnahme in jene Klientelnetzwerke zu finden, die von einem fürstlichen Favoriten geleitet wurden²⁷⁴. Zugleich sahen sich die Diplomaten an fremden Höfen teilweise selbst in der Rolle von „Patronagebrokern“, die mit möglichst reichen Ressourcen eine treue Gefolgschaft unterhalb der Mitglieder des Gast-Hofes erschließen mussten, um ihre Politik möglichst effektiv umzusetzen²⁷⁵.

Diese Logik von Netzwerkbildung und Patronagemanagement strahlte schließlich auch auf das gesamte Feld der internationalen Beziehungen aus. Denn international gesehen befanden sich auch die Fürsten in der Rolle von „Patronagemanagern“, schließlich galt es im europäischen Mächtesystem, den eigenen Hof durch eine vielversprechende Ressourcenallokation für den international mobilen Adel attraktiv zu halten. Insofern müssen auch dynastische und territoriale Ambitionen von Fürsten und Magistraten im internationalen System unter dem Blickwinkel der Patronagepolitik gesehen werden, waren Herrschaftsrechte in erworbenen Ländern doch mit neuen Verteilungschancen für die eigene Gefolgschaft verbunden. Wie noch zu zeigen sein wird²⁷⁶, liefert gerade diese Perspektive eines international ausgerichteten Patronagemanagements und einer ebensolchen Status-Pflege einen plausiblen Erklärungsansatz für die dynastischen Motive der Kurpfälzer Außenpolitik während des böhmischen Aufstands.

Aristokratische Netzwerkbildung auf Grundlage von Patronagepolitik sowie der stete Kampf um eine ausreichende Basis an Ämtern, Auszeichnungen und Versorgungstiteln waren somit die organisationssoziologischen Voraussetzungen frühneuzeitlicher Außenpolitik. Sie zeugen von einem gestiegenen aristokratisch-höfischen Einfluss nach einem kurzen bürgerlichen Zwischenspiel im 16. Jahrhundert. Diese generelle Tendenz fällt in den beiden Beispielfällen aufgrund der spezifischen institutionellen Entwicklungen jedoch unterschiedlich aus.

²⁷¹ Vgl. REINHARD: Politische Mikrogeschichte, 312.

²⁷² REINHARD.: Freunde und Kreaturen, 19; ARNDT: Reich und die Niederlande, 27.

²⁷³ Vgl. MACHARDY: Court Patronage, 126f.

²⁷⁴ Vgl. ASCH: Introduction: Court and Household, 19; THOMPSON: Minister-Favourite, 14f. u. 19f.

²⁷⁵ Vgl. DEWALD: European Nobility, 113; zum Begriff des Patronagebrokers vgl. KETTERING: Patrons, Brokers and Clients.

²⁷⁶ Vgl. unten S. 175f.

b) Diplomatie im Schatten von Patronage – höfischer Adel und Faktionswesen unter den frühen Stuarts

Wie bereits gesehen, wies der englische Hof als „point of contact“ für die Aristokratie des Landes eine erstaunlich komplexe Struktur auf, wobei eine gewisse Offenheit das Faktionswesen der frühen Stuarts kennzeichnete. Wie für andere politische Entwicklungen auch, markierte der Tod von Salisbury 1612 den Auftakt für ein neues Faktions- und Patronagesystem²⁷⁷. Nun gelang es einzelnen Gruppen, eigene Klienten als Favoriten beim Monarchen zu installieren. Mit Rochester und vor allem George Buckingham erreichten zwei Höflinge einen privilegierten Zugang zum König, die in einem ansonsten unsteten Klientensystem bis 1628 die Organisation der Ämtervergabe am Hof dominierten²⁷⁸. Jedoch blieb die Verengung der Patronagepolitik auf zwei sich zeitlich ablösende Favoriten nicht ohne Probleme für die gesamte frühe Stuart-herrschaft. Die dadurch erzeugte Monopolisierung der Ämter- und Patentvergabe auf zwei Höflinge entwickelte vielmehr ein großes Konfliktpotential. Denn mit der Bevorzugung eines bestimmten Klientelnetzwerks sank die Attraktivität des Hofes für den Adel und schwächte damit seine Integrationsleistung gegenüber breiteren aristokratischen Schichten²⁷⁹.

Zu einem Problem der Außenpolitik entwickelte sich das Stuart-Patronagesystem in der Frage nach dem grundsätzlichen Verhältnis von Amt und administrativer Verantwortung. Denn der durch Klientelnetzwerke organisierte politische Handel mit Ämtern, Vergünstigungen und Monopolen förderte und integrierte jenen Adel, der sich auf diesen Handel verstand. Jedoch wurde damit keineswegs sichergestellt, dass auch administrativ erfahrene und geeignete Adlige in hohe Regierungsstellen gelangten. Hinzu kam, dass das monopolisierte Patronagesystem der Favoriten Rochester und später Buckingham nicht nur die Integrationskraft des Hofes einschränkte, sondern durch ein Ämter- und Titelmonopol Korruption zu einem epidemischen Übel werden ließ. Hierin lag dann auch die innen- wie außenpolitisch systemgefährdende Qualität der Stuart-Patronagepraxis, verband sich doch der Korruptionsvorwurf in den Parlamenten der 1620er Jahre mit Klagen über eine verfehlte Außenpolitik²⁸⁰.

Das Verhältnis von Faktionswesen als dominanter sozialer Struktur des frühen Stuarthofes zu konkreten außenpolitischen Entscheidungsprozessen erscheint gerade vor dem Beispiel der Karriere George Villiers ambivalent²⁸¹. Dies hängt vor allem mit dem Begriff der Hoffaktion zusammen, der als genereller Überbegriff für höfische Gruppierungen eine Aktionsgemeinschaft für politische Zwecke ebenso umschließen konnte wie ein völlig unpolitisches Klientelnetzwerk, das hauptsächlich als

²⁷⁷ Zur Rolle Salisburys vgl. CROFT: Robert Cecil, 86f.; LINDQUIST: Salisbury, 28 u. 32; HAYNES: Robert Cecil, 192f. u. 206f.

²⁷⁸ Vgl. ASCH: Politics of Access, 255; DERS.: Krone, Hof und Adel, 191f.; LEE: James VI and I, 241f.; SEDDON: Robert Carr.

²⁷⁹ Vgl. PECK: Court Patronage, 45f.

²⁸⁰ Vgl. DIES.: Corruption, 77f. u. 87.

²⁸¹ Vgl. LOCKYER: Buckingham, 70 u. 78; PECK: Monopolizing Favour, 60f. u. 65f.

ökonomische Interessensgemeinschaft für die Berücksichtigung seiner Mitglieder bei der Ämter-, Titel- und Patentvergabe sorgte²⁸². Eine (außen-)politische Dimension erlangten Hoffaktionen aber dann, wenn sie mit jenen Amtsträgern und Höflingen Allianzen schlossen, die eng mit politisch einflussreichen Personen am Hofe verbunden waren und dadurch Teil des „political court“ wurden²⁸³. Hierdurch konnten die außenpolitischen Präferenzen für solche Netzwerke zum Charakteristikum werden, wobei stets zu bedenken ist, dass auch konfessionspolitische Fragen Hoffaktionen präfigurierten²⁸⁴.

Trotz aller kurzfristigen Veränderungen und personellen Brüche lassen sich im Zeitraum zwischen 1608 und 1632 so zwei englische Hoffaktionen mit unterschiedlichen außenpolitischen Präferenzen unterscheiden, deren Einfluss auf den Monarchen konjunkturell variierte. So konkurrierte eine „protestantische Aktionspartei“ mit ihren zeitweiligen Galionsfiguren wie Henry Prince of Wales (1594–1612)²⁸⁵, dem inhaftierten Walter Raleigh (1554?–1618)²⁸⁶, dem Erzbischof von Canterbury George Abbot (1562–1633)²⁸⁷ oder dem *Lord Chamberlor* William Herbert, Earl of Pembroke (1580–1630), mit einer so genannten „spanischen Friedenspartei“ unter der Führung der Howard-Familie und mit besten Verbindungen zu den spanischen Gesandten²⁸⁸ um die Ausrichtung der englischen Außenpolitik²⁸⁹. Auch nach dem Thronwechsel 1625 wirkten Hoffaktionen auf die Politik ein, die in unterschiedlichem Maße und aus unterschiedlichen Motiven heraus entweder die Kriegspolitik 1625 bis 1630 ablehnten, so der Kreis um Richard Weston (1577–1633), Erzbischof William Laud (1573–1645) und Thomas Howard, Earl of Arundel (1585–1646) oder wie die Gruppe unter der Führung von Dudley Carleton (1574–1632), James Hamilton (1606–1649) und Henry Rich, Earl of Holland (1590–1649), die für ein offensives Vorgehen gegen Spanien eintrat²⁹⁰.

Gerade das Netzwerk von George Villiers zeigt die komplexe Relationalität zwischen Patronage und Diplomatie auf. Zwar prägten außenpolitische Konstellationen wie die konfessionelle Blockbildung im Mächteuropa die Faktionen am englischen Hof²⁹¹. Doch nahmen autonome Aspekte höfischer Patronagepolitik wie die Besetzung diplomatischer oder militärischer Stellen Einfluss auf außenpolitische Grundentscheidungen²⁹². So wurde für das Villiers-Netzwerk weniger eine außenpolitische Grundhaltung als vielmehr die grundsätzliche Loyalität und möglichst enge dynasti-

²⁸² Vgl. ASCH: Hof Karls I., 60f.

²⁸³ Vgl. COGSWELL: Blessed Revolution, 319.

²⁸⁴ Vgl. LOCKYER: Early Stuarts, 17.

²⁸⁵ Vgl. LINDSAY/WILLIAMSON: Henry Stuart, 206f.

²⁸⁶ Vgl. COOTE: Raleigh, 333.

²⁸⁷ Vgl. WELSBY: George Abbot.

²⁸⁸ Vgl. CARTER: Gondomar, 194.

²⁸⁹ Vgl. ADAMS: Foreign Policy, 142f.; McCABE: England's Foreign Policy in 1619, 462f.

²⁹⁰ Vgl. ASCH: Hof Karls I., 75f.

²⁹¹ Vgl. ADAMS: Foreign Policy, 134f.

²⁹² Vgl. ADAMS: Protestant Cause, 279ff.

sche Beziehungen zu den Verwandten des Duke of Buckingham ein ausschlaggebendes Zugehörigkeitskriterium.

Damit repräsentieren die englischen Hoffaktionen keine festen parteipolitischen Netzwerke im modernen Sinne, sondern höfische Plattformen, auf denen in erster Linie Klientelpolitik betrieben wurde, die aber auch von den führenden Beratern und Entscheidungsträgern zur Durchsetzung politischer Programme instrumentalisiert werden konnten.

c) Zwischen Territorialstaat und Mächtesystem – Herkunft und Zusammensetzung Kurpfälzer Eliten um 1600

Wie sehr das politische System Englands und das der Kurpfalz organisationssoziologisch differierten, wird nicht zuletzt an der unterschiedlichen Art der Elitenrekrutierung und voneinander abweichenden Hofstrukturen erkennbar. Der Heidelberger Hof entsprach als Haushaltung eines deutschen Territorialfürsten nur teilweise dem europäischen Standard, da er sich gerade im späten 16. Jahrhundert zwischen dem Typus eines international souveränen Herrschaftshofes und jenem eines lokalen Adelshofes bewegte²⁹³. Vor der Folie der englischen Entwicklung muss das Besondere am kurfürstlichen Hof in Heidelberg darin gesehen werden, dass es sich hier weniger um die Austragungsplattform für eine komplexe Klientel- und Patronagepolitik handelte als vielmehr um ein relativ homogenes Aktionszentrum, das von Aart van Schelven als „Generalstab des politischen Calvinismus“ bezeichnet wurde²⁹⁴. Ob der martialische Begriff des Generalstabs im Falle Heidelbergs zutrifft, ist aber zweifelhaft. Der Kurpfälzer Hof und die politischen Zentralbehörden entwickelten sich im frühen 17. Jahrhundert eher zu einem reichsständischen Klientelnetzwerk, vergleichbar mit der englischen protestantischen Hoffaktion, jedoch mit einem souveränen, international aktiven Anspruch.

Die kurzzeitige Verfolgung reformierter Pfälzer in der Regierungszeit des lutherisch gebliebenen ersten Sohnes Friedrichs III., Ludwig VI. (1539–1583), zeigt den engen Zusammenhang von konfessioneller Entwicklung und Elitenrekrutierung im späten 16. Jahrhundert. Die sprunghafte Pfälzer Konfessionsgeschichte verursachte seit den ersten reformatorischen Ansätzen unter Pfalzgraf Friedrich II. (1482–1556) große personelle Brüche im Verwaltungsbereich, denn jeder Konfessionswechsel war mit dem Austausch der andersgläubigen Beamten verbunden. Dies erhöhte auf lange Sicht die politische Unsicherheit in der Neckarresidenz²⁹⁵.

Die traditionelle Kurpfälzer Führungsschicht stellte der benachbarte Reichsritteradel des Kraichgaus und des Unterelsass, die nicht nur über Generationen hinweg als Hauptleute und Amtsmänner, sondern sogar als Großhofmeister und Marschälle die

²⁹³ Vgl. ASCH: Introduction: Court and Household, 32.

²⁹⁴ SCHELVEN: Generalstab.

²⁹⁵ Vgl. SCHAAB: Geschichte der Kurpfalz, 52.

Spitzenstellen am Heidelberger Hof einnahmen²⁹⁶. Der Übergang der Pfalz zum reformierten Glauben ging aber seit den 1580er Jahren mit einer verstärkten Verdrängungspolitik gegenüber der lutherischen Reichsritterschaft einher. Sie sollte in Zukunft weniger die politisch einflussreichen Hofämter als vielmehr die rein repräsentativen Stellen besetzen. So war der Heidelberger Hof um 1600 zwar weiterhin darauf bedacht, das aristokratische Prestige des lokalen Ritteradels zu nutzen, im Alltag verfolgte die Kuradministration aber eine konsequent reformierte Personalpolitik, denn die Konfession blieb ungeachtet der Renaissance der chevaleresken französischen Hofkultur der dominierende Faktor bei der Ämtervergabe²⁹⁷.

Die zweite Reformation ging daher im Falle der Kurpfalz mit einem beschleunigten Ablösungsprozess der lokalen ritterlichen Vasallität vom Heidelberger Hof einher. Der Kurstaat entwickelte sich immer mehr zu einem Territorium ohne landständischen Adel²⁹⁸. Gerade in der Regierungszeit des Pfalzgrafen Johann Casimir berief die Kurpfalz verstärkt reformierte bürgerliche Juristen auf jene Stellen, die ehemals mit dem benachbarten Reichsadel besetzt waren²⁹⁹. Lediglich der reformierte Reichsadel des Wetterauer Grafenvereins spielte als Personalreservoir für Heidelberger Führungspositionen vor allem seit 1592 eine wichtige Rolle³⁰⁰. Durch diese Form eines schleichenden Elitenaustauschs drängte die reformierte Kuradministration den Einfluss eines landständischen lutherischen Adels als potentiell Gegengewicht zur Politik auswärtiger Räte immer stärker zurück³⁰¹.

Ein Spezifikum des Heidelberger Hofes war seine Offenheit für internationale Einflüsse³⁰². Dies betraf nicht nur die gezielte Ansiedlung von reformierten Handwerkern aus Westeuropa in den Exulantensiedlungen Frankenthal und Schönau³⁰³. Auch der calvinistische Adel Frankreichs und der Niederlande hielt sich seit den 1560er Jahren häufiger in der Neckarresidenz auf. So flüchteten beispielsweise Charlotte de Bourbon, Princesse de Montpensier (1546–1582), und auch die Tochter des Hugenottenführers Gaspard de Coligny, Louise (1555–1620), vor der katholischen Reaktion an den Heidelberger Hof³⁰⁴. Deren längerer Aufenthalt prägte das kulturelle Leben eines bis dahin deutschen Renaissancehofes.

Einen ebenso bedeutenden Einfluss auf das höfische Leben Heidelbergs hatte die Verbindung der Pfälzer Wittelsbacher mit anderen reformierten Dynastien in Europa. Die Kurfamilie repräsentierte durch verschiedene Heiraten einen wichtigen Knotenpunkt im reformierten Adelsnetzwerk Europas. Die familiären Verbindungen mit den Wetterauer Grafen banden die Pfalz in das oranische Netzwerk hochadliger eu-

²⁹⁶ Vgl. FOUQUET: Ritterschaft, 237.

²⁹⁷ Vgl. PRESS: Ritterschaft im Kraichgau, 84.

²⁹⁸ Vgl. PRESS: „Zweite Reformation“ in der Kurpfalz, 108f.

²⁹⁹ Vgl. HEPP: Herrschaft in der Kurpfalz, 315.

³⁰⁰ Vgl. SCHAAB: Obrigkeitlicher Calvinismus, 78f.; COHEN: Territorial Princes, 147.

³⁰¹ Vgl. GOTTHARD: „Wer sich salviren könd, solts thun“, 90f.

³⁰² Vgl. DUKE: International Calvinism, 9.

³⁰³ Vgl. unten S. 72.

³⁰⁴ Vgl. RAFF: Pfalz als Refugium, 116.

ropäischer Häuser ein, zu dem auch die Familie des Hugenottenführers Henri de la Tour d’Auvergne, Duc de Bouillon gezählt werden muss³⁰⁵.

Der Heidelberger Hof stand dadurch schon sehr früh unter einem internationalen, höfisch-dynastischen Einfluss. Dies machte sich gerade in der Regierungszeit Pfalzgraf Friedrichs IV. bemerkbar. Im Zeichen einer expandierenden Hofkultur rezipierte Heidelberg immer stärker den französischen Standard³⁰⁶. Früher als an anderen deutschen Renaissancehöfen hielt in Heidelberg das chevaleresk-höfische Ideal des *gentilhomme* Einzug in das Hofzeremoniell, was auch an der wachsenden Bedeutung des Französischen nicht nur für die politische Korrespondenz, sondern auch für den höfischen Alltag sichtbar wurde³⁰⁷. Die wachsende internationale Ausrichtung des höfischen Lebens Heidelbergs bewegte auch die Kurpfälzer Landschaft von 1603. Die in ihr erst- und auch letztmalig versammelten Ämter³⁰⁸ beschwerten sich darüber, dass zu viele Ausländer bei der Besetzung der Verwaltungsstellen berücksichtigt würden, wohingegen Einheimische oftmals das Nachsehen hätten³⁰⁹.

Diese vielfältigen sozialen und politischen Entwicklungen in der Kurpfalz schlugen sich um 1600 auch deutlich in der Zusammensetzung der Regierungsspitze nieder. Julius Krebs äußerte in diesem Zusammenhang die erstaunliche These, dass es sich bei den Kurpfälzer Regierungsräten um erfahrene und bedächtige Politiker handelte, die sich positiv von den hauptsächlich jesuitisch gesinnten Beratern in Wien und München abgesetzt hätten³¹⁰. Diese Einschätzung spiegelt wohl mehr das geistige Klima der Kulturkampfzeit als die wahren Verhältnisse innerhalb des Kurpfälzer Oberrats wider, denn spätestens mit dem Regierungsantritt von Pfalzgraf Friedrich IV. 1592 kann von einer Bedächtigkeit im Falle der Heidelberger Fürstenberater nicht mehr ernsthaft die Rede sein. Vielmehr entwickelte sich die Kurpfalz immer mehr zum Sammelbecken für protestantische Führungskräfte, die ähnliche soziologische Eigenschaften aufwiesen. Viele von ihnen konvertierten vom Katholizismus zum Calvinismus – zwei theologische Extrempositionen im Europa der Glaubensspaltung – und mussten die bittere Erfahrung von Vertreibung und Flucht machen. Im Heidelberger Dienst repräsentierten sie eine neue Generation politischer Eliten, die sich weniger an lokalen Verwaltungsfragen denn an den großen Konflikten im Reich und in Europa interessiert zeigten³¹¹.

Das Jahr 1592 erwies sich dabei als Wendepunkt in der administrativen Entwicklung der Kurpfalz, denn hier wurden die Grundlagen für die personelle Zusammensetzung des Oberrats und der wichtigsten Hofämter bis zum Ausbruch der böhmischen Krise gelegt. Nach dem Tod des Kuradministrators Johann Casimir stand der Oberrat erneut vor der Aufgabe, eine lutherische Interimsregierung unter Pfalzgraf

³⁰⁵ Vgl. KROMNOW: Johann Casimir, 93; KLEINSCHMIDT: Johann Albrecht I., 264.

³⁰⁶ Vgl. HEPP: Herrschaft in der Kurpfalz, 359f.

³⁰⁷ Vgl. SCHUBERT: Exilregierung, 609f.

³⁰⁸ Vgl. oben S. 50.

³⁰⁹ Vgl. GOTHEIN: Landstände der Kurpfalz, 42.

³¹⁰ Vgl. KREBS: Christian von Anhalt, 29.

³¹¹ Vgl. CLASEN: Palatinate, 12f.

Reichard von Simmern (1521–1598) für den noch nicht volljährigen Friedrich IV. zu verhindern³¹². In dieser gefährlichen Situation entschlossen sich die reformierten Räte, auf eigene Faust die Regierungsgeschäfte so lange zu führen, bis der Kurerbe die Volljährigkeit erreicht hatte. Dabei war es von Vorteil, dass Johann Casimir mit Otto von Grünrade (1545–1613), Georg Michael Lingelsheim (1556–1636) und Johann Albrecht von Solms-Braunfels (1563–1623) dem Kurerben einen Kreis von Erziehern und Hofmeistern zur Verfügung gestellt hatte, die nicht nur humanistische Bildung mit reformiertem Glauben verbanden, sondern im Krisenjahr 1592 mit den Wetterauer Grafen den Rückhalt für die protestantische Sache in der Kurpfalz bildeten³¹³. Spätestens mit der Berufung von Michael Lofoenius in den Oberrat 1592 sicherte die Kurpfalz nicht nur den konfessionellen Status quo, sondern vollzog den Schritt zu einer entschieden antihabsburgischen und antikatholischen Politik³¹⁴.

Diese Gruppe von Räten verstand es, den Kurfürsten in ihre offensiv reformierte Politik einzubinden, die sich zunächst auf eine innere Konsolidierung der politischen und religiösen Verhältnisse richtete. So wurden allmählich jene Berater aus den administrativen Gremien verdrängt, die auf eine ausgleichende Politik setzten. Selbst reformierte Reichsgrafen wie Ludwig zu Sayn-Wittgenstein (1532–1605) und der Kanzler Eberbach mussten den neuen Kräften weichen. Die internationale Ausrichtung der Kurpfälzer Politik geschah mit der sukzessiven Berufung von diplomatisch versierten Räten, allen voran Christian I. von Anhalt. Zusammen mit Vollrad von Plessen, Lofoenius, Solms-Braunfels und Lingelsheim repräsentierte er seit 1602 das politische Entscheidungszentrum der Kurpfalz, das sich nach der Ausgliederung eines Nebenrats für untergeordnete innere Angelegenheiten hauptsächlich auf außenpolitische Projekte wie die Gründung einer protestantischen Union konzentrierte³¹⁵.

In dieser Zusammensetzung spielte bis etwa 1610 der Wetterauer Grafenverein eine entscheidende Rolle. Mit Johann Albrecht von Solms-Braunfels stellte er nicht nur die administrative Spitze der Kurpfalz. Auch der Obermarschall Otto von Solms-Braunfels (1572–1610) und dessen Brüder Wilhelm, Philipp und Reinhard besetzten wichtige Positionen am Hof auf dem Jettenbühl. Eine mehr informelle, aber dennoch sehr wichtige Beratungsfunktion übernahm Johann VII. von Nassau-Dillenburg (1561–1623), der das Kurpfälzer Defensionswerk organisierte³¹⁶. Jedoch ging in den entscheidenden Jahren vor dem Dreißigjährigen Krieg auch der Einfluss der Wetterauer Grafen zurück, deren Posten immer mehr von auswärtigen Adligen wie den Brüdern Achatius (1581–1647) und Christoph (1583–1637) von Dohna besetzt wurden.

Die Bedeutung der Universität Heidelberg für das Gefüge zwischen politischen Beratern und Entscheidungsträgern ist erstaunlich ambivalent. Immer wieder wird

³¹² Vgl. PRESS: Calvinismus und Territorialstaat, 379f.

³¹³ Vgl. WALTER: Lingelsheim, 41f.; KLEINSCHMIDT: Johann Albrecht I., PRESS: Calvinismus und Territorialstaat, 370f.

³¹⁴ Vgl. ebd., 379f.

³¹⁵ Vgl. ebd., 486f.

³¹⁶ Vgl. SCHMIDT: Wetterauer Grafenverein, 375; PAUL: Nassauische Unionspläne.

die These vertreten, dass die Heidelberger Universität mit ihrer calvinistischen und französischen Ausrichtung nicht zuletzt durch die große Anzahl an hugenottischen Gelehrten die Oberräte geprägt hätte. Dank eines regen akademischen Austauschs zwischen französischen und Pfälzer Studenten und Lehrern habe es so eine frühe Rezeption von calvinistischen Widerstandstheorien gegeben, die im Sinne eines reichsständischen Widerstandsrechts gegen den Kaiser von der Kuradministration rezipiert worden seien³¹⁷.

Tatsächlich fungierten die Universitätslehrer als wichtige Gesprächspartner für Hof und kurfürstlichen Rat, schließlich stellte die Universität neben der Hohen Schule in Herborn eine der wenigen akademischen Einrichtungen im Reich dar, welche die reformierte Idee mit der Wissenschaft verband. Press sieht daher in der Heidelberger Universität einen wichtigen Bestandteil der Pfälzer Variante eines „Calvinismus Aulicus“ als einem höfischen Gegenmodell zur Genfer reformierten Bürgergemeinde³¹⁸.

Jedoch sollte aus der reinen Tatsache einer örtlichen Nähe von Hof, Rat und Universität nicht zu schnell auch eine personelle und intellektuelle Übereinstimmung gefolgert werden. Dieter Mertens bemerkt im Gegenteil, dass die international zusammengesetzte Professorenschaft Heidelbergs trotz ihres intellektuell hohen Niveaus und der langen humanistischen Bildungstradition kaum ein Gegengewicht zum kurfürstlichen Rat bildete³¹⁹. Notker Hammerstein stellt sogar ein erstaunliches Desinteresse unter den Heidelberger Juristen an einer *philosophica practica* im Sinne von öffentlich-rechtlichen und staatstheoretischen Theorien fest. Die erwähnten Glanzlichter Heidelbergs wie Hugo Donellus (1527–1591), aber auch der spätere Rat und Publizist Freher waren Vertreter einer humanistischen Jurisprudenz, verhaftet in der Methode des *mos gallicus*, die sich weniger praxisbezogen, hingegen stark historisch ausrichtete. Hammerstein mutmaßt, dass dieses gerade auch im Theoretischen unerfahrene Verhältnis zu den politischen Realitäten mit ein Grund für eine offensive bis abenteuerliche kurpfälzische Politik gewesen sein könnte. „Zumindest hatte der Hof keine zusätzlichen klug erfahrenen Berater, die zutreffender Folgen und Gefahren dieser Handlungsweise hätten darlegen können“³²⁰.

³¹⁷ Vgl. CLASEN: Palatinate, 17; VOGLER: Contacts culturels; Wesen und Dimension des Widerstandsbegriffs bleiben für das späte 16. und frühe 17. Jahrhundert weiterhin ein umstrittenes Thema in der politischen Ideengeschichte. Für die spanische und französische Tradition vgl. QUIN: Personenrechte und Widerstandsrecht; STRICKER: Monarchomachen; zur besseren Operationalisierung wird im Folgenden ein weiter Widerstandsbegriff im Sinne der Freiheit des Individuums oder einer Gruppe von Menschen verwendet, einer Obrigkeit den Gehorsam dann zu versagen, wenn diese spezifische Rechte missachtet oder ein abstraktes Gemeinwohl schwer schädigt. Hierunter fallen reichsständische Libertätsvorstellungen ebenso wie religiöse Widerstandsideen, wie sie in den französischen Religionskriegen („Monarchomachen“) und dem niederländischen Aufstand entwickelt wurden.

³¹⁸ PRESS: Universität Heidelberg, 56; zum Begriff des „Calvinismus Aulicus“ vgl. THADDEN: Fortsetzung des „Reformationswerkes“, 235.

³¹⁹ MERTENS: Hofkultur in Heidelberg, 81 u. 83.

³²⁰ HAMMERSTEIN: Vom „Dritten Genf“, 41f.

Dass es am Heidelberger Hof aber, wie von Hammerstein behauptet, nicht zu einer Rezeption westeuropäischer Widerstandstheorien gekommen sei, muss angesichts des Stellenwerts dieser Ideen innerhalb des Wetterauer Grafenvereins und auch innerhalb des reformierten Gelehrtennetzwerks im Reich stark bezweifelt werden³²¹. So flossen Widerstandsvorstellungen nicht nur über die kontraktualistische Lehre des Johannes Althusius (1557–1638) an der Hohen Schule in Herborn direkt in die Ausbildung der Wetterauer Fürstendiener und des nassauischen Adels ein³²². Während seiner Zeit als Kurpfälzer Großhofmeister pflegte auch Ludwig zu Sayn-Wittgenstein eine enge Gelehrtenkorrespondenz mit Vertretern französischer Widerstandslehren wie Hubert Languet (1518–1581), in der »[...] Widerstand gegen Vorkommnisse, wie sie etwa in der Bartholomäusnacht zu registrieren gewesen seien, nicht nur den Charakter des Erlaubten, sondern des Notwendigen und im guten Interesse Erforderlichen trügen, [...]«³²³. Die Kurpfälzer Außenpolitik band in ihren juristischen Argumentationen während der Auseinandersetzungen mit Habsburg 1619–1632 denn auch reformierte Widerstandsvorstellungen immer wieder in den traditionellen Diskurs der reichsständischen *Libertät* mit ein.

In der Gesamtschau setzten sich die Kurpfälzer Zentralbehörden aufgrund einer gezielten Berufung von aktiven reformierten Räten aus einem festen Stamm von radikalprotestantischen Politikern zusammen, die gemeinsam mit dem kurfürstlichen Souverän eine Aktionseinheit bildeten und so den konfessionellen und politischen Status quo gegen Angriffe von außen zu verteidigen wussten. Angesichts der Offenheit der kurfürstlichen Verwaltung für internationale Einflüsse entwickelten sich Hof, Regierung und Universität in Heidelberg so zu einer Plattform für die Vertreter einer offensiven calvinistischen Politik, vergleichbar mit der protestantischen Faktion am Stuarthof, jedoch ausgestattet mit den semi-souveränen Herrschaftsrechten eines deutschen Kurfürstentums.

d) Die interessierten Dritten – England und Kurpfalz im Netzwerk der protestantischen Internationale

Die erstaunliche Entwicklung des Reichsstands Kurpfalz zum einflussreichen europäischen Akteur fand unter dem Eindruck weitreichender Verschiebungen im inter-

³²¹ Ebd., 42; zur Tradition westeuropäischer Widerstandstheorien in reformierten Territorien vgl. auch S. 71 f.; Hammerstein übersieht hierbei, dass in Deutschland „monarchomachische“ Ideen anders als in Frankreich weniger in Streitschriften und Traktaten aus aktuellem Anlass, sondern eher indirekt in einer erstaunlich breiten Literatur vor allem zur politischen Lehre des Johannes Althusius (*Politica methodice digesta*, 1603) nach 1600 große Verbreitung fanden, worin sich die Universität Heidelberg ebenso wie Marburg und Herborn hervortaten, vgl. DREITZEL: Monarchiebegriffe in der Fürstengesellschaft, 531; zudem vertrat der Heidelberger Hoftheologe David Pareus mit einer fünfmal veröffentlichten Auslegung des Römerbriefs in sieben Thesen die Auffassung eines aktiven Widerstandsrechts einer Obrigkeit höheren Ranges, vgl. BENRATH: David Pareus, 13–23.

³²² Vgl. HOTSON: Contractual Theory, 263; zu Althusius vgl. auch CARNEY: Johannes Althusius.

³²³ MENK: Wetterauer Grafschaften, 79.

nationalen System statt. Angesichts der Erfolge des gegenreformatorischen Katholizismus wich innerhalb des europäischen Protestantismus die konfessionelle Euphorie und allgemeine Zuversicht der frühen Reformationszeit um 1600 dem Gefühl, einer übermächtigen Bedrohung ausgesetzt zu sein³²⁴. Für die Genese einer sich international verbunden fühlenden protestantischen Gemeinschaft wurden die gewaltsamen Rückeroberungsversuche Spaniens in den Niederlanden und die blutigen Auseinandersetzungen in Frankreich entscheidend³²⁵. Denn mit der Vertreibung Andersgläubiger aus ihrer Heimat entstand eine Art Gründungsmythos für den internationalen Protestantismus, der wegen der reformierten Ausrichtung der betroffenen Kirchen auch gerne als calvinistische Aktionspartei oder calvinistische Internationale bezeichnet wird. Die zeitweise beträchtlichen Ströme reformierter Flüchtlinge in den 1550er und 1560er Jahren stärkte dabei nachhaltig das Gefühl internationaler Solidarität und damit die Vorstellung, zu einer universalen religiösen Schicksalsgemeinschaft zu gehören³²⁶.

So formierte sich im späten 16. Jahrhundert ein Netz protestantischer Gemeinden in Westeuropa und im Reich, das mit den anfangs angestellten Überlegungen zu Netzwerkstrukturen als basisorientiertes soziales Phänomen verstanden werden kann. Diese calvinistische Internationale des 16. und frühen 17. Jahrhunderts zeichnete sich durch eine heterogene Ordnung aus. Es gab keine einheitliche zentrale Leitung innerhalb der reformierten Bewegung und auch van Schelvens Idee eines „Generalstabs des politische Calvinismus“ vernachlässigt das grundsätzliche Problem, dass es hinsichtlich administrativer Strukturen sowie der sozialen Herkunft der Mitglieder und deren programmatischen Vorstellungen erhebliche Unterschiede gab.

Jedoch muss im reformierten Netzwerk des frühen 17. Jahrhunderts mehr als nur eine europaweite Glaubensgemeinschaft gesehen werden. Denn das Verbindende zwischen Hugenotten und wallonischen Exulanten, reformiertem Territorialstaat und Wanderpredigern lag darin, dass sie alle in unterschiedlichem Maße dort die bestehenden konfessionellen und politischen Strukturen herausforderten, wo sie eine Minderheitenposition einnahmen. So, wie die hugenottischen Sicherheitsplätze in Frankreich den Souveränitätsanspruch des Staates teilweise unterliefen, so stellten reformierte Exilgemeinden und auch Reichsstände wie die Kurpfalz im Reichskontext eine Herausforderung für die auf Katholizismus und Luthertum ausgerichtete Reichsverfassung von 1555 dar³²⁷. Neben nichtstaatlichen Diplomatennetzwerken gefährdeten zudem obrigkeitskritische Tendenzen den Machtanspruch des frühmodernen Fürstenstaats. Die religiösen Erhebungen in den Niederlanden und vor allem in Frankreich entzündeten eine politische Diskussion über die Legitimität von Ungehorsam gegen den eigenen Fürsten bei Verletzung religiöser Rechte. Radikale Widerstandstheorien verbanden sich dabei wie bereits gesehen teils mit bürgerlichen Frei-

³²⁴ Vgl. COHEN: Territorial Princes, 135.

³²⁵ Vgl. GOTTHARD: „Wer sich salviren könd, solts thun“, 90.

³²⁶ Vgl. DUKE: International Calvinism, 5f.

³²⁷ Zu den reichsrechtlichen Implikationen der reformierten Religion vgl. unten S. 84.

heitsvorstellungen, teils mit aristokratischen Ideen reichsständischer *Libertät*. Diese Diskussionen förderten aber keineswegs ein einheitliches und breit akzeptiertes Gesellschafts-, Staats- oder Kirchenmodell innerhalb der reformierten Gemeinden Westeuropas und des Reichs³²⁸. Solidarität und die Abwehr eines vermeintlich übermächtigen Gegners blieben vielmehr der kleinste gemeinsame Nenner der calvinistischen Internationale.

So amorph der generelle Charakter der protestantischen Aktionspartei im Mächtesystem des frühen 17. Jahrhunderts war, so vielfältig waren auch die Erscheinungsformen des reformierten Netzwerks. Wie einleitend gezeigt, übten reformierte Flüchtlingsgemeinden einen nachhaltigen Einfluss auf die Bildung und Festigung protestantischer Solidarität über die Ländergrenzen hinweg aus. Hier kann an erster Stelle die Kurpfalz selbst genannt werden. Als Refugium für vertriebene Philippisten, Kryptocalvinisten und Reformierte nahm der Kurstaat seit dem Übertritt zum Genfer Konfessionsmodell in den frühen 1560er Jahren eine Sonderrolle im Reich ein³²⁹. Viele der in der Kurpfalz angesiedelten Exulanten schauten dabei auf mehrere Wellen der Vertreibung zurück. Denn neben kriegsbedingter Flucht und Verfolgung, wie sie sich exemplarisch in der Regierungszeit Mary Tudors ereignete, brachen auch in den ersten Aufnahmeorten wie in der lutherisch dominierten Reichsstadt Frankfurt am Main erneut Konflikte aus, da die städtische Bevölkerung die wirtschaftliche Konkurrenz von Flamen und Wallonen fürchtete³³⁰.

Aufgrund der intensiven Kontakte der Kurpfalz zur Frankfurter Gemeinde konnten erste Ansiedlungsprojekte zwischen dem reformierten Gemeindeoberhaupt Petrus Dathenus (1531/1532–1588) und Pfalzgraf Friedrich III. vereinbart werden³³¹. So gründeten Wallonen in den 1560er Jahren die Exulantengemeinden Frankenthal, Lambrecht und Otterberg³³². Die Gemeinde Schönau erhielt während der Regierungszeit Ludwigs VI. große Bedeutung, da sie die vor der lutherischen Reaktion flüchtenden Exulanten aus Heidelberg aufnahm³³³.

Die Flüchtlingssiedlungen bewahrten bis in die 1580er Jahre hinein ihren provisorischen Charakter. Jedoch wurde später immer deutlicher, dass eine Rückkehr in ihre Heimat für lange Zeit unmöglich war, so dass diese Neugründungen weiter ausgebaut wurden³³⁴. Von diesen festen Siedlungen gingen wichtige wirtschaftliche, aber auch politische Impulse aus. Neben Dathenus leistete vor allem der als Hofprediger tätige Daniel Tossanus (1542–1602) wertvolle Beratertätigkeiten in Heidelberg, was dazu führte, dass die Kurpfälzer Kirchen- und auch Schulordnung weitgehend auf die Vor-

³²⁸ Vgl. ARNDT: Reich und die Niederlande, 28.

³²⁹ Vgl. COHEN: Territorial Princes 144.

³³⁰ Vgl. SCHILLING: Niederländische Exulanten, 132; ROOSBROECK: Niederländische Glaubensflüchtlinge, 6f.

³³¹ Vgl. KALLER: Exulantengemeinden, 398; DUKE: International Calvinism, 8f.

³³² Vgl. HERRMANN: Französisch-reformierte Gemeinden, 14.

³³³ Vgl. KALLER: Exulantengemeinden, 398.

³³⁴ Vgl. REESE: Aufnahme von „Landfremden“, 94.

stellungen der Exulantengemeinden zurückging³³⁵. Dathenus und Tossanus gehörten dabei einem Agentennetzwerk an, das mit Hilfe von Wanderpredigern und halbamtlichen Gesandten zwischen den reformierten Flüchtlingsgemeinden im Reich, in England, Frankreich und den Niederlanden Nachrichten übermitteln und dogmatische sowie politische Fragen aushandeln half.

Ähnliche Tendenzen zur Netzwerkbildung sind auch im Schnittfeld zwischen Politik und Wissenschaft zu beobachten. Wie bereits gezeigt³³⁶, entwickelte sich zwischen dem französischen Gesandten im Reich, Bongars, dem Nürnberger Arzt Joachim Camerarius (1534–1598), dem niederländischen Gesandten Dr. Pieter Cornelisz. Brederode³³⁷ und dem Kurpfälzer Rat Lingelsheim seit Ende des 16. Jahrhunderts eine intensive Korrespondenz, in der gelehrt-humanistische Themen wie das Aufsuchen von seltenen Handschriften und Drucken mit religiösen und politischen Themen verbunden wurden. Lingelsheim bezog am eigenen Kurpfälzer Hof Gelehrte wie Freher oder den Bibliothekar Janus Gruter (1560–1627) in die Korrespondenz mit ein, so dass diese zunächst wie ein zeitüblicher Briefverkehr unter humanistisch gebildeten Köpfen erschien. Doch neben wissenschaftlichen Fragen berührten die Themen immer mehr auch die Bedrohung der Reformierten im Reich sowie die Ausweitung der Korrespondenz mit weiteren reformierten Gemeinden und Personen³³⁸.

Dass Standesunterschiede auch innerhalb des reformierten Netzwerks in Europa eine nicht unbedeutende Rolle spielten, zeigt das Beispiel der wohl schillerndsten Figur der calvinistischen Internationalen, des Hugenottenführers Henri Duc de Bouillon, dessen diplomatische Aktivität unter anderem die dynastische Allianz zwischen England und Kurpfalz zustande brachte und der eine wichtige Mittlerfunktion zwischen der französischen Krone und den protestantischen Höfen im Reich und in Europa einnahm³³⁹.

Durch seine Heirat mit Charlotte de la Marck (1574–1594) erhielt Bouillon die Herrschaft über das Herzogtum Sedan in Nordostfrankreich, das als ehemaliger deutscher Reichsstand nur teilweise der Souveränität der französischen Krone unterstand und als hugenottischer Sicherheitsplatz eine weitgehend eigenständige Position im französischen Königreich behaupten konnte. Bouillon unterstützte nicht nur aktiv die Thronansprüche von Henri de Navarre (1553–1610), als Führer der nordfranzösischen Reformierten pflegte er auch gute Beziehungen zu auswärtigen Gemeinden und Mächten. In den außenpolitisch ereignisreichen 1590er Jahren gehörte er dem Freundeskreis von Robert Devreux, Earl of Essex (1558–1601) an, dem englischen Exponenten einer radikal antispanischen Außenpolitik am elisabethanischen

³³⁵ Vgl. RAFF: Pfalz als Refugium, 115; ROOSBROECK: Niederländische Glaubensflüchtlinge, 19f.

³³⁶ Vgl. oben S. 24.

³³⁷ Vgl. SIBETH: Brederode, 47.

³³⁸ Vgl. KOHLNDORFER: Bongars, 9f.; zum Stellenwert humanistisch-gelehrter Themen am Heidelberger Hof vgl. unten S. 272f.

³³⁹ Vgl. unten S. 145f.; zur Biographie vgl. DELTEIL: Bouillon.

Hof³⁴⁰. Auch nach dem Fall von Essex 1601 unterhielt Bouillon wichtige Kontakte zur protestantischen Faktion am Hof der Stuarts und vor allem zum englischen Kronprinzen Henry Prince of Wales³⁴¹. Bouillons Einfluss als Führer der Hugenoten ging aber spätestens mit der Synode von Saumur 1610/1611 zurück, auf der sich der radikal-militante Flügel der französischen Reformierten unter Führung von Henri Duc de Rohan (1579–1638) durchzusetzen wusste³⁴².

Bouillon verband in seiner Person Aristokratie und ständisch-libertäre Widerstandsbewegung innerhalb der calvinistischen Internationale. Als Herzog einer semi-souveränen Herrschaft pflegte er nicht nur eigene außenpolitische Beziehungen zu den reformierten Mächten in Europa. Analog zur Kurpfalz suchte er auch seine Herrschaft durch dynastische Verbindungen mit den großen calvinistischen Häusern wie Nassau-Oranien – er heiratete 1595 Elisabeth von Nassau (1577–1642), die Tochter Wilhelms I. von Oranien (1533–1584) – und den Pfälzer Wittelsbachern abzusichern. Die Verbindung von reformierter Konfession und dynastisch-aristokratischer Kultur prägte auch das auffallendste Projekt in seinem Herzogtum. Sedan war seit 1599 nicht nur Sitz einer der bekanntesten französisch-reformierten Akademien. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts trieb Bouillon zudem die Gründung einer Ritterakademie voran, an der die reformierten Adligen Europas im Kriegswesen und höfischen Verhalten, aber auch in den höheren Studien unterwiesen werden sollten. Neben den Wetterauer Reichsgrafen schickte die Kurpfalz mit dem Kurerben Friedrich V. den wohl bekanntesten reformierten Schüler zur höfischen Erziehung nach Sedan³⁴³.

Über die westeuropäischen Schauplätze des Mächtesystems hinaus bezog die calvinistische Internationale aber auch immer mehr östliche Länder in ihr Beziehungsgeflecht mit ein. Einen bedeutenden Knotenpunkt repräsentierte dabei das Königreich Böhmen, in dem die Auseinandersetzungen zwischen protestantisch-utraquistischem Adel und katholischem Landesherrn einen fruchtbaren Nährboden für das reformierte Netzwerk bereiteten. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts mehrten sich die Kontakte zwischen böhmischer Adelsopposition und reformierten Akteuren im Reich. So pflegte der Pfälzer Rat Freher enge Beziehungen zu den polnisch-litauischen und böhmischen Magnaten Christopher Radziwill (1549–1616) und Peter Vok von Rosenberg (1539–1611), die im Zusammenhang mit der Herausgabe von Frehers *Rerum Bohemicarum Antiqui Scriptores* von 1602 standen³⁴⁴. Diese Personennetzwerke auf gelehrter sowie diplomatischer Ebene förderten eine enge Verflechtung zwischen böhmischer Ständeopposition und calvinistischer Internationale³⁴⁵.

Die politischen Beziehungen zwischen England und Kurpfalz im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts erfolgten demnach nicht auf einer exklusiven, vom europäischen

³⁴⁰ Vgl. ADAMS: *Road to La Rochelle*, 415; S. 80.

³⁴¹ Vgl. ADAMS: *Protestant Cause*, 154ff.

³⁴² Vgl. VALONE: *Huguenot Politics*, 73.

³⁴³ Vgl. KRETZER: *Calvinismus und französische Monarchie*, 69 u. Anm. 24.

³⁴⁴ Vgl. EVANS: *Wechel Presses*, 21f.

³⁴⁵ Vgl. BAHLCKE: *Theatrum Bohemicum*, 12f.; vgl. unten S. 167.

Geschehen isolierten Ebene. Sie repräsentierten vielmehr einen bedeutenden Aspekt frühneuzeitlicher Außenpolitik, der sich durch den Netzwerkcharakter der internationalen Beziehungen innerhalb des protestantischen Mächteblocks zwischen offizieller Diplomatie und semi- bis inoffizieller Agententätigkeit bewegte. Durch den starken Einfluss nichtstaatlicher Akteure wie Exulantengemeinden, Gelehrten- und Adelsnetzwerke kann von einer Monopolisierung der Außenpolitik beim fürstlichen Souverän kaum die Rede sein.

4. Konfession und Dynastie

a) Die Suche nach der *Via Media* – die englische Kirche im Spannungsfeld von protestantischer Radikalität und katholischer Opposition

Die fehlende Autonomie religiöser Fragen in den internationalen Beziehungen der Frühen Neuzeit ließen wie gezeigt³⁴⁶ den konfessionellen Status quo eines Teilnehmers zu einem wichtigen, wenn auch nicht ausschließlichen Kriterium für dessen Positionierung im Mächtesystem werden. Das englische Königreich der Tudor- und frühen Stuartzeit stellt in dieser Frage einen alteuropäischen Sonderfall dar. Denn der Verlauf der englischen Reformationsgeschichte weist eine Reihe von Besonderheiten auf, die es von anderen Modellen der protestantischen Erneuerung wie beispielsweise den reformierten Niederlanden oder den lutherischen Königreichen Skandinaviens erheblich unterscheidet.

Die augenfälligste Eigenart der englischen Reformation des 16. und frühen 17. Jahrhunderts ist die Ungleichzeitigkeit der Gründung einer dem französischen Beispiel des Gallikanismus folgenden, von Rom unabhängigen Nationalkirche und der Abkehr von altkirchlichen Glaubensauffassungen. Während bei vielen reichsständischen Territorien der Bruch mit der päpstlichen Suprematie einen integralen Bestandteil der Reformation von Liturgie und Theologie bildete, vollzog sich in England durch die Kirchen- und Dynastiepolitik von Heinrich VIII. 1529 die Gründung einer englischen Staatskirche mit dem Monarchen als Oberhaupt, ohne dass eine weitreichende Reformation von Glaubensbekenntnis und Gottesdienst im ‚evangelischen‘ Sinne stattgefunden hätte. So bildet denn auch weniger eine spezifisch theologische Ausrichtung als vielmehr der politische Umstand der kirchlichen Unabhängigkeit von Rom ein wichtiges Merkmal der frühen englischen Reformation³⁴⁷.

Zeitpunkt, Charakter und Verlauf der englischen Reformation bleiben in der Historiographie aber stark umstritten. Zwar gab es bereits unter Heinrich VIII. bedeutende Reformschritte wie beispielsweise die Herausgabe einer lediglich durch die Krone autorisierten Bibelübersetzung 1538 oder die Säkularisation von Klöstern 1540, jedoch begann erst unter Eduard VI. (1537–1553) mit dem Erlass des ersten *Book of Common Prayer* (1549) eine tiefgreifende Erneuerung des Gottesdienstes. Auch die Träger der Reformation bleiben weiterhin Thema intensiver historischer Forschung. So stehen Deutungen der englischen Reformation als einer raschen und gewaltsamen Politik von oben³⁴⁸ Thesen einer kirchlichen Erneuerungsbewegung durch breite Volksschichten gegenüber³⁴⁹. Konsens scheint lediglich darüber zu herrschen, dass es sich bei der englischen Reformation um ein kontingentes Ergebnis einer Reihe von Konflikten und Krisen handelt, die durch soziale, geographische und politische Gegebenheiten beeinflusst wurde und von Region zu Region unterschied-

³⁴⁶ Vgl. oben S. 27.

³⁴⁷ Vgl. ASCH: *Elect Nation*, 118f.

³⁴⁸ Vgl. ELTON: *Policy and Police*, 85ff.

³⁴⁹ Vgl. DICKENS: *English Reformation*.

lich wirkte³⁵⁰. Bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts entwickelte sich dadurch eine englische Staatskirche mit vier wesentlichen Merkmalen der Zugehörigkeit³⁵¹:

1. Bekenntnis zu den 39 Glaubensartikeln von 1563,
2. Teilnahme am Gottesdienst gemäß dem Ritus, wie er im zweiten *Book of Common Prayer* (1559) festgeschrieben war,
3. Anerkennung der Suprematie der englischen Krone über die Kirche, sowie
4. Akzeptanz einer auf die mittelalterliche Tradition aufbauenden Episkopalverfassung.

Aufgrund der fehlenden einheitlichen theologischen Ausrichtung der seit dem frühen 17. Jahrhundert auch als *Anglican Church* bezeichneten englischen Kirche entstand eine Reihe von religiösen Strömungen, die sich weitgehend zur englischen Mehrheitskonfession zugehörig fühlten. Ungeachtet der Vielfalt und Komplexität dieser religiösen Strömungen können zur besseren Operationalisierung des Faktors Konfession in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen mit Kenneth Fincham innerhalb der anglikanischen Kirche folgende religiöse Großgruppen unterschieden werden³⁵²:

1. Konformisten mit gemäßigter calvinistischer Prägung als eigentliche Träger des anglikanischen Mehrheitsbekenntnisses³⁵³,
2. anticalvinistische Gruppen mit arminianischer Ausrichtung, die die von Calvin begründete Prädestinationslehre unter Hinweis auf die menschliche Willensfreiheit ablehnten, und
3. radikale und gemäßigte *Puritans*, die sich durch eine radikale Prädestinationslehre („experimental predestinarianism“) sowie durch besondere Vorstellungen bezüglich der Reinheit des Glaubensbekenntnisses und der Liturgie von altkirchlichen Überresten auszeichneten, wobei sie auch die englische Form der Bischofskirche durch ein presbyteriales System ersetzt wissen wollten³⁵⁴. Diese Gruppe, die vor allem in der öffentlichen Verarbeitung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges eine prominente Rolle einnahm³⁵⁵, bildete in Folge der Gegenreformation unter Mary Tudor eine spezifische radikal-protestantische Identität aus, die auf Grundlage der Prädestinationslehre mosaische Auswähltheitsideen mit chiliastischen Erwartungen verband³⁵⁶.

³⁵⁰ Vgl. HAIGH: *Historiography of English Reformation*.

³⁵¹ Vgl. ELTON: *Tudor and Stuart Politics*, 20.

³⁵² FINCHAM: *Introduction: The Early Stuart Church*, 6.

³⁵³ Vgl. COWARD: *Stuart Age*, 81f.; KENDALL: *Calvin and English Calvinism*, 1–13.

³⁵⁴ Vgl. ELTON: *Tudor and Stuart Politics*, 20; COWARD: *Stuart Age*, 83f.

³⁵⁵ Vgl. unten S. 229f.

³⁵⁶ Vgl. GORSKI: *Mosaic Moment*, 1452; BARNES: *Prophecy and Gnosis*, 5; CAPP: *Apocalyptic Thought*, 93f.; mittlerweile wird der zeitgenössische Begriff *Puritans* aber von der Historiographie als wissenschaftlicher Terminus nur noch mit größter Vorsicht verwendet, da er lange Zeit eine bestimmte Forschungsrichtung prägte, die den Englischen Bürgerkrieg als eine „Puritanische Revolution“ deutete (vgl. WALZER: *Revolution of the Saints*). Diese Interpretation übersah aber nicht nur die sozial- und verfassungspolitische Dimension des Bürgerkriegs, sondern auch die Tatsache, dass es sich bei den *Puritans* nicht um eine festgefügte religiöse Gruppe handelt. Vielmehr diente der Begriff oft als polemische Fremdbeschreibung für

Klar außerhalb der anglikanischen Kirche stand die katholische Minderheit. Auch sie bildete keine feste religiöse Einheit in der Diaspora, sondern zerfiel vielmehr in zwei Spielarten katholischer Abweichung von der anglikanischen Lehre³⁵⁷:

1. Die katholisch Geblienen im Sinne jener häufig unterprivilegierten Schichten in den abgelegenen Regionen Englands mit unterentwickelter protestantischer Seelsorge, die weiterhin dem vorreformatorischen, altkirchlichen Bekenntnis anhängen, sowie
2. die Anhänger eines neuformierten gegenreformatorischen Katholizismus, oftmals privilegierte Landbesitzer oder Magnaten, die zum Teil sogar als Friedensrichter öffentliche Aufgaben wahrnahmen.

Das Verhältnis der einzelnen protestantischen Gruppen untereinander und ihre Haltung zur anglikanischen Kirche bildeten seit den 1960er Jahren den Gegenstand einer prominenten Forschungskontroverse. Sie nahm ihren Ausgangspunkt von der Annahme, „[...] dass die Jahre 1641–49 sich vor allem darin auf grundlegende Weise von zeitgenössischen Revolten und Ständekonflikten Westeuropas unterschieden, dass sie einem religiös-politischen Radikalismus ganz eigener Prägung und von letztlich revolutionärer Intensität hervorbrachten“³⁵⁸. Unter dem Stichwort der „puritanischen Revolution“ gehen Christopher Hill und Michael Walzer dabei davon aus, dass der verschärfte Antagonismus zwischen anglikanischer Mehrheitskonfession und oppositionellen *Puritans* Hauptursache für den Bürgerkrieg gewesen sei³⁵⁹.

Bereits in den 1970er Jahren wurde diese Auffassung von Nicholas Tyacke und Patrick Collinson relativiert. Beide stellen in ihren Arbeiten heraus, dass es trotz einzelner Streitpunkte in der elisabethanischen und jakobitischen Kirche einen weitreichenden Konsens zwischen *Puritans* und anglikanischen Konformisten auf der Grundlage einer evangelischen Theologie gegeben hat. Der zum Krieg führende Grundsatzkonflikt sei erst mit der Thronbesteigung von Karl I. und der Karriere des arminianisch gesinnten Bischofs Laud ausgebrochen. So habe es keinen Konflikt zwischen *Puritans* und konservativen Bischöfen, sondern in Wirklichkeit eine calvinistische Gegenrevolution gegen die arminianische Lehre vom freien Willen und der universellen Gnade Gottes gegeben³⁶⁰.

Gegen beide Ansätze wenden sich die jüngeren Arbeiten von Peter White. White lehnt generell die These eines Grundsatzkonfliktes innerhalb der englischen Kirche ab, der für den Bürgerkrieg ursächlich gewesen sei. Vielmehr sei die frühe Stuart-Kirche vor allem durch Ausgleichsbemühungen der einzelnen protestantischen Grup-

verschiedene radikal-protestantische Strömungen, die die theologischen Nuancen und dogmatischen Abstufungen innerhalb der radikal-protestantischen Richtung missachtete (Vgl. COLLINSON: Puritan); zur Umschreibung dieser religiösen Gruppe werden daher im Folgenden vor allem die Begriffe radikaler oder militanter Protestantismus verwendet.

³⁵⁷ Vgl. COWARD: Stuart Age, 79f.; zur Politik der englischen Krone gegenüber der katholischen Minderheit vgl. QUESTIER: English Romanism; DERS.: Religious Conformity.

³⁵⁸ GREYERZ: Jahrhundert der Revolutionen, 31.

³⁵⁹ Vgl. FINCHAM: Introduction: The Early Stuart Church, 2f.

³⁶⁰ TYACKE: Puritanism, 119; COLLINSON: Protestant Culture, 33.

pen bei dogmatischen Konflikten wie der Prädestinationslehre oder der Episkopalverfassung geprägt gewesen. So habe es eine Art *via media* innerhalb der anglikanischen Kirche gerade nach der Synode von Dordrecht 1619 zwischen calvinistischen, altkirchlichen und arminianischen Strömungen gegeben, wobei sich die Mehrzahl der Geistlichen grundsätzlich den anderen protestantischen Kirchen Europas zugehörig fühlten, sich theologisch aber keineswegs an eine rein calvinistische, lutherische oder arminianische Variante banden³⁶¹.

Ungeachtet der Frage nach der Existenz und Intensität des Konflikts zwischen den einzelnen protestantischen Strömungen innerhalb der englischen Kirche des frühen 17. Jahrhunderts kann aber im Ergebnis festgehalten werden, dass die frühe Stuart-Herrschaft aus konfessioneller Sicht nicht jene Eindeutigkeit bei der Einordnung im relativ weiten Spektrum des Protestantismus aufweist, wie dies bei den skandinavischen Königreichen oder den protestantischen Reichsterritorien der Fall ist. So bedurfte es bereits beim Thronantritt von Jakob I. 1603 einer intensiven Klärung des religiösen Status quo im vereinigten Königreich. Zwar konnte aufgrund der calvinistischen Ausrichtung des Herrschers ein gegenreformatorischer Umschwung wie 1553 unter Mary Tudor ausgeschlossen werden, jedoch sah sich der Monarch sehr früh weitreichenden religionspolitischen Erwartungen der unterschiedlichen protestantischen Strömungen ausgesetzt, die eine Vermittlung erforderten³⁶².

Jakob I. bediente sich bei dieser Aufgabe eines traditionellen Instruments der Konfessionspolitik. Mit einem 1604 am Hampton Court in der Nähe von London veranstalteten Religionsgespräch zwischen den wichtigsten protestantischen Gruppen sollte unter aktiver Mitwirkung des theologisch versierten Monarchen eine tragfähige Neuausrichtung der anglikanischen Kirche im Sinne einer *via media* zwischen westeuropäischen Calvinismus und altkirchlicher Tradition gefunden werden³⁶³. Der Kompromiss stellte aber wiederum eine Bestätigung der elisabethanischen Religionsverfassung dar, denn trotz der Stärkung der calvinistischen Theologie vor allem in der Prädestinationsfrage wurden altkirchliche Strukturen wie das Episkopalsystem sowie die Beibehaltung der traditionellen Frömmigkeitskultur und Riten fortgeschrieben³⁶⁴.

Dieser Religionskompromiss trug deutlich die Handschrift des englischen Monarchen. Im Gegensatz zu seiner Vorgängerin nahm Jakob I. massiven inhaltlichen Anteil an religiösen Fragen und profilierte sich bereits vor 1603 als Verfasser religiöser Abhandlungen. Viele Grundideen des Religionsabkommens von 1604 wurden in der bedeutendsten staatspolitischen Schrift Jakobs vorweggenommen, dem 1599 erschienen politischen Testament für den Thronerben Henry: *Basilikon Doron*³⁶⁵. In der zweiten Auflage der Abhandlung von 1603 finden sich die Grundideen für das religionspolitische Abkommen von 1604:

³⁶¹ WHITE: Early Stuart Church, 211.

³⁶² Vgl. COLLINSON: Jacobean Religious Settlement, 27f.

³⁶³ Vgl. FINCHAM/LAKE: Ecclesiastical Policies, 25f.

³⁶⁴ Vgl. ELTON: Tudor and Stuart Politics, 21; COLLINSON: Jacobean Religious Settlement, 48.

³⁶⁵ JAKOB I.: Basilikon Doron.

1. Die Episkopalverfassung der Kirche gilt Jakob I. als vitaler Bestandteil seiner eigenen Königsherrschaft. Trotz der eigenen calvinistischen Grundausrichtung lehnt der Monarch die Einführung einer presbyterialen Kirchenordnung kategorisch ab, da seine Stellung als Oberhaupt der Kirche eine hierarchische Ordnung der Geistlichkeit erfordere³⁶⁶.
2. Mit dem Suprematieanspruch verbindet sich die systematische Unterscheidung der Religionsgruppen des Königreichs in Konformisten und Non-Konformisten. Wichtigster Ausdruck des anglikanischen Konformismus bleibt bei Jakob I. neben der Akzeptanz der wichtigsten anglikanischen Religionssätze die unbedingte Anerkennung seiner geistlichen und weltlichen Funktion. Diese relativ offene Definition der Zugehörigkeit zur anglikanischen Kirche eröffnet erst die Möglichkeit des in Hampton Court beschlossenen Mittelweges zwischen Calvinismus und traditionellem Anglikanismus. Jakob als Vertreter einer gemäßigten Prädestinationslehre („credal predestinarianism“) lässt damit die Reichweite der Gnadenlehre weitgehend im Ermessen der einzelnen Religionsgruppen³⁶⁷.

Auf der Grundlage dieser weiten Konformitätsidee ergab sich stellenweise die Möglichkeit zur Integration altkirchlicher Gruppen mit Hilfe des *Oath of Allegiance*. Jedoch blieb der Umgang Jakobs I. mit der katholischen Minderheit stark ambivalent. Denn obwohl Jakob I. die irenische Idee einer *via media* teilweise auch auf die Altgläubigen ausdehnte, die sich deutlich unter seine kirchliche Suprematie stellten³⁶⁸, ist bei ihm eine Gratwanderung zwischen Irenik und scharfem Antikatholizismus beobachtbar. So handelte es sich bei Jakob I. trotz der religions- und außenpolitischen Schieds- und Ausgleichsidee wegen seines klaren Anti-Papismus und Antikatholizismus auf alle Fälle nicht um jene pazifistische Integrationsfigur und jenen Vorkämpfer für eine Ökumene, wie dies William Patterson in seiner Biographie darstellt³⁶⁹.

Die wichtigsten Änderungen nach der Thronbesteigung Karls I. 1625 betrafen neben einer klaren Abgrenzung zu den radikalprotestantischen Non-Konformisten³⁷⁰ und der Stärkung der Bischofsverfassung³⁷¹ vor allem die Kirchenpersonalpolitik. Während Jakobs *via media* bei der Berufung der höheren Geistlichkeit ihr Ende fand und mit Abbot ein dezidiert calvinistischer, antikatholischer und auch antiarminianischer Theologe das höchste geistliche Amt des Erzbischofs von Canterbury innehatte, bevorzugte Karl I. arminianisch gesinnte Geistliche, allen voran Laud und Richard Montague (1577–1641) als Hofgeistliche und ersteren sogar als Abbots Nachfolger.

³⁶⁶ Vgl. ebd., 23f.; COLLINSON: *Jacobean Religious Settlement*, 43f.

³⁶⁷ Vgl. JAKOB I.: *Basilikon Doron*, 7f.; LAKE: *Calvinism and the English Church*, 34f.

³⁶⁸ Vgl. LEE: *James VI and I*, 171f.; HOLLAND: *Abbot*, 42.

³⁶⁹ PATTERSON: *James VI and I*; überhaupt bleibt der Begriff „Pazifismus“ sowohl für die Außenpolitik von Jakob I., als auch für die internationalen Beziehungen der Frühen Neuzeit angesichts der in Kapitel I.1.a dargestellten Ubiquität von Krieg weitgehend diffus. Im Folgenden beschreibt „pazifistisch“ denn auch eine auf Kriegsvermeidung angelegte Diplomatie ohne die im späten 19. und 20. Jahrhundert erfolgte ideologische Überhöhung.

³⁷⁰ Vgl. COLLINSON: *Jacobean Religious Settlement*, 35f.; FINCHAM/LAKE: *Ecclesiastical Policies*, 38f.

³⁷¹ Vgl. FINCHAM: *Episcopal Government*, 90.

Beide Theologen förderten neben der Episkopalverfassung die weitere Integration altkirchlicher Riten in die anglikanische Liturgie und stellten das englische Kirchenwesen in einen stärkeren Zusammenhang mit der Tradition der vorreformatorischen katholischen Kirche³⁷².

Trotz dieser Maßnahmen ereignete sich aber unter Karl I. kein plötzlicher konfessioneller Umschwung im Sinne einer arminianisch-anticalvinistischen Gegenreformation. Nicht nur konnten neben Laud und Montague weiterhin dezidiert calvinistische Theologen am Hofe bestehen, auch war die arminianische Richtung in der anglikanischen Kirche zu sehr zersplittert, als dass sie als konsistente Gegenbewegung zum englischen Calvinismus hätte wirken können³⁷³.

In der Gesamtschau bleibt festzuhalten, dass es sich bei England im Zeitraum zwischen 1608 und 1632 innerhalb des weiten staatskirchenrechtlichen Korsetts der anglikanischen Kirche um ein konfessionell heterogenes religiöses Gebilde handelte, das einer Vielzahl von protestantischen Glaubensrichtungen ein Dach gab, daneben aber auch mit katholischen Minderheiten in einigen Regionen und Schichten der Bevölkerung konfrontiert blieb. Für die außenpolitische Grundausrichtung des Königreichs bedeutet dies, dass zwar das reformierte Selbstverständnis England klar dem protestantischen Mächteblock zuordnete. Jedoch lieferte die Vielzahl von religiösen Gruppen und konfessionellen Strömungen innerhalb der anglikanischen Kirche ein stetes Reservoir an Konflikten und Konfliktlinien, die nicht nur wie bereits gesehen regelmäßig an den Hof als politisches Entscheidungszentrum getragen wurden und dort zur Bildung bestimmter höfischer Faktionen führte, sondern diverse mentale Landkarten bei der Interpretation des Weltgeschehens sowie bei der Ein- und Zuordnung außenpolitischer Programme bereitstellten. Fragen der außenpolitischen Bündnispolitik konnten so schnell zu religiösen Themen der konfessionellen Solidarität werden, andererseits drohte bei einer eindeutigen konfessionellen Positionierung in der Außenpolitik ein Aufbrechen des religiösen Friedens sowie des Mittelwegs zwischen den verschiedenen protestantischen Denominationen.

b) Protestantische Militanz als Ausdruck politischer Unsicherheit – die religionsrechtliche Sonderrolle der Kurpfalz im bikonfessionellen Reich

Im Vergleich zum englischen Königreich repräsentierte die Kurpfalz des frühen 17. Jahrhunderts aufgrund der Eindeutigkeit von Glaubensbekenntnis und Kirchenordnung für die Historiographie lange Zeit einen geradezu klassischen Vertreter des westeuropäischen Calvinismus im Reich. Mit der Einführung eines von der lutherischen Dogmatik abweichenden Katechismus 1563 habe der Kurstaat eine religiöse Grundentscheidung vollzogen, die ihn neben Nassau, Teilen des Herzogtums Jülich-Kleve-Berg sowie der Hansestadt Bremen für lange Zeit zu einer konfessionellen Ausnahme innerhalb des Augsburger Religionsfriedens von 1555 machte. Diese Son-

³⁷² Vgl. FINCHAM/LAKE: *Ecclesiastical Policies*, 38; MILTON: *True Church*, 187f.

³⁷³ Vgl. LAKE: *Calvinism and the English Church*, 196f.

derrolle zog aber nicht nur territorialstaatliche Konsequenzen nach sich, sie beeinflusste auch erheblich die Stellung der Kurpfalz im Reich und im europäischen Mächtesystem³⁷⁴.

Bei der genauen Terminologie hinsichtlich des religiösen Charakters der Kurpfalz ergeben sich aber erste Schwierigkeiten, die die These einer eindeutigen konfessionellen Positionierung des Reichsstands ähnlich wie im Falle Englands erschweren. Es ist zu bezweifeln, dass der Begriff „Calvinismus“ in letzter Konsequenz eine adäquate Beschreibung für die Kirchenverfassung der Kurpfalz ist. Denn mit den Religionsreformen unter Kurfürst Friedrich III. wurden zwar Elemente der Lehre Calvins und Ulrich Zwinglis (1484–1531) in das Heidelberger Bekenntnis übernommen, jedoch vermieden die Pfälzer Reformatoren der 1560er Jahre eine Grundentscheidung für das Genfer Gemeindemodell. So atmete die presbyteriale Kirchenordnung der Kurpfalz auch weiterhin eher den lutherischen Geist des landesherrlichen Kirchenregiments als den kommunalistischen Charakter der Schweizer Gemeinden³⁷⁵. Auch in Fragen der Hofkultur lassen sich die Grenzen des Begriffs „Calvinismus“ erkennen, denn entgegen Calvins Ablehnung bildlicher Darstellung auf Grundlage des zweiten Gebots verfolgten alle Heidelberger Kurfürsten gemäß dem europäischen Standard eine bilderreiche Ausstattung ihrer Höfe und hielten an bestimmten höfischen Riten und Feierlichkeiten fest³⁷⁶.

Schließlich offenbaren sich begriffliche Komplikationen besonders auf dem Feld der internationalen Beziehungen. Zwar unterschied sich die calvinistische Ausprägung einer (Außen-)Politik von der lutherischen gerade in Fragen der potentiellen Schiedsrichterrolle des Kaisers bei internationalen und reichspolitischen Konflikten sowie bei der Grundsatzentscheidung zwischen einer auf das Reich oder auf das Mächteuropa ausgerichteten Politik eines Territoriums³⁷⁷. Der Begriff des „politischen Calvinismus“ beschrieb damit zweierlei: die internationale Solidarität zwischen reformierten Mächten und eine aktive Außenpolitik protestantischer Territorien und Staaten³⁷⁸. Gotthards Verwendung des Adjektivs „protestantisch“ anstelle von „calvinistisch“ weist in diesem Kontext aber auf ein grundlegendes definitorisches Problem hin. Konnte denn nur die Außenpolitik eines „calvinistischen“ Territoriums als „politischer Calvinismus“ aufgefasst werden, oder reihten sich hinter diesem Begriff auch andere Formen protestantischer Politik ein? Für Gotthard bildet denn auch die württembergische Politik einen Bestandteil der internationalen Ausrichtung des „politischen Calvinismus“, trotz der Zugehörigkeit zur lutherischen Konfessionskirche³⁷⁹. Gerade im Bereich der internationalen Beziehungen zeigt sich damit, dass mit den Begriffen „Luthertum“ und „Calvinismus“ Idealtypen geschaf-

³⁷⁴ Vgl. BENRATH: Eigenart der pfälzischen Reformation, 13; COHEN: Territorial Princes, 141.

³⁷⁵ Vgl. BENRATH: Eigenart der pfälzischen Reformation, 14; BURKHARDT: Reformationsjahrhundert, 125.

³⁷⁶ Vgl. HEPP: Herrschaft in der Kurpfalz, 167f.

³⁷⁷ Vgl. GOTTHARD: Bouwinghausen, 74f.

³⁷⁸ Vgl. MERZ: Calvinismus im Territorialstaat, 49.

³⁷⁹ GOTTHARD: Konfession und Staatsräson, 4.

fen wurden, die zwar eine gewisse Orientierung im breiten Spannungsfeld zwischen den Wittenberger und Genfer Lehren gewährleisteten, die aber besonders in den Mächtebeziehungen nur teilweise aussagekräftig sind³⁸⁰.

Aufgrund dieser terminologischen Schwierigkeiten vermeidet die Forschung im Falle der Kurpfalz und jener vergleichbaren Reichsterritorien, die nicht zur lutherischen Konfession gerechnet werden, den Begriff „Calvinismus“ und schlägt demgegenüber den spezifischeren Terminus der „Zweiten Reformation“ vor³⁸¹. So habe sich seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts eine reformierte Konfessions- und Kirchenbildung in einigen ehemals lutherischen Territorien des Reichs vollzogen, die Elemente der lutherischen Kirchenverfassung mit Aspekten der calvinistischen Theologie vor allem in Fragen der Abendmahlsauffassung und der Prädestinationslehre verbanden³⁸². Neben diesen theologischen Argumenten sprechen auch – wie noch zu sehen ist – reichsverfassungsrechtliche und politische Gründe für die Verwendung der Terminologie „reformiert“ anstelle „calvinistisch“, da sich die Reichsterritorien mit letzterem eindeutig außerhalb des Augsburger Religionsfriedens gestellt hätten und die Zuschreibung *Calvinist* ähnlich wie *Puritan* von Anbeginn an polemische Fremdbeschreibung der Konfessionsgegner darstellten³⁸³.

Bei der detaillierten Betrachtung der kurpfälzischen Reformationsgeschichte zeigen sich aber wiederum die Grenzen wissenschaftlicher Begriffsbildung. Die konfessionelle Entwicklung der Pfälzer Territorien im 16. Jahrhundert verlief weniger nach dem Muster einer aufeinanderfolgenden lutherischen und später calvinistischen Reformation im Sinne einer „Zweiten Reformation“. Die Kurpfalz weist vielmehr eine durchgehende reformatorische Politik von den ersten Ansätzen Kurfürst Friedrichs II., über Ottheinrich bis hin zu Friedrich III. auf³⁸⁴. Die Hinwendung der Kur-

³⁸⁰ Vgl. MERZ: Calvinismus im Territorialstaat, 66.

³⁸¹ In Konkurrenz zu „reformiert“/„Zweiter Reformation“ steht zudem der von Heinrich HEPPE und Gustav DROYSEN geprägte Begriff der „Deutschreformierten“ als dritte protestantische Spielart neben Konkordisten und philippistischen Lutheranern innerhalb des deutschen Protestantismus, vgl. HEPPE: Deutsch-reformirte Kirche; DROYSEN: Geschichte der Gegenreformation, 145f.

³⁸² Vgl. KLUETING: „Zweite Reformation“, 262f. Klueping hält dem Begriff der „Zweiten Reformation“ entgegen, dass er als Quellenbegriff erst Ende des 17. Jahrhunderts auftaucht und somit keine Selbstbezeichnung der Anhänger Calvins von 1560 bis 1618 als Hochzeit des Reformiertentums darstellt. Auch habe diese Terminologie nicht die Qualität eines modernen wissenschaftlichen Ordnungs- und Erklärungsbegriffs, da sie mit einer Vielzahl anderer konkurrierender Begriffsbildungen kein umfassendes Verständnis für das konfessionelle Zeitalter liefere, Vgl. ebd., 272.

³⁸³ Vgl. bspw. die konfessionellen Angriffe gegen die Kurpfalz während des Schriftenkriegs mit Pfalz-Neuburg und Bayern, S. 251f.; wird im zweiten Teil der Arbeit im Zusammenhang mit der Außenpolitik der Kurpfalz als einen Aspekt des Gesamtphänomens „politischer Calvinismus“ gesprochen, so ist damit auch weniger die aus einem konkreten fürstlichen Bekenntnis geronnene Außenpolitik, als eine politisch programmatische Praxis gemeint, die, losgelöst von dogmatischen Differenzierungen zwischen lutherischer und calvinistischer Orthodoxie, geeignet ist, politische Systeme und Verhaltensweisen im Mächteuropa am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges zu beschreiben.

³⁸⁴ Vgl. PRESS: „Zweite Reformation“ in der Kurpfalz, 108f.

pfalz zu einer reformierten Variante des Protestantismus im Reich stellt dabei kein zeitlich genau fassbares Ereignis, sondern vielmehr eine kontingente konfessionelle Entwicklung zwischen 1559 und 1569 dar, die mit den beiden Schlüsseljahren 1563 und 1566 wichtige Stationen aufweist³⁸⁵. In diesem Jahrzehnt legte der Kurstaat die Grundlagen für einen längeren Prozess der inneren territorialen Konsolidierung, der reichs- und außenpolitische Vorteile mit sich brachte³⁸⁶.

Die treibende Kraft bei der reformierten Konfessionalisierung der Pfalz muss in der Person des Kurfürsten Friedrich III. selbst gesehen werden, einem frommen Territorialherrn, der mit der Hilfe ausgewiesener theologischer Experten wie Zacharias Ursinus (1534–1584), dem Kanzler Dr. Christoph von Ehem (1528–1592) und den Räten Wenzelaus Zuleger (1530–1596) und Dathenus ein Kirchenwerk schuf, das den Zweifeln des Kurfürsten an der strengen lutherischen Lehre entsprach und die Pfalz konfessionell in eine Mittelposition zwischen Wittenberg und Genf brachte³⁸⁷.

Ausgangspunkt für die Pfälzer Reformation bildete die so genannte Abendmahlsirenik des Erbacher Grafenhauses, das starken Einfluss auf den späteren Kurfürsten Friedrich III. nahm³⁸⁸. So trat Friedrich noch als Pfalzgraf von Simmern dem Frankfurter Rezess von 1558 bei und stellte sich in der Abendmahlsfrage klar gegen die Auffassung der Gnesiolutheraner. Mit der Berufung von Ursinus aus Schlesien an die Heidelberger Universität 1561 gewann der nunmehrige Kurfürst Friedrich III. einen Theologen, der sich als maßgeblicher Autor des auf der Herbstsynode von 1563 erlassenen Heidelberger Katechismus und der daraufhin folgenden Kirchenordnung 1564 hervortat und der die Pfalz einen großen Schritt in Richtung reformiertes Bekenntnis brachte³⁸⁹.

Diese kirchenpolitischen Maßnahmen der Kurpfalz stießen aber nicht nur im katholischen Reich auf Ablehnung. Auch die lutherischen Reichsstände sahen im Katechismus sowie in der Kirchenordnung der Heidelberger Kurfürsten einen Bruch mit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555. Der daraufhin folgende Reichstag von 1566, ebenfalls in Augsburg abgehalten, geriet somit zu einer Bewährungsprobe für das Pfälzer Bekenntnis. Dank des hohen Ansehens Friedrichs III. als vornehmster weltlicher Kurfürst und seiner unbestreitbaren persönlichen Frömmigkeit konnte der Kurstaat den Vorwurf der Häresie parieren und mit Hilfe eines Formelkompromisses eine einstweilige Tolerierung der Reformation in der Kurpfalz durch die lutherischen Stände erreichen³⁹⁰. So brachte der Reichstag 1566 einen wichtigen politischen Erfolg, denn ab nun konnte sich die reformierte Konfession in der Kurpfalz unter dem Schutz des lutherischen Bekenntnisses weiter ausbreiten³⁹¹.

³⁸⁵ Vgl. SEELING: Calvinismus in der Pfalz, 269f.

³⁸⁶ Vgl. COHEN: Territorial Princes, 149f.

³⁸⁷ Vgl. CLASEN: Palatinate, 15.

³⁸⁸ Vgl. HENSS: Reformation in der rheinischen Kurpfalz, 185.

³⁸⁹ Vgl. HENSS: Heidelberger Katechismus, 31; zur Person von Ursinus vgl. Hutter-Wolandt: „Ursinus“, in: BBKL.

³⁹⁰ Vgl. PRESS: Außerhalb des Religionsfriedens, 317.

³⁹¹ Vgl. HEPP: Herrschaft in der Kurpfalz, 65f.

Jedoch drohte der kurpfälzischen Konfession trotz des Erfolgs von 1566 nach dem Tod Friedrichs III. 1576 Gefahr durch die Erbfolge des lutherisch geliebten Pfälzer Stammhalters Ludwig VI. Die reformatorischen Maßnahmen des Vorgängers wurden in den folgenden sieben Jahren weitgehend zurückgenommen, der Kirchenrat ausgetauscht und die meist französisch-reformierten Theologen aus der Universität gedrängt. Erst der jüngere Bruder Johann Casimir knüpfte als Administrator und Vormund für den noch minderjährigen Friedrich IV. seit 1583 wieder an die reformierte Kirchenpolitik an. Mit Hilfe einer öffentlichen Abendmahlsdisputation wurde die von der lutherischen Theologie abweichende reformierte Lehre wieder festgeschrieben und ein klarer theologischer und auch personeller Bruch mit der Konfessionspolitik Ludwig VI. vollzogen³⁹².

Die Gefahr eines erneuten konfessionellen Umschwungs in der Kurpfalz drohte wiederum 1592 durch den Tod des Administrators Johann Casimir und den Ansprüchen des lutherischen Zweigs der Pfälzer Wittelsbacher unter Reichard von Simmern, der aufgrund der noch andauernden Minderjährigkeit des Kurerben Friedrich IV. als Agnat des Hauses die Kuradministration beanspruchte. Wie bereits gesehen, konnte aber auch dank des entschlossenen Eingreifens der reformierten Wetterauer Grafen in Heidelberg ein erneuter Konfessionswechsel des Kurhauses und der damit verbundene Elitenaustausch diesmal verhindert werden³⁹³. Der Wetterauer Graf Ludwig zu Sayn-Wittgenstein wehrte als kurpfälzischer Rat nicht nur die Ansprüche des lutherischen Hauses Simmern ab, er fügte zudem den Kurstaat enger in das internationale reformierte Netzwerk ein, um den konfessionellen Status quo für die Zukunft festzuschreiben³⁹⁴. Die Gefahr der lutherischen Administration oder gar Sukzession in Heidelberg blieb aber auch in Zukunft aufgrund der Instabilität der Pfälzer Wittelsbacherdynastie eine reale Bedrohung³⁹⁵.

Nicht nur bei der inneren territorialstaatlichen Entwicklung wirkte die reformierte Konfession der Kurpfalz als stete Quelle von Instabilität und Unsicherheit. Wie die Ereignisse auf dem Reichstag von 1566 zeigten, geriet das Kurhaus mit der Annahme des Katechismus 1563 in einen schweren Konflikt mit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555. Dieser Konflikt war aber nicht nur theologischer Natur, die Augsburger Übereinkunft erhielt als Reichslandfrieden zugleich eine reichsverfassungsrechtliche Dimension. Die Kernidee dieser Verfassungsregelung bestand darin, die unter-

³⁹² Vgl. KOHNLE: Heidelberger Disputation, 472.

³⁹³ Vgl. oben S. 67f.

³⁹⁴ Vgl. PRESS: Außerhalb des Religionsfriedens, 322; DERS.: Calvinismus und Territorialstaat, 379f.; WOLF: Sicherung des reformierten Bekenntnisses.

³⁹⁵ Einen unabhängigen konfessionellen Sonderweg ging das kurpfälzische Nebenterritorium Oberpfalz. Ungeachtet der reformierten Konfession der Landesherren und trotz intensiver Bemühungen Heidelbergs, die reformierte Lehre auch in den Ländern um Amberg durchzusetzen, hielten die oberpfälzischen Landstände an der lutherischen Tradition fest und tolerierten darüber hinaus Überreste des altkirchlichen Glaubens in den Grenzregionen zu Bayreuth und Bayern. Diese konfessionelle Zerrissenheit der Oberpfalz erleichterte auch die entschiedenen Rekatholisierungsmaßnahmen der siegreichen bayerischen Armee nach der Eroberung 1622. Vgl. SCHMID: Reformation in der Oberpfalz.

schiedlichen Auffassungen in theologischen Wahrheitsfragen zwischen Katholiken und Protestanten mit Hilfe von juristischen Formelkompromissen zu überbrücken (so genanntes *Dissimulieren*) und damit die politische Einheit des Reichsverbands ungeachtet der Differenzen in dogmatischen Fragen zu gewährleisten³⁹⁶.

Die wichtigste Regelung von 1555 legt für das Reich ein rechtlich abgesichertes Nebeneinander zwischen Katholiken und jenen Protestanten vor, die sich in der *Confessio Augustana* bereits 1530 zusammengeschlossen hatten. Diese reichsrechtliche Duldung der Protestanten impliziert zugleich ein klares Sektenverbot, eine Vorschrift, gegen die das kurpfälzische Bekenntnis nach Ansicht der katholischen und einiger lutherischer Beobachter verstieß. Damit ließen die theologischen Differenzen zwischen Lutheranern und Reformierten in der Abendmahlfrage die „Zweite Reformation“ zu einem weiteren ungelösten Lehrkonflikt, diesmal innerhalb der protestantischen Partei geraten. Die reformierte Kurpfalz nahm 1566 dabei den Standpunkt ein, dass ihr Bekenntnis in die Augsburger Konfession gemäß der lateinischen Übersetzung von 1540 (*Confessio Augustana Variata*) eingeschlossen sei, jedoch hing die Anerkennung der Reformierten weiterhin vom theologischen Wahrheitsbegriff und der rechtlichen Vertretbarkeit der neuen konfessionellen Position ab, ein Verfassungsproblem des Reichs, das erst mit dem Westfälischen Friedenswerk von 1648 gelöst werden sollte³⁹⁷. Damit versprach das Augsburger Friedenswerk zwar allen lutherischen, nicht aber den reformierten Ständen volle Rechtssicherheit³⁹⁸.

Die rechtliche Vertretbarkeit der kurpfälzischen Konfession wurde zudem seit dem Erlass der Konkordienformel von 1577, die sich wieder stärker an die *Confessio Augustana Invariata* anlehnte, weiter erschüttert. Nicht nur wurde die innerprotestantische Kompromissuche maßgeblich erschwert, die fehlende theologische Einigkeit versorgte zudem die katholische Gegenreformation mit gewichtigen Argumenten, die Politik der Kurpfalz als verfassungswidrig zu deklarieren, womit Reichsacht und Reichsexekution gegen einen Landfriedensbrecher verbunden gewesen wären³⁹⁹. Wie sehr diese Entwicklungen die Kurpfalz in eine reichsrechtlich unsichere Lage brachten und in Heidelberg ein Bedrohungsgefühl weckten, zeigen beispielhaft die Äußerungen des Heidelberger Kanzlers Johann Christoph von der Grün (1555–1622) während einer Sitzung des kurpfälzischen Rats. So warnte Grün am 4./14. April 1605 vor der Gefahr, dass die katholische Seite den Kurfürsten aufgrund seines reformierten Glaubens zum erwarteten Reichsvikariat unfähig erklären und gewaltsam Heidelberg seiner Reichswürden berauben könnte⁴⁰⁰.

Über diese reichsrechtlichen Fragen und das damit verbundene politische Bedrohungsgefühl hinaus wirkte die reformierte Konfession der Kurpfalz auch in sozialpsychologischer Hinsicht bedrohlich dynamisch. Ronnie Po-Chia Hsia zufolge repräsentiert die reformierte Spielart des Protestantismus in stärkerem Maße als die lu-

³⁹⁶ Vgl. HECKEL: Religionsverfassung, 118.

³⁹⁷ Vgl. HECKEL: Reichsrecht und „Zweite Reformation“.

³⁹⁸ Vgl. CLASEN: Palatinate, 9.

³⁹⁹ Vgl. HECKEL: Reichsrecht und „Zweite Reformation“, 33.

⁴⁰⁰ BuA I, Nr. 346.

therische Konfession eine abstrakte, intellektuelle Elitenreligion⁴⁰¹. Dieser elitäre Charakter des Reformiertentums basierte auf der durch das spezifisch calvinistische Abendmahlsverständnis und der Prädestinationslehre entwickelten Vorstellung von der Souveränität Gottes, die gleichzeitig eine politische Verwertbarkeit des Theologischen förderte. Gemäß dem Grundsatz, dass alle Menschen und damit auch die Fürsten im Dienste Gottes stehen, und dass die Ehre Gottes nicht nur das individuelle Bekenntnis und den gemeinsamen Kult, sondern auch das weltliche Handeln gemäß der Bibel erfordere, entwickelten sich Heilige Schrift, Abendmahlsverständnis und Prädestinationslehre zu einem wichtigen Reservoir für politisches Handeln. „So waren die meisten überzeugt, dass sie Gottes Heilige seien, prädestiniert zur ewigen Erlösung, und dass es nichts in dieser Welt oder darüber hinaus gebe, was ihnen ihren Lohn streitig machen könne [...]“⁴⁰².

Die Auswirkungen dieser politischen Dimension des Theologischen wurden seit den 1580er Jahren im Reich und im protestantischen Europa immer deutlicher. Als wichtiges Schlüsselerlebnis gilt dabei die Pariser Bartholomäusnacht vom 24. August 1572 als Sinnbild gegenreformatorischer Brutalität gegen die Protestanten. Das Massaker an den in Paris versammelten Hugenotten förderte nicht nur die Gewaltbereitschaft in den konfessionellen Lagern, sie stellte für die reformierte Partei Frankreichs auch die Legitimität weltlicher Autorität bei klaren Verstößen gegen den Willen Gottes in Frage. Eine Folge war die Ausarbeitung von Widerstandstheorien durch reformierte Autoren (von katholischer Seite polemisch als *Monarchomachen* bezeichnet), die mit ihren Schriften Gehorsams- und Folgepflichten der Untertanen gegenüber dem Souverän in einen theologischen Zusammenhang stellten, der im Extremfall Ungehorsam und sogar Tyrannensturz zuließ⁴⁰³. Wie bereits gesehen, kann davon ausgegangen werden, dass solche Widerstandstheorien in reformierten Reichsterritorien wie der Kurpfalz stellenweise auf fruchtbaren Boden fielen, gab es doch hier eine bis in die frühen Reformationstage zurückreichende Vorstellung der Fürsten und Landesherrn von einer reichsständischen *Libertät*, die die Gehorsamspflicht gegenüber dem Kaiser durch eine klare Bindung des Reichsoberhauptes an die Verfassung und die ständischen Freiheiten relativierte⁴⁰⁴.

Gegenreformation und Vertreibungs- sowie Verfolgungserfahrungen reformierter Gemeinden verschärften damit Kriegserwartung und eschatologische Krisenstimmung und machten eine entschiedene Bündnis- und Außenpolitik gegen den international sich formierenden Antichristen zur einzigen Möglichkeit, das eigene Überleben im Diesseits zu sichern und damit auch der eigenen Heilserwartung zu entsprechen⁴⁰⁵. In der Rückschau stellten die Entwicklungen im eigenen Territorium, im Reich und im europäischen Mächtesystem drei unterschiedliche Quellen der Unsi-

⁴⁰¹ PO-CHIA HSIA: *Social Discipline*, 154.

⁴⁰² KINGDON: *Internationaler Calvinismus*, 232f.; vgl. auch COHEN: *Territorial Princes*, 144; BURKHARDT: *Reformationsjahrhundert*, 130.

⁴⁰³ Vgl. KRETZER: *Calvinismus und französische Monarchie*, 22f.; CLASEN: *Palatinate*, 17.

⁴⁰⁴ Vgl. oben S. 70.

⁴⁰⁵ Vgl. GOTTHARD: „Wer sich salviren könd, solts thun“, 75f.

cherheit für die reformierte Kurpfalz dar. Die stete Furcht vor einem Konfessionswechsel durch Erbfälle verband sich mit dem Bedrohungsszenario eines Ausschlusses aus dem Reichslandfrieden sowie einer Vernichtung durch den gegenreformatorischen, international agierenden Feind und entwickelte sich immer mehr zu einer entscheidenden Quelle radikaler politischer Handlungsoptionen.

c) Patriarchalische Ordnung als Schutz vor dem konfessionellen Chaos – dynastische Legitimität und monarchische Herrschaftsauffassung der frühen Stuarts

Auch auf den britischen Inseln wurden die Schriften der französischen Monarchomachen unter Protestanten rezipiert und angesichts eigener Unrechtserfahrungen gerade während der Verfolgungen unter Mary Tudor auf die eigene Situation angewendet. In den blutigen schottischen Konfessions- und Adelskonflikten entwickelten sich ebenfalls Widerstandstheorien. Einer der prominentesten Autoren, George Buchanan (1506–1582), war sogar ein früherer Lehrer des noch jungen schottischen Thronerben Jakob⁴⁰⁶.

Trotz dieser engen Verbindung und des entschiedenen calvinistischen Glaubens des Thronerben fanden hugenottische und schottische Widerstandslehren bei Jakob I. wenig Anklang. So empfahl der Monarch in *Basilikon Doron* seinem ältesten Sohn zwar das intensive Studium von Chroniken und Geschichtsbüchern als gute Vorbereitung für seine eigene Herrschaft, er warnte ihn aber zugleich vor dem schlechten Einfluss radikal-protestantischer Abhandlungen wie der seines Lehrers:

I meane not of such infamous inuectiues, as Buchanas or Knoxes Chronicles: and if any of these infamous libels remaine vntill your dayes, vse the Law vpon the keepers thereof: For in that point I would haue you a Pythagorist, to thinke that the very spirits of these archibellouses of rebellion, haue made transition in them that hoardes their bookes, or maintaines their opinions; punishing them euen as it were their authors risen againe⁴⁰⁷.

Die politischen Empfehlungen von Jakob I. an seinen Erben zeugen von seiner rigiden Herrschaftsauffassung. Die radikale Ablehnung eines religiösen Widerstandsrechts gegen eine weltliche legitime Herrschaft zeigt, inwiefern der englische Monarch das dynastische Herrschaftsrecht über Überlegungen konfessioneller Solidarität stellte. Denn die weltliche Herrschaftsgewalt der Monarchen und Fürsten gehe direkt auf Gottes Willen zurück. Dies verpflichtete alle Herrscher zur gegenseitigen Solidarität sowie zur Abwehr von Widerstand und Rebellion der Untertanen:

Vse all other Princes, as your brethren, honestly and kindly: Keepe precisely your promise vnto them, although to your hurt: Striue with euerie one of them in courtesie and thankfulness: and as with all men, so especially with them, bee plaine and trowthfull; keeping euer that Christian rule, to doe as yee would be done to: especially in counting rebellion against any other Prince, a crime against your owne selfe, because of the preparatiue. Supplie not

⁴⁰⁶ Vgl. LEE: James VI and I, 31f.

⁴⁰⁷ JAKOB I.: *Basilikon Doron*, 40.

*therefore, nor trust not other Princes rebels; but pittie and succour all lawfull Princes in their troubles*⁴⁰⁸.

Die Legitimitätstheorie von Jakob I. wirft bereits Schatten auf die Entwicklung monarchischer Herrschaftsauffassung im Zeitalter des so genannten Absolutismus voraus. Für die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert stellt dieser radikale Machtanspruch in Europa aber immer noch ein Novum dar, das den französischen Minister Maximilien de Béthune, Duc de Sully (1560–1641) im Jahre 1603 anlässlich der Sukzession der Stuarts in England zu der Bemerkung veranlasste: *Tant il* [Jakob I., M.R.] *abhorre tout sujet qui [...] lève les armes contre son legitime Prince!*⁴⁰⁹

In der Forschungskontroverse um die Gründe für den Ausbruch des englischen Bürgerkriegs gilt es mittlerweile als gesicherte Erkenntnis, dass mit der Nachfolge Jakobs I. auf dem englischen Thron das Königreich mit einer neuen Herrschaftsauffassung konfrontiert wurde, die auf starken dynastischen Vorstellungen beruhte und damit Zündstoff für die Auseinandersetzung mit den im Parlament vertretenen Gruppen und Ständen des Königreichs lieferte⁴¹⁰. Die in mehreren Schriften formulierte Herrschaftsidee Jakobs I. barg tatsächlich ein großes Konfliktpotential. Denn neben dem protestantischen Sendungsbewusstsein stellte das Common Law einen wichtigen Baustein der englischen Rechtstradition dar. Gerade unter den Humanisten des 16. und frühen 17. Jahrhunderts herrschte die entschiedene Vorstellung, dass das Common Law und das auf die Magna Charta von 1215 zurückgehende Verfassungsrecht bedeutende Bestandteile einer Freiheitstradition lieferten, die noch bis vor die Zeit der normannischen Eroberung zurückreiche und die den Untertanen im Konfliktfall mit der Krone ein begrenztes Widerstandsrecht einräume⁴¹¹.

Dieser englischen Rechtstradition stand seit 1603 das neue Selbstverständnis der Stuarts gegenüber, wie es in der bedeutendsten herrschaftstheoretischen Schrift Jakobs I. zum Ausdruck kommt. In *The True Law of Free Monarchs* von 1598 betont der schottische Monarch nicht nur seine dynastische und göttlich legitime Nachfolge, er knüpft zugleich auch an die normannische Eroberung unter Wilhelm dem Eroberer von 1066 an, die ein neues monarchisches Recht und damit vor allem die königliche Prerogative begründet habe⁴¹². Gemäß dieser Rechtstradition soll und muss der Monarch sich zwar an das Gesetz halten, doch so wie Gott sich durch Wunder über die göttlichen Gesetze hinwegsetzen könne, so komme seinen fürstlichen Stellvertretern auf Erden in Form der Prerogative ebenso das Recht zu, sich in Krisensituationen über die weltlichen Gesetze zu stellen⁴¹³, eine Vorstellung, die eklatant gegen die

⁴⁰⁸ Ebd., 28; so zeigte sich Jakob I. anlässlich des Besuchs des Kurerben Friedrich V. in Cambridge auch sehr ungehalten darüber, dass die englischen Gelehrten sich über die Vorteile einer Wahlmonarchie ausließen, vgl. John Chamberlain an Dudley Carleton, London, 25. März 1623, in: ANONYM.: *Court and Times*, Nr. 239.

⁴⁰⁹ Zit. n. WITTE: *Ansichten Jakobs I.*, 141.

⁴¹⁰ Vgl. SOMMERVILLE: *Politics and Ideology*, 46f.

⁴¹¹ Vgl. ASCH: *Elect Nation*, 130f.

⁴¹² Vgl. JAKOB I.: *Trew Law of Free Monarchies*, 62; PECK: *Mental World*, 6.

⁴¹³ Vgl. SOMMERVILLE: *Politics and Ideology*, 32f.

parlamentarische Auffassung verstieß, dass allein die Einheit von Unter- und Oberhaus versinnbildlicht durch das *body politick* Ausdruck des Gemeinwohls (*common weal*) sei⁴¹⁴.

Trotz dieser gegensätzlichen Rechtsvorstellungen entbrannte aber 1603 kein ernsthafter Konflikt zwischen Krone und Parlament. Dies lag zunächst daran, dass der Übergang von Tudors zu Stuarts von beiden Seiten Kompromissbereitschaft im Dienste der politischen Stabilität erforderte und eine Totalkonfrontation der Rechtsauffassungen vermieden werden musste. So standen in den Verfassungsdebatten der Parlamente zwischen 1604 und 1621 zwar verschiedene Interpretationen des Common Law auf der Tagesordnung, eine politische Krise wie in den späten 1620er und 1630er Jahren konnte aber verhindert werden⁴¹⁵. Weiterhin blieben Jakobs Vorstellungen von Gottesnadentum und monarchischer Prärogative weitgehend theoretischer Art, die in der praktischen Politik der Jahre 1603 bis 1621 nicht zu einer Form des proto-absolutistischen Regierens führten⁴¹⁶.

Dass mit Ausnahme der letzten vier Herrschaftsjahre zwischen Jakob I. und der selbstbewussten Ständevertretung kein grundsätzlicher Konflikt über politische und verfassungsrechtliche Fragen ausbrach, lag aber auch an dem zeitgenössischen Verständnis von Konflikt und Kooperation im politischen Prozess. Jene Forschungen, die in den unterschiedlichen Herrschaftskonzepten auch den Ausdruck von Konfliktbereitschaft der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen sehen, vernachlässigen die Bedeutung von Konfliktvermeidung als hohes Gut in der Vorstellungswelt der englischen Renaissance. So kommen jüngere Studien zur englischen Geistes- und Mentalitätsgeschichte zu dem Ergebnis, dass das Weltbild breiter Bevölkerungsschichten um 1600 von einem spezifischen Harmoniekonzept geprägt war. Alltags- und politische Handlungen sollten dem Ideal einer weltlichen Harmonie folgen, die der kosmisch-göttlichen Harmonie entsprach. Eine Schlüsselstellung nahm dabei die weltliche Herrschaft des Fürsten ein, der als Richter einen Ausgleich der Extreme zu erreichen und dadurch die weltliche Harmonie zu sichern hatte. Aufgabe des englischen Monarchen war es somit, durch Rechtshandeln die Balance im *body politick* zu halten. Für den Machtbegriff der Renaissance bedeutete dies, dass königliche Herrschaft eben nicht identisch war mit dem königlichen Willen, sondern dass politisches Handeln einen klaren Rückbezug auf den Willen Gottes aufweisen musste, der als einziger das Wohl des Reiches sichern konnte. Macht geriet damit zu einer stets zu Gott relativen Größe und folgte noch nicht der modernen Auffassung, es handle sich dabei um das Ergebnis einer politischen Konfrontation, wie sie erst mit der Staatslehre von Hobbes greifbar wird⁴¹⁷.

Die konfessionellen Auseinandersetzungen der englischen Reformation stellten eine gefährliche Bedrohung für dieses Harmonieideal dar. In der Regierungszeit von

⁴¹⁴ Vgl. HIRST: England in Conflict, 2.

⁴¹⁵ Vgl. CHRISTIANSON: Ancient Constitution, 72.

⁴¹⁶ Vgl. WORMLAND: James VI and I, 52f.

⁴¹⁷ Vgl. SHARPE: Politics and Ideas, 14f.

Elisabeth I. wurden daher auch die Bemühungen der englischen Krone deutlich, durch ein immer wiederkehrendes Ausbalancieren der religiösen Parteien und Interessen die Harmonie im *body politick* zu bewahren und es nicht zu einer Situation kommen zu lassen, in der wie in Frankreich die fehlende Balance zu einer grundsätzlichen Gefahr für die monarchische Herrschaft werden konnte⁴¹⁸.

Ein wichtiges Instrument für diese Form der auf Balance gerichteten Herrschaft stand der englischen Krone aber erst mit dem Regierungsantritt von Jakob I. zur Verfügung: die dynastische Politik. Denn Sinnbild für die weltliche Harmonie ist im frühen 17. Jahrhundert vor allem der häusliche Friede unter einer patriarchalischen Ordnung, die durch die *Virgin Queen* Elisabeth nicht repräsentiert werden konnte. Die frühen Stuarts lehnten sich eng an eine dynastische Ordnungsvorstellung an, in der das antikatholische, calvinistische Weltbild mit dem Ideal einer väterlichen Ordnung verbunden wurde, die Hass und Gewalt aus dem öffentlichen Leben verbannen sollte:

*By the Law of Nature the King becomes a naturall father to all his Lieges at his Coronation: And as the Father of his fatherly duty is bound to care for the nourishing, education, and vertuous government of his children; euen so is the king bound to care for all his subjects*⁴¹⁹.

Eine Schlüsselstellung nahm dabei die königliche Dynastie selbst ein, denn sie war sinnlich erfahrbarer Ausdruck für die väterliche Ordnung des gesamten Reichs. Dynastische Politik war für die frühen Stuarts damit keine als Privatangelegenheit gedachte Familienpolitik, sondern ein fundamentaler Vorgang zur Stabilisierung der Herrschaft und der öffentlichen Ordnung⁴²⁰.

Der große Stellenwert dieser patriarchalischen Herrschaftsauffassung und damit verbunden von dynastischer Politik rührte im Falle von Jakob I. aus der persönlichen Erfahrung seines schottischen Königtums her. Das letzte Drittel des 16. Jahrhunderts war für die Stuart-Herrschaft geprägt von dynastischen Konflikten um das Schicksal von *Mary Queen of Scots* (1542–1567) und Maria Stuart (1542–1587), von immer wiederkehrenden Adelsrevolten gegen die Berater des noch minderjährigen Königs sowie von konfessionellen Konflikten zwischen protestantischen und altkirchlichen Gruppen⁴²¹. Die Rückgewinnung der ins Wanken geratenen politischen Balance durch die Befriedung dieser Konflikte konnte für Jakob I. nur durch die Stabilisierung der eigenen Dynastie sowie durch die Durchsetzung der patriarchalischen Ordnung in Kirche und Adel geleistet werden⁴²².

Politischer Ausgleich und weltliche Harmonie auf dynastischer Grundlage gerieten für Jakob I. damit zu einem wichtigen Ordnungsprinzip und Instrument bei der Überwindung von Chaos und Krieg. Ehe, Liebe und Fortpflanzung wurden dabei

⁴¹⁸ Vgl. ebd., 17.

⁴¹⁹ JAKOB I.: *Trew Law of Free Monarchies*, 55.

⁴²⁰ Vgl. SMUTS: *Peace and War in Stuart Court Culture*, 217f.

⁴²¹ Vgl. WORMLAND: *James VI and I*, 48; LEE: *James VI and I*, 47f.

⁴²² Vgl. ebd., 57f.

nicht nur in höfischen Maskenspielen als dominante Codes der Leistungsfähigkeit dynastischer Politik für die weltliche Harmonie gefeiert⁴²³. Ihnen folgten auch praktische Maßnahmen. So förderte der Monarch nach dem parlamentarischen Scheitern einer politischen Union zwischen England und Schottland 1606 entschieden dynastische Bündnisse zwischen englischen und schottischen Adligen, die auf Grundlage einer gemeinsamen Nachkommenschaft die *perfect union* dynastisch verwirklichen und somit dem neuen Königreich Stabilität verleihen sollten⁴²⁴. Und auch auf der internationalen Bühne diente dynastische Politik als wichtiges Instrument zur Stabilisierung von Frieden und zur Ausbalancierung der Gewichte in der Christianitas, verfügte Jakob I. mit zwei Söhnen und einer Tochter doch über ein ausreichendes dynastisches Potential.

Nach dem erbpolitischen Glücksfall von 1603 und dem stabilen Herrschaftsübergang von Tudors zu Stuarts entwickelte sich dynastische Politik unter Jakob I. zu einem bedeutenden Instrument der Absicherung des politisch Erreichten und zur Sicherstellung eines Harmonieideals angesichts der prekären politischen und konfessionellen Lage innerhalb und außerhalb des englischen Königreiches. Sie unterschied sich dadurch grundsätzlich von der dynastischen Politik der Kurpfalz, die auf Zuzug und Verbesserung des Status quo angesichts einer harten konfessionellen und dynastischen Wettbewerbssituation ausgerichtet war.

d) Rangerhöhung als dynastische Räson – die Pfälzer Wittelsbacher zwischen innerfamiliärer Konkurrenz und „quasi-königlicher“ Politik

Die pfälzische Geschichte ist seit der Belehnung der rheinpfälzischen Gebiete an Herzog Ludwig I. von Bayern (1174–1231) im Jahre 1214 eng mit der Wittelsbacher Dynastie verbunden. Jedoch ereignete sich bereits um 1300 eine Aufteilung des Gesamthauses in eine rudolfinisch-pfälzische sowie eine bayerisch-wilhelminische Linie⁴²⁵. Diese Teilungsvorgänge setzten sich im Spätmittelalter innerhalb des Hauses Pfalz weiter fort. So bildeten sich nach einer Reihe von Erbfällen 1410 mit den Linien Kurpfalz, Pfalz-Simmern, Neuburg und Zweibrücken unterschiedliche Pfälzer Linien heraus, die bis 1799 abwechselnd die herrschende Dynastie stellten⁴²⁶.

Trotz dieser Tradition von Erbteilungen und der Eigenständigkeit einzelner familiärer Zweige blieb innerhalb der Wittelsbacher Dynastie ein erstaunlich starkes Gesamthausbewusstsein über die fundamentalen Veränderungsprozesse des Mittelalters und der Frühen Neuzeit hinweg erhalten. Das Haus Wittelsbach repräsentierte eine europäische Dynastie, die sich durch eine starke Verflechtung der einzelnen Linien untereinander auszeichnete, erkennbar an einer langen Tradition von gegenseitigen Heiraten und Erbinungen. Doch familiäre Kooperation wurde stets auch von dy-

⁴²³ Vgl. SMUTS: *Peace and War in Stuart Court Culture*, 221f.

⁴²⁴ Vgl. BROWN: *Scottish Nobility*, 379.

⁴²⁵ Vgl. KRAUS: *Wittelsbach und Europa*, 426f.

⁴²⁶ Vgl. SPIESS: „Pfalz“; SCHWENNICKE: *Europäische Stammtafeln*, Tafel 95.

nastischen Konflikten begleitet, die sich gerade im Hinblick auf die unterschiedlichen konfessionspolitischen Entscheidungen innerhalb der einzelnen Linien im 16. Jahrhundert verschärften⁴²⁷.

Die wohl bedeutendste Konfliktlinie innerhalb des Gesamthauses blieb bis ins spätere 17. Jahrhundert hinein der pfälzisch-bayerische Gegensatz bezüglich der Kurwürde. Seit dem Mittelalter stellten die Pfalzgrafen bei Rhein die Träger der vornehmsten weltlichen Kurstimme, eine Würde, die mit der Goldenen Bulle 1356 reichsverfassungsrechtlich festgeschrieben wurde. Diese weithin anerkannte Zuteilung des Stimmrechts an das Pfälzer Haus Wittelsbach stieß aber bei der bayerischen Linie seit der Erteilung 1300 bis zur endgültigen Regelung 1648 auf Ablehnung⁴²⁸. Mit dem Hinweis, die erste Erbeinung von Pavia 1329 sehe eine Alternation der Kurstimme zwischen den beiden Hauptlinien Wittelsbach vor, beanspruchte der bayerische Zweig über Jahrhunderte hinweg eine Teilhabe an der Pfälzer Kurwürde, ungeachtet der Tatsache, dass die Goldene Bulle eine Unteilbarkeit der Stimmen im Wahlkollegium sowie die Vererbung der Stimme gemäß dem agnatischen Prinzip festschrieb⁴²⁹.

Im 16. Jahrhundert verband sich der Konflikt um die Kurwürde mit den konfessionellen Auseinandersetzungen zwischen den protestantischen und altgläubigen Reichsständen im Schmalkaldischen Krieg 1546/47. So setzte Kaiser Karl V. bereits 1546 eine mögliche Translation der Pfälzer Kurstimme zugunsten der bayerischen Wittelsbacher als Lockmittel ein, um München für das Vorgehen gegen die Protestanten zu gewinnen⁴³⁰. Dieses Angebot war für die bayerische Linie des Hauses sehr attraktiv, bemühte sich doch Herzog Wilhelm IV. von Bayern (1493–1550) unter Hinweis auf den Nürnberger Erbvertrag von 1524 mit Pfalzgraf Ludwig V. (1478–1544) erneut um den Pfälzer Kurhut. Angesichts dieser Spannungen schlossen sich bereits am 11. Februar 1545 alle Pfälzer Linien zusammen mit dem Ziel, gemeinsam den bayerischen Ansprüchen bezüglich der Kur zu begegnen⁴³¹.

Der Konflikt um die Pfälzer Kur nahm in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts vor allem durch die wachsenden konfessionellen Spannungen zwischen Bayern und Pfalz als Exponenten des gegenreformatorischen und des reformierten Glaubens zu. So standen sich im so genannten Kölner Krieg 1583 die beiden Wittelsbacher Linien sogar militärisch gegenüber, als Pfalzgraf Johann Casimir die Reformation des Stifts mit dem Kandidaten des Domkapitels, Gebhard Truchseß von Waldburg (1547–1601), aktiv unterstützte, wohingegen München mit Ernst von Bayern (1554–1612) sogar einen eigenen bayerischen Kandidaten als Erzbischof aufstellte, um so Köln der katholischen Partei zu erhalten⁴³². Und mit der Sicherung des Kurpfalz für den reformierten Glauben durch die Wetterauer Grafen in den 1590er Jahren und dem Herrschaftsantritt von Herzog Maximilian I. von Bayern (1573–1651) nahm

⁴²⁷ Vgl. KRIEGER: Unionsbestrebungen, 391f. u. 397f.; RALL: Recht der Erstgeburt.

⁴²⁸ Vgl. STEINER: Pfälzische Kurwürde.

⁴²⁹ Vgl. ALBRECHT: Auswärtige Politik, 49f.; STEINER: Pfälzische Kurwürde.

⁴³⁰ Vgl. ALBRECHT: Auswärtige Politik, 50; STEINER: Pfälzische Kurwürde, 14.

⁴³¹ Vgl. MUFFAT: Pfälzischen Kur, 292f.

⁴³² Vgl. WEIS: Haus Wittelsbach, 219.

dieser Gegensatz noch an Schärfe zu, repräsentierte letzterer doch die Verbindung von Gegenreformation und dynastischem Interesse⁴³³.

Trotz dieser Prominenz stellte die Auseinandersetzung um die Heidelberger Kurwürde nur einen Aspekt der übergeordneten Frage nach dem Rang der Dynastie im Reich und in der europäischen Adelsfamilie dar. Denn mit Kurhut, Pfalzgrafentum, Reichsvikars- und Erztruchsessentum übernahmen die Pfälzer Wittelsbacher im Hochmittelalter Titel und Würden, deren Inhaber bereits zwischen 1180 und 1214 stark an Ansehen gestiegen waren und die die nachfolgende Dynastie der Wittelsbacher über die meisten Adelsfamilien des Reichs herausragen ließ beziehungsweise in die Nähe königlicher Dignität brachte⁴³⁴. Damit betrachteten sich die Wittelsbacher seit dem Ende der Stauferherrschaft als königsfähig, ein Anspruch, der erstmalig mit der umstrittenen Wahl Ludwigs des Bayern (1281/1282–1347) zum deutschen König im Jahre 1314 von bayerischer Seite aus eingelöst wurde.

Auch der Pfälzer Zweig der Wittelsbacher verfolgte seitdem eine Politik, die Press als „quasi-königlich“ beschreibt⁴³⁵. Grundlage ihres Anspruchs bildete unter anderem die freilich nicht unumstrittene Funktion der Pfalzgrafen als Vikare des Reichs beim Ableben des römischen Königs (*vacante imperatore*) beziehungsweise bei der Abwesenheit des Monarchen vor allem während der im Mittelalter üblichen Romfahrten (*vivente imperatore*). Die Reichsverweserschaft bezog sich ausschließlich auf die westliche und südliche Hälfte des Reiches (Sachsen übernahm die Verantwortung für die anderen Teile) und umfasste Verwaltungs- und Richteraufgaben, die spätere Entscheidungen eines neugewählten Königs nicht präjudizieren sollten⁴³⁶. Aufgrund der häufigen Dynastiewechsel an der Reichsspitze in der Zeit des Interregnums fielen den Pfalzgrafen damit wiederholt königliche Aufgaben und Dignität zu, die ihren Anspruch auf Königsfähigkeit stärkten und auch weiterhin eine „quasi-königliche“ Politik verfolgen ließen.

So reihten sich die Pfälzer Wittelsbacher zusammen mit Luxemburgern und Habsburgern in den exklusiven Kreis der im Spätmittelalter als caesarabel geltenden Dynastien ein, die in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts und zu Beginn des 15. Jahrhunderts um die Königswürde wetteiferten⁴³⁷. Die Kurpfalz erreichte 1400 mit der Wahl von Ruprecht III. von der Pfalz (1352–1410) endgültig das Ziel, einen deutschen König zu stellen. Diese Wahl erfolgte auf der Grundlage eines gesteigerten kurpfälzischen Einflusses im Reich und trotz des nur mäßigen Erfolgs König Ruprechts und der Monopolisierung der römischen Krone durch die Habsburger verstärkte sie die Pfälzer Tradition einer „quasi-königlichen“ Reichspolitik⁴³⁸.

⁴³³ Vgl. BECKER: Faktoren der bayerischen Politik, 53; ALBRECHT, Maximilian I.

⁴³⁴ Vgl. PROBST: Pfalz als historischer Begriff, 13f. u. 21.

⁴³⁵ Vgl. PRESS: Pfälzer Kurfürsten, 85f.

⁴³⁶ Vgl. HERMKES: Reichsvikariat, 10f. u. 18f.

⁴³⁷ Vgl. GERLICH: Kampf um die deutsche Königskrone.

⁴³⁸ Vgl. GERLICH: Weg zum Königtum; MORAW: Ruprecht von der Pfalz.

Die Chancen der Kurpfalz auf die Kaiserwürde zerschlugen sich jedoch mit der zweifachen Reformation des Kurstaates unter den Kurfürsten Ottheinrich und Friedrich III. Da die Reichskrone und die Mehrheit des Kurfürstenkollegs katholisch blieben und die Kurpfalz sich mit dem reformierten Glauben über den Augsburger Religionsfrieden hinwegsetzte, galten die Pfälzer Wittelsbacher in der breiten Meinung der Reichsfürsten als nicht caesarabel, auch wenn einige protestantische Autoren in den Kurfürsten mögliche Kandidaten ein Kaisertum sahen⁴³⁹.

Dies bedeutete aber kein Ende der „quasi-königlichen“ Politik, auch wenn sich hier der Kurstaat umorientierte. Die alte Konkurrenz zur Habsburger Dynastie wurde vielmehr konfessionell aufgeladen, eine dezidiert antihabsburgische Politik galt nun sowohl dem Kampf gegen die Gegenreformation als auch der Steigerung des eigenen Rangs⁴⁴⁰. Auch die oppositionelle Haltung in Sachen Augsburger Religionsfrieden kann Press zufolge als Teil einer dynastisch motivierten antihabsburgischen Politik betrachtet werden, widersprach doch das Territorialstaatsprinzip der Regelungen von 1555 dem überterritorial organisierten Pfälzer „Satellitensystem“, das noch im 14. und 15. Jahrhundert wichtiges Instrument der „quasi-königlichen“ Politik der Pfalzgrafen darstellte⁴⁴¹.

Eine zweite Neuorientierung vollzog sich in der Frage dynastischer Bündnisse. Wie auf anderen politischen Feldern, so wirkten sich auch die konfessionellen Entscheidungen der Kurpfalz bei der Verheiratung der Familienmitglieder aus. So verfolgte die Kurfamilie spätestens seit Friedrich III. eine dezidiert konfessionsorientierte dynastische Politik, die auf eine engere Allianz mit dem Nassauischen Grafennetzwerk zielte und ihre ersten Früchte durch die Heirat des Kurfürsten mit Amalie von Brederode (1540?-1602) im Jahre 1569 trug.

Doch wies sein lutherischer Nachfolger Ludwig VI. in seiner kurzen Regierungszeit (1576–1583) in eine neue Richtung dynastischer Politik. Zwar vermied er eine Allianz mit reformierten Häusern, jedoch überwand er durch die Verheiratung seiner Tochter Anna 1579 mit dem Herzog Karl von Södermanland, dem späteren Schwedenkönig Karl IX. (1550–1611), die bis dahin geübte Beschränkung auf den protestantischen Reichsadel. Auch die wieder aufgenommene reformierte Heiratspolitik unter Friedrich IV. zielte verstärkt auf die internationale Ebene, bedeutete doch die Heirat des Pfalzgrafen mit Louise Juliane († 1644), Tochter Wilhelms von Oranien, eine wichtige internationale Verbindung, die die Kurpfälzer in die reformierte Adelsgemeinde Europas mit einbezog⁴⁴².

Rückblickend kamen gegen Ende des 16. Jahrhunderts unterschiedliche Stränge dynastischer Tradition der Pfälzer Wittelsbacher zusammen, die allesamt auf eine Erhöhung der dynastischen Reputation in Konkurrenz mit anderen königsfähigen

⁴³⁹ Vgl. DUCHHARDT: Protestantisches Kaisertum, 3 u. 102f.

⁴⁴⁰ Vgl. PRESS: Außerhalb des Religionsfriedens, 317.

⁴⁴¹ Vgl. PRESS: Territoriale Welt, 45.

⁴⁴² Vgl. KRAUS: Wittelsbach und Europa, 433; HEPP: Herrschaft in der Kurpfalz, 164f.; SCHAAB: Obrigkeitlicher Calvinismus, 71f.; WOLGAST: Religion und Politik, 190; zur Rolle des Haus Oraniens für das Reich und die Niederlande vgl. MÖRKE: Oranien-Nassau.

Häusern beziehungsweise mit anderen Linien des Hauses Wittelsbach zielten. Diese dynastischen Stränge verbanden sich seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts teilweise mit der besonderen konfessionspolitischen Entwicklung des Kurstaates, was sich vor allem in einer entschieden antihabsburgischen, aber auch antikatholischen Politik äußerte. Dynastiepolitisch war der Kurstaat damit noch lange nicht saturiert, und so bildete dynastische Politik neben der Konfession einen zweiten Faktor der Instabilität, der nicht wie bei England auf den Ausgleich und die Erhaltung des *status quo*, sondern auf die Verbesserung der eigenen Position im europäischen Wettbewerb um Reputationschancen und anderes soziales Kapital zielte. Welchen Stellenwert dabei die Beziehungen zu England und die Entwicklungen in Böhmen für die dynastischen Anstrengungen der Kurpfalz spielten, steht im Mittelpunkt der folgenden Analyse von Außenpolitik und diplomatischen Beziehungen Englands und der Kurpfalz 1608–1632.

Zwischenergebnis

Die vorangegangenen Kapitel betteten unter einer struktur- und verfassungsgeschichtlichen Perspektive die Fallbeispiele England und Kurpfalz in den Rahmen des facettenreichen europäischen Staatensystems um 1600 ein. Es konnte gezeigt werden, dass Staatlichkeit und das Prinzip der Territorialität, wie sie für die Moderne kennzeichnend sind, im frühen 17. Jahrhundert nur eine relative Bedeutung hatten. In einem komplexen Prozess von innerer Staatswerdung und internationalen Herausforderungen kamen um 1600 vielmehr nur bescheidene Formen der Staatlichkeit zustande. Der Staatsbildungsprozess zog dabei eine Reihe institutioneller Neuerungen wie reichsständisches Bündnisrecht und Formen des ständigen Gesandtschaftswesens in den internationalen Beziehungen nach sich. Mit einer eigenen institutionellen Funktionslogik begabt, prägten diese Institutionen die Interessen, Identitäten und praktische Politik der Entscheidungsträger.

Zu diesen bedeutsamen Institutionen traten weitere Faktoren hinzu, die das Mächteuropa der Frühen Neuzeit präfigurierten. Staatsräson, Konfession und Dynastie konnten als prägende Kräfte identifiziert werden, die in unterschiedlichen Epochen die Komplexität der frühneuzeitlichen Staatenordnung reduzierten und Handlungen bei den Entscheidungsträgern evozierten. Während die Staatsräson im Lauf des 16. und vor allem seit dem 17. Jahrhundert mit dem Novum einer entpersonalisierten Freund-Feind-Unterscheidung für Orientierung in den außenpolitischen Beziehungen zu sorgen wusste, stellte die Konfession vor allem zwischen 1550 und 1650 als eigenständige, teilweise sogar dominante Kraft Leitkategorien für außenpolitische Entscheidungsträger zur Verfügung. Die Dynastie kann im Gegensatz zu Konfession und Staatsräson als persistente Kraft in Alteuropa gelten, die als regelrechte Institution die dynastische Rason zur Staatsräson der Frühmoderne weiterentwickelte. Die Idee der Dynastie förderte in allen Schichten der europäischen Nobilität neue Identitätskonzepte, die angesichts der sozialen Gefährdung des alten Adels durch bürgerliche Aufsteiger auf Themen wie Ehre, Reputation und ehrwürdige Abstammung setzten.

Auch Formen frühneuzeitlicher Öffentlichkeit müssen als wesentliche Strukturmerkmale internationaler Beziehungen des späten 16. und frühen 17. Jahrhunderts aufgefasst werden. Die öffentliche Sphäre am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges kann dabei als ein offener Aushandlungsprozess auf herrschaftlicher und geistig-kultureller Ebene betrachtet werden, der durch unterschiedliche Kommunikationsformen eine relativ breite Wirkung entwickelte. Bei der Frage nach dem Verhältnis von Außenpolitik und Öffentlichkeit wurde ersichtlich, dass in öffentlichen Diskursen zur Außenpolitik bestimmte Formen der Selbst- und Fremdwahrnehmung in der medialen Auseinandersetzung mit anderen generiert wurden. Konfessionelle Deutungen internationaler Beziehungen beispielsweise auf der Grundlage von apokalyptischen Weltbildern können als ein Anwendungsfall von öffentlichen außenpolitischen Diskursen zu Beginn des 17. Jahrhunderts gelten. Im Bereich der höfischen Kommunikation erweist sich der Charakter frühneuzeitlicher Öffentlichkeit im Sinne eines Aushandlungsprozesses zwischen Herrscher und Untertan beziehungsweise zwi-

schen verschiedenen Herrschern, in denen die Legitimität fürstlicher Macht, Abstammungs- und Ehrdiskurse die hauptsächlichen Inhalte darstellten. So kann gesagt werden, dass gerade die Verfügungsgewalt über Visualisierungsreserven und -strategien als Kennzeichen fürstlicher Souveränität zu Beginn des 17. Jahrhunderts galten.

In diesem System internationaler Beziehungen um 1600 repräsentieren England und Kurpfalz zwei Fallbeispiele, die in grundlegenden Fragen der Territorialität und des Verwaltungsaufbaus entscheidende Mängel aufwiesen. So kann das englische Königreich trotz des ausgreifenden Anspruchs *Great Britain* nur als unzureichende Großmacht angesehen werden, in der das englische Teilkönigreich weiterhin den Bezugsrahmen lieferte. Entgegen aller politischen und propagandistischen Anstrengungen blieb das Projekt eines politischen Zusammenschlusses im Sinne einer *perfect union* bis 1707 weiterhin unerfüllt. Auch die finanziellen Möglichkeiten spiegelten keineswegs den erhobenen Anspruch einer Großmacht wider. Die Kurpfalz schied angesichts der Knappheit ihrer Ressourcen und ihres territorialen Sonderwegs in die Moderne als mögliche europäische Macht von vornherein aus. Mit der spezifischen Verquickung von Pfalzgrafenamt, Dynastie und unzureichendem Territorium entwickelte sich der Kurstaat zu einem Gebilde zwischen personalelem Lehn- und frühmodernen Fürstenstaat, das auf ein weitverzweigtes Klientelnetzwerk an Rhein und Neckar aufbaute, aber abgesehen von der Oberpfalz nicht die Entwicklung hin zu einem kompakten Flächenstaat vollzog. Ähnlich wie England hatte der Kurstaat ebenso mit einer prekären Finanzlage zu kämpfen, zumal es nicht zum Aufbau einer landschaftlichen Schuldenverwaltung als möglichem Kreditgeber kam.

Neben der Größe und der territorialen Struktur unterscheiden sich beide Länder besonders in Fragen des politischen Systems. Im englischen Königreich bildeten Privy Council, Court und Parliament ein politisches Kräftefeld, in dem die Entscheidungsträger unterschiedliche Arenen für Faktions- und Patronagepolitik erhielten und dort zwischen Kooperation und Konflikt mit der Krone wählen konnten. Der Privy Council repräsentierte das formal höchste Entscheidungs- und Beratungsorgan der Krone, in dem der Secretary of State als eine Art Chefminister herausragte. Der Hof bildete dagegen kein offizielles politisches Organ, als „point of contact“ wurden aber an ihm nicht nur die wichtigsten politischen Fragen ausgehandelt, sondern auch über den direkten Zugang zum Herrscher entschieden. Das Parliament stellte einen weiteren „point of contact“ dar, der wie die anderen Organe als Aushandlungsort für die unterschiedlichen Interessen diente, weniger als moderne Kontrollinstanz für das Handeln der Exekutive. Gegenüber dieser Heterogenität an Akteuren und Interessen zeichnete sich die Kurpfalz institutionell durch eine relativ homogene Struktur politischer und kultureller Einrichtungen aus, wobei die Einheit von Zentralbehörden, Hof und Universität als frühmoderner, territorialstaatlicher Nukleus innerhalb eines ansonsten semi-feudalen Herrschaftssystems angesehen werden kann. Diese Homogenität der politischen Einrichtungen verhinderte die Entwicklung von institutionellen Gegengewichten zur kurfürstlichen Entscheidungszentrale, so dass weder Hof noch Landstände, noch die Universität ein Korrektiv zur aus Oberrat und Kurfürst bestehenden Regierungsspitze darstellten.

In beiden politischen Systemen bildete die höfisch-aristokratische Lebens- und Geisteswelt die organisationssoziologische Voraussetzung für außenpolitische Entscheidungen, denn die Diplomatie bewegte sich in der Netzwerkstruktur höfischer Patronagesysteme. Das wichtigste Ziel dieser Systeme bestand in der Pflege des individuellen Status im Sinne von Ehr- und Reputationskapital mit Hilfe von Ämter- und Titelzuteilung. Diese Form des Patronagemanagements galt aber nicht nur im Inneren der Länder, sondern auch zwischen den souveränen Akteuren in den internationalen Beziehungen.

Die englischen Patronagenetzwerke der frühen Stuarts prägte seit dem Tod Salisburys der exzeptionelle Aufstieg von George Villiers zum Duke of Buckingham, dessen Klientensystem ein Monopol bei der Ämter- und Titelvergabe erkämpfte. In Fragen der Außenpolitik entwickelte sich ein schwieriges Zusammenspiel von Patronage und Diplomatie, konnten sich doch die Hoffaktionen teilweise nach außenpolitischen Aspekten ausrichten. Andererseits erfolgte stellenweise auch eine Überlagerung von Außenpolitik durch patronagepolitische Erwägungen. Der Kurpfälzer Hof und die politischen Zentralbehörden beheimateten hingegen keine unterschiedlichen Patronagenetzwerke, jedoch bildeten sie im Reichskontext ein eigenständiges Klientensystem mit Anspruch auf internationale Souveränität. Heidelberg entwickelte sich um 1600 verstärkt zu einem Forum für reformierte, vor Gegenreformation und lutherischer Verfolgung geflüchtete bürgerliche Räte und Adlige, wobei international-dynastische Einflüsse wie die französische Adelskultur am Heidelberger Hofe immer mehr an Bedeutung gewannen. Darüber hinaus bildeten die Kurpfalz und die protestantische Hoffaktion Englands zusammen mit reformierten Agenten auf der internationalen Bühne ein eigenständiges, wenig homogenes Netzwerk in Form einer calvinistischen Internationale als Sammelbecken für Exulanten, Geistliche, Humanisten, Adlige und Diplomaten. Diese Gruppen sprengten teilweise den Anspruch der Fürsten und der frühmodernen Staaten auf Monopolisierung außenpolitischen Handelns und diplomatischer Vertretung.

Neben territorialen, administrativen und personellen Aspekten stellen auch Religionsverfassung und dynastische Tradition entscheidende Rahmenbedingungen für Außenpolitik und diplomatische Beziehungen zwischen England und Kurpfalz dar. Dabei war das Königreich England auch nach der Union von 1603 konfessionspolitisch nur schwierig einzuordnen, da sich unter dem Dach der anglikanischen Kirche eine Vielfalt an religiösen Strömungen und Gruppen versammelten. Erbitterte religiöse Auseinandersetzungen herrschten vor allem zwischen radikal-protestantischen Gruppen und den Anhängern des Episkopalsystems sowie altkirchlicher Riten, wobei mit dem Aufschwung der arminianischen Bewegung seit 1600 auch Konflikte um die Prädestinationslehre ausbrachen. Diese Auseinandersetzungen reichten bis an den Hof und verbanden sich stellenweise mit außenpolitischen Themen. Die Kurpfalz repräsentierte im Kontext des bikonfessionellen Reichs einen Sonderfall. Trotz der Ausrichtung des Glaubensbekenntnisses nach dem calvinistischen Vorbild übernahm der Kurstaat nur Teile des Genfer Reformationsmodells, und folgte in Sachen Kirchenregiment eher dem lutherischen landesherrlichen System. Die reformierte

Konfession der Pfalz stellte in zweierlei Hinsicht eine Quelle der Instabilität dar: Reichskirchenrechtlich blieb der Status der Kurpfalz bis 1648 ungeklärt, so dass die Unsicherheit weiter bestand, ob die Pfalzgrafen tatsächlich den Schutz des Augsburger Religionsfriedens genossen. Darüber hinaus bildete die reformierte Theologie in Verbindung mit den Erfolgen der Gegenreformation eine Quelle religiöser Militanz.

In Fragen dynastischer Tradition unterscheiden sich beide Mächte hinsichtlich der außenpolitischen Wirkungen. Die Dynastie als Faktor englischer Politik verband sich bei den frühen Stuarts mit einer bestimmten Herrschaftsauffassung und stellte ein Instrument der Herrschaftsstabilisierung dar. Gemäß der Idee einer patriarchalischen Ordnung sollte dynastische Politik dazu dienen, im Inneren wie im Äußeren Konflikten vorzubeugen oder sie beizulegen. Die dynastische Rason zielte demnach auf die Bewahrung des Status quo. Im Gegensatz dazu bildete die Dynastie im Falle Kurpfalz neben der Konfession eine weitere Quelle für Instabilität und dynamischer Unruhe. Die dynastische Rason Heidelbergs gründete auf der Tradition, dass es sich bei den Pfälzer Wittelsbachern um eine königsfähige Familie handelte, die zu den Habsburgern in dynastischer Konkurrenz standen. Darauf aufbauend verfolgte die Pfalz weiterhin die Tradition „quasi-königlicher“ Politik, die auf Rang- und Reputationserhöhung zielte, wobei nach der Reformation die Reichskrone gegenüber international attraktiven Eheallianzen unter reformiertem Vorzeichen in den Hintergrund rückte.

Aus diesen Betrachtungen wird ersichtlich, dass der Pfälzer Kurstaat sich auf den ersten Blick demographisch, territorial und administrativ zwar grundsätzlich von England unterschied. Jedoch traten beide Mächte mit jeweils charakteristischen Strukturdefiziten und einem jeweils anders gelagerten instabilen politischen System auf die Bühne des internationalen Systems. Trotz aller Unterschiedlichkeit ergibt sich das Gemeinsame der beiden Vergleichsfälle somit aus der Tatsache, dass sie auf ihre eigene Art und Weise jene semi-staatlichen Gebilde frühneuzeitlicher Mächtebeziehungen repräsentierten, die hinsichtlich der Grundbedingungen und Grundstrukturen nur teilmodernisierte politische Systeme darstellten und als amorphe Leviathane das Potential zu einem äußerst konflikträchtigen Verhalten in den internationalen Beziehungen 1608–1632 besaßen.

II. Englisch-kurpfälzische Außenpolitik und diplomatische Beziehungen 1608–1632

Die verfassungsrechtliche, territoriale und auch administrative Zuordnung Englands und der Kurpfalz in das europäische Mächtefeld sowie der Einfluss von höfischen Patronagesystemen, Religionsverfassung und dynastischer Politik stellen in unterschiedlichem Maße Grundbedingungen für die Außenpolitik beider Länder dar. Wie die folgenden Ausführungen zu den diplomatischen Bemühungen Englands und der Kurpfalz im ausgehenden 16. und beginnenden 17. Jahrhundert jedoch zeigen werden, nahmen vor allem jene konfessionellen und dynastischen Themen gerade in den Jahren zwischen 1608 und 1632 einen wichtigen Stellenwert ein, derer sich verschiedene höfische und außerhöfische Akteure bedienten.

Der zweite Untersuchungsteil übernimmt die Aufgabe, nach den Betrachtungen zu den Rahmenbedingungen und deren sozialen Verankerung in den politischen Systemen Englands und der Kurpfalz nun auf der Grundlage einer breiten Sammlung von diplomatiegeschichtlichen Quellen die Relevanz religiöser und säkularer Vorstellungen in den Beziehungen zwischen London und Heidelberg zu analysieren. Die Darstellung erfolgt weitgehend chronologisch, wobei der erste Abschnitt¹ als Zusammenschau der Grundlinien des außenpolitischen Handelns Englands und der Kurpfalz bis 1608 dient, und die letzten Abschnitte² die diplomatischen Beziehungen in der verengten Perspektive von Netzwerkstrukturen und der Relevanz von Dynastie und Konfession über den Zeitraum 1622 bis 1632 hinweg betrachtet.

Eine zentrale Stellung nimmt in den folgenden Ausführungen die englisch-kurpfälzische Politik im Kontext des böhmischen Aufstands 1618–1620 ein. Entgegen den bisher aufgestellten Thesen bezüglich der Motive Friedrichs V., die Wenzelskrone aus der Hand der böhmischen Adelsopposition anzunehmen, soll plausibel gezeigt werden, dass neben strategischen Interessen der Griff nach der böhmischen Krone als Konsequenz einer spezifischen Dynastiepolitik der Kurpfalz, aber auch als Ergebnis einer radikal-protestantischen Disposition kurpfälzischer und englischer Räte in außenpolitischen Fragen zu verstehen ist.

¹ Kapitel II.1.a bis II.1.c.

² Kapitel II.4.a bis II.4.d.

1. Grundlinien außenpolitischen Handelns Englands und der Kurpfalz bis 1608

a) Unsichere Allianzsysteme – Europa und das Reich zu Beginn des 17. Jahrhunderts

Die englisch-kurpfälzischen Beziehungen 1608–1632 fielen in jene Transformationsphase des europäischen Mächtesystems, in der ungeachtet der Vielzahl an Friedensschlüssen wie dem Frieden von Vervins (1598) zwischen Paris und Madrid, der Londoner Friedenskonferenz zwischen England und Spanien (1604) sowie dem spanisch-niederländischen Waffenstillstand 1609–1621 von einer wirklichen Friedensbereitschaft nicht die Rede sein konnte. Vielmehr zwangen die hohen Kriegslasten die Staaten dazu, der eigenen Bevölkerung eine Verschnaufpause im endlosen Ringen mit dem internationalen Widersacher zu gönnen³.

Neben der Reorganisation der eigenen Ressourcen und Machtmittel nutzten die europäischen Konfliktparteien die Friedensphase zwischen 1600 und 1620 zudem für die Neuordnung der europäischen Bündnissysteme, die durch die Kriegsergebnisse und verschiedene Herrschaftswchsel vor 1600 massive Veränderungen erfuhren. So formierte sich zwar in der Erbfolgekrise um die niederrheinischen Herzogtümer Jülich-Kleve-Berg 1609/10 noch einmal die klassische Mächtekonstellation des 16. Jahrhunderts, in der sich die Allianzen weniger entlang der Konfessionslinien, sondern vielmehr gemäß der Logik habsburgisch – antihabsburgisch ausrichteten⁴. Jedoch besiegelte spätestens der Münchener Vertrag zwischen Kaiser Ferdinand II. und Herzog Maximilian I. von Bayern (8. Oktober 1619) die Einteilung des europäischen Mächtesystems in einen katholischen und in einen protestantischen Block. Das Abkommen zwischen Wien und München setzte den Schlussstein in einer internationalen Allianz, die sich über Spanien, Teile Italiens, die österreichischen Erblande bis nach Polen erstreckte⁵. Zwar blieb auch in diesem Bündnissystem Frankreich außen vor, jedoch gelang der habsburgischen Diplomatie nach der Ermordung von Heinrich IV. (1610) bis zum Mantuanischen Erbfolgekrieg (1628–1631) zumindest die Neutralisierung des traditionellen Gegners⁶.

Die Genese europäischer Bündnissysteme und die damit verbundene Mächtekonstellation spiegelten die grundlegenden Konfliktlagen im europäischen Staatensystem wider. Neben den steigenden religiösen Spannungen zwischen katholischem, lutherischem und calvinistischem⁷ Europa setzten sich die machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Habsburger Hegemon und den ihm opponierenden Staaten

³ Vgl. CARTER: *Secret Diplomacy*, 11f.

⁴ Vgl. PLATZHOFF: *Europäisches Staatensystem*, 142.

⁵ Näheres hierzu vgl. unten S.206.

⁶ Vgl. STURMBERGER: *Aufstand in Böhmen*, 75; PARKER: *Spain and the Netherlands*, 66.

⁷ Zu den theologischen und politischen Konflikten innerhalb des protestantischen Mächteblocks vgl. oben S. 82ff.

weiter fort⁸. In der Vorkriegszeit um 1600 konkretisierte sich diese grundlegende Konfliktsituation trotz der Pazifizierungsbemühungen. So verschärfen sich die konfessionellen und territorial-verfassungsrechtlichen Spannungen innerhalb der österreichischen Erblande sowie in Böhmen und Mähren⁹, und auch im westeuropäischen Mächtefeld wuchsen die Spannungen zwischen Spanien und den Niederlanden. Zusätzlich sorgte die Rivalität zwischen Dänemark, Schweden, Polen und Russland um die Vorherrschaft im *Dominium maris Baltici* für internationalen Konfliktstoff¹⁰. Der Gegensatz zwischen Spanien und Frankreich blieb ungeachtet des Friedens von Verbins als Grundkonstante der europäischen Außenpolitik weiter bestehen. Dieser Konflikt sorgte in den 1620er Jahren dafür, dass sich der Dreißigjährige Krieg europäisierte und säkularisierte, indem er sich zu einem Hegemonialkrieg zwischen Habsburg, Frankreich, den Niederlanden und Schweden weiterentwickelte¹¹. Damit stellte aber das konfessionelle Zeitalter die französische Außenpolitik vor ein großes Dilemma, denn die Regierung Frankreichs war gezwungen, eine antihabsburgische Politik zu verfolgen, die auf keinen Fall antikatholisch wirken durfte¹².

Eine große Bedeutung für die Eskalation der europäischen Konflikte erhielten die internen Auseinandersetzungen im bikonfessionellen Reichsverband. In einer Mischung aus konfessionellen und verfassungsrechtlichen Konflikten rangen protestantische und katholische Reichsstände um die rechtlichen und territorialen Besitzstände, aber auch um die föderalistischen Gehalte der Reichsverfassung, die sich zwischen gemäßigter Monarchie und Kurfürstenoligarchie bewegten¹³. Dass ausgerechnet das Reich das Zentrum des Flächenbrandes zwischen 1618 und 1648 bildete, lag nicht nur daran, dass die europäischen Mächte seit dem späten 16. Jahrhundert vermehrt den mitteleuropäischen Raum als Austragungsort für außerdeutsche Rivalitäten nutzten. Auch im Reich selbst trug eine sich verschlechternde politische Kommunikation zwischen den Religionsparteien zur Eskalation der Lage bei, die in der Lähmung von Reichsgerichten, Reichstag und Kurfürstentagen deutlich wurde¹⁴.

Zusammengenommen verdeutlichen die unterschiedlichen Konfliktlagen in Europa und im Reich fundamentale Defizite in der Mächtediplomatie am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges, die dazu führten, dass vereinzelte lokale Spannungen konfessioneller, rechtlicher oder machtpolitischer Natur nicht begrenzt wurden und sich zu einem explosiven Gemisch weiterentwickeln konnten. So scheiterten die europäischen Diplomaten vor 1648 daran, die politischen Konflikte zwischen den Staaten zu einer friedlichen Lösung zu bringen. Die Abkommen zwischen 1598 und 1609 hatten

⁸ Vgl. CARTER: Secret Diplomacy, 39f.

⁹ Vgl. BAHLCKE: Konfessionalisierung der Außenpolitik; GUTMANN: Origins of the Thirty Years' War, 754f.

¹⁰ Vgl. ebd., 756ff.

¹¹ Vgl. MALETTKE: System der europäischen Außenpolitik, 293f.

¹² Vgl. SUTHERLAND: Origins of the Thirty Years War, 593.

¹³ Vgl. GOTTHARD: Konfessionskrieg, 141f.; SUTHERLAND: Origins of the Thirty Years War, 604f.

¹⁴ Vgl. GOTTHARD: Konfessionskrieg, 152f. u. 155f.

meistens nur provisorischen Charakter, weder zwischen Spanien und den Niederlanden, noch zwischen Madrid und Paris entwickelte sich ein tatsächlicher Ausgleich, und an einer kooperativen Lösung der *Gravamina* im Reich hatten die Religionsparteien spätestens seit 1608 kein Interesse mehr¹⁵.

Darüber hinaus fehlte es der europäischen Diplomatie an überzeugenden politischen Führungsgestalten. Die Sukzessionsprobleme und Erbfolgekrisen in Österreich, Frankreich und der Kurpfalz 1608–1614 sowie die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der niederländischen Generalstaaten besicherten dem internationalen System neue Instabilitäten¹⁶. Vor allem die Ermordung von Heinrich IV. (1610) beraubte nach dem Tod von Wilhelm von Oranien und Elisabeth I. das antihabsburgische Lager jener Führungsgestalten, die auf eine Begrenzung der konfessionellen Motive achteten und auf der Grundlage einer frühen systemischen Auffassung der Mächtebeziehungen eine langfristige, strategische Außenpolitik verfolgten¹⁷. Im Ergebnis lässt sich das frühe 17. Jahrhundert als Zeit großer außenpolitischer Unsicherheit beschreiben, in der sich trotz der konfessionellen Blöcke feste und klare Alliansysteme nicht herausbildeten¹⁸.

b) Die überschätzte protestantische Führungsmacht – Grundlinien englischer Außenpolitik der späten Tudor- und frühen Stuartzeit¹⁹

Die bei Zeitzeugen und den nachfolgenden Generationen populäre Verbindung elisabethanischer Außenpolitik mit dem ersten Sieg über die spanische Armada im Sommer 1588 vermittelt das Bild eines englisch-spanischen Gegensatzes als Grundkonstante englischer Diplomatie des 16. und frühen 17. Jahrhunderts. Dabei wird leicht übersehen, dass die englischen Beziehungen zu den habsburgischen Ländern auch noch zu Beginn der Thronbesteigung von Elisabeth I. 1558 weniger von Feindschaft als von Ausgleichs- und Kooperationsbemühungen geprägt waren. In einem außenpolitischen Memorandum ging beispielsweise der Privy Councillor William Paget (1505?–1563) nur drei Monate nach der Krönung Elisabeths noch davon aus, dass es sich beim natürlichen Feind Englands um Frankreich handelte, das aufgrund der geostrategischen Lage und der handelspolitischen Konkurrenz durch eine engere Anlehnung an Habsburg zu bekämpfen sei²⁰. Dabei handelte es sich bei Pagets Darlegungen nicht um eine Minderheitenmeinung ohne politische Relevanz. So verfolgte die Regierung Elisabeths I. trotz der politischen und religiösen Belastungen nach dem Tod von Mary Tudor weiterhin einen friedlichen Ausgleich mit Spanien. Hierzu

¹⁵ Vgl. GUTMANN: *Origins of the Thirty Years' War*, 762.

¹⁶ Vgl. ebd., 763.

¹⁷ Vgl. MALETTKE: *System der europäischen Außenpolitik*, 292.

¹⁸ Vgl. SUTHERLAND: *Origins of the Thirty Years War*, 601.

¹⁹ Wichtige Hinweise für die folgenden Ausführungen erhielt ich von Christian SEPP, Ludwig-Maximilians-Universität München, dem ich besonders für die Überlassung des Manuskripts seiner Magisterarbeit: *Reich und England* danke.

²⁰ Vgl. RAMSAY: *Foreign Policy*, 147.

dienten vor allem Verhandlungen um eine dynastische Allianz durch die Verheiratung Elisabeths mit verschiedenen Kandidaten des österreichischen und auch spanischen Zweiges des Hauses Habsburg²¹.

Erst in den späten 1560er und den 1570er Jahren vollzog sich jener Bruch mit dem ehemaligen burgundischen Verbündeten und die partielle Anlehnung an den traditionellen Gegner Frankreich, die beide das Bild der außenpolitischen Beziehungen Englands unter Elisabeth I. so sehr prägen sollten. Die Gründe für diesen begrenzten Renversement des Alliances des 16. Jahrhunderts liegen vordergründig in dem Scheitern der habsburgischen Bemühungen um einen politischen Ausgleich mit Hilfe einer dynastischen Verbindung nach dem Fehlschlag aller Heiratsverhandlungen Ende der 1560er Jahre²². Tatsächlich entwickelten sich die konfessionellen Belastungen zusammen mit geostrategischen Überlegungen zu einer wachsenden Hypothek in den englisch-spanischen Beziehungen.

So gefährdete die spanische Politik gegenüber den aufständischen Niederlanden aus englischer Sicht nicht nur den konfessionellen Status quo, sie bedeutete auch die Übermacht Habsburgs in der Kanalregion. Das legendäre Treffen zwischen Catherine de Médici (1519–1598) und dem Herzog von Alba (1507–1582) 1565 in Bayonne stellte eine Art Menetekel für die englische Außenpolitik dar, war dies doch nicht nur der Auftakt für den Durchzug von 60.000 spanischen Söldnern in die Niederlande zur Unterdrückung des Aufstands gegen Spanien, sondern auch für die Festigung der spanischen Hegemonie an der Küste Flanderns²³. Zum endgültigen Bruch zwischen Madrid und London führte schließlich ein erbitterter Handelsstreit zwischen dem Herzog Alba und den englischen Kaufleuten, der in der gegenseitigen Festsetzung von Handelsschiffen in den Niederlanden und in England endete²⁴.

Dieser Umschwung in den außenpolitischen Bündnissen und der eskalierende Konflikt mit Habsburg blieben am elisabethanischen Hof nicht unumstritten. Die Auseinandersetzungen verschiedener höfischer Faktionen und deren unterschiedlich intensiver Einfluss auf den politischen Geschäftsgang sorgten vielmehr dafür, dass sich Phasen klarer konfessioneller Außenpolitik mit Vermittlungsversuchen und Neutralitätsbekundungen abwechselten. Allen voran William Cecil, der spätere Lord Burghley und langjährige Principal Secretary unter Elisabeth I., vertrat in der Außenpolitik das Konzept einer defensiven Neutralität, die ein zu großes Engagement Englands zugunsten der von Spanien bedrängten Protestanten auf dem Kontinent zu verhindern suchte²⁵.

Ihm stand die protestantische Faktion mit prominenten Vertretern wie Robert Dudley, Earl of Leicester (1532–1588), und Francis Walsingham (1532–1590) gegenüber. Diese Faktion firmierte auch als *Sidney Circle*, benannt nach ihrer Führungsfigur, Philip Earl of Sidney (1554–1586). Sie bildete einen Kreis aktiver Außenpolitiker,

²¹ Vgl. DORAN: Religion and Politics; DIEMER: Heiratsverhandlungen.

²² Vgl. RAMSAY: Foreign Policy, 158f.

²³ Vgl. WERNHAM: Foreign Policy, 290.

²⁴ Vgl. RAMSAY: Foreign Policy, 154.

²⁵ Vgl. GUY: Tudor England, 279f.

die für ein energisches Eingreifen zugunsten der Hugenotten und der Protestanten in den Niederlanden eintraten sowie auf eine europäische protestantische Allianz gegen Spanien bauten²⁶. Wie in den Betrachtungen zur protestantischen Internationale bereits gesehen, erfuhr der *Sidney Circle* vor allem in den 1580er Jahren eine Internationalisierung, indem es sich an die Vertreter des entstehenden protestantischen Netzwerks in Westeuropa anlehnte, ein Vorgang, der in der engen Freundschaft zwischen dem letzten Favoriten von Elisabeth I., Robert Devereux, Earl of Essex mit dem französischen Hugenottenführer Henri Duc de Bouillon kulminierte²⁷.

Die protestantische Hoffaktion dominierte die englische Außenpolitik in den 1570er und 1580er Jahren, in denen Walsingham das oberste Sekretärsamt innehatte. Die energische Politik Spaniens in den Niederlanden und im französischen Bürgerkrieg und die Formierung der Gegenreformation in Europa zwangen Elisabeth I. geradezu eine aktive antihabsburgische Außenpolitik auf. Bei der Suche nach geeigneten Bündnispartnern ging London neue Allianzen mit bisher ungewohnten Partnern ein. So bemühte sich die englische Diplomatie trotz früher Fehlschläge in den 1560er Jahren seit dem Ausbruch des niederländischen Aufstands um Abkommen mit den protestantischen Reichsständen, um diese für militärische Interventionen in Frankreich und den Niederlanden zu gewinnen²⁸. Zu den bedeutendsten Gesprächspartnern in dieser Phase englischer Außenpolitik entwickelten sich die reformierten Pfalzgrafen Friedrich III. und Johann Casimir. Mit ihrer Hilfe glaubte die elisabethanische Diplomatie, ein umfassendes protestantisches Bündnis zwischen den Niederlanden, den Hugenotten, England und den protestantischen Reichsständen schmieden zu können, ohne die konfessionellen Differenzen zwischen Lutheranern und der reformierten Kurpfalz zu berücksichtigen. So scheiterte dieser Bündnisplan während des Konvents zu Erfurt 1569 auch rasch an der Uneinigkeit und den theologischen Auseinandersetzungen im protestantischen Reich²⁹.

Trotz der Enttäuschung der englischen Regierung über diese Uneinigkeit innerhalb der lutherischen und reformierten Reichsfürsten konzentrierte sich die elisabethanische Diplomatie weiterhin auf Allianzen mit den protestantischen Reichsständen, wobei nun mit einzelnen Fürsten verhandelt wurde. Dieser Strategie war mehr Erfolg beschieden, da Elisabeth I. mit Pfalzgraf Johann Casimir rasch einen reformierten Fürsten gewinnen konnte, der bereit war, den protestantischen Glaubensbrüdern in Frankreich und den Niederlanden militärisch zur Hilfe zu eilen. Die englische Diplomatie wandte in der Allianz mit dem Pfalzgrafen eine modifizierte Form konfessioneller Solidarität mit dem protestantischen Kontinent an. Aus Sorge vor katholischen Gegenmaßnahmen blieb das englische Bündnis mit der Kurpfalz geheim, der Pfalzgraf sollte auf eigene Verantwortung und im eigenen Namen im benachbar-

²⁶ Vgl. HOWELL: *Sidney Circle*, 31.

²⁷ Vgl. oben S. 73f.

²⁸ Zu den frühen englischen Bündnisbemühungen mit den protestantischen Reichsständen vgl. KOURI: *Protestant Alliance*.

²⁹ Vgl. RAITT: *Protestant League*, 122f.

ten Frankreich und in den Niederlanden intervenieren, ohne dass die bedeutenden englischen Hilfsgelder bekannt wurden³⁰.

Diese Form der englisch-kurpfälzischen Interaktion im europäischen Mächtesystem verlief im Falle des ersten Frankreichfeldzugs von Johann Casimir 1575/76 erfolgreich, denn der Friede von Beaulieu (Mai 1576) brachte einen für die Hugenotten vorteilhaften Ausgleich mit der französischen Krone³¹. Jedoch endeten die folgenden Stellvertreterkriege Johann Casimirs entweder ohne greifbare Ergebnisse oder in einem Desaster, so die erste Intervention in den Niederlanden 1578 sowie der erneute Feldzug zur Unterstützung von Henri de Navarre 1587. Der Grund für diese Fehlschläge lag vor allem in den fehlenden Mitteln Englands für kontinentale militärische Unternehmungen angesichts der eigenen Gefährdung durch die spanische Armada, aber auch an der Uneinigkeit der protestantischen Reichsstände als zusätzliche Finanziers militärischer Expeditionen. Daher wagte England erst während des kurzen calvinismusfreundlichen Zwischenspiels in Sachsen unter Kurfürst Christian I. (1560–1591) und der dadurch ermöglichten Einigung der wichtigsten protestantischen Reichsstände im Torgauer Bund 1590 eine erneute Kooperation mit den lutherischen und reformierten Reichsfürsten, die wiederum in eine Intervention mündete, diesmal unter Christian von Anhalt im französischen Religionskrieg auf der Seite von Henri de Navarre³².

Dieses englische Engagement für die Niederlande und die Protestanten Frankreichs förderte die europäische Wahrnehmung der elisabethanischen Regierung als Prototyp einer protestantischen Außenpolitik und als direkte Gegenspielerin zu Spanien³³. Die noch in den 1570er Jahren verdeckte konfessionelle Solidarität bestimmte vor allem nach dem mythisch überhöhten Sieg über die Armada 1588 das Bild des elisabethanischen Englands als Vorkämpferin für den westeuropäischen Protestantismus³⁴.

Tatsächlich spielte das konfessionelle Motiv gerade in den Verhandlungen mit den protestantischen Reichsständen eine prominente Rolle, wobei für die deutsche Seite weniger Fragen der protestantischen Solidarität mit Frankreich und den Niederlanden, als vielmehr die theologische Kluft innerhalb des Protestantismus von Bedeutung war. Denn während sich die Kurpfalz als reformiertes Territorium religiös mit England verbunden fühlte, lehnten wie gesehen konservative lutherische Stände angeführt von Kursachsen das Bündnis mit der „krypto-calvinistischen“ Elisabeth I. lange Zeit entschieden ab. Dieser innerprotestantische Gegensatz mündete bei den ersten Bündnisversuchen auf dem Konvent zu Erfurt 1569 sogar in der lutherischen Forderung, die englische Kirche solle der *Confessio Augustana* der protestantischen Reichsstände beitreten³⁵.

³⁰ Vgl. WERNHAM: Foreign Policy, 48ff.

³¹ Vgl. VOGLER: Rolle der Pfälzischen Kurfürsten, 251.

³² Vgl. WERNHAM: After the Armada, 192f.

³³ Vgl. SCHERNECK: Pamphletistik, 282.

³⁴ Vgl. SCHOCH: Deutschland und England, 9f.

³⁵ Vgl. KOURI: Elizabeth I and the Protestant Powers, 423.

Demgegenüber strebte die elisabethanische Diplomatie durchgängig einen Ausgleich zwischen Lutheranern und Reformierten im Reich an. So bemühten sich englische Diplomaten in den späten 1570er Jahren darum, den Erfolg der Konkordienbewegung zu verhindern, um die Einheit der protestantischen Reichsstände zu gewährleisten³⁶. Aber gerade in Sachen Konkordienformel zeigen sich die Grenzen des Faktors Konfession in der elisabethanischen Außenpolitik. Die dogmatischen Differenzen zwischen den protestantischen Kirchen spielten für die englische Diplomatie keine bedeutende Rolle, wenn es um das übergeordnete außenpolitische Ziel einer schlagkräftigen Allianz gegen das Haus Habsburg ging. Auch das Argument der konfessionellen Solidarität hatte für England nur eine begrenzte Gültigkeit, war doch das Engagement für Glaubensgenossen in den Niederlanden und in Frankreich nur dann von Substanz, wenn es galt, die protestantische Sache in das Gesamtkonzept englischer Außenpolitik im Sinne der Abwehr spanischer Hegemonialbestrebungen zu integrieren³⁷.

Diese säkularen Aspekte englischer Außenpolitik trugen auch dazu bei, dass die elisabethanische Diplomatie ihre eigene Rolle im europäischen Mächtesystem weniger als dominant konfessionsgeleitet auffasste, sondern dass Ansätze von Gleichgewichtsüberlegungen und Vorstellungen überkonfessioneller Staatsräson die politischen Verhandlungen und Maßnahmen prägten³⁸. Wie bereits gesehen, nahmen frühe geostrategische Vorstellungen wie die Frage nach der Kontrolle der flandrischen und nordfranzösischen Küsten neben Handels- und Fischereifragen eine prominente Rolle ein und lieferten bereits vor 1655 wichtige Bausteine einer ideenpolitischen Tradition, die unter Oliver Cromwell (1599–1658) zur „Balance of Power“-Theorie weiterentwickelt wurde. Dieses elisabethanische Erbe diente auch als wichtiges theoretisches Fundament für die ersten publizistischen Ausarbeitungen der Gleichgewichtstheorie wie beispielsweise Thomas Overburys (1581–1613) Überlegungen hinsichtlich eines dreifachen europäischen Gleichgewichts des Kontinents³⁹.

Diese frühen säkular-geostrategischen Motive elisabethanischer Außenpolitik standen im klaren Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung englischer Diplomatie in der Publizistik der Zeit, die die Stellung des Königreichs im europäischen Mächtesystem auf der Grundlage eines unvollständigen, sehr parteiischen und religiös aufgeladenen Bildes konfessionell deuteten und religiöse Motive in den Vordergrund stellten⁴⁰. Gerade die offene englische Intervention in den Niederlanden 1586 bestätigte für die zeitgenössische Pamphletistik die protestantische Deutung des diplomati-

³⁶ Vgl. PATTERSON: *Anglican Reaction*.

³⁷ Vgl. RAITT: *Protestant League*, 159f.

³⁸ Vgl. SCHERNECK: *Pamphletistik*, 283.

³⁹ Overbury sah in seinem Traktat drei Gleichgewichtszonen vor: im Westen mit Spanien, Frankreich, England und den Niederlanden, in Mitteleuropa mit dem Reich als eigenes Gleichgewichtssystem, sowie im Osten mit Russland, Polen, Schweden und Dänemark, Ders.: *Observations*, in: FIRTH: *Stuart Tracts*; vgl. auch SHEEHAN: *Balance of Power*, 25 u. 27.

⁴⁰ Vgl. SCHERNECK: *Pamphletistik*, 290f.

schen Geschehens⁴¹. Dass dieser Gleichlauf von säkularen Interessen gepägter und konfessionsorientierter Deutung des Weltgeschehens in den verschiedenen öffentlichen und geheimen Kreisen der Außenpolitik möglich war, lag an der Identität der Ziele und vor allem am gemeinsamen Feindbild. Spanien und das gesamte Haus Habsburg repräsentierten für die radikal-protestantischen Gruppen und höfischen Faktionen das Symbol der Gegenreformation. Für „Staatsräson“-Diplomaten vom Schlage Lord Burghleys stellte dagegen Spanien den Hegemon dar, der das Gleichgewicht und englische Interessen auf dem Kontinent störte⁴².

Bei den protestantischen Partnern auf dem Kontinent überwog ähnlich wie bei der breiten protestantischen Öffentlichkeit Englands eine konfessionelle Deutung der elisabethanischen Außenpolitik. Trotz mancher Enttäuschungen während der Feldzüge der 1570er und 1580er Jahre sah gerade die Kurpfalz in der gemeinsamen Religion nicht nur ein einigendes Band mit England, sondern auch die Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen im europäischen Mächtesystem⁴³. Diese konfessionpolitisch motivierte Bündnisidee übertrugen die Heidelberger Außenpolitiker nach dem englisch-schottischen Erbfall 1603 auch auf die neue Herrschaft. Nach der ersten kurpfälzischen Gratulationsgesandtschaft anlässlich der Thronbesteigung von Jakob I. unter Otto von Solms und Volrat von Plessen vom April 1603⁴⁴ wandte sich im August Kurfürst Friedrich IV. erneut an den englischen Monarchen und sprach ihm dabei den Dank aus, dass er öffentlich *sa bonne affection [...] à la manutention de la pure religion [et] de la cause commune* erklärt habe. Kurpfalz erwartete von der neuen Regierung dabei nicht nur die weitere Unterstützung der Niederlanden in ihrem Freiheitskampf gegen den spanischen Aggressor, sondern auch *la continuation de l'ancienne correspondance observée entre la Couronne d'Angleterre, et la maison Electorale de Palatine*⁴⁵.

Diese kurpfälzischen Hoffnungen bezüglich einer Fortsetzung der angeblich traditionellen englischen Unterstützung für die protestantische Religion und die gemeinsame Sache in den Niederlanden wurden aber bereits 1604 mit dem englisch-spanischen Friedensschluss getrübt. Dabei hatten sich schon kurz nach dem Herrschaftswechsel 1603 deutlich Jakobs Verständigungsbemühungen mit Spanien abgezeichnet. Nur dank des Drängens von Salisbury und dem französischen Außenpolitiker Sully, trotz des Friedensschlusses mit Madrid auch weiterhin die niederländischen Aufständischen zu unterstützen, konnte ein Restbestand konfessioneller Solidarität als Teil der englischen Diplomatie bewahrt werden⁴⁶.

⁴¹ Vgl. ebd., 294.

⁴² Vgl. ebd., 298f.

⁴³ Vgl. SCHÖCH: Deutschland und England, 7.

⁴⁴ Vgl. BL MSS Harleian 1760, fol. 77: Kurfürst Friedrich IV. an Jakob I., Heidelberg, 12./22. April, 1603.

⁴⁵ Vgl. BL MSS Harleian 1760, fol. 72: Kurfürst Friedrich IV. an Jakob I., Heidelberg, 20./30. August 1603.

⁴⁶ Vgl. LEE: James I and Henri IV, 25f.

Dass der Friedensschluss mit Spanien für viele protestantische Territorien des Kontinents einen Bruch mit der elisabethanischen Tradition darstellte, lag an der unvollständigen Wahrnehmung englischer Motive in den Mächtebeziehungen der späten Tudorzeit. Tatsächlich vollzog sich 1604 kein außenpolitischer Umschwung, sondern vielmehr eine logische Fortsetzung der späten elisabethanischen Diplomatie, die nach dem französisch-spanischen Frieden von Vervins 1598 seit 1600 ebenfalls ein Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen mit Habsburg anstrebte, zumal die Kriegslasten auf beiden Seiten die Kräfte überstiegen⁴⁷. Mit der Übereinkunft mit Spanien gewann Jakob I. schon im zweiten Jahr seiner Herrschaft für die Außenpolitik jene Handlungsfreiheit zurück, die England vor dem bündnispolitischen Umschwung der 1570er Jahre genossen hatte. Denn der Friedensschluss bedeutete, dass die britische Union mit allen europäischen Mächten friedliche Beziehungen pflegte und damit die Voraussetzungen erfüllte, eine ausgleichende Bündnispolitik mit dem Kontinent zu verfolgen⁴⁸.

So bildete eine für Jakob I. typische Pazifizierungspolitik den Auftakt der Stuart-Herrschaft in England, die insofern als Erfolg gewertet werden musste, als die englische Diplomatie auch weiterhin militärisch den Niederlanden Assistenz leisten durfte⁴⁹. Doch trotz der politischen und wirtschaftlichen Vorteile und ungeachtet des bald nach 1604 einsetzenden Aufschwungs im Seehandel und in den kolonialen Projekten Englands lehnte gerade die englische Gentry den Friedensschluss mit Spanien kategorisch ab⁵⁰. In radikal-protestantischen Kreisen wurde vor allem dem schottischen Einfluss auf die Außenpolitik die Schuld an einem als unehrenhaft empfundenen Friedensvertrag gegeben. Diese Interpretation bildete den Auftakt für die bis in die 1630er Jahre anhaltende Verklärung der elisabethanischen Außenpolitik als konfessionsgeleitet und daher gottgefällig und führte bereits in den ersten Parlamenten der frühen Stuart-Herrschaft zu einer Konfrontation zwischen Unterhaus und Krone in Fragen der Außenpolitik und der Prärogativgewalt des Monarchen⁵¹.

In dieser Konfrontation monarchischer Außenpolitik mit Teilen der englischen Ständevertretung bildeten sich 1604 die beiden Grundstrukturen der Außenpolitik der frühen Stuarts heraus:

1. Jakob I. betrachtete sich als Europas *blessed peacemaker*, der gemäß dem Motto *beati pacifici* den Ausgleich mit allen europäischen Mächten suchte, ohne dabei den protestantischen Führungsanspruch aus der elisabethanischen Zeit aufzugeben⁵².
2. Diese Friedensbereitschaft wurde zudem befördert von der prekären finanziellen Lage der frühen Stuart-Herrschaft. Der Unwille Jakobs I., sich den parlamentarischen Verfahren der Geldbewilligung zu stellen und dabei seinen monarchischen

⁴⁷ Vgl. MACKI: *Peace with Spain*, 244f.

⁴⁸ Vgl. LEE: *James I and Henri IV*, 39f.

⁴⁹ Vgl. COWARD: *Stuart Age*, 123 u. 125.

⁵⁰ Vgl. HOWAT: *Foreign Policy*, 11f.; COWARD: *Stuart Age*, 125.

⁵¹ Vgl. MACKI: *Peace with Spain*, 248; HOWAT: *Foreign Policy*, 12.

⁵² Vgl. MATTINGLY: *Renaissance Diplomacy*, 207.

Anspruch in Fragen der Außenpolitik verteidigen zu müssen, verschlimmerte die finanzielle Lage zudem⁵³.

c) Macht- und Konfessionspolitik als Staatsräson – Grundlinien kurpfälzischer Außenpolitik bis 1608

Im Lichte der bereits dargestellten konfessionellen und dynastischen Grundstrukturen des elisabethanischen und frühen Stuart-Englands schien die englische Diplomatie in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und zu Beginn des 17. Jahrhunderts trotz der religiös aufgeladenen Auseinandersetzungen mit Spanien in letzter Konsequenz eine auf Ausgleich und an der Staatsräson orientierte *via media* ähnlich wie in der Kirchenpolitik zu bevorzugen, die seit dem Thronantritt von Jakob I. auch dynastisches Legimitätsdenken und patriarchalische Ordnungsvorstellungen einbezog⁵⁴. Nimmt man hingegen die dynastischen und konfessionellen Grundbedingungen der Kurpfalz der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts als prägende Elemente für die Außenpolitik des Reichsstands⁵⁵, so lassen sich im Vergleich zu England im Falle Heidelbergs grundsätzlich andere Grundlinien außenpolitischen Handelns vermuten. Tatsächlich gilt die Kurpfalz seit der Annahme des Heidelberger Katechismus als prominente Vertreterin einer radikalen konfessionsgeleiteten Außenpolitik und als treibende Kraft bei der Herausbildung der konfessionellen Machtblöcke in Europa⁵⁶, die sich in die Phalanx reformierter Mächte einreihete und damit in den internationalen Beziehungen den eigentlichen Widerpart eines internationalen Katholizismus darstellte⁵⁷.

Neben den bereits untersuchten konfessionspolitischen Gründen prägten auch geographische Lage und Stellung des Kurstaates innerhalb des Reichsverbands die Grundlinien kurpfälzischer Außenpolitik. Die kurpfälzischen Besitzungen an Rhein und Neckar ließen die gesamte Grenzregion zwischen dem Reich, Frankreich und den Niederlanden zu einem strategisch bedeutsamen Raum für die Heidelberger Außenpolitik werden⁵⁸. Durch die geographische Nähe zu Frankreich entwickelte sich die Pfalz nicht nur wie gesehen zu einem natürlichen Refugium für verfolgte Hugenotten⁵⁹. Die räumliche Nachbarschaft sorgte auch dafür, dass militärische Interventionen im bürgerkriegsgeschüttelten Königreich sich einfacher gestalteten⁶⁰. Jedoch lagen die kurpfälzischen Besitzungen am Rhein zugleich auf der so genannten „Spanischen Straße“, einer wichtigen Verbindungslinie zwischen Norditalien und Flandern, die für den militärischen Nachschub der spanischen Truppen in den Niederlanden

⁵³ Vgl. HOWAT: Foreign Policy, 16.

⁵⁴ Vgl. oben S. 80 u. 88.

⁵⁵ Vgl. oben S. 87 u. 94.

⁵⁶ Vgl. CLASEN: Palatinate, 1; VOGLER: Rolle der Pfälzischen Kurfürsten, 266.

⁵⁷ Vgl. KINGDON: Internationaler Calvinismus, 229.

⁵⁸ Vgl. KRÜGER: Beziehungen der Rheinischen Pfalz, 127.

⁵⁹ Vgl. oben S. 66.

⁶⁰ Vgl. VOGLER: Rolle der Pfälzischen Kurfürsten, 264.

von vitaler Bedeutung war⁶¹. Dies führte dazu, dass die Kurpfalz seit dem Ausbruch des niederländischen Aufstandes in den 1560er Jahren wiederholt von den Grenzen missachtenden Feldzügen der spanischen Militärs betroffen wurde⁶².

Die Kurpfalz geriet mit der Annahme des Heidelberger Katechismus', wie bereits gesehen, reichspolitisch in eine schwierige Lage. Die konfessionelle Sonderrolle des vornehmsten weltlichen Reichsstands sorgte nicht nur für wiederholte Debatten über die Zugehörigkeit der Kurfürsten zum Augsburger Religionsfrieden, sie führte auch zu einer zunehmenden politischen Isolation im Reichsverband⁶³. Diese Einbuße an „reichlichem“ Einfluss versuchten die Heidelberger Kurfürsten seit Friedrich III. durch internationale Aktivitäten zu kompensieren. So wuchs vor dem Hintergrund der konfessionspolitischen Auseinandersetzungen auf dem Augsburger Reichstag von 1566 die Bedeutung der konfessionellen Verwandtschaft zu anderen reformierten Gemeinden wie beispielsweise die der Hugenotten⁶⁴. Diese Form der politischen Ersatzhandlung im europäischen Kontext war insofern von Erfolg gekrönt, als die Isolation Heidelbergs innerhalb des protestantischen Reichs in dem Maße schwand, in dem sich die Kurfürsten zu angesehenen Akteuren im europäischen Mächtesystem entwickelten. Andreas Edel zufolge lässt sich bereits ab 1567 eine Aufwertung der kurpfälzischen Stellung gegenüber dem kursächsischen Widersacher beobachten⁶⁵, die sogar ein dynastisches Bündnis zwischen Heidelberg und Dresden 1570 ermöglichte, ohne dass die Pfalz das lutherische Sachsen in das Konzept einer aktiven protestantischen Außenpolitik hätte einbinden können⁶⁶.

Vor dem Hintergrund dieser geographischen und reichspolitischen Voraussetzungen lassen sich für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts drei unterschiedliche Phasen außenpolitischer Aktivität für die Kurpfalz identifizieren. Nach einer ersten Phase der aktiven politischen und auch militärischen Hilfe für die Hugenotten unter Friedrich III. 1559–1576 folgte eine Zeit der Zurückhaltung offizieller kurpfälzischer Außenpolitik unter dem lutherisch gebliebenen Kurfürsten Ludwig VI. 1576–1583⁶⁷. Erst unter der Kuradministration des reformierten Pfalzgrafen Johann Casimir für den noch minderjährigen Friedrich IV. konnte wieder offiziell an die aktive Außenpolitik Friedrichs III. angeknüpft werden, wobei der politische Überlebenskampf von Henri de Navarre nun in den Mittelpunkt Heidelberger Außenpolitik rückte⁶⁸.

Unter der Herrschaft Friedrichs III. vollzog sich die entscheidende Weichenstellung der Heidelberger Außenpolitik in Richtung protestantische Internationale. So fanden die ersten militärischen Hilfsexpeditionen für Frankreich bereits unter seiner Herrschaft statt, was zu einer erheblichen Steigerung des internationalen Renom-

⁶¹ Vgl. PARKER: Spanish Road.

⁶² Vgl. EDEL: Kaiser und Kurpfalz, 294.

⁶³ Vgl. VOGLER: Rolle der Pfälzischen Kurfürsten, 264.

⁶⁴ Vgl. EDEL: Kaiser und Kurpfalz, 296.

⁶⁵ Ebd., 305f.

⁶⁶ Vgl. HEPP: Herrschaft in der Kurpfalz, 200f.

⁶⁷ Vgl. oben S. 65.

⁶⁸ Vgl. VOGLER: Rolle der Pfälzischen Kurfürsten, 256f.

mees des Kurstaates im protestantischen Mächteblock führte⁶⁹. Jedoch zeigt das in diesen frühen Jahren ambivalente Verhältnis von säkularen und religiösen Zielen Heidelbergs die Grenzen konfessioneller Außenpolitik. Denn trotz der konfessionellen Solidarität für verfolgte Glaubensbrüder in Frankreich bemühte sich der Kurfürst weiterhin um einen Ausgleich mit der französischen Krone als traditioneller Garantin reichsständischer *Libertät*. Damit etablierte sich die Kurpfalz zwar seit den 1560er als Speerspitze der protestantischen Reichsstände in Fragen internationaler konfessioneller Solidarität, jedoch ließ sie traditionelle außenpolitische Interessen der vor-konfessionellen Zeit nicht völlig außer Acht⁷⁰.

Mit der Wiedereinführung der lutherischen Konfession unter Ludwig VI. wurde 1576 dieser Form der aktiven protestantischen Außenpolitik von offizieller Kurpfälzer Seite aus erst einmal ein Ende gesetzt. Jedoch führte der jüngere Sohn Friedrichs III., Johann Casimir, als Inhaber der Herrschaftsrechte des kleinen Herzogtums Pfalz-Lautern und seit 1583 als Administrator der gesamten Kurpfalz die calvinistische Außenpolitik seines Vaters fort und brachte sie zu einem neuen Höhepunkt. Auf der Grundlage internationaler Bündnisse mit England und den Niederlanden verfolgte Johann Casimir nunmehr eine militant-protestantische Außenpolitik zugunsten der bedrängten Reformierten in Frankreich und den Niederlanden, womit er endgültig den Rahmen der Reichspolitik verließ.

Aber auch bei einem betont calvinistischen Außenpolitiker wie Johann Casimir wird die Bedeutung nichtkonfessioneller Motive deutlich. So kann bei den Hilfsexpeditionen des Pfalzgrafen für Frankreich eine Verbindung von konfessioneller Solidarität und eigenen Machtinteressen beobachtet werden. Denn neben der Unterstützung der Hugenotten bemühte sich Johann Casimir zugleich darum, mit den Bistümern Metz, Toul und Verdun jene französischen Hoheitsrechte für die Kurpfalz zu gewinnen, die dem Reich durch den Bündnisvertrag von Chambord zwischen Heinrich II. und Moritz von Sachsen 1552 verloren gegangen waren. Dabei schreckte der Pfalzgraf auch nicht vor einem doppelten Spiel mit den französischen Religionsparteien zurück, indem er stellenweise sogar eine Allianz mit den katholischen Guise einging, um sich die Rechte an den Bistümern zu sichern⁷¹.

Letztlich aber scheiterte Johann Casimirs ambitiöse Konfessions- und Machtpolitik im französisch-kurpfälzischen Grenzraum an der Kompliziertheit der Interessen seiner Verbündeten und an der Vermischung von Staatsinteresse und Konfession. Da dem Kurstaat die Eigenmittel für eine aktive Außenpolitik fehlten, blieb Johann Casimir weitgehend auf die finanzielle Unterstützung protestantischer Mächte wie England und die Niederlande angewiesen. Die Kurpfalz konnte folgerichtig nur mit geborgter Macht außenpolitisch agieren und unterwarf sich den diplomatischen Entscheidungen der Bündnispartner⁷².

⁶⁹ Vgl. DOTZAUER: Historische Raum, 85f.

⁷⁰ Vgl. VOGLER: Rolle der Pfälzischen Kurfürsten, 241.

⁷¹ Vgl. KRÜGER: Beziehungen der Rheinischen Pfalz, 225f.; BEIDERBECK: Heinrich IV. (Teil 1), 18.

⁷² Vgl. KRÜGER: Beziehungen der Rheinischen Pfalz, 131f.

Ähnlich ambivalent erscheint die Kurpfälzer Politik im Zusammenhang mit den Kölner Wirren von 1582/83. Mit der militärischen Assistenz Johann Casimirs für Erzbischof Gebhard Truchseß von Waldburg (1547–1601) stand die Kurpfalz erstmals seit der Reformation in offenem militärischem Gegensatz zu den bayerischen Wittelsbachern, die mit Ernst von Bayern (1554–1612) einen eigenen Kandidaten bei der Neuwahl aufstellten⁷³. Die bayerische Politik zielte in dieser Auseinandersetzung nicht nur auf die Sicherung des bedeutendsten deutschen Erzbistums für den Katholizismus und damit auf den Erhalt einer katholischen Bastion im Grenzraum zu den Niederlanden⁷⁴. Die bayerischen Herzöge nutzten den Konflikt zugleich für ihre dynastischen Interessen, denn mit Hilfe einer Münchener Sekundogenitur in Kurköln konnten jene Familienmitglieder mit einem Reichsfürstentitel versorgt werden, die aufgrund des agnatischen Prinzips in Bayern von der Herrschaftsteilhabung ausgeschlossen waren. Zudem versprach Kurköln auch den Erwerb der ersten bayerischen Kurwürde⁷⁵. Johann Casimir betrachtete dahingegen die Kölner Wirren als Chance für den Protestantismus, nicht nur ein bedeutendes Reichsterritorium im Nordwesten für die evangelische Partei zu gewinnen, sondern auch das Kräfteverhältnis im Kurkollegium mit der Protestantisierung einer geistlichen Kurwürde zu verschieben, eine Politik, die sich stellenweise auch mit den Interessen des Hugenottenführers Henri de Navarre traf⁷⁶.

Die Kölner Wirren endeten in einer militärischen Niederlage der Protestanten und einem überstürzten Abgang Johann Casimirs vom Schauplatz des Konfliktes, um die Administration in der Kurpfalz nach dem Tod Ludwigs VI. zu sichern⁷⁷. Damit erfuhr die ambitiöse Außenpolitik der Kurpfalz einen ersten herben Rückschlag im Wettstreit mit Bayern und Habsburg bei der Ausdehnung des politischen Einflusses im Reich und in Westeuropa⁷⁸. Zudem führte Johann Casimirs Reichs- und Europapolitik in eine erneute Isolation der Kurpfalz im Reichskontext, die sich gerade in der kritischen Erbfolgesituation 1592 bemerkbar machte. Kein bedeutendes Reichsterritorium eilte nach dem Tod Johann Casimirs der Kurpfalz bei der Abwehr der Ansprüche des lutherischen Pfalzgrafen Reichhard von Simmern bezüglich einer Administration für den knapp achtzehnjährigen Kurerben Friedrich IV. zur Hilfe. Wie bereits zuvor behandelt, bauten die reformierten Heidelberger Räte, angeführt von dem außenpolitischen Experten Volrad von Plessen und den Wetterauer Grafen, in dieser Situation verstärkt auf eine bessere Integration der Kurpfalz in das Netzwerk des westeuropäischen Protestantismus, um in Zukunft mit mächtigen auswärtigen Bündnispartnern ähnliche Krisen abzuwehren⁷⁹. Ein erster Schritt hierzu wurde mit dem dynastischen Bündnisschluss mit den Niederlanden durch die Verheiratung Fried-

⁷³ Vgl. WEIS: Haus Wittelsbach, 219.

⁷⁴ Vgl. BECKER: Faktoren der bayerischen Politik, 52.

⁷⁵ Vgl. LOJEWSKI: Bayerns Weg nach Köln, 422f.

⁷⁶ Vgl. BEIDERBECK: Heinrich IV. (Teil 1), 26.

⁷⁷ Vgl. DOTZAUER: Historische Raum, 88.

⁷⁸ Vgl. PETRY: Kräftespiel im Pfälzischen Raum, 104f.

⁷⁹ Vgl. oben S. 67f.

richs IV. mit Louise Juliane vollzogen, einer Tochter Wilhelms von Oranien, am 23. Juni 1593⁸⁰.

Intensive politische Kontakte zu Frankreich, den Niederlanden und vor allem zum elisabethanischen England kennzeichneten damit die frühe Außenpolitik der reformierten Kurpfalz in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Jedoch bestand das grundlegende Problem für eine erfolgreiche Kurpfälzer Außenpolitik in der Uneinigkeit der protestantischen Reichsstände⁸¹. Ohne verbündete protestantische Reichsterritorien blieb der Heidelberger Kurstaat im internationalen Kontext ein nur wenig attraktiver Partner. Daher wurden die Heidelberger Räte wiederholt von England, den Hugenotten und den Niederlanden zur Etablierung einer einheitlichen protestantischen Führung im Reich aufgefordert. Ein erster kurzzeitiger Erfolg der protestantischen Unionspolitik kann denn auch im Bündnisschluss von Torgau 1590/91 gesehen werden. Der kurze konfessionspolitische Paradigmenwechsel Dresdens ermöglichte eine Einigung zwischen Kurpfalz, Kursachsen und einer größeren Zahl lutherischer Reichsterritorien, die eine gemeinsame militärische Assistenz für Heinrich IV. organisierten und zugleich wichtige Voraussetzungen für die protestantische Union von 1608 schufen⁸². Jedoch verhinderten der frühe Tod Christians I. von Sachsen 1591 und Johann Casmirs 1592 sowie der Konfessionswechsel von Heinrich IV. die Fortsetzung der protestantischen Bündnispolitik im Reich⁸³.

In der Gesamtschau blickte die Kurpfalz 1608 auf eine bis zum Herrschaftsantritt Friedrichs III. zurückreichende protestantische Außenpolitik zurück, die auf eine Reihe von konfessionellen Elementen aufbaute. Im Vordergrund der Kurpfälzer Diplomatie stand das Prinzip der vorbehaltlosen protestantischen Solidarität, die notfalls auch militärisch durchgesetzt wurde, wobei dogmatische Differenzen innerhalb des evangelischen Lagers weitgehend unberücksichtigt blieben⁸⁴. Hierfür stellten die Heidelberger Kurfürsten und ihre Räte die Macht und die Ressourcen des frühmodernen Territorialstaates in den Dienst der Sache Gottes, stets in der Hoffnung, durch aktives Handeln den Gefahren durch die Gegenreformation zu begegnen und in möglichst vielen Ländern der protestantischen Lehre zum Sieg zu verhelfen. Den mit dieser Interventionspolitik verbundenen Verstoß gegen dynastische Herrschaftsrechte anderer Fürsten rechtfertigte die Heidelberger Diplomatie durch eine aus der Widerstandslehre entlehnte Bindung aller Herrschaftsgewalt an die Gewährung religiöser Freiheiten (ohne dass eine solche Toleranzpolitik in der Kurpfalz selbst praktiziert worden wäre). So folgte bereits Friedrich III. der hugenottischen Idee der Bindung von Herrschaftslegitimität an die Gewährung von Glaubensfreiheit. Die Deklaration des Hugenottenführers Louis de Bourbon, Prince de Condé (1530–1569) vom 8. April 1562, in der der protestantische Widerstand damit begründet wurde, die Krone Frankreichs befände sich in der Gefangenschaft der Katholiken, betrachtete der

⁸⁰ Vgl. PRESS: Calvinismus und Territorialstaat, 590f.

⁸¹ Vgl. ADAMS: England und die Reichsfürsten, 67f.

⁸² Vgl. MUFFAT: Verhandlungen, 4.

⁸³ Vgl. BEIDERBECK: Heinrich IV. (Teil 2), 5.

⁸⁴ Vgl. WOLGAST: Konfession und Politik, 96.

Kurfürst keineswegs als Rebellion, sondern [als] *rechte ursachen rechtmessiger und erlaubter defension der koniglichen W., dero mutter und der ganzen cron Frankreich*⁸⁵.

Diese konfessionellen Elemente prägten die Heidelberger Reichs- und Außenpolitik seit 1559, die auf folgenden Grundkonstanten aufbaute⁸⁶:

1. kontinuierliche Infragestellung des Status quo von 1555,
2. Drängen auf den politischen und militärischen Zusammenschluss der protestantischen Territorien im Reich und in Europa, sowie
3. Verfolgung einer konsequent antihabsburgischen Politik, um dem Vormarsch der Gegenreformation zu begegnen.

Im Vergleich zu England betrieb die Kurpfalz demnach eine radikale konfessionelle Außenpolitik im Reich und in Europa. Jedoch können wie im Falle Englands auch bei der Heidelberger Diplomatie klare Grenzen des Faktors Konfession ausgemacht werden, auch wenn sie weit hinter jenen der englischen Diplomatie lagen. Neben dem klassischen Argument der reichsständischen *Libertät*, das vor allem gute Beziehungen zur französischen Krone als traditioneller Garantin reichsständischer Freiheiten erforderte, sind im Falle der Kurpfalz zudem machtpolitische und territoriale Interessen des Kurstaates im französisch-niederländischen Grenzgebiet erkennbar, die beide als Restbestände Heidelberger Staatsräson aus vorkonfessioneller Zeit gelten können.

⁸⁵ Friedrich III. an Christoph von Württemberg, 3. Mai 1562, in: KLUCKHOHN: Briefe Friedrich des Frommen, 291; vgl. WIRSCHING: Konfessionalisierung der Außenpolitik, 356.

⁸⁶ Vgl. WOLGAST: Konfession und Politik, 96.

2. Vom antihabsburgischen Bündnis zum protestantischen Mächteblock 1608–1613

a) *Teutsche Libertät* gegen Habsburger Machtanspruch – die Kurpfalz, die Union und das Bündnis mit Frankreich 1608–1610

Mit der Zusammenkunft von hauptsächlich protestantischen Reichsständen im fränkischen Ahausen zur Gründung einer protestantischen Union im Mai 1608 gelangte die Kurpfalz zu einem ersten wichtigen Ziel ihrer protestantischen Allianzpolitik. Als unmittelbare Reaktion auf die rechtlich zweifelhafte Reichsexekution Bayerns gegen das bikonfessionelle Donauwörth schlossen sich vor allem süddeutsche Territorien und Städte zusammen und gründeten damit ein interkonfessionelles Bündnis von Lutheranern und Reformierten, in dem theologische Differenzen zugunsten von Sicherheitsinteressen zurückgestellt wurden⁸⁷.

Die protestantische Union repräsentierte in der Reichsgeschichte einen neuen Typus von Ständevereinigung. Im Gegensatz zu den Städte- und Fürstenbünden des Spätmittelalters trat 1608/1609 die Friedenswahrung deutlich hinter der Idee einer offensiv-militärischen Glaubensverteidigung zurück⁸⁸. Zugleich drückte sich in den konfessionellen Kampfbündnissen eine Rechtsvorstellung aus, denn sowohl die Union als auch die ein Jahr später gegründete Liga verstanden sich nicht nur als Verteidigungsbündnisse, sondern als konstitutionelle Ergänzungen zur Reichsverfassung und vor allem zur Reichsgerichtsbarkeit, in die gerade die protestantischen Stände nach dem Kollaps des Reichskammergerichts und angesichts der Parteilichkeit des Reichshofrats kaum Vertrauen mehr hatten⁸⁹.

Das Grundproblem der protestantischen Union bestand aber darin, dass Kursachsen als führender lutherischer Reichsstand dem Bündnis fern blieb. Gemäß der eigenen Doktrin, sich kaiser- und damit reichstreu zu verhalten, lehnte Dresden das Sonderbündnis trotz aller Werbungen der Union ab⁹⁰. Damit fehlte aber nicht nur der erste protestantische Reichsstand in der Union, auch eine große Anzahl norddeutscher Territorien und Städte orientierte sich an der sächsischen Politik und unterhielt bestenfalls eine engere Korrespondenz mit den süddeutschen Ständen und Brandenburg⁹¹.

Dass nur ein Teil der lutherischen Reichsstände der Union beitrug, hing auch mit ihrer Gründungsgeschichte zusammen. Denn die Ahauser Union entsprang einer of-

⁸⁷ Vgl. Ahausener Unionsakte, in: LORENZ: Quellen, Nr. 6; WOLGAST: Religion und Politik, 190; zu den politischen Umständen der Unionsgründung immer noch einschlägig: RITTER: Deutsche Geschichte, 259–278. Die Gründung der Liga als katholisches Pendant ein Jahr danach führte zugleich dazu, dass nach den Kölner Wirren München und Heidelberg erneut als Exponenten eines konfessionellen Bündnisses sich gegenüberstanden, vgl. WEIS: Wittelsbach, 220; zur Gründung der Liga vgl. NEUER-LANDFRIED: Katholische Liga.

⁸⁸ Vgl. GOTTHARD: Union und Liga, 81.

⁸⁹ Vgl. HECKEL: Religionsverfassung, 115; EHRENPREIS: Rolle des Kaiserhofes, 104.

⁹⁰ Vgl. GOTTHARD: Kursachsen und der deutsche Protestantismus, 275f.

⁹¹ Vgl. ebd., 281f.

fensiven reformierten Reichspolitik der Wetterauer Grafen, die seit dem Fehlschlag der Torgauer Union 1591 unter der Führung von Graf Johann VI. von Nassau-Dillenburg (1536–1606) einen erneuten Zusammenschluss der protestantischen Reichsstände zu einem Militärbündnis beabsichtigten und darin auch von den aufständischen Niederlanden unterstützt wurden⁹². Erstmals seit 1591 berieten süddeutsche reformierte und lutherische Reichsstände auf einer Frankfurter Versammlung 1599 auf der Grundlage der Nassauer Armierungspläne einen militärischen Zusammenschluss gegen die Durchzüge der spanischen Truppen am Oberrhein sowie die Gründung eines protestantischen Defensionswerkes⁹³. Mit der Bestallung von Johann VII. dem Mittleren 1599 zum Generalleutnant des Pfälzer Defensionswerkes übernahm Heidelberg rasch die Führung des Projekts⁹⁴. Auf den Nassauer Grafen gingen die Gründung der Festung Mannheim 1606 und der Aufbau eines Pfälzer Landesaufgebots von nahezu 30.000 Soldaten zurück⁹⁵, beides militärische Grundlagen für eine zukünftige protestantische Union und für eine aktive kurpfälzische Außenpolitik⁹⁶.

Die Unionsgründung 1608 stellte auch den ersten großen diplomatischen Erfolg des Kurpfälzer Rats und Administrators der Oberpfalz Christian von Anhalt dar⁹⁷. Christian von Anhalt gilt bis heute als eine der schillerndsten Figuren der Kurpfälzer Außenpolitik, über deren Antriebskräfte und Motivation in der Literatur geteilte Meinungen herrschen. Seine Politik folgte einer antihabsburgischen Richtung, jedoch gibt es unterschiedliche Auffassungen über den Stellenwert konfessioneller und dynastischer Ideale⁹⁸. Für seine Zeitgenossen galt Christian von Anhalt als überragender Kopf der Heidelberger Diplomatie, der beispielsweise vom englischen Botschafter in Venedig gegenüber dem Dogen als außerordentlicher Reichsfürst beschrieben wird, dessen Qualitäten weniger in der Herrschaft über ein eigenes Territorium, als in seinem Dienst für Heidelberg lägen⁹⁹. Jedoch sieht Press in Christian von Anhalt eher einen Taktiker als den mit Heinrich IV. vergleichbaren antihabsburgischen Strategen. Seine herausragende Position war demnach vor allem das Ergebnis einer offenen Kurpfälzer Machtstruktur unter Friedrich IV., die Christian von Anhalt Raum für seinen rasanten Aufstieg vom Administrator der Oberpfalz zum maßgeblichen Heidelberger Außenpolitiker zwischen 1600 und 1610 ließ¹⁰⁰, dessen eigenstän-

⁹² Vgl. COHEN: *Territorial Princes*, 154; SIBETH: *Brederode*, 30f.

⁹³ Vgl. VOGLER: *Rolle der Pfalz um 1600*, 190.

⁹⁴ Vgl. PAUL: *Nassauische Unionspläne*, 236.

⁹⁵ Vgl. BEZZEL: *Geschichte des kurpfälzischen Heeres*, 50f.

⁹⁶ Vgl. WOLF: *Sicherung des reformierten Bekenntnisses*; DERS.: *Geschichte des Kurfürsten Friedrich IV.*

⁹⁷ Vgl. TECKE: *Kurpfälzische Politik*, 58.

⁹⁸ Während beispielsweise Hans Georg Uflacker eine besondere religiöse Radikalität bei Anhalt beobachtet, machen Anton Gindely und später auch Schubert vor allem dynastische Motive wie Ehr- und Reputationsvorstellungen zugunsten der Pfälzer Wittelsbacher als Kern seiner ambitionösen Außenpolitik aus; vgl. UFLACKER: *Christian I. von Anhalt*, 22f.; GINDELY: *Rudolf II. und seine Zeit*, 127; SCHUBERT: *Camerarius*, 36–39.

⁹⁹ Vgl. CSP Venice XI, Nr. 310.

¹⁰⁰ Vgl. PRESS: *Calvinismus und Territorialstaat*, 490.

dige politische Kontakte zur böhmischen Ständeopposition und zur französischen Krone wichtige Vorarbeiten für die Heidelberger Außenpolitik zwischen 1609 und 1620 lieferten¹⁰¹.

Trotz seiner politischen Fähigkeiten glich Christian von Anhalt aber nicht den Mangel an Führungsfiguren innerhalb der protestantischen Union aus, die integrierend auf die vier reformierten und 21 lutherischen Reichsstände hätten wirken und zugleich einen glaubhaften Anspruch auf die Repräsentation der evangelischen Stände im Reich hätten vertreten können¹⁰². So blieb die Union trotz des Beitritts von Brandenburg weitgehend ein Partikularbündnis, dessen Gravitationszentrum im Südwesten des Reichs lag, wo die Unionsmitglieder nun in das zwischen Frankreich und Spanien umstrittene Machtvakuum der von Prag/Wien vernachlässigten vorderösterreichischen Einflussphäre vorstießen¹⁰³.

Die nicht unumstrittene Führungsmacht innerhalb der Union stellte die Kurpfalz, deren Landesherr das Direktorium des Bündnisses sowie als militärisch am besten gerüstetes Mitglied das Generalat innehatte. Aufgrund dieser Machtfülle entschied Heidelberg in Krisenzeiten nicht nur über den Eintritt des Angriffsfalls. Mit Hilfe der direktoralen Kompetenzen des *proponierens* und *concludirens* auf den Unionsversammlungen übten Kurfürst und Oberrat auch einen hohen Einfluss auf die Tagesordnung der Unionsberatungen sowie auf die Zusammenfassung der Beratungsergebnisse aus¹⁰⁴. Auch bemühte sich die Kurpfalz intensiv darum, alle Fragen der Außenpolitik beim Heidelberger Rat zu monopolisieren¹⁰⁵.

Wie Gotthard und Gregor Horstkemper zeigen, verschärfte neben dem Fernbleiben wichtiger lutherischer Stände auch ungelöste Fragen des genauen Bündniszwecks die Strukturdefizite der Union. So blieb der Stellenwert von Reichs- und internationaler Politik genauso umstritten wie das Verhältnis zum Kaiser oder der Charakter des Bündnisses als Friedens- oder Kriegsallianz¹⁰⁶. Die inhaltlichen Konflikte entwickelten sich dabei weniger entlang der konfessionellen Grenzen zwischen Luthertum und Calvinismus, sondern entlang regionalspezifischer Interessen. So standen sich eine aktive südwestdeutsche Kerngruppe, bestehend aus Kurpfalz, Württemberg, Baden und Ansbach, einer zur Vorsicht neigenden Gruppe gegenüber, die sich vor allem aus den Reichsstädten zusammensetzte¹⁰⁷. Das Grundproblem der Union stellten damit die unterschiedlichen „Staatsinteressen“ der 25 Mitglieder dar. Während die Unionsstädte an einem Friedensbund interessiert waren, sahen einige Territorialfürsten in der Union durchaus ein offensives Militärbündnis.

Hinzu kamen Konflikt treibende Rivalitäten zwischen einigen Mitgliedern, so zwischen Neuburg und Brandenburg hinsichtlich der gemeinsamen Erbsprüche

¹⁰¹ Vgl. KREBS: Christian von Anhalt, 42f.

¹⁰² Vgl. GOTTHARD: Union und Liga, 88; HORSTKEMPER: Bündnisziele, 225.

¹⁰³ Vgl. LANZINNER: Konfessionelles Zeitalter, 187.

¹⁰⁴ Vgl. GOTTHARD: Konfession und Staatsräson, 34f.

¹⁰⁵ Vgl. ebd., 78.

¹⁰⁶ GOTTHARD: Union und Liga, 84.

¹⁰⁷ HORSTKEMPER: Bündnisziele, 236.

am Niederrhein, zwischen Kurpfalz und Neuburg bezüglich konfessioneller und bündnisstrategischer Fragen und auch zwischen Heidelberg und Brandenburg hinsichtlich der politischen Führung innerhalb der Union. Auch führte eine ungleichmäßige Verteilung der Kosten zwischen den Mitgliedern zu einer weiteren Instabilität in der Ahausener Vereinigung, denn neben der Kurpfalz trugen vor allem die Städte eine hohe finanzielle Last, wogegen sich die Territorien den Beitragszahlungen häufig entzogen¹⁰⁸. Die Folge dieser Strukturdefizite war eine wachsende Obstruktionspolitik der lutherischen Mitglieder angeführt von Neuburg gegen die Heidelberger Dominanz, eine weiterhin sinkende Zahlungsmoral sowie der teilweise Rückzug von Mitgliedern wie Brandenburg aus dem Bündnis¹⁰⁹.

Nichtsdestoweniger bewerteten die aktiven Mitglieder des Bündnisses sowie potentielle Bündnispartner außerhalb des Reiches die Gründung der Union als wichtigen Schritt für einen internationalen Zusammenschluss der antihabsburgischen Kräfte im Reich und in Europa. Die Union repräsentierte damit jenes von Frankreich, England und den Niederlanden so oft geforderte „supraterritoriale“ Bündnisgebilde, das als eigenständige Handlungseinheit im internationalen Mächtesystem auftreten konnte und für andere Mächte als Bündnispartner eine gewisse Attraktivität besaß¹¹⁰. Fragen der Internationalisierung des Bündnisses spielten denn auch im Gründungsjahr eine zentrale Rolle, wobei eklatante Meinungsunterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedern bei diesem Thema offenbar wurden. So zeigten zwar alle versammelten Unionsmitglieder auf der Rothenburger Versammlung im Juli und August 1608 eine begrenzte Bereitschaft, vor allem mit Frankreich als traditionellem Garanten reichsständischer *Libertät* gute Korrespondenz zu halten, ein offizieller Bündnisabschluss mit Heinrich IV. wurde aber ebenso abgelehnt wie eine Allianz mit England oder Dänemark¹¹¹.

Diese ablehnende Haltung der Unionsmehrheit in Sachen Bündniserweiterung zwang die außenpolitisch aktiven Mitglieder Kurpfalz und Württemberg zu einer Politik der bilateralen Abkommen, die, so Adams, zu Allianzen zwischen ausgewählten Territorialfürsten und internationalen Partnern führen sollten¹¹². Gotthard arbeitet in seinen Studien zur Württemberger Außenpolitik heraus, dass in der Frühphase des Bündnisses neben Christian von Anhalt auch der württembergische Diplomat Benjamin von Bouwinghausen (1571–1635) auf eine Internationalisierung der Union mit Hilfe außerreichischer Allianzen drängte, wobei es einen kurpfälzisch-württembergischen Konflikt insofern gab, als Christian von Anhalt im Gegensatz zu Bouwinghausen einen Bündnisabschluss mit der böhmischen Adelsopposition gegenüber Allianzen mit Frankreich und England bevorzugte¹¹³. Dass die Verhandlungen mit den

¹⁰⁸ Vgl. RITTER: Politik und Geschichte der Union, 92f. u. 94.

¹⁰⁹ Vgl. GOTTHARD: Konfession und Staatsräson, 32f.; HORSTKEMPER: Protestantische Union, 30f. u. 35f.

¹¹⁰ Vgl. TECKE: Kurpfälzische Politik, 15; SCHELVEN: Generalstab, 118.

¹¹¹ Vgl. BuA II, Nr. 33.

¹¹² ADAMS: Union, 90f.

¹¹³ GOTTHARD: Bouwinghausen, 76; Gotthard sieht darin einen wichtigen Beleg, dass die Idee

europäischen Großmächten von Seiten der involvierten Unionsmitglieder durchaus selbstbewusst geführt wurden, zeigt eine Relation Bouwinghausens von seiner ersten inoffiziellen Unterredung mit Jakob I. im Sommer 1608. Bouwinghausen sah das Ziel seiner Reise von Paris nach London darin, dass *der Kön. Würde in Frankreich etwas jalousie dadurch gemacht und desto baldter bewegt würde gegen den Unierten sich willfärig zu erklären*¹¹⁴.

Durch diese Bündnisbemühungen zwischen der Union und den wichtigsten anti-habsburgischen Mächten Europas wird deutlich, welche offensiv-machtpolitischen Vorstellungen die aktiven Unionsmitglieder – allen voran die Kurpfalz – als eigentlichen Sinn und Zweck des Bündnisseschlusses mit der Union verbanden. Durch die Ausweitung des Konfessionsbündnisses auf Europa sollte sichergestellt werden, dass die Religions- und Verfassungskonflikte innerhalb des Reiches internationalisiert und damit auf einer höheren Ebene zugunsten der evangelischen Partei ausgetragen wurden. Zugleich sollte die offensive Bündnispolitik dazu beitragen, die Schwächen und Defizite der Union mittels glanzvoller internationaler Verbindungen zu überdecken¹¹⁵.

Bis 1610 stellte Frankreich mit Heinrich IV. den bedeutendsten Förderer und Partner der Ahausener Union. Die französische Krone verband vor allem säkulare Interessen mit dem evangelischen Bündnis als Gegengewicht zur Habsburger Dynastie im Reich, jedoch hatte Heinrich IV. kein Interesse an einem dezidiert protestantischen Kampfbündnis, das im Konfliktfall eventuell auch den Hugenotten gegen die Krone zur Hilfe kommen würde¹¹⁶. Eine große Herausforderung für Frankreichs Unionspolitik stellte vor 1608 das seit den Kriegszügen von Johann Casimir und Christian von Anhalt belastete Verhältnis zwischen Paris und Heidelberg dar, allen voran die Rückzahlung französischer Schulden an den Kurstaat und die Heidelberger Unterstützung oppositioneller Hugenotten wie des Duc de Bouillon. Erst dank der intensiven Verhandlungen zwischen Christian von Anhalt und Heinrich IV. vollzog sich eine Wiederannäherung. Heinrich IV. förderte seit 1606 gezielt die Kurpfälzer Politik einer Unionsgründung, wobei Paris sich von dem Bündnis vor allem eine Weiterführung der militärischen Assistenz für die Niederlande im Krieg gegen Spanien versprach, die nach dem englisch-spanischen Friedensschluss von 1604 den Kampf weitgehend allein weiterführten¹¹⁷.

In den frühen Verhandlungen zwischen Union und England scheiterte ein Bündnis vor allem an Fehleinschätzungen im Unionslager hinsichtlich der außenpolitischen

einer Internationalisierung der Reichskonflikte nicht mehr nur ein Kennzeichen „calvinistischer“ Politik war, sondern dass sie auch teilweise Unterstützung bei lutherischen Reichständen fand, die sich von der gegenreformatorischen Politik Spaniens besonders bedroht fühlten.

¹¹⁴ Relation Benjamin von Buwinckhausen wegen seiner Verrichtung in England die Union der Evangelischen Fürsten betreffend, 1. September 1608, in: SATTLER: Württemberg, Beilage Nr. 5; vgl. GOTTHARD: Konfession und Staatsräson, 43.

¹¹⁵ Vgl. ebd., 72.; ADAMS: Union, 87; LANZINNER: Konfessionelles Zeitalter, 198.

¹¹⁶ Vgl. GOTTHARD: Konfession und Staatsräson, 47.

¹¹⁷ Vgl. VOGLER: Rolle der Pfalz um 1600, 190f.; LANZINNER: Konfessionelles Zeitalter, 198.

Pläne von Jakob I. Der englische König zeigte – so Adams – trotz seiner dezidierten und auch kämpferisch vorgetragenen theologischen Interessen wenig Interesse an einer konfessionellen Außenpolitik¹¹⁸. Zwar teilte auch die englische Regierung die Ansicht von Union und Frankreich, dass in Kooperation mit anderen Mächten Habsburg Widerstand geleistet werden müsste, jedoch trug die Idee Jakobs, zwischen Frankreich und Spanien herrsche ein natürlicher und permanenter Gegensatz, dazu bei, dass London keine engagierte Allianzpolitik im protestantischen Europa verfolgte¹¹⁹. Trotz dieser Tendenzen riss aber der Verhandlungsfaden zwischen England und Union auch in der Frühphase des protestantischen Bündnisses nicht ab. Bouwinghausens Relation vom September 1608 gibt vielmehr Auskunft über ein begrenztes Interesse von Jakob I. an engeren Beziehungen zur Union. Dem Bericht Bouwinghausens zufolge zeigte der englische König sogar seine Verwunderung darüber, dass die Unierten dem Anschein nach engere Beziehungen zu Frankreich als zu England pflegten, obwohl doch *so woll wegen der Religion gleichförmigkeit, als auch naher Verwandtnuß und anderer mehr Motiven Ire Kön. Würde dafür halten, das man sich zu derselben soviel guts, treu und Beysprungs [...] als zu einem andern Potentaten zu versehen hette [...]*¹²⁰.

Auch wenn der Verhandlungsbericht Bouwinghausens mit Vorsicht behandelt werden muss, da der Württemberger Diplomat 1608 in London ohne ausdrückliche Ermächtigung der Union verhandelte, so wird doch deutlich, dass das Ahausener Bündnis eine hohe Attraktivität für die verschiedenen europäischen Partner hatte und dass es zwischen London und Paris einen regelrechten Wettlauf um den maßgeblichen Einfluss im Unionsbündnis gab, der gleichzeitig die politische und persönliche Differenzen zwischen Heinrich IV. und Jakob I. weiter verschärfte¹²¹. In diesem Wettlauf blieb Frankreich vorerst Sieger, denn während Jakob I. noch zwischen aktiver Bündnis- und Ausgleichpolitik mit Spanien lavierte, entwickelte Heinrich IV. seit 1608 konkrete Pläne für den Einbezug der Union in eine europäische Gesamtallianz¹²². Für England bedeutet der französische Erfolg beim Abschluss einer antihabsburgischen Allianz, dass London in Zukunft nur unter Voranstellung konfessioneller Motive seinen Einfluss in der Union steigern konnte, eine Idee, die angesichts von Salisburys „Realpolitik“ zwischen 1603 und 1610 erst einmal scheitern musste¹²³.

Zum ersten internationalen Testfall für die politische Kooperation zwischen Frankreich und der Union entwickelte sich erwartungsgemäß die seit 1600 drohende Erbfolgekrise am Niederrhein. Der Tod des kinderlosen Herzogs Johann Wilhelm von Jülich-Kleve-Berg (1562–1609) versorgte eine Reihe von Reichsständen mit Erbtiteln an den niederrheinischen Herzogtümern. Die stärksten Ansprüche besaßen Brandenburg und Neuburg, beide Mitglieder der protestantischen Union und beide

¹¹⁸ ADAMS: Protestant Cause, 157.

¹¹⁹ Vgl. LEE: James I and Henri IV, 15.

¹²⁰ Vgl. SATTLER: Württemberg, Beilage Nr. 5.

¹²¹ Vgl. GOTTHARD: Union und Liga, 89; KYBAL: Henri IV, 596; LEE: James I and Henri IV, 13f.

¹²² Vgl. GOTTHARD: Konfession und Staatsräson, 47f.

¹²³ Vgl. ADAMS: Protestant Cause, 166f.

gefährdet in ihrem Erbe angesichts katholischer Bemühungen, das strategisch bedeutsame Herzogtum nicht in protestantische Hände fallen zu lassen. Damit vollzog sich am Niederrhein erstmals die gefährliche Vermischung von Reichs- und europäischen Konflikten, die die Funktionsfähigkeit der internationalen Bündnisse sowie des kurz zuvor geschlossenen spanisch-niederländischen Waffenstillstandsvertrags auf eine schwere Belastungsprobe stellten, so Alison Anderson in einer Abhandlung zur Jülich-Krise¹²⁴.

Jedoch blieb die Intervention der Union in der Erbfolgekrise am Niederrhein selbst im Kurpfälzer Oberrat umstritten, da es sich bei den Ansprüchen Brandenburgs und Neuburgs zunächst um *Privathandel* der beiden Mitglieder handelte, die nichts mit dem Bündniszweck zu tun hatten. Trotz der Bedenken einiger Oberräte setzte sich schließlich Christian von Anhalt mit seinem Plädoyer für ein Unionsengagement am Niederrhein durch¹²⁵. Anhalt betonte nicht nur die strategische Bedeutung der Herzogtümer, sondern er begriff die Krise auch als Chance, die Union mit Hilfe eines außenpolitischen Erfolgs nach innen zu festigen und durch das gezielte Vorpreschen der Aktionspartei innerhalb der Union die noch zögerlichen Mitglieder zu einem offensiveren Kurs zu zwingen¹²⁶. In einem Schreiben an Volrad von Plessen vom 10./20. Juni 1609 drückt Anhalt diese große Erwartung hinsichtlich der Krise am Niederrhein aus. Zugleich zielte der Administrator der Oberpfalz in den Verhandlungen mit Frankreich darauf, den Konflikt mit Hilfe des protestantischen Netzwerks zu lösen, indem er Frankreich bitten wollte, den offiziellen französischen Beauftragten Bongars durch den Duc de Bouillon als einem aktiven protestantischen Außenpolitiker zu ersetzen¹²⁷.

So entwickelte sich der Streit um das Erbe am Niederrhein nach der Entscheidung der Union, militärisch zugunsten Neuburgs und Brandenburgs einzugreifen, vor allem durch das französische Engagement zu einer internationalen Krise. Dabei konnten bis heute die Beweggründe von Heinrich IV. nicht eindeutig geklärt werden, sich in dieser Konsequenz am Niederrhein militärisch zu engagieren und einen Krieg zu provozieren. In der Literatur werden vor allem geostrategische Überlegungen bezüglich der Gefahr einer neuen Habsburger Umklammerung, aber auch Reputationsfragen im Zusammenhang der Führung im antihabsburgischen Lager angeführt. Hinzu kamen sicherlich auch persönliche Motive, vor allem ein drohender Prestigeverlust nach der Flucht des Prinzen von Condé mit seiner Gattin nach Brüssel¹²⁸. Im Ergebnis bot sich

¹²⁴ ANDERSON: *Verge of War*.

¹²⁵ GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 65f.; Christian von Anhalt an Benjamin von Bouwinghause, Amberg, 13./23. Oktober 1609, in: BuA II, Nr. 228.

¹²⁶ Vgl. ANDERSON: *Verge of War*, 65; GOTTHARD: „Wer sich salviren könd, sols thun“, 75f.

¹²⁷ AN, 273/AP/179, Boete Nr. 6: Christian von Anhalt an Volrad von Plessen, Amberg, 10./20. Juni 1609; zu Bongars vgl. oben S. 24.

¹²⁸ Die Annäherungsversuche von Heinrich IV. gegenüber Charlotte de Montmorency (1594–1650), der Ehefrau des Prince de Condé (1588–1646), lösten am Pariser Hof einen Skandal aus und endeten mit der Flucht des Paares an den Brüsseler Hof, was zu einem persönlichen und öffentlichen Ansehensverlust des Königs führte, vgl. ANDERSON: *Verge of*

mit Heinrich IV. während der Erbfolgekrise um Jülich-Kleve-Berg eine überzeugende Führungsgestalt im antihabsburgischen Lager an, die als einzige glaubhaft das Potential hatte, den spanischen Hegemonialbestrebungen entgegenzutreten¹²⁹.

Die Bündnisverhandlungen zwischen Frankreich und der Union wurden von Christian von Anhalt in Paris im Dezember 1609 und Januar 1610 geführt¹³⁰. Die Verhandlungen mündeten am 2. Februar 1610 in einen Bündnisvertrag zwischen Frankreich und den Unionsfürsten unter Ausschluss der Unionsstädte, der ein gemeinsames militärisches Vorgehen gegen die katholischen Truppen am Niederrhein, die Übereignung der Herzogtümer in die gemeinsame Verwaltung von Brandenburg und Neuburg, sowie die Zusicherung der freien Kultausbübung für die Katholiken der betroffenen Gebiete vorsah¹³¹. Die französische Seite rechtfertigte dieses problematische Zusammengehen einer katholischen Macht mit einem protestantischen Militärbündnis mit dem Interesse der *utilite et seurete commune*¹³².

In den Verhandlungen zwischen Frankreich und der Union wurde zugleich auch der Einbezug weiterer antihabsburgischer Mächte, allen voran der Niederlande und Englands, gefordert¹³³. Doch trotz des frühen Werbens Neuburgs bezüglich einer englischen Assistenz im Falle eines Erbstreits blieb die englische Außenpolitik unter Führung Salisburys gegenüber einem protestantischen Bündnis skeptisch¹³⁴. Jakob I. wollte selbst nach dem Eintritt des Erbfalls erst einmal die Entwicklung abwarten und seine Gesandten Stephen Le Sieur († 1627) und Ralph Winwood (1563?–1617) zwischen den Parteien vermitteln lassen, ohne durch einen Bündnisschluss mit der Union Partei ergreifen zu müssen¹³⁵.

Der entscheidende Wendepunkt in der englisch-kurpfälzischen Außenpolitik vollzog sich mit dem überraschenden Bündnisschluss zwischen Union, Frankreich und auch den Niederlanden in Sachen Erbfolgekrieg¹³⁶. Verschiedene Verhandlungsgesandtschaften Bouwinghausens und Anhalts konnten in London Jakob I. davon überzeugen, mit eigenen Truppen als eine Art unterstützendes Hilfskorps ebenfalls auf Unionsseite zu intervenieren, auch wenn der dabei angebotene Beitritt zur Union vom Privy Council weiterhin abgelehnt wurde¹³⁷. Inwiefern die englische Diplomatie diese

War, 52; DICKERMAN: Henry IV, 645; MOUSNIER: Assassinat, 119f.; HAYDEN: Continuity, 5–10.

¹²⁹ Vgl. BEIDERBECK: Heinrich IV. (Teil 2), 20.

¹³⁰ Vgl. PRO SP 81/10, fol. 33: Christian von Anhalt an Jakob I., Middleborough, den 9./19. April 1610.

¹³¹ Vgl. LORENZ: Quellen, Nr. 17a; MOUSNIER: Assassinat, 120; AN, AB/XIX/3624 dr. 1: Johann II. von Zweibrücken an König Heinrich IV., Zweibrücken, den 9./19. April 1609.

¹³² Vgl. BayHStA, KB, Nr. 91/10, fol. 4: Protokoll der Unterredung zwischen Christian Fürst von Anhalt und Heinrich IV. am 12./22. Dezember 1609 in Paris.

¹³³ Vgl. ebd., fol. 17.

¹³⁴ Vgl. CSP Venice X, Nr. 360; CSP Venice XI, Nr. 875.

¹³⁵ Vgl. ANDERSON: Verge of War, 78; SEPP: Reich und England, 113; BELLER: Stephen Le Sieur.

¹³⁶ Vgl. ANDERSON: Verge of War, 78.

¹³⁷ Vgl. ADAMS: England und die Reichsfürsten, 74f.; BayHStA, KB, Nr. 91/10, fol. 4–18; CSP Venice XI, Nr. 875 u. 897.

Nachfrage zu nutzen suchte, um durch eine überraschende Betonung des konfessionellen Faktors ihren Einfluss in der protestantischen Union zu steigern, zeigen die Verhandlungen mit den Unionsgesandtschaften, in denen auch der von Frankreich geforderte Religionsvorbehalt zugunsten der Katholiken am Niederrhein thematisiert wurde¹³⁸. Im Gegensatz zu den öffentlichen Erklärungen von Heinrich IV. begründete die englische Seite ihr Jülich-Engagement nicht säkular als Sicherung der öffentlichen Ordnung. In einer Rede vor dem House of Commons rechtfertigte Salisbury im März 1610 die englische Intervention vielmehr mit konfessionellen Kategorien, indem es ihm um die Erhaltung der guten Korrespondenz mit den unierten Reichsständen und um die Hilfe für die Glaubensverwandten am Niederrhein gehe¹³⁹.

So richtete sich das europäische Mächtefeld vor dem Hintergrund der Krise am Niederrhein noch einmal nach dem traditionellen Muster habsburgisch-antihabsburgisch aus, indem sich mit Frankreich als Haupt eine überkonfessionelle Allianz gegen den Habsburger Machtanspruch im strategisch bedeutsamen Grenzland zwischen dem Reich, den Niederlanden und Frankreich stellte. Die englische Reaktion auf den Bündnisschluss und die Versuche von Krone und Privy Council, durch Betonung konfessioneller Motive den englischen Einfluss auf das Bündnis zu steigern, zeigen aber in eine neue Richtung, die für eine Transformation des antihabsburgischen Bündnisses zu einem rein protestantischen Mächteblock entscheidend sein sollte.

b) Renversement des Alliances? – Frankreich, Neuburg und die Grenzen überkonfessioneller Bündnispolitik gegen das Haus Habsburg 1610–1614

Die Transformation der europäischen Bündnisssysteme vollzog sich im Zeitraum 1610 bis 1614 in Form eines längerfristigen Paradigmenwechsels von säkular-machtpolitischen hin zu konfessionellen Motiven. Dabei führte ein singuläres Ereignis, nämlich die Ermordung von Heinrich IV. durch den katholischen Fanatiker François Ravallac (1578–1610) am 14. Mai 1610, zur Beschleunigung dieses Veränderungsprozesses. Denn die Tat Ravallacs verhinderte nicht nur den geplanten massiven Truppenaufmarsch Frankreichs am Niederrhein, wohin sich Heinrich IV. am Tag seiner Ermordung begeben wollte, sie erschütterte auch die 1609 formierte antihabsburgische Allianz unter französischer Führung. Aufgrund der Sukzessionsprobleme im Hause Valois – der Thronerbe Ludwig XIII. (1601–1643) war 1610 noch minderjährig – brach durch den Anschlag das gesamte Königreich Frankreich als wohl mächtigster Verbündeter der Allianz gerade in der gefährlichen Situation der Erbfolgekrise am Niederrhein weg¹⁴⁰.

¹³⁸ Vgl. BayHStA, KB, 91/10, fol. 17f.: *Denckzettel dessen sich IFG von Anhalts wegen, der vor-erichteten Fürsten in Engelandt abgesante zuerinnern*, Paris, 28. März/7. April 1610.

¹³⁹ Vgl. KYBAL: Henri IV, 589; dass Salisburys Betonung konfessioneller Motive rein instrumentellen Charakter zur Gewinnung der Union hatte, zeigt die Fortschreibung der überkonfessionellen Außenpolitik Englands auch über 1609 hinweg.

¹⁴⁰ Vgl. RITTER: Politik und Geschichte der Union, 96f.

In der Literatur bleibt es weiterhin umstritten, inwiefern sich in Frankreich während der Regentschaft der Königinwitwe Marie de Médici (1573–1642) für ihren minderjährigen Sohn zwischen 1610 und 1617 ein abrupter Politikwechsel in den Mächtebeziehungen vollzog. Gegen die lange Zeit vorherrschende Vorstellung, die Regentin habe alle machtpolitischen Pläne ihres Mannes und dessen ersten Ministers Sully gestoppt, bezieht beispielsweise Michael Hayden eine dezidierte Gegenposition. Hayden zufolge habe es 1610 keinen plötzlichen Renversement des Alliances gegeben, vielmehr führte die Regentschaft mit Hilfe des neuen Chefministers Nicholas de Neufville, Seigneur de Villeroy (1543–1617) die henrizianische Außenpolitik zwischen 1610–1615 in gemäßigter Form weiter fort und erreichte dadurch eine Stabilisierung des Königreichs nach außen¹⁴¹. Gotthard sieht dahingegen seit 1610 einen klaren Bruch Frankreichs mit den protestantischen Bündnispartnern, da der französischen Politik nicht nur ein machtvolleres Aktionszentrum um den charismatischen Heinrich IV. fehlte, der protestantische Bündnispolitik vor dem katholischen Europa zu vertreten wusste. Auch lähmten die erbitterten Faktionskämpfe am Pariser Hof nach 1610 längerfristig die Handlungen der französischen Krone im europäischen Mächtefeld¹⁴².

Bei den protestantischen Reichsständen herrschte nach dem Anschlag lange Zeit große Ungewissheit und Verunsicherung über die Zukunft der antihabsburgischen Allianz, zumal im Herbst 1610 mit Pfalzgraf Friedrich IV. eine weitere Führungsfigur des Bündnisses starb. So drängte vor allem die protestantische Union vorsichtshalber auf eine Abrüstung der Truppen am Niederrhein¹⁴³. Auch in England breitete sich eine große Unruhe hinsichtlich der außenpolitischen Folgen der Tat Ravaillacs aus, und am Londoner Hof sah man in dem Anschlag den Auftakt zu einer ganzen Attentatsserie jesuitischer Fanatiker. Zugleich bedeutete aber der Tod von Heinrich IV. auch die Chance auf eine Neuorientierung im antihabsburgischen Lager zugunsten der englischen Krone. Denn obwohl Jakob I. weiterhin diplomatische Initiativen startete, um Marie de Médici für eine Allianz gegen Spanien zu gewinnen¹⁴⁴, gab es nun doch eine reale Chance, dass London im protestantischen Mächteblock eine führende Rolle übernehmen konnte¹⁴⁵.

Die Erwartung, dass Jakob I. sich auf diese Neuorientierung einlassen und damit zugleich seine auf Ausgleich zwischen den Religionsblöcken gerichtete Außenpolitik teilweise aufgeben würde, hing mit einer in der Literatur nur wenig berücksichtigten Entwicklung in den englischen Beziehungen zu Frankreich und auch Spanien zusammen, die den protestantischen Eindruck eines Renversement des Alliances verstärken musste. Im Laufe des Jahres 1611 wurden erste Gerüchte über eine französisch-spanische Doppelhochzeit zwischen dem französischen Thronerben Ludwig XIII. mit der

¹⁴¹ HAYDEN: *Continuity*, 2 u. 12f.

¹⁴² GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 95.

¹⁴³ Vgl. ebd., 117.

¹⁴⁴ Vgl. PRO SP 78/59, fol. 169f.: Thomas Edmondes an Jakob I., Paris, den 20. Juni/10. Juli 1612.

¹⁴⁵ Vgl. ADAMS: *Road to La Rochelle*, 46.

spanischen Infantin Anne d'Autriche (1601–1666) sowie zwischen dem spanischen Thronfolger Philipp (IV.) (1605–1665) und der französischen Prinzessin Elisabeth (1602–1644) bekannt. In London schöpfte die Regierung den Verdacht, dass diese Allianz auf die Schaffung eines neuen katholischen Bündnisses gegen das protestantische Europa gerichtet sei¹⁴⁶, zumal die dynastischen Pläne Paris' und Madrids die englische Außen- und Dynastiepolitik konterkarierten, plante London doch ebenfalls eine Verheiratung des eigenen Thronfolgers Henry Prince of Wales mit einer französischen respektive spanischen Prinzessin¹⁴⁷. So machte Jakob I. auch in seiner Unterredung mit dem spanischen Botschafter Don Alonzo de Velasco im Oktober 1611 seiner Verärgerung über die spanische Politik Luft. Spanien hätte mit der Doppelhochzeit die englischen Pläne einer europäischen Vermittlungspolitik auf dynastischer Grundlage empfindlich gestört¹⁴⁸.

Auch gegenüber Frankreich bewirkten die Pläne für eine Doppelhochzeit eine erhebliche Belastung des Verhältnisses. Zwar bot Paris im Gegenzug weiterhin eine dynastische Allianz mit London an, die die Verheiratung von Henry Prince of Wales mit einer jüngeren Prinzessin vorsah¹⁴⁹, jedoch gewann der englische Botschafter in Paris, Thomas Edmondes (1563?–1639), bei seinen Unterredungen mit der antihabsburgischen Hofpartei im Louvre den Eindruck, dass es sich bei der französisch-spanischen Doppelhochzeit um eine sehr weitgehende Allianz handle, wie sie Frankreich bis dato nicht einmal mit den ehemaligen Verbündeten eingegangen sei¹⁵⁰. Allgemein herrschte bei Edmondes Verwunderung über die Außenpolitik Marie de Médicis vor, die für die antihabsburgische Allianz großen Schaden brächte, [...] *by having so strictly united themselves with Spayne, as I knewe not what kindnes they could doe us to counterbalance the same* [...] ¹⁵¹.

Die englische Wahrnehmung der französischen Außenpolitik radikalisierte sich, je mehr Details bezüglich der Doppelhochzeit an die Öffentlichkeit gelangten. So wurde London von der Nachricht in Aufregung versetzt, Marie de Médici werde sich mit ihrer Tochter nach Bayonne begeben, um dort die französische Prinzessin an die Spanier zu übergeben und zugleich die spanische Verlobte für Ludwig XIII. zu empfangen. Das französisch-spanische Treffen in Bayonne musste gerade auf protestantischer Seite ungute Erinnerungen hervorrufen, galt doch dieser Ort seit der legendären Zusammenkunft von Cathérine de Médici mit dem Grafen Alba 1565 als Auftakt für die Gegenreformation in Frankreich und den Niederlanden¹⁵². Selbst Jakob I. äußerte ange-

¹⁴⁶ Vgl. ebd. 46; VOGLER: Dimension religieuse, 380.

¹⁴⁷ Vgl. HOWAT: Foreign Policy, 12.

¹⁴⁸ Vgl. PRO SP 78/58, fol. 194: Salisbury an Thomas Edmondes, London, 3./13. Oktober 1611 (Konzept).

¹⁴⁹ Vgl. PRO SP 78/58, fol. 199: Thomas Edmondes an Salisbury, Paris, 26. September/5. Oktober 1611; Jakob I. an Thomas Edmondes, London, 17./27. August 1612, in: AKRIGG: Letters of King James, Nr. 153.

¹⁵⁰ PRO SP 78/59, fol. 59.

¹⁵¹ Ebd., fol. 26.

¹⁵² Ebd., fol. 27; vgl. oben S. 105.

sichts der französischen Politik die Befürchtung, mit der Doppelhochzeit drohe den Hugenotten eine neue Bartholomäusnacht¹⁵³.

Wie anhand des diplomatischen Geschäftsschriftguts ersichtlich, reagierte das protestantische Europa mit zunehmender Verunsicherung und mit auf Angst gegründeter Radikalität auf den anscheinenden Renversement des Alliances des Mächtesystems, und am Londoner Hof machten sich bereits im Januar 1612 Gerüchte breit, dass England im Falle des tatsächlichen Abschlusses der Doppelhochzeit eine weitreichende protestantische Gegenallianz organisieren werde¹⁵⁴. Die englischen Reaktionen auf die französisch-spanische Diplomatie zeugen demnach auch von der sozio-psychischen Erregung selbst unter den Diplomaten des europäischen Mächteblocks. Denn nicht nur im Nachhinein erscheint die Diplomatie Marie de Médicis keineswegs als endgültiger Bruch mit der Außenpolitik ihres verstorbenen Mannes¹⁵⁵. Dass die Heiratsallianz zwischen Paris und Madrid lediglich der innenpolitischen Stabilisierung der Regentschaft diene, war auch schon einigen zeitgenössischen Beobachtern am englischen Hof sehr bewusst¹⁵⁶.

In dieser Phase der Neuordnung der europäischen Allianzsysteme übernahmen neben den offiziellen Gesandten verstärkt auch konfessionelle Agenten des europäischen Mächtesystems wichtige diplomatische Aufgaben. So spielte in der englischen Außenpolitik seit Bekanntwerden der französischen Pläne einer dynastischen Allianz mit Spanien Henri de Bouillon als semisouveräner Fürst in Sedan und führende Figur der Hugenotten eine immer größere Rolle. Wie bereits gesehen¹⁵⁷, repräsentierte er aufgrund seiner dynastischen und politischen Verbindungen ein wichtiges Bindeglied zwischen den Protestanten Frankreichs, des Reichs und der Niederlande, denen für einen zukünftigen protestantischen Mächteblock große Bedeutung zukam.

Hintergrund für Bouillons neue außenpolitische Rolle seit 1611 war sein ambivalentes Verhältnis zur französischen Krone, das auch nach der Herrschaftsübernahme von Henri de Navarre fortbestand. Im Jahre 1603 brach der Hugenottenführer mit Heinrich IV., als Bouillon in den Verdacht geriet, er habe Anteil an der Verschwörung des Maréchal Charles de Gontaud, Duc de Biron (1562–1602)¹⁵⁸. Der Herzog von Sedan flüchtete sich in dieser Situation an den Heidelberger Hof und die Kurpfälzer Diplomatie vermittelte aufgrund der traditionell guten Kontakte zu Bouillon in Paris sowie in London für dessen Rehabilitation¹⁵⁹. Jedoch sollte es bis 1606 dauern, bis der Hugenottenführer zu einem Ausgleich mit Heinrich IV. fand und sich der Autorität der französischen Krone unterstellte¹⁶⁰.

¹⁵³ Jakob I. an Thomas Edmondes, Paris, 4./14. Dezember 1612, in: AKRIGG: Letters of King James, Nr. 156.

¹⁵⁴ Vgl. CSP Venice XII, Nr. 430.

¹⁵⁵ Vgl. HAYDEN: Continuity, 15f.

¹⁵⁶ Vgl. CSP Venice XII, Nr. 430.

¹⁵⁷ Vgl. oben S. 73f.

¹⁵⁸ Vgl. MOUSNIER: Assassinat, 111.

¹⁵⁹ Vgl. BuA I, Nr. 302; CSP Venice X, Nr. 72 u. 81.

¹⁶⁰ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 90/9, fol. 18–22: *Discours ober des Herzogen von Bouillon schwierigen Zustand*; BuA I, Nr. 315.

Nach der Ermordung von Heinrich IV. nutzte die Regentin Bouillons enge Beziehungen zu den ehemaligen französischen Verbündeten, um den protestantischen Reichsständen die weitere Bereitschaft der Krone zu versichern, für die *liberté de la Germanie* einzutreten¹⁶¹ und auch in London die erhitzten Gemüter bezüglich der spanisch-französischen Doppelhochzeit zu dämpfen¹⁶². Jedoch erwies sich gerade in dieser Situation Bouillon aufgrund seiner Stellung als semisouveräner Herr über das Herzogtum Sedan zugleich auch als typischer Agent des protestantischen Netzwerks, verband er doch seine offiziellen Aufträge im Namen der Regentschaft mit einer privaten Diplomatie, die – wie noch zu zeigen sein wird¹⁶³ – seit 1611 intensiv auf protestantische Gegenallianzen zu der neuen französisch-spanischen Korrespondenz abzielte.

So umstritten die These eines Renversement des Alliances im Falle Frankreichs ist, in der protestantischen Union vollzog sich mit dem Übertritt von Pfalz-Neuburg zum katholischen Glauben 1614 zur selben Zeit tatsächlich eine Veränderung im Bündnis, die für die Union eine weitere Stärkung des außenpolitisch aktiven Flügels bedeutete. Dem Neuburger Seitenwechsel ging ein wachsender Gegensatz zwischen der Kurpfälzer und Neuburger Linie des Hauses Wittelsbach voraus, der sich unter anderem an den Heidelberger Bemühungen entzündete, Neuburgs Erbrechte an der Kurpfalz testamentarisch zu beschneiden, um eine lutherische Administration oder gar Sukzession in Heidelberg zu verhindern. Diesen dynastischen und konfessionellen Grundskonflikt im Hause Wittelsbach trugen beide Kontrahenten 1608 in die Union hinein, denn Neuburg versuchte bereits im Vorfeld des Ahausener Bündnisschlusses, den Einfluss Heidelbergs in der zukünftigen protestantischen Allianz zu schwächen¹⁶⁴. Zudem traten Neuburg und Kurpfalz zeitweise in Konkurrenz um eine dynastische Verbindung mit dem englischen Königshaus, denn sowohl der Kurerbe Friedrich als auch der älteste Sohn von Philipp Ludwig von Pfalz-Neuburg (1547–1614), Wolfgang Wilhelm (1578–1653), galten seit Ausbruch der Krise am Niederrhein als Kandidaten für eine Verheiratung von Princess Elizabeth¹⁶⁵.

Der Erbstreit zwischen der reformierten Kurpfalz und dem lutherischen Neuburg repräsentiert einen von der Literatur bisher vernachlässigten Komplex der Vorgeschichte des Dreißigjährigen Krieges, der die ausschlaggebenden dynastischen Konfliktlinien im Hause Wittelsbach zwischen 1618 und 1648 präfigurierte. Mit der testamentarischen Verfügung Friedrichs IV. von 1602 wurde nicht nur der Oberrat in Heidelberg neu geregelt, auch ein rechtlich zweifelhafter Ausschluss des lutherischen Neuburg als Administrator der Kurpfalz und als Vormund für Friedrich V. im Falle ei-

¹⁶¹ Vgl. BL MSS Add. 5458, fol. 219.: *Instruction à [Monsieur] le Duc de Bouillon allant conduire a bedelbourg le nouveau ellecteur Palatin en octobre 1610*; vgl. auch BN Paris, Col. Dupuy, Nr. 927, fol. 165–170.

¹⁶² Vgl. BL MSS Add. 30622, fol. 140f.: Instruktionen für Henri Bouillon bezüglich seiner Verhandlungen am englischen Hof, 1612; PRO SP 78/59, fol. 59f.: Thomas Edmondés an Salisbury, Paris, 22. Februar/4. März 1612; CSP Venice XII, Nr. 539.

¹⁶³ Kapitel II.2.d.

¹⁶⁴ Vgl. GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 16f. u. 32f.

¹⁶⁵ Vgl. BuA III, Nr. 268 u. S. 201, Anm. 1.

nes frühzeitigen Ablebens des gesundheitlich schwer angeschlagenen Kurfürsten bildete das Ergebnis des Testaments¹⁶⁶. Denn mit der Einsetzung von Johann II. von Zweibrücken (1584–1632) als Administrator und, zusammen mit Christian von Anhalt, Moritz von Oranien (1567–1625) und Johann VII. von Nassau als Vormund für den Kurerben verstieß das Testament gegen die Bestimmungen der Goldenen Bulle von 1356, die für den Fall einer Minderjährigkeit des Kurfürsten die Regentschaft Pfalz-Neuburgs als nächsten Agnaten des Hauses vorsah¹⁶⁷. Dass dem Kurpfälzer Testament dennoch Erfolg beschieden war, lag an den guten politischen Beziehungen von Christian von Anhalt zu Kaiser Rudolf II. (1552–1612). So erreichte eine Pfälzer Gesandtschaft unter Hippolyt von Colli (1561–1612) bereits 1607 die kaiserliche Anerkennung für das Testament¹⁶⁸. Jedoch erkannte Philipp Ludwig von Pfalz-Neuburg das Testament nicht an, woraufhin Neuburg nach dem Tod von Friedrich IV. die Vormundschaft für den Kurerben und die Administration des Kurstaates für sich in Anspruch nahm¹⁶⁹. Und obwohl Johann II. von Zweibrücken sich als Administrator und Vormund in Heidelberg durchsetzen und darüber hinaus auch die Anerkennung der Fürsten des Kurkollegiums erhalten konnte, gab Neuburg seine Ansprüche nicht auf und bekämpfte zwischen 1610 und 1614 erbittert die Kurpfälzer Vorgehensweise¹⁷⁰.

Diese Auseinandersetzungen zwischen Heidelberg und Neuburg zogen weite Kreise, denn neben der Ausübung der Administration und des Kurrechts hing an der Pfälzer Herrschaft auch der Vikariatstitel für die westlichen und südlichen Teile des Reichs¹⁷¹. Auch wenn die Befugnisse der Reichsvikare nur beschränkt waren, hofften gerade die aktiven Heidelberger Räte seit der Eskalation der Erbfolgekrisis im Hause Habsburg, im sich abzeichnenden Vikariatsfall wichtige konfessionelle und politische Rechtsentscheidungen zu präjudizieren¹⁷². Nun aber vereitelten die Auseinandersetzungen zwischen Neuburg und Kurpfalz die Heidelberger Pläne einer aktiven Vikariatspolitik für die kaiserlose Zeit zwischen dem 10. Januar und dem 3. Juni 1612, denn sowohl Philipp Ludwig von Neuburg als auch Johann II. von Zweibrücken gaben sich neben Kursachsen als Vikare aus, was im Reich für Verwirrung sorgte und beim englischen Allianzpartner Unverständnis hervorrief¹⁷³.

¹⁶⁶ Vgl. PRESS: Calvinismus und Territorialstaat, 427.

¹⁶⁷ Vgl. SCHAAB: Geschichte der Kurpfalz, 73; HÄUSSER: Geschichte der rheinischen Pfalz, 248; LIPOWSKY: Friderich V., 2.

¹⁶⁸ Vgl. KOSSOL: Reichspolitik, 133; BuA IX, Nr. 301 u. 302.

¹⁶⁹ Vgl. PRO SP 81/10, fol. 162f.: Philipp Ludwig von Pfalz-Neuburg an Jakob I., Neuburg, 18./28. September 1610.

¹⁷⁰ Vgl. PRESS: Calvinismus und Territorialstaat, 480f.; BuA X, Nr. 1; PRO SP 78/57, fol. 15f.: Johann II. von Zweibrücken an Duc de Bouillon, Heidelberg, 25. Dezember 1610/4. Januar 1611 (Abschrift).

¹⁷¹ Vgl. oben S. 94; zu der öffentlichen Dimension der Auseinandersetzungen vgl. unten S. 251ff.

¹⁷² Vgl. GOTTHARD: „Wer sich salviren könd, solts thun“, 68f.; PRESS: Calvinismus und Territorialstaat, 498f.

¹⁷³ Kurpfälzer und Neuburger Anzeigen bezüglich des Reichsvikariats vgl. MONT: Corps Universel Diplomatique, V/I, 187f.; PRO SP 78/59, fol. 24: Thomas Edmondes an Salisbury, Paris, 25. Januar/4. Februar 1612; GOTTHARD: Konfession und Staatsräson, 152f.

Eine zusätzliche Dimension erhielt diese Auseinandersetzung im Hause Wittelsbach dadurch, dass der dritte wichtige Zweig der Dynastie, das katholische Bayern, den Streit für eigene Ansprüche zu nutzen wusste. Aufgrund der ungeklärten Vikariatslage konnte Herzog Maximilian I. nicht nur alle Kurpfälzer Rechtssprüche ignorieren. Auch kursierte in München im Zusammenhang mit dem Kurpfälzer Vikariatsamt, das vor allem den Habsburgern als Gefahr für die eigene Stellung im Reich galt, die Idee, sich für eine eventuelle Reichsexekution gegen die reformierte Kurpfalz vom Kaiser mit der Pfälzer Kurwürde entschädigen zu lassen¹⁷⁴. Diese Pläne fügten sich in die seit 1608 beobachtbaren Bestrebungen des Bayernherzogs ein, im Windschatten der kurpfälzisch-neuburgischen Auseinandersetzungen alte bayerische Ansprüche bezüglich der Heidelberger Kurwürde neu zu formulieren¹⁷⁵.

Die dynastischen Auseinandersetzungen im Hause Wittelsbach entwickelten soviel Sprengkraft, dass sie am Ende zu einem Bruch der protestantischen Interessenallianz am Niederrhein führte. Dabei bemühten sich die anderen Bündnispartner nach Ausbruch der Administrationskrise sichtlich um Deeskalation. So versprach Philipp Ludwig von Pfalz-Neuburg nach dem Tod Friedrichs IV. gegenüber dem englischen Gesandten Winwood, die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen und sein Sohn Wolfgang Wilhelm folgte dem Rat Moritz von Oraniens, die Kurfürstenwitwe Louise Juliane um Vermittlung zwischen seinem Vater und Johann II. von Zweibrücken zu bitten¹⁷⁶. Auch suchte Pfalz-Neuburg noch Ende 1611 durch eine Gesandtschaftsreise Wolfgang Wilhelms um Mediation bei Jakob I. nach, der nicht nur von der Rechtmäßigkeit der Neuburger Ansprüche überzeugt werden, sondern auch Johann II. ermahnen sollte, im Streit nachzugeben¹⁷⁷.

Trotz dieser Bemühungen verschärfte sich im Laufe des Jahres 1611 die Situation. Der englische Gesandte im von Neuburg verwalteten Teil des Herzogtums Jülich-Kleve-Berg, John Dickenson, sah bereits 1611 den Niedergang der Beziehungen seit dem Tod Friedrichs IV.: *Since that time, the bitterness on both sides is much encreased [...]*¹⁷⁸. Vor allem die Neuburger Ansprüche auf den Kurpfälzer Vorsitz in der protestantischen Union trugen zur dramatischen Verschlechterung der Stimmung im Unionsbündnis bei. In einem Brief an die im Streit nicht involvierten Bündnismitglieder stellte Philipp Ludwig die protestantischen Stände indirekt vor die Wahl, seiner Rechtsauffassung im Administrationsfall zu folgen und den Direktoriumsvorsitz an ihn zu übergeben oder Neuburg zum Austritt zu zwingen. Der Neuburger Pfalzgraf sah sogar im Verhalten Heidelbergs den Bündnisfall gegeben, da die Administration

¹⁷⁴ Vgl. ALBRECHT: Maximilian I., 427.

¹⁷⁵ Vgl. STEINER: Pfälzische Kurwürde, 6.

¹⁷⁶ Vgl. GLA, Bestand 77: Pfalz Generalia, Nr. 5011, fol. 21f.: Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg an Louise Juliane, Neuburg, Februar 1611.

¹⁷⁷ Vgl. GHA, Pfälzer und Pfalz-Neuburger Akten, Nr. 2536: Reise des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm nach Holland, Frankreich, und England, 1611–1612, fol. 28.

¹⁷⁸ BL MSS Stowe 172, fol. 88f.: John Dickenson an Thomas Edmondes, Duisburg, 18./28. Juni 1611, vgl. PRO SP 84/67, fol. 194f.: Ralph Winwood an Salisbury, Den Haag, 7./17. November 1610.

durch Zweibrücken eine größere Verletzung des Reichsrechts darstellte als die bayerische Exekution gegen die Stadt Donauwörth¹⁷⁹.

Der Streit endete schließlich 1614 mit dem Bündniswechsel Neuburgs unter dem neuen Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm. Schon zuvor hatte die Pfalzgrafschaft nach dem politischen Bruch mit Kurpfalz immer engere Kontakte nach München gesucht, die in der Konversion des zukünftigen Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm (gegen den Willen seines Vaters) und der Heirat mit der bayerischen Prinzessin Magdalena (1587–1628) 1613 gipfelten. Im Ergebnis trug die Neuburger Konversion zusammen mit dem Übertritt des Brandenburger Kurfürsten zum Calvinismus dazu bei, dass die konfessionellen Blöcke im Reich radikalisiert und nach innen gefestigt wurden¹⁸⁰.

Auf englischer Seite sah man bereits 1610 die gefährliche Entwicklung der Union nach dem Tod Friedrichs IV. und dem Auftreten Neuburgs¹⁸¹. Dabei trieb London die ernste Sorge um, dass Neuburgs Verhalten die Union sprengen könnte und damit der Siegeszug der katholischen Liga am Niederrhein ermöglicht werde. Jakob I. beauftragte daher Winwood als englischen Gesandten in den Niederlanden, vor allem auf den zukünftigen Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm einzuwirken, den Streit nicht weiter anzuhetzen¹⁸². Jedoch entfernte sich die englische Diplomatie in der Auseinandersetzung zwischen Heidelberg und Neuburg allmählich von ihrer Vermittlerrolle. Die frühen Empfehlungen auch an die Kurpfälzer Seite, sich doch kompromissbereiter zu zeigen¹⁸³, traten bald hinter energischeren Maßnahmen gegenüber Neuburg zurück, das seine Ansprüche immer noch nicht fallen lassen wollte¹⁸⁴. Daher wuchs auch auf englischer Seite langsam die Erkenntnis, dass es sich im Falle Wolfgang Wilhelms um einen *very opiniastre Lutheran* handle, der trotz der englischen Militärhilfe wohl ein verllorener Bündnispartner sei¹⁸⁵.

Auf kurpfälzischer Seite riefen die vor allem in öffentlichen Publikationen vertretenen Ansprüche Neuburgs große Nervosität hervor, so dass der Widerstand von Pfalzgraf Philipp Ludwig gegen die Kurpfälzer Politik einer dynastischen und konfessionellen Absicherung im Heidelberger Oberrat und in der kurfürstlichen Familie zu einer überaus krisenhaften Situation führte¹⁸⁶. So forderte Christian von Anhalt in ei-

¹⁷⁹ Vgl. BuA IX, Nr. 358: Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg an die Unionsstände (außer Kurpfalz, Zweibrücken und Anhalt), Neuburg, 17./27. September 1611.

¹⁸⁰ Vgl. ALBRECHT: Maximilian I., 468f.; KRIEGER: Unionsbestrebungen, 400; KOSSOL: Reichspolitik, 233f.

¹⁸¹ Vgl. CSP Venice XII, Nr. 79.

¹⁸² Vgl. PRO SP 81/10, fol. 176: Ralph Winwood an Salisbury, Köln, 14./24. September 1610; The Lords of the Privy Councill to Sir Ralph Winwood, Hampton Court, 20./30. September, 1610, in: SAWYER: Memorials of Affairs of State III, 225.

¹⁸³ Vgl. BuA IX, S. 112, Anm. 3.

¹⁸⁴ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 118/13, fol. 1f.: Johann Albrecht von Solms an Christoph von der Grün, London, 2./12. Januar 1613.

¹⁸⁵ PRO SP 81/12, fol. 88: John Dickenson an Jakob I., Düsseldorf, 30. Januar 1613/9. Januar 1614.

¹⁸⁶ Vgl. KOSSOL: Reichspolitik, 237; Instruktionen des Administrators der Kurpfalz für die kurpfälzischen Reichstagsgesandten, Heidelberg, 20./30. Juli 1613, BuA XI, Nr. 156.

nem Schreiben an Kanzler von der Grün im Januar 1612 angesichts von Philipp Ludwigs neuen Ansprüchen gegenüber dem Kurpfälzer Vikariat eine energischere Reaktion gegen die Neuburger Umtriebe, denn [...] *wann man nur angreyffft, so wirdt endlich eyn schwerer steyn auch bewegt. – Ich gleub, man werde von Pfalz wegen eyn iudicium besezen müssen*¹⁸⁷.

Diese Radikalisierung der Kurpfälzer Politik gegen Neuburg mündete 1613 in London in einem regelrechten Eklat. So wurde Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm, der seine Gesandtschaftsreise nach London dazu nutzen wollte, Friedrich V. seiner anstehenden Verheiratung mit Princess Elizabeth zu gratulieren, erst gar nicht zur Audienz vorgelassen, da der Neuburger Erbe sich wie sein Vater weigerte, den Kurerben als Kurfürsten zu titulieren¹⁸⁸. Friedrichs Haus- und Hofmeister Meinhard von Schönberg (1582–1616) erwirkte daraufhin bei dem Favoriten von Jakob I., Rochester, dass der englische König gegen das ungebührliche Verhalten Neuburgs in London vorging¹⁸⁹.

Vor dem Hintergrund von Wolfgang Wilhelms Auftritt und der andauernden neuburgischen Publikationen gegen Heidelberg nutzten Friedrich V. und die ihn begleitenden Räte den Londoner Aufenthalt 1612/1613 zu einer Generalabrechnung mit Pfalz-Neuburg. In einem deutlichen Brief an Philipp Ludwig – ein bisher unberücksichtigtes und eindrucksvolles Dokument für die Kurpfälzer Radikalisierung in dynastischen Fragen vor dem Dreißigjährigen Krieg – forderte Friedrich V. seinen Oheim auf, er solle [...] *auch bei disen [...] gefehrlichen Zustandt im Reich kein weiter distraction verbitterung und confusion under der evangelischen Ständen veruhrsachen und also den widerichen nit dero großen Triumph und frolockhen das spil gleichsam inn die handt und gewonnen geben*¹⁹⁰. Dabei beschuldigte der Heidelberger Kurerbe den Neuburger Pfalzgrafen, dass er in diesem Streit ein doppeltes Spiel betreibe, und dass [...] *E[uer] L[iebden] inn der that unnd warheit es nit umb eine mühsamme nit lang vor ende verwallung unnd Curatell, sondern weil umb ein anders und mehrer Zuthun gewest, und noch Zuthun sey*. Friedrich V. schließt den Brief mit einer klaren Drohung gegenüber Neuburg. Sollten Philipp Ludwig oder sein Sohn weiterhin Maßnahmen [...] *zu unseren nit geringeren despect und diffamation [...] verfolgen, droht er Neuburg damit, [...] das wir alsdann, uns hingegen zuerhaltung uns allein zustehenden rechtens, zu rettung unserer ehren notturfft, zu abwendung fernerer schimpf und spots unnd zu verkommnung allen unheils und schadens, so aus einem solchen beginnen unserer person unnd Churfürstentumb zu erwachsen möchte, alle gegen notturfft juris et facti mit*

¹⁸⁷ BuA X, Nr. 103: Christian von Anhalt an Christoph von der Grün, Amberg, 12./22. Januar 1612.

¹⁸⁸ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 118/13, fol. 11: Johann Albrecht von Solms an Christoph von der Grün, London, 4./14. Februar 1613.

¹⁸⁹ Vgl. PRO SP 81/12, fol. 80: Meinhard von Schönberg an Viscount Rochester, Whitehall, 14./24. Januar 1613; zu den Verhandlungen des englischen Gesandten Le Sieurs mit dem Kaiser bzgl. des Vikariatsstreits vgl. BayHStA, KB, Nr. 118/13, fol. 8: Johann Albrecht von Solms an Christoph von der Grün, London, 28. Januar/7. Februar 1613.

¹⁹⁰ GHA, Korrespondenzakten, Nr. 85/4: Friedrich V. an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg, London, 21./31. Januar 1613 (Abschrift); keine Folienangaben, alle folgende Zitate beziehen sich auf dieses Dokument.

*Rath und that unserer herren und freundt, auch die künfftige erstattung vorbehalten haben wollen*¹⁹¹.

Diese kurpfälzischen Drohungen geben Auskunft über die Radikalisierung der Heidelberger Regierung im Zusammenhang der Neuordnung des europäischen Mächtesystems 1610 bis 1614. Angesichts des Wegfalls von Frankreich als überkonfessionellen Garanten reichsständischer Freiheit und traditionellen Bündnispartner der Kurpfalz sowie der dynastischen Bedrohung durch Neuburg und Bayern verstärkte der Kurstaat nun die Anstrengungen zur Gewinnung internationaler Bündnispartner und zur Festigung des protestantischen Mächteblocks. In Jakob I. fand Heidelberg zwischen 1610 und 1614 einen mächtigen Partner, der aus Enttäuschung über den Fehlschlag seiner dynastischen Vermittlungspolitik mit dem katholischen Block zu einer führenden Rolle in der protestantischen Allianz bereit war.

c) Auf dem Weg zur protestantischen Internationale – die Kurpfalz, die Union und das Bündnis mit England und den Niederlanden 1610–1613

Die englisch-kurpfälzischen Beziehungen vor Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges gewannen seit der Gründung der protestantischen Union 1608 an Dynamik. Durch den Bündnisschluss von Ahausen 1608 schaffte die Kurpfalz die entscheidende Voraussetzung, in Kooperation mit befreundeten protestantischen Reichsständen international bündnisfähig zu werden. Gleichzeitig sorgten die Erbfolgekrise am Niederrhein sowie die bündnispolitische Entwicklung in Frankreich für eine Wende in der englischen Außenpolitik, die für eine exklusive Allianz mit protestantischen Mächten offener wurde. Damit stellten die Jahre 1610 bis 1614 eine Art „window of opportunity“ dar¹⁹², in der die Mächtekonstellation die endgültige Herausbildung konfessioneller Bündnisysteme erlaubte, und in deren protestantischer Spielart sich die bilateralen Beziehungen zwischen London und Heidelberg zu einem entscheidenden Faktor entwickelten¹⁹³.

Mit dem größeren Engagement Englands im protestantischen Block knüpfte Jakob I. an eine elisabethanische Tradition an, die wie gesehen durch den Friedensschluss mit Spanien 1604 und der sich anschließenden internationalen Zurückhaltung

¹⁹¹ In seinem Antwortschreiben vom 5. Mai 1613 wies Philipp Ludwig diese Drohungen der Kurpfalz energisch zurück und rechtfertigte sein Recht, seine Ansprüche auch öffentlich zu vertreten. In Fragen der Betitelung eines Kurerben mit der Anrede *Kurfürst* bestand Philipp Ludwig darauf, den Kurerben erst nach Erreichen der Volljährigkeit mit dem kurfürstlichen Titel anzureden, was jedoch dem üblichen diplomatischen Verkehr widersprach, vgl. BayHStA, KS, Nr. 16730, fol. 274–278; Friedrichs V. Drohung, mit *jurem et factum* im äußersten Fall gegen Neuburg vorgehen zu wollen, wurden von Wolfgang Wilhelm schließlich in seiner Korrespondenz mit anderen Wittelsbacher-Fürsten anlässlich des Durchzugs des englisch-kurpfälzischen Konvois durch den Niederrhein wieder aufgenommen, vgl. unten S. 284f.

¹⁹² Zur organisationsoziologischen Theorie des Inkrementalismus und der Idee eines „window of opportunity“ vgl. KINGDON: *Agendas*.

¹⁹³ Vgl. ADAMS: *England und die Reichsfürsten*, 74f.

in der englischen Außenpolitik durchbrochen worden war. Auch das Engagement Whitehalls in Jülich-Kleve-Berg erschien zunächst als eine halbherzige Maßnahme der englischen Diplomatie, um in der antihabsburgischen Allianz nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Jedoch zeigten Jakob I. und Lord Salisbury als ausschlaggebender außenpolitischer Kronrat seit 1610 ein gestiegenes Interesse an den ehemaligen Verbündeten Englands im Reich und in den Niederlanden¹⁹⁴. Die konfessionspolitische Entwicklung in den Generalstaaten gab dabei dem englischen Monarchen eine wichtige Gelegenheit, Diplomatie und Theologie miteinander zu verbinden und sich auch auf europäischer Bühne als protestantischer *Fidei Defensor* zu profilieren¹⁹⁵. So nahm Jakob I. regen Anteil an den Auseinandersetzungen zwischen Remonstranten und Kontra-Remonstranten, die sich allmählich zu einem politisch gefährlichen Parteienkonflikt zwischen der Ratsherrenpartei unter Johann von Oldenbarnevelt (1547?–1619) sowie der Statthalterpartei, angeführt von Prinz Moritz von Oranien, entwickelten¹⁹⁶.

Stein des Anstoßes für das englische Engagement im niederländischen Religionsstreit lieferte die von der Ratsherrenpartei betriebene Berufung des Theologen Conrad Vorstius (1569–1622) als Theologieprofessor und Nachfolger von Jakob Arminius (1560–1609) an die Leidener Universität 1611. Jakob I., der aufgrund seiner theologischen Schriften sowohl von katholischer wie auch von radikal-protestantischer Seite häufiger angegriffen wurde¹⁹⁷, nutzte die Berufung Vorstius', um sich innerhalb des protestantischen Lagers als politische und theologische Führungsfigur im Sinne eines Verteidigers des Glaubens zu profilieren. Dabei nahm der Monarch nicht nur öffentlich Stellung gegen die vermeintlichen Irrlehren des Leidener Theologen¹⁹⁸. Er beauftragte auch seinen Gesandten Winwood, bei den Generalstaaten gegen die Berufung eines Theologen zu protestieren, dessen Lehren gegen wichtige Grundsätze vieler protestantischer Kirchen Europas verstießen¹⁹⁹.

Die Affäre Vorstius entwickelte sich durch die englische Intervention zu einem Politikum zwischen England, den Niederlanden und auch der Kurpfalz. So überschattete der Widerstand von Oldenbarnevelt, sich der englischen Aufforderung zu beugen und Vorstius aus Leiden zu entfernen, den diplomatischen Verkehr zwischen London, Den Haag und Heidelberg 1611/1612. Die Klagen des Generalstatthalters Moritz von Oranien über den Erfolg von Vorstius' Lehren bei der Landbevölkerung²⁰⁰ und die unnachgiebige Haltung des englischen Gesandten Winwood gegenüber den Generalstaaten zwangen auch die Kurpfalz zu einer stärkeren Parteinahme zugunsten der Statthal-

¹⁹⁴ Vgl. CROFT: Robert Cecil, 86f.

¹⁹⁵ Vgl. ADAMS: Protestant Cause, 193.

¹⁹⁶ Vgl. ISRAEL: Dutch Republic, 421f.

¹⁹⁷ Vgl. SHRIVER: Orthodoxy and Diplomacy, 453f.

¹⁹⁸ Vgl. JAKOB I.: In the Cause of Conradus Vorstius.

¹⁹⁹ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 119/6, fol. 16f.: Ralph Winwood an Benjamin Bouwinghausen, [o.O.], 24. Februar/6. März 1612.

²⁰⁰ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 91/10, fol. 108f.: Meinhard von Schönburg an Johann II. von Zweibrücken, [o.O.], 16./26. Februar 1612.

terpartei²⁰¹. Der Verbleib von Vorstius in Leiden entwickelte sich damit nicht nur zu einem Machtkampf zwischen Oldenbarnevelt und Moritz von Oranien, sondern auch zu einer außenpolitischen Strategie- und Reputationsfrage für Jakob I. Letztlich bewirkte Oldenbarnevelts Widerstand eine deutliche Annäherung zwischen London und der in außenpolitischen Fragen offensiveren Statthalterpartei und lieferte dadurch die Grundlage für eine aktive protestantische Außenpolitik Englands, in der Heidelberg und Den Haag gleichermaßen eine wichtige bündnispolitische Rolle spielten²⁰².

Die katalysatorische Wirkung der französisch-spanischen Doppelhochzeit und auch der Vorstius-Affäre für die englische Außenpolitik wird vor dem Hintergrund der englisch-kurpfälzischen Verhandlungen 1610 bis 1612 deutlich. Denn noch vor der Hinwendung Frankreichs in Richtung Spanien und vor der Eskalation der innerniederländischen Auseinandersetzungen hielten sich die englischen Anstrengungen zu einem Bündnisschluss mit der Union nach dem Anschlag auf Heinrich IV. in Grenzen. Zwar schreibt Gotthard dem württembergischen Gesandten Bouwinghausen bereits für das Frühjahr 1610 einen wichtigen Erfolg in den Verhandlungen mit Jakob I. zu, die den späteren Bündnisschluss zu Wesel vorweggenommen hätten²⁰³. Jedoch versuchte die englische Seite einen konkreten Bündnisschluss weiterhin hinauszuzögern. So beauftragte der Privy Council Winwood als für die Union zuständigen englischen Gesandten Ende September damit, der Union angesichts des Politikwechsels in Paris zwar die weitere Unterstützung Englands zu versichern. Ein konkreter Bündnisschluss sollte aber weiter aufgeschoben werden *till some further occasion*²⁰⁴.

Die kurpfälzische Diplomatie ließ jedoch in ihren Anstrengungen zu einem Bündnis zwischen England und der Union nicht nach. Im Herbst 1610 unternahm Christian von Anhalt eine wichtige Gesandtschaftsreise nach London, in der er der englischen Krone ein weitreichendes Bündnisangebot machte. So wollte der Kurpfälzer Diplomat Jakob I. für ein großes europäisches Bündnis bestehend aus England, Dänemark, Schweden, den Niederlanden und der Union gewinnen, das aber die englische Seite vorerst ablehnte. Verhandelt wurde nun ein Bündnis zwischen England und der Union, das aber die Aufnahme der Niederlande ermöglichen und das von Jakob I. angeführt werden sollte²⁰⁵. Nach Bekanntwerden der spanisch-französischen Doppelal-

²⁰¹ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 119/6, fol. 14f.: Ralph Winwod an Petrus Dathenus, [o.O.], 10./20. Februar 1612.

²⁰² Vgl. SHRIVER: *Orthodoxy and Diplomacy*, 471 u. 473.

²⁰³ Bouwinghausen habe im Juli 1610 damit den Misserfolg einer kurpfälzischen Gesandtschaft unter Achatius von Dohna wieder wettgemacht, die bei Jakob I. in Sachen Bündnis mit der Union nichts erreicht hätte, vgl. GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 97f.

²⁰⁴ The Lords of the Privy Council to Sir Ralph Winwood, Hampton Court, 20./30. September, 1610, in: SAWYER: *Memorials of Affairs of State III*, 224.

²⁰⁵ Vgl. PRO SP 81/10, fol. 117f.: Friedrich IV. an Jakob I., Heidelberg, 13./23. August 1610; ADAMS: *England und die Reichsfürsten*, 74f.; CSP Venice XII, Nr. 91 u. 112; die venezianischen Berichte sprechen davon, dass Christian von Anhalt Jakob I. die Führung der Union von Ahausen angeboten hätte. Wahrscheinlicher ist jedoch eine Verwechslung der verhandelten Bündnisse bei den venezianischen Gesandten, denn mit dem Unionsvorsitz ist auf

lianzen wurden diese Verhandlungen intensiviert²⁰⁶. So konnte Christian von Anhalt auf dem Rothenburger Unionstag im Juli 1611 davon berichten, dass Jakob I. bereit sei, in eine engere Korrespondenz mit den Unionsmitgliedern zu treten und Winwood beauftragt habe, Artikel für ein Bündnis zu entwerfen²⁰⁷, woraufhin die Unionsfürsten Joachim Ernst von Brandenburg-Ansbach (1583–1625), Georg Friedrich von Baden (1573–1638) und Christian von Anhalt den Prinzen Ludwig Friedrich von Württemberg (1586–1631) dazu ermächtigten, [...] *De traicter avec Tres Illustre, Treshault et Trespassiant Prince et Seigneur Jacques Roy de la grande Brettaigne et France une mutuelle bonne correspondance et alliance defensiva*²⁰⁸.

Die konkreten Bündnisverhandlungen fanden im Februar und März 1612 im nieder-rheinischen Wesel statt. England wurde durch Winwood, die Union durch die Kurpfalz (Schönberg) und Württemberg (Bouwinghausen) als die treibenden Kräfte in diesem Bündnisschluss vertreten²⁰⁹. Während der Verhandlungen traten zwischen den Delegationen unterschiedliche Auffassungen über die Benennung des Bündnisses auf. Die Unionsgesandten schlugen anstelle des Begriffs *Ligue* aufgrund dessen katholischer Konnotation das Wort *Alliance* vor, was wiederum bei Winwood auf Vorbehalte stieß, da dies [...] *zu schwach zu einer solcher Verbindung und obligation sey*²¹⁰. Bei Vertragsschluss blieb es dann bei einer *Alliance Defensiva* [et] *Reciproque, pour la conservation de la Grandeur Autorité et Repos du St. Emphyre* [et] *de la Liberté Germanique*²¹¹. In diesem Bündnisvertrag verpflichteten sich England und die Unionsfürsten nicht nur zur gegenseitigen Unterstützung bei ihrem Engagement in Jülich-Kleveberg, sondern auch zur militärischen Assistenz im Falle, dass die Unionsmitglieder [...] *seroyent Assailliz ou Moulestez par voye de Faict ou autrement contre l'ordre de la Justice et Constitution de l'Emphyre*, eine Formulierung, auf die Bouwinghausen angesichts der strittigen Hofratsprozesse im Reich bestand²¹². In diesem relativ weit gefassten Bündnisfall verpflichteten sich beide Partner zu einer Truppen- oder wahlweise

kurpfälzischer Seite die Führung einer Allianz zwischen Ahausener Union und England gemeint.

²⁰⁶ Vgl. GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 196.

²⁰⁷ BuA IX, Nr. 333.

²⁰⁸ BayHStA, KB, Nr. 91/10, fol. 99: Ermächtigungsschreiben der Unionsfürsten an Ludwig Friedrich von Württemberg, Rothenburg, 22. August/1. September 1611, vgl. auch PRO SP 81/11, fol. 135f.: Unionsfürsten an Jakob I., 12./22. August 1611; BuA IX, Nr. 338; BuA X, Nr. 9.

²⁰⁹ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 91/10, fol. 102–107: Instruktionen Johann II. von Zweibrücken und Johann Friedrich von Württemberg für Meinhard von Schönberg und Benjamin Bouwinghausen von Walmerode bezüglich der Zusammenkunft mit den englischen Gesandten zu Wesel, Heidelberg, 1./11. Januar 1612, vgl. auch KAZNER: *Schönberg*, 156.

²¹⁰ BayHStA, KB, Nr. 91/10, fol. 127–130: Meinhard von Schönberg an Unionsfürsten, Wesel, 28. März/7. April 1612, hier: fol. 128.

²¹¹ Vertrag ediert bei: RYMER/SANDERSON: *Foedera*, Bd. 16, 714–716, folgende Zitate beziehen sich auf diese Edition.

²¹² Vgl. GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 98.

Geldhilfe²¹³. Das Bündnis wurde auf sechs Jahre festgesetzt, wobei eine Verlängerung vor Ablauf dieser Frist vereinbart werden konnte.

Am Bündnisschluss zwischen Union und England nahmen mit Ausnahme Neuburgs nur die Unionsfürsten teil, denn die Städte der Ahausener Vereinigung lehnten ein Zusammengehen mit auswärtigen Bündnispartnern trotz aller Vermittlungsangebote Londons ab²¹⁴. Auch bei den anstehenden Verhandlungen mit den Niederlanden zeigten die Städte wenig Neigung, von ihrem „reichszentrierten“ Kurs abzusehen, obwohl gerade sie einen wichtigen Beitrag für den Bündnisschluss mit den republikanisch organisierten Generalstaaten hätten leisten können²¹⁵. So erfüllte die Union zwar mit dem Beitritt Englands eine wichtige Voraussetzung, auch die eher skeptischen Niederlande für einen Bündnisschluss zu gewinnen²¹⁶. Jedoch stellte es aus Sicht der Unionsgesandten bei den Verhandlungen mit Den Haag ein Problem dar, dass die Reichsstädte in Sachen auswärtigen Bündnisse *bisher etwas bedenken getragen* hatten²¹⁷.

Überhaupt verhielten sich die Generalstaaten bei den ersten Bündnisverhandlungen im Oktober 1612 gegenüber der Union noch sehr zurückhaltend. Neben den internen Auseinandersetzungen zwischen Ratsherren- und Statthalterpartei zeigte sich dabei auch die niederländische Unzufriedenheit mit der Unionspolitik der protestantischen Reichsstände. Den Haag forderte von der Union mehr Selbständigkeit und Aktivität bei der inneren Konsolidierung des Militärbündnisses, bevor sie Bündnisse mit auswärtigen Mächten eingehe²¹⁸. Darüber hinaus sahen die Niederlande im Weseler Vertrag keineswegs das gewünschte Zusammengehen der Union mit einer europäischen Großmacht, vielmehr betrachteten die Generalstaaten das Abkommen im militärischen Teil als zu dürftig, als dass sie die bis dahin noch guten Beziehungen zu Frankreich durch einen Beitritt gefährden würden²¹⁹. Gleichzeitig fühlte sich die Republik der Niederlande in den englisch-kurpfälzischen Verhandlungen von den protestantischen Fürsten zurückgesetzt. So antwortete Prinz Moritz auf die dringende Aufforderung von Winwood, die Niederlande sollten nach dem Weseler Vertrag nun auch dem Bündnis beitreten, dass die Gesandtschaften von Württemberg und Kurpfalz in Den

²¹³ England sollte mit 4.000 Soldaten, die Union mit 2.000 Beistand leisten; hinsichtlich der Reichweite des Bündnisfalles spricht Axel Gotthard von einem „Blankoscheck für die Union“, wohingegen Moriz Ritter die Ergebnisse als eher bescheiden beschreibt, vgl. GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 98; RITTER: *Deutsche Geschichte II*, 361.

²¹⁴ Vgl. BuA X, Nr. 268 u. 276.

²¹⁵ Vgl. ARNDT: *Niederlande und die protestantischen Fürsten*, 113f.

²¹⁶ Vgl. GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 198f.

²¹⁷ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 337f.: *Instruction und anbringung der Churpf. Gesandten so bey in nahmen des administrators d. Churpfalz und Wittib Churfürstin Gn. [...] bei den Generalstaaten in Holland abgelegt*, [o.O.] 9./19. Oktober 1612 (Konzept), hier: fol. 37; BuA X, Nr. 285.

²¹⁸ Vgl. ARNDT: *Niederlande und die protestantischen Fürsten*, 118f.; DERS.: *Reich und die Niederlande*, 155.

²¹⁹ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 339f.: *Protokoll über die Verhandlungen mit den Generalstaaten bzgl. des Beitritts zur Union*, [o.O.] 10./20. Oktober 1612.

Haag den Eindruck verstärkt hätten, die Unionsfürsten legten gar nicht soviel Wert auf ein Bündnis mit der Republik, schließlich hätten sie den Verhandlungen mit London mehr Aufmerksamkeit geschenkt als jenen mit Den Haag²²⁰.

Tatsächlich zeigten sich die Unionsfürsten gegenüber dem Bündnis mit den Niederlanden zurückhaltender, wobei wohl weniger politische Vorbehalte gegen eine Republik, als vielmehr die lutherischen Bedenken eine Rolle spielten, durch den Bündnisabschluss mit Den Haag zu sehr in die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Spanien und den Niederlanden hineingezogen werden zu können. Demnach wollten die Unionsfürsten bei den Vertragsverhandlungen im Mai 1613, die nach Vorverhandlungen durch Bouwinghausen unter der Federführung des Heidelberger Kurerben Friedrich V. durchgeführt wurden, auch nicht den niederländischen Wunsch nach einem unbefristeten Bündnis entsprechen. Vielmehr sollte die Befristung auf fünf Jahre sicherstellen, dass die Unionsfürsten nach Ablauf des spanisch-niederländischen Waffenstillstands 1621 keinerlei Verpflichtungen in diesem Krieg zu fürchten hätten²²¹.

Trotz dieser Schwierigkeiten perfektionierte das im April 1612 in Wesel abgeschlossene Abkommen der Union mit den Niederlanden die protestantischen Bündnisanstrengungen, und mit Hilfe des im folgenden Kapitel behandelten parallelen Abschlusses dynastischer Bündnisse zeichnete sich seit 1613 deutlich die Genese einer protestantischen Internationale im Sinne eines Netzwerks protestantischer Staaten als Gegengewicht zum katholischen Bündnisystem unter spanischer Federführung ab. Jedoch verbanden die verschiedenen Bündnispartner unterschiedliche Erwartungen hinsichtlich Zweck und weiterer Entwicklung des Bündnisses. Auf englischer Seite betrachtete man die Allianz vor allem als nützliches Gegengewicht zu Spanien, das mit der französischen Doppelhochzeit seine Vormachtstellung ausbauen konnte²²². Dabei tauchte auch noch nach dem Bündnisabschluss von Wesel immer wieder die Idee auf, Frankreich trotz der jüngsten Anlehnung an Spanien für das eigene Bündnis zu gewinnen, um die Übereinkunft von Wesel weniger als Religions- denn als interessenorientierte Staatenallianz erscheinen zu lassen²²³. Ungeachtet der beobachteten konfessionellen Rhetorik während der Erbfolgekrisis am Niederrhein²²⁴ versuchte London den Eindruck eines gegen das Haus Habsburg gerichteten protestantischen Mächteblocks weitgehend zu vermeiden.

Im Falle der Kurpfalz stellte der religiöse Charakter weniger ein Problem dar. Für die Heidelberger Diplomaten bedeutete das Bündnis eine wichtige Grundlage, um die Strukturdefizite der Ahausener Union zu überwinden und im europäischen Kontext

²²⁰ Vgl. PRO SP 84/68, fol. 263f.: Ralph Winwood an Salisbury, [o.O.], 7./17. April 1612.

²²¹ Vgl. PRO SP 84/69, fol. 51f.: Ralph Winwood an Jakob I., [o.O.], 27. April/7. Mai 1613; zu den Verhandlungen Friedrichs V. vgl. BuA IX, Nr. 79; MONT: Corps Universel Diplomatique, 226ff.; LORENZ: Quellen, Nr. 22; GOTTHARD: Konfession und Staatsräson, 199f.

²²² Vgl. CSP Venice XII, Nr. 491.

²²³ Vgl. PRO SP 78/61, fol. 76f.: Thomas Edmondes an Jakob I., [o.O.], 20. Februar/2. März 1613; BuA X, Nr. 236.

²²⁴ Vgl. oben S. 125.

eine mächtige, schlagkräftige Allianz zu etablieren²²⁵. Zwar betonten die Kurpfälzer Räte gegenüber ihrem englischen Bündnispartner wiederholt, dass sie in dem Weseler Vertrag vor allem ein Instrument sahen, das der *conservation de la paix et du repos public*[ue] dienen sollte²²⁶, indem der Gegner von seinen friedensbrecherischen Intentionen abgebracht wurde²²⁷. Jedoch stiegen auf kurpfälzischer Seite auch vor dem Hintergrund der dynastischen Allianz mit dem Hause Stuart 1613 unübersehbar die Hoffnungen auf eine offensive Wirkung des protestantischen Bündnisses. So offenbarte Schönberg noch während der Verhandlungen mit den Niederlanden dem englischen König: *J'espère que cecy estonnera fort nos ennemis accroestra la reputation [et] l'affection de nos voisins de Boheme*²²⁸.

d) Tu, felix Anglia, nube? – dynastische Bündnispläne Englands 1610–1613 im Kontext konfessioneller Blockbildung

Die von Schönberg anlässlich des politischen Bündnisschlusses mit England und den Niederlanden 1613 geäußerten Hoffnungen auf einen Erfolg der protestantischen Mächteallianz unter englisch-kurpfälzischer Führung schienen sich seit 1611 auch auf dynastischer Ebene fortzusetzen. Mit Bekanntwerden der französisch-spanischen Pläne für eine Doppelhochzeit intensivierten London und Heidelberg gleichzeitig ihre Bemühungen um eine dynastische Allianz zwischen den Stuarts und den Wittelsbachern in Form von Heiratsverhandlungen für den Kurerben Friedrich mit der purpurgeborenen Princess Elizabeth. Für Heidelberg repräsentierte diese Eheallianz einen wichtigen Markstein im Kampf gegen die Gegenreformation, der zugleich den Verlust des französischen Bündnispartners ausglich²²⁹.

Auf englischer Seite spiegelten die Bemühungen von Jakob I. um eine dynastische Allianz mit der Kurpfalz das englische Engagement am Niederrhein sowie die engeren Beziehungen zur protestantischen Union wider. Mit Hilfe dieser Verbindung suchte das Königreich die politischen Beziehungen zu den protestantischen Reichsständen weiter zu festigen und sich dadurch endgültig als Führungsmacht des europäischen Protestantismus zu etablieren²³⁰. Gleichzeitig stellte die Eheallianz mit der Kurpfalz aber nur einen Teil einer weiter reichenden außenpolitischen Strategie Jakobs I. dar. Demnach repräsentierte die Vermählung von Friedrich V. mit Princess Elizabeth den protestantischen Zwillingspart einer überkonfessionellen Heiratspolitik des Hauses Stuart, in der für den englischen Thronfolger Henry eine Verbindung mit einer katholi-

²²⁵ Zu den internen Schwierigkeiten vgl. beispielhaft BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 339; PRO SP 81/12, fol. 120f.: Christian von Anhalt an Jakob I., [o.O.], 2./12. April 1613.

²²⁶ PRO SP 81/11, fol. 191f.: Johann II. von Zweibrücken an Jakob I., [o.O.], 20./30. Dezember 1611.

²²⁷ Vgl. BL MSS Add. 19402, fol. 63: Unionsfürsten an Jakob I., Heidelberg, [o.O.], 13./23. Juni 1613.

²²⁸ Vgl. PRO SP 81/12, fol. 149: Meinhard von Schönberg an Jakob I., [o.O.], 7./17. Mai 1613.

²²⁹ Vgl. SUTHERLAND: *Origins of the Thirty Years War*, 609.

²³⁰ Vgl. HOWAT: *Foreign Policy*, 18f.; SMUTS: *Peace and War in Stuart Court Culture*, 224; WILLSON: *James VI. and I.*, 280.

schen Dynastie gesucht wurde²³¹. So ereignete sich auf englischer Seite in den Jahren 1612/13 keine wirkliche Wende hin zu einer rein protestantischen Dynastiepolitik, vielmehr nutzte Jakob I. sein „dynastisches Potential“ für Heiratsallianzen, die zu einer besseren Verständigung der konfessionellen Mächteblöcke führen sollten²³².

Im Jahr 1610 standen weniger die Verheiratung von Princess Elizabeth im Mittelpunkt der dynastischen Politik Englands als die bisher nur wenig erforschte Vermittlung einer katholischen Eheallianz für den Thronfolger Henry. Die frühen Pläne eines dynastischen Bündnisschlusses mit Spanien zerschlugen sich dabei, wie gesehen, durch die Doppelhochzeit von 1614²³³, wohingegen mit der französischen Seite auch noch 1612 Verhandlungen geführt wurden, ohne dass es zu konkreten Ergebnissen gekommen wäre²³⁴. Roy Strong zufolge rückten seit 1611 vor allem italienische Fürstenhäuser wie Savoyen und Medici in das Zentrum der englischen Allianzüberlegungen. Bei beiden Dynastien handelte es sich um Repräsentanten jener *stati liberi*, die sich im offenen Konflikt mit Rom oder Spanien befanden, jedoch als katholische Mächte den überkonfessionellen Anspruch von Jakob I. glaubhaft machten und somit einen adäquaten Ersatz für den Wegfall des französischen Bündnispartners darstellten²³⁵. Gerade das Herzogtum Savoyen mit seinem in dynastischen Fragen sehr ehrgeizigen Fürsten Karl Emanuel I. (1561/62–1630)²³⁶ entwickelte sich aufgrund seiner geostrategischen Bedeutung, aber auch wegen seiner dynastischen Verbindungen zu Madrid und Paris zu einem wichtigen Bündnispartner Englands²³⁷. Zeitweise plante Jakob I. sogar eine Doppelallianz mit Turin durch die Verheiratung von Prince Henry und Princess Elizabeth mit der herzoglichen Familie²³⁸.

Diese dynastischen Pläne Jakob I. repräsentierten wie überhaupt die gesamte Außenpolitik für den englischen Monarchen einen Teil seiner Prärogativgewalt, in der er Entscheidungen alleine beziehungsweise im engeren Kreis des Privy Council zu fällen pflegte. Dennoch bildete gerade die Verheiratung der königlichen Kinder auch am englischen Hof ein intensiv diskutiertes Thema, das die maßgeblichen Akteure der verschiedenen Hofparteien auf den Plan rufen musste. So bezeugen verschiedene Memoranden zu den dynastischen Plänen, wie sehr die Heiratsprojekte von Jakob I. die Gemüter erregte. Aus dem Umfeld des Secretary of State und Lord Treasurer Salisbury stammt beispielsweise eine Relation, die die Verheiratung des Thronerben mit einer Medici-Tochter aufgrund der zu erwartenden hohen Mitgift, aber auch der erhofften

²³¹ Vgl. REDWORTH: *Pimps and Princes*, 403.

²³² Vgl. LOOMIE: *Cecil*, 51.

²³³ Vgl. oben S. 126.

²³⁴ Vgl. BL MSS Stowe 172, fol. 184f.: Thomas Edmondson an Henry Prince of Wales, Paris, 22. Februar/5. März 1612 (Konzept); BL MSS Stowe 172, fol. 284f.: R. Kirkham an Thomas Edmondson, [o.O.], 21./31. Mai 1612; PRO SP 78/57, fol. 66: Thomas Edmondson an Salisbury, Paris, 26. Februar/8. März 1611.

²³⁵ STRONG: *England and Italy*, 61 u. 75.

²³⁶ Vgl. ORESKO: *House of Savoy*.

²³⁷ Vgl. STRONG: *England and Italy*, 76f.; OSBORNE: *Abbot Scaglia*, 9.

²³⁸ Vgl. CSP Venice XII, Nr. 181; John Chamberlain an Ralph Winwood, London, 24. September/3. November 1612, in: McCLURE: *Letters of Chamberlain I*, Nr. 125.

Handelsvorteile im Mittelmeerraum befürwortet²³⁹. Das Memorandum machte dabei die verheerende Finanzkrise des Königsreiches deutlich, die sich 1610 nach dem Scheitern des Reformparlaments und der Einstellung der Schuldenentilgung durch Frankreich verschärfte²⁴⁰.

Die so genannte „spanische Faktion“ um den spanischen Botschafter und Queen Anne (1574–1619) favorisierte für Henry Prince of Wales sowie für Princess Elizabeth eine katholische Allianz, wobei sie nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Spanien weniger an eine Verbindung mit den Medici dachten, als vielmehr an eine Allianz mit Savoyen für beide Königskinder²⁴¹. Dahingegen wurde eine Verbindung mit der anti-habsburgischen Macht Frankreich und natürlich eine protestantische Allianz für Princess Elizabeth entschieden bekämpft²⁴². Wie Salisbury, so versuchte auch die „spanische Faktion“ mit Hilfe von Memoranden Einfluss auf die höfische Öffentlichkeit und die Entscheidungsfindung im Privy Council zu gewinnen. Eine anonyme Schrift von 1611 warnt beispielsweise vor einer Anlehnung an Frankreich und empfiehlt vielmehr das Zusammengehen mit Spanien durch eine dynastische Allianz, um gemeinsam den niederländischen Handelskonkurrenten zu disziplinieren und damit das wirtschaftliche Wohl Englands zu fördern²⁴³.

Diesen „spanischen“ Empfehlungen standen Vorstellungen jener Hoffaktion gegenüber, die eine engere Anlehnung an die protestantischen Mächte Europas forderte. Vor allem Abbot und Pembroke leisteten als Privy Councillors erbitterten Widerstand gegen die königlichen Pläne einer katholischen Partie für den Thronfolger Henry²⁴⁴. Unterstützung erhielten sie darin auch von den deutschen Unionsfürsten, die nicht nur 1611 öffentlich ein dynastisches Zusammengehen zwischen Stuarts und Wittelsbachern favorisierten²⁴⁵, sondern auch auf einem Unionstag die Kurpfälzer Räte aufforderten, auf die Pläne Jakobs I. hinsichtlich der Verheiratung des ältesten Sohnes Einfluss zu nehmen²⁴⁶. Die Diskussionen um die anstehenden dynastischen Projekte förderten die neuerliche Genese einer einflussreichen protestantischen Hofpartei in Whitehall, die seit dem Fall von Essex 1601 und der Inhaftierung von Raleigh 1603 ein eher bescheidenes Dasein fristete. So bildete der eigenständige Hof des von radikalen Protestanten als neuer Hoffnungsträger gefeierten Thronfolgers Henry seit 1610 den Kern

²³⁹ Vgl. BL MSS Harleian 6798, fol. 283–286: *Reasons inferringe that the match with Florence is of more consequence to England then that of Savoye.*

²⁴⁰ Vgl. HAYNES: Robert Cecil, 208; MACKI: Negotiations, 71f.

²⁴¹ Vgl. GREEN: Elizabeth, 29f.; CSP Venice XII, Nr. 111, 671 u. 766.

²⁴² Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 364: Petrus Dathenus an Michael Lingelsheim, London, 20./30. Oktober 1612.

²⁴³ Vgl. LPL MSS 3472, fol. 116–121: *Reasons whie France will rather joyne in marriage with Spayne then with England: and why Spaine should rather joine with England then with France, were it not in respect of religion.*

²⁴⁴ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 380f.: Vollrad von Plessen an Christoph von der Grün, London, 29. Oktober/8. November 1612.

²⁴⁵ Vgl. CSP Venice XII, Nr. 371.

²⁴⁶ Vgl. BuA X, Nr. 287.

für eine protestantische Hoffaktion, die auch die alten internationalen Kontakte aus der Zeit von Elisabeth I. neu belebte²⁴⁷.

Auch in diesem Umkreis entstand eine Vielzahl von politischen Memoranden, die sich mit der Verheiratung der Königskinder auseinandersetzten und im Falle des Thronerben dezidiert Stellung gegen ein Bündnis mit Savoyen oder gar Spanien nahmen²⁴⁸. Henry bat sogar höchst persönlich den prominentesten außenpolitischen Gegner seines Vaters, Raleigh, um ein Gutachten bezüglich der Idee einer Verbindung mit Savoyen²⁴⁹. Erwartungsgemäß lehnt Raleigh in seiner Schrift von 1611 eine Verbindung mit Turin ab, da die herzogliche Familie zu stark von Spanien beeinflusst werde und Madrid über dynastische Umwege wieder Erbsprüche an den englischen Thron stellen könnte²⁵⁰. Dennoch empfiehlt Raleigh überraschenderweise keine Verheiratung des Thronerben mit einem protestantischen Reichsstand, da solch ein wichtiges Band mit der ins Auge gefassten dynastischen Allianz mit Heidelberg bereits geschaffen sei und England dadurch genügend Einfluss auf die protestantischen Reichsstände gewinnen werde. Raleigh rät gemäß einer säkular-interessensorientierten Logik Jakob I. vielmehr zu einer Verschiebung aller Heiratspläne für den englischen Thronfolger, bis Frankreich als unerlässlicher Partner einer antispansischen Allianz auch im dynastischen Sinne wieder bündnisfähig sei und für eine Verheiratung mit Prince Henry in Frage käme²⁵¹.

In den meisten Memoranden der verschiedenen Hofparteien traten religiöse Motive häufig hinter säkularen Zielen wie bündnis- oder handelspolitischen Überlegungen zurück, dennoch wurde gerade auf protestantischer Seite immer wieder vor der Gefahr eines wachsenden Einflusses von Jesuiten und anderen *papists* bei einem dynastischen Bündnis mit katholischen Mächten gewarnt²⁵². Im Falle der Princess Elizabeth rückte die Religion gerade während der konkreten Verhandlungen mit potentiellen Heiratskandidaten immer stärker in den Mittelpunkt der außenpolitischen Überlegungen, da eine katholische Partie mit einer Konversion von Princess Elizabeth verbunden gewesen wäre. Daher lehnte Jakob I. die häufigen spanischen Angebote für seine Tochter

²⁴⁷ So entwickelte sich infolge der Verhandlungen Christians von Anhalt mit London Ende 1610 ein intensiver Briefverkehr zwischen dem kurpfälzischen Rat und dem englischen Thronfolger, vgl. bspw. BL MSS Harleian 7008, fol.43: Henry Prince of Wales an Christian von Anhalt, [o.O.], März 1611 (Abschrift); auf die rege Anteilnahme von Henry an den englisch-kurpfälzischen Verhandlungen bzgl. eines dynastischen Bündnisses weist zudem seine Korrespondenz mit Henri de Bouillon hin: BL MSS Harleian 7008, fol. 190f.: Henri de Bouillon an Henry Prince of Wales, Paris, 30.Juni/10. Juli 1612.

²⁴⁸ Vgl. BL MSS Add. 39853 fol.25: *An Opinion of the match propounded by the Embessadour of Savoy betweene the Lady Elizabeth his [Majesty's] Eldest (and now only daughter) and the Prince of Piemont [with] an overture as I hear heard of a crosse marriage betweene the Illustrious and honerfull Prince of Wales and the eldest daughter of the said Duke in the year of our Lord 1611.*; CSP Dom. 67/83f.

²⁴⁹ Vgl. OMAN: Elizabeth of Bohemia, 51f.

²⁵⁰ RALEIGH: A Politique Discourse, 201.

²⁵¹ Ebd., 205f.; COOTE: Raleigh, 338.

²⁵² Vgl. BL MSS Add. 39853 fol.25.

mit dem Hinweis der religiösen Differenz ab²⁵³, wobei der Monarch sich darin in Übereinstimmung mit wichtigen Teilen des englischen Hofes wusste. So bemerkte John Chamberlain (1553–1627), dass eine Verbindung mit Heidelberg vor allem von den *well affected people* begrüßt werde, die in der Allianz ein *stablishing of Religion* sähen, eine Vorstellung, die sich besonders stark in theologischen Traktaten im Umfeld des Eheschlusses von 1612/13 widerspiegelte²⁵⁴.

Von den weitreichenden und teilweise ambitiösen dynastischen Plänen Englands zwischen 1610 und 1613 blieb am Ende mit der Verheiratung von Pfalzgraf Friedrich V. mit Princess Elizabeth nur ein Projekt übrig, das auch zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden konnte. Die anderen Vorhaben zerbrachen mit dem überraschenden Tod des Thronfolgers Henry Prince of Wales 1612 – ein Beispiel für die Abhängigkeit frühmoderner Außenpolitik von menschlichen Bedingungen wie Fertilität und Mortalität sowie der dadurch hervorgerufenen Instabilität des Fürstenstaates²⁵⁵. Jedoch sollte Jakob I. ab 1615 wieder intensiver eine Verheiratung seines jüngeren Sohnes Charles mit einer spanischen Infantin verhandeln.

Die Kurpfalz verfügte mit Friedrich V. nicht nur über einen Kurfürsten und damit über dynastisches Potential. Der Pfalzgraf wies aufgrund der Ambitionen des Kurhauses auch eine für seine Zeit beachtliche und vielversprechende höfische Erziehung auf, die seine Eignung für die internationale Bühne unterstreichen sollte²⁵⁶. So entschied sich der Heidelberger Hof bereits 1602 für die Erziehung des Kurerben an der neu gegründete Ritterakademie in Sedan²⁵⁷, um nicht nur eine solide Unterweisung des Pfalzgrafen in der reformierten Religion zu gewährleisten, sondern die hugenottische Ritterakademie des Duc de Bouillon auch für die „internationale Kompetenz“ Friedrichs zu nutzen. Gemeinsam mit Bouillon arbeitete der Heidelberger Hof ein Erziehungsprogramm aus, in der das traditionelle humanistische Bildungsideal deutlich hinter das Vorbild des *Galanthomme* zurücktrat²⁵⁸ und das vor allem die französische Sprache sowie die Beherrschung höfischer Sitten und Turnierkampftechniken in den Vordergrund stellte²⁵⁹. So verstärkte der mit Unterbrechung bis 1610 andauernde Aufenthalt Friedrichs V. in Sedan die seit dem späteren 16. Jahrhundert ohnehin voranschreitende Adaption der französischen Hofkultur in Heidelberg²⁶⁰.

Vor dem Hintergrund dieser kurpfälzischen Bemühungen, den eigenen Hof und auch den Kurerben auf die internationale Politik vorzubereiten, konnte Henri de Bouillon bei Beginn der Verhandlungen mit England seinen ehemaligen Schutzbefoh-

²⁵³ Vgl. CSP Venice, XII, Nr. 192, 671 u. 766.

²⁵⁴ Vgl. John Chamberlain an Ralph Winwood, London, 24. September/3. November 1612, in: SAWYER: Memorials of Affairs of State III, 434; S. 194f.

²⁵⁵ Vgl. oben S. 28.

²⁵⁶ Vgl. BILHÖFER: Ehre und Gewissen, 26–33; PURSELL.: Elector Palatine Revisited.

²⁵⁷ Vgl. oben S. 74.

²⁵⁸ Vgl. KROMNOW: Johann Casimir, 95.

²⁵⁹ Vgl. AN, 273/AP/179, Boete Nr. 5: Friedrich IV. an Henri de la Tour, Heidelberg, 3./13. Juli 1609; zum Erziehungsprogramm Friedrichs V. in Sedan vgl. GHA, Korrespondenzakten, Nr. 1008 und SCHMIDT: Erziehung der Pfälzischen Wittelsbacher.

²⁶⁰ Vgl. SCHUBERT: Friedrich V., Sp. 535.

lenen Friedrich V. gegenüber London guten Gewissens 1611 auch als Kandidaten preisen, der die für die höfische Welt notwendigen Qualitäten besäße²⁶¹. Wie Adams zeigt, reichten die Kurpfälzer Pläne für einen dynastischen Bündnisschluss mit England weit zurück in die Zeit von Bouillons Heidelberger Exil 1603–1606. Seit 1608 begannen im Oberrat ernsthafte Beratungen über die Verheiratung Friedrichs V. mit Elizabeth Stuart als dynastische Ergänzung des angestrebten politischen Bündnisschlusses mit dem Königreich England²⁶². Mit dem Londoner Hof nahm die Kurpfalz insgeheim 1610 Kontakt auf²⁶³, wobei erst seit 1611 durch Geheimverhandlungen des Duc de Bouillon mit dem englischen Gesandten in Paris, Edmondes, konkretere Schritte unternommen wurden²⁶⁴.

Mit der Entscheidung der Heidelberger Regierung Anfang 1611, das Angebot des Herzogs von Sedan anzunehmen und über ihn als Dritten ein zukünftiges dynastisches Bündnis auszuhandeln, baute Kurpfalz auch mangels eines eigenen Gesandtensystems auf das informelle Netzwerk reformierter Adliger, um die eigenen dynastischen Ambitionen zu verfolgen²⁶⁵. Während der Geheimverhandlungen im Viereck Heidelberg – Bouillon – Edmondes – Salisbury zeichnete sich das Kurhaus durch eine betont taktisch-vorsichtige Vorgehensweise aus. Vor allem die Kurfürstenwitwe Louise Juliana legte großen Wert auf die Geheimdiplomatie, um einen möglichen Reputationsverlust des Kurstaates bei Misserfolg der Werbung zu vermeiden²⁶⁶ – ungeachtet der Tatsache, dass bereits im Februar 1611 von London das grundsätzliche Einverständnis zu solch einer Verbindung signalisiert wurde²⁶⁷.

Die Geheimverhandlungen von Bouillon und Edmondes zogen sich über das gesamte Jahr 1611 hin. Denn vor allem die Kurpfälzer Seite verzögerte das Verfahren durch eine umständliche Beteiligung aller Vormünder Friedrichs V., aber auch angesichts der Auseinandersetzungen mit Pfalz-Neuburg um die Heidelberger Administration²⁶⁸. Darüber hinaus bestand Louise Juliana auf weiteren Bedingungen vor der Einleitung offizieller Verhandlungen, so auf der Versicherung Londons, dass das Angebot Savoyens bezüglich einer Doppelhochzeit offiziell abgelehnt werde und dass London keine zu hohen Ansprüche an das Kurhaus bezüglich der Ausstattung eines Heidelberger Hofstaates für Princess Elizabeth stellte²⁶⁹. Hinsichtlich der Bewerbung von Savoyen äußerte die Kurfürstenwitwe die Befürchtung [...] *que nous feront perdre ceste belle Princesse et que cependant que nous amuserons a resouldre, Savoye l'emper-*

²⁶¹ Vgl. PRO SP 81/11, fol. 33: *Memorial delivered by the Duke of Bouillon upon the Elector Palatine and the Palatinate*, [o.O.], Februar 1611.

²⁶² ADAMS: England und die Reichsfürsten, 73.

²⁶³ Vgl. CSP Venice XI, Nr. 785.

²⁶⁴ Vgl. LOOMIE: Cecil, 47.

²⁶⁵ Vgl. ADAMS: Road to La Rochelle, 417; PRO SP 78/57 fol. 66: Thomas Edmondes an Salisbury, Paris, 16./26. Februar 1611.

²⁶⁶ Vgl. PRO SP 78/58, fol. 257f.: Thomas Edmondes an Salisbury, Paris, 5./15. Dezember 1611.

²⁶⁷ Vgl. PRO SP 78/57, fol. 43: *Memoriale to Sir Thomas Edmondes, concerning the passages betweene him and the Duke of Bouillon*, Whitehall, Februar 1611; PRO 78/57, fol. 64.

²⁶⁸ Vgl. PRO SP 78/58, fol. 164: Thomas Edmondes an Salisbury, Paris, 19./29. September 1611.

²⁶⁹ Vgl. PRO SP 78/58, fol. 199.

tera, wodurch das öffentliche Ansehen der Kurpfalz großen Schaden nehmen würde²⁷⁰. In Fragen der Einrichtung eines Hofstaates für die englische Prinzessin wurde Kurpfalz vor allem von der Sorge großer Unkosten umgetrieben, die Räte fühlten sich aber auch sichtlich unsicher bezüglich dem Vorgehen in dieser delikaten Angelegenheit. Angesichts der Heidelberger Nöte empfahl Henri de Bouillon dem Oberrat, in dieser Frage nachzugeben und sich der Notwendigkeit eines repräsentativen Hofstaates für eine königliche Prinzessin nicht zu verschließen²⁷¹.

Wie anhand des Geschäftsschriftguts ersichtlich, zeigte sich die englische Seite in den indirekten Verhandlungen mit der Kurpfalz sehr überrascht über das vorsichtige und betont taktische Vorgehen des Kurstaates. Salisbury äußerte gegenüber Edmondes wiederholt seinen Unmut über die Heidelberger Forderung nach einer offiziellen Ablehnung der savoyischen Bewerbung für die Prinzessin²⁷². Der Secretary of State warf Heidelberg vor, sich nicht gemäß den diplomatischen Gepflogenheiten zu verhalten, und bedauerte in der Korrespondenz mit Edmondes, dass die Offerte des Herzogs von Savoyen zugunsten der Pfalz vernachlässigt wurde²⁷³. Jedoch zeigte sich das große Interesse von Jakob I. an einem dynastischen Bündnisschluss darin, dass England trotz des ungewöhnlichen Verhaltens der Kurpfalz Ende 1611 tatsächlich die Verhandlungen mit Savoyen abbrach, wobei auch die Aussichtslosigkeit eines päpstlichen Dispenses für eine solche Verbindung eine Rolle spielte²⁷⁴. London lud nun die Heidelberger Seite zur Entsendung einer offiziellen Werbegesandtschaft ein; die informelle Geheimdiplomatie des Duc de Bouillon hatte ihr Ziel erreicht²⁷⁵.

Neben den intensiven Geheimverhandlungen nutzte die Kurpfälzer Diplomatie auch verschiedene Gesandtschaftsreisen von Christian von Anhalt in Sachen politischer Bündnisschluss für diskrete dynastische Verhandlungen²⁷⁶. So war für die erste offizielle Kurpfälzer Werbegesandtschaft im Mai 1612 der diplomatische Boden gut vorbereitet, und unter der Leitung von Volrad von Plessen konnten bis Juni 1612 alle wichtigen Details des Ehevertrags ausgehandelt werden²⁷⁷. Auf der Grundlage einer Mitgift von £ 40.000, kostspieligen Zugeständnissen Heidelbergs in Fragen des englischen

²⁷⁰ PRO SP 78/58, fol. 19: Louise-Juliana an Duc de Bouillon, 25. Juni/5. Juli 1611 (Abschrift).

²⁷¹ Vgl. PRO SP 78/58, fol. 164.

²⁷² Vgl. PRO SP 78/58, fol. 239f.: Salisbury an Thomas Edmondes, Whitehall, 20./30. November 1611 (Konzept).

²⁷³ Vgl. PRO SP 78/58, fol. 282: Salisbury an Thomas Edmondes, Whitehall, 26. Dezember 1611/4. Januar 1612 (Konzept).

²⁷⁴ Vgl. PRO SP 78/58, fol. 284.

²⁷⁵ Vgl. PRO SP 78/59, fol. 9: Thomas Edmondes an Salisbury, Paris, 9./19. Januar 1612; BL MSS Stowe 174, fol. 205: Friedrich V. an Thomas Edmondes, Heidelberg, 3./13. Januar 1614; BayHStA, KS, Nr. 16730, fol. 483: Friedrich V. an Duc de Bouillon, [o.O.] [Heidelberg] 1613 (Konzept); BayHStA, KS, Nr. 16730, fol. 527f.: Friedrich V. an Thomas Edmondes, [o.O.], [o.J.] (Abschrift).

²⁷⁶ Vgl. ADAMS: England und die Reichsfürsten, 74f.; CSP Venice XII, Nr. 111.

²⁷⁷ Vgl. DALTON: Cecil, 212; CSP Venice XII, Nr. 538.

Hofstaates für die Prinzessin sowie einer jährlichen Zuweisung für Elizabeth einigten sich England und Kurpfalz auf das dynastische Bündnis²⁷⁸.

Den Höhepunkt der englisch-kurpfälzischen Verhandlungen stellte eine etwa 170 Personen umfassende Kurpfälzer Gesandtschaft unter Großhofmeister Solms und Obermarschall Schönberg dar, die den jungen Kurerben Friedrich V. auf seiner Reise nach London vom September 1612 bis Mai 1613 begleitete, wo der Pfalzgraf offiziell um die Hand von Princess Elizabeth anhalten wollte und auch die Trauung durchgeführt werden sollte²⁷⁹. Für die Heidelberger Regierung handelte es sich bei dieser kostspieligen Unternehmung nicht um eine gewöhnliche Zeremonialgesandtschaft, die zudem noch weitere Details des Ehevertrages aushandeln sollte. Vielmehr repräsentierte die Kurpfälzer Reisegesellschaft ein wichtiges Instrument außenpolitischen Handelns, die auf der europäischen Bühne einen gewachsenen Anspruch auf Internationalität vertrat. In diesem Zusammenhang wird auch der Kurerbe zu besonderer Sorgfalt in seinem Auftreten während der Reise ermahnt, so dass [...] *nicht allein in den Niederlanden dero reputation vernehmet, sondern und vormemblichen in Engelland beide ihre Kön[igliche] May[estäten] ursach haben mögen, dero biß anhero gespürten favor gegen S[einer] L[iebden] zu contribuiren [...] und sie von der ganzen Nation so wol auch frembden königlichen und anderer gesandten und Bottschaften, die ein stätiges auge uf ihro thun und verhalten haben werden, wegen ihrer fürstliche tugenden gerühmt, unnd ieder menniglichen geliebt werden mögen [...]*²⁸⁰.

Wie die Korrespondenz zwischen den kurpfälzischen Räten in England mit Heidelberg zeigt, rückten während des Aufenthalts am Londoner Hof diese Reputations- und Ehrfragen für die Kurpfälzer Diplomaten in den Mittelpunkt der Beratungen. Denn trotz der freundlichen Aufnahme durch die englische Hofgesellschaft im Oktober 1612 und trotz der Zusicherung von Jakob I., die englische Seite werde die Versorgung der Gäste übernehmen, sahen sich der Kurerbe und seine Räte der allgemeinen Erwartung gegenübergestellt, sich an den üblichen kostspieligen Repräsentationsgepflogenheiten zu beteiligen²⁸¹. Neben teurer höfischer Kleidung musste die Kurpfälzer Gesandtschaft vor allem hohe Summen für Geschenke an die einflussreichen Hofleute und Regierungsräte aufbringen, eine Aufgabe, die den Großhofmeister Solms rasch vor ernsthafte Probleme stellte²⁸². Allein für die Verlobungs- und Hochzeitsfei-

²⁷⁸ Ehevertrag ediert bei RYMER/SANDERSON: Foedera, Bd. 7/2; Originalurkunden vgl. GHA, Hausurkunden, Nr. 3155–3160.

²⁷⁹ Vgl. GHA, Korrespondenzakten, Nr. 1016, fol. 7: *Verzeichnus Ihrer churf. Gn. Comitats zukünfftiger raiß in Engellandt Rätbe*; CHROUST: Hochzeit des Winterkönigs, 134f.; zur bekanntesten zeitgenössischen Quelle dieser Reise, der *Beschreibung der Reiss* von 1613 vgl. unten S. 274.

²⁸⁰ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 158: Instruktion des Administrators der Kurpfalz für den jungen Kurfürsten Friedrich bei seiner Hochzeitsreise nach England, und für die ihn dabei begleitenden Räte, 1612.

²⁸¹ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 365f.: Johann Albrecht von Solms an Kanzler Christoph von der Grün, London, 21./31. Oktober 1612.

²⁸² Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 457f.: Johann Albrecht von Solms an Kanzler Christoph von der Grün, London, 24. November/4. Dezember 1612.

erlichkeiten errechnete Solms gegenüber dem Heidelberger Kanzler von der Grün einen Kreditbedarf von 100.000 Gulden²⁸³.

Konfrontiert mit diesen Summen stellte sich die Ehrfrage für die Kurpfälzer Seite von neuem, denn die Reisegesellschaft sah sich vor das Dilemma gestellt, zwischen Geldnot und Repräsentationspflicht zu entscheiden, was *des Hauses Pfalz Reputation [...] in gefahr* brachte²⁸⁴, denn auch eine massive Kreditaufnahme bedrohte das Pfälzer Ansehen. Für Solms war es in dieser Situation wichtig, aus England abzureisen, ohne *allen glimpf* [d. h. Schaden] zu leiden²⁸⁵. Auch in dieser Frage höfischer Repräsentation suchte die Kurpfalz die Hilfe von Henri de Bouillon und Moritz von Oranien, die beide im diplomatischen und höfischen Verkehr mehr Erfahrungen hatten²⁸⁶. So begab sich Friedrichs Sekretär Dathenus noch im November 1612 nach Paris, um zusammen mit Bouillon die Versorgung der Pfälzer Reisegesellschaft mit höfischen Geschenken zu organisieren²⁸⁷. Angesichts der Unterstützung durch andere protestantische Verbündete befand Großhofmeister Solms gegenüber Kanzler Grün auch, dass *weill man nun so weit im spiel [...] sei, es des Hauses ebr erfordere, dabei zu sehen, wie man nunmehr mit reputation drauskommen könne [...]*²⁸⁸.

Diese höfischen Herausforderungen sorgten dafür, dass die Heidelberger Ehre in London zum Thema der verschiedenen höfischen Faktionen wurde. Ungeachtet des überschwänglichen Empfangs verbreitete beispielsweise Robert Drury, der einige Jahre zuvor die Kurpfalz besucht hatte, nachteilige und ehrenrührige Details über das angeblich ärmliche Leben am Heidelberger Hof²⁸⁹. Die Kurpfälzer Gesandtschaft reagierte sensibel auf diese öffentlichen Diffamierungen und Großhofmeister Solms gab sogleich den Befehl nach Heidelberg, dass sich die Regierung in Sachen Schlossneubau nun erst recht anstrengen sollte, damit *[...] man mir schimpf und verkleinerung verbüte, wie es dan mit etlichen sachen uns auch uff dieser reise allbereit ergangen [...]*²⁹⁰.

Ein weiterer Angriffspunkt für die englische Kritik an dem Kurpfälzer Bündnisprojekt ergab sich im November 1612 durch den unerwarteten Tod des Thronfolgers Henry Prince of Wales. Der Todesfall bedeutete neben weiteren Belastungen für die Kurpfälzer Finanzen durch die Verschiebung des Hochzeitstermins diesmal zwar die erfreuliche Tatsache, dass Friedrich V. bei einer Heirat mit Princess Elizabeth nun näher an die englische Thronfolge heranrückte, zumal der Gesundheitszustand des neuen

²⁸³ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 118/13, fol. 1f.

²⁸⁴ BayHStA, KB, Nr. 118/13, fol. 5.: Johann Albrecht von Solms an Kanzler Christoph von der Grün, London, 21./31. Januar 1613.

²⁸⁵ BayHStA, KB, Nr. 118/13, fol. 2.

²⁸⁶ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 118/13, fol. 5.

²⁸⁷ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 433f.: Johann Albrecht von Solms an Petrus Dathenus, London, 19./29. November 1612.

²⁸⁸ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 118/13, fol. 3: Johann Albrecht von Solms an Christoph von der Grün, London, 14./24. Januar 1613.

²⁸⁹ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 368f.: Volrad von Plessen an Christoph von der Grün, London, 22. Oktober/1. November 1612; John Chamberlain an Ralph Winwood, London, 25. Oktober/3. November, 1612, in: McCLURE: Letters of Chamberlain I, Nr. 151.

²⁹⁰ BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 368.

Thronfolger Charles gemeinhin als schwach galt. Jedoch löste Henrys Tod zahlreiche Kritik an der geplanten Hochzeit aus. Neben der „spanischen Faktion“ bezweifelten auch die schottischen Adligen, ob Friedrichs Rang dafür ausreiche, die königliche Prinzessin zu heiraten, deren Aussichten auf die englische Königswürde mittlerweile gut aussahen²⁹¹.

Von der Literatur weitgehend übersehen, setzte die Kurpfälzer Diplomatie in dieser Situation öffentlicher dynastischer Anfeindung auf eine Reputationspolitik gegenüber England und auch den Wittelsbacher Konkurrenten. So riskierte bereits die Verhandlungsgesellschaft unter Plessen im Mai 1612 einen gezielten Eklat am Londoner Hof, indem sie bei einem Festbankett den Vorsitz für die eigene Delegation mit dem Hinweis einforderte, bei Kurpfalz handle es sich wegen des Vikariatsfalls im Reich um eine Gesandtschaft mit kaiserlichem Rang²⁹². Angesichts des von verschiedenen Höflingen kritisierten minderen Rangs des Pfalzgrafen nutzten die Heidelberger Räte zudem wiederholt ihre Aufenthalte in London, um mit einer ausführlichen Informationskampagne den englischen Hof über den Reichtum der Kurpfalz, die hohe Bedeutung der pfalzgräflichen Ämter und Titel, sowie über die vornehme Abstammung Friedrichs V. von Karl dem Großen zu unterrichten²⁹³. Die Heidelberger ‚Imagekampagne‘ ging sogar soweit, dass der Obermarschall Meinhard von Schönberg auf eine ehrenrührige Äußerung von Queen Anne bezüglich der Herkunft des Pfalzgrafen antwortete, [...] *that his master is a better man than the king of Denmarke and that he is to take place of him in the empire, at leaswise of a greater king then he the king of Boheme*²⁹⁴.

In der Gesamtschau rückten für die Pfälzer Diplomatie damit weniger religiöse Überlegungen wie noch anlässlich des Bündnisschlusses zu Wesel, sondern Reputations- und Rangfragen in den Vordergrund der Beziehungen zu England. Zusammen mit den bereits dargestellten dynastischen Anfeindungen von Neuburg und Bayern²⁹⁵ muss davon ausgegangen werden, dass das Kurhaus in den entscheidenden Jahren 1612/13 unter einen starken dynastischen Druck geriet, und dass der erfolgreiche Abschluss der Eheallianz mit England sich immer mehr zu einer Art dynastischem Befreiungsschlag entwickelte. So sah auch der Kurerbe Friedrich V. in dem bereits behandelten Brief an Philipp Ludwig von Pfalz-Neuburg vom Januar 1613 in dem Eheschluss letztlich die Chance seiner *erhöhung* [und] *beförderung*, die Neuburg durch die Schmähschriften nicht beschädigen sollte²⁹⁶. Vor dem Hintergrund der Frage nach der

²⁹¹ Vgl. GREEN: Elizabeth, 42f.; John Chamberlain an Dudley Carleton, London, 21./31. Dezember 1612, in: McCCLURE: Letters of Chamberlain I, Nr. 157.

²⁹² Vgl. CSP Venice XII, Nr. 516.

²⁹³ BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 437–441: Beschreibung der Kurpfalz nach ihren geographischen, politischen und statistischen Verhältnissen; Berichtigung der Missverständnisse des englischen Volkes über des jungen Kurfürsten von der Pfalz Stand, Ansehen und Besitzungen, [London] 1612, hier: fol. 438 u. 440; KAZNER: Schönberg, 159f.

²⁹⁴ John Chamberlain an Ralph Winwood, London, 31. Dezember 1612/9. Januar 1613, in: McCCLURE: Letters of Chamberlain I, Nr. 159.

²⁹⁵ Vgl. oben S. 129ff.

²⁹⁶ GHA, Korrespondenzakten, Nr. 85/4.

Wertigkeit von Konfession und Dynastie in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen erscheint die englische Heirat daher nicht nur, wie von Andreas Kraus behauptet, als erste ernsthafte internationale Verbindung des Kurhauses, die den konfessionellen Bündnisschluss mit einer protestantischen Großmacht festigen sollte²⁹⁷. Sie repräsentierte auch einen weiteren Aspekt der quasi-königlichen Politik der Kurpfalz²⁹⁸. Angesichts der Heidelberger Anstrengungen in Sachen Rang und Reputation stellt sich aber die Frage, ob sich, wie von Schubert behauptet, vor dem Dreißigjährigen Krieg im Falle der Pfalz diese dynastische Idee tatsächlich noch „willig und selbstverständlich dem Komplex der konfessionell-calvinistischen Momente“ unterordnete, oder ob nicht bereits hier eine Neuorientierung in der bis dahin konfessionsgeleiteten Außenpolitik Heidelbergs deutlich wird²⁹⁹.

²⁹⁷ KRAUS: Wittelsbach und Europa, 493f.

²⁹⁸ Vgl. PRESS: Pfälzer Kurfürsten, 211.

²⁹⁹ SCHUBERT: Exilregierung, 583.

3. Auf dem Weg in den Krieg 1613–1622

a) Außenpolitik und höfische Politik – die Neuordnung des englischen und kurpfälzischen Machtzentrums nach dem Bündnisschluss von 1613

Der dynastische Bündnisschluss zwischen London und Heidelberg ereignete sich zu einer Zeit, in der das englische Klientensystem starke Veränderungen erfuhr, die sich auch auf die grundsätzliche außenpolitische Orientierung des Königreichs und die Neuordnung des Kurpfälzer Hofes seit 1613 auswirkten³⁰⁰.

Ein wichtiges Kennzeichen dieser Veränderungen muss in der bereits berührten Stärkung der protestantischen Hofpartei Englands gesehen werden, die Adams zufolge mit Henry Prince of Wales eine neue zentrale Figur erhielt³⁰¹. Der Thronerbe übernahm spätestens seit seiner Investitur als Prince of Wales und nach der Einrichtung eines unabhängigen Hofstaates in St. James eine eigenständige Rolle in der englischen Politik. Durch sein persönliches Engagement in außenpolitischen Fragen beispielsweise während der Krise um Jülich-Kleve-Berg konnte sich Prince Henry als Exponent einer aktiven protestantischen Politik profilieren³⁰², was zu einer großen öffentlichen Verehrung als neuer *conqueror* durch radikal-protestantische Autoren führte³⁰³. Vor dem Hintergrund dieser Popularität drängte der Thronerbe seit 1611 auf eine stärkere Beteiligung bei den politischen und militärischen Entscheidungen des Königreichs³⁰⁴.

Prince Henry suchte dabei auch den engen Kontakt zu den profilierten protestantischen Gruppierungen am englischen Hof und in den europäischen Nachbarländern. So zählten Figuren wie Raleigh als graue Eminenz der antihabsburgischen Opposition, aber auch militärische Experten wie der Oberbefehlshaber der englischen Truppen am Niederrhein, Horace Vere (1565–1635) zum Klientenstamm des Thronerben, die den Grundstock für eine neue protestantische Hoffaktion liefern sollten³⁰⁵. Zusammen mit Abbot und Pembroke bildeten sie über den unerwarteten Tod von Prince Henry und das Ende des Hofes in St. James hinaus ein konstantes Zentrum für jene Hofleute, die sich einer betont konfessionellen Außenpolitik verschrieben hatten³⁰⁶. Auch jene Reihe von Diplomaten zählte zu dieser Faktion, die wie Winwood und Edmondson wichtigen Anteil an den außenpolitischen Entscheidungen 1609–1613 hatten,

³⁰⁰ Zu den strukturgeschichtlichen Voraussetzungen dieses Veränderungsprozesses vgl. Kapitel I.2.a – I.2.c.

³⁰¹ Vgl. ADAMS: Protestant Cause, 224.

³⁰² Vgl. STRONG: Henry Prince of Wales, 55.

³⁰³ Vgl. LINDSAY/WILLIAMSON: Henry Stuart.

³⁰⁴ Um der in seinen Augen zu konzilianter Außenpolitik seines Vaters eine entschiedener Richtung zu geben, beanspruchte der Thronerbe einen Sitz im Privy Council sowie den Oberbefehl über die Marine, Forderungen, die Jakob I. aber abzuwehren wusste, vgl. WILLIAMSON: Henry Stuart, 128.

³⁰⁵ Vgl. COOTE: Raleigh, 338; TRIM: Horace Vere, 346.

³⁰⁶ Vgl. oben S. 64f.

die England näher an die Protestanten des Kontinents heranzuführen³⁰⁷. Der größte Erfolg dieser Gruppe sollte schließlich die Installation von George Villiers 1616 als wohl einflussreichstem Favorit der frühen Stuartherrschaft werden³⁰⁸.

Adams macht darauf aufmerksam, dass durch den dynastischen Bündnisschluss mit Kurpfalz auch die Beziehungen zum Heidelberger Hof für die protestantische Hof-faktion neues Gewicht erhielten. So erneuerte beispielsweise Robert Sidney (1563–1626)³⁰⁹ die alten Verbindungen seines Bruders Philipp zum Heidelberger Kurhaus, als er 1613 Princess Elizabeth nach Deutschland begleitete und dabei Freundschaft mit Lingsheim und dem Sekretär Dathenus schloss³¹⁰. Kurfürst Friedrich V. galt den englischen Verbündeten nach dem Tod von Henry Prince of Wales als neuer Hoffnungsträger, der trotz seiner Jugend *much beyond his yeirs, religious, wise, active, and valiant, of all whiche noble and princely* sei³¹¹. Auf Kurpfälzer Seite zeigten sich die Räte wiederum bemüht, regelmäßigen Kontakt zu jenen englischen Hofleuten zu halten, die für eine offensive Außenpolitik standen. So achtete Meinhard von Schönberg auf eine intensive Korrespondenz mit Ralph Winwood³¹², und auch die anderen Kurpfälzer Räte waren auf gute Beziehungen zum neuen Secretary of State aus dem Abbot-Pembroke-Kreis bedacht³¹³.

Die politische Korrespondenz zwischen Kurpfälzer Hof und protestantischer Partei Englands gab aber bereits während des dynastischen Bündnisschlusses von 1613 Zeugnis von dem erneuten Umschwung in der englischen Außenpolitik, sichtbar in den Veränderungen innerhalb des höfischen Gefüges. Wie Maurice Lee zeigt, konnte die so genannte „Howard-Faktion“ um Henry Howard, Earl of Northampton (1540–1614), Ende 1612 im Wettlauf mit dem Abbot-Pembroke-Kreis um höfischen Einfluss einen wichtigen Erfolg verbuchen, als sie Jakobs I. wichtigsten Favoriten, Rochester, für sich gewann³¹⁴. Die Howard-Partei stand in politischen Fragen im Bündnis mit dem spanischen Botschafter und der Königin für eine tolerantere Politik gegenüber den englischen Katholiken und ein engeres Zusammengehen mit Madrid ein³¹⁵. Nach dem zeitweisen Rückgang ihres Einflusses zwischen 1609 und 1612 und der sichtbaren Niederlage ihrer Politik angesichts des Bündnisschlusses von Wesel und der dynastischen Allianz mit der Kurpfalz verzeichnete die Howard-Partei spä-

³⁰⁷ Vgl. ADAMS: Protestant Cause, 233.

³⁰⁸ Vgl. LOCKYER: Early Stuarts, 17; DERS.: Buckingham, 15f.

³⁰⁹ Vgl. HAY: Robert Sidney.

³¹⁰ ADAMS: England und die Reichsfürsten, 69f.

³¹¹ Doncaster an Jakob I., Heidelberg, 18./28. Juni 1619, in: GARDINER: Letters and Documents I, Nr. 68.

³¹² Vgl. PRO SP 81/14, fol. 83f.: Meinhard von Schönberg an Ralph Winwood, Heidelberg, 10./20. Mai 1614.

³¹³ Vgl. PRO SP 81/13, fol. 38–43.

³¹⁴ LEE: James VI and I, 242f.; SEDDON: Robert Carr, 67f.

³¹⁵ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 399f.: Vollrad von Plessen an Christoph von der Grün, London, 5./15. November 1612; LOCKYER: Early Stuarts, 17; einschränkend hierzu vgl. CARTER: Gondomar, 194.

testens mit dem Wiederaufleben des Heiratsprojekts mit Spanien einen sichtbaren Erfolg³¹⁶.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte der Kampf zwischen der Howard- und Abbot-Pembroke-Fraktion in der Frage der Besetzung jener Regierungsämter, die nach dem Tod von Salisbury 1612 vakant wurden und die aufgrund ihres Prestiges die Begehrlichkeiten der Hofleute weckten³¹⁷. Zwar übernahm Jakob I. zwischen 1612 und 1614 selbst die Rolle eines Secretary of State, jedoch bemerkten nicht nur die Kurpfälzer Gäste 1613, dass dies das Regierungshandeln belastete, so dass eine Neu-besetzung des Postens notwendig wurde³¹⁸. Der Kampf um Salisburys Erbe entwickelte sich dabei zu einer Richtungsentscheidung hinsichtlich der zukünftigen Außenpolitik³¹⁹. Denn für die Auswahl des neuen *Secretary of State* bewarben sich Plessen zufolge mit dem früheren englischen Gesandten in Paris, Henry Neville (1562–1615) und Winwood zwei Vertreter des Abbot-Pembroke-Kreises (*guter religion, und bös spanisch*)³²⁰, während Thomas Lake (1567–1630) eher der Howard-Partei zugeordnet werden konnte³²¹. Erst 1614 endete dieser Machtkampf mit einem Kompromiss, der eine Aufteilung der Ämter Salisburys zwischen Winwood und Lake vorsah³²².

Bei ihrem längeren Aufenthalt in London nahm die Kurpfälzer Seite aktiven Anteil an dem Machtkampf der unterschiedlichen Hoffaktionen und unterstützte dabei den Abbot-Pembroke-Kreis. So teilte Vollrad von Plessen beispielsweise die Einschätzung von George Abbot, dass Prince Henry das Opfer einer katholischen Verschwörung geworden war, die auf Geheiß Roms und unter Führung des Earl of Northampton den Thronfolger vergiftet hätte³²³. Auch nach dem dynastischen Bündnischluss sorgten neben den offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen Heidelberg und London durch Agenten wie Abraham Williams³²⁴ auch informelle Kontakte wie die guten Beziehungen Schönbergs zur Dudley-Familie für eine Einbindung Heidel-

³¹⁶ Vgl. ADAMS: Protestant Cause, 250.

³¹⁷ Vgl. LEE: James VI and I, 242f.; EVANS: Principal Secretary of State, 66f.

³¹⁸ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 399f.; LEE: James VI and I., 147f.

³¹⁹ Vgl. ADAMS: Protestant Cause, 234.

³²⁰ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 399.

³²¹ Vgl. ebd.

³²² Vgl. SEDDON: Robert Carr, 64f.

³²³ BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 450: Vollrad von Plessen an Christoph von der Grün, London, 18./28. November 1612; wie sehr die Kurpfälzer Seite auch als Teil der protestantischen Hoffaktion betrachtet wurde, zeigte 1615 der Skandal um die Ermordung von Overbury, in der mit der Somersetfamilie Exponenten der prospanischen Partei und sogar der Favorit Rochester verwickelt waren, vgl. SEDDON: Robert Carr, 50f.; so machten sich am englischen Hofe Gerüchte breit, dass nach Overbury als Protagonisten einer protestantischen Außenpolitik auch die kurfürstliche Familie in Heidelberg Ziel der Somerset-Verschwörung gewesen sei, vgl. CSP Dom., Nr. 83/74.

³²⁴ Vgl. GLA, Kopialbücher Pfalz, Abt. 67, Nr. 930, fol. 327: *Comme le S. Williams a este ordonné Agent pres la Roy de la Grand Bretagne*; John Chamberlain an Dudley Carleton, London, 10./20. Dezember 1617, in: McCLURE: Letters of Chamberlain II, Nr. 279.

bergs in das höfische Geschehen in London³²⁵. Spätestens mit der Naturalisierung Friedrichs V. und seiner Nachkommen durch das Parlament 1614³²⁶ bildete die kurfürstliche Familie auch einen festen Bestandteil des englischen Hoflebens.

Auf Kurpfälzer Seite gingen mit dem politischen und dynastischen Bündnisschluss ebenfalls entscheidende Veränderungen am Heidelberger Hof einher, wobei das auslösende Moment der Regierungsantritt Friedrichs V. 1614 und vor allem die Integration des englischen Personals der neuen Kurfürstin Elizabeth darstellte. Im Falle des obersten politischen Personals entschied sich der neue Kurfürst für Kontinuität. So setzte sich der Oberrat 1614 mit Großhofmeister Solms, Plessen, Lingelsheim und Camerarius aus altgedienten Räten der Regierungszeit Friedrichs IV. zusammen, was sich im hohen Durchschnittsalter von 53 Jahren niederschlug. Das außenpolitische Entscheidungszentrum stellten unter Kurfürst Friedrich V. immer noch Christian von Anhalt, Solms, Plessen und Camerarius dar³²⁷, deren diplomatische Aktivitäten nun von den Gebrüdern Dohna unterstützt wurden³²⁸. Den wichtigsten Neuzugang repräsentierte Meinhard von Schönberg, der als neuer Obermarschall die schwierige Aufgabe der Reorganisation des Hofes nach 1613 übernahm³²⁹, während Hans Franz Veyras nach dem Tod von Dathenus 1615 als Kammersekretär die französische und englische Korrespondenz weiterführte³³⁰.

Diese vor allem von Press und Schubert herausgearbeitete Akteurskonstellation, mit der die Kurpfalz in die Anfangsphase des Dreißigjährigen Krieges ging, zeichnete sich, wie bereits gesehen, im Gegensatz zu England weniger durch Konflikte verschiedener Hoffaktionen um Einfluss auf politische Entscheidungen und Ämter aus. Vielmehr kann im Heidelberger Fall von einem homogenen Entscheidungszentrum ausgegangen werden³³¹. Dennoch lassen sich Schubert zufolge gerade durch den Aufstieg von Camerarius zum einflussreichen Kurpfälzer Rat in allen Reichsangelegenheiten das Neben- und teilweise auch Gegeneinander unterschiedlicher politischer Stile im Oberrat beobachten, die den Übergang der kurfürstlichen Residenz von einem deutschen Renaissance- zu einem frühbarocken Hof nach französischem Vorbild begleiteten. So verkörperte Camerarius noch den traditionellen Vertreter des „Doctorenregiments“ unter Friedrich III., der humanistische und theologische Interessen mit außenpolitischen Fragen verband und damit als Prototyp des „christlichen Diplomaten“ im konfessionellen Zeitalter gelten kann³³². Trotz seiner dezidiert anti-habsburgischen und auch antikatholischen Haltung und seiner Bereitschaft zu einer offensiven Politik unterschied sich Camerarius aber von seinem wichtigsten Förde-

³²⁵ Vgl. KAZNER: Schönberg, 166; PRO SP 81/13, fol. 245f.: Meinhard von Schönberg an Ralph Winwood, 20./30. Oktober 1614.

³²⁶ Vgl. Abschrift der Naturalisierungsurkunde vgl. BL MSS Cottons Tit. C.viii., fol. 70.

³²⁷ Vgl. PRESS: Calvinismus und Territorialstaat, 406f.; einschränkend hierzu: PURSELL: Elector Palatine Revisited, 127–130.

³²⁸ Vgl. PRESS: Calvinismus und Territorialstaat, 495.

³²⁹ Vgl. KAZNER: Schönberg, 161.

³³⁰ Vgl. PRESS: Calvinismus und Territorialstaat, 496f.

³³¹ Vgl. oben S. 59.

³³² SCHUBERT: Camerarius, 57f.; NDB Bd. 3, 105f.

rer, Christian von Anhalt, der konfessionelle Außenpolitik mit Werten wie Ehre, Reputation und Rang zu verbinden wusste und durch die Betonung des Dynastischen in der Kurpfälzer Politik eine Neuorientierung einläutete³³³.

Dynastische Themen wie Ehre und Reputation traten nicht nur während der Verhandlungen zum dynastischen Bündnisschluss 1612/13 in den Vordergrund der Beziehungen zu England, sie bildeten auch nach den Hochzeitsfeierlichkeiten in London und der Kurpfalz einen nicht unerheblichen Aspekt der Heidelberger Politik. Von den einschlägigen Arbeiten Schuberts und Press' weitgehend unbeachtet, stellte nämlich der Einzug einer königlichen Prinzessin in das Schloss am Jettenbühl die traditionell auf den südwestdeutschen Adel ausgerichtete Residenz der Kurpfalz vor neue Aufgaben, deren Bewältigung zugleich ein Test dafür war, ob das Kurfürstentum den neu erworbenen internationalen Anspruch auch in der fürstlichen Repräsentation einzulösen wusste. Denn die Eheallianz zwischen den Stuarts und den Pfälzer Wittelsbachern sah vor, dass Princess Elizabeth in Heidelberg über einen eigenen Hofstaat verfügte, der dem Rang einer königlichen Prinzessin angemessen war. So reiste die Tochter Jakobs I. 1613 mit einem großen Gefolge an englischen Adligen nach Heidelberg, das im Laufe der Zeit durch weitere Sekretäre und Dienerschaften ergänzt werden und für einen regen Austausch zwischen Themse und Rhein sorgen sollte³³⁴.

Jedoch drohte die große Anzahl von englischen Dienern die Kapazitäten des Heidelberger Schlosses zu überschreiten, zumal die Arbeiten am Englischen Bau noch nicht abgeschlossen waren. Noch während des Aufenthalts in London beauftragte Solms den Kanzler Grün, in der Neckarstadt Wohnungen für die englische Dienerschaft anzumieten³³⁵, eine Entscheidung, die die Engländer gegen den Großhofmeister aufbrachte³³⁶, denn die räumliche Trennung zwischen Fürstin und englischer Dienerschaft bedeutete für letztere, dass sie im Wettlauf mit den einheimischen Bediensteten um die fürstliche Gunst zwangsläufig ins Hintertreffen geraten mussten. Drurys abfällige Berichte über das ärmliche Leben in der Neckarresidenz schienen sich aus englischer Sicht nun doch noch zu bewahrheiten.

Die Integration des englischen Gefolges drohte denn auch den kurfürstlichen Hof zu sprengen und damit der Reputation des Kurhauses öffentlich zu schaden. Zahlreiche Briefe des hierfür zuständigen Obermarschalls Schönberg an den englischen König, seinen Favoriten Rochester sowie an den neuen Sekretär Winwood geben Auskunft über die ernsthaften Konflikte im Heidelberger Schloss. Trotz der Einsicht der kurfürstlichen Regierung, dass die alte Hofordnung angesichts der neuen Situation

³³³ Vgl. SCHUBERT: *Camerarius*, 58; CLASEN: *Palatinate*, 21.

³³⁴ Vgl. DALTON: *Cecil*, 215; Dudley Carleton an John Chamberlain, Den Haag, 26. November/2. Dezember 1616, in: LEE: *Jacobean Letters*, 225; PRO SP 81/15, fol. 69f.: Albert Morton an Dudley Carleton, Heidelberg, 18./28. Januar 1618,

³³⁵ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 118/13, fol. 14: Johann Albrecht von Solms an Christoph von der Grün, [o.O.], 12./22. Februar 1613.

³³⁶ Vgl. PRO SP 81/12, fol. 214f.: Meinhard von Schönberg an Jakob I., Heidelberg, 28. September/8. Oktober 1613.

und des neuen Repräsentationsanspruchs einer dringenden Reform bedurfte³³⁷, brachen chaotische Zustände aus, denn die verschiedenen Haushaltungen des Kurfürsten, seiner Frau, der Kurfürstenwitwe sowie der Schwestern Friedrichs V. ließen sich nur mühsam einer einheitlichen Etikette unterwerfen³³⁸. Erschwerend kam hinzu, dass die neue Kurfürstin durch ihre Großzügigkeit nicht nur die spärlichen Kurpfälzer Ressourcen strapazierte, sondern durch ihren Unwillen zur Anpassung an die deutschen Sitten sich kaum Autorität in der kurfürstlichen Dienerschaft verschaffen konnte³³⁹. Nur dank einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Heidelberger und Londoner Regierung konnten Ende 1615 neue Verhaltens- und Haushaltungsregeln auch für die englische Dienerschaft durchgesetzt werden, die das Kurhaus vor einem ernststen Ansehenschaden bewahrten³⁴⁰.

Zu ernsthaften Verstimmungen in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen sollte es bei einer für die Kurpfalz sehr delikatlen Rangfrage kommen. Princess Elizabeth bestand als purpurborene Prinzessin innerhalb und außerhalb des Hofes auf Präzedenz vor ihrem Ehemann Friedrich V.³⁴¹ Was der englischen Prinzessin aus Höflichkeit während der Hochzeitsfeierlichkeiten in London und Heidelberg von kurpfälzischer Seite noch gewährt wurde, verursachte im höfischen Alltag aber ernsthafte Konflikte. So forderten die kurfürstliche Familie und der deutsche Lehnsadel am Heidelberger Hof die Beendigung der Sonderrolle für die Kurfürstin, die darin wiederum einen Versuch der deutschen Faktion sah, [...] *that would sett me in a lower ranke than them that have gone before me* [...] ³⁴².

Ein regelrechter Eklat ereignete sich während einer Tauffeierlichkeit in Stuttgart 1616, als Friedrich V. angesichts der versammelten Unionsfürsten die Präzedenz gegenüber seiner Frau erzwang. Der englische Adel sah darin eine Ehrverletzung für das eigene Königshaus und berichtete wütend nach England über den Vorfall³⁴³. In London wurden diese Berichte mit Verärgerung aufgenommen und verschiedene höfische Faktionen sahen in Christian von Anhalt die treibende Kraft, die Prinzessin gegenüber dem Kurfürsten unterzuordnen³⁴⁴. Jakob I. sah sich genötigt, angesichts der Klagen gegenüber Heidelberg festzustellen, dass in wichtigen Fragen [...] *qui concer-*

³³⁷ Vgl. PRO SP 81/12, fol. 166: Meinhard von Schönberg an Rochester, Heidelberg, 15./25. Juni 1613.

³³⁸ Vgl. PRO SP 81/12, fol. 214.

³³⁹ Vgl. PRO SP 81/12, fol. 175: Meinhard von Schönberg an Rochester, Heidelberg, 30. Juni/9. Juli 1613; PRO SP 81/12., fol. 211f.: Meinhard von Schönberg an Rochester, Heidelberg, 19./29. September 1613.

³⁴⁰ Vgl. PRO SP 81/13, fol. 157f.: Meinhard von Schönberg an Ralph Winwood, Heidelberg, 9./19. August 1614; PRO SP 81/13, fol. 297: Meinhard von Schönberg an Ralph Winwood, Heidelberg, 1./10. Dezember 1614; PRO SP 81/14, fol. 201f.: *Advice to Princess Palatine negotiated during Schönbergh's embassy to London*, Dezember 1615.

³⁴¹ Vgl. PRO SP 81/12, fol. 165.

³⁴² PRO SP 81/13, fol. 242: Princess Elizabeth an Ralph Winwood, Heidelberg, Oktober 1614.

³⁴³ Vgl. PRO SP 81/14, fol. 271: Anonym an George Abbot, Heidelberg, 25. April/5. Mai 1616.

³⁴⁴ Vgl. BL MSS Stowe 176, fol. 83: Princess Elizabeth an Thomas Edmondes, 13./23. April 1617.

*ment sa [Elizabeths, M.R.] qualité et l'honneur de sa naissance, elle seroit indigne de vivre si elle quitteroit sa place sans mon sceu et advis*³⁴⁵. Die massive englische Intervention in dieser Frage – Jakob I. plante sogar die Entsendung einer eigenen Gesandtschaft zur Beilegung des Konfliktes – führte schließlich dazu, dass der Kurpfälzer Oberrath Elizabeth in Zukunft Präzedenz gewährte und damit ihre Superiorität über den Kurfürsten anerkannte³⁴⁶.

Die englische Heirat Friedrichs V., gleichermaßen gedacht als konfessionspolitische Festigung des Bündnisses mit England und dynastischer Befreiungsschlag angesichts der wachsenden Anfeindungen innerhalb des Hauses Wittelsbach, stellte das Kurhaus nach 1613 somit erneut vor dynastische Herausforderungen. Denn während man außenpolitisch die Beziehungen zu jenen englischen Hoffaktionen ausbauen konnte, die ebenfalls für eine aktive Außenpolitik eintraten, wurde die Heidelberger Residenz mit dem Einzug von Princess Elizabeth und ihrem Gefolge vor die Aufgabe gestellt, das Hofleben gemäß der Reputation einer königlichen Prinzessin zu organisieren³⁴⁷. Diese Reorganisation sprengte zugleich den Rahmen einer traditionellen süddeutschen Fürstenresidenz, denn Solms und Schönberg nahmen sich nun den königlichen Hof Londons zum Vorbild für die Ausgestaltung der kurfürstlichen Haushaltung, wovon die Schilderung eines englischen Staatshaushalts aus dem Jahre 1608 in der Universitätsbibliothek Heidelberg Zeugnis ablegt³⁴⁸.

Die dynastische Verbindung mit den Stuarts beschleunigte damit einen Prozess der „Modernisierung“ des Heidelberger Fürstenhofes gemäß dem neuen internationalen Standard, der bereits in der Herrschaftszeit Friedrichs IV. seine Anfänge nahm, als reformierter Glaube mit französischer Hofkultur verbunden und eine besondere Form des ‚höfischen Calvinismus‘ („Calvinismus Aulicus“) ausgebildet wurde³⁴⁹. Nun verstärkte die Kurpfälzer Residenz ihre Anstrengungen, den Anforderungen eines königlichen Hofes gerecht zu werden. Eine gewachsene Zahl von Höflingen sollte demnach mit neuen Aufgaben und Ämtern versorgt und zugleich die Rangunterschiede innerhalb der kurfürstlichen Familie wettgemacht werden, was letztlich aber an den fehlenden Ressourcen des Kurstaates zu scheitern drohte.

b) Von der Adria bis zur Kaiserkrone – außenpolitische Projekte Englands und der Kurpfalz 1613–1619

Über die Ausgestaltung des höfischen Lebens hinaus wirkte der englisch-kurpfälzische Bündnisschluss auch in der Außenpolitik und der Diplomatie des Kurstaates

³⁴⁵ Jakob I. an Friedrich V., Juni 1616 (Abschrift), in: GARDINER: Fortescue Papers, 13; vgl. BERGERON: Royal Family, 145.

³⁴⁶ Vgl. CSP Venice XIV, Nr. 376.

³⁴⁷ Vgl. WENDLAND: Elisabeth Stuart, 31.

³⁴⁸ UB HD, Cod. Pal. Germ. 80: The offices of England Collected in anno 1608, zit. n. PIETZSCH: Quellen und Forschungen, 63, Anm. 1.

³⁴⁹ PRESS: Außerhalb des Religionsfriedens, 324; KROMNOW: Johann Casimir, 93; vgl. auch unten S. 272f.

modernisierend. Vor dem Hintergrund der Allianzen mit England und den Niederlanden entwickelte sich die Kurpfalz zeitweise zu einer Macht, die trotz ihrer beschränkten Ressourcen ein ambitioniertes Bündnissystem zu schmieden suchte, das von Norditalien über das Reich und die Niederlande nach England reichen sollte. In diesem weitreichenden, aber auch fragilen System stellten

1. die zweite Krise am Niederrhein,
2. die Bündnisverhandlungen mit der Eidgenossenschaft, Venedig und Savoyen,
3. die Pazifizierung des niederländischen Religionsstreits, sowie
4. die Wahl eines neuen Reichsoberhauptes

die Hauptaspekte in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen bis 1618 dar.

Die Bündlichkeit der Kurpfälzer Allianzen und die Grenzen protestantischer Außenpolitik zeigten sich bereits im Frühjahr 1614 in der zweiten Krise um das Herzogtum Jülich-Kleve-Berg. Der Konfessionswechsel Neuburgs unter dem pfalzgräflichen Erben Wolfgang Wilhelm erbrachte für das europäische Mächtesystem am Niederrhein eine neue Lage, da mit Neuburg einer der beiden possidierenden Fürsten in das katholische Lager wechselte und damit der Erbfolgestreit zusätzlich konfessionell aufgeladen wurde. Das kann als eine Vorwegnahme der politischen Konstellationen im Dreißigjährigen Krieg gesehen werden³⁵⁰. So sorgte trotz der Neutralität Frankreichs, das 1609 noch zu einer Verschärfung der Krise beitrug, gerade das massive militärische Eingreifen der Niederlande und Spaniens für ihre jeweiligen Allianzpartner Brandenburg und Neuburg für eine erneute Eskalation, die allgemein die Kriegserwartung im europäischen Mächtesystem steigerte³⁵¹.

Die Kurpfalz und der Württemberger Rat Bouwinghausen unterstützten das entschiedene niederländische Vorgehen am Niederrhein und riefen Jakob I. auf, gemeinsam mit der Union die Besetzung wichtiger protestantischer Städte am Niederrhein militärisch zu beenden³⁵². Die englische Seite lehnte aber eine Militäraktion ab und setzte erneut auf diplomatische Anstrengungen zur Beilegung des Konfliktes³⁵³. Trotz der Kurpfälzer Warnungen, dass ein Gewährenlassen Spaniens im Reich einen gefährlichen Präzedenzfall darstellen würde³⁵⁴, praktizierte Jakob I. einen diplomatischen Attentismus, der die englische Diplomatie während des Dreißigjährigen Krieges prägen sollte³⁵⁵. Da auch die Städte der protestantischen Union ein militärisches Eingreifen aus finanziellen Gründen ablehnten und die Kurpfalz als Unionsdirektor

³⁵⁰ Vgl. ANDERSON: *Verge of War*, 214.

³⁵¹ Vgl. ebd., 229; CSP Venice XIII, Nr. 550.

³⁵² Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16734, fol. 26–28: Johann Albrecht von Solms und Benjamin Bouwinghausen an Jakob I., Utrecht, 18./28. Dezember 1614 (Abschrift); PRO SP 81/13, fol. 140: Friedrich V. an Jakob I. Heidelberg, 27. Juli/6. August 1614; PRO SP 81/14, fol. 199f.: Instruktionen für Meinhard von Schönberg bei seiner Gesandtschaft nach London, Dezember 1615.

³⁵³ Vgl. PRO SP 81/13, fol. 155f.: Schönberg an Jakob I., Den Haag, 9./19. August 1614.

³⁵⁴ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16734, fol. 70–75: [Meinhard von Schönberg?] an Ralph Winwood (deutsche Übersetzungen eines französischen Originals), Xanten 1614.

³⁵⁵ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16735, fol. 113f.: Jakob I. an die Generalstaaten der Niederlande, Juli 1616 (Abschrift); ADAMS: *Protestant Cause*, 262.

angesichts der Unerfahrenheit des Kurfürsten Friedrich V. noch keine aktive Führungsrolle übernehmen konnte, gelang vorläufig eine friedliche Regelung am Niederrhein, die aber keineswegs ein Friedensabkommen darstellte³⁵⁶. Zwar verhinderte der Xantener Akkord vom November 1614, an dem neben den beiden erbberechtigten Fürstenhäusern und ihren beiden Alliierten Spanien und die Niederlande auch England, die Kurpfalz und Frankreich beteiligt waren, das Wiederaufbrechen des Krieges zwischen den Niederlanden und Spanien und bereitete die Grundlage für einen Teilungsplan des Herzogtums zwischen Neuburg und Brandenburg vor³⁵⁷. Jedoch blieb das Abkommen insofern Makulatur, als Spanien sich weigerte, seinen Verpflichtungen hinsichtlich eines Truppenabzuges nachzukommen und vertragswidrig die Stationierungen in den protestantischen Gebieten am Niederrhein bis in den Dreißigjährigen Krieg hinein aufrechterhielt³⁵⁸. Zu einer Ahndung dieses Vertragsbruches konnten sich die protestantischen Alliierten trotz des Drängens der Kurpfalz aber nicht durchringen³⁵⁹.

Die fehlenden Bündniskräfte, die aus Heidelberger Sicht zu der diplomatischen Niederlage in der zweiten Jülich-Krise führten, und die sichtbaren Zerfallerscheinungen innerhalb der protestantischen Union sollten nach 1613 mit Hilfe neuer Allianzen kompensiert werden³⁶⁰. Dabei rückten neben potentiellen Aufnahmekandidaten für die Union in Gestalt der protestantischen Kantone der Eidgenossenschaft³⁶¹ auch die katholischen Mächte Norditaliens in das Blickfeld Heidelberger und englischer Diplomatie. Auf der Grundlage einer engeren Korrespondenz mit Venedig versuchten die protestantischen Allianzpartner an die ersten englischen Bündnisbemühungen zu Beginn des 17. Jahrhunderts anzuknüpfen. So entstand dank des engen Kontakts des englischen Gesandten Wotton zum venezianischen Servitenmönch Paolo Sarpi (1552–1623) im protestantischen Lager bereits 1604 die Idee, die Auseinandersetzung zwischen Venedig und der Kurie dafür zu nutzen, in Norditalien ein protestantisches Netzwerk zur Verbreitung der reformierten Lehre aufzubauen³⁶². Seit 1608 war auch die Kurpfalz in dieses Projekt eingebunden, die mit der Entsendung von Johann Baptist Lenck sogar eine ständige diplomatische Vertretung der Union in Venedig etablierte³⁶³.

Die frühen Versuche der „Protestantisierung“ Venedigs scheiterten zwar 1610 durch den Allianzwechsel Frankreichs, jedoch blieb die norditalienische Republik in den Bündnisüberlegungen englischer und Heidelberger Außenpolitik stets eine Größe. So beschrieb der neue englische Gesandte Carleton gegenüber der Kurpfalz Vene-

³⁵⁶ Vgl. ANDERSON: *Verge of War*, 218

³⁵⁷ Vgl. SEPP: *Reich und England*, 129f.

³⁵⁸ Vgl. ebd., 130.

³⁵⁹ Vgl. BayHStA, KS, Nr.16732, fol.75: Memorial Friedrich V. bzgl. der Verhandlungen mit Frankreich und England, den Xantener Vertrag betreffend, 7./17. Februar 1615.

³⁶⁰ Vgl. GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 216.

³⁶¹ Vgl. PRO SP 81/12, fol.219: Meinhard von Schönberg an Jakob I., Heidelberg, 29. September/9. Oktober 1613.

³⁶² Vgl. REIN: *Paolo Sarpi und die Protestanten*, 40 u. 58f.

³⁶³ Vgl. ebd., 117.

dig als wichtigen antihabsburgischen Partner, der die katholische Religion klar hinter die eigene Staatsräson stelle und gerade im Kampf gegen das spanische Herzogtum Mailand ein wichtiger Bündnispartner sei³⁶⁴. Um die Beziehungen zu diesem Partner zu pflegen, regte Jakob I. 1615 an, dass die Kurpfalz zusammen mit den Unionspartnern Venedig im Friauler Krieg (1615–1617) gegen Erzherzog Ferdinand von Steiermark und dessen Alliierte, die Uskokken, diplomatisch unterstützen sollte³⁶⁵. Hierfür machte der englische Venedig-Experte Wotton auf seiner Durchreise in Richtung Adria im Frühjahr 1616 Station in Heidelberg, um zusammen mit der kurfürstlichen Regierung ein gemeinsames diplomatisches Vorgehen zugunsten Venedigs abzustimmen³⁶⁶.

Während sich die englisch-kurpfälzische Politik im Falle Venedigs noch auf diplomatische Unterstützung im Kampf gegen Habsburg beschränkte, erhoffte sich Jakob I. gegenüber Savoyen ein engeres Zusammengehen von protestantischem Mächtelock und katholischem Herzogtum. Savoyen stellte im frühneuzeitlichen Mächtesystem einen Sonderfall dar, denn als Herzogtum zwischen Frankreich und dem spanisch dominierten Reichsitalien baute es gleichzeitig auf eine französische, italienische und „reichische“ Tradition auf³⁶⁷. Diese dreifache savoyische Identität spiegelte sich auch, so Toby Osborne, in einer wechselvollen Politik wider, wobei seit dem Thronantritt von Karl Emanuel I. 1580 das Streben nach einer dynastischen Rangerhöhung der Herrscherfamilie durch den Erwerb einer Königskrone eine wichtige Grundkonstante der savoyischen Politik blieb³⁶⁸.

Durch die Stellung als Reichslehen und seine zeitweise antihabsburgische Ausrichtung suchte das Herzogtum seit Gründung der Union 1608 engere Beziehungen zu den protestantischen Reichsständen³⁶⁹. Hierin wurde der Herzog auch von Jakob I. unterstützt, der nach dem gescheiterten dynastischen Projekt zwischen London und Turin 1612 nun auf allianzpolitischem Wege das Herzogtum in die protestantische Mächteallianz einzubinden suchte. Denn die englische Krone hielt nach dem Wegfall Frankreichs Ausschau nach einem antihabsburgischen Partner, dessen katholische Religion den überkonfessionellen Anspruch von Jakob I. in der Außenpolitik unterstreichen sollte. Im Gegensatz zu den Beziehungen zu Venedig stieß die englische Diplomatie aber im Falle von Savoyen auf die Bedenken der Kurpfalz, die die Union als eindeutig protestantisch-antihabsburgisches Kampfbündnis betrachtete, was mit ei-

³⁶⁴ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 118/6, fol. 1f.: Dudley Carleton an Kurpfalz, [o.O.], 30./10. Mai April 1613.

³⁶⁵ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 91/10, fol. 33 (Anhang): Jakob I. an Friedrich V., Newmarket, 27. Februar/8. März 1615.

³⁶⁶ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 91/10, fol. 39f. (Anhang): Instruktion für Henry Wotton auf seiner Reise nach Venedig, für die Verhandlungen mit Kurpfalz; 17./27. April 1616; PRO SP 81/14, fol. 264: Friedrich V. Entgegnung auf Verhandlungsvorschläge Henry Wottons, [o.O.], 19./29. April 1616.

³⁶⁷ Vgl. KLEINMAN: Charles-Emanuel, 8f.

³⁶⁸ OSBORNE: Court of Savoy, 37f.

³⁶⁹ Vgl. PRO SP 81/14, fol. 42: Friedrich V. an Jakob I., Heidelberg, 25. März/4. April 1615; KLEINMAN: Charles-Emanuel, 8f.

nem formalen Beitritt Savoyens nur schwer einzuhalten gewesen wäre³⁷⁰. So zeigte sich Friedrich V. auch in den Verhandlungen mit dem savoyischen Gesandten im Frühjahr 1615 pessimistisch, ob ein Eintritt des Herzogs in das Bündnis den anderen Unionsmitgliedern zu vermitteln sei³⁷¹, und tatsächlich beschlossen die unierten Fürsten und Städte auf dem Heilbronner Unionstag im April 1617, Savoyen nicht mehr als eine gute Korrespondenz anzubieten³⁷².

Neben der Einbindung von neuen Staaten in das protestantische Bündnisssystem prägte aber auch die Unterstützung bereits gewonnener Partner die englisch-kurpfälzischen Anstrengungen am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges. Im Vordergrund standen hierbei die Niederlande, deren religiöse Zerstrittenheit, wie gesehen, seit 1612 vom englischen und kurpfälzischen Alliierten mit Sorge verfolgt wurde, und die zu mehrfachen Interventionen Londons und Heidelbergs in den Generalstaaten führte³⁷³. Die politischen und theologischen Auseinandersetzungen zwischen arminianisch gesinnter Ratspartei und der die reformiert-calvinistische Gomaristen unterstützende Statthalterpartei unter Moritz von Oranien verschärfte sich auch noch nach der Affäre um die Berufung von Vorstius zum Leidener Theologieprofessor, so dass die niederländischen Unruhen auch bei den Verhandlungen des englischen Gesandten Albert Morton (1584?–1625) in Heidelberg einen Teil der Verhandlungsagenda bildeten. In den Gesprächen mit Morton sorgte sich Friedrich V. angesichts der verhärteten religiösen Fronten in den Niederlanden nicht nur um das Ansehen der reformierten Theologie, sondern auch um die Stabilität des wichtigsten Bündnispartners im Kampf gegen Spanien³⁷⁴.

Mortons Verhandlungen in Heidelberg mündeten schließlich in das Übereinkommen zwischen England und der Kurpfalz, eine gemeinsame Initiative zur Beilegung der religiösen Konflikte in den Niederlanden zu starten³⁷⁵. Damit nahmen beide Bündnispartner aktiven Anteil an einem Pazifizierungsprozess in den Niederlanden, der mit der Synode von Dordrecht 1618/1619 über die Grenzen der Generalstaaten hinaus zentrale theologische Fragen innerhalb der reformierten Konfession klären und zugleich die Vormachtstellung der Statthalterpartei in den 17 Provinzen sichern sollte. Die Synode entwickelte sich zu einem internationalen Ereignis, das Theologie und Diplomatie verband, indem neben zentralen Figuren der reformierten Kirchen Europas wie beispielsweise dem Kurpfälzler Hofprediger Abraham Scultetus (1566–1624) auch englische Diplomaten an den Beratungen teilnahmen³⁷⁶. Gerade die englische Delegation übte, so Patterson, bei theologischen Fragen wie der Prädestinationslehre sowie

³⁷⁰ Vgl. ADAMS: England und die Reichsfürsten, 77f.

³⁷¹ Vgl. PRO SP 81/14, fol. 96: Friedrich V. an Jakob I., Heidelberg, 24./3. Juni Mai 1615.

³⁷² Vgl. PRO SP 81/15, fol. 30f.: Friedrich V. an Jakob I., Heilbronn, 23./3. Mai April 1617.

³⁷³ Vgl. oben S. 135f.

³⁷⁴ Vgl. PRO SP 81/15, fol. 40f.: Memorandum Friedrich V. für Albert Morton, Heidelberg, 1./11. Juni 1617.

³⁷⁵ Vgl. PRO SP 81/15, fol. 46f.: Friedrich V. an Jakob I., Heidelberg, 19./29. Juni 1617.

³⁷⁶ Vgl. PATTERSON: James VI and I, 262f.; Dudley Carleton an Robert Naunton, Den Haag, 26. Februar/8. März 1618, in: ANONYM.: Letters from and to Dudley Carleton, 347.

der Sündenvergebung einen großen Einfluss aus, der zwar nicht zu einer Einheit aller protestantischen Konfessionen, wohl aber zu einer ersten klaren Abgrenzung der reformierten Lehre gegenüber der arminianischen Bewegung führte³⁷⁷.

Das wohl ambitionierteste Projekt in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen vor dem Dreißigjährigen Krieg verfolgte Heidelberg mit dem Plan, eine weitere Habsburger Sukzession an der Spitze des Reiches zu verhindern, eine Idee, die laut Schubert seit März 1616 besonders von Camerarius vorangetrieben wurde und einen weiteren Baustein bei der Neuordnung der Reichspolitik unter territorialstaatlich-calvinistischen Vorzeichen liefern sollte³⁷⁸. Die Kurpfälzer Diplomatie vertrat gegenüber dem englischen Bündnispartner die Haltung, dass die Wahl eines Habsburger Erzherzogs zum römischen König *vivente imperatore* nicht nur die Gefahr einer Sukzession des in religiösen Fragen als radikal geltenden Ferdinand von Steiermark bedeuten könnte. In einem Schreiben an Edmondes äußerte Friedrich V. zudem die Sorge, dass ein erneuter Habsburger Wahlerfolg an der Reichsspitze eine Gefahr für die reichsständische Freiheit sei, denn damit wäre der Wahlcharakter der Reichskrone gefährdet, was *directement contraire aux loix fondamentales de l'empire* sei³⁷⁹.

Daher sah der Kurpfälzer Plan in Sachen Königswahl vor, die höchste Reichswürde einem anderen katholischen Kandidaten zu übertragen, der trotz der Habsburger Dominanz im Reich nicht völlig chancenlos bei einem Wahlerfolg wäre. Wohl weniger aus dynastischer Solidarität als vielmehr aus realpolitischer Überlegung heraus förderte der Heidelberger Rat eine Kandidatur des konfessionellen Gegners Maximilian I. von Bayern³⁸⁰. Denn der Bayernherzog profilierte sich nicht nur seit seinem Regierungsantritt 1598 als taktisch kluger Territorialherr, der die Modernisierung des Landes mit einer konsequenten Konfessionspolitik verband. Auch dynastische Ambitionen spielten in München seit 1600 eine immer größere Rolle, die sich in verschiedenen Schriften sogar auf die Nachfolge der eigenen Dynastie in der höchsten Reichswürde bezogen³⁸¹.

Zur Verwirklichung dieses Plans wurde die Kurpfalz 1617 nicht nur in Bayern selbst vorstellig – ohne freilich die ablehnende Haltung von Maximilian I.³⁸² als letztes Wort in dieser Sache zu deuten. Die Heidelberger Diplomatie warb auch über das eigene protestantische Netzwerk in Europa um Unterstützung bei diesem Vorhaben. So bat Friedrich V. den englischen Gesandten Edmondes in Paris, abseits seiner eigentlichen Gesandtenarbeit am französischen Hof einflussreiche Räte zu suchen, die den eigenen König, aber auch den Kölner Erzbischof Ferdinand (1577–1650) für das Projekt gewinnen sollten, um dessen Stimme im Kurkollegium zu sichern³⁸³.

³⁷⁷ PATTERSON: James VI and I, 274f.

³⁷⁸ SCHUBERT: Camerarius, 69; ALBRECHT: Maximilian I., 477.

³⁷⁹ BL MSS Stowe 176, fol. 144: Friedrich V. an Thomas Edmondes, Frankenthal, 21./31. August 1617.

³⁸⁰ Vgl. CSP Venice XV, Nr. 242 u. 376.

³⁸¹ Vgl. oben S. 93; STIEVE: Maximilian von Bayern, 43f.

³⁸² Vgl. ALBRECHT: Maximilian I., 480f.

³⁸³ Vgl. BL MSS Stowe 176, fol. 144.

Die englischen Reaktionen auf das Heidelberger Vorgehen in Sachen Thronfolge im Reich erwiesen sich aber als ambivalent. Zwar riet auch Jakob I. auf die Heidelberger Nachfrage, wie man sich bei einer möglichen römischen Königswahl *vivente imperatore* verhalten solle, mit dem Ratschlag, alles Mögliche zu tun, eine solche Wahl zu verhindern³⁸⁴. Jedoch rief gerade der mit London nicht abgesprochene Vorstoß Heidelbergs in Paris auf englischer Seite Verwunderung und Misstrauen hervor, so dass Kurpfalz gegenüber Morton wahrheitswidrig bestritt, in Paris je Verhandlungen bezüglich der römischen Königswürde aufgenommen zu haben³⁸⁵.

Wie die Projekte hinsichtlich eines Engagements am Niederrhein und der Einbindung norditalienischer Partner in das eigene Bündnissystem, so blieben auch die Anstrengungen bezüglich der römischen Königswahl 1617 letztlich ohne greifbare Ergebnisse. Denn der Vielzahl von diplomatischen Projekten in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen fehlte nicht nur die machtpolitische Substanz von Seiten der Heidelberger Regierung. Mit der protestantischen Union und England verließ sich der Kurstaat im internationalen System zudem auf Partner, die aufgrund von Struktur Schwächen und im Falle Englands einer desaströsen Haushaltslage nicht über die Mittel zur Finanzierung der Kurpfälzer Projekte verfügten³⁸⁶.

Das grundsätzliche Problem in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen seit 1613 bestand aber im Missverständnis zwischen Heidelberg und London hinsichtlich der Ziele des politischen und dynastischen Bündnisschlusses. Zwar gewann der Kurstaat am englischen Hof mit der Abbot-Pembroke-Fraktion in der zweiten Krise am Niederrhein einen einflussreichen Fürsprecher für ein offensives Vorgehen gegen die spanische Krone³⁸⁷. Doch innerhalb der englischen Faktionskämpfe behaupteten sich nach 1613 auch weiterhin die Befürworter eines friedlichen Kurses gegenüber Madrid, der in einem von der Kurpfalz erbittert bekämpften dynastischen Bündnis gipfeln sollte³⁸⁸. Und so verfolgte die englische Krone trotz der Kurpfälzer Wahrnehmung von Jakob I. als Haupt der protestantischen Internationale in den Krisen zwischen 1614 bis 1620 eine Außenpolitik, die Adams zufolge mit Hilfe überkonfessioneller politischer und dynastischer Bündnisse auf eine Schiedsrichterrolle zwischen den religiösen Mächteblöcken abzielte³⁸⁹. Jedoch vermieden Krone und Privy Council gegenüber den protestantischen Partnern eine klare Vermittlung dieser Außenpolitik und versuchten mit Hilfe von Formelkompromissen Zeit zu gewinnen und durch eine immer wiederkehrende Versicherung des englischen Beistands für die pro-

³⁸⁴ Vgl. PRO SP 81/15, fol. 119: Jakob I. an Friedrich V., [o.O.], 28. März/7. Mai 1618.

³⁸⁵ Vgl. PRO SP 81/15, fol. 70f.: Albert Morton an Robert Naunton, [o.O.], 21. Dezember 1617/8. Januar 1618.

³⁸⁶ Vgl. ADAMS: Protestant Cause, 255.

³⁸⁷ Vgl. BL MSS Add. 72242, fol. 21f.: George Abbot an William Trumbull, Lambeth, 15./25. März 1614.

³⁸⁸ Vgl. CSP Venice XIV, Nr. 294.

³⁸⁹ ADAMS: England und die Reichsfürsten, 77f.

testantischen Reichsstände im Falle einer spanischen Bedrohung zwischen Krieg und Frieden möglichst viele Optionen offen zu halten³⁹⁰.

Auf Kurpfälzer Seite wurden wiederum die aus radikal-protestantischer Sicht retardierenden Elemente der englischen Außenpolitik weitgehend ausgeblendet, so dass Heidelberg und die aktiven Reichsstände in der Union im Bündnisschluss mit England ein klares antihabsburgisches Kampfbündnis sahen³⁹¹. Die zögerliche Haltung von Jakob I. in den verschiedenen Krisen zwischen 1613 und 1618 wertete die Kurpfälzer Regierung fälschlicherweise als nur momentane außenpolitische Zurückhaltung, die durch genügend Zureden überwunden werden könne³⁹². Die internationalen Ereignisse in den Jahren unmittelbar vor Ausbruch des böhmischen Adelsaufstands, aber auch die immer stärker werdende Einbindung des Reichsstands in das diplomatische Netzwerk Europas förderten dabei den Kurpfälzer Aktionismus. Bereits im Frühjahr 1613 vereinbarte die Heidelberger Regierung mit Carleton, dass der englische Gesandte in Venedig nicht nur seinen eigenen Souverän, sondern auch die Kurpfalz regelmäßig mit Berichten über die Lage in Italien und im östlichen Mittelmeerraum versorgen sollte³⁹³. Die ersten Berichte von Carleton über massive spanische Truppensammlungen in der Lombardei beunruhigten sogleich auch den Kurstaat, der darin eine Bedrohung für das eigene Territorium sah, das exponiert an der „Spanischen Straße“ nach Flandern lag³⁹⁴.

Jedoch gewann der Kurpfälzer Oberrat in Ermangelung eines eigenen diplomatischen Dienstes nur ein äußerst unvollständiges Bild von den europäischen Geschehnissen, das auch noch der Selbstwahrnehmung als von der Gegenreformation gefährdetes Reichsterritorium weitgehend entsprach. Die Maßnahmen des konfessionellen Gegners gerannen in der Heidelberger Perzeption daher immer mehr zu einem vermeintlich kohärenten katholischen Komplott, von dem man annahm, [...] *que tous ces desseings [...] soient tournéz contre nos Maistres [et] le bon party, pour estres executéz au premier temps [...]*³⁹⁵. Alle spanischen Unternehmungen in Europa und im Reich entsprächen einem *general desegno* Madrids, das *ohne hilf der Kön[iglichen] May[esät] aus Engelland* nicht aufgehalten werden könne³⁹⁶. In dieser Bedrohungswahrnehmung radikalisierte sich die Kurpfälzer Politik. In völliger Missachtung von Jakobs Pazifizierungskurs in der zweiten Niederrheinkrise empfahl die Kurpfälzer Delegation in Xanten dem englischen Sekretär Winwood, Spanien anzugreifen, [...] *und entweder in Flandern, wie sy wol thun khönnen, oder aber ab anderen orthen, disen vermeinten Monarchen, zu wasser und Land soviel zuschaffen geben, damit er ge-*

³⁹⁰ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16735, fol. 113f.; CSP Venice XIV, Nr. 171.

³⁹¹ Vgl. ADAMS: England und die Reichsfürsten, 77f.

³⁹² Vgl. CSP Venice XIV, Nr. 295.

³⁹³ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 118/6, fol. 3: Kurpfalz an Dudley Carleton, [o.O.], 28. Mai/7. Juni 1613.

³⁹⁴ Vgl. BayHStA, KB, Nr. 91/10, fol. 11f. (Anhang): Friedrich V. an Jakob I., Heidelberg, 10./20. September 1614 (Konzept).

³⁹⁵ BayHStA, KS, Nr. 16734, fol. 27.

³⁹⁶ BayHStA, KS, Nr. 16734, fol. 70.

*zungen werde, auf sein selbst eigener defension achtung zu geben*³⁹⁷. Die Kurpfälzer Angriffspläne sprengten den Rahmen des 1612 in Wesel abgeschlossenen Defensivbündnisses mit England, indem sie immer mehr der Logik des Präventivkrieges folgten. Voraussetzung hierfür war die Einigkeit der möglichen Bündnispartner von der Adria bis an die Nordsee: *[B]rauchet also [...] die ganze wolfart unser freyheiten und religion, das wir uns entschliessen, so bald einer oder der ander angreifen, sich dessen alsdann die andere all mit ernst annemben, so wird das ganze corpus den gegentheilen ein schrekken einjagen, welches nicht geschehen kann, so lang es ein getrennten wesen [...] wehre*³⁹⁸.

So zeigten sich bereits in den Krisen zwischen 1613 und 1618 in der Kurpfälzer Außenpolitik radikalisierte Deutungs- und Handlungsmuster, die nicht nur den Absichten Jakobs I. widersprachen, sondern die auch dazu geeignet waren, trotz des Mangels an eigenen Ressourcen im europäischen Mächtesystem für einen Flächenbrand zu sorgen.

c) Der Griff nach der böhmischen Krone – England, die Kurpfalz und der böhmische Aufstand 1618–1619 als Testfall protestantischer Allianzpolitik

Die Kurpfälzer Politik sorgte am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges dafür, dass ungeachtet der zahlreichen Vermittlungsanstrengungen im europäischen Mächtesystem seit 1598 die prekäre Friedenszeit vor 1618 zu keiner wirklichen Systemstabilisierung genutzt wurde. Eher kennzeichnete eine allgemeine Kriegserwartung die europäische Diplomatie spätestens seit Ausbruch der Krise am Niederrhein, wobei sich nicht der Streit um das Erbe von Jülich-Kleve-Berg und auch nicht die *Gravamina* der protestantischen Reichsstände zum Testfall der Kurpfälzer Allianzpolitik seit 1608 entwickelten. Im Schatten der Auseinandersetzungen an der Westgrenze des Reiches lieferten vielmehr die verfassungsrechtlichen und religiösen Auseinandersetzungen im böhmischen Königreich und den angrenzenden Ländern Mähren und Oberösterreich den Ausgangspunkt für den europäischen Flächenbrand zwischen 1618 und 1648.

Mit der Annahme der Wenzelskrone im September 1619 trug die Heidelberger Außenpolitik maßgeblich zur Internationalisierung des böhmischen Adelsaufstands gegen die Habsburger Herrschaft bei. Die Literatur liefert unterschiedliche Deutungsansätze bezüglich der Motivation des Pfalzgrafen und seines kurfürstlichen Rats in den böhmischen Wirren³⁹⁹. Anton Gindely, Mary Green und Cecily Wedgwood deuten beispielsweise den Kurpfälzer Griff nach der böhmischen Krone als Verwirklichung eines langfristigen Heidelberger Plans der Rangerhöhung, der bereits in den Verhandlungen zur dynastischen Allianz mit England eine Rolle spielte und aufgrund der dynastischen Ambitionen von Princess Elizabeth 1619 in die Tat umgesetzt

³⁹⁷ Ebd., fol. 71.

³⁹⁸ Ebd., fol. 72.

³⁹⁹ Vgl. BILHÖFER: Ehre und Gewissen, 60ff.

wurde⁴⁰⁰. Dem gegenüber stehen die Arbeiten von Moriz Ritter und John Gustav Weiß, die besonders in Christian von Anhalt und Abbot die treibenden Kräfte sehen, die aus macht- und konfessionspolitischer Überlegung heraus zur Annahme der Königskrone rieten⁴⁰¹.

Erst vor kurzem wurden diese älteren Thesen durch neue Ansätze in Frage gestellt. So macht Peter Wolf auf die ökonomische Bedeutung Böhmens für die Oberpfalz und vor allem für deren Administrator aufmerksam. Technische und kartellrechtliche Probleme des Montangewerbes rund um Amberg sowie das wirtschaftliche Interesse von Christian von Anhalt hätten die böhmische Politik geleitet⁴⁰². Einen ganz anderen Weg schlägt Brennan Pursell ein, indem er in seiner Friedrich-Biographie den vielfältigen Interessenskanon der Kurpfalz 1619 neu ordnet und den konfessionellen und dynastischen Motiven der Kurpfalz die pfalzgräflichen Vorstellungen hinsichtlich der Reichsverfassung voranstellt. Nicht Religion oder Rangfragen, sondern differierende Verfassungsauffassungen lieferten den Kernkonflikt des Dreißigjährigen Krieges, denn aus Sorge vor einer Transformation der Reichsverfassung von einem ständisch-libertären zu einem absolutistisch-erblichen System habe Friedrich V. mit der Annahme der Wenzelskrone 1619 die Dominanz des Hauses Habsburg im Reich brechen wollen⁴⁰³.

Die hier kurz umrissenen Thesen hinsichtlich der Kurpfälzer Motive zur unbestrittenen ambitiös-abenteuerlichen Außenpolitik im Zuge des böhmischen Aufstands veräumen es, die unterschiedlichen Leitfaktoren Staatsräson, Konfession und Dynastie miteinander zu verbinden und in ihrer Wechselwirkung die Ursache für eine das gesamte Kurpfälzer politische System gefährdende Politik zu finden. Ein Grund hierfür muss vor allem in der prekären Quellenüberlieferung gesehen werden. Durch die bereits einleitend dargestellten Kriegseinwirkungen sowie Probleme bei der Zusammenführung der Wittelsbacher Archive im 18. Jahrhundert sind bis auf ein bei Friedrich Moser ediertes Rätegutachten aus dem September 1619⁴⁰⁴ keine weiteren Aktenstücke erhalten, die detailliert Auskunft über den Willensbildungsprozess im Heidelberger Oberrat im August und September 1619 geben. Deshalb kann die folgende Darstellung der Außenpolitik Englands und der Kurpfalz in der Entscheidungssituation der Wahl des böhmischen Königs 1619 lediglich im Sinne einer Plausibilitätsannahme zeigen, dass neben strategischen Interessen Heidelbergs vor allem dynastische Aspekte resultierend aus dem innerwittelsbachischen Konflikt und den Herausforderungen durch die dynastische Allianz mit England, sowie eine spezifisch radikal-pro-

⁴⁰⁰ GINDELY: *Geschichte*, 186; KREBS: *Christian von Anhalt*, 53f.; GREEN: *Elizabeth*, 129f.; WEDGWOOD: *Dreißigjährige Krieg*, 88.

⁴⁰¹ RITTER: *Pfälzische Politik*; WEISS: *Beiträge*, 388f.; DERS.: *Vorgeschichte des böhmischen Abenteuers*, 391.

⁴⁰² WOLF: *Winterkönig*, 72f., vgl. auch oben S. 49.

⁴⁰³ PURSELL: *Winter King*, 1f. u. 85f.

⁴⁰⁴ Weissagendes Bedenken der Kurpfälzischen Geheimen Räte wegen Annehmung der von den Böhmisches Reichsständen Kurfürst Friedrich V. angetragenen Königswürde, 1619, in: MOSER: *Patriotisches Archiv*; vgl. auch EICKELS: *Schlesien im böhmischen Ständestaat*, 230f.; WEISS: *Vorgeschichte des böhmische Abenteuers*, 466f.

testantische Disposition kurpfälzischer und auch englischer Räte in außenpolitischen Fragen zur Eskalation des Konflikts 1619 maßgeblich beitrugen.

Das Kurpfälzer Engagement in Böhmen setzte 1618 nicht voraussetzungslos ein. Vielmehr bestanden vielfältige persönliche Kontakte auf humanistisch-gelehrter und auch kirchlicher Ebene zwischen Prag und Heidelberg, aber auch zwischen Kurpfalz und der reformierten Gemeinde Schlesiens als traditionellem Reservoir für die Heidelberger Hoftheologen⁴⁰⁵. Mit der wachsenden Opposition der protestantischen Stände Böhmens gegen die Habsburger Gegenreformation erweiterten sich diese Personennetzwerke um direkte diplomatische Beziehungen zwischen Kurpfälzer Rat und böhmischem Adel. Dank persönlicher Bekanntschaft mit Wok von Rosenberg unterstützte Christian von Anhalt seit 1606 von Amberg aus offensiv die Adelsopposition, um die Grundlage für eine Intervention protestantischer Reichsstände im Habsburger Einflussgebiet zu schaffen⁴⁰⁶. Dabei bestand bis 1610 das Hauptziel seiner Böhmenpolitik darin, gemeinsam mit der böhmischen Seite die momentane Schwächung des Hauses Habsburgs im Bruderzwist zwischen Kaiser Rudolf II. und dem Erzherzog Matthias (1557–1619) für eine Destabilisierung der österreichischen Herrschaft in Böhmen und im Reich zu nutzen⁴⁰⁷. So sieht Joachim Bahlcke in der Kurpfalz die treibende Kraft, die den böhmischen Kampf gegen die vermeintliche Bedrohung der religiösen Rechte und auch des sinkenden Einflusses am Prager Hof zum Anlass nahm, die böhmische Verfassungskrise zu europäisieren und sie – mit reformierten Widerstandstheorien angereichert – zu konfessionalisieren⁴⁰⁸.

Auch nach der vorläufigen Lösung der innerhabsburgischen Konflikte um die Nachfolge Rudolfs II. verloren die Kurpfälzer Außenpolitiker die böhmischen Stände nicht aus den Augen⁴⁰⁹. Nach der Defenestration der kaiserlichen Räte auf dem Hradschin am 23. Mai 1618 intervenierte der Oberrat zusammen mit Savoyen und den schlesischen Ständen beim Ständedirektorium in Prag, um die kurpfälzische und savoyische Unterstützung zuzusagen, und vor allem um eine protestantische Lesart des 1609 erlassenen Majestätsbriefes durchzusetzen⁴¹⁰. Damit unternahm die Heidelberger Außenpolitik 1618 eine Neuorientierung hin nach Osten und bemühte sich zugleich, das westeuropäische Allianzsystem in dieser Krise einzusetzen⁴¹¹. Besonders der englische Allianzpartner wurde bereits zu Beginn des Aufstands in die Hei-

⁴⁰⁵ Vgl. BAHLCKE: Konfessionalisierung der Außenpolitik, 283.

⁴⁰⁶ Vgl. EICKELS: Schlesien im böhmischen Ständestaat, 202; TECKE: Kurpfälzische Politik, 84; UFLACKER: Christian I. von Anhalt, 50f.; KREBS: Christian von Anhalt, 42f.

⁴⁰⁷ Vgl. BuA I, Nr. 425: Christian von Anhalt an Kurpfalz, [o.O.], 20./30. September 1606; BuA II, Nr. 12: Discurs über die böhmischen Unruhen, [o.O.], 6./16. Juni 1618; TECKE: Kurpfälzische Politik, 86f.

⁴⁰⁸ BAHLCKE: *Theatrum Bohemicum*, 11f.; MACHARDY: *Court Patronage*, 126f.

⁴⁰⁹ So schlug bspw. Meinhard von Schönberg bereits 1614 Jakob I. ein engeres Zusammengehen mit den böhmischen Ständen vor, vgl. PRO SP 81/13, fol. 243: Meinhard von Schönberg an Jakob I., Xanten, 24. Oktober/3. November 1614.

⁴¹⁰ Vgl. PURSELL: *Winter King*, 49f.

⁴¹¹ Vgl. BAHLCKE: *Falcko – české království*, 250; ich danke Kolja Lichy, Humboldt-Universität zu Berlin, für die Übersetzungshilfe.

delberger Aktivitäten miteinbezogen. Neben der Gesandtschaft Solms nach Prag 1618 entsandte Friedrich V. parallel auch eine Legation unter Achatius von Dohna nach London, um mit Jakob I. das weitere Vorgehen zu besprechen⁴¹².

Der aufständische böhmische Adel verband mit dem Kurpfälzer Engagement die Hoffnung auf Unterstützung durch das bis dahin viel beachtete protestantische Allianzsystem Heidelbergs⁴¹³. Tatsächlich verdichtete sich in der Kurpfälzer Regierung die Vorstellung, dass der böhmische Aufstand nach der Niederrheinkrise unweigerlich den lange erwarteten Krieg zwischen den konfessionellen Blöcken auslösen würde und die Aufständischen daher die Hilfe der Union benötigten⁴¹⁴. Englische Gesandte wie Isaac Wake oder John Finett konnten im Frühjahr 1619 von einer allgemeinen Euphorie am Heidelberger Hof berichten, dass der auf Ungarn, Ober- und Unterösterreich ausgedehnte Aufstand protestantischer Adliger gegen Wien zu einer Destabilisierung der Habsburger Herrschaft führen werde⁴¹⁵. Diese Euphorie spiegelte aber keineswegs eine allgemeine Einigkeit auf Kurpfälzer Seite hinsichtlich des Vorgehens in Böhmen wider. Helmut Weigel zufolge sah Friedrich V. noch im Sommer 1618 trotz der guten Beziehungen zur Ständeopposition keinen Grund für ein militärisches Eingreifen in den Aufstand⁴¹⁶. Im Gegensatz zu Christian von Anhalt lehnte der Kurfürst bis ins Frühjahr 1619 hinein eine weitere Eskalation der Lage ab und baute auf eine Lösung der Krise durch die Reichsinstitutionen. Erst die geringe habsburgische Verhandlungsbereitschaft, die Ausweitung des Aufstands auf Schlesien und Oberösterreich und die Organisation einer militärischen Assistenz durch Christian von Anhalt in Savoyen machten die Heidelberger Regierung geneigter, notfalls militärisch zu intervenieren⁴¹⁷. Die Kurpfalz verfolgte damit spätestens seit Frühjahr 1619 eine doppelte Strategie. Während vor allem der Kurfürst seine Bereitschaft zeigte, Verhandlungen zwischen Prag und Wien zu unterstützen, verfolgte ein Teil der außenpolitisch aktiven Heidelberger Räte unter Führung Anhalts eine Strategie, die durch gezieltes Vorpreschen im böhmischen Krisenherd die Union und England zum Handeln zu zwingen suchte⁴¹⁸.

⁴¹² Vgl. KREBS: Christian von Anhalt, 66; CSP Venice XV, Nr. 501; Friedrich V. an Jakob I., 8./18. Oktober 1618, in: GARDINER: Letters and Documents I, Nr. 8; Friedrich V. an Jakob I., 10./20. September 1618, in: Ebd., Nr. 4. Zudem beschied Heidelberg einer Nachfrage Jakobs VI./I. bezüglich einer Kreditgewährung durch die Kurpfalz zur Deckung der desolaten englischen Finanzen unter dem Hinweis der zu erwartenden Ausgaben für Böhmen negativ, vgl. PRO SP 81/15, fol. 170f.: Friedrich V. an England, [o.O.], 26. Juni/5. Juli 1618; POLISENSKY: Bohemian War and British Policy, 1618–1620, 198f.

⁴¹³ Vgl. STURMBERGER: Aufstand in Böhmen, 37.

⁴¹⁴ Vgl. AN, 273/AP/179, Boete Nr. 6: Johann Albrecht von Solms an Duc de Bouillon, [o.O.], 29. April/9. Mai 1619.

⁴¹⁵ John Finett an George Calvert, Heidelberg, 11./21. April 1619, in: GARDINER: Letters and Documents I, Nr. 39; Isaac Wake an Robert Naunton, Heidelberg, 12./22. Mai 1619, in: Ebd., Nr. 39.

⁴¹⁶ WEIGEL: Böhmisches Aufstand, 31.

⁴¹⁷ Vgl. GOTTHARD: Konfession und Staatsräson, 246; WEIGEL: Böhmisches Aufstand, 139f.

⁴¹⁸ Vgl. EICKELS: Schlesien im böhmischen Ständestaat, 209f.; ADAMS: Protestant Cause, 278f.

Im Kontext der protestantischen Union musste die Heidelberger Regierung zur Verwirklichung ihrer Böhmenpolitik Rücksicht auf die unterschiedlichen Flügel und Interessengruppen nehmen. Zwar konnte die Kurpfalz mit Ansbach, Baden und auch teilweise Württemberg auf wichtige Unterstützer in Sachen böhmischer Aufstand rechnen, jedoch lehnten wiederum die Unionsstädte eine Intervention ab⁴¹⁹. Die Kurpfalz begegnete dieser Situation mit einer Doppelstrategie, indem sie bis zum Frühjahr 1619 öffentlich ihr Interesse an einer Deeskalation bekundete und für einen friedlichen Ausgleich eintrat, insgeheim aber auch im Ausland die militärische Unterstützung für Böhmen organisierte⁴²⁰. So musste sich die Kurpfälzer Gesandtschaft auf dem Rothenburger Unionstag im Oktober 1618 zwar noch mit einer unverbindlichen Unterstützung der Unionsfürsten für die Böhmen begnügen⁴²¹. Auf der Grundlage der Abstimmung mit Baden und Ansbach sowie den Kontakten mit auswärtigen Bündnispartnern erreichte die Heidelberger Regierung aber auf der folgenden Versammlung 1619 in Heilbronn den Umschwung, als die Mehrheit der versammelten Unionsfürsten für eine militärische Assistenz in Böhmen stimmte⁴²². Damit folgte die Kurpfalz wie bereits bei der Bündnisausweitung durch Allianzen mit auswärtigen Fürsten einer eigenmächtigen Politik, die ihrer eigentlichen Aufgabe als Direktorin der Union und als Vermittlerin zwischen den einzelnen Interessen widersprach und damit zur Destabilisierung der Allianz beitrug⁴²³.

Neben der Hilfe der Union und Englands suchte die Kurpfalz in der böhmischen Krise auch die der Niederlande und Savoyens. In Moritz von Oranien fanden Heidelberg und die böhmische Adelsopposition dabei einen aktiven Unterstützer des Aufstandes, der sich von einer Eskalation im Osten des Reiches die Bindung habsburgischer Kräfte kurz vor Auslaufen des Waffenstillstandes mit Spanien versprach⁴²⁴. Über diese taktische Überlegung hinaus betrachtete die Statthalterpartei den Aufstand aber auch als eine Art Revolution in der Christianitas und somit als eine Krise mit Chancen für die protestantische Seite⁴²⁵. Doch trotz Kredit- und Truppenhilfe⁴²⁶ blieb in Den Haag die Skepsis bestehen, ob ein Kurpfälzer Engagement in Böhmen auch die Unterstützung von Jakob I. finden werde, weshalb die Generalstaaten ihre Hilfsleistungen von der englischen Unterstützung abhängig machten⁴²⁷.

Das Herzogtum Savoyen hingegen erwies sich dank der intensiven Kontakte zur protestantischen Union seit 1613 als erstaunlich aktiver Bündnispartner in der böhmischen Krise, der jedoch – wie Ruth Kleinman zeigt – mit dem Aufstand eigene dynastische Ambitionen hinsichtlich der böhmischen und sogar römischen Krone ver-

⁴¹⁹ Vgl. GOTTHARD: „Wer sich salviren könd, solts thun“, 85.

⁴²⁰ Vgl. GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 272f.

⁴²¹ Vgl. ebd., 257; WEIGEL: *Böhmische Aufstand*, 65f.

⁴²² Vgl. GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 272f.

⁴²³ Vgl. HORSTKEMPER: *Protestantische Union*, 43f.

⁴²⁴ Vgl. WOLF: *Winterkönig*, 167.

⁴²⁵ Vgl. Dudley Carleton an John Chamberlain, Den Haag, 18. September 1619, in: LEE: *Jacobean Letters*, 270f.

⁴²⁶ Vgl. ARNDT: *Niederlande und die protestantischen Fürsten*, 123f.

⁴²⁷ Vgl. CSP Venice XVI, Nr. 10.

band⁴²⁸. Die Kurpfälzer Diplomatie wusste die savoyischen Ambitionen für die eigene Böhmenpolitik zu nutzen. Mit Hilfe der englischen Gesandten Wake und William Trumbull (1565?–1635) in Turin organisierte Christian von Anhalt in Geheimverhandlungen im Juni 1619 eine verdeckte Truppenhilfe des Herzogtums unter Führung des Kriegsunternehmers Ernst Graf zu Mansfeld (1580–1626)⁴²⁹.

Die savoyische Hilfe blieb aber nur Episode, denn für die Kurpfalz spielte der katholische Bündnispartner lediglich die Rolle eines willigen Geldgebers, während das weniger freigiebige englische Königreich aufgrund der engen dynastischen und religiösen Verbindungen im Mittelpunkt der Heidelberger Allianzüberlegungen stand⁴³⁰. Jakob I. entwickelte sich aufgrund der Erwartungen der Unionsfürsten, der Niederlande und auch der böhmischen Adelsopposition ungewollt zur Schlüsselfigur für den weiteren Verlauf der Krise, denn auf radikal-protestantischer Seite verbanden sich große Hoffnungen mit der Londoner Hilfe⁴³¹. Dabei stieß die aktive Parteinahme Heidelbergs zugunsten der Aufständischen bei der englischen Krone wie schon in den europäischen Krisen vor 1618 auf große Vorbehalte, da sie die Vorstellung einer Ausgleichspolitik, die englische Selbstwahrnehmung als europäischer Mediator und vor allem den geplanten dynastischen Bündnisschluss mit Spanien gefährdeten⁴³². Über diese strategischen Überlegungen hinaus war Jakob I. auch die grundsätzliche Unterlegenheit der protestantischen Allianz ohne die französische Hilfe bewusst, denn gerade dem englischen Königreich fehlten angesichts des Dauerkonflikts mit dem Parlament die Mittel für eine offensive Außenpolitik gegen den Habsburger Block⁴³³.

Trotz dieser Vorbehalte verfolgte die englische Diplomatie zwischen dem Fenstersturz zu Prag und der Wahl Friedrichs V. zum böhmischen König eine Politik der kleinen Schritte, die möglichst alle Optionen gegenüber den Bündnispartnern und Spanien offen lassen sollte⁴³⁴. Angesichts der Hilfsanfragen der Unionsfürsten und der Kurpfalz nahm Jakob I. eine konservativ-legitimistische Haltung ein, die auf die Herstellung des Status quo ante 1618 sowie den Erhalt des Friedens gerichtet war. Zugleich schloss die englische Krone aber eine Unterstützung für Böhmen nicht aus, falls die Beschwerden, die zum Aufstand führten, sich als legitim erweisen sollten⁴³⁵. Die englische Diplomatie übermittelte gegenüber den Unionsfürsten dabei mehrdeutige Signale bezüglich ihrer Politik im protestantischen Bündnis. Zwar betonte der Monarch seine Sorge vor einem Religionskrieg, die leeren Kassen des Königsreichs und seine Abscheu vor illegitimen Volksaufständen, die zum Herrschaftssturz führ-

⁴²⁸ KLEINMAN: Charles Emanuel, 10f.

⁴²⁹ Vgl. BL MSS Egerton 2592, fol. 123f.: [Isaac Wake] an George Buckingham, Turin, 5./15. Juni 1619 (Abschrift); CSP Venice XV, Nr. 568; WEIGEL: Böhmisches Aufstand, 65f.

⁴³⁰ Vgl. KLEINMAN: Charles Emanuel, 20f.

⁴³¹ Vgl. WEISS: Unterstützung Friedrichs V., 6f.

⁴³² Vgl. PURSELL: Winter King, 132f.; PATTERSON: Protestant Cause, 321.

⁴³³ Vgl. SMUTS: Peace and War in Stuart Court Culture, 228.

⁴³⁴ Vgl. POLISENSKY: Bohemian War and British Policy, 200.

⁴³⁵ Vgl. CSP Venice XV, Nr. 600; WEISS: Unterstützung Friedrichs V., 9.

ten⁴³⁶. Zugleich verlängerte England ohne großen Aufhebens den 1619 ausgelaufenen Bündnisvertrag mit der Union um weitere sechs Jahre und Jakob I. deutete auf die Frage des Kurpfälzer Gesandten Christoph von Dohna, wie Heidelberg sich im Falle der Wahl Friedrich V. zum böhmischen König verhalten sollte, dunkel an, dass seine Unterstützung von der Legitimität einer solchen Wahl abhängen⁴³⁷.

Diese abwartende und unentschiedene Haltung der englischen Krone in der böhmischen Krise führte entgegen den Intentionen Jakobs nicht zu einer Beruhigung der Situation. Adams weist darauf hin, dass im Gegenteil Londons Zurückhaltung im Adelsaufstand ungewollt der Kurpfälzer Diplomatie einen weiten Raum für eigene Initiativen eröffnete, die nicht nur von Teilen der englischen Diplomatie, sondern auch von breiten außerhöfischen Kreisen in England begrüßt wurden⁴³⁸. Gerade die Erneuerung des Weseler Bündnisses 1619 wirkte in Heidelberg wie eine stille englische Zustimmung zum Kurpfälzer Kurs. Erst im Frühjahr 1619 ergriff Jakob I. eigene Initiativen, um auf die Geschehnisse im Reich Einfluss zu nehmen⁴³⁹. Mittels diplomatischer Missionen sollte die englische Politik an den europäischen Höfen erläutert und vor allem auf eine friedliche Regelung gedrängt werden. Neben Gesandtschaften nach Brüssel, Kopenhagen und Stockholm⁴⁴⁰ kam der Legation unter James Hay, Viscount Doncaster (1580–1636) für das Reich die größte Bedeutung zu. Dabei war das Ziel seiner Gesandtschaft die Wiederherstellung des Status quo ante 1618, Zusage religiöser Freiheiten für die Böhmen sowie die Vermittlung eines Waffenstillstandes⁴⁴¹. Aber auch im Falle von Doncasters Verhandlungen zeigte sich, so Edward McCabe, wie sehr die englische Krone die Krise unterschätzte. Denn dem Gesandten fehlten die Vollmachten, um mit den Streitparteien ernsthafte Friedensverhandlungen zu führen⁴⁴².

Doncasters nur unzureichende Instruktionen für seine Verhandlungen im Reich erwiesen sich gerade in den entscheidenden Monaten August und September 1619 als fatal. Am 16./26. August 1619, dem 23. Geburtstag von Friedrich V., wählten die böhmischen Stände den Heidelberger Pfalzgrafen zum König von Böhmen⁴⁴³. Der protestantische Adel Böhmens entschied sich damit gegen Johann Georg I. von Sachsen

⁴³⁶ Vgl. Jakob I. an Friedrich V., Juli 1619, in: GARDINER: Letters and Documents I, Nr. 81; CSP Venice XVI, Nr. 29 u. 38.

⁴³⁷ WEISS: Unterstützung Friedrichs V., 8f.

⁴³⁸ ADAMS: Protestant Cause, 281.

⁴³⁹ Vgl. PATTERSON: Protestant Cause, 325f.

⁴⁴⁰ Vgl. MURDOCH: Scottish Ambassadors, 28.

⁴⁴¹ Vgl. Instructions given by the King of England to the Viscount Doncaster, his Ambassador-Extraordinary, going to Germany, Royston, 4./14. April 1619, in: GARDINER: Letters and Documents II, Nr. 40.

⁴⁴² McCABE: England's Foreign Policy in 1619, 471f.

⁴⁴³ Vgl. Friedrich V. an Princess Elizabeth, Amberg, 19./29. August 1619, in: ARETIN: Briefe, 140–209 u. 260–278, Nr. 9; BL MSS Add. 22591, fol. 372f.: *The Reasons which induced the States of Bohemia to Elect a new King with the lawfullnesse of their proceedings therein together with the Manner how they elected, proclaymed, crowned the Elector Palatine of the Rhi-ne, [o.O.] 1619.*

(1585–1656) beziehungsweise den Herzog von Savoyen. Schließlich versprach gerade die Kurpfalz aufgrund ihrer Verbindungen zu England, wichtige militärische Assistenz für die böhmische Sache organisieren zu können⁴⁴⁴. Jedoch brachte die Wahl in Prag die Kurpfälzer Außenpolitik in eine schwierige Lage, ungeachtet der vorerst positiven Signale aus dem Kreis der Unionsfürsten⁴⁴⁵. Denn in der parallel tagenden Versammlung der Kurfürsten zur römischen Königswahl in Frankfurt im August 1619 zeigten sich die anhaltende Stärke des Hauses Habsburg und die Grenzen Kurpfälzer Politik. Ungeachtet der Vorgänge in Böhmen und der frühen Anstrengungen der Kurpfalz, mit Maximilian I. von Bayern, Christian IV. von Dänemark oder Erzherzog Albrecht mögliche Gegenkandidaten zu Ferdinand von Steiermark zu positionieren⁴⁴⁶, sprachen sich die übrigen Kurfürsten am 18./28. August 1619 für den von Habsburg vorgeschlagenen Kandidaten Ferdinand aus, so dass Heidelberg, um ein Minderheitenvotum zu verhindern, schließlich der Mehrheit folgte. Das kurpfälzische Verhalten am Wahntag erscheint angesichts der Proteste der böhmischen Adelsfronde gegen die Kandidatur Ferdinands in der Tat widersprüchlich, ohne dass man – wie Pursell – darin die implizite Pfälzer Anerkennung von Ferdinands böhmischem Königtum sehen muss⁴⁴⁷. Es zeigte vielmehr die völlige Ratlosigkeit der Kurpfälzer Politik, nachdem der ambitiöse Plan fehlgeschlagen war, Maximilian I. von Bayern zum Kaiser wählen zu lassen⁴⁴⁸.

Nach der Kurpfälzer Niederlage in Frankfurt machte die Heidelberger Regierung die Zustimmung zur Annahme der Wenzelskrone von der englischen Haltung abhängig, wobei sie gegenüber Jakob I. andeutete, dass der Kurfürst angesichts der angeblichen Pläne Habsburgs, Böhmen in eine Erbmonarchie umzuwandeln, einer gemeinsamen englisch-kurpfälzischen Intervention in Prag zustimmen würde⁴⁴⁹. Parallel zur Heidelberger Bitte um Ratschlag in dieser Sache nahmen Christoph von Dohna in London und Doncaster in Heidelberg Einfluss auf die Beratungen. Dabei unternahm Doncaster trotz der skeptischen Haltung von Jakob I. keine Anstalten, um von der Annahme der Königskrone abzuraten. Und Dohna deutete in London ungeachtet der englischen Legalitätsüberlegungen vor allem die Verlängerung des Bündnisvertrags von Wesel als grundsätzliche Zustimmung Londons zur Annahme der Wahl⁴⁵⁰.

In den entscheidenden Monaten August und September 1619 sah sich die Heidelberger Regierung dem wachsenden Druck von Seiten der böhmischen Stände und der Partner in der Union und im Ausland ausgesetzt. Dabei zeigt das von Moser edierte

⁴⁴⁴ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16740, fol. 38: Böhmisches Direktoren an Princess Elizabeth, [o.O.], 7./17. September 1619 (Abschrift).

⁴⁴⁵ Vgl. GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 280f.

⁴⁴⁶ Vgl. BL MSS Egerton 2592, fol. 249f.: Erklärung Friedrich V. anlässlich der anstehenden Königswahl in Frankfurt, [o.O.], August 1619 (franz. Übersetzung eines deutschen Originals).

⁴⁴⁷ PURSELL: *Winter King*, 76f.

⁴⁴⁸ Vgl. WEISS: *Vorgeschichte des böhmischen Abenteuers*, 442f.

⁴⁴⁹ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16740, fol. 47: Friedrich V. an Jakob I., Heidelberg, 16./26. September 1619 (Konzept).

⁴⁵⁰ Vgl. WEISS: *Unterstützung Friedrichs V.*, 12f. u. 15f.; CSP Dom., Nr. 112/10.

kurpfälzische Rätegutachten von 1619, dass angesichts der Gefahr eines habsburgischen Gegenschlages, der militärischen Stärke der Liga sowie dem Wagnis eines Religionskrieges bei einer Reihe von Räten die Skepsis gegenüber den Chancen eines Pfälzer Königtums in Böhmen überwog, wohingegen Solms, Plessen und auch Camerarius die Entscheidung Friedrich V. überlassen wollten⁴⁵¹. Von einer breiten Unterstützung des Oberrats zugunsten der böhmischen Krone kann damit nicht die Rede sein. Dennoch und ungeachtet der fehlenden Antwort aus London ließ Friedrich V. am 18./28. September 1619 durch seinen Gesandten Achaz von Dohna den böhmischen Direktoren eine Antwort übermitteln, die in Prag ungeachtet einiger Bedingungen als Annahme der Wenzelskrone aufgefasst wurde⁴⁵². Dass der Kurfürst sich damit über die Bedenken von Teilen des eigenen Oberrats hinwegsetzte, war wohl kaum eine einsame und willkürliche Entscheidung des Pfalzgrafen. Plausibler scheint die Annahme von Weiß, dass Christian von Anhalt, Moritz von Oranien und wohl auch Henri de Bouillon trotz ihrer Abwesenheit von Heidelberg durch massive Intervention die Entscheidung im Oberrat in ihrem Sinne ändern konnten⁴⁵³.

Ähnlich unterschiedliche Interessenslagen konnten im September 1619 auch auf englischer Seite ausgemacht werden. Die protestantische Hoffaktion und auch weite Teile der Geistlichkeit feierten die Wahl Friedrichs V. zum böhmischen König⁴⁵⁴. Vor allem Abbot tat sich als herausragender Befürworter eines Kurpfälzer Königtums in Böhmen hervor⁴⁵⁵. In einem Brief an Staatssekretär Robert Naunton (1563–1635) vom September 1619 begrüßte er voreilige Gerüchte von der Krönung des Pfalzgrafen in Prag als Werk Gottes, dem England zu folgen hätte:

*And when God hath set upon the Prince that is chosen to be a mark of honor through all Christendom to propagate his Gospel, and to protecte the oppressed, I dare not for my part give advice but to follow where God leads*⁴⁵⁶.

Während Abbot dem kurfürstlichen Paar die schnelle Annahme der Krone empfahl, um so London zum Handeln zu zwingen⁴⁵⁷, forderte er von der englischen Regierung das aktive Eingreifen für den Pfalzgrafen, denn:

*Our striking in will comfort the Bohemians, will honour the Palsgrave, will strengthen the Union, will bring on the States of the Low Countries, will stirre up the King of Denmark, and will move his two uncles the Prince of Orange and the Duke of Bouillon [...] to cast in their shares*⁴⁵⁸.

⁴⁵¹ MOSER: Patriotisches Archiv, 109; WEISS: Vorgeschichte des böhmischen Abenteuers, 466f.; EICKELS: Schlesien im böhmischen Ständestaat, 230; PURSELL: Winter King, 78f.

⁴⁵² Vgl. EICKELS: Schlesien im böhmischen Ständestaat, 232f.; BN Paris, Col. Dupuy, Nr. 10, fol. 104f.: Friedrich V. an Duc de Bouillon, Heidelberg, 20./30. September 1619; PURSELL: Winter King, 79.

⁴⁵³ Vgl. WEISS: Beiträge, 408.

⁴⁵⁴ Vgl. CSP Venice XVI, Nr. 147.

⁴⁵⁵ Vgl. WEISS: Beiträge, 390.

⁴⁵⁶ George Abbot an Robert Naunton, 2./12. September 1619, in: ANONYM: Cabala – Mysteries of States, 169, vgl. SMUTS: Peace and War in Stuart Court Culture, 227.

⁴⁵⁷ Vgl. ebd., 407.

⁴⁵⁸ ANONYM.: Cabala – Mysteries of States, 227.

Aber gerade diese Aussicht auf einen europäischen Krieg schreckte den Monarchen und Teile des Privy Council. Jakob I. wurde am 3./13. September 1619 von Christoph von Dohna über die Wahl Friedrichs V. zum böhmischen König unterrichtet⁴⁵⁹. Kurz darauf trafen auch die Kurpfälzer Bitten um Beratung hinsichtlich der Annahme des böhmischen Angebots in London ein, wobei das Kurhaus neben dem offiziellen diplomatischen Weg in dieser Frage auch den Einfluss des neuen Favoriten Buckingham zu gewinnen suchte⁴⁶⁰. Bei der diesbezüglichen Konferenz im englischen Kronrat prallten die unterschiedlichen Interessen der Hoffaktionen Londons aufeinander. Die Privy Councillors berieten über die Legitimität der Wahl Friedrichs V. und über seine Aussichten, die erworbene Krone gegen die Habsburger Macht verteidigen zu können. Auf der Grundlage dynastischer Legitimitätsüberlegungen äußerte Jakob I. Skrupel bezüglich der Absetzung eines Herrschers durch den Adel. Dem stand die Auffassung gegenüber, dass es sich bei Böhmen um eine Wahlmonarchie handle und die Stände wegen der Verletzung ihrer religiösen Freiheiten durch Ferdinand als äußerstes Widerstandsrecht zu solch einem Mittel greifen dürften. Auf die Bedenken, dass die Kurpfalz das Königreich im Falle einer Vereinigung aller katholischen Fürsten kaum halten könne, entgegnete der Abbot-Kreis, dass Spanien durch den Krieg mit den Niederlanden geschwächt und eine Reihe von Bündnispartnern für Böhmen bereits gewonnen seien⁴⁶¹.

Die englischen Beratungen erübrigten sich Ende September 1619, als Berichte in London eintrafen, die Heidelberger Regierung habe die Wenzelskrone auch ohne englischen Ratschlag angenommen. Verärgert über die Eigenmächtigkeit seines Schwiegersohnes erklärte Jakob I. zur großen Enttäuschung der protestantischen Hofpartei während einer weiteren Ratssitzung am 26. September/6. Oktober 1619, dass England vorerst keine Assistenz leisten werde, da die Krone von der Legitimität der böhmischen Sache nicht überzeugt sei. Jedoch ließ sich Jakob I. mit dem Hinweis, eine Beschlussfassung habe angesichts des herannahenden Winters und der dadurch verursachten Pause aller Kampfhandlungen keine Eile, noch die Möglichkeit einer späteren Unterstützung offen⁴⁶².

Im Nachhinein erscheint die Annahme des böhmischen Angebots durch die kurpfälzische Politik als fahrlässige Unterschätzung der Gefahren und Überschätzung der eigenen Stärke. Dass im September 1619 im Heidelberger Rat solch ein eklatantes

⁴⁵⁹ Vgl. GARDINER: *Letters and Documents* II, 8, Anm. a; John Chamberlain an Dudley Carleton, [o.O.], 1./11. September 1619, in: McCLURE: *Letters of Chamberlain* II, Nr. 336.

⁴⁶⁰ Vgl. Princess Elizabeth an George Buckingham, 1./11. September 1619, in: BAKER: *Letters of Elizabeth of Bohemia*, 50.

⁴⁶¹ PRO SP 81/16, fol. 306f.: Memorandum bezüglich der Lage in Böhmen, [o.O.], [1619].

⁴⁶² BL MSS Egerton 2593, fol. 46: Anonymes Schreiben, London, 27. September/7. Oktober 1619; vgl. CSP Dom. Nr. 110/59; zwei Jahre später beschuldigte die Pfälzer Exilregierung in Den Haag Jakob I., dass Friedrich V. nur deshalb die Krone angenommen hätte, weil Jakob I. nicht deutlich seine Ablehnung kommunizierte. Jakob I. wies diese Beschuldigung entschieden zurück, schließlich habe Heidelberg der Londoner Regierung nicht genügend Zeit zur Antwort gelassen, BayHStA, KS, Nr. 9254/2, fol. 14: Jakob I. an Friedrich V., [o.O.], 26. Januar/5. Februar 1621.

Auseinandertriften von Wunsch und Wirklichkeit möglich wurde, muss wohl mit den spezifischen Umständen im politischen Entscheidungsfindungsprozess erklärt werden. Wendet man die weiter oben bereits dargelegten Erkenntnisse der Organisationspsychologie bezüglich Gruppenverhaltens in vitalen Bereichen wie der Außenpolitik an, so muss auch im Falle der Kurpfälzer Annahme der böhmischen Königswürde von einer Politikfindung auf Grundlage eines kohäsiven Beratungsprozesses ausgegangen werden („Groupthink-Theorie“)⁴⁶³. Denn der Heidelberger Griff nach der Wenzelskrone setzte eine relative Homogenität der am Entscheidungsprozess beteiligten Oberräte voraus. Nur so kann erklärt werden, weshalb einige Räte ihre Bedenken bezüglich der Gefahren dieser Unternehmung zurückstellten. Sie folgten damit der risikobereiten Politik einiger weniger, einflussreicher Akteure, an deren Spitze wohl Christian von Anhalt stand. Seine diplomatische Erfahrung und internationalen Verbindungen machten ihn innerhalb des kurfürstlichen Rats zur bestimmenden Figur.

Doch welche Motive leiteten Christian von Anhalt und die anderen einflussreichen Unterstützer des böhmischen Projekts? In Abgrenzung zu den einschlägigen Arbeiten und vor dem Hintergrund der dargestellten Grundstrukturen und Grundbedingungen kurpfälzischer Außenpolitik⁴⁶⁴ kann gesagt werden, dass die Entscheidung zugunsten der böhmische Krone durch eine gefährliche Mischung aus 1. säkular-machtpolitischen Überlegungen, 2. dynastischen Interessen, und 3. religiösen Werthaltungen befördert wurde, welche in der Kurpfälzer Regierung weit verbreitet waren.

So berührte der böhmische Adelsaufstand 1618/19 grundsätzlich die machtpolitischen Interessen der Kurpfälzer Außenpolitik. Wie auch der englischen Seite bewusst war, gehörte es zur Kurpfälzer Staatsräson, die krisenhafte Entwicklung im Königreich Böhmen, das ja an die eigenen Besitzungen in der Oberpfalz angrenzte, genau zu beobachten. Gemäß der Einschätzung des englischen Secretary of State Naunton war die Heidelberger Regierung gerade im Vikariatsjahr 1619 gezwungen, sich angesichts der katholischen Angriffe gegen die pfalzgräfliche Reichsverweserrolle durch ein energisches Eingreifen in ihrer Einflusszone wieder Autorität zu verschaffen⁴⁶⁵.

Neben der machstaatlichen Rason muss die Annahme der Wenzelskrone aber auch vor dem Hintergrund der dynastischen Auseinandersetzungen innerhalb des Hauses Wittelsbach sowie der Herausforderungen des Heidelberger Hoflebens nach Einzug von Princess Elizabeth gesehen werden. In beiderlei Hinsicht versprach die böhmische Königswürde ein Ventil für den seit dem späten 16. Jahrhundert aufgebauten dynastischen Druck zu sein. Denn mit der Wenzelskrone verbanden die Zeitgenossen, so Duchhardt, nicht nur eine der vornehmsten Reichswürden, die seit 1600 als eine Art „Unterlage“ und Voraussetzung für die römische Königswürde betrach-

⁴⁶³ Vgl. oben S. 60.

⁴⁶⁴ Vgl. Kapitel I.2.b u. I.2.d.

⁴⁶⁵ Robert Naunton an Dudley Carleton, 21./31. Januar 1619, in: GARDINER: Letters and Documents I, Nr. 17; vgl. HORSTKEMPER: Protestantische Union, 51.

tet wurde und die im Wettlauf mit Neuburg und Bayern der Kurpfalz einen enormen Prestigezuwachs verlieh⁴⁶⁶. Die böhmische Königsherrschaft eröffnete zudem ein neues Reservoir an Repräsentationsmöglichkeiten für das Kurpfälzer Patronagesystem, das angesichts des international expandierenden Heidelberger Klientelsystems neuer Chancen an Ämter- und Titelgewinn bedurfte⁴⁶⁷. In diesem Sinne erscheint auch das von Wolf für seine ‚Ökonomie-These‘ fruchtbar gemachte Pfälzer Rätegutachten in einem neuen Licht. Denn die Beschreibung Böhmens als *reiches Land* als Argument für die Annahme der Krone⁴⁶⁸ deutet in einem Zeitalter, in dem die Politik eher ein parasitäres Verhältnis zur Ökonomie als nicht-autonomen Stützfaktor hatte⁴⁶⁹ wohl weniger auf handfeste Wirtschaftsinteressen der Heidelberger beziehungsweise Amberger Regierung hin. Reichtum ermöglichte der Feudalgesellschaft des frühen 17. Jahrhunderts, so auch den Angehörigen des Kurpfälzer Klientelsystems, mit neuen Hofämtern und Besitztiteln über den persönlichen Reichtum hinaus vor allem den eigenen Status und damit die alles entscheidende Ehre zu steigern⁴⁷⁰.

Trotz dieser vielfältigen säkularen Interessen lässt sich die folgenreiche Entscheidung Friedrichs V. zur Annahme der böhmischen Krone nicht ohne jenen ideellen Überschwang erklären, der durch die konfessionelle Disposition des Kurfürsten und seiner Räte gegeben war. In der Begründung für sein Handeln gegenüber anderen europäischen Fürsten erscheint die Annahme der Wenzelskrone daher auch weniger als freie Entscheidung eines Fürsten. Angesichts der Berichte über unmenschliche Taten der Habsburger in Böhmen bezeichnete Friedrich V. seine Wahl gegenüber Ludwig XIII. vielmehr als *providence du tout puissant*, der zu folgen geradezu seine Pflicht sei⁴⁷¹. Trotz aller zu erwartenden Gefahren gelte sein Kampf damit der *gloire du Dieu*, und eben nicht dem persönlichen Ehrgeiz⁴⁷². Der Kurfürst entsprach in dieser Vorstellung zugleich auch den Hoffnungen anderer reformierter Beobachter und Akteure der Königswahl von 1619. Nicht nur Abbot, auch die Kurpfälzer Räte und einige Fürsten der Union sahen angesichts des Vormarschs der Gegenreformation in der Annahme der Wenzelskrone die Pflicht Friedrichs V. als Instrument Gottes, die wahre Kirche neu aufzubauen⁴⁷³ und [to] *tear the Whore [of Babylon, M.R.] and make her desolate*⁴⁷⁴. Gegenüber der abwartenden Haltung von Jakob I. brachten die Kurpfälzer Diplomaten wenig Verständnis auf, schließlich sei es *un dangereuse hazard*

⁴⁶⁶ DUCHHARDT: Protestantisches Kaisertum, 109f.; vgl. auch WOSTRY: Römische Krone.

⁴⁶⁷ Vgl. WOLF: Winterkönig, 81.

⁴⁶⁸ MOSER: Patriotisches Archiv, 109.

⁴⁶⁹ Vgl. BURKHARDT: Friedlosigkeit, 555.

⁴⁷⁰ Vgl. MACHARDY: Court Patronage, 126f.

⁴⁷¹ BN Paris, Moreau 775, fol. 265: Friedrich V. an Ludwig XIII, Prag, 25. Oktober/4. November 1619 (Abschrift).

⁴⁷² BN Paris, Col. Dupuy, Nr. 10, fol. 98: Friedrich V. an Ludwig XIII, Prag, 24. März/3. April 1612; BN Paris, Col. Dupuy, Nr. 10, fol. 104f.

⁴⁷³ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16739, fol. 374: Friedrich V. und die Unionsfürsten an Jakob I., Nürnberg, 3./13. Dezember 1619 (Konzept).

⁴⁷⁴ ANONYM.: Cabala – Mysteries of States, 169; vgl. WEISS: Beiträge, 391f.; SMUTS: Peace and War in Stuart Court Culture, 227.

*d'attendre les événements de telles esmotions publiques, les bras croiser. Dieu ne fait pas son œuvre par miracles mais par moyens, [...]*⁴⁷⁵.

Der Griff nach der Wenzelskrone 1619 erscheint im Lichte dieser komplexen Motivlage als ein konflikttreibendes Zusammenspiel von säkular-machtstaatlichen, dynastischen und konfessionellen Motiven und Argumentationen. In öffentlichen Verlautbarungen spielten auch, wie von Pursell gezeigt, verfassungsrechtliche Überlegungen eine Rolle, denn die Annahme der Wahl von 1619 stand für die Kurpfälzer Politik zusätzlich im Zusammenhang mit der Sicherung reichsständischer *Libertät* gegen den vermeintlich drohenden Habsburger Absolutismus in Böhmen und im Reich. Inwiefern aber verfassungsrechtliche Gründe im kurpfälzischen Kontext mehr als ein üblicher Topos fürstlicher Erklärungen angesichts des Landfriedensbruchs durch die Kurpfalz war, bleibt zweifelhaft. Schließlich machte Friedrich V. die Annahme der böhmischen Königswürde davon abhängig, dass auch sein Sohn *vivent imperatore* zum böhmischen König gewählt würde, womit die Kurpfalz ähnlich wie die Habsburger die ‚Dynastisierung‘ einer Wahlmonarchie entgegen der verfassungsrechtlichen Bestimmungen Böhmens betrieb⁴⁷⁶.

d) Die protestantische Internationale versagt – der böhmisch-kurpfälzische Krieg 1620–1622 und der Zusammenbruch des Kurpfälzer Bündnissystems

Die Annahme der Wenzelskrone durch Friedrich V. und die dadurch verursachte Internationalisierung der böhmischen Krise bedrohten nicht nur die ohnehin prekäre Stabilität im europäischen Staatensystem des frühen 17. Jahrhunderts. Sie forderten zugleich die inneren staatlichen Strukturen der beteiligten Mächte heraus. So entzündete sich im englischen Königreich anhand der „Pfalzfrage“ eine tiefgreifende Verfassungskrise zwischen Krone und Parlament in der Frage, wie weit die monarchische Prerogative in der Außenpolitik reiche⁴⁷⁷. Die Auswirkungen im Falle der Kurpfalz waren noch dramatischer. Nach dem Höhepunkt Kurpfälzer Machtstaatlichkeit 1619/20 erlebte der Kurstaat die Besetzung des eigenen Territoriums durch katholische Truppen. Zwar konnte die kurfürstliche Familie seit 1621 in Den Haag mit einem Exilhof Reste von Eigenstaatlichkeit bewahren, jedoch büßte der kurfürstliche Rat angesichts der finanziellen und außenpolitischen Abhängigkeit von London seine ehemals beeindruckende politische Unabhängigkeit immer mehr ein. Zudem entwickelte sich der Exilhof zu einem Kristallisationskern für Kriegsunternehmer, die sich in ihren Feldzügen im Namen des Pfalzgrafen jeglicher staatlicher Kontrolle ent-

⁴⁷⁵ BL MSS Egerton 2593, fol. 221: Antwort Christoph von Dohnas auf Jakobs VI./I. Entgegnung bei Audienz in Windsor, [Windsor] 10./20. September 1620; in dieser Aussage spiegelt sich denn auch ein Aktivismus wider, der von POHLIG als Kennzeichen der reformierten Konfessionskultur identifiziert wurde, vgl. oben S. 35.

⁴⁷⁶ Gratulationsschreiben Jakobs VI./I. bzgl. Wahl des Kurerben vgl. BayHStA, KS, Nr. 9254/2, fol. 25: Jakob I. an Friedrich V., 14./24. Juni 1620; PURSELL: Winter King, 51f.

⁴⁷⁷ Vgl. oben S. 51.

zogen⁴⁷⁸. Die Reste Kurpfälzer Staatlichkeit nahmen damit jene Amorphität an, die ein aggressives Verhalten förderte und den Krieg am Leben erhielt.

Die Aussichtslosigkeit der Kurpfälzer Herrschaft in Böhmen, die bereits die Zeitgenossen vom Winterkönigtum Friedrichs V. sprechen ließen, hatte innere und äußere Gründe. Den Prager und Heidelberger Räten gelang es seit Herbst 1619 nicht, die böhmischen Stände für eine größere finanzielle Beteiligung an den militärischen Lasten zu gewinnen. Entgegen den Heidelberger Hoffnungen sah sich das Pfälzer Königtum vielmehr mit Bauernaufständen und der Opposition eines Teils des Adels konfrontiert. Die internen Machtkämpfe im böhmischen Direktorium gefährdeten zusätzlich das Modell einer böhmischen Ständekonföderation⁴⁷⁹. Damit stand und fiel die Kurpfälzer Herrschaft in Böhmen mit der Einbindung des protestantischen Bündnissystems sowie der Neutralisierung Bayerns und Sachsens. Hier konnte die Pfälzer Diplomatie bis zum Ulmer Vertrag 1620 zwar partielle Erfolge durch Hilfen aus Ungarn und den Niederlanden verzeichnen. Jedoch scheiterten Friedrichs Außenpolitiker an der Aufgabe, die böhmische und Kurpfälzer Außenpolitik soweit miteinander zu verzahnen, dass es zu einer abgestimmten Außen- und Verteidigungspolitik der böhmischen und kurpfälzischen Bündnispartner kam⁴⁸⁰. Zudem unterschätzten Friedrich V. und seine Räte das tatsächliche Kräfteverhältnis zwischen den Konfliktparteien. Noch im August 1620 ging die Pfälzer Seite davon aus, dass Bayern nicht in Böhmen eingreifen, sondern sich mit Gebietsannexionen in Oberösterreich begnügen werde⁴⁸¹. Auch die Invasion der spanischen Truppen unter Ambrogio Spínola (1569–1630) in der Pfalz traf die Heidelberger und Prager Regierung unvorbereitet⁴⁸², so dass Friedrich V. nun vollends von der Hilfe Englands und der Union abhängig.

Die Überschätzung des eigenen Bündnissystems und die Fehlwahrnehmung der internationalen Lage durch die Kurpfalz zeigten sich erst nach der Annahme der Wenzelskrone in den Beziehungen zu England und der Union in aller Deutlichkeit. Jakob I. sah sich keineswegs dazu verpflichtet, seinem Schwiegersohn in Böhmen zur Hilfe zu eilen. Angesichts der unsicheren Information über die Vorgänge auf dem Kontinent vermied die englische Krone eine Festlegung in Sachen Militärassistentz, wobei das bewusste Nichtentscheiden zu einer zentralen außenpolitischen Strategie Jakobs wurde, mit der er die Krise auf Böhmen begrenzen wollte und auf Verhandlungen während des Winters 1620/21 hoffte⁴⁸³. Zudem konzentrierte der Monarch seine diplomatischen Aktivitäten darauf, den außenpolitischen Schaden des Pfälzer

⁴⁷⁸ Vgl. PATTERSON: *Protestant Cause*, 333f.

⁴⁷⁹ Vgl. PURSELL: *Winter King*, 94; WOLF: *Winterkönig*, 100 u. 105f.; BAHLCKE: *Falcko – české království*, 250.

⁴⁸⁰ Vgl. ebd., 250; BAHLCKE: *Theatrum Bohemicum*, 18f.

⁴⁸¹ Vgl. PRO SP 81/17, fol. 267f.: Francis Nethersole an Robert Naunton, Prag, 18./28. August 1620.

⁴⁸² Vgl. PRO SP 81/18, fol. 83f.: Francis Nethersole an Robert Naunton, Prag, 15./25. September 1620.

⁴⁸³ Vgl. CSP Venice XVI, Nr. 133, 201 u. 219; PRO SP 81/19, fol. 14: Robert Naunton an Francis Nethersole, Whitehall, 2./12. Oktober 1620.

Griffs nach der böhmischen Krone zu begrenzen. Gegenüber Spanien versicherte Jakob I., dass er seinen Schwiegersohn von der Annahme der Krone abgeraten habe, da er die Idee einer Herrscherabsetzung durch das Volk ablehne und zudem seine Ehre als Mediator in Europa durch solch eine Parteinahme gefährdet sehe⁴⁸⁴.

Gegenüber den Unionsfürsten, die sich durch die Aktionen Bayerns und die Drohung des Kaisers mit der Reichsacht in ihren eigenen Territorien bedroht fühlten⁴⁸⁵, nahm England eine Art wohlwollende Neutralität ein. Den Gesandten Christoph von Dohna und Bouwinghausen, die im Frühjahr 1620 Jakob I. zur Hilfsleistung gemäß dem Weseler Vertrag drängten, legte die englische Regierung die rechtliche Auffassung dar, dass der Bündnisfall keineswegs gegeben sei, da es sich bei dem Konflikt um eine offensive Maßnahme der Kurpfalz gegen das Haus Habsburg handle⁴⁸⁶. Zudem machte Jakob I. auch gegenüber den Unionsgesandten deutlich, dass er die Übertragung der böhmischen Krone von Ferdinand auf Friedrich V. als illegitimen Akt betrachte, der ihn keineswegs zu einer Assistenz verpflichte, zumal England einen Vergleich mit Spanien anstrebe⁴⁸⁷. Als einzige Unterstützung erlaubte die englische Regierung denn auch nur die private Aushebung von 2000 Soldaten durch den Schotten Andrew Gray sowie die Aussicht, für 1621 das englische Parlament einzu-berufen, um die finanzielle Basis für eine militärische Hilfsleistung zu legen⁴⁸⁸.

Die englische Haltung macht das Missverhältnis zwischen den Hoffnungen der Union auf englische Führung in diesem Konflikt und der grundsätzlichen Ablehnung einer militärischen Intervention durch Jakob I. deutlich. Auf Seiten der Unionsfürsten löste die englische Absage zusammen mit dem Ausbleiben der erhofften savoyischen, venezianischen und niederländischen Hilfe sodann auch eine überstürzte Rückzugsreaktion aus⁴⁸⁹. Durch Vermittlung französischer Diplomaten ging das protestantische Militärbündnis mit dem Ulmer Vertrag vom 3. Juli 1620 einen unvorteilhaften Waffenstillstand ein. Die Unionsfürsten verpflichteten sich zu einer Neutralisierung der Truppen im Konflikt zwischen Pfalz, dem Kaiser und der Liga, worin Gotthard eine Quasikapitulation der Unionstruppen sieht, auch wenn deren Einsatz gegen die Spanier in der Unterpfalz weiterhin möglich war⁴⁹⁰. Frankreich, auf dessen Unterstützung Friedrich V. irrigerweise noch in den 1620er Jahren hoffte, schätzte das Kräfteverhältnis in Europa auf fatale Weise falsch ein und suchte das protestantische Bündnissystem gegen einen vermeintlich unterlegenen katholischen Block zu-

⁴⁸⁴ LPL MSS 930, Nr.89: George Buckingham an Conde de Gondomar, [o.O.] [1619] (Abschrift); vgl. PATTERSON: Protestant Cause, 325.

⁴⁸⁵ Vgl. BL MSS Egerton 2593, fol. 143.

⁴⁸⁶ Vgl. CSP Venice XVI, Nr. 295, 310, 318, 378 u. 388.

⁴⁸⁷ Vgl. WEISS: Unterstützung Friedrichs V., 17.

⁴⁸⁸ Vgl. ebd., 18f.; CSP Venice XVI, Nr. 253; eine literarische Verarbeitung des Kriegszugs von Andrew Grays Söldnern liefert John TAYLOR in seiner Schrift: *An English-Mans Love to Bohemia*.

⁴⁸⁹ Vgl. GOTTHARD: Konfession und Staatsräson, 301; PURSELL: Winter King, 133f.

⁴⁹⁰ GOTTHARD: Wende, 401; BAHLCKE: Falcko – české království, 250; PRO SP 81/17, fol. 65ff.: Unionsfürsten an Jakob I., 11./21. Juli 1620.

rückzuhalten⁴⁹¹. Dabei besiegelte der Ulmer Vertrag noch vor der katastrophalen Niederlage am Weißen Berg am 8. November 1620 den endgültigen Zusammenbruch der Pfälzer Herrschaft in Böhmen. Auch die hektischen Waffenstillstandsverhandlungen der englischen Gesandten Wotton in Wien sowie Edward Conway († 1631) und Weston in Prag konnten in dieser Situation keine Wende mehr bringen⁴⁹². Der Griff nach der böhmischen Krone, der bei den westeuropäischen Reformierten als endgültiger Schlag gegen das Haus Habsburg und die Gegenreformation gefeiert wurde, führte schließlich zum Zerfall der protestantischen Internationale⁴⁹³.

Nach der militärischen Niederlage in Böhmen suchte Friedrich V. mit seiner Familie und einer Reihe pfälzisch-böhmischer Flüchtlinge Zuflucht bei den niederländischen Verwandten und Verbündeten in Den Haag, nachdem Jakob I. eine Aufnahme seiner Tochter und seines Schwiegersohns in England aus Sorge vor inneren Unruhen verhindert hatte⁴⁹⁴. Wie bei den reformierten Glaubensflüchtlingen des 16. Jahrhunderts zeigte sich auch beim Kurpfälzer Exilhof eine weitere Radikalisierung des politischen Handelns. Friedrich V. betrachtete sich aufgrund seines Schicksals immer mehr als Vorkämpfer für die protestantische Sache; die Rückgewinnung der von den Katholiken besetzten Gebiete fasste er als gesamtprotestantische Aufgabe auf, die die Gründung eines neuen internationalen Bündnisses erforderte⁴⁹⁵. Dabei sah sich die Pfälzer Regierung mehr denn je auf die englische Hilfe angewiesen, denn über die finanzielle Unterstützung der exilierten Kurfamilie hinaus betrachtete Friedrich V. die Verteidigung der Kurpfälzer Territorien und der Religionsverwandten im Reich als Ehrfrage für seinen Schwiegervater⁴⁹⁶. So bildete die Kurpfalz auch nach der Schlacht am Weißen Berg Pursell zufolge einen Unruheherd im europäischen Mächtesystem, die trotz öffentlicher Bekundungen bezüglich der eigenen Friedensbereitschaft auf eine offensive Außenpolitik setzte⁴⁹⁷.

Die englischen Bemühungen, Friedrich V. für Verhandlungen mit der katholischen Seite zu gewinnen, scheiterten am grundsätzlichen Misstrauen des Pfälzer Exilhofs gegenüber der Ernsthaftigkeit der kaiserlichen Friedensbereitschaft. Die Proskription des Pfalzgrafen durch Kaiser Ferdinand II. (29. Januar 1621) und die abgefangenen kaiserlichen Briefe bezüglich der Verhandlungen zwischen Wien und München um die Translation der Heidelberger Kurwürde⁴⁹⁸ stärkten Friedrichs Bild von einer ka-

⁴⁹¹ Vgl. Friedrich V. an Princess Elizabeth, Emmerich, September 1621, in: ARETIN: Briefe, Nr. 37; PATTERSON: James VI and I, 304f.; GOTTHARD: Wende, 417.

⁴⁹² Vgl. PRO SP 81/18, fol. 52f.: Henry Wotton an Edward Conway, Richard Weston and Francis Nethersole, Wien, 7./17. September 1620; PRO SP 81/19, fol. 162f.: Edward Conway und Richard Weston an Robert Naunton, Prag, 17./27. Oktober 1620.

⁴⁹³ Vgl. AN, R2/53: Henri de Bouillon an Mr. De Ruscolloy, Sedan, 14. Dezember 1620.

⁴⁹⁴ Vgl. CSP Venice XVI, Nr. 774.

⁴⁹⁵ Vgl. PRO SP 81/21, fol. 49: Friedrich V. an Jakob I., Den Hagh, 1./11. Juni 1621.

⁴⁹⁶ Vgl. PRO SP 81/20, fol. 331: Friedrich V. an Jakob I., Den Hagh, 12./22. April 1621; BayHStA, KS, Nr. 9254/2, fol. 23f.: Friedrich V. an Jakob I., 14./24. Februar 1621.

⁴⁹⁷ PURSELL: Winter King, 157 u. 177.

⁴⁹⁸ Zur *Anhaltinischen* und *Spanischen Kanzley* sowie zur Bedeutung abgefangener Fürstenkorrespondenz für die Kriegspropaganda vgl. SCHUBERT: Camerarius, 126.

tholischen Verschwörung gegen die Kurpfalz. An eine Verhandlungsbereitschaft Wiens glaubten in Den Haag nur wenige, weshalb die Exilregierung die vollständige Rückgabe aller Länder und Würden illusorischerweise zur Vorbedingung für Verhandlungen mit Wien machte⁴⁹⁹. Die von Ferdinand II. geforderte und durch England partiell akzeptierte bedingungslose Unterwerfung des Pfalzgrafen unter die kaiserliche Autorität widersprach zudem der Kurpfälzer Rechtsauffassung. Eine Unterwerfung wäre einer Anerkennung des katholischen Vorwurfs des *crimen laesae majestatis* gleichgekommen, was die Exilregierung ablehnte. Denn die Wahl Friedrichs V. zum böhmischen König sei rechtmäßig vollzogen worden und Ferdinand II. sei in diesem Konflikt nicht als Kaiser, sondern als österreichischer Erzherzog betroffen, was die Reichsacht daher von vornherein nichtig mache⁵⁰⁰. Zudem habe sich Ferdinand II. durch den Einsatz spanischer Truppen im Reich selbst schwerer Verstöße gegen die Reichsverfassung zuschulden kommen lassen⁵⁰¹.

Das fehlende Vertrauen der Exilregierung in die englische Verhandlungsdiplomatie und die eigenständigen Bündnisbemühungen Friedrichs V. gegenüber Dänemark und Schweden führten zu ernsthaften Verstimmungen zwischen London und dem Exilhof. Jede noch so unbedeutende Meldung militärischer Erfolge der wenigen Kurpfälzer Verbündeten in Böhmen oder der Oberpfalz brachte die militärische Option in den Mittelpunkt der Regierungsberatungen und konterkarierte Jakobs I. Verhandlungen mit Habsburg⁵⁰². Im Frühjahr 1622 eskalierte die Situation, als Friedrich V. angesichts der Ergebnislosigkeit englischer Waffenstillstandsverhandlungen sowie ungeachtet der Bitten Jakobs zur Gewaltlosigkeit sich über Sedan in die Pfalz begab und gemeinsam mit Mansfeld und Herzog Christian von Braunschweig-Wolfenbüttel (1599–1626) den Kampf gegen die Armeen von Johann Tserclaes Graf von Tilly (1559–1632) und Spinola aufnahm⁵⁰³. Dabei folgte der Pfalzgraf der offensiven Logik, auf Grundlage eines militärischen Vorteils die Gegenseite verhandlungsbereiter zu machen und eine Festsetzung katholischer Truppen in der Pfalz zu verhindern⁵⁰⁴. Trotz partieller Siege scheiterte die Kurpfälzer Offensive aber an den fehlenden Mitteln und an der Unfähigkeit, kurzfristige militärische Vorteile in Verhandlungserfolge

⁴⁹⁹ Vgl. PRO SP 81/22, fol. 190f.: Friedrich V. an Jakob I., Den Haag, 25. November/5. Dezember 1621; PRO SP 81/23, fol. 38ff.: Francis Nethersole an John Calvert, Den Haag, 6./16. Februar 1622; CSP Venice XVII, Nr. 33.

⁵⁰⁰ BayHStA, KS, Nr. 9254/2, fol. 91ff.: *Brieve Deduction des Causes qui ont retenu le Roy de Boheme, de se resoudre à la submission, qu'on demande de luy en la Cour Imp.le.* [...], 3./13. Oktober 1621 (Abschrift); FRIEDRICH I.: Declaration; vgl. PURSELL: Winter King, 102f.

⁵⁰¹ PRO SP 81/18, fol. 157: Antwort Friedrichs V. auf Verhandlungsvorschlag von Henry Wotton, Linarez, 27. September/7. Oktober 1620.

⁵⁰² Vgl. CSP Venice XVII, Nr. 163; PRO SP 81/21, fol. 203ff.: Francis Nethersole an John Calvert, Den Haag, 13./23. August 1621; PRO SP 81/22, fol. 1ff.: Francis Nethersole an John Clavert, Den Haag, 1./11. September; PRO SP 81/22, fol. 16ff.: Francis Nethersole an John Calvert, Den Haag, 5./15. September 1621.

⁵⁰³ Vgl. CSP Venice XII, Nr. 419, 480 u. 493.

⁵⁰⁴ Vgl. PRO SP 81/24, fol. 122f.: *Extrait d'une lettre du Roy de Boheme*, Heidelberg, 5./15. Mai 1622.

umzuwandeln. Friedrich V. und die Armee Mansfelds mussten sich nach empfindlichen Niederlagen gegen Tilly im August folglich nach Sedan zurückziehen und nach dem Fall von Heidelberg und Mannheim im Herbst 1622 der endgültigen Eroberung der Kurpfalz durch Bayern tatenlos zusehen⁵⁰⁵.

Der Fall von Heidelberg und Mannheim 1622 bedeutete zugleich die Niederlage der begrenzten englischen Anstrengungen zur Verteidigung der Kurpfalz, die mit der Entsendung eines Expeditionskorps unter dem Befehl von Vere bereits 1620 ihren Anfang nahm⁵⁰⁶. Mit diesem Korps und der Einrichtung eines Kriegsrats reagierte England auf die Invasion der Flandernarmee unter Spinola in der Unterpfalz, die nicht nur die Allianzsituation veränderte, sondern angesichts der spanischen Versicherungen gegenüber England, nicht in der Pfalz einzugreifen, nun auch die Reputation von Jakob I. gefährdete⁵⁰⁷. Parallel zu den militärischen Maßnahmen entsandte London auch verschiedene Gesandtschaften an die betroffenen Fürstenhöfe im Reich, um nicht nur die englische Bereitschaft zur Verteidigung der Kurpfälzer Gebiete zu betonen, sondern vor allem die eingeschüchterten Unionsfürsten für aktive Verteidigungsmaßnahmen zu gewinnen⁵⁰⁸. Jedoch fielen die englischen Versicherungen, in der Pfalzfrage sei Jakob I. kein Mediator, sondern betroffene Partei, angesichts von Londons Untätigkeit im Frühjahr 1620 und dem lavierenden Kurs Englands zwischen Krieg und Verhandlungen auf keinen fruchtbaren Boden. Die vom Heidelberger Administrator Johann II. von Zweibrücken zusammen mit Württemberg und Baden organisierte Verteidigung der Pfälzer Gebiete gegen Spanien scheiterte an den fehlenden Mitteln, der internen Zerstrittenheit der Unionsfürsten und nicht zuletzt an der Reichsacht gegen Friedrich V. 1621. Damit führte ein erneuter Waffenstillstand zur faktischen Aufgabe der Verteidigungsanstrengungen der Union und zur Auflösung des protestantischen Bündnisses⁵⁰⁹.

Die englischen Verteidigungsanstrengungen litten vor allem an mangelnden Ressourcen für eine offensive Kriegsführung. Der böhmisch-kurpfälzische Krieg fiel, wie bereits gesehen, in eine Zeit extremer fiskalischer Belastungen Englands, in der ei-

⁵⁰⁵ Vgl. PRO SP 81/25, fol. 162ff.: Francis Nethersole an John Calvert, Mannheim, 23. Juni/3. Juli 1622; PRO SP 81/26, fol. 29f., 39ff., 56ff. u. 179f.: Korrespondenz bezüglich der Feldzüge Friedrichs V. in der Unterpfalz, Juni–August 1622; Dudley Carleton an George Buckingham, Den Haag, 23. September 1622, in: ANONYM.: *Cabala – Mysteries of States*, 327; PURSELL: *Winter King*, 180f.; zum Schicksal der Unterpfalz unter bayerischer und spanischer Besatzung vgl. zudem EGLER: *Spanier in der linksrheinischen Pfalz*; sowie MAIER: *Unterpfalz im Dreißigjährigen Krieg*.

⁵⁰⁶ Vgl. WEISS: *Unterstützung Friedrichs V.*, 49f.

⁵⁰⁷ Vgl. ADAMS: *England und die Reichsfürsten*, 82f.; COGSWELL: *Blessed Revolution*, 18f.; CSP Venice XVI, Nr. 574, 679 u. 680; BL MSS King's 265, fol. 256ff.: Report to James I's commission on the proposal to send an army to Frederick, Whitehall, 13./23. Januar 1621.

⁵⁰⁸ Vgl. CSP Venice XVI, Nr. 399, 429 u. 670; PRO SP 81/19, fol. 275f.: Instruktionen für Albert Mortons Gesandtschaft bei den Unionsfürsten, [o.O.], Dezember 1620.

⁵⁰⁹ Vgl. Jakob I. an Johann Friedrich von Württemberg, 12. Dezember 1620, in: SATTLER: *Württemberg, Beilage Nr. 45*; PRO SP 81/20, fol. 95: Albert Morton an Robert Naunton, Heidelberg, 22. Januar/1. Februar 1621.

ne hohe Staatsverschuldung Kreditaufnahmen immer schwieriger machte⁵¹⁰. Halblegale Geldsammelaktionen der protestantischen Hofpartei und des Pfälzer Gesandten Christoph von Dohna beim englischen Adel, im Kreis der Geistlichkeit und der Londoner Kaufmannschaft sowie Steuererhöhungen auf bestimmte Konsumgüter konnten nur temporär den englischen Bedarf an Kapital für die auswärtigen Unternehmungen decken⁵¹¹. Angesichts der kalkulierten Kosten von £ 900.000 für die Aushebung und den einjährigen Unterhalt von 25.000 Soldaten und 5.000 Reitern sah sich die englische Krone gezwungen, über den parlamentarischen Weg Geldmittel zu erschließen, ungeachtet der erbitterten Auseinandersetzung zwischen Jakob I. und den beiden Kammern bei früheren Sitzungen über zentrale Verfassungsfragen⁵¹².

Wie befürchtet, entwickelte sich vor dem Hintergrund einer erregten protestantischen Öffentlichkeit bereits bei der Eröffnung des Parlaments am 10. Januar 1621 ein erbitterter Konflikt zwischen Unterhaus und Krone über zentrale außen- und auch innenpolitische Fragen, der sich zu einer Verfassungskrise ausweitete und die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Krone beeinträchtigte. Vor allem die Doppelstrategie von Jakob I., neben einer Militärintervention in der Pfalz weiterhin Verhandlungen zu einem dynastischen Bündnis mit Spanien zu führen, stieß auf die entschiedene Kritik vieler Parlamentarier wie beispielsweise der des Abgeordneten Edward Gyles:

*We must fight with the Spanyards in the Pallatinate And be freinds with them Every where elce. Would the Kinge rather thinke of Queene Elizabeths course and the West Indydes, That wee maye have such a warr as will inritch us and imploy our Navie*⁵¹³.

Die Mehrheit im Parlament forderte mit einem Entlastungsangriff auf Flandern ein entschiedenes Vorgehen gegen Spanien und eine offensivere Politik gegen die Rekusanten, die als eine Art fünfte Kolonne Roms für das Unglück des Pfalzgrafen verantwortlich gemacht wurde. Diese kriegsbereite Rhetorik schlug sich aber nicht in der Gewährung der notwendigen finanziellen Mittel nieder. Angesichts der fehlenden politischen Führung des Königs – Jakob I. zog sich nach der Eröffnung der Parlamentssession nach Newmarket zurück und brüskierte die Parlamentarier mit wütenden Briefen bezüglich seiner Prärogativgewalt – und dem Mangel an einer konzisen

⁵¹⁰ Vgl. oben S. 44.

⁵¹¹ Vgl. PRO SP 81/23, fol. 10: W. Peasely an Francis Nethersole, 13./23. Januar 1622; PRO SP 81/17, fol. 62 u. 65; *The Privy Council's letter to divers Earls, Viscounts, Bishops, and Barons, in order to raise money to support the cause of the Palatinate*, in: RUSHWORTH: Historical Collections, 16.

⁵¹² Auch das schottische Parlament sollte die Krone zugunsten der Pfalz unterstützen, vgl. CSP Venice XVI, Nr. 733; *King James to the Parliament of Scotland, Desires an extraordinary subsidy for enabling him to support the interests of the Elector Palatine; vindicates his own conduct in engaging in the German war, and censures those who blamed or thwarted his measures*, Theobalds, 13. Juli 1621, in: DALRYMPLE: Memorials and Letters, 81–86.

⁵¹³ Rede von Sir Edward Gyles, 26. November 1621, in: NOTESTEIN: Commons Debates 1621, 438; diese Argumentation wurde schließlich wiederholt in der zeitgenössischen Publizistik aufgenommen, vgl. unten S. 267.

militärischen Planung für die Kurpfalz gewährten beide Kammern nur einen Bruchteil der verlangten Subsidien⁵¹⁴.

Angesichts dieser Schwierigkeiten bei der Organisation militärischer Hilfe für die Kurpfalz setzte die englische Krone auf Verhandlungen mit Habsburg, ungeachtet des aggressiven Vorgehens Spaniens in der Unterpfalz. So trat eine Gesandtschaft unter John Digby, Earl of Bristol (1586–1684) bereits kurz nach der Schlacht am Weißen Berg in direkte Friedensverhandlungen mit Wien ein, um einen Ausgleich zwischen Kaiser und Pfalzgraf zu erreichen. Trotz wiederholter Erfolgsmeldungen Digbys vom kaiserlichen Hof⁵¹⁵ machten die Verhandlungen mit Ferdinand II. aber die deutlich gegensätzlichen Rechtsauffassungen zwischen Wien und Exilhof deutlich. Die kaiserliche Seite betrachtete Friedrich V. als Landfriedensbrecher, der noch vor den eigentlichen Verhandlungen alle Bündnisse mit seinen Alliierten und alle Ansprüche auf Böhmen aufzugeben und sich dem Kaiser zu unterwerfen habe⁵¹⁶. Während die englische Seite auf die kaiserlichen Forderungen einging und auf dieser Grundlage eigene Verhandlungsvorschläge unterbreitete, blieb der Exilhof, wie gesehen, bei seiner Auffassung, keinen Rechtsbruch begangen zu haben, was eine weitere englische Vermittlung in Wien unmöglich machte⁵¹⁷.

Auch in Brüssel scheiterten die Waffenstillstandsverhandlungen Digbys und Westons trotz der Vermittlungsbereitschaft der Infantin Isabella (1566–1633) an dem fehlenden Friedenswillen aller Konfliktparteien, so dass erst die vollständige Besetzung der Unterpfalz durch katholische Truppen die Kampfhandlungen beendete⁵¹⁸. Damit endeten die englischen Vermittlungsanstrengungen im Reich 1622 mit der bitteren Erkenntnis, dass Verhandlungen solange vergeblich waren, solange weder Spanien über den Kaiser noch Jakob I. über seinen Schwiegersohn die notwendige Kontrolle ausübten. Fatalerweise blieb England aber auf die Diplomatie angewiesen, denn es fehlten die finanziellen Mittel zu einer militärischen Intervention. Gemäß Robert Zaller folgte die englische Krone daher auch in Zukunft der vergeblichen Hoffnung, dass Spanien kein Interesse an einer dauerhaften Besetzung der Kurpfalz habe und dass Friedrich V. längerfristig alle Ansprüche auf die böhmische Krone fallen lassen und sich der Autorität seines Schwiegervaters beugen werde⁵¹⁹.

⁵¹⁴ Vgl. BL MSS Egerton 2595, fol. 7f.: John Calvert an Doncaster, Whitehall, 27. Dezember 1621/6. Januar 1622; JAKOB I.: His Majesties Declaration, 20; COGSWELL: Phaeton's Chariot, 27f. u. 41.

⁵¹⁵ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16744, fol. 233: John Digby an Johann II. von Zweibrücken, [o.O.], 5./15. August 1621 (Abschrift).

⁵¹⁶ Vgl. BL MSS Egerton 2594, fol. 91f.: Dudley Carleton an Doncaster, [o.O.], 9./19. September 1621.

⁵¹⁷ Vgl. BL MSS Add. 34217, fol. 33f.: Jakob I. an Ferdinand II., Roysten, 12./22. November 1621 (Abschrift); PURSELL: Winter King, 140f.

⁵¹⁸ Vgl. WEISS: Unterstützung Friedrichs V., 42f.; BL MSS Egerton 2594, fol. 136f.: John Calvert an Doncaster, St. Martin's Lane, 16./26. Oktober 1621; BL MSS Egerton 2594, fol. 163ff.: John Calvert an Doncaster, St. Martin's Lane, 12./22. November 1621; PRO SP 81/25, fol. 41f.: Jakob I. an Friedrich V., Greenwich, 3./13. Juni 1622.

⁵¹⁹ ZALLER: „Interest of State“, 333f.

In dieser krisenhaften Situation der englisch-kurpfälzischen Beziehungen vollzog sich eine Neuordnung der außenpolitischen Leitmotive. Dynastische Faktoren wie Ehre und Reputation gerieten zeitweise deutlich in den Vordergrund, ohne dass konfessionelle Deutungen des Krieges aufgegeben wurden⁵²⁰. Für Jakob I. bedeutete die Bedrohung des Kurpfälzer Erbes durch die katholischen Truppen nicht nur einen Angriff auf seine Reputation als europäischer Mediator, sondern vor allem die Gefährdung des dynastischen Besitzes seiner Tochter und seiner Enkelkinder. Gemäß der dynastischen Legitimitätsvorstellung Jakobs, die im Falle des böhmischen Aufstandes wie gesehen eine englische Assistenz zugunsten des frondierenden Adels verhinderte, verletzte Habsburg mit der Besetzung der Unterpfalz nun die legitimen Rechte der pfalzgräflichen Familie, was in letzter Konsequenz die Intervention Londons zugunsten Heidelbergs erforderlich machte⁵²¹. Auf Kurpfälzer Seite spielten trotz des Verlusts der eigenen Territorien und Titel dynastische Legitimitätsideen gegenüber konfessionellen Vorstellungen auch weiterhin nur eine untergeordnete Rolle. Jedoch gewannen angesichts der eigenen totalen Niederlage, der Abhängigkeit von ausländischen Hilfen und der kaiserlichen Forderung einer bedingungslosen Unterwerfung Ehr- und Reputationsvorstellungen in der Politik des Exilhofs stellenweise an neuer Qualität. Friedrich V. setzte dabei die Ehre deutlich vor die Sicherung seines Besitzes und die Chance auf friedlichen Ausgleich. In Verhandlungen mit Carleton über eine mögliche Rückkehr unter die kaiserliche Obödienz äußerte der Pfalzgraf denn auch die feste Überzeugung [...] *rather to hazard life and all his fortunes then to subject himself and his house to such a [...] ignominie as he accounts deprecation and Submission will carrie [with] it*⁵²².

Parallel zur Wirkkraft dynastischer Motive wie familiärer Besitzrechte und Reputationserhöhung blieben in dieser Phase der Beziehungen Englands und der Kurpfalz auch religiöse Vorstellungen aktuell. Ungeachtet der Sorge von Jakob I., dass ein englisches Eingreifen einen Religionskrieg auslösen könnte, forderte die protestantische Hofpartei eine Intervention in Böhmen und der Kurpfalz zum Schutz der Religion. Abbot äußerte gegenüber Trumbull die Befürchtung, dass, wenn Spanien nicht durch Schwert und Feuer bekämpft werde, Gott England für seine Untätigkeit bestrafen könnte⁵²³. In der protestantischen Hofpartei und am Kurpfälzer Exilhof festigte sich die Vorstellung, dass die Schlacht am Weißen Berg nur den Auftakt einer Vereinigung aller gegenreformatorischen Kräfte zum Kampf gegen die wahre Religion bilde⁵²⁴. Die Reichsacht gegen Friedrich V. und die drohende Translation der Pfälzer Kurwürde an Bayern bestätigten Francis Nethersole (1587–1659) zufolge die Befürchtungen

⁵²⁰ Vgl. SCHUBERT: Exilregierung, 588f.

⁵²¹ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16741, fol. 225: Jakob I. an Kurpfalz, Greenwich, 29. Juni/9. Juli 1620; CSP Venice XVI, Nr. 609.

⁵²² BL MSS Egerton 2594, fol. 91.

⁵²³ BL MSS Add. 72242, fol. 91f.: George Abbot an William Trumbull, Lambeth, 18./28. Oktober, 1620.

⁵²⁴ Vgl. Dudley Carleton an John Chamberlain, Den Haag, 6. Dezember 1620, in: LEE: Jacobean Letters, 279.

des Exilhofs, dass die katholische Seite einen lange gehegten Angriffsplan gegen die Kurpfalz als Exponentin der reformierten Konfession ausführe⁵²⁵. Die Kurpfalz und die sie unterstützenden Privy Councillors in London konnten demnach auch nicht der Unterscheidung von Jakob I. zwischen Madrid, Brüssel und Wien folgen, denn bei Habsburg handelte es sich in der radikal-protestantischen Auffassung um einen monolithischen Block der Gegenreformation, der es auf die Vernichtung des Pfalzgrafen und der wahren Religion abgesehen habe⁵²⁶.

⁵²⁵ PRO SP 81/20, fol. 194f.: Francis Nethersole an Secretary of State, Berlin, 24. Februar/6. März 1621.

⁵²⁶ Friedrich V. an Princess Elizabeth, Den Haag, September 1622, in: BROMLEY: Royal Letters, Nr. 9.

4. Englische Außenpolitik im Schatten der Pfalzfrage 1621–1632

a) Außenpolitik als Frage der Klientelpolitik – englische Hoffaktionen und die Kurpfälzer Exilregierung 1621–1632

Mit der Besetzung der Kurpfälzer Territorien, der Reichsacht gegen Friedrich V. und der bald darauf folgenden Translation der Kurwürde an Bayern rückte die Pfalzfrage in der ersten Hälfte der 1620er Jahre immer stärker in den Mittelpunkt der englischen Außenpolitik. Gleichzeitig nahm die Bedeutung personaler Verbindungen und höfischer Netzwerkstrukturen in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen zu. Der Einfluss höfischer Faktionen auf die englische Außenpolitik und auf die Lösung der Pfalzfrage verstärkte sich vor allem in der Endphase der Herrschaft von Jakob I. sowie in den ersten Jahren nach dem Thronantritt von Karl I.

Die Regierung Jakobs I. setzte sich während der Umbrüche im europäischen Mächtesystem seit 1618 aus einer Doppelspitze im Amt des State Secretary zusammen, wobei seit dem Tod von Winwood 1617 und der Entlassung von Lake 1619 Naunton und George Calvert (1580?–1632) in den entscheidenden Jahren die höchste Regierungsposition untereinander aufteilten. Der Verlauf der Böhmenkrise, der Krieg in der Kurpfalz und die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Faktionen am englischen Hofe wirkten sich auch auf den Kronrat aus. Jakob I. suchte allzu laute Rufe nach einem entschiedenen Kriegskurs gegen das Haus Habsburg zu unterbinden. So kursierten bereits im Frühjahr 1621 Gerüchte über den Sturz von Naunton und die Gefährdung weiterer Räte, die sich deutlich für ein Engagement zugunsten von Friedrich V. einsetzten⁵²⁷. Der venezianische Gesandte machte hierfür den weitreichenden Einfluss der spanischen Hoffaktion aus, auf deren Initiative hin einer der wenigen militärischen Experten und Befürworter eines Angriffskrieges gegen Spanien, der Earl of Southampton (1573–1624), sogar inhaftiert worden sei⁵²⁸.

Mit der Einbindung von Buckingham und des Kronprinzen Charles in die englische Außenpolitik seit Ende 1623 änderte sich die bis dahin spanienfreundliche Konstellation. Diplomaten, die wie Dibby, Calvert oder Weston maßgeblich an der Aushandlung eines dynastischen Bundes mit Spanien beteiligt waren und bis 1624 das Wohlwollen von Jakob I. genossen, wurden Opfer eines außenpolitischen Umschwungs⁵²⁹. So verfolgte Nauntons Nachfolger Conway als Protegé Buckingham eine deutlich offensivere Diplomatie und entwickelte sich rasch zur Schlüsselfigur in der englischen Außenpolitik⁵³⁰. Neben Conway besetzte mit Morton als Nachfolger von Calvert gleichzeitig ein weiterer pfalzfreundlicher Außenpolitiker das höchste Regierungsamt. Jene Privy Councillors, die wie Thomas Howard (1561–1626) oder Lord Treasurer Cranfield aus außen- oder finanzpolitischen Erwägungen Widerstand gegen den neuen Kurs des Favoriten leisteten, wurden auf Betreiben Bucking-

⁵²⁷ Vgl. CSP Venice, XVI, Nr. 725.

⁵²⁸ Vgl. CSP Venice, XVII, Nr. 84 u. 95.

⁵²⁹ Vgl. ADAMS: Foreign Policy, 142.

⁵³⁰ Vgl. CSP Venice, XVIII, Nr. 232.

hams entmachtet⁵³¹. Diese Monopolstellung des Favoriten und seines Patronagesystems im Kronrat hielt sich auch über den Tod von Jakob I. 1625 hinaus. Bei der Neuordnung der Regierung unter Karl I. behielten Conway als Secretary of State und James Ley (1550–1629) als Lord Treasurer ihre Positionen und auch das einflussreiche Amt des Lord Chamberlain blieb in der Hand der pfalzfreundlichen Familie Pembroke⁵³². Erst nach der Ermordung Buckingham's 1628 gewann die friedensorientierte spanische Faktion allmählich wieder stärkeren Einfluss auf die englische Politik, auch wenn die Kurpfalz durch den neuen Secretary of State Carleton, nunmehr Viscount Dorchester, weiterhin einen wichtigen Ansprechpartner im Privy Council hatte⁵³³.

Die Entwicklung des Faktionswesens am englischen Hofe ging in den 1620er Jahre besonders zu Lasten der traditionellen protestantischen Hofpartei unter Pembroke und Abbot. Trotz prominenter Namen wie Hamilton, Edmondos oder den Duke of Lennox und ungeachtet der starken Stellung in den Parlamenten der 1620er Jahre verlor diese Gruppe ihren politischen Einfluss in der böhmischen Krise an die spanische Faktion unter Lake und Calvert. Auch der Aufstieg von Buckingham, den Pembroke und Abbot 1614 als Gegenfavorit zu Rochester und der Howard-Familie installierte, führte nicht zu einer Stärkung der protestantischen Faktion, denn sie scheiterte an der Integration des Favoriten-Netzwerks⁵³⁴. Erschwerend kam hinzu, dass Abbot als Erzbischof von Canterbury nach einem durch ihn verursachten tödlichen Jagdunfall 1621 gefährdet war und er folglich nur noch wenig Einfluss auf das höfische Geschehen ausüben konnte⁵³⁵. Auch nach dem Tod Buckingham's und der Zurückdrängung des Villiers-Netzwerks 1628 verpasste die protestantische Hoffaktion die Anknüpfung an ihren früheren Einfluss. Nun übernahmen die Gefolgsleute der jungen Königin und Valois-Prinzessin Henriette Marie (1609–1669) – allen voran der Earl of Holland – die Aufgabe, gegen Spanien eine offensivere Politik zu fordern, wobei weniger die Restitution der Kurpfalz als das Ende des 1626 zwischen England und Frankreich ausgebrochenen Krieges um La Rochelle und später die Unterstützung Schwedens im Vordergrund standen⁵³⁶.

Die bis 1628 andauernde Dominanz der Patronagepolitik Buckingham's förderte in den 1620er Jahren mehr denn je die bereits angesprochene Destabilisierung des politischen Systems Englands⁵³⁷. So trugen der Einfluss von Klientelnetzwerken auf die Ämterbesetzung und der Widerstand der dabei ausgeschlossenen höfischen und ländlichen Eliten zu einer schleichenden Deinstitutionalisierung in der englischen Politik bei. Gerade in der Böhmen- und Pfalzkrise paralyisierten strittige Ämterbesetzungen und höfische Machtkämpfe um Personalstellen die Außenpolitik, so dass eine

⁵³¹ Vgl. CSP Venice, XVIII, Nr. 333.

⁵³² Vgl. Johann Rusdorf an Friedrich V., London, 11./21. April 1625, in: CUHN: Mémoires, Nr. 102.

⁵³³ Vgl. ASCH: Hof Karls I., 78.

⁵³⁴ Vgl. ADAMS: Foreign Policy, 143f.

⁵³⁵ Vgl. CSP Venice, XVII, Nr. 173.

⁵³⁶ Vgl. ASCH: Hof Karls I., 76f.

⁵³⁷ Vgl. oben S. 52f.

effektive Lösung der Pfalzfrage in den entscheidenden Jahren nach der Schlacht am Weißen Berg verpasst wurde⁵³⁸. Beispielsweise entzündete sich zwischen dem Pfälzer Exilhof und dem Buckingham-Netzwerk 1621 eine Kontroverse um die Frage, wer das Kommando über die englischen Hilfstruppen für die Pfalz ausüben sollte. Während der Kurpfälzer Gesandte Christoph von Dohna mit Vere einen Vertreter der protestantischen Hoffaktion favorisierte, drängte Buckingham auf die Berufung von Edward Cecil (1572–1638) als Mitglied seines Klientelsystems. Dass sich der Exilhof mit seinem Kandidaten Vere in dieser Frage gegen den Patronagemanager Buckingham durchsetzen konnte, führte zu einer lange anhaltenden Verstimmung zwischen dem Favoriten und der pfalzgräflichen Familie⁵³⁹.

Sichtbarster Ausdruck des Destabilisierungsvorgangs am englischen Hof war die schleichende Erosion des Privy Council als zentraler Regierungsbehörde. Buckingham strebte als Favorit im Gegensatz zu Olivares oder Armand-Jean I. du Plessis de Richelieu (1585–1642) nach der Einsetzung als Lord Admiral 1619 keine formale Position als Chefminister an⁵⁴⁰. Dafür sorgte er nach seiner Rückkehr mit Prince Charles aus Madrid und dem Fehlschlag der Verhandlungen zu einem dynastischen Bündnis mit Spanien 1623/1624 für den Ausschluss des Kronrats von allen zentralen Beratungen zugunsten der von seinem Netzwerk dominierten Bedchamber. Die wichtigen politischen Entscheidungen fielen nun in einem exklusiven Zirkel, bestehend aus Jakob I., Prince Charles, Buckingham und dem Sekretär Conway; die Sitzungen des Privy Council hatten damit nur noch formalen Charakter⁵⁴¹.

Jedoch formierte sich gegen diese Patronagepolitik verstärkt Widerstand, der zusätzlich zu einer Belastung im politischen Entscheidungsprozess wurde. Die zentrale Stellung Buckingham lenkte immer mehr die radikal-protestantische Kritik am außenpolitischen Kurs Jakobs I. sowie den Ärger der von der Ämtervergabe Ausgeschlossenen auf die Person des Favoriten⁵⁴². Zwischen 1621 und 1628 dienten die zur Steuerbewilligung tagenden Parlamente als Foren der Buckingham-Kritiker. So strahlten die Kämpfe zwischen den einzelnen Klientelnetzwerken und Faktionen vom Hof auch auf die Parlamente aus – die eigentliche Aufgabe der Versammlungen, nämlich die Beratung über direkte Steuern zur militärischen Assistenz der Kurpfalz, wurde von den Machtkämpfen in Whitehall überlagert⁵⁴³. Der englische Hof geriet angesichts des verstärkt angefeindeten Höhenflugs Buckingham in eine prekäre Lage, so dass sich die Stabilisierung nach innen trotz der außenpolitischen Herausforderungen zur zentralen Aufgabe englischer Politik entwickelte.

Angesichts dieser Verquickung von Patronage- und Außenpolitik stellt sich die Frage nach der Relationalität von Klientelsystem und Diplomatie im Falle der eng-

⁵³⁸ Vgl. POLISENSKY: *Bohemian War and British Policy*, 196.

⁵³⁹ Vgl. PRO SP 81/18, fol. 178f.: Edward Cecil an George Buckingham, [o.O.], September 1620; CSP Venice, XVI, Nr. 789; DALTON: Cecil, 323f.

⁵⁴⁰ Vgl. CSP Venice XV, Nr. 743.

⁵⁴¹ Vgl. ASCH: Hof Karls I., 45; LOCKYER: Buckingham, 171.

⁵⁴² Vgl. ebd., 83.

⁵⁴³ Vgl. CSP Venice, XVIII, Nr. 351; LOCKYER: Buckingham, 105f.; ADAMS: *Foreign Policy*, 141.

lich-kurpfälzischen Beziehungen neu. Wie bereits gesehen⁵⁴⁴, repräsentierten die englischen Hoffaktionen im Grundsatz keine festen parteipolitische Netzwerke, sondern höfische Plattformen, auf denen Klientelpolitik betrieben wurde. Dennoch konnten sie von den Entscheidungsträgern auch zur Durchsetzung politischer Programme instrumentalisiert werden. Gerade die Karriere Buckinghams macht die zentrale Rolle der Außenpolitik für den Aufstieg des Favoriten deutlich, der sich über Patronage hinaus zu einem eigenständigen politischen Akteur entwickelte⁵⁴⁵. Bereits seine Installation als Gegenfavorit zu Rochester 1614 geschah als Antwort der protestantischen Hoffaktion auf die Pläne von Jakob I. zum Abschluss einer dynastischen Allianz mit Spanien⁵⁴⁶.

Wie noch zu zeigen sein wird, gelangte Buckingham mit seiner Entscheidung vom Februar 1623, sich zusammen mit dem Kronprinzen nach Madrid zu begeben und auf eigene Faust die Verhandlungen zur so genannten *Spanish Match* voranzutreiben, in die vorderste Front der außenpolitischen Akteure Englands. Nach dem Scheitern der Verhandlungen zu einem dynastischen Bündnis mit Spanien im Herbst desselben Jahres feierten der Haager Exilhof und die protestantische Hofpartei Buckingham als außenpolitischen Kopf, der den spanischen Einfluss auf Jakob I. zurückgedrängt habe⁵⁴⁷. So konnte auch Princess Elizabeth an den in Konstantinopel weilenden englischen Gesandten Thomas Roe (1581–1644) begeistert über die Veränderungen am Londoner Hof berichten: *all is changed of being Spanish*⁵⁴⁸. Die Beschneidung des Einflusses der spanischen Hofpartei durch das Villiers-Netzwerk folgte dabei gleichermaßen einer patronage- und außenpolitischen Logik. Um seine Stellung am Hof weiter zu festigen, baute Buckingham auf einen offensiveren außenpolitischen Kurs, denn nur eine Lösung der Pfalzfrage durch einen militärischen Erfolg gegen Spanien versprach nach den gescheiterten Madrider Verhandlungen die Steigerung seines öffentlichen Ansehens und damit neue Einflusschancen bei der Ämtervergabe⁵⁴⁹. Umgekehrt konnte auch die Bedrohung von Buckinghams bereits gewonnenem höfischen Einfluss entscheidende Auswirkungen auf die Außenpolitik des Königreichs haben. So erklärte der französische Botschafter François de Bassompierre (1579–1646) gegenüber dem Kurpfälzer Gesandten Johann Joachim von Rusdorf (1589–1640), dass es sich bei den zwischen England und Frankreich ausgebrochenen Kampf um La Rochelle weniger um einen Religionskrieg als vielmehr um den vergeblichen Versuch Buckinghams handle, sein Klientelwesen auch auf die Entourage der Königin Henriette Marie auszudehnen⁵⁵⁰.

⁵⁴⁴ Vgl. Kapitel I.2.b.

⁵⁴⁵ Vgl. WILKINSON: George Villiers, 38.

⁵⁴⁶ Vgl. LOCKYER: Buckingham, 15f.

⁵⁴⁷ Zu den ereignisgeschichtlichen Hintergründen des *Spanish Match* vgl. unten S. 280f.

⁵⁴⁸ Princess Elizabeth an Thomas Roe, Den Haag, 1./11. März 162[4], in: ANONYM.: *Negotiations of Thomas Roe*, 222; vgl. auch George Abbot an Thomas Roe, Lambeth, 23. Juni/3. Juli 1624, in: Ebd., 252; zur Person von Roe vgl. STRACHAN: Thomas Roe.

⁵⁴⁹ Vgl. COGSWELL: *Blessed Revolution*, 67f. u. 133.

⁵⁵⁰ Johann Rusdorf an Friedrich V., London, 7./17. Oktober 1626, in: CUHN: *Mémoires*, Nr. 152, vgl. LOCKYER: Buckingham, 198f.

Der Kurpfälzer Exilhof in den Niederlanden fand phasenweise große Beachtung in der Patronagepolitik des englischen Hofes. In Den Haag und später in Rhenen konstituierte sich nach der Niederlage am Weißen Berg eine kleinformatige Ausgabe des Heidelberger Kurhofes mit etwa 200 Angehörigen, dessen administratives Haupt bis 1623 weiterhin vom Großhofmarschall Solms gestellt wurde. Der Exilhof etablierte rasch ein eigenständiges Kommunikationsnetzwerk für die europäische Diplomatie, in dem je nach Allianz- und Kriegssituation ein reger Gesandtenverkehr stattfand⁵⁵¹. Neben Solms folgten von der alten Heidelberger Regierung auch Plessen, die Gebrüder Dohna, der Kanzler Grün und mit einiger Verzögerung Camerarius der Pfalzgrafenfamilie ins Exil, so dass eine Art Rumpfregierung der Kurpfalz sich in den Niederlanden etablieren konnte. Für die diplomatischen Aufgaben griff Friedrich V. mit Andreas Pawel und Rusdorf auf jüngere Räte zurück, die im böhmischen Aufstand keine Rolle gespielt hatten und daher für Verhandlungen mit Verbündeten und auch Gegnern gleichermaßen akzeptabel waren⁵⁵². Nach dem Tod des Kanzlers und des Großhofmarschalls übernahmen Plessen und Camerarius die Hauptverantwortung in den Regierungsgeschäften. Aufgrund der spärlichen Mittel finanzierten sich die Kurpfälzer Räte im Exil zudem durch diplomatische Tätigkeiten im Auftrag anderer Fürsten, so Rusdorf für den dänischen und Camerarius für den schwedischen Hof, wodurch über die Beziehungen zu London und den Niederlanden hinaus stets auch intensive Kontakte zu den skandinavischen Königreichen bestanden⁵⁵³.

Der Exilhof entwickelte sich zu einem Anziehungspunkt für Diplomaten und Kriegsunternehmer, die in Opposition zum Haus Habsburg und seinen Alliierten standen. Die Condottieri Mansfeld und Christian von Braunschweig bildeten dabei ebenso einen Bestandteil des Hoflebens wie das Haupt des böhmischen Aufstandes, Matthias Thurn (1567–1647), oder später der junge englische Adlige William Craven (1608–1697)⁵⁵⁴. Spätestens seit 1630 wurde auch Elizabeths Sekretär Nethersole regelmäßig in die Beratungen der Regierung miteinbezogen⁵⁵⁵. Zusätzlich pflegte der Exilhof auch enge Verbindungen zu exilierten englischen Nonkonformisten wie John Forbe oder John Paget, die in Den Haag beziehungsweise Amsterdam meistens für die „Merchant Adventurers“ tätig waren und auch am Kurpfälzer Hof durch radikal-protestantische Predigten über das Wesen der Prädestination auffielen⁵⁵⁶. Daneben bemühte sich der Exilhof darum, die seit dem dynastischen Bündnisschluss von 1612/13 geknüpften Kontakte zur protestantischen Hofpartei zu erneuern, wobei ne-

⁵⁵¹ Vgl. WOLF: Winterkönig, 173f.; PURSELL: Winter King, 131; MOUT: Winterkönig, 264.

⁵⁵² Vgl. SCHUBERT: Exilregierung, 621f. u. 630f.; Christian von Anhalt folgte nicht mehr dem Kurfürsten ins Exil, sondern erreichte 1624 eine Aussöhnung mit der kaiserlichen Seite, Vgl. ebd., 653f.; zu Rusdorf vgl. KRÜNER: Rusdorf.

⁵⁵³ Vgl. SCHUBERT, Exilregierung, 641 u. 663f.

⁵⁵⁴ Vgl. CSP Venice XIX, Nr. 210; WEISS: Craven und die Familie des Winterkönigs.

⁵⁵⁵ Vgl. PRO SP 81/36, fol. 44f.: Francis Nethersole an Dudley Carleton, [o.O.], 10./20. Juni 1630.

⁵⁵⁶ Vgl. Dudley Carleton an John Chamberlain, Den Haag, 7./17. Juli 1621, in: LEE: Jacobean Letters, 285f.; Dudley Carleton an William Laud, Den Haag, 14. Januar 1628, in: CSP Dom., 1625–1633, Nr. 90/84.

ben dem Abbot-Pembroke-Kreis auf Kurpfälzer Seite auch die Bemühungen deutlich wurden, ein eigenes loses Klientelnetzwerk von Diplomaten und Höflingen zu etablieren, die vor allem für eine finanzielle Unterstützung des Exilhofs gewonnen werden sollten⁵⁵⁷.

Für die Kurpfälzer Patronagepolitik am englischen Hof nahm das Netzwerk von Buckingham rasch eine zentrale Rolle ein. Während es zwischen dem königlichen Favoriten und der Kurpfälzer Regierung noch bei Ausbruch der böhmisch-pfälzischen Krise 1619–1621 nur sporadische Kontakte meistens in Form kurpfälzischer Bitten um Intervention beim König gegeben hatte und die Kontroverse um den Oberbefehl über das englische Expeditionskorps wie gesehen zudem zu ernsthaften Verstimmungen zwischen Buckingham und Friedrich V. führten, näherten sich Exilhof und Favorit spätestens seit 1624 wieder einander an⁵⁵⁸. Buckingham versuchte seit Frühjahr 1624 mit der Einbindung der in der englischen Öffentlichkeit als *Queen of Bohemia* verehrten Princess Elizabeth in das eigene Klientelsystem seine Reputation als Außenpolitiker am Hof und darüber hinaus zu steigern, wohingegen der Exilhof vom Villiers-Netzwerk vor allem einen Politikwechsel gegenüber Spanien und mehr Ressourcen für den eigenen Hofstaat erhoffte⁵⁵⁹. Tatsächlich erfuhr der Kurpfälzer Gesandte Rusdorf seit der Rückkehr von Charles und Buckingham aus Spanien eine sichtbare Bevorzugung beim höfischen Zeremoniell, was allgemein als Zeichen für einen neuen politischen Kurs gedeutet wurde⁵⁶⁰.

Der Höhepunkt der Kontakte zwischen Buckingham und Exilhof bildeten die seit 1624 aufgekommenen Gerüchte um eine dynastische Verbindung zwischen der Villiers-Familie mit dem Wittelsbacher Kurhaus. So verfolgte Buckingham gemäß der venezianischen Gesandtschaftsberichte vor allem seit dem Tod von Jakob I. die Verheiratung seiner Tochter mit dem Kurerben Friedrich Heinrich (1614–1629), um der eigenen Familie die Chance einer Nachfolge in der englischen Königswürde zu eröffnen. Ungeachtet der Ehrenrührigkeit einer solchen Verbindung in Hinblick auf den Reputations- und Ranganspruch der pfalzgräflichen Familie schien Princess Elizabeth einer solchen Verbindung angesichts der hierdurch eröffneten Einflussmöglichkeiten am englischen Hofe nicht abgeneigt gewesen zu sein⁵⁶¹.

Diese engen Verbindungen zwischen exilierten Wittelsbachern und der Villiers-Familie endeten aber mit dem Fehlschlag der englischen Kriegspolitik gegenüber Spa-

⁵⁵⁷ Vgl. CSP Venice, XV, Nr. 668; CSP Venice, XVI, Nr. 543; intensive Kontakte unterhielt der Exilhof wie gesehen auch zu Roe in Konstantinopel, der von der Hohen Pforte aus Einfluss auf den transsilvanischen Verbündeten Bethlen Gábor (1580–1629) ausüben sollte, vgl. Princess Elizabeth an Thomas Roe, Den Haag, 27. Dezember 1624/6. Januar 1625, in: ANONYM.: *Negotiations of Thomas Roe*, 325; weitere Korrespondenz zwischen Roe, Abbot und Exilhof vgl. PRO SP 97/8, fol. 204 u. 235; PRO SP 97/10, fol. 28, 73 u. 115.

⁵⁵⁸ Vgl. CSP Venice, XI, Nr. 574; CSP Venice XVII, Nr. 205; GARDINER: *Letters and Documents II*, Nr. 2; DERS.: *Fortescue Papers*, 138; LOCKYER: *Buckingham*, 86.

⁵⁵⁹ Vgl. COGSWELL: *Blessed Revolution*, 94f. u. 133.

⁵⁶⁰ Vgl. Johann Rusdorf an Friedrich V., London, 11./21. Oktober 1623, in: CUHN: *Mémoires*, Nr. 26.

⁵⁶¹ Vgl. CSP Venice XIX, Nr. 341 u. 441; ASCH: *Hof Karls I.*, 50; LOCKYER: *Buckingham*, 194.

nien und den neuen Konflikten mit Frankreich. Dass die Kurpfalz ungeachtet des englisch-französischen Krieges um La Rochelle sich weiterhin um eine Allianz mit Frankreich gegen Habsburg bemühte, führte sogar zu einem Bruch zwischen königlichen Favoriten und der pfalzgräflichen Familie. Anfang Januar 1627 betrieb Buckingham dann auch die Abberufung von Rusdorf als Kurpfälzer Agenten, dem er zu enge Kontakte zum französischen Botschafter und zu gute Kenntnisse der englischen Politik unterstellte⁵⁶².

In der Gesamtschau gerieten die englisch-kurpfälzischen Beziehungen zwischen 1623 und 1632 immer stärker in den Sog der höfischen Auseinandersetzung am englischen Hof. Die einzelnen Faktionen in Whitehall handelten die Pfalzfrage und damit das Schicksal des kurfürstlichen Paares untereinander aus, wodurch der Kurpfälzer Exilhof in Den Haag immer mehr zu einem Spielball des englischen Faktionswesens degradiert wurde. Diesen Aushandlungsprozess dominierte der kometenhafte Aufstieg des Favoriten Buckingham von einem Patronagemanager zur zentralen Figur der englischen Politik, die spätestens seit 1624 Diplomatie und Klientelwesen zu verbinden wusste.

b) *Pax sub clypeo* – Kriege und Verhandlungen als Doppelstrategie zur Restitution der Kurpfalz

Die Veränderungen im Klientel- und Faktionswesen in Whitehall und am Exilhof können als Spiegelbild für die Vielfalt der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der Kurpfalz im Zeitraum von 1623 bis 1632 aufgefasst werden. Nach der Besetzung der Pfälzer Territorien durch spanische und bayerische Truppen und dem endgültigen Zusammenbruch der englisch-kurpfälzischen Verteidigungsanstrengungen in Heidelberg und Mannheim gerieten Friedrich V. und seine Exilregierung immer stärker in die Rolle von passiven Zuschauern am Spielfeldrand der internationalen Beziehungen; ihr Einfluss hing vom Kräfteverhältnis am englischen Hof ab⁵⁶³. Ihre Hoffnungen auf eine Restitution der Kurpfälzer Territorien setzte aber die volle englische Assistenz und vor allem die Erkenntnis der englischen Regierung voraus, dass nur die Gründung eines starken antihabsburgischen Bündnisses das seit 1620 erstarkte Habsburg sowie Bayern zu Verhandlungen bewegen konnten. Die folgende Darstellung der vielfältigen diplomatischen und militärischen Maßnahmen Englands, der Kurpfalz und ihrer Verbündeten seit dem Fall Mannheims bis zum Tod Friedrichs V. 1632 soll zeigen, inwiefern sich die englisch-kurpfälzischen Beziehungen seit 1623 in einem wechselhaften Spannungsverhältnis zwischen militärischer Intervention und diplomatischen Verhandlungen zur Restitution der Kurpfälzer Gebiete und zum Widerruf der Kurtranslation an Bayern bewegten.

⁵⁶² Vgl. CSP Venice XX, Nr. 119 u. 176; Johann von Rusdorf an Friedrich V., London, 18./28. Januar 1627, in: CUHN: Mémoires, Nr. 167.

⁵⁶³ Vgl. ADAMS: Protestant Cause, 330.

Auf Kurpfälzer Seite war die Enttäuschung über die mangelhafte englische Unterstützung nach dem Verlust Böhmens und der Kurpfalz groß. Von den Gebieten des Kurstaates konnte nach 1622 nur noch das zur Festung ausgebaute Frankenthal von protestantischen Truppen gegen die spanische Invasionsarmee gehalten werden⁵⁶⁴. In der Exilregierung schwand allmählich das Vertrauen in die diplomatischen Fähigkeiten der englischen Krone. So warf der Kurpfälzer Exilrat Achatius von Dohna in einem Memorandum von 1626 der englischen Regierung vor, dass sie durch zu großes Vertrauen in die spanischen Versprechungen massiv zum Verlust der Pfälzer Territorien beigetragen und seit 1621 mit erpresserischen Methoden auf Friedrich V. Druck ausgeübt hätten, der zu gefährlichen Zugeständnissen und am Ende zum Verlust aller Territorien geführt habe⁵⁶⁵.

Angesichts der Unzulänglichkeit der eigenen militärischen Mittel und der Vergeblichkeit aller diplomatischen Anstrengungen drängte die Exilregierung im Frühjahr 1623 Jakob I. dazu, seine Mediationspolitik zwischen Friedrich V., dem Kaiser und Bayern aufzugeben und erst aus der Position militärischer und damit auch diplomatischer Stärke heraus wieder mit Habsburg zu verhandeln. Gemäß dem Motto *pax sub clypeo* („Frieden unter dem Erzschild“ im Sinne eines wehrhaften Friedens) sollte auf der Grundlage einer starken antihabsburgischen Mächteallianz die Wiedereinsetzung Friedrichs V. in die alten Territorien und Würden erreicht werden⁵⁶⁶. Als erster Testfall für diese Kehrtwende in der englischen Außenpolitik betrachtete der Exilhof dabei die Verhandlungen mit Brüssel um das Schicksal der Stadt Frankenthal, deren Verteidigung als letzte freie Bastion der Kurpfalz Friedrich V. mit Hilfe Englands und der Reste von Mansfelds Armee organisieren wollte⁵⁶⁷.

Jedoch hielt die englische Krone ungeachtet der ausbleibenden diplomatischen Erfolge seit der Schlacht am Weißen Berg unbeirrt an der Mediationsidee fest. So zeigte Jakob I. gegenüber den frühen dänischen Anstrengungen zum Abschluss einer protestantischen Militärallianz im Frühjahr 1623 große Skepsis und fürchtete um seine guten Beziehungen zur spanischen Seite bei einer zu offensiven Außenpolitik gegenüber Wien und München⁵⁶⁸. Auch bat Jakob I. den Exilhof, nicht Mansfelds Ratschlä-

⁵⁶⁴ Vgl. PRO SP 81/28, fol. 48–52: Friedrich V. an Jakob I., 4./14. Februar 1623.

⁵⁶⁵ BayHStA, KB, Nr. 122/1a, fol. 112–129: *Ausführlicher Bericht, mitt angehenkter Klage, was gestalt sich der König in Groß Britannien durch vertraglich Versicherung einer gänzlichen Restitution der Churpfalz besch[we]ren lassen/dem König zu Böhmen durch allerhandt betrohung, von allen erlaubten defensionsmitteln abgehalten, und entlich die ubrige Statt frankenthal vollendt in des feindes hand geliefert, den nichtigen Tractat zuviel getauen und verursachen hatt. Den dadurch alles verlohren worden*, [o.O.], 1626.

⁵⁶⁶ Vgl. SCHUBERT: Exilregierung, 669; PRO SP 81/28, fol. 325f.: *Memoire des points, considerations & demandes que le Sieur de Rustorff a charge d'exposer, représenter & demander en toute reverence au Roy de la Grande Bretagne, outre ce que le Roy de Boh: a escrit à sad.te Ma.té*, [o.O.], 12./22. Juni 1623

⁵⁶⁷ Vgl. PRO SP 81/28, fol. 92: Memorandum von Andreas Pawel, 28. Februar/10. März 1623; PRO SP 81/28, fol. 10: Friedrich V. an Jakob I., Den Haag, 11./21. Januar 1623; PRO SP 81/28, fol. 48–52.

⁵⁶⁸ Vgl. PRO SP 81/28, fol. 233f.: John Calvert an Edward Conway, St. Martin's Lane, 25. April/5. Mai 1623; PURSELL: Winter King, 183f.

gen für eine Wiederaufnahme des Krieges zu folgen, sondern auf die im Frühjahr 1623 noch andauernden Waffenstillstandsverhandlungen in Brüssel zu bauen⁵⁶⁹. Die englische Diplomatie hoffte darauf, mit der Einstellung aller Feindseligkeiten zwischen Pfalz, Bayern und Kaiser den ersten Schritt in Richtung Friedensvertrag gehen zu können, an dessen Ende nicht nur ein Ausgleich mit Kaiser und Bayern, sondern vor allem die volle Restitution der Kurpfalz stehen würde⁵⁷⁰.

Die Pfälzer Exilregierung blieb gegenüber den englischen Empfehlungen und Mahnungen jedoch weiterhin distanziert. So sah Friedrich V. in den Brüsseler Waffenstillstandsverhandlungen keineswegs den Königsweg zu einem Ausgleich mit der katholischen Seite. Er fürchtete vielmehr, für eine Restitution seiner Länder Bedingungen eingehen zu müssen, die gegen ‚Ehre und Gewissen‘ seiner fürstlichen Person verstießen, eine Wendung, mit der Friedrich V. den Komplex seiner dynastischen und religiösen Interessen zu umschreiben pflegte⁵⁷¹. Zudem misstraute die Exilregierung grundsätzlich den spanischen Versprechungen, nach einer bedingungslosen Unterwerfung Friedrichs V. unter die kaiserliche Autorität könne mit der Restitution begonnen werden⁵⁷². In Sachen Waffenstillstand wog für die Pfälzer Seite die spanische Bedingung sehr schwer, alle militärischen Allianzen aufgeben zu müssen⁵⁷³. Friedrich V. wollte noch im Sommer 1623 an der militärischen Allianz mit Mansfeld und Christian von Braunschweig festhalten. Erst nach erneuten militärischen Niederlagen und unter dem massiven Druck aus London gab die Exilregierung den Widerstand gegen die Brüsseler Verhandlungen auf und unterzeichnete im September 1623 den Waffenstillstandsvertrag⁵⁷⁴.

Für Simon Adams zeigen die Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen der Exilregierung und der katholischen Seite, dass sich Jakob I. auch nach dem Fall von Heidelberg und Mannheim nicht in seinen außenpolitischen Grundannahmen beirren ließ, nämlich dass die Festlandskriege seit 1618 als isolierte europäische Konflikte und eben nicht als Teil eines großen Religionskrieges zu betrachten seien und dass Spanien diplomatisch zu einer neutralen Haltung im Konflikt zwischen Pfalzgraf und Kaiser gebracht werden könne⁵⁷⁵. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, intensivierte Jakob I. nach dem Fehlschlag der diplomatischen Initiativen zwischen 1619 und 1622 auch die Verhandlungen mit Spanien für eine dynastische Allianz zwischen Madrid und London. Mit der Verheiratung des Thronerben Charles

⁵⁶⁹ Vgl. PRO SP 81/28, fol. 23–26: Jakob I. an Friedrich V., Westminster, 23. Januar/2. Februar 1623.

⁵⁷⁰ Vgl. PRO SP 81/28, fol. 243–245: Jakob I. an Friedrich V., [o.O.], 1./11. Mai 1623 (Abschrift).

⁵⁷¹ Vgl. PRO SP 81/29, fol. 46f.: Johann von Rusdorf an Edward Conway, London, 24. Juli/3. August 1623; PRO SP 81/29, fol. 82f.: *An Abstract of the Prince Palatine's letter*, [o.O.], 15./25. August 1623; PURSELL: Winter King, 149f.; BIHLHÖFER: Ehre und Gewissen.

⁵⁷² Vgl. Dudley Carleton an Duke of Buckingham, Den Haag, 13. Dezember 1623, in: ANONYM., *Cabala – Mysteries of States*, 335.

⁵⁷³ Vgl. Unterredung Johann von Rusdorfs mit John Calvert, Edward Conway, Duke of Lennox und Richard Weston, Mai 1623, in: CUHN: *Mémoires*, Nr. 7 u. 9.

⁵⁷⁴ Vgl. CSP Venice XVIII, Nr. 41, 59, 63, 83, 97, 107 u. 136.

⁵⁷⁵ ADAMS: *Foreign Policy*, 149.

mit einer spanischen Infantin sollte gleichzeitig eine endgültige Regelung für die Kurpfälzer Gebiete gefunden werden⁵⁷⁶.

Wie bereits dargestellt, verband sich mit der Rückkehr von Charles und Buckingham aus Madrid der noch zu Lebzeiten von Jakob I. begonnene Aufstieg des Favoriten vom höfischen Patronagemanager zur treibenden Kraft der englischen Außenpolitik⁵⁷⁷. Buckingham brachte Roger Lockyer zufolge aus seinen Verhandlungen mit der spanischen Seite und vor allem mit seinem spanischen Gegenpart Olivares die Erkenntnis mit, dass die bisherige Friedenspolitik Englands angesichts der Arroganz der spanischen Macht zwecklos sei und dass nur ein offensives Vorgehen zur Lösung der Pfalzkrise führen könne. Zusätzlich konnte sich Buckingham von einem militärischen Kurs Englands für sein eigenes Patronagenetzwerk neue Einflusschancen versprechen⁵⁷⁸. Thomas Cogswell sieht die Rückkehr aus Spanien als Startpunkt für die Gründung eines losen Bündnisses gegen die bis dahin dominierende prospanische Faktion, das sich unter anderem der Restitution der Kurpfalz verpflichtete und auf dieser Grundlage auch den Pfälzer Exilhof zu integrieren wusste⁵⁷⁹.

Buckinghams und Charles' Bemühungen zur Etablierung eines höfischen Kriegsbündnisses und zur Einleitung einer außenpolitischen Neuorientierung 1624 bedeutete zugleich das Scheitern des Friedenskurses von Jakob I. Obwohl der Monarch auch weiterhin versuchte, die Verhandlungsfäden mit Spanien nicht völlig abreißen zu lassen, musste er zunehmend dem Druck von Hof, Parlament, Favorit sowie Thronerben nachgeben, was auf englischer Seite in den Jahren 1624/25 zu einer lavierenden Außenpolitik zwischen Verhandlungen und Krieg führte⁵⁸⁰. Diese allmähliche Revision des Friedenskurses gegenüber Spanien fand Ausdruck in der ersten ernstzunehmenden außenpolitischen Strategie des neuen Secretary of State Conway. Conway bemühte sich um ein umfangreiches militärisches Bündnis zugunsten der Kurpfalz, das über die protestantischen Bündnispartner hinaus alle antihabsburgischen Kräfte vereinen sollte und Madrid und Wien an der Achillesferse ihrer Macht im Veltlin und im Überseehandel zu treffen suchte⁵⁸¹. Hierzu sollten eine Armee unter Mansfeld aufgestellt, Bündnisse mit den Niederlanden und Dänemark abgeschlossen und militärische Abkommen mit Frankreich, Venedig, Savoyen, den protestantischen Kantonen der Eidgenossenschaft und Transsylvanien organisiert werden⁵⁸².

Diese weitreichenden englischen Bündnispläne hingen ähnlich wie 1621 auch nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Spanien von der Bereitschaft des Parlaments ab, die notwendigen finanziellen Mittel durch direkte Steuern zu bewilligen, da die

⁵⁷⁶ Vgl. PURSELL: Winter King, 203f.; LOCKYER: Buckingham, 126; zur Idee der *Spanish Match* vgl. unten S. 208.

⁵⁷⁷ Vgl. oben S. 189.

⁵⁷⁸ Vgl. LOCKYER: Buckingham, 168.

⁵⁷⁹ COGSWELL: Blessed Revolution, 83f. u. 115f.

⁵⁸⁰ Vgl. PURSELL: Winter King, 223f.; WEISS: Unterstützung Friedrichs V., 75f.

⁵⁸¹ Vgl. COGSWELL: Blessed Revolution, 76 u. 115f.

⁵⁸² Vgl. CSP Venice XVIII, Nr. 365, 366, 368, 450 u. 463.

königlichen Finanzen die Ausstattung einer Armee kaum zugelassen hätten. So erfolgte bereits 1624 unter Jakob I. die erneute Einberufung beider Kammern des Parlaments, um damit vor allem den Druck auf Spanien zu erhöhen, in letzter Minute doch noch zu einer Übereinkunft in der Pfalzfrage zu gelangen⁵⁸³. Prince Charles und Buckingham knüpften hingegen die Hoffnung an das neue Parlament, es als Forum für die eigenen Kriegspläne gegen Spanien zu nutzen und Jakob I. dadurch noch weiter zu einer offensiven Politik gegenüber Spanien zu drängen⁵⁸⁴. Diese unterschiedlichen Präferenzen zwischen Thronerbe und Favorit auf der einen und dem Monarchen auf der anderen Seite spiegelten sich schon bei der Eröffnung der Sitzung im März 1624 wider. Während Jakobs I. Rede von den Abgeordneten wegen dessen unentschiedenen Aussagen bezüglich der Beziehungen zu Spanien recht kühl aufgenommen wurde, konnte gemäß einem Bericht von Nethersole an Carleton Buckingham mit seinen Vorschlägen für ein offensives Vorgehen gegen Habsburg eine erste Geldbewilligung erreichen, auch wenn bei den Parlamentariern weiterhin die Skepsis gegenüber dem königlichen Favoriten überwog⁵⁸⁵.

Der Verlauf des Parlaments von 1624 wies in Fragen der Außenpolitik starke Parallelen zu dem Vorgängerparlament von 1621 auf. In beiden Sitzungen überwogen die Vorbehalte gegenüber der königlichen Außenpolitik. Zudem erschwerte die anhaltende Wirtschaftskrise die Erhebung der Abgaben, so dass die Session von 1624 entgegen Jakobs I. ursprünglicher Idee nicht jenes Instrument repräsentierte, mit dem Spanien die Drohkulissen englischer Rüstungen entgegengestellt werden konnte⁵⁸⁶. In den Sitzungen taten sich vielmehr erneut die Konflikte um das Wie einer militärischen Intervention zugunsten der Kurpfalz auf. Während Jakob I. weiterhin auf einer auf die Pfalz beschränkten Operation bestand, forderte die Mehrheit in beiden Kammern wie schon 1621 einen umfassenden Entlastungsangriff gegen Spanien⁵⁸⁷. So kamen auch 1624 nicht die erforderlichen Mittel von Seiten der Parlamente zustande, um die weitreichenden Angriffspläne des Secretary of State Conway zu verwirklichen, und die englische Außenpolitik geriet erneut in einen Grundsatzkonflikt zwischen Krone und Parlament in Fragen der königlichen Prärogativgewalt⁵⁸⁸. Dieser Verfassungskonflikt setzte sich auch nach dem Tod von Jakob I. am 27. März 1625 unter Karl I. weiter fort. So zwang in der so genannten Oxford-Sitzung das Unterhaus die Krone zu einer Aufgabe der betont profranzösischen Außenpolitik angesichts der französischen Offensiven gegen das hugenottische La Rochelle⁵⁸⁹.

Ungeachtet dieser internen Schwierigkeiten, die notwendigen Geldmittel für ein neues antihabsburgisches Bündnis zu organisieren, warb Karl I. zusammen mit Bu-

⁵⁸³ Vgl. LOCKYER: Buckingham, 171.

⁵⁸⁴ Vgl. ADAMS: Foreign Policy, 153–157; COGSWELL: Blessed Revolution, 133.

⁵⁸⁵ PRO SP 81/30, fol. 88: Francis Nethersole an Dudley Carleton, St. Martins Lane, 20./30. März 1624; COGSWELL: Blessed Revolution, 312.

⁵⁸⁶ Vgl. LOCKYER: Buckingham, 107.

⁵⁸⁷ Vgl. COGSWELL: Blessed Revolution, 133.

⁵⁸⁸ Vgl. ADAMS: Foreign Policy, 159f.

⁵⁸⁹ Vgl. COGSWELL: Blessed Revolution, 245–251.

ckingham und Conway als exklusives außenpolitisches Entscheidungszentrum rasch wichtige Partner für die Allianz. Bereits im Juni 1625 konnte die englische Diplomatie im Vertrag von Southampton erneut die Niederlande für eine Kriegsallianz gewinnen⁵⁹⁰. Von Oktober bis Dezember 1625 handelte zudem Buckingham in Den Haag auch den Einbezug Dänemarks aus, wobei der Pfälzer Exilhof zusätzlich auf einen Vertrag mit Schweden und Venedig hinarbeitete⁵⁹¹. Die am 9. Dezember 1625 abgeschlossene Haager Allianz zwischen den Niederlanden, England und Dänemark stellte aber angesichts der weitreichenden Pläne Londons und des Exilhofes nur einen Minimalerfolg dar⁵⁹². Gerade die Einbindung Frankreichs als vitalen Partner eines Krieges gegen Spanien war ein schwieriges Unterfangen. Zwar blieb für Buckingham seit Ende 1623 eine dynastische Allianz mit dem Haus Bourbon die *Conditio sine qua non* für einen erfolgreichen Krieg gegen Habsburg, jedoch bedeutete eine Allianz mit Frankreich zugleich die Aufgabe einer konfessionellen Außenpolitik und den Bündnisschluss mit einer katholischen Macht, die selbst Protestanten verfolgte. Hinzu kam, dass Frankreich nicht zuletzt aufgrund der guten Beziehungen zu Bayern in den Verhandlungen mit England darauf zielte, den Pfälzkonflikt vom eigenen Engagement im Veltlin zu trennen⁵⁹³.

Die zweite allianzpolitische Herausforderung ergab sich im Umgang mit den skandinavischen Königreichen. Den Berichten von Rusdorf an den Exilhof zufolge entwickelten sich die traditionelle dänisch-schwedische Rivalität und der Anspruch Christians IV. von Dänemark, den Oberbefehl über die Truppen zu führen, zu einer schweren Belastung für ein großes protestantisches Bündnis⁵⁹⁴. Die dänische Krone wollte auf eigene Faust und vor allem ohne schwedische Beteiligung den Feldzug im Reich führen, was in London und am Pfälzer Exilhof Befürchtungen weckte, Dänemark verbände mit der *causa communis* lediglich Partikularinteressen im niedersächsischen Reichskreis⁵⁹⁵. Demgegenüber bestand die Pfälzer Exilregierung weiterhin auf den Einbezug Schwedens und zeigte gegenüber Christian IV. ein tiefes Misstrauen⁵⁹⁶. Wie schon während des böhmischen Aufstands versuchten die Bündnispartner auch den unberechenbaren transsylvanischen Fürsten Bethlen Gábor (1580–1629) für einen Entlastungsangriff auf Habsburg zu gewinnen, wobei die fehlende finanzielle Unterstützung und ausbleibende Allianzzusagen der protestantischen Reichsfürsten die Verhandlungen erschwerten⁵⁹⁷.

⁵⁹⁰ Vgl. WOLF: Winterkönig, 170.

⁵⁹¹ Vgl. CSP Venice XIX, Nr. 260, 369 u. 404; PRO SP 81/33, fol. 209: Rusdorfs Memorandum, Salisbury, 3./13. Oktober 1625; MURDOCH: Scottish Ambassadors, 30f.

⁵⁹² Vgl. PURSELL: Winter King, 233f.

⁵⁹³ Vgl. ADAMS: Foreign Policy, 153–157; CSP Venice XVIII, Nr. 607 u. 628.

⁵⁹⁴ Johann von Rusdorf an Friedrich V., 18./28. Januar und 13./23. Februar 1625, in: CUHN: Mémoires, Nr. 87 u. 88.

⁵⁹⁵ Vgl. CSP Venice XIX, Nr. 25, 38, 52, 72, 78 u. 79.

⁵⁹⁶ Vgl. PRO SP 81/33, fol. 151f.: *Mémoire pour le Sieur Rustorff*, Den Haag, 1./11. August 1625; SCHUBERT: Exilregierung, 675.

⁵⁹⁷ Vgl. Thomas Roe an Princess Elizabeth, Konstantinopel, 15./25. Mai 1624, in: ANONYM.: Negotiations of Thomas Roe, 238; CSP Venice XIX, Nr. 733; BL MSS Harleian

Zu einer formellen Aufnahme der Kriegshandlungen zwischen England und den Habsburger Ländern kam es aber seit dem Ende der *Spanish Match* nicht. Zwar befahl Jakob I. mit den ersten Geldbewilligungen des Parlaments bereits im Frühjahr 1624 die Aushebung einer 10.000 Soldaten und 3.000 Reiter umfassenden Armee unter dem Kommando von Mansfeld⁵⁹⁸. Mansfelds Soldaten sollten aber nur innerhalb der Pfalz die spanischen Truppen attackieren und vor allem nicht in den Krieg zwischen Madrid und den Niederlanden eingreifen⁵⁹⁹. Dabei entwickelte sich Mansfelds Expedition zu einem Menetekel für die gesamten englischen Kriegsanstrengungen. So verweigerte Frankreich die abgesprochene Landung der Truppen in Calais; der sich anschließende Transport der Armee in die Niederlande erfolgte unter chaotischen Umständen, die vielen Soldaten das Leben kostete. England fehlte das Geld für eine überzeugende Interventionsmacht und deren Transport an den Ort des Kriegsgeschehens⁶⁰⁰.

Mit der Nachfolge von Karl I. auf dem englischen Thron intensivierte London die Kriegsanstrengungen. Mansfelds Armee wurde verstärkt, zugleich erhielt Christian IV. Unterstützung für seine Intervention im niedersächsischen Reichskreis. Zudem unternahm die englische Flotte im Namen von Friedrich V. und Princess Elizabeth Angriffe gegen die spanischen Seestreitkräfte⁶⁰¹. Letztlich scheiterte aber die englische Kriegspolitik an dem seit 1626 aufziehenden Grundsatzkonflikt mit Frankreich um das Schicksal der Hugenottengemeinde La Rochelle. Nach dem Misserfolg der englischen Diplomatie befand sich London seit 1626 in einem Zweifrontenkrieg gegen Spanien und Frankreich, was die ohnehin spärlichen englischen Kräfte nun vollends überforderte⁶⁰². Die englische Außen- und Kriegspolitik geriet Asch zufolge immer mehr zu einer persönlichen Angelegenheit des Favoriten Buckingham, der vor dem Hintergrund seiner Feindschaft zu Olivares und auch zu Richelieu die Pfalz- und La Rochelle-Frage zu einer persönlichen Ehrfrage machte⁶⁰³. So genügten die bescheidenen Ergebnisse der Feldzüge gegen Spanien seit 1626 vor allem dem Parlament nicht mehr als Argument für weitere Geldbewilligungen. Die Parlamentarier kritisierten vielmehr die unklare politische Führungssituation zwischen Monarch und Favorit⁶⁰⁴. Damit konnte England seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber

6988, fol. 12f.: Friedrich V. an George Buckingham, Den Haag, 28. August/7. September 1626.

⁵⁹⁸ Vgl. BL MSS Egerton 2596, fol. 5: Königliches Patent zur Truppenaushebung, 25. April/5. Mai 1624 (Abschrift).

⁵⁹⁹ Vgl. PRO SP 81/30, fol. 178: *James's declaration touching Mansfelt's employment*, April 1624.

⁶⁰⁰ Vgl. LOCKYER: Buckingham, 211f.; CSP Venice XVIII, Nr. 842.

⁶⁰¹ Vgl. PRO SP 81/33, fol. 63–65: *The reasons his [Majestie] hath to seeke the restoration of his brother and sister by Armes*, [o.O.], Mai 1625; PRO SP 81/34, fol. 108f.: Friedrich V. an Karl I., Den Haag, 18./28. August 1626; PRO SP 81/33, fol. 44: Vollmacht Friedrichs V. und Princess Elizabeths an George Buckingham, [o.O.] 20./30. Mai 1625.

⁶⁰² Vgl. COGSWELL: *Blessed Revolution*, 255.

⁶⁰³ ASCH: Hof Karls I., 54.

⁶⁰⁴ Vgl. COGSWELL: *Blessed Revolution*, 313f.

Christian IV. und auch Gábor immer weniger einhalten, was den Zusammenbruch der Operationen gegen die Armeen Tillys und Albrechts von Wallenstein (1583–1634) rasch beförderte⁶⁰⁵. Brennan Pursell sieht schließlich die Ursache für den Fehlschlag der Haager Allianz in den internen Auseinandersetzungen Englands, aber auch in der fehlenden Einbindung Frankreichs und in der Überspannung der Kriegesziele⁶⁰⁶.

Noch während der ersten Kriegsanstrengungen gaben weder London noch die Pfälzer Exilregierung in Den Haag ihre diplomatischen Initiativen zur Lösung der Pfalzfrage auf. Trotz aller Skepsis gegenüber einem neuerlichen Verhandlungsangebot aus Wien zeigte sich Friedrich V. beispielsweise im Juni 1625 grundsätzlich dazu bereit, auf Grundlage der Vorschläge von 1621 die Verhandlungen wieder aufzunehmen, auch wenn er in der Kriegspolitik den einzig Erfolg versprechenden Weg gegenüber Habsburg sah⁶⁰⁷. Auch später hielten sich Exilregierung und Privy Council an den Grundsatz, aus der Position der militärischen Stärke heraus weiterhin Verhandlungen mit Wien zu suchen⁶⁰⁸. Die Pfälzer Exilregierung zeigte sich vor allem daran interessiert, einer möglichen Sanktionierung der Reichsacht gegen Friedrich V. und der Kurtransaktion auf einem Kurfürstentag diplomatisch entgegenzuwirken. So sollte auch eine Gesandtschaft unter Robert Anstruther († 1645) den Kaiser davon überzeugen, dass nur durch die Restitution der Pfalz ein Krieg noch verhindert werden könne⁶⁰⁹.

Mit der sich abzeichnenden militärischen Niederlage rückten Ausgleichsverhandlungen für die englische und Kurpfälzer Diplomatie seit 1627 verstärkt in das Zentrum der außenpolitischen Bemühungen. So konnte dank einer gemeinsamen Initiative von Württemberg und Lothringen im Juli 1627 in Colmar ein erster Austausch zwischen dem Pfälzer Exilhof und der katholischen Seite über die jeweiligen Forderungen organisiert werden. Jedoch stießen hier die Maximalforderungen des kaiserlichen Rats Johann Ulrich Freiherr von Eggenberg (1568–1634), die neben dem Verzicht auf Böhmen, der Unterwerfung Friedrichs V. unter die kaiserliche Autorität sowie Schadensersatz vor allem den endgültigen Verlust der Kurwürde und die Religionsfreiheit für die Katholiken in der Pfalz vorsahen, auf die von Rusdorf ausgearbeiteten Vorstellungen der Kurpfalz⁶¹⁰:

⁶⁰⁵ Vgl. Johann von Rusdorf an Friedrich V., London, 3./13. September 1626, in: CUHN: Mémoires, Nr. 146; CSP Venice XX, Nr. 11; BayHStA, KB, Nr. 89/3c, fol. 22f.: Friedrich V. an Dudley Carleton, Den Haag, 11./21. Februar 1627 (Konzept).

⁶⁰⁶ PURSELL: Winter King, 217 u. 244f.

⁶⁰⁷ Vgl. PRO SP 81/33, fol. 49f.: *Advis de Messieurs du Conseil touchant l'Acte de Declaration que Monsieur l'Ambassadeur Carleton par commandement de Sa Ma.té de la Grande Bretagne, demande au Roy de Boheme*, Den Haag, 22. Mai/1. Juni 1625

⁶⁰⁸ Vgl. CSP Venice XIX, Nr. 189 u. 207.

⁶⁰⁹ Vgl. PRO SP 81/33, fol. 121: Instruktionen für Robert Anstruther, Hampton Court, 6./16. Juli 1625 (Kopie); PRO SP 81/33, fol. 124f.: *Memoire pour le Sieur de Rustoff de ce qu'il aura à presenter au Roy de la Grande Bretagne*, Den Haag, 7./17. Juli 1625

⁶¹⁰ Vgl. BN Paris, Col. Dupuy, Nr. 10, fol. 172–179: *Declaration et offres des Deputez de Frideric Electeur Palatin, aux Demandes et Propositions de la part de l'Empereur à Colmar*, [o.O.], 18./28 Juli 1627 (Abschrift).

1. die Unterwerfung Friedrichs V. unter die kaiserliche Autorität soll durch eine dritte Person geschehen,
2. die Pfälzer Kurwürde soll nach dem Tod Maximilians I. wieder an die Pfalz fallen,
3. lediglich ausgewählte katholische Klöster werden in der Kurpfalz toleriert,
4. Pfalz zahlt keine Entschädigung für die entstandenen Kriegskosten.

Gotthard zufolge scheiterten die Verhandlungen an der Unvereinbarkeit dieser Maximalpositionen sowie an dem fehlenden Interesse Bayerns und des Kaisers, angesichts der eigenen militärischen Stärke überhaupt Zugeständnisse zu machen. Andererseits konnte die Kurpfalz aber die Verhandlungen in Colmar nutzen, um öffentlich ihre Friedens- und Verhandlungsbereitschaft zu demonstrieren⁶¹¹.

Ebenso ergebnislos für die Pfalzfrage, aber dennoch von weitreichender Konsequenz für die englisch-kurpfälzischen Beziehungen gestalteten sich die Friedensverhandlungen zwischen England und Spanien nach dem Fehlschlag der englischen Militärunternehmen und der Ermordung des Favoriten Buckingham 1628. Die englische Außenpolitik war seit 1628 immer mehr mit dem politischen Problem konfrontiert, dass die Fortsetzung des Krieges gegen Spanien die erneute Einberufung des Parlaments erforderlich machte, was angesichts der eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen Krone und Unterhaus seit Mitte der 1620er Jahre unmöglich wurde⁶¹². Die englische Seite bemühte sich daher verstärkt, den Friedenszustand zu allen europäischen Mächten wieder herzustellen, wozu Geheimverhandlungen von Francis Cottington (1578–1652) in Madrid und diplomatische Missionen des Malers und Politikers Peter Paul Rubens (1577–1640) in London dienten. Das Bekanntwerden der anglo-spanischen Verhandlungen sorgte bei den Partnern der Haager Allianz und vor allem bei der Pfälzer Exilregierung für Aufregung. Allgemein wurde ein Friedensschluss ohne Beteiligung der anderen Kriegsparteien sowie mit einer weiterhin ungelösten Pfalzfrage befürchtet. Die Diplomaten in Den Haag betrachteten daher die englische Außenpolitik immer mehr als ein gegen die Interessen des Protestantismus gerichtetes Komplott der Krone⁶¹³.

Die Pfälzer Exilregierung zeigte sich darum bemüht, die Pfalzfrage in den anglo-spanischen Friedensverhandlungen zu thematisieren, und Karl I. sagte zunächst gegenüber Friedrich V. zu, dass es keinen Frieden mit Spanien ohne abschließende Restitution der Kurpfalz geben werde⁶¹⁴. Tatsächlich befand sich die englische Regierung 1629 in der prekären Lage, dass ein Friedensschluss mit Spanien ohne klare Regelung der Pfalzfrage zwar einer eindeutigen außenpolitischen Niederlage für London gleichkäme, dass aber angesichts der vorherrschenden Kräfteverhältnisse England die spanische Regierung kaum zu einer Restitution zwingen konnte. Die Pfalzfrage geriet daher in den Verhandlungen immer mehr in den Hintergrund und Karl I.

⁶¹¹ GOTTHARD: *Konfession und Staatsräson*, 432f.

⁶¹² Vgl. ASCH: *Hof Karls I.*, 54.

⁶¹³ Vgl. CSP Venice XXI, Nr. 162, 226, 253, 273, 278 u. 633; PRO SP 81/35, fol. 242f.: Friedrich V. an Dudley Carleton, Den Haag, 8./18. Oktober 1629.

⁶¹⁴ Vgl. PRO SP 81/36, fol. 76f.: Friedrich V. an Dudley Carleton, Den Haag, 8./18. August 1630; PRO SP 81/36, fol. 81: Karl I. an Princess Elizabeth, Beaulieu, 16./26. August 1630.

war darum bemüht, seine Schwester Elizabeth und deren Familie für einen Friedensvertrag mit Spanien zu gewinnen, der nicht mehr als vage Aussichten bezüglich der Pfalz enthielt⁶¹⁵. So mündeten die Verhandlungen am 5. November 1629 in einen Friedensvertrag, dessen offizielles Dokument die Kurpfalz mit keinem Wort erwähnt. Nur in einem geheimen Zusatzabkommen versprach Spanien, gegenüber Wien in Sachen Pfalz eine Mediatorenrolle einzunehmen⁶¹⁶.

Doch bereits im folgenden Jahr wurden die geheimen spanischen Zusicherungen auf dem Regensburger Kurfürstentag zu Makulatur. Dabei zeichnete sich für die Kurpfalz durch eine Initiative Kurkölns 1630 erstmals seit den gescheiterten Verhandlungen von Colmar die Möglichkeit direkter Verhandlungen mit der katholischen Seite durch eine englisch-kurpfälzische Delegation ab. Der Exilhof begrüßte denn auch die Bemühungen des Kölner Kurfürsten und zeigte sich gegenüber Wien und München verhandlungsbereit⁶¹⁷. Ungeachtet der weiteren Schwächung nach den militärischen Niederlagen seit 1627 ging die Kurpfälzer Delegation mit den gleichen Maximalforderungen wie in Colmar in die Regensburger Verhandlungen. Vor allem die Frage einer bedingungslosen Unterwerfung unter die kaiserliche Autorität blieb ein zentrales Problem der Verhandlungen⁶¹⁸. Letztlich scheiterten die Gespräche erneut an der fehlenden Friedensbereitschaft auf beiden Seiten, aber auch an der Weigerung Spaniens, die gegenüber England versprochene Mediatorenrolle einzunehmen⁶¹⁹. Daher empfahl Friedrich V. London im Juli 1630 den Abbruch der direkten Verhandlungen mit Wien, da der Kaiser nicht die Restitution der Kurpfalz, sondern lediglich die Rücknahme des Reichsbannes und geringe Kompensationszahlungen für die besetzten Pfälzer Gebiete als Gegenleistung für eine Unterwerfung Friedrichs V. anbot⁶²⁰.

Diesen zahlreichen Pazifizierungsmaßnahmen zwischen den Partnern der Haager Allianz und den Habsburger Ländern folgte eine zunehmende Entfremdung zwischen London und der Pfälzer Exilregierung. Angesichts der englischen Verhandlungsführung bei den Friedensverhandlungen mit Spanien und dem Scheitern der diplomatischen Initiativen in Colmar und Regensburg hielt die Kurpfalz immer mehr Ausschau nach einem neuen Bündnispartner, der eine Restitution der Kurpfalz notfalls auf militärischem Wege tatsächlich verwirklichen konnte. Mit den ersten Siegen

⁶¹⁵ Vgl. CSP Venice XXII, Nr. 148, 168, 184, 186, 203, 221, 278, 282, 311, 335 u. 347; PRO SP 81/36, fol. 127: Dudley Carleton an Princess Elizabeth, Whitehall, 14./24. Dezember 1630.

⁶¹⁶ Vgl. SHARPE: Personal Rule, 68; CSP Venice XXII, Nr. 404, 416, 432, 495, 511, 517, 538, 545, 548 u. 562.

⁶¹⁷ Vgl. PRO SP 81/36, fol. 32f.: Francis Nethersole an [Dudley Carleton], Den Haag, 28. Mai/7. Juni 1630; PRO SP 81/36, fol. 35: Friedrich V. an Dudley Carleton, Den Haag, 6./16. Juni 1630.

⁶¹⁸ Vgl. PRO SP 81/36, fol. 56ff.: Francis Nethersole an Dudley Carleton, Den Haag, 12./22. Juli 1630.

⁶¹⁹ Vgl. MURDOCH: Scottish Ambassadors, 38.

⁶²⁰ Vgl. PRO SP 81/36, fol. 130: *Mémoire de ce que le Roy de Boheme a prie Monsieur l'Ambassadeur Vane de représenter à Sa [Majesté] de la Grande Bretagne*, Den Haag, 20./30. Dezember 1630.

über die kaiserlichen Truppen geriet die schwedische Krone seit den Regensburger Verhandlungen zunehmend in den Blickpunkt der Pfälzer Diplomatie⁶²¹. Friedrich V. sah in den Triumphen von Gustav Adolf (1594–1632) über Tilly die unerwartete Chance, durch Waffengewalt die Restitution seines Landes doch noch zu erreichen, und bat daher im Oktober 1631 um das Einverständnis Englands, sich persönlich in das schwedische Feldlager begeben zu dürfen⁶²².

Auch die englische Seite betrachtete Gustav Adolf ungeachtet der eigenen Friedenspolitik gegenüber Spanien als möglichen Partner, der zu einer Lösung der Pfalzfrage beitragen könnte, ohne dass England die Last eines Krieges selbst auf sich nehmen müsste. Besonders Secretary of State Carleton bemühte sich zu Beginn des schwedischen Feldzugs um ein Bündnis mit der schwedischen Krone⁶²³. Wiederum war es Ziel der englischen Seite, aus der Position der militärischen Stärke heraus mit Kaiser und Bayern zu verhandeln. Um einen stärkeren Einfluss auf das Geschehen im Reich zu nehmen, entsandte England ein 4.000 Soldaten umfassendes Freiwilligenkorps unter der Führung von Hamilton sowie eine Gesandtschaft unter Henry Vane (1589–1655) zur Aushandlung einer Allianz ins schwedische Lager⁶²⁴. Gleichzeitig blieb Anstruther als Gesandter am Wiener Hof, um der kaiserlichen Seite vor dem Hintergrund der militärischen Bedrohung Zugeständnisse in der Pfalzfrage abzurufen⁶²⁵.

Jedoch musste ungeachtet der Begeisterung vieler Protestanten über die schwedischen Siege im Reich die englische Diplomatie bald erkennen, dass eine Übereinkunft mit Schweden bezüglich der Restitution der Kurpfalz erhebliche Probleme aufwarf⁶²⁶. Die schwedische Seite verfolgte aus Sorge vor Gegenmaßnahmen der französischen Krone eine Politik des Status quo in der Kurpfalz und vermied eine klare Zusage der Restitution der durch Schweden eroberten Gebiete Friedrichs V. Vielmehr sollte Frankreich als Treuhänder in den eroberten Pfälzer Ländern eingesetzt und ein Ausgleich mit Bayern gefunden werden⁶²⁷. Auch die englischen Angebote bezüglich einer engeren militärischen Allianz zwischen Stockholm und London brachten kaum Bewegung in die Verhandlungen. Gustav Adolf überforderte sowohl England als auch den Pfälzer Exilhof mit der Forderung, eine Armee von 8.000 Soldaten und 2.000 Reitern zu finanzieren, sowie die lutherische Konfession in der restituierten

⁶²¹ Vgl. PURSELL: Winter King, 270ff.

⁶²² Vgl. PRO SP 81/37, fol. 81: Friedrich V. an Dudley Carleton, Den Haag, 9./19. Oktober 1631.

⁶²³ Vgl. ASCH: Hof Karls I., 78.

⁶²⁴ Vgl. PRO SP 81/37, fol. 48: Dudley Carleton an Friedrich V., [o.O.] 6./16. Juli 1631 (Kopie); BL MSS Egerton 2541, fol. 184ff.: *Sr. Hen: Vanes relation of his Embassy to the King of Swea-de*, [o.O.], [1632]

⁶²⁵ Vgl. PRO SP 81/37, fol. 110f.: Dudley Carleton an Princess Elizabeth, Whitehall, 10./20. September 1631.

⁶²⁶ Vgl. SHARPE: Personal Rule, 81f.

⁶²⁷ Vgl. CSP Venice XXII, Nr. 850; PRO SP 81/38, fol 19: Vane's Bericht von seiner zweiten Audienz beim schwedischen König, [o.O.] 8./18. Januar 1632; PRO SP 81/38, fol. 39: Bericht über Verhandlungen zwischen Henry Vane und Gustav Adolf, [o.O.] 19./29. Januar 1632.

Kurpfalz formal zu tolerieren⁶²⁸. Die englische Seite lehnte die schwedischen Forderungen ab und Vane äußerte gegenüber London die Vermutung, dass Schweden kein wirkliches Interesse an einer Hilfe Englands und an einer Restitution der Pfalz habe⁶²⁹.

So zog sich die englische Diplomatie noch vor dem Tod Gustav Adolfs in der Schlacht von Lützen (16. November 1632) endgültig aus den Verhandlungen mit Schweden um die Restitution der Kurpfalz zurück und berief im Spätsommer 1632 auch noch Friedrich V. aus dem schwedischen Feldlager zurück⁶³⁰. Als am 30. November 1632 auch noch Friedrich V. in Mainz nach einer längeren Krankheit starb, rückte die Lösung der Pfalzfrage in noch weitere Ferne⁶³¹.

c) Der Kampf um die Pfalz als „Erbfolgekrieg“ – Pfälzer Kurwürde und dynastische Projekte in der englisch-kurpfälzischen Diplomatie 1621–1632

Seit der dynastischen Allianz zwischen London und Heidelberg kann ein wechselvolles Verhältnis von dynastischen und religiösen Motiven in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen beobachtet werden. Der Höhepunkt bildete dabei wie gesehen das Pfälzer Engagement in Böhmen, das unter dynastischer Perspektive als Resultat der seit 1610 eskalierten Auseinandersetzungen innerhalb des Hauses Wittelsbach, aber auch als Ergebnis jener Probleme gedeutet wurde, die sich durch die königliche Heirat von 1613 für den Heidelberger Hof und das Kurpfälzer Klientensystem ergaben⁶³².

Diese dynastische Motivlage komplettierten während der militärischen Auseinandersetzungen um die Kurpfalz 1620–1622 dezidiert pfälzische Ehrvorstellungen. So entwickelte sich die Pfalzfrage in der Wahrnehmung Friedrichs V. zur *causa communis*, die neben der religiösen auch eine dynastische Dimension enthielt. Auf die von der kaiserlichen Seite wiederholt geforderte bedingungslose Unterwerfung Friedrichs V. unter die kaiserliche Autorität entgegnete der Exilhof demnach, dass dies unmöglich sei, denn der Pfalzgraf würde dadurch [...] *blesser extremement sa conscience et son honneur*⁶³³.

Die angesichts der verzweifelten politischen und militärischen Lage gesteigerte Ehrvorstellung am Haager Exilhof spiegelte zugleich das komplexe Zusammenspiel dynastischer und konfessioneller Motive innerhalb der Pfälzer Regierung wider. Denn während langgediente Kurpfälzer Räte wie Camerarius unter der *causa com-*

⁶²⁸ Vgl. CSP Venice XXII, Nr. 738, 745, 749, 751, 753 u. 754; PRO SP 81/38, fol. 101: *The Substance and meaning of the demands, and offers of the [King] of [Sweden] to the [King] of [Great Britain]*, [o.O.] 14./24. März 1632.

⁶²⁹ Vgl. BL MSS Egerton 2541, fol. 184ff.

⁶³⁰ Vgl. CSP Venice XXIII, Nr. 9, 22 u. 64.

⁶³¹ Zu den englischen Verhandlungen zur Restitution der Kurpfalz nach 1632 vgl. LINDQUIST: *Politics of Diplomacy*.

⁶³² Vgl. oben S. 156f.

⁶³³ BayHStA, KS, Nr. 9254/2, fol. 92.

munis eine Mischung aus protestantischer Solidarität und Fürstenlibertät verstanden, betonten jüngere Diplomaten wie Pawel oder Rusdorf seit der Schlacht am Weißen Berg das ritterlich-dynastische Treueverhältnis gegenüber dem exilierten Pfalzgrafen, das sie zum Kampf für die *domus Palatina* verpflichtete⁶³⁴. Dieses dynastische Motiv erfuhr eine romantisch-abenteuerliche Steigerung durch Christian von Braunschweig – auch bekannt als der *tolle Halberstädter* –, der seine Kriegsunternehmungen unter das Motto *Tout avec Dieu et pour elle* und damit dezidiert unter die Ägide der Pfalzgräfin stellte.

Pawel, Rusdorf und teilweise auch Christian von Braunschweig rezipierten damit jene Haltung, die seit der von Jakob I. verweigerten Hilfe für Böhmen und die Pfalz 1619–1622 in den außenpolitischen Diskussionen am englischen Hof vielfach geäußert wurde. Für die englische Krone bedeutete die Besetzung der Kurpfalz durch katholische Truppen und die Reichsacht gegen Friedrich V. eine Verletzung althergebrachter dynastischer Ansprüche des mit den Stuarts verbundenen pfalzgräflichen Hauses. Die dynastischen Legitimitätsvorstellungen, die Jakob I. in der Böhmenkrise zur Zurückhaltung veranlassten, verpflichteten ihn in der Pfalzfrage endgültig zur Assistenz. Jedoch sah sich die englische Diplomatie in den Verhandlungen mit der kaiserlichen Seite wiederholt von Kaiser Ferdinand II. getäuscht, so dass sich die Wiedereinsetzung Friedrichs V. in Amt und Würden auch zur Ehrfrage für Jakob I. entwickelte, der sich nun selbst verpflichtet sah, *par la Loy de l'honneur et de la nature*⁶³⁵.

Gleichzeitig geriet in den englischen Beziehungen zum Pfälzer Exilhof und in den öffentlichen Erörterungen im Parlament das Schicksal der königlichen Kinder und Enkelkinder zum Code für einen gerechten Krieg. Die Kurpfälzer Argumentation, dass Jakob I. Blutsverwandtschaft mit dem pfalzgräflichen Haus ein Eingreifen geradezu befehle⁶³⁶, wurde auch von den Parlamentariern wiederholt aufgegriffen: *Beasts of a nature will flock together to ayd each other, and shall we come short of unsensible creations?*⁶³⁷ Schließlich setzte sich die Idee der dynastischen Verpflichtung auch 1625 beim englischen Kriegseintritt gegen das Haus Habsburg durch. Karl I. rechtfertigte die militärische Hilfe für seine vertriebenen Pfälzer Angehörigen als *the most just cause, that a King can have*⁶³⁸.

Diese dynastische Dimension der englisch-kurpfälzischen Beziehungen erlebte in den Jahren 1623/24 einen neuen Höhepunkt. So lieferten die offizielle Übertragung der Pfälzer Kurwürde auf Maximilian I. von Bayern, aber auch eine Reihe von Vorschlägen zu Heiratsallianzen zwischen den Konfliktparteien jenen dynastischen An-

⁶³⁴ SCHUBERT: Exilregierung, 584 u. 613f.

⁶³⁵ BayHStA, KS, Nr. 9254/2, fol. 35f.: Jakob I. an Friedrich V., Westminster, 19./29. April 1624.

⁶³⁶ Vgl. BL MSS Egerton 2593, fol. 189f.: [Christoph von Dohna?] an John Calvert, Southampton, [o.O.], 19./29. August 1620 (Kopie).

⁶³⁷ Rede des Abgeordneten Wrenham, 30. Mai 1621, in: NOTESTEIN: Commons Debates 1621, Bd. 6, 179.

⁶³⁸ PRO SP 81/33, fol. 63.

trieb, der phasenweise zum Charakter des Dreißigjährigen Krieges als einer Art Erbfolgekrieg beitrug.

Die Zukunft der Pfälzer Kurwürde entwickelte sich seit der Investitur des Bayernherzogs auf dem Regensburger Reichstag 1623 zur Schlüsselfrage für den Dreißigjährigen Krieg, die wiederholt zur Intervention auswärtiger Mächte führte und schließlich erst durch internationale Vereinbarungen auf dem Westfälischen Friedenskongress gelöst werden konnte. Dass sich der Streit um die Kurwürde zu einer so starken Antriebskraft der internationalen Politik 1618–1648 entwickeln konnte, hing nicht zuletzt mit dem Stellenwert dynastischer Politik für Maximilian I. zusammen, die weit vor den Aufstand in Böhmen zurückreichte⁶³⁹. Der Bayernherzog repräsentierte einen frühmodernen Fürstentypus, der sich bedingungsloser als seine Vorgänger dem Leitstern des Interesses seines Hauses und seiner Dynastie unterwarf⁶⁴⁰. „Obwohl für Maximilian die Koizidenz konfessioneller und staatlicher Politik von echter persönlicher Religiosität getragen blieb, war er sich sehr deutlich der Möglichkeiten bewusst, mit dem Eintreten für Katholizismus und Gegenreformation zugleich die Interessen seiner Dynastie und seines Staates zu wahren“⁶⁴¹. Dynastisches Bewusstsein, das ein starkes Interesse an einer Rangerhöhung implizierte, bildete demnach auch die Grundkonstante der bayerischen Politik bereits vor 1618⁶⁴².

Vor dem Hintergrund des Pfälzer Griffs nach der Wenzelskrone ergab sich für Bayern die realistische Chance, sowohl den Kaiser als auch die Mehrheit des Kurfürstenkollegs für die Verwirklichung der alten bayerischen Ansprüche auf die Pfälzer Kur zu gewinnen. Bereits in einem geheimen Zusatzabkommen des Münchener Vertrags vom Oktober 1619, in dem die Modalitäten der Militärhilfe der Liga für den Kaiser gegen Böhmen geregelt wurden, verpflichtete sich Ferdinand II. zur Übertragung der Pfälzer Kurwürde an Maximilian I. als Ausgleich für die bayerische Reichsexekution gegen Friedrich V⁶⁴³. Voraussetzung für solch eine Translation war aber die rechtmäßige Ächtung des Pfalzgrafen nach dessen Anhörung und seine verfassungsgemäße Verurteilung, sowie die Zustimmung des Kurfürstenkollegs für die Übertragung der Kur an Bayern. Aber bereits die Ächtung des Pfalzgrafen am 22. Januar 1622 verstieß gegen die Vorschriften der Reichsverfassung, so dass der Widerstand Kursachsens und Kurbrandenburgs nur eine geheime Belehnung Bayerns im September 1621 ermöglichte⁶⁴⁴. Erschwerend kam hinzu, dass auch die spanische Seite große Bedenken gegen das Wiener Vorgehen in Fragen der Kurwürde äußerte, weshalb Ferdinand II. in Madrid mehrfach vorstellig werden musste, um die kaiserliche Verpflichtung gegenüber Bayern deutlich zu machen und Spanien vor weitreichenden Versprechungen gegenüber England in Fragen der Kurwürde abzuhalten⁶⁴⁵.

⁶³⁹ Vgl. oben S. 93f. u. S. 129ff.

⁶⁴⁰ Vgl. BECKER: Faktoren der bayerischen Politik, 53.

⁶⁴¹ Vgl. MALISCH: Absolutismus als Staatsräson, 290.

⁶⁴² Vgl. EDEL: Maximilian von Bayern, 117f.

⁶⁴³ Vgl. ALBRECHT: Auswärtige Politik, 49.

⁶⁴⁴ Vgl. STEINER: Pfälzische Kurwürde, 38f. u. 51f.

⁶⁴⁵ Vgl. BL MSS Add. 48166, fol. 199f.: Isaac Wake an John Calvert, [o.O.] 25. Juni/5. Juli 1622.

Erst der anhaltende militärische Widerstand Friedrichs V. in der Pfalz und die Überlegenheit der Liga führten zu einem Stimmungsumschwung in Kursachsen und zu einer Marginalisierung Brandenburgs, so dass nach der offiziellen Investitur Maximilians I. in die Pfälzer Würden am 24./25. Februar 1623 in Regensburg die Aufnahme des Bayernherzogs ins Kurkollegium im Juli 1624 möglich wurde⁶⁴⁶. Die Belehnung bezog sich aber entgegen dem Münchener Vertrag nur auf Maximilian I. und nicht auf das gesamte Haus Bayern und auch nur auf die Pfälzer Reichswürden unter Ausschluss der Pfälzer Gebiete. Die bayerische Diplomatie zeigte sich daher auch noch sehr zurückhaltend in der Führung des Kurtitels, bis auf dem Mühlhausener Kurfürstentag 1627 endgültig auch die Belehnung der gesamten bayerisch-wilhelminischen Linie mit der Pfälzer Kur erreicht werden konnte⁶⁴⁷. Damit kam eine konsistente bayerische Politik an ihr endgültiges Ziel, die Michael Kaiser als „negative Pfalzpolitik“ gegen den *proscribierten Pfalzgrafen* bezeichnet, und die zur Sicherung der Kurwürde und der Oberpfalz beitragen sollte. Inhalt dieser Politik war der Ausschluss Friedrichs V. und seiner Diplomaten aus der Reichspolitik sowie die schrittweise Überführung der Ergebnisse von 1621 in das Reichsrecht. Erst nach der Erblichkeit der Kurwürde für Bayern lockerte Maximilian I. die Isolierung der Pfalz und gestattete inoffizielle Kontakte zum Exilhof in Den Haag⁶⁴⁸.

In den englisch-kurpfälzischen Beziehungen komplizierte die Kurtranslation nach der Besetzung der Pfälzer Territorien die diplomatischen Schritte zur Lösung der Krise. Bereits die ersten Gerüchte über eine Investitur Maximilians I. nach der Erbeutung der so genannten *Spanischen Kanzley* nötigten die englische Seite zu einem entschiedeneren Vorgehen in den Verhandlungen mit Wien⁶⁴⁹. Die Exilregierung in Den Haag betrachtete die offizielle Kurtranslation als klare Eskalation der Lage, die das rechtswidrige Verhalten der katholischen Seite offenbarte und eine friedliche Übereinkunft nahezu ausgeschlossen erscheinen ließ⁶⁵⁰. Alle spanischen Verhandlungsvorschläge wie die befristete Übertragung der Kurwürde auf Maximilian I. oder gar die Schaffung einer neuen achten Kurwürde für den Pfalzgrafen wiesen Friedrich V. und seine Räte entschieden zurück⁶⁵¹. Der Pfalzgraf beharrte in den frühen Verhandlungen daher auf dem Standpunkt, dass Bayern unter keinen Umständen der Kurtitel eingeräumt werden könne, da dadurch gleich mehrere rechtswidrige Akte, nämlich der Reichsbann gegen Friedrich V., die Investitur Maximilians I. sowie seine Aufnahme ins Kurkolleg nachträglich sanktioniert würden⁶⁵². Erst die bitteren Erfahrungen weiterer militärischer Niederlagen der Haager Allianz sowie der spanisch-englische

⁶⁴⁶ Vgl. STEINER: Pfälzische Kurwürde, 94f. u. 109.

⁶⁴⁷ Vgl. PRO SP 81/29, fol. 265f.: Francis Nethersole an John Calvert, Den Haag, 12./22. November 1623; STEINER: Pfälzische Kurwürde, 110f.

⁶⁴⁸ WOLF: Winterkönig, 122ff.

⁶⁴⁹ Vgl. CSP Venice XVII, Nr. 70.

⁶⁵⁰ PRO SP 81/28, fol. 98–101; Francis Nethersole an John Calvert, Den Haag, März 1623.

⁶⁵¹ Vgl. BL MSS Egerton 2594, fol. 69f.: Friedrich V. an John Digby, Den Haag, 13./23. August 1621; Bericht von Johann v. Rusdorfs Unterredung mit John Clavert, [o.O.], 25. August/4. September 1623, in: CUHN: Mémoires, Nr. 20.

⁶⁵² Vgl. PRO SP 81/29, fol. 311–313; Friedrich V. an Jakob I., Den Haag, 20./30. Dezember 1623.

Friedensvertrag führten auf Pfälzer Seite zur vorsichtigen Verhandlungsbereitschaft in der Kurfrage. So schlug Friedrich V. 1631 vor, Maximilian I. bis zu dessen Tod als Mitkurfürsten zu akzeptieren, danach solle aber der Titel auf alle Fälle wieder an die Pfalz fallen⁶⁵³.

Die seit 1619 befürchtete und 1623 durchgeführte Kurtranslation rückte in der englischen Diplomatie das dynastische Prinzip als Instrument der Außenpolitik verstärkt in den Mittelpunkt. Seit 1623 verfolgte Jakob I. eine Reihe dynastischer Bündnispläne zur Lösung der Pfalzfrage, um durch Heiratsallianzen mit Madrid, Wien und sogar München den Frieden wiederherzustellen⁶⁵⁴. An erster Stelle stand dabei die bereits seit dem dynastischen Bündnisschluss mit der Pfalz 1613 verfolgte Idee, in Ergänzung zur pfälzischen Hochzeit nun eine *Spanish Match* für den Thronerben als Baustein einer allgemeinen Friedenspolitik zu verwirklichen, und damit zugleich die Abhängigkeit vom Parlament durch eine möglichst hohe spanische Mitgift zu reduzieren⁶⁵⁵.

Nach 1620 erhielt die *Spanish Match* mit der Besetzung der linksrheinischen Pfalz durch die spanischen Truppen eine neue Wendung. Was zuvor noch von Jakob I. zur Prävention eines europäischen Flächenbrands gedacht war, sollte nach der Schlacht am Weißen Berg nun den ausgebrochenen Konflikt regeln und vor allem die Pfalzfrage zu einer alle Seiten befriedigenden Lösung führen⁶⁵⁶. Diese Idee einer Verbindung von Pfalzfrage und *Spanish Match* brachte aber nicht nur das große Vertrauen von Jakob I. in die Leistungsfähigkeit dynastischer Bündnispolitik zum Ausdruck. Lockyer zufolge spielte für die englische Diplomatie hierbei auch die Erfahrung eine wichtige Rolle, dass seit dem Scheitern der Verhandlungen mit Wien die Abhängigkeit des Kaisers von Bayern allzu deutlich wurde, und dass nur Spanien die Mittel besitze, auf Wien genügend Druck zu neuen Verhandlungsanstrengungen auszuüben⁶⁵⁷. Entgegen den Berichten der venezianischen Gesandten in Wien machte Jakob I. die Lösung der Pfalzfrage aber keineswegs zur Vorbedingung einer dynastischen Allianz zwischen London und Madrid. Die Wiedereinsetzung Friedrichs V. und seiner Familie in der Pfalz betrachtete die englische Krone vielmehr als *the fruit and the blessing of the alliance*⁶⁵⁸.

Wie bereits erwähnt, erhielten die englischen Verhandlungen zur *Spanish Match* im Frühjahr 1623 eine überraschende Dynamik durch die mysteriöse Geheimreise des Thronerben Charles und des Favoriten Buckingham nach Madrid, die die spanische Diplomatie zum Offenbarungseid in Sachen Heiratsallianz zwingen und die Verhandlungen des Earl of Bristol am spanischen Königshof voranbringen sollte⁶⁵⁹. Je-

⁶⁵³ PRO SP 81/36, fol. 176–184: Instruktionen für Johann v. Rusdorf und Theobald Maurice, [o.O.], 13./23. Februar 1631.

⁶⁵⁴ Vgl. PURSELL: Winter King, 203.

⁶⁵⁵ Vgl. COGSWELL: Blessed Revolution, 15f.

⁶⁵⁶ Vgl. ebd., 113f.; COWARD: Stuart Age, 149.

⁶⁵⁷ LOCKYER: Buckingham, 105f.

⁶⁵⁸ CSP Venice XVI, Nr. 698; Memorandum an König von Spanien, 19./29. Januar 1623 (Kopie), in: ANONYM.: Cabala – Mysteries of States, 38.

⁶⁵⁹ Bezüglich der Beweggründe von Charles für die gefährliche Reise nach Spanien geht Thomas COGSWELL davon aus, dass der englische Thronerbe mit der Reise seine Verbundenheit für

doch zeigte sich die spanische Krone und allen voran Olivares ungeachtet der Zuversicht des spanischen Botschafters Diego Sarmiento de Acuña, Conde de Gondomar (1567–1626) wenig geneigt, die Restitution der Kurpfalz mit der Heirat zu verbinden und vor allem England Versprechungen hinsichtlich einer Rückgabe zu machen. Diese spanische Zurückhaltung führte schließlich zum Scheitern der Verhandlungen und zu einer politischen Kehrtwende von Charles und Buckingham nach ihrer Rückkehr aus Madrid. Der Thronerbe und der Favorit drängten Jakob I. dazu, alle bisher mit Spanien abgeschlossenen Verträge aufzukündigen und Rüstungen zugunsten der Kurpfalz zu unternehmen⁶⁶⁰. Gegenüber dem Pfälzer Gesandten Rusdorf versicherte Buckingham im Oktober 1623 denn auch, dass die ungelöste Pfalzfrage letztlich in Madrid zum Abbruch der Verhandlungen geführt habe⁶⁶¹.

Das Scheitern der *Spanish Match* ließ eine Reihe von Spekulationen hinsichtlich der Gründe – vom fehlenden päpstlichen Dispens für die Infantin bis hin zu einer Intrige von Princess Elizabeth – aufkommen⁶⁶². In Abgrenzung zur These eines spanischen Gegenentwurfs zu den dynastischen Plänen Jakobs I. bewertet Pursell den englischen Misserfolg als Folge der fehlenden einheitlichen Verhandlungslinie Englands in Fragen der Pfalzrestitution. Entgegen der Vorstellung des englischen Monarchen, dass die Lösung der Pfalzfrage erst ein Ergebnis der Heiratsallianz sein könne, drängten der Exilhof, Buckingham und auch Prince Charles auf verbindliche spanische Zusagen bezüglich der Herausgabe der Pfälzer Gebiete und auf eine ultimative Aufforderung Madrids an Wien, mit dem Exilhof in Verhandlungen zu treten⁶⁶³. Buckingham und Charles brachen ihre Mission ab, als die spanische Regierung nicht mehr als vage Zusagen bezüglich des zukünftigen Schicksals der Pfalz geben wollte. Für Buckingham spielten hierbei sicherlich Fragen der „öffentlichen Verwertbarkeit“ seiner Verhandlungen in Spanien eine Rolle, denn ohne Versicherung einer Restitution der Pfalz hätte sein Ansehen am Hofe starken Schaden gelitten. Nunmehr galt es für den Favoriten, durch einen religiös überhöhten Konfrontationskurs gegen Spanien das englische Parlament für Geldbewilligungen zu gewinnen.

Die weiteren Verhandlungen des englischen Gesandten Digby in Madrid und neue Angebote der spanischen Seite fielen angesichts der von Buckingham und Prince Charles vorangetriebenen außenpolitischen Richtungsänderung zugunsten eines Kriegs gegen Habsburg, der sich auch der englische Monarch langsam beugte, auf kei-

die Sache seiner Schwester Elizabeth ausdrückte. Mit der ungewöhnlichen Brautfahrt sollte der Druck auf Madrid erhöht werden, in der Pfalzfrage das kaiserliche Wien zum Nachgeben zu bewegen vgl. DERS.: *Blessed Revolution*, 58f.; Glyn REDWORTH beurteilt dagegen die Rolle der Pfalzfrage für die Reise des englischen Thronerben eher zurückhaltend, vgl. DERS.: *England and the Spanish Match*, 3 u. 137.

⁶⁶⁰ Vgl. COGSWELL: *Blessed Revolution*, 63f.

⁶⁶¹ Vgl. Johann von Rusdorf an Friedrich V., London, 11./21. Oktober 1623, in: CUHN: *Mémoires*, Nr. 26.

⁶⁶² Vgl. COGSWELL: *Blessed Revolution*, 125; PRO SP 81/30, fol. 216f.: Princess Elizabeth an Jakob I., [o.O.], 28. Mai/7. Juni 1624.

⁶⁶³ PURSELL: *Spanish Match*, 701 u. 718.

nen fruchtbaren Boden mehr⁶⁶⁴. So bezeichnete Jakob I. gegenüber Digby die Pfalzrestitution nunmehr als Vorbedingung für eine *Spanish Match*, denn mit leeren Händen konnte die englische Krone den Widerstand des Parlaments in dieser Frage kaum überwinden⁶⁶⁵. Wie sehr der englische Monarch von seiner eigenen Linie mittlerweile abwich, machte auch Buckingham's Rede vor dem Parlament 1624 deutlich, in der er auf die Gründe für das Scheitern der *Spanish Match* einging. So habe die englische Krone wegen der fehlenden Bereitschaft Madrids zur Lösung der Pfalzfrage die Verhandlungen abbrechen müssen. Für Jakob I. habe in dieser Situation gegolten, [...] *that hee would not deliver him to bee married with abonndunce of teares to his daughter and therefore would have the Palat[inate] restored before the Marreage*⁶⁶⁶. Damit scheiterte er mit der Idee, seine dynastisch motivierte Außenpolitik und vor allem sein eigenes „dynastisches Potential“ ganz in den Dienst der Pfalzfrage zu stellen, an den Eigeninteressen seines Favoriten, an der Unüberbrückbarkeit des konfessionellen Gegensatzes sowie an der grundsätzlichen Überschätzung der Leistungsfähigkeit dynastischer Politik.

Ungeachtet des Misserfolgs der *Spanish Match* gab Jakob I. aber keineswegs die dynastische Außenpolitik als Instrument der Konfliktregelung auf. Vielmehr kam eine neue Variante des dynastischen Ausgleichs mit dem Haus Habsburg ins Spiel, nämlich eine Heiratsallianz zwischen der Pfalzgrafenfamilie und dem Kaiserhof als den beiden direkten Konfliktparteien. Tatsächlich setzte das Pfälzer Kurhaus seit der Schlacht am Weißen Berg die eigene Nachkommenschaft gezielt zur Restitution der eigenen Länder ein, wobei mit dem Instrument von Patenschaften protestantische Bündnispartner für eine Kriegsallianz zur Befreiung der Pfalz gewonnen werden sollten⁶⁶⁷. Ende 1622 schlugen spanische und wohl auch kaiserliche Geheimdiplomaten England parallel zu den Verhandlungen zur *Spanish Match* nun auch die Verheiratung der pfalzgräflichen Kinder zur friedlichen Lösung des Konflikts vor. Dabei rückte neben der Erziehung der drei ältesten Söhne Friedrichs V. an einem katholischen Reichsfürstenhof in den Verhandlungen zwischen London, Brüssel und Madrid auch rasch die Idee einer Heiratsallianz zwischen Friedrichs V. ältestem Sohn Heinrich Friedrich und einer kaiserlichen Tochter in den Mittelpunkt der Überlegungen⁶⁶⁸.

⁶⁶⁴ Vgl. verschiedene Schreiben von John Digby aus Madrid an die englische Regierung, BL MSS Add. 36447, fol. 18–37, Madrid, Oktober/November 1623; CSP Venice XVIII, Nr. 219.

⁶⁶⁵ Vgl. Jakob I. an John Digby, 8. Oktober 1623, [o.O.]in: AKRIGG: Letters of King James, Nr. 216.

⁶⁶⁶ Vgl. BL MSS Add. 33051, fol. 127ff.: *The Duke of Buckingham's Relation concerning the Delivering of the Palatinate*, [o.O.], [1624].

⁶⁶⁷ So übernahmen die Generalstände der Niederlande beispielsweise die Patenschaft für die 1622 geborene Tochter Friedrichs V., Louise Hollandine, wovon sich die exilierte pfalzgräfliche Familie zugleich ein engeres Kriegsbündnis mit den Generalständen erhoffte, vgl. Dudley Carleton an John Camberlaine, [o.O.], 30. April 1622, in: LEE: Jacobean Letters, 293.

⁶⁶⁸ Vgl. PRO SP 81/27, fol. 255: Vorschläge des Kapuzinermönchs Hyacinth bezüglich der Kurpfalz, [o.O.], 1622; PURSELL: Winter King, 199; CSP Venice XVII, Nr. 831; Jakob I. an Prince Charles und George Buckingham, [o.O.], 15. März 1623, in: AKRIGG: Letters of King James, Nr. 194.

Die katholische Seite suchte mit diesem Vorschlag die Person Friedrichs V. gezielt aus dem Zentrum des Geschehens zu verdrängen, indem die Restitution der Kurpfalz im Zuge einer solchen Heiratsallianz nicht für Friedrich V. selbst, sondern erst für seinen Sohn gelten sollte. Zudem wäre die Kurwürde wiederum erst nach dem Tod Maximilians I. an Friedrichs ältesten Sohn gefallen, der nach dem Gelingen der *Spanish Match* am englischen Hof der spanischen Infantin erzogen werden sollte⁶⁶⁹. Die im Herbst 1623 bereits gefährdete englisch-spanische Heiratsallianz wurde folglich mit der geplanten habsburgisch-pfälzischen Verbindung verknüpft, wobei die katholische Seite eindeutig die Konversion des pfalzgräflichen Sohnes ins Auge fasste, der zudem als eine Art Geisel für das zukünftige Verhalten Friedrichs V. genutzt werden sollte. Diese ambitionierten Pläne einer Heiratsallianz zwischen Exilhof und Kaiserhof scheiterten aber schließlich an den konfessionellen Vorbehalten Friedrichs V. und auch Jakobs I. sowie an dem grundsätzlichen Misstrauen des Pfalzgrafen gegenüber der Ernsthaftigkeit des kaiserlichen Vorschlags. Friedrich V. unterstellte der Habsburger Dynastie, dass sie mit diesen Plänen nur die lange geplante Vernichtung des Hauses Kurpfalz im Sinn hätte⁶⁷⁰.

Neben dem Vorschlag einer Heiratsallianz Pfalz-Kaiserhof tauchte Ende 1623 und zu Beginn des Jahres 1624 sogar die Idee einer direkten dynastischen Verbindung zwischen Bayern und Exilhof auf. Im Namen Maximilians I. und des päpstlichen Nuntius in Brüssel schlug der Kapuzinermönch Alexander von Hales, alias Francesco della Rota, in Geheimverhandlungen mit Den Haag und Brüssel eine Heiratsallianz zwischen dem Kurerben Heinrich Friedrich und einer bayerischen Tochter vor⁶⁷¹. Dieser Vorschlag bildete den Bestandteil eines umfassenden Restitutionsplans für die Kurpfalz, mit der Bayern und auch die Kurie die geplante *Spanish Match* stören und gleichzeitig die bayerischen Erwerbungen seit 1623 zu sichern suchten. So sah der Vorschlag neben der Heiratsallianz zwar die Totalrestitution der Unterpfalz und die Teilerstattung der Oberpfalz nach Entschädigungszahlungen durch die Pfalz vor. Jedoch sollten wiederum zwei Kinder des Pfalzgrafen in München erzogen werden. In Sachen Kurwürde sah der Vorschlag schließlich den endgültigen Verbleib der Pfälzer Kurstimme bei Bayern vor⁶⁷².

Der Verhandlungsvorschlag della Rotas weckte auf englischer Seite die Hoffnung, dass Bayern einen ernsthaften Ausgleich suche. Jakob I. zeigte sich daher erfreut über die Aussicht, nach dem Scheitern der *Spanish Match* nun doch noch eine dynastische Allianz aushandeln zu können. Bezüglich der Kurfrage schlug die englische Seite die bereits früher entwickelte Idee einer achten Kurwürde für die Pfalz vor, um den Ver-

⁶⁶⁹ Vgl. PRO SP 81/29, fol. 275f.: Jakob I. an Friedrich V., Whitehall, 19./29. November 1623; Jakob I. an Friedrich V., Whitehall, 20. November 1623, in: AKRIGG: Letters of King James, Nr. 217.

⁶⁷⁰ BL MSS Add. 44848, fol. 120–124: Friedrich V. an Jakob I., Den Haag, Dezember 1623 (Kopie); vgl. PRO SP 81/29, fol. 311–313.

⁶⁷¹ Vgl. CSP Venice VIII, Nr. 211, 228, 276 u. 296; ALBRECHT: Maximilian I., 421.

⁶⁷² Vgl. Bericht Johann v. Rusdorfs über Geheimverhandlungen mit von Hales, [o.O.], 16./26. Dezember 1623, in: CUHN: Mémoires, Nr. 34.

lust an Bayern zu kompensieren⁶⁷³. Der Kurpfälzer Gesandte und auch die protestantische Hoffaktion Englands blieben gegenüber dem Verhandlungsvorschlag des Kapuzinermönchs aber reserviert. Rusdorf und Abbot beargwöhnten angesichts der fehlenden Kredenzschreiben della Rotas die Ernsthaftigkeit der Verhandlungen, zumal sie bezweifelten, dass das bayerische und päpstliche Interesse von dem Spaniens überhaupt zu trennen sei⁶⁷⁴. Zudem machte Rusdorf gegenüber dem Kapuzinermönch deutlich, dass die Idee einer achten Kurwürde für die Pfalz nicht in Fragen komme, da sie nicht nur gegen die Reichsverfassung verstoße, sondern zugleich eine inakzeptable Degradierung des Kurhauses bedeute, das seit Jahrhunderten mit der ersten weltlichen Kurstimme sowie dem Vikariats- und Erztruchsessenamts betraut sei⁶⁷⁵.

Die Verhandlungen della Rotas bedeuteten eine neue Komponente der dynastischen Politik angesichts der festgefahrenen Situation nach 1622. Nach dem Scheitern einer englisch-spanischen und pfälzisch-kaiserlichen Heiratsallianz sollte nun die Idee einer innerwittelsbachischen Hausunion die Pfalzfrage zu einer Lösung bringen. Ungeachtet der Ernsthaftigkeit des Vorschlags zeigt sich hier, dass die Diplomatie zeitweise darauf hoffte, auf Grundlage der familiären Identität und der Erinnerung an einen gemeinsamen dynastischen Konkurrenten in Gestalt Habsburgs den konfessionellen und auch dynastischen Bruch zwischen München und Heidelberg überwinden zu können. Damit wurden säkulare Motive wie die familiäre Solidarität und gemeinsame machstrategische Interessen gegen die konfessionelle Idee gestellt. Dass diese Vorschläge scheiterten, verdeutlicht aber wiederum die Stärke des dynastischen Bruchs zwischen den beiden Wittelsbacherzweigen nach der Kurtranslation sowie die anhaltende Wirkung des konfessionellen Gegensatzes zwischen Heidelberg und München. Die pazifizierende Wirkung von Heiratsallianzen erreichte ihre Grenze bei fundamentalen Ehr- und Gewissensfragen.

d) Der Kampf um die Pfalz als Religionskrieg – das religiöse Argument in den Verhandlungen und Kriegen um die Pfalz

Mit der Kurtranslation und den Verhandlungen zu den überkonfessionellen Heiratsprojekten stand 1621–1632 zwar die dynastische Politik eindeutig im Vordergrund der englisch-kurpfälzischen Beziehungen. Jedoch begleitete ein Kanon von religiösen Argumenten die diplomatischen Schritte zur Lösung der Pfalzfrage, die sich, wie später noch zu sehen sein wird, eng an konfessionelle Codes aus dem tagesaktuellen Schrifttum und theologisch-gelehrten Traktaten anlehnten⁶⁷⁶. Schließlich trugen die konfessionellen Überlegungen wesentlich dazu bei, dass ein Ausgleich zwischen

⁶⁷³ Vgl. PURSELL: Winter King, 209f.

⁶⁷⁴ Johann v. Rusdorf an Friedrich V., [o.O.], 10./20. Dezember 1623, in: CUHN: Mémoires, Nr. 32.

⁶⁷⁵ Johann v. Rusdorf an Friedrich V., [o.O.], 26. Dezember 1623/5. Januar 1624, in: Ebd., Nr. 36.

⁶⁷⁶ Vgl. Kapitel III.1.a u. III.2.b.

Exilhof und Bayern beziehungsweise Kaiser auf Grundlage einer dynastischen Allianz scheitern musste.

Auf englischer Seite vermischten sich in den 1620er Jahren in höfischen und parlamentarischen Kreisen die außenpolitischen Projekte zur Lösung der Pfalzkrise mit den inneren religiösen Spannungen zwischen den verschiedenen konfessionellen Gruppen. Gerade auf radikal-protestantischer Seite gingen Forderungen nach einer aktiven Kriegspolitik gegen das Haus Habsburg sowie nach uneingeschränkter konfessioneller Solidarität gegenüber den europäischen Glaubensbrüdern einher mit den höfischen und parlamentarischen Erörterungen zur *Spanish Match* und zur Restitution der Kurpfalz. Ausgangspunkt für diese Forderung war die Vorstellung, dass die englische Monarchie angesichts der eigenen religiösen Geschichte eine dezidiert protestantische Außenpolitik als Staatsräson zu verfolgen hätte, und dass ihr unter den machtpolitischen Voraussetzungen des frühen 17. Jahrhunderts innerhalb des protestantischen Lagers automatisch eine Führungsrolle zufalle. „Dies implizierte freilich auch, dass ein englischer Herrscher, der sich dieser außenpolitischen Mission verweigerte, möglicherweise den Anspruch auf die Loyalität seiner Untertanen verlor.“⁶⁷⁷.

Diese dezidiert religiöse Vorstellung radikaler protestantischer Kreise geriet seit dem Ausbruch der böhmischen Krise immer stärker in Konflikt mit der irenischen Ausrichtung der königlichen Außenpolitik. Die vier Parlamente zwischen 1621 und 1629 entwickelten sich daher zu öffentlichen Foren, auf denen der Grundsatzstreit um die Außenpolitik erbittert ausgetragen wurde. Kritiker der Zustände am Londoner Hof, der vom Villiers-Netzwerk ausgeschlossene höfische Adel und vor allem landsässige radikal-protestantische Gruppen bemühten unterschiedliche religiöse Argumente gegen die königliche Vermittlungspolitik mit Habsburg, wobei politische Opportunitätserwägungen weitgehend zur Seite geschoben wurden⁶⁷⁸. Gerade in den Parlamenten von 1621 und 1624 standen angesichts der englischen Bemühungen um eine *Spanish Match* Fragen konfessioneller Solidarität und die offensichtliche Uneinigkeit der protestantischen Fürsten Europas im Vordergrund. So blieben Forderungen nach dem Abbruch der Verhandlungen mit Spanien, der Aufnahme des Kriegs gegen Habsburg zur Rettung der königlichen Kinder und vor allem nach Hilfe für die unterdrückten Angehörigen der protestantischen Religion dominant⁶⁷⁹.

Das Argument konfessioneller Solidarität entsprang dabei nicht nur allgemein-christlichen Vorstellungen der Nächstenliebe. Es stand in den Debattenbeiträgen von 1621 im direkten Zusammenhang mit der reformierten Lehre von der Souveränität und vor allem der Ehre Gottes, die ein englisches Eingreifen in die Auseinandersetzungen auf dem Kontinent geradezu zur religiösen Pflicht machten. So empfahl der Abgeordnete Miles Fleetwood im November 1621 beispielsweise den Pfälzer Flücht-

⁶⁷⁷ ASCH: *Elect Nation*, 136.

⁶⁷⁸ Vgl. ADAMS: *Protestant Cause*, 10.

⁶⁷⁹ Vgl. BL MSS Add. 34217, fol. 23: *The declaration and petition of the lower house sent to the king at Newmarket*, [o.O.], [Dezember 1623] (Abschrift); BL MSS Stowe 156, fol. 102–104: Rede von Benjamin Rudiiers, 1624.

lingen und damit implizit auch der eigenen Regierung, weniger Vertrauen in dynastische Verpflichtungen durch Verwandtschaft zu haben:

*This is a weighty business; the case of the only royal daughter of our most noble King and her husband who are now deprived of their rightful inheritance. I think they too much trusted in the arm of flesh, but God having humbled them I hope will raise them up again*⁶⁸⁰.

Für Fleetwood standen vor allem religiöse Argumente im Vordergrund. So führte er als Begründung für einen Krieg gegen Habsburg neben der Verpflichtung Jakobs I. gegenüber seinen Kindern und der Sicherheit des gesamten Königsreichs an erster Stelle die Ehre Gottes und die der wahren Religion an:

*[T]he glory of God ought to be so dear unto us, that we ought not only to depart with nostra, but nos ipsos. But then is the glory of God eclipsed when the enemies of true religion prevail, [...]. I may liken religion and the glory of God to Hippocrates' twins, one cannot be without the other; or like to the rod in the hands of Moses, while it was held up Israel prevailed, when it was let down Amelek prevailed. So while religion is held up and maintained, what victories and deliverances have we had, [...]*⁶⁸¹.

In Fleetwoods Rede vermischen sich hier geradezu paradigmatisch alttestamentarische Auserwähltheitsvorstellungen und die Überzeugung, dass es sich bei der Habsburger Dynastie um eine Verkörperung des Antichrist handelt, mit aktuellen außenpolitischen Fragen.

Die mit der Pfalzfrage verbundenen religiösen Vorstellungen beschränkten sich auf englischer Seite nicht nur auf die wiederkehrende Forderung, zum Ruhme Gottes den bedrängten Glaubensbrüdern auf dem Kontinent zur Hilfe zu eilen. Die Restitution der Kurpfalz wurde vielmehr in den größeren Zusammenhang des bedrohlichen Vormarschs der Gegenreformation in Europa gebracht, der über das engere Feld der internationalen Politik hinaus auch die Gläubigen in England bedrohe. Diese Entwicklung förderte bei radikal-protestantischen Gruppen ein Bedrohungsgefühl vor dem äußeren, aber auch dem inneren Feind. Denn im Zusammenhang mit der *Spanish Match* wurde die Forderung Madrids und Roms breit diskutiert, dass nur eine Lockerung der antikatholischen Gesetze in England einen päpstlichen Dispens für die Heiratsallianz ermöglichen könnte⁶⁸². Daher führten auch die Verhandlungen von Prince Charles und Buckingham in Madrid 1623 zu einer extremen Verunsicherung der englischen Protestanten angesichts der Zuversicht altgläubiger und katholischer Gruppen, dass eine spanisch-englische Allianz zu größerer Toleranz gegenüber den Rekusanten oder sogar zu einer Konversion des königlichen Hauses führen könnte⁶⁸³.

Die protestantische Hoffaktion sowie radikal-protestantische Kreise im Parlament wehrten sich denn auch entschieden gegen eine Lockerung der antikatholischen Ge-

⁶⁸⁰ Rede von Myles Fleetwood, 26. November 1621, in: NOTESTEIN: Commons Debates 1621, Bd. 2, 446.

⁶⁸¹ Ebd., 446.

⁶⁸² Vgl. LOOMIE: Spanish Secret Diplomacy, 239.

⁶⁸³ Vgl. COGSWELL: Blessed Revolution, 35f.

setze. In einer Petition an Jakob I. warnte Abbot vor der Tolerierung von Messen in England, was nicht nur den theologischen Schriften des englischen Monarchen widerspräche, sondern vor allem eine große Gefahr für die rechtgläubige Bevölkerung darstelle⁶⁸⁴. Schon zwei Jahre zuvor hatte das Unterhaus die Krone aufgefordert, nicht nur weitreichende militärische Operationen gegen Spanien zu unternehmen, sondern auch die Strafandrohungen für Rekusanten deutlich zu verschärfen⁶⁸⁵.

Der alarmistische Ton der Petition spiegelte zugleich eine Art Belagerungsvorstellung bei radikal-protestantischen Gruppen wider. Die Abgeordneten Robert Phelips und Edward Gyles beklagten im Mai 1621 die wachsende Tollkühnheit der Rekusanten, ihre Liturgie in die Öffentlichkeit zu tragen (*Never papists more, never more insolent*), und forderten neben dem Krieg gegen Habsburg auch einen entschiedeneren Kampf gegen den katholischen Feind im Innern⁶⁸⁶. Und auch 1625 stellte das Unterkomitee des Parlaments fest, dass der Vormarsch der Gegenreformation sich im Innern im *increase of Papists* bemerkbar mache⁶⁸⁷. Gemäß der Vorstellung, dass die Religion *the primum mobile or the highway to guid us*⁶⁸⁸ sei, müsse im Innern wie im Äußern nun entschiedener gegen den Katholizismus vorgegangen werden, so der Abgeordnete Dudley Digges. Gerade das Beispiel der Kurpfalz zeige, dass nur England die Kraft und damit die Verpflichtung dazu habe, sich dem Vormarsch der Gegenreformation entgegenzustellen:

*With us is the true Religion settled; the papists seeke to distroy this true Religion. The ende of the king of Spaine is boeth to keepe all the Lands he hath gotten and all that he hath brought to his Religion*⁶⁸⁹.

Die Debatten im Unterhaus 1621 und 1624 standen den verfassungs- und außenpolitischen Vorstellungen Jakobs I. diametral entgegen. Der Monarch untersagte nicht nur den Parlamentariern, sich durch Diskussionen über die Pfalz und die *Spanish Match* in Themen der königlichen Prärogativgewalt einzumischen und bestand 1624 sogar auf die Entfernung jener Abgeordneten, die sich in diesen Fragen 1621 besonders hervorgetan hatten⁶⁹⁰. Er lehnte zudem den apokalyptischen Ton in den Debatten ab. Jakob I. blieb der festen Überzeugung, dass die militärischen Auseinandersetzungen seit 1618 auf dem Verhandlungsweg geregelt und die Religionsfragen soweit ausgeklammert werden könnten, so dass es nicht zu einem europäischen Religionskrieg komme⁶⁹¹. So stießen die königlichen Versuche, die Religion aus den Verhandlungen auszuschließen, so dass auch katholische Mächte zur Lösung der Pfalzfrage gewonnen werden, auf die mehrheitliche Erwartung des Unterhauses, die Restitution

⁶⁸⁴ BL MSS Add. 28640, fol. 21: Abbots Petition an Jakob I., 1623.

⁶⁸⁵ Vgl. LOCKYER: Buckingham, 109f.

⁶⁸⁶ Rede von Robert Phelips, in: NOTESTEIN: Commons Debates 1621, Bd. 3, 348.

⁶⁸⁷ Beratungen des Unterkomitees am 25. Juni 1625, in: GARDINER: House of Commons, 20.

⁶⁸⁸ Rede des Abgeordneten Wrenham, 30. Mai 1621, in: NOTESTEIN: Commons Debates 1621, Bd. 6, 178f.

⁶⁸⁹ Rede des Abgeordneten Dudley Digges, 26. November 1621, in: Ebd., 195f.

⁶⁹⁰ Vgl. CSP Venice XVIII, Nr. 232.

⁶⁹¹ Vgl. PATTERSON: James VI and I, 337.

Friedrichs V. werde einen allgemeinen Kreuzzug gegen das Haus Habsburg auslösen⁶⁹².

Demgemäß wurden die *Spanish Match* und die Lösung der Pfalzfrage auf dem Verhandlungsweg für die englischen Untertanen zum „Lackmustest“ in Fragen ihrer Loyalität gegenüber Jakob I. Der dagegen wachsende Widerstand fand im Dezember 1621 seinen vorläufigen Höhepunkt, als die Mehrheit des Unterhauses eine Petition erließ, in der weitere Geldbewilligungen vom Bruch aller Verträge mit Madrid und vom Kriegseintritt Englands gegen Spanien abhängig gemacht wurde, was aber die königliche Strategie störte, Spanien mit dynastischen Verhandlungen zu locken und zugleich mit einem gerüsteten Heer zu drohen⁶⁹³. In seiner Antwort auf die Petition des Unterhauses machte Jakob I. daher nicht nur seinen Ärger über das eigenmächtige Vorgehen der Abgeordneten deutlich, sondern lehnte auch die Deutung der Konflikte als Religionskrieg entschieden ab:

*But because we perceave that you couple this warre of the Palatinate, with the cause of Religion we must a little unfould your eyes herein, the beginning of this miserable warre which hath sett all Christiandome on fyre was not for Religion but onely caused by our Sonne in Law his hasty and rashe resolution following evill counsell to take to himselve the crowne of Bohemia. And that this is true himselve wrote letter unto us at that tyme desyring us to give assurance both to the french king and State of Venice that his accepting of the Crowne of Bohemia had no reference to the cause of Religion but onely by reason of his right by Election as he called it [...]*⁶⁹⁴.

In der Gesamtschau wurde damit Jakobs I. Politik einer *via media* zwischen den Religionsparteien in den 1620er Jahren angesichts dieser fundamentalen Fragen der außenpolitischen Strategie immer umstrittener. Die Verhandlungen zur *Spanish Match* und die Entscheidung, vorerst nicht zugunsten der Pfalz einen Krieg mit Spanien zu wagen, forderten den massiven radikal-protestantischen Protest auf den Kanzeln und im Parlament heraus, der allmählich die Stabilität des politischen Systems gefährdete⁶⁹⁵.

Mit der Neuausrichtung der englischen Außenpolitik nach der Rückkehr von Prince Charles und Buckingham aus Madrid und dem Thronwechsel 1625 schienen die Forderungen des Unterhauses nun stärker Gehör zu finden. Tatsächlich gingen Karl I. und sein Favorit Buckingham bereits bei der Berufung des Parlaments von 1624 anscheinend eine Allianz mit den radikal-protestantischen Gruppen ein, um den eigenen Kriegsplänen die notwendige parlamentarische Unterstützung zu verschaffen⁶⁹⁶. So adaptierten Karl I. und sein Secretary of State Conway in ihren Reden vor beiden Kammern teilweise die alttestamentarischen Motive jener radikalen Gruppen, die noch 1621 in Opposition zur Krone gestanden hatten. Vor dem Unterhaus betonte

⁶⁹² Vgl. LOCKYER: Buckingham, 107.

⁶⁹³ Vgl. COGSWELL: Blessed Revolution, 117f.

⁶⁹⁴ BL MSS Add. 34217, fol. 25: *His [Majesties] Answer to the Apologetick Petition (of the house of comons)*, Newmarket, 11./21. Dezember 1621.

⁶⁹⁵ Vgl. FINCHAM/LAKE: Ecclesiastical Policies, 34f.

⁶⁹⁶ Vgl. ebd., 35f.

der neue Monarch, dass die Verfolgung der Glaubensbrüder und das Schicksal des Pfalzgrafen als Bluts- und Religionsverwandten England in den Krieg gegen Spanien zwingt. Karl I. bemühte dabei das in radikal-protestantischen Predigten immer wieder verwendete Bild der alttestamentarischen Stadt Meroz, deren Einwohner Gottes Aufruf zum Kampf gegen die ungläubigen Stämme nicht zur Folge leisteten und daher seinen Fluch erdulden mussten⁶⁹⁷. So werde England im Kampf den bedrohten Glaubensbrüdern beistehen und Gott nicht durch Untätigkeit beleidigen⁶⁹⁸.

Die Grenzen des religiösen Arguments in der Außenpolitik Karls I. machte aber bereits das Kriegsmanifest vom Mai 1625 deutlich. Hier trat die religiöse Begründung des Kriegseintritts deutlich hinter säkulare Argumente wie Dynastie und Staatsräson zurück⁶⁹⁹. Angesichts der Tatsache, dass ein Krieg gegen Spanien nur mit Hilfe der französischen Krone wirklich erfolgreich geführt werden konnte, geriet auch Karl I. 1625 in die schwierige Lage, religiöse Argumente in Fragen der Außenpolitik zu vermeiden. Erschwerend kam für Karl I. hinzu, dass für die neue antispanische Politik ebenfalls eine dynastische Allianz mit einem katholischen Haus – in diesem Fall das der Bourbonen – angestrebt wurde. Dies führte wie schon während der *Spanish Match* zu Debatten über mögliche gesetzliche Erleichterungen für die englischen Katholiken⁷⁰⁰. Auch wurde aus radikal-protestantischer Sicht ein englisches Bündnis mit Frankreich angesichts der französischen Politik gegenüber den Hugenotten in La Rochelle nahezu unmöglich, so dass das weitere Festhalten der englischen Regierung am Bündnis mit Paris im Sommer 1625 zu ähnlich erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Krone und Parlament führte wie bereits 1621⁷⁰¹.

Auch die Pfälzer Exilregierung stand seit der Niederlage am Weißen Berg vor der Grundsatzentscheidung, welchen Raum konfessionelle Argumente bei der Formulierung der eigenen Außenpolitik gegenüber säkularen Überlegungen wie Dynastie und Staatsräson einnehmen sollten. Für die Lösung der Pfalzfrage blieb demnach zu klären, ob die Restitution der pfalzgräflichen Familie ein diplomatisches Problem darstellte, oder ob sich der Exilhof und seine Verbündeten in einem religiösen Endkampf mit den gegenreformatorischen Kräften befanden. Schubert zufolge kann in der Außenpolitik der Exilregierung dabei keine Dichotomie zwischen religiösen oder säkularen Motiven beobachtet werden, vielmehr waren bei den Exilräten beide Vorstellungen in verschiedenen Akzentuierungen und Nuancen vorhanden⁷⁰². Diese Nuancen machten sich besonders bei dem gängigen Kurpfälzer Schlagwort bemerkbar, mit dem die Exilregierung für Allianzen gegen Bayern und Habsburg warb. Unter dem Begriff der *causa communis* subsummierten die Pfälzer Exilräte wie bereits

⁶⁹⁷ Vgl. Buch der Richter 5.23; näheres hierzu vgl. v.a. unten S. 260.

⁶⁹⁸ Rede Karls I. am 20. Juni 1625, in: GARDINER: House of Commons, 5; vgl. Rede Edward Conways am 8. August 1625, in: Ebd., 74.

⁶⁹⁹ Vgl. PRO SP 81/33, fol. 63–65.

⁷⁰⁰ Vgl. LOCKYER: Buckingham, 198f.; PATTERSON: James VI and I, 352.

⁷⁰¹ Vgl. Rede des Abgeordneten Symon Weston, 5. August 1625, in: GARDINER: House of Commons, 78f.

⁷⁰² SCHUBERT: Exilregierung, 585 u. 587.

gesehen unterschiedliche Faktoren, die von rechtlichen und dynastischen Argumenten bis hin zur religiösen Vorstellung reichten, dass der Krieg des Pfalzgrafen um Restitution ein Beispielkampf für alle Protestanten gegen die katholischen Mächte und damit eine göttliche Mission sei⁷⁰³. So blieb eine Mischung aus persönlichem Glauben, Ehrgefühl und spezifischer Rechtsauffassung Grundlage für eine radikale und offensive Außenpolitik⁷⁰⁴.

In der Kurpfälzer Korrespondenz mit England dominierten aber ungeachtet der Ablehnung eines Religionskriegs durch Jakob I. religiöse Argumente. So begründete Friedrich V. wiederholt seinen Unwillen zu weiteren Verhandlungen mit Spanien damit, dass Madrid, Wien, München und Rom einen monolithischen Block der Gegenreformation darstellten, der es lediglich auf die Vernichtung der reformierten Konfession abgesehen hätte⁷⁰⁵. Daher sei die englische Vorstellung auch abwegig, dass Habsburg durch die *Spanish Match* zu einem offensiven Vorgehen gegen die bayerische Besetzung der Pfalz zu bewegen sei:

*Et ne faut pas s'imaginer, que le Roy qui se nomme Catholique et en fait profession, voudroit secourir les Evangeliques contre un Prince de sa Religion au preiudice du Pape [et] de toute la Papauté*⁷⁰⁶.

Angesichts dieser konfessionsgeleiteten Feinddefinition und des Erfolgs der katholischen Armeen sei es denn auch die religiöse Pflicht für England, der Pfalz im Kampf mit Spanien beizustehen:

*Semblablement il est a considerer que si pour ceste heure la condition de [Sa Majesté] ne luy permet d'entrer en guerre, il n'y a pas beaucoup d'apparence, qu'elle s'y doibue engager au bont de la tresue, apres que non seulement la partie contraire aura accompli ses desirs, Mais aussy que les alliances seront anneanties par tout les amy [et] alliez du Roy de Boh: rendus malcontents [et] contraires*⁷⁰⁷.

Zur Begründung der Notwendigkeit eines englischen Kriegs gegen Spanien führte die Exilregierung seit dem Fall von Mannheim und Heidelberg gegenüber der englischen Vermittlungsdiplomatie zudem die Tatsache an, dass die katholischen Truppen in der Pfalz gewaltsam die Pfarrer verfolgten und in den besetzten Gebieten rechtswidrig den katholischen Glauben einführten⁷⁰⁸. Angesichts dieser gegenreformatorischen Politik konnte nach den Berichten von Nethersole die Pfälzer Exilregierung nicht mehr der Linie Jakobs I. folgen, bei den Auseinandersetzungen auf dem Kontinent handle es sich nicht um einen Religionskrieg: *So that we see that if this be not a warre, yet it is a conquest of Religion whersoever the Emperors armes are absolutely victorious*⁷⁰⁹.

⁷⁰³ Vgl. BL MSS Add. 44848, fol. 120ff.: Friedrich V. an Jakob I., Den Haag, 1623 (Abschrift); PURSELL: Winter King, 126 u. 153.

⁷⁰⁴ Vgl. ebd., 123.

⁷⁰⁵ Vgl. PRO SP 81/29, fol. 311–313.

⁷⁰⁶ PRO SP 81/28, fol. 325.

⁷⁰⁷ Ebd.

⁷⁰⁸ Vgl. PRO SP 81/28, fol. 48.

⁷⁰⁹ Vgl. PRO SP 81/28, fol. 101: Francis Nethersole an John Calvert, Den Haag, März 1623.

Vor dem Hintergrund dieser religiösen Feindvorstellungen tat sich die Exilregierung mit den verschiedenen englischen Vorschlägen von Heiratsallianzen zwischen dem Exilhof und der kaiserlichen beziehungsweise bayerischen Familie und den damit verbundenen konfessionspolitischen Konsequenzen schwer. Denn die katholischen Pläne für die Restitution der Kurpfalz an Friedrich V. oder seinen ältesten Sohn zielten entweder auf eine Tolerierung des katholischen Glaubens in der Pfalz oder sogar auf eine Konversion der pfalzgräflichen Familie, wie es ein Pamphlet 1627 vorschlug⁷¹⁰. Daher ließ Friedrich V. in den Instruktionen für den englischen Gesandten Anstruther 1625 festschreiben, dass die Restitution der Pfalz nur ohne den Wechsel der reformierten Konfession erfolgen könne. Friedrich V. bestand darauf, dass es sich bei der Pfälzer Konfession entgegen den Behauptungen der katholischen Seite eben nicht um eine Religion handle, die außerhalb des Schutzbereichs des Augsburger Religionsfriedens liege:

Il est bien vray que depuis quelque temps les Papistes se sont travaillent de soustenir que la Religion Reformée (laquelle a faulses enseignes ils appellent Calviniste) n'est pas comprise en la confession d'Augsbourg, ni par consequent au Traité de paix fait pour la seureté de la Religion. Mais les actes publics font veoir que les Electeurs Palatins precedents, ont fais profession publicq[ue] de se tenir à la sainte Esriture, et apres icelle à lad[icte] confession d'Augsburg, laquelle le Roy de Boheme approuve aussi, si tant est qu'on la laisse en son vray sens, [...].

Außerdem könne man es nicht den *Papistes* überlassen, über das Wesen der Pfälzer Konfession zu befinden⁷¹¹.

Religiöse Motive nahmen damit einen nicht unbedeuteten Raum in den englisch-kurpfälzischen Verhandlungen zur Lösung der Pfalzfrage nach 1620 ein. Inwiefern hierbei persönliche Religiosität und Frömmigkeit der souveränen Fürsten eine Rolle spielten, bleibt jedoch schwer zu klären. Zwar können beispielsweise in der persönlichen Korrespondenz zwischen Friedrich V. und seiner Frau Elizabeth wiederholt Äußerungen gefunden werden, die von der Idee einer göttlichen Vorbestimmtheit fürstlichen Handelns zeugen⁷¹². Jedoch bleibt es weiterhin ein Quellenproblem, das historische Bewusstsein öffentlicher Personen wie im Falle Friedrichs V. zu erforschen, denn die hierzu einschlägigen Memoiren, Briefe und diplomatischen Berichte liefern aufgrund ihrer Intentionalität und Standortgebundenheit sehr disparate Ergebnisse⁷¹³. So muss auch Pursells These, Friedrich V. habe ungeachtet eines tiefen protestantischen Glaubens und Antikatholizismus eine klare Trennung von Religion

⁷¹⁰ BL MSS Add. 36530, fol. 73ff.: *Discours pour persuader le Prince Palatine [...] estre Catholiques*, [o.O.], Februar 1627; Vgl. PRO SP 81/27, fol. 255; PRO SP 81/29, fol. 216f.: Jakob I. an Friedrich V., Royston, 8./18. Oktober 1623; PURSELL: Winter King, 218f.

⁷¹¹ Vgl. PRO SP 81/33, fol. 246.

⁷¹² Vgl. Friedrich V. an Princess Elizabeth, [o.O.], 2./12. Oktober 1620, in: ARETIN: Briefe, Nr. 23: *Je suis marry de l'affliction que Dieu nous envoie, et autant plus que patissés pour l'amour de moy: mais il faut endurer tout en patience de la main de notre Pere celeste qui peut guerir nos playes, quand il luy plait, et quand il jugera que cela nous sera salutaire.*

⁷¹³ Vgl. MISSFELDER: Rezension von: Ronald S. Love.

und Politik vollzogen, aufgrund der problematischen Quellenbasis stark bezweifelt werden⁷¹⁴.

In der Gesamtschau nahmen konfessionelle Motive in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen 1621–1632 damit vielfältige Funktionen bei der Formulierung von Außenpolitik ein. Im englischen Kontext lieferten die gegensätzlichen konfessionspolitischen Vorstellungen der einzelnen religiösen Gruppen ein Reservoir an Deutungsmöglichkeiten des Weltgeschehens, das zu unterschiedlichen Bewertungen in Sachen Pfalz führen musste. Vor allem radikal-protestantische Gruppen knüpften militant-religiöse Erwartungen an die Lösung der Pfalzfrage, die in den übergeordneten Kontext des Kampfes gegen die Gegenreformation eingeordnet wurde. Die monarchische Spitze bemühte sich hingegen um eine Ausklammerung der konfessionellen Motive, um einen Religionskrieg zu vermeiden. Im Falle der Kurpfalz wurde die Tradition religiöser Militanz im Exil weiter fortgeschrieben, geprägt von einer religiösen Radikalisierung, die ungeachtet einer Vielzahl von Lösungsvorschlägen auf dynastischer Grundlage die Kompromissbereitschaft der pfalzgräflichen Regierung entscheidend minderte.

⁷¹⁴ PURSELL: Winter King, 19.

Zwischenergebnis

Der Überblick über die diplomatischen Beziehungen zwischen England und Kurpfalz am Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts liefert ein facettenreiches Bild von außenpolitischen Prozessen, in denen religiöse und säkulare Motive in unterschiedlichster Weise Ausdruck fanden. Als ereignisgeschichtlicher Rahmen konnte festgestellt werden, dass ungeachtet verschiedener Vermittlungsanstrengungen zwischen 1598 und 1609 gefährliche Konfliktlagen im Reich und im europäischen Mächtesystem bestehen blieben, die die fundamentalen Strukturdefizite der internationalen Beziehungen am Vorabend des Dreißigjährigen Kriegs verdeutlichen. So wurden auch die englisch-kurpfälzischen Beziehungen von dem allgemeuropäischen Phänomen geprägt, dass der Mangel an Führungspersönlichkeiten und an wirklichem Friedenswillen sowie die Verbindung von traditionellen machstaatlichen Konflikten mit der Genese konfessioneller Allianzsysteme die Mächtebeziehungen um 1600 extrem belasteten. Vereinzelt lokale Spannungen rechtlicher, konfessioneller oder machtpolitischer Natur konnten dadurch nicht begrenzt werden und entwickelten sich weiter zu einem bellizistischen Gemisch.

England und Kurpfalz als eigenständige Handlungseinheiten in diesem Mächtesystem schauten um 1600 auf unterschiedliche Grundlinien des außenpolitischen Handelns zurück. Im englischen Kontext repräsentierte der in der Öffentlichkeit rezipierte fundamentale Gegensatz zwischen England und Spanien weniger die Folge einer traditionellen englisch-habsburgischen Feindschaft, sondern eine neuere Entwicklung seit der Mitte des 16. Jahrhunderts. Ungeachtet der klar interessenorientierten Außenpolitik von Elisabeth I. schien sich England als protestantische Führungsmacht zu etablieren, bei der machtpolitische Ziele mit konfessioneller Rhetorik übereinstimmten, was Bündnisse mit protestantischen Mächten wie beispielsweise der Kurpfalz seit den 1560er Jahren förderte. Demnach kam auch der bei Regierungsantritt von Jakob I. 1604 abgeschlossene Frieden mit Spanien für jene protestantischen Partner überraschend, die die konfessionelle Dimension der elisabethanischen Außenpolitik überschätzt hatten.

Im Vergleich zu England blieb die Kurpfälzer Außenpolitik seit dem Übertritt der Pfalzgrafschaft zum reformierten Glauben eindeutig konfessionsgeleitet, was mit Ausnahme der Regierungszeit des lutherischen Kurfürsten Ludwig VI. zu wiederholten militärischen Interventionen zugunsten der bedrängten Protestanten im Reich und in Westeuropa führte. Aber auch im Falle Heidelbergs konnten Grenzen konfessioneller Politik ausgemacht werden, denn neben säkularen Argumentationsmustern wie jenen der reichsständischen *Libertät* verfolgten die Kurfürsten auch machtpolitische und territoriale Interessen vor allem im französisch-niederländischen Grenzraum. Die Gründung der protestantischen Union stellte für die Kurpfälzer Außenpolitik dabei einen wichtigen Etappensieg dar. Unter der maßgeblichen Leitung von Christian von Anhalt und in Kooperation mit einer süddeutschen Kerngruppe sicherte sich der Kurstaat den maßgeblichen Einfluss in der konfessionellen Vereinigung.

Bereits kurz nach dem Bündnisschluss stellte die Union ungeachtet der erheblichen Strukturdefizite und der divergierenden Interessen rasch einen international anerkannten Partner der antihabsburgischen Allianz dar. So waren Frankreich und England aus unterschiedlichen Motiven an einem Zusammengehen mit der Union interessiert, wobei Heinrich IV. als unumstrittene Führungsfigur des Kampfes gegen Habsburg die Union für die französische Außenpolitik gewinnen konnte. Für die Union entwickelte sich die Krise am Niederrhein 1609 zum ersten außenpolitischen Testfall, bei welchem ihre überkonfessionell antihabsburgische Ausrichtung jedoch mit der Ermordung von Heinrich IV. 1610 endete. Die Koalition zwischen Frankreich, England, den Niederlanden und der Union zerbrach an gegenläufigen diplomatischen Interessen, die zu einem entscheidenden Renversement des Alliances führten. So trugen die spanisch-französische Doppelhochzeit zur Entfremdung Frankreichs von der Union und England bei. Innerhalb der Union führte zudem der erbitterte Streit zwischen Kurpfalz und Neuburg um die Administration des Kurstaates nach dem Tod Friedrichs IV. zu einer weiteren Destabilisierung der Allianz.

Diese Veränderungen förderten seit 1610 nach der Überwindung vieler diplomatischer Schwierigkeiten ein Zusammenrücken Englands, der Union und der Niederlande als führenden protestantischen Mächten, die durch den von Heidelberg vorangetriebenen politischen Bündnisschluss 1612 und 1613 bald den Kern des protestantischen Mächteblocks bildeten. Jedoch verknüpften die einzelnen Partner unterschiedliche Interessen mit dem Bündnis. Während die englische Diplomatie mit dem Weseler Vertrag 1612 lediglich ein politisches Gegengewicht zum spanisch-französischen Ausgleich suchte, aber für überkonfessionelle Bündnisse weiterhin offen blieb, verband die Kurpfalz mit dem englischen Bündnis klare konfessionelle Ziele im Sinne der Einheit aller protestantischen Mächte. Zusätzlich dazu wurde die englisch-kurpfälzische Bündnisdiplomatie von vielfältigen dynastischen Projekten begleitet, die 1613 in der Hochzeit von Friedrich V. und Princess Elizabeth gipfelten. Auf englischer Seite zeigten sich dabei die Grenzen konfessioneller Politik angesichts der frühen Pläne Jakobs I. zu einer katholischen Heiratspartie für Henry Prince of Wales und sogar für Princess Elizabeth. Im Falle der Kurpfalz verbanden sich in Fragen einer Heiratsallianz mit dem Hause Stuart dagegen religiöse Motive mit dynastischen Überlegungen. So wurde während der Verhandlungen nicht nur die wiederkehrende Sorge Heidelbergs um die eigene Reputation deutlich. Die Eheallianz stellte zudem durch die damit verbundene Heidelberger Rangerhöhung einen dynastischen Befreiungsschlag angesichts der Auseinandersetzungen mit Pfalz-Neuburg dar.

Diese Rang- und Ehrüberlegungen nahmen auch nach der politischen und dynastischen Allianz von 1613 einen wichtigen Stellenwert in der Kurpfälzer Politik ein, der gerade bei der Neuordnung der Höfe und Regierungszentralen Englands und der Kurpfalz deutlich wurde. So brachen in London nach dem Tod des Secretary of State Salisbury Faktionskämpfe aus, an deren Ende neben der prospanischen Hofpartei auch ein protestantisches Netzwerk um Abbot und Pembroke entstand, das zudem enge Verbindungen zur Kurpfalz pflegte. In der pfalzgräflichen Regierung blieben dagegen auch nach der Regierungsübernahme Friedrichs V. Christian von Anhalt,

Solms, Plessen und Camerarius die ausschlaggebenden politischen Akteure. Jedoch stellten die Integration des englischen Hofstaates und die Präzedenzansprüche von Princess Elizabeth den Heidelberger Hof vor delicate Herausforderungen.

Neben diesen höfischen Verbindungen entwickelten sich die englisch-kurpfälzischen Beziehungen auch auf diplomatischer Ebene weiter. In der zweiten Niederreinkrise, in den Bündnisverhandlungen mit einigen italienischen Staaten, den Befriedigungsbemühungen im niederländischen Religionsstreit und bei der Frage nach einer vorgezogenen Wahl des Reichsoberhauptes bemühten sich beide Partner um eine enge Kooperation. Hierbei zeigten sich aber deutliche Wahrnehmungs- und Interessensunterschiede. Ungeachtet der Heidelberger Hoffnungen hinsichtlich einer konfessionellen Außenpolitik verfolgte England seit dem Bündnisschluss mit der Pfalz eine ausgleichende Politik zwischen den Konfessionsblöcken, ohne dies jedoch den protestantischen Reichsständen ausreichend zu kommunizieren. Die Kurpfalz unterschätzte daher die Friedensbereitschaft der englischen Krone und baute weiterhin auf deren Hilfe angesichts des aus Heidelberger Sicht immer bedrohlicher werdenden Vormarschs der Gegenreformation.

Damit wurde auf Kurpfälzer Seite der Boden für eine verhängnisvolle Außenpolitik während des 1618 ausgebrochenen böhmischen Aufstands bereitet. In der Heidelberger Böhmenpolitik wird vor dem Hintergrund der Konflikte im Hause Wittelsbach und den höfischen Herausforderungen durch die dynastische Allianz mit England deutlich, dass neben den strategischen Interessen des Kurstaates vor allem dynastische Aspekte eine bedeutende Rolle spielten. Jedoch führte erst eine spezifisch radikal-protestantische Disposition kurpfälzischer und auch englischer Räte in letzter Konsequenz zur Eskalation des Konflikts 1619. Diese komplexe Mischung aus säkularen und dynastischen Motiven setzte sich ungeachtet der dramatischen Entwicklungen nach der Annahme der Wenzelskrone durch Friedrich V. weiter fort. Mit dem Zusammenbruch der Pfälzer Herrschaft in Böhmen 1620 und dem Verlust der Stammlande in der Ober- und Unterpfalz blieb der Kurregierung nur noch der Weg ins niederländische Exil. Dabei zeigte sich in den militärischen und diplomatischen Auseinandersetzungen mit Habsburg, dass die Restitution der Pfalz sich immer mehr zu einer Ehrfrage für Friedrich V. und auch Jakob I. entwickelte. Gleichzeitig stärkten die militärischen Niederlagen das Bewusstsein am Exilhof und in einigen höfischen Kreisen in London, sich in einem entscheidenden Kampf gegen den römischen Antichristen zu befinden.

Nach der Schlacht am Weißen Berg 1620 rückten neben den offiziellen diplomatischen Kontakten zwischen Exilhof und Privy Council vor dem Hintergrund des durch den Aufstieg von Buckingham verursachten Prozesses der Deinstitutionalisierung am Londoner Hof das englische Faktionswesen immer stärker in den Mittelpunkt der englisch-kurpfälzischen Beziehungen. Die dem Pfalzgrafen ins Exil gefolgtene Heidelberger Räte versuchten, mit Hilfe des Villiers-Netzwerks Einfluss auf die englische Regierung in der Pfalzfrage zu nehmen. Jedoch geriet die Restitution der Kurpfälzer Gebiete immer stärker zwischen die höfischen Fronten. Damit vollzog sich zwischen 1623 und 1632 ein vielfältiges Nebeneinander von Diplomatie und

Krieg zur Lösung der Pfalzfrage, wobei England nach der Rückkehr von Prince Charles und Buckingham aus Madrid und der Thronfolge Karls I. zwischen 1625 und 1630 einmalig militärisch in den Dreißigjährigen Krieg intervenierte. Jedoch scheiterte die englische Kriegspolitik am Mangel an Geld und an Verbündeten sowie an den zunehmenden inneren Konflikten zwischen Krone und Parlament.

In dieser Phase der englisch-kurpfälzischen Beziehungen nahmen dynastische und konfessionelle Motive wiederum eine prominente Rolle ein. Vor allem die Übertragung der Pfälzer Kurwürde auf Maximilian I. als Kompensation für die bayerische Hilfe gegen Friedrich V. beförderte die Auseinandersetzungen zwischen 1618 und 1648 zu einer Art frühneuzeitlichen Erbfolgekrieg. Zudem suchte gerade die englische Seite mit Heiratsallianzen zwischen Madrid und London, aber auch zwischen dem Exilhof und Wien beziehungsweise München die Pfalzfrage zu einer friedlichen Lösung zu bringen. Jedoch scheiterten die dynastischen Projekte an fundamentalen Ehr- und Gewissensfragen. Denn neben den kurpfälzischen Ehrüberlegungen verhinderten ein dezidiert antikatholisches Feindbild und die damit verbundene Selbstwahrnehmung als Speerspitze eines gottgewollten Kampfs gegen den Antichristen den diplomatischen Ausgleich mit Habsburg. Teilweise Bestätigung fanden diese Kurpfälzer Selbstbetrachtungen in jenen religiösen Debatten am englischen Hof und im Parlament, die ungeachtet der königlichen Politik, unbedingt einen Religionskrieg zu vermeiden, die diplomatischen und militärischen Vorgänge auf dem Kontinent anhand konfessioneller Kategorien deuteten.

III. Kulturelle Ausdrucksformen englisch-kurpfälzischer Beziehungen 1608–1632

In der vorangegangenen Analyse der englisch-kurpfälzischen Außenpolitik zwischen 1608 und 1632 wurde deutlich, inwieweit das Zusammenspiel konfessioneller und dynastischer Faktoren sowie die personelle Verflechtung zwischen einzelnen englischen Hoffaktionen mit dem Kurpfälzer Akteursnetzwerk wesentlich zum Verständnis der diplomatischen Beziehungen zwischen London und Heidelberg beitragen. Dynastische Anfeindungen, die Suche nach neuem sozialen Kapital, die Logik von Patronagesystemen und Faktionskämpfen sowie eine spezifische radikal-protestantische Disposition auf Seiten einflussreicher Diplomaten und Räte bildeten das Movens in den Beziehungen zwischen den beiden ungleichen Partnern.

Der abschließende dritte Untersuchungsteil wird jedoch zeigen, dass diese weitgehend auf dem klassischen Geschäftsschriftgut basierenden Analysen weitreichende Entwicklungen wie den Pfälzer Griff nach der böhmischen Krone sowie die wechselhafte englische Diplomatie in Sachen internationaler Bündnisse und Lösung der Pfalzfrage seit 1621 nicht vollständig erklären können. So sollen in den folgenden Abschnitten vor dem Hintergrund der Vorüberlegungen zu Öffentlichkeitsstrukturen in der Frühen Neuzeit öffentliche Darstellung und zeremonielle Inszenierung der außenpolitischen Beziehungen zwischen England und der Kurpfalz im Zeitraum 1608 bis 1632 zur Analyse dieser Fragen herangezogen werden.

Dem bereits vorgestellten Modell von Körber folgend stehen mit der populären Wahrnehmung der Beziehungen in Zeitungen, Dramen und Gelegenheitschriften, mit juristischen, theologischen und politischen Traktaten sowie mit höfischen Feierlichkeiten drei unterschiedliche Bedeutungen und Ebenen frühneuzeitlicher Öffentlichkeiten im Zentrum der Untersuchung. Gerade die höfischen Feierlichkeiten anlässlich der Hochzeit von 1613 sollen dabei deutlich machen, inwieweit kulturelle Ausdrucksformen von Außenpolitik auch handlungserklärend für die internationalen Beziehungen der Frühen Neuzeit sein können. Zusätzlich trugen die außerhöfischen Zeitungen, Dramen und Traktate zum Thema Pfalz vor allem auf englischer Seite nach 1620 zu einer starken Radikalisierung und inneren Destabilisierung bei, an der der Pfälzer Exilhof einen wichtigen Anteil hatte. In allen diesen kulturgeschichtlichen Quellen nahmen konfessionelle und dynastische Faktoren wiederum einen prominenten Stellenwert ein.

1. Englisch-kurpfälzische Beziehungen als Thema der außerhöfischen Öffentlichkeit

a) *If state affairs were public bables* – Aushandlungsprozesse und Themen in der populären Wahrnehmung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen

Wie bei anderen Aspekten der Modernisierung alteuropäischer Gesellschaften, so wirkte der Krieg auch in Fragen der Nachrichten- und Medienentwicklung beschleunigend, wie am Beispiel der englischen Öffentlichkeit während des Dreißigjährigen Krieges paradigmatisch gezeigt werden kann. Parallel zum Ausbruch der böhmischen Krise wuchs in London eine neue Form des Nachrichtenwesens, das mit Hilfe periodischer und nichtperiodischer Schriften für eine ungewöhnlich rasche und regelmäßige Versorgung des englischen Königreichs mit Neuigkeiten von den Kriegsschauplätzen sorgte und zugleich ein weit entwickeltes Korrespondenten- und Verlegernetz etablierte, das sich teilweise der obrigkeitlichen Kontrolle entzog¹.

Die populäre Wahrnehmung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen bewegte sich seit der Annahme der Wenzelskrone durch Friedrich V. in einem facettenreichen Spannungsfeld unterschiedlicher Medienformate und Inhalte. Neben den neuen periodischen Quartheften mit kurzen Informationen zum Kriegsgeschehen (so genannte *corantos*²) behandelten die Autoren das Schicksal des Winterkönigs und seiner Gattin in Böhmen und im niederländischen Exil auch in ungewöhnlichen Ausgaben wie einer Edition von Parlamentsreden³, dem Abdruck privater Gelehrten- oder Kaufmannskorrespondenz⁴ sowie der kommentierten Übersetzung auswärtiger Flugschriften und Deklarationen⁵. Eine für die heutige Forschung qualitativ und quantitativ nur noch schwer fassbare Medienform repräsentierte zudem der große Anteil mündlich und handschriftlich verbreiteter Lieder, Gedichte und Spottverse von so genannten *pot poets*, die in einer betont wertenden Art und Weise Nachrichten verbreiteten und durch ihr sehr zugängliches Format für rasche Information sorgten⁶.

Die Nachrichten von den politischen und militärischen Schauplätzen auf dem Kontinent wurden in England wie Waren gehandelt. Berichte über die Vorgänge in der Kurpfalz leiteten Agenten in deutschen Handelszentren wie der Reichsstadt Frankfurt zusammen mit Originalschriften und Dokumenten nach London weiter⁷. Hier sorgte eine Vielzahl von Buchläden am St. Paul's Yard für den Vertrieb der Schriften, wobei die wachsende Zahl an Käufern neben den Zeitungen auch mündli-

¹ Vgl. DAHL: *English Corantos*, 20; zu den Bedingungen des frühneuzeitlichen Nachrichtenwesens im Allgemeinen vgl. BARON/DOOLEY: *Politics of Information*; BEHRINGER: *Bedeutung des Zeitungs- und Nachrichtenwesens*; zum englischen Fall im Speziellen vgl. RAYMOND: *Pamphlets and Pamphleteering*.

² Vgl. FEARSON: *English Corantos*.

³ Vgl. CECILL: *Speech in the Lower House*.

⁴ Vgl. ANONYM.: *Coppies of Letters*.

⁵ Vgl. HARRISON: *Reasons*.

⁶ Vgl. BELLANY: *Libellous Politics*, 287f.; FOX: *Rumour*, 613.

⁷ Vgl. DAHL: *Englisch Corantos*, 18f.; ANONYM.: *First from Constantinople*, 8.

che Nachrichten über das politische und kriegerische Geschehen zusammen mit handschriftlichen Spottschriften und Balladen erwerben konnten. Zudem unterrichteten Anschläge in Wirtshäusern und auch Kanzelpredigten die wachsende Menge an Informationshungrigen über das Geschehen auf dem Kontinent. So entwickelte sich London im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts zu einem wichtigen Umschlagplatz internationaler und nationaler Nachrichten, denn die Kaufleute transportierten von hier aus die Schriften weiter in das Land⁸. Wie rasch sich Nachrichten vom internationalen Geschehen in den Provinzen des britischen Königreichs verbreiten konnten, zeigt beispielsweise ein Schreiben von Denzel Holles an seinen Sohn John, mit dem der Vater bereits Anfang Oktober 1620 von den Reaktionen in den Counties nach der Invasion der Kurpfalz durch spanische Truppen im Spätsommer 1620 berichtet:

*In the cuntry many inventions flutter up, and down, that the King should send 2 great states men Sir. H. Rich and Sir G. Gowing to denounce war to the Spanish Ambassador against his Master by reason of Spinolaes invading the Palatinat contrary promise, [...]*⁹.

Wie bei Dramen und Lyrik als noch zu behandelnden Medien, in denen die englisch-kurpfälzischen Beziehungen prominenten Ausdruck fanden, so nahm auch im Falle von Zeitungen und Flugschriften England den Löwenanteil bei der Produktion ein. Dies bedeutete aber nicht, dass die Kurpfälzer Seite keinen Anteil an der Unterrichtung der Öffentlichkeit über das politische und militärische Geschehen hatte. Im Gegenteil, ein beachtlicher Teil der Texte wurde in den Niederlanden für den englischen Markt gedruckt und als Propagandamittel für die pfälzische Sache eingesetzt. So organisierte Achatius von Dohna in den Niederlanden den Druck und Transport der Schriften nach London, wo der Pfälzer Agent Williams für die Verbreitung im Königreich sorgte¹⁰. In den Niederlanden selbst waren exilierte englische Autoren an der Textproduktion maßgeblich beteiligt, die für den niederländischen und englischen Nachrichtenmarkt gleichermaßen proböhmische und propfälzische Schriften verfassten¹¹. Besonders vor entscheidenden Situationen wie den parlamentarischen Beratungen über Kriegskredite 1624 nahm die Flut von kommentierenden Schriften aus den Niederlanden zu, um, wie Carleton an Conway zu berichten wusste, den Boden für einen Beschluss im Sinne der Pfälzer Exilregierung zu bereiten¹².

Diese Entwicklung im Zusammenhang mit der öffentlichen Rezeption und Verarbeitung des europäischen Kriegsgeschehens und der Pfalzfrage macht deutlich, dass

⁸ COGSWELL: *Blessed Revolution*, 20f.; DERS.: *Spanish Match*, 109f.; DERS.: *Stuart Political Culture*, 281; FOX: *Rumour*, 605.

⁹ Denzel Holles and John Holles, [o.O.], 8. Oktober 1620, in: SEDDON: *Letters of John Holles*, Nr. 343.

¹⁰ Vgl. PÁLFFY: *Theater und Außenpolitik*, 97; ADAMS: *Thomas Gainsford*, 144; DAHL: *Amsterdam*.

¹¹ Vgl. [BARLOW]: *Two Letters or Embassies: And these as you see I have Printed heere in Amsterdam, and they are so pleasing to the Inhabitants heere, that I presume, they will bee as acceptable there to alle the welwillers of the Bohemian Affaires* [...].

¹² BL MSS Add. 36447, fol. 61: Dudley Carleton an Edward Conway, Den Haag, 2./12. März 1624.

die englische Öffentlichkeit zu Beginn des 17. Jahrhunderts mit den Vorstellungen einer repräsentativen Öffentlichkeit nicht ausreichend erfasst werden kann. Sie bewegte sich vielmehr in einem prekären Spannungsfeld zwischen dem grundsätzlichen Wunsch nach Ausgleich und Harmonie als christlichem Ideal und der tatsächlichen Erfahrung erbitterter öffentlicher Konflikte¹³. Gerade die breite Öffentlichkeit in Stadt und Land entwickelte eine Reihe von Diskursen, die nicht nur von einem grundsätzlich gutem Informationsstand zeugen, sondern die aufgrund ihrer Polyvalenz Hof und Regierung zu einem fortwährenden Aushandlungsprozess über jene politischen und religiösen Fragen zwangen, die in der politischen Theorie noch zu den *Arcana Imperii* gezählt wurden. Dieser Aushandlungsprozess führte schließlich dazu, dass die einzelnen Öffentlichkeitssphären kaum noch abgegrenzt werden konnten, so dass sich höfische, außerhöfische und gelehrte Diskurse verbanden¹⁴.

Die Pfalzfrage und die *Spanish Match* stellten dabei Schlüsselthemen in der breiten kontroversen öffentlichen Verarbeitung der englischen Außenpolitik dar. Im Jahr 1622 nahm die Flut an Nachrichten und deren Bewertung in Flugschriften und Einblattgedrucken deutlich zu, so dass die englische Krone immer mehr in einen verzweifelten Kampf um das Erörterungsmonopol in außen- und dynastiepolitischen Angelegenheiten verwickelt wurde¹⁵. Eine Verschärfung erfuhr diese Entwicklung zudem durch die Tatsache, dass Jakob I. sich seit seinem Thronantritt verstärkt aus der außerhöfischen Öffentlichkeit zurückzog und damit ein öffentliches Repräsentations- und Vermittlungsvakuum hinterließ, das zu einem Aufschwung von betont kritischen bis zu schmähenden Veröffentlichungen führte¹⁶. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung geriet die öffentliche Akzeptanz eines nur geringen militärischen Engagements in der Pfalz zum Offenbarungseid für die Untertanen in Fragen der Loyalität zur Krone, den viele Autoren verweigerten und die jakobitische Zensurpolitik seit den frühen 1620er Jahren verschärfte¹⁷.

Die englische Zensurpolitik seit Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges richtete sich gleichermaßen gegen profane und religiöse Äußerungen in der Öffentlichkeit. Im Falle der Pressezensur verfolgte die englische Regierung eine immer schärfere Kontrolle der Londoner Verlage sowie der bekannten englischen Autoren, was zu einer wachsenden Emigration unter den Schriftstellern in die Niederlande führte¹⁸. In Fragen der Kontrolle geistlicher Äußerungen in der Öffentlichkeit setzte seit 1621 eine neue Politik der Kanzelzensur ein, die der Geistlichkeit verbot, sich in Predigten mit einer Reihe von theologischen und politischen Fragen auseinanderzusetzen¹⁹.

¹³ Vgl. SHARPE: *Politics and Ideas*, 23.

¹⁴ Vgl. SHARPE/LAKE: Einleitung zu „Culture and Politics“, 14f.; FREIST: *Governed by Opinion*, 21.

¹⁵ COGSWELL: *Blessed Revolution*, 34f.

¹⁶ Vgl. BELLANY: *Libellous Politics*, 296.

¹⁷ Vgl. COGSWELL: *Spanish Match*, 118.

¹⁸ So wurde beispielsweise John Reynolds wegen der Verfassung der Schrift *Votiva Angliae* auf Druck von Jakob I. von Frankreich an England ausgeliefert und zu zwei Jahren Haft verurteilt, vgl. CSP Dom. 1625/26, Nr. 44/78; WRIGHT: *Propaganda against James I.*

¹⁹ Vgl. DAVIES: *English Political Sermons*, 7f.

Denn die Lösung der Pfalzfrage und die Verheiratung von Prince Charles mit einer spanischen Infantin verbanden sich in den Predigten rasch mit strittigen Überlegungen zur Prädestination sowie den christlichen Pflichten eines weltlichen Herrschers²⁰. So musste Abbot die Bischöfe darüber unterrichten, dass der König die Predigt über *unsound, seditious, and dangerous doctrines*, aber auch über *ignorant meddling with Civill matters* in den Universitäten, Höfen und Kirchen in Stadt und Land entschieden ablehnte²¹. Damit erreichte die englische Krone vor allem durch die nochmals verschärften Maßnahmen unter Karl I. bis Ende der 1620er Jahre zwar einen Rückgang der kritischen Schriften, jedoch zeigten sich die Grenzen der Zensurpolitik nicht nur in der Tatsache, dass über das niederländische Ausland weiterhin Schriften nach England gelangen konnten. Die königliche Zensurpolitik entwickelte sich nun selbst zu einem für die Krone prekären Diskurs in der breiten Öffentlichkeit, wie ein Gedicht von Michael Drayton (1563–1631) aus dem Jahr 1627 zeigt:

I feare, as I doe Stabbing; this word, State,/ I dare not speake of the Palatinate,/ Although some men make it their houerey theame,/ And talke what's done in Austria, and in Beame,/ I may not so; what Spinola intends/ Nor with his Dutch, which way Prince Maurice bends./ To other men, although these things be free,/ Yet (George) [Buckingham, M.R.] they must be misteries to mee²².

Dabei bildeten in der öffentlichen Aushandlung der Pfalzfrage Krone und propfälzische Autoren in England und den Niederlanden keineswegs die exklusiven Meinungs- und Konfliktparteien. Hinter den populären Schriften stand vielmehr eine Vielzahl von politischen und vor allem religiösen Gruppen, die die öffentliche Meinung in Sachen Kurpfalz zu beeinflussen suchten und die sich in ihren Texten auch dezidiert von den anderen Gruppen absetzten.

Diese englischen Meinungsparteien in Sachen Kurpfalz lassen sich bis in die Zeit des dynastischen Bündnisschlusses zwischen Heidelberg und London zurückverfolgen. So erschien bereits 1613 eine englische Übersetzung der vom kurpfälzischen Hofprediger Scultetus anlässlich des Empfangs des kurfürstlichen Paares in Heidelberg 1613 gehaltenen Dankpredigt. Der Übersetzer beklagte dabei im Vorwort, *how sinisterly some of ignorance, and others of malice, conceive of the state [and] dignity of the High and Mightie Prince Elector Palatine*, weswegen er mit dieser Schrift die *intemperate mouthes* zum Schweigen bringen wolle²³. Diese partielle öffentliche Anfeindung Friedrichs V. während seines Londoner Aufenthalts erlebte nach der Schlacht am Weißen Berg in England eine Renaissance, gegen die sich radikal-protestantische Autoren wie John Harrison mit Übersetzungen und Berichten wehrten, um der *mis-information* durch die Gegner entgegenzuwirken²⁴.

²⁰ Vgl. ABBOT: The Coppie of a Letter, Nr 3.

²¹ BL MSS Add. 34217, fol. 39: George Abbots Rundschreiben an die englischen Bischöfe, [o.O], 4./14. August 1622 (Abschrift); ABBOT: The Coppie of a Letter, Nr. 1.

²² DRAYTON: The Works Bd. 3: Elegies upon Sundry Occasions, 206.

²³ ANONYM.: A Sermon, Preached before [...] Fredericke 5., 53f.

²⁴ ANONYM.: Bohemica Jura Defensa.

Vertreter der böhmischen und pfälzischen Sache wie Thomas Gainsford († 1624?) und vor allem Thomas Scott (1580–1626) sahen sich denn auch in einem regelrechten publizistischen Krieg mit den Kritikern der kurpfälzischen Politik²⁵. Scott stellt diese Parteibildung in der englischen Öffentlichkeit 1622 sogar ins Zentrum seiner Schrift *The Interpreter*, in der er mit *Puritanes*, *Protestants* und *Papists* drei Religionsgruppen Englands ausmacht, die sich gerade in der Pfalzfrage und auch in Sachen *Spanish Match* deutlich unterschieden. Während die *Papists* grundsätzlich nur als *Spaynes Affe*, *his Countreys foe*, *Romes slave* betrachtet werden müssten, nähmen auch Radikalprotestanten und Konformisten in der ‚anglikanischen Kirche‘ unterschiedliche Haltungen in Sachen Pfalz ein²⁶. So wirft Scott den Konformisten vor, sie kümmerten sich nur um ihre Geschäfte und betrieben sogar einen Handels- und Fischereistreit mit den Niederlanden, anstatt die Koalition gegen Spanien zu unterstützen und sich vor allem für die Pfalz einzusetzen:

*A Protestant is one that shakes his head/ and pitties much the Palsegrave was misled/ to meddle with Bohemia [and] incense/ the Spanish wrath, gainst [which] there is no fence/ That his Revenues in the Paltz againe/were well restor'd, he wishes so that Spayne/would take the honours of the house [...] letting the Paltzgrave live/ for such a favour as his lands [and] lyfe/ not except the Father and the wyfe/ that King of Peace [and] love dare boldly crave/ but what is that he can dispaire to have/ [...]*²⁷.

Die *Puritanes* als wahre Protestanten setzten dahingegen ihren Besitz und ihre Leben für die Restitution des *Palsegrave* ein²⁸.

Ein wichtiges Ziel dieser Schriften blieb es, durch öffentliche Information falsche Gerüchte zu widerlegen und vor allem unentschlossene Leser für die Sache der Kurpfalz, aber auch für die militärischen Kampagnen des Grafen Mansfeld zu gewinnen²⁹. Denn das frühneuzeitliche Nachrichtenwesen stellte die Autoren vor das Problem, dass die einlaufenden mündlichen und schriftlichen Nachrichten nur sehr schwer überprüft werden konnten, so dass Gerüchte sich rasch verbreiteten und zu einer erregten Situation führten³⁰. Angesichts dieser Umstände achteten denn auch die einzelnen Meinungsparteien darauf, ihren Schriften dadurch Autorität und Glaubwürdigkeit zu verleihen, dass sie die Quellen möglichst in Form namentlich gekennzeichnete Augenzeugen des Geschehens kenntlich machten³¹.

Wie bereits erwähnt, zeichnete sich die populäre Verarbeitung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen in den Zeitungen, kommentierenden Berichten und auch Satiren durch eine Verbindung von reiner Information mit stark wertenden Äußerungen aus, die wiederholt verschiedene säkulare und konfessionelle Themen und Dis-

²⁵ Vgl. John Calvert an George Buckingham, 28. November 1620, in: GARDINER: Fortescue Papers, 143; LAKE: Constitutional Consensus, 814f.

²⁶ SCOTT: *The Interpreter*, 16.

²⁷ Ebd., 7f.

²⁸ Ebd., 3.

²⁹ Vgl. ANONYM.: *The King of Bohemia's Welcome to Count Mansfield*.

³⁰ Vgl. FOX: *Rumour*, 613.

³¹ Vgl. ANONYM.: *A True and Ample Relation*; ANONYM.: *More Newes From the Palatinate*.

kurse transportierten. In den englischen und deutschen Schriften wurde die Pfalzfrage seit der Invasion des Kurstaates durch spanische Truppen häufig mit dem Topos der Schwarzen Legende („leyenda negra“) erörtert³². Der Krieg der Flandernarmee in der Unterpfalz beförderte in den protestantischen Schriften eine antispanische Propaganda, in der die spanischen Soldaten als blutrünstige Tyrannen, rachgierige Feinde und dergleichen mehr bezeichnet werden³³. Trotz der häufig konfessionellen Konnotationen im Zusammenhang mit der „leyenda negra“ zeichneten sich die Berichte über den Krieg in der Pfalz wiederholt durch überkonfessionelle, protonationalistische³⁴ Töne aus, so wie in einer Flugschrift von 1621, in der anlässlich des Endes der spanischen Belagerung von Frankenthal das Ereignis ‚national‘ gedeutet wurde als die Abwehr eines ausländischen Feinds auf deutschem Boden:

*Frisch auff/ Du werthes Franckentahl/ Die Teutschen haben allzumal/ Ihr Herz zu dir geflehet/Solchs hat gewißlich nicht gedacht/ Die damals gantze Spanisch Macht/ Dein Lob ewig bestehet*³⁵.

Auch auf englischer Seite hatte die „leyenda negra“ im Zusammenhang mit der Pfalzfrage Konjunktur. Als prominentester Verfasser von antispanischen Satiren trat Scott hervor, der seine bedeutendsten Schriften Friedrich V. und Princess Elizabeth widmete. Im zweiten Teil seiner Satire *Vox Populi* sucht Scott nach den Ursprüngen der englisch-spanischen Feindschaft und findet sie im spanischen Götzendienst und in der spanischen Falschheit, die wiederum auf den noch andauernden schlechten Einfluss der Mauren in Spanien zurückzuführen sei, so dass es sich bei Spaniern um eine Art Krypto-Muslime handle³⁶. Scotts Schriften erzielten in der englischen Öffentlichkeit einen großen Erfolg (und damit auch die Aufmerksamkeit der Zensur), denn er verstand es, das spanische Feindbild für das englische Publikum auf die Person des spanischen Botschafters Gondomar zu konzentrieren, den er beispielsweise in der Satire *Walter Rawleigh's Ghost* (1626) als Urheber jesuitischer Anschläge in England sowie der Hinrichtung von Raleigh hinstellte³⁷. Im Zusammenhang mit dem Krieg um die Pfalz wurde dieses spanische Feindbild schließlich weitgehend auf den gesamten katholischen Feind übertragen. So erhielt auch Tilly in Anlehnung an Scott in den englischen Berichten über den Pfälzer Kriegsschauplatz monströse Dimensionen:

*Generall Tilley came to neather Gemunds [...], killing all the souldiers, slaughtering most part of the Burghers, torturing the preachers, and sparing neither Captaine nor officers, nay the very schollers were subject to his fury, so that it seemed he was eithor blinde with ignorant zeale, or mad with intemperate rage*³⁸.

³² Vgl. MALTBY: Black Legend in England.

³³ Vgl. ANONYM.: Emblemata.

³⁴ Zum Nationalismus-Begriff für das frühneuzeitliche Reich vgl. STAUBER: Nationalismus vor dem Nationalismus.

³⁵ ANONYM.: Franckenthalischer Triumph und Frewden-Spruch.

³⁶ SCOTT: The Second Part of Vox Populi, 13.

³⁷ [SCOTT]: Sir Walter Rawleigh's Ghost.

³⁸ ANONYM.: Three Great Overthrowes, 7.

In engem Zusammenhang mit dem spanischen Feindbild standen in den propfälzischen Schriften zudem antijesuitische Themen. Die blutige Entwicklung seit dem Ausbruch der böhmischen Krise wurde beispielsweise in der englischen Übersetzung von Friedrichs V. Apologie von 1620 betont dem gefährlichen Wirken von Jesuiten in Böhmen und anderswo zugeschrieben. Die Ordensmitglieder agierten dabei als intrigante Fürstenberater, die mit falschem Charme und geheuchelter Frömmigkeit in den katholischen Fürstenräten ihre blutdürstige Politik betrieben. Mit Anspielungen auf den *Gunpowder Plot* von 1605 sollte dem englischen Publikum sowie der englischen Regierung suggeriert werden, dass nicht Friedrich V., sondern die katholische Seite die alte Rechtsordnung umzustürzen trachteten³⁹.

Neben der Schaffung spanischer und katholischer Feindbilder setzten sich gerade die englischen Schriften in Folge der Pfalzfrage dezidiert auch mit dem Thema *Arca-na Imperii* auseinander, schließlich mussten Autoren außenpolitischer Schriften und Satiren befürchten, von der Zensur wegen der Einmischung in die königliche Prerogative verfolgt zu werden. Da die Autoren nur selten an verwertbare Hintergrundinformationen zur königlichen Außenpolitik gelangten, bedienten sie sich wiederholt satirischer Schriften, um die *Arcanum*-Idee in Fragen der Außenpolitik ad absurdum zu führen. So verfasste Scott wie gesehen mehrere satirische Schriften, in denen Außenpolitik in einem fiktiven Zusammenhang wie der Beschreibung einer geheimen Staatsratssitzung in Madrid erörtert wurde und bekannte Persönlichkeiten wie der Graf Gondomar oder der Herzog Olivares sich über außenpolitische Maßnahmen der spanischen Krone austauschten⁴⁰.

Solche fiktiven Beschreibungen in Zusammenhang mit der Pfalzfrage und der *Spanish Match* trugen auf englischer Seite dazu bei, dass in der Berichterstattung über das politische und militärische Geschehen die Grenzen zwischen realer Information und Fiktion häufig verschwammen. Der Verfasser eines *news book* vom März 1624 behauptete beispielsweise im Vorwort:

*It is well knowne what is determined and concluded of in the Conclave of the Cardinals at Rome: namely, that the duke of Bavaria newly invested with the Electorate, and Country of the Palatine, shall remaine therein [...]*⁴¹.

Dass solch ein brisanter Beschluss zu den gut gehüteten Staatsgeheimnissen des Kardinalskollegiums gehörte, trat in der öffentlichen Wahrnehmung des englischen Publikums zurück, schließlich beschrieb schon vier Jahre zuvor eine satirische Schrift die fiktive Sitzung des römischen Kardinalskollegiums, in dem die politische Lage Europas und mögliche Mordanschläge gegen protestantische Fürsten erörtert wurden⁴².

³⁹ FRIEDRICH I.: A Declaration of the Causes, 5; vgl. auch ANONYM.: Troubles in Bohemia, 30f.

⁴⁰ SCOTT: Vox Populi.

⁴¹ ANONYM.: The Newes and Affaires.

⁴² ANONYM.: The Popes Complaint to his Minion Cardinals; zu den Berichten über das Kardinalskonklave bezüglich der Pfälzer Kurwürde vgl. SCOTT: Aphorismes of State.

Schließlich griff Jakob I. 1623 persönlich publizistisch in die öffentliche Debatte um Außenpolitik als *Arcanum Imperium* ein, indem er selbst als *pot poet* in Reaktion auf eine Schmähchrift einen satirischen Versreim verfasste. Der Monarch beklagte, dass die andauernde Erörterung außenpolitischer Themen einen Angriff auf seine Prerogative bedeute, die den Staat gefährde: [...] *to no use were counsell-tables,/ If state affaires were publick bables*. Zudem sprach er den Verfassern die Fähigkeit ab, mit genügend Sachverstand die schwierigen Themen der Außenpolitik erörtern zu können, zumal sie sehr parteiisch nur das Schicksal der Kurpfalz im Auge hätten: *You cannot judge what's truely wine,/ Who see no farther then the rine*⁴³.

Letztlich hielten auch die königlichen Ermahnungen die Autoren aber nicht von der weiteren Veröffentlichung von satirischen und auch despektierlichen Schriften ab, die sich öffentlich extrem kritisch mit der englischen Außenpolitik in Sachen Kurpfalz auseinandersetzten und sich an ein breites Publikum richteten. Während deutsche Schriften wiederholt Appelle an Jakob I. richteten, endlich die Waffe gegen Spanien zu ergreifen⁴⁴, forderten englische Traktate wie beispielsweise Edward Cecils veröffentlichte Rede im Unterhaus die Regierung auf, den Angriff Spaniens auf die Kurpfalz auch als eine direkte Bedrohung Englands zu begreifen⁴⁵. Scotts *Vox Populi* verband zudem die Kritik an der Außenpolitik mit scharfen Angriffen auf die inneren Zustände im Königreich. Demnach führten der Luxus, die höfische Korruption und Buckingham's Klientensystem zu einer militärischen Schwächung des Königreichs, das wegen seiner falschen Kontinental- und Überseepolitik nun vollends der spanischen Furie ausgeliefert sei⁴⁶. Mit der anhaltenden außenpolitischen Zurückhaltung der Krone tauchten in den propfälzischen Schriften auch immer häufiger die Namen von Essex⁴⁷ und Raleigh⁴⁸ als Repräsentanten der berühmten *sea dogs* auf, die unter Elisabeth I. das spanische Weltreich erfolgreich herausgefordert hätten. Die *sea dogs* entwickelten sich zusammen mit der siegreichen Schlacht von Cadix 1594 zum Code für eine glorreiche elisabethanische Kriegspolitik gegen Spanien, von der sich die jakobitische Friedenspolitik negativ abhob⁴⁹.

Während die säkular begründete Kritik an der englischen Pfalzpolitik häufig unter der Pressezensur litt, konnten die vielfältigen konfessionellen Anspielungen, die ihre Themen, wie noch zu zeigen ist, häufig aus dem gelehrt-theologischen Schrifttum bezogen⁵⁰, in der englischen Berichterstattung über das Kriegsgeschehen in der Kurpfalz nur selten beanstandet werden. Dabei übten gerade die religiösen Codes in Sachen Pfalzfrage einen großen Einfluss auf die Meinungsbildung nach 1620 aus. So

⁴³ BL MSS Lansdowne 498 fol. 32ff.: *His Majesties answere unto a Libell. The wipers of the peoples teares, The dryer up of doubt and feares*, [1623].

⁴⁴ Vgl. ANONYM.: Versammlung und Zusammenkunft; ANONYM.: Engelländische Weckglock.

⁴⁵ CECILL: Speech in the Lower House.

⁴⁶ SCOTT: *Vox Populi*; LAKE: *Constitutional Consensus*, 818f.

⁴⁷ Vgl. [SCOTT]: *Essex's Ghost*.

⁴⁸ Vgl. [SCOTT]: *Raleigh's Ghost*.

⁴⁹ Vgl. HAMMER: *Myth-Making*, 640f.

⁵⁰ Vgl. unten S. 256ff.

wurden Berichte über die Vertreibung Pfälzer Pfarrer durch katholische Truppen rasch in die übergeordnete Erzählung von Vertreibung und Martyrium der Anhänger der protestantischen Kirche eingeordnet, die in der englischen Öffentlichkeit zu Geldsammlungen und Hilfsaktionen führten⁵¹. Die Berichterstatter vom europäischen Kriegsschauplatz bedienten sich wiederholt ausführlicher Beschreibungen des Leidens der Protestanten unter den katholischen Armeen. Detailliert präsentierten die Schriften dem Publikum Folterungen von Anhängern der wahren Kirche, die wahlweise Opfer von Jesuiten⁵² oder Tillys Truppen⁵³ wurden. Ein eindrucksvolles Beispiel dieser Martyriumsberichte stellt die *Relation Of the bloody Execution [...] in Prague* von 1621 dar, die das Prager Blutgericht gegen den aufständischen Adel am 11. Juni 1621 beschreibt. Die öffentliche Hinrichtung der böhmischen Insurgenten gerät in dieser Erzählung zu einer zeitgenössischen Form der antiken Christenverfolgung, wie sie auch noch später Theaterstücken als Vorlage dienen sollte:

Doctor Jessenius comming to the scaffold last of all, the Executioner tooke him presently and tyed his hands upon his back, and the sitting downe upon his knees, a blacke cloth being laid open under him, he still calling upon the name of God, where the Executioner [...] puld out his tongue and cut it of with a knife, and thereupon presently after, he cut of his head with his sword, which his decreed Judgment corporall punishment he suffered with great patience [and] constancy, having first offered his prayers with great devotion to the Almighty God as is beforesaid⁵⁴.

Auch die pfalzgräfliche Familie und ihre Anhänger wurden in diesen an Foxe angelehnten Märtyrer-Diskurs einbezogen. In einem Bericht über die Vorgänge am Prager Hof erscheint Princess Elizabeth als opferbereite Heldin, die ungeachtet der schlechten Nachrichten vom Kriegsschauplatz 1620 ihr Gottvertrauen nicht verliert und auf den Erfolg der protestantischen Sache baut⁵⁵. Diese Beschreibungen förderte in der englischen Öffentlichkeit eine Art Apotheose der Pfalzgräfin und *Queen of Bohemia* als neue *Eliza*. So feierten protestantische Autoren die Annahme der Wenzelskrone 1619 auch als Antritt des elisabethanischen Erbes durch Princess Elizabeth, die dem spanischen Feind ein neues *eighthie eight* diesmal in Böhmen bereiten werde⁵⁶. Durch diese Parallelisierung von Elizabeth Stuart mit der großen Tudor-Herrscherin entwickelten englische Autoren Marvin Breslow zufolge eine protestantische Form der „Mariologie“, die gerade vor dem Hintergrund der militärischen Niederlagen und der ausbleibenden englischen Hilfe kompensatorische und tröstende Funktionen beim Publikum übernehmen sollte⁵⁷. Auf die *Queen of Bohemia* projizierten die von der königlichen Politik enttäuschten Untertanen ihre Hoffnungen bezüglich eines

⁵¹ Vgl. CSP Dom. 1625–1633, Nr. 61/15; KARL I.: A Licence for a Collection.

⁵² Vgl. ANONYM.: A True Relation of the Affaires.

⁵³ Vgl. ANONYM.: The Affaires of the World.

⁵⁴ ANONYM.: A True Relation Of the bloody Execution; vgl. auch S. 240.

⁵⁵ [BARLOW]: Two Letters or Embassies.

⁵⁶ HARRISON: Relation of the Departure.

⁵⁷ BRESLOW: English Puritan Views, 37f.; zur heilsgeschichtlichen Überhöhung von Elisabeth I. als neuer Christus vgl. COLLINSON: Birthpangs of Protestant England, 9.

entschiedeneren Vorgehens gegen Spanien. So verbanden noch 1629 viele Engländer die Aufregung über eine Fehlgeburt von Henriette Marie mit der Hoffnung, dass die *Queen of Bohemia* und ihre vielen Nachkommen einst einen kinderlosen Karl I. beerben könnten⁵⁸.

Die Einordnung der Pfalzfrage in Märtyrer-Erzählungen sowie in eine protestantische Form der „Mariologie“ förderte schließlich in der englischen Öffentlichkeit die Vorstellung, dass es sich bei den kriegsgeprüften Kurpfälzern um ein von Gott erwähltes Volk handeln müsse. In den Berichten vom Krieg in der Pfalz verbanden die Autoren die Schilderung daher wiederholt mit alttestamentarischen Anspielungen. Die leidenden Kurpfälzer Glaubensbrüder wurden in diesen Erzählungen zu *the children of Israell*, für die Gott am Ende aller Prüfungen die notwendige Hilfe bereitstellen werde⁵⁹. Die kurzfristigen Erfolge von Mansfelds Armee in der Kurpfalz im Jahr 1622 weckten die Hoffnung auf eine Wende im Krieg gegen Spanien, die die Verfasser wiederum alttestamentarisch überhöhten, indem das nun entsetzte Heidelberg kurzerhand zu einem neuen Jerusalem weiterentwickelt wurde:

*But now comes the comfort and cure, Jerusalem is reedified, the people restored, the Temple erected, the wall builded, the Princes sent home againe, the Law read, the Sacrifice exalted, the Priesthood magnified, and a worke is done of admiration: [...]*⁶⁰.

Mit den militärischen Erfolgen zeige Gott, dass er trotz dunkler Stunden sein auserwähltes Volk nicht im Stich lasse und seiner Kirche letztlich zum Sieg verhelfen werde⁶¹.

Für die englische Regierung stellte die Einbindung der Kurpfalz in den mosaischen Diskurs des auserwählten Volks jedoch ein manifestes Problem dar, schließlich konnte es in den Augen des Publikums nicht ohne Konsequenz bleiben, dass die englische Außenpolitik nur so wenig für ein Gottesvolk unternahm, wie es London im Falle der Pfalz tat. Jakob I. versagte in radikal-protestantischen Augen darin, Friedrich V. zu unterstützen, der in seinem neuen Königreich Böhmen gegen Idolatrie und Sünde und später in der Pfalz gegen den Antichristen kämpfte⁶². Harrison ermahnte in seiner Beschreibung von Reise und Krönungsfeierlichkeiten für das Kurpfälzer Paar in Prag zugleich die englische Regierung, Friedrich V. in seiner gottgewollten Sache zu unterstützen, wolle es nicht wie die alttestamentarische Stadt Meroz, die im Kampf gegen die Ungläubigen versagte, den Zorn Gottes auf sich ziehen:

*The glorie of god and generall good of his church dependeth thear upon: pro qua quit pius dubitaret mortem oppetere si ei sit profuturus. They that doe, they are worse than the verie heathens: [...] I say it is the lords cause: yea and it is everie mans particular cause that feareth god; for if religion be put to the worst, and suffer, so of consequence must everie one that professeth the same lykewise, of what nation or condition soever*⁶³.

⁵⁸ Vgl. CSP Venice XXII, Nr. 99.

⁵⁹ Vgl. ANONYM.: *Newes from the Palatinate*; GORSKI: *Mosaic Moment*, 1542.

⁶⁰ ANONYM.: *More Newes From the Palatinate*, 2.

⁶¹ Ebd., 15.

⁶² Vgl. ANONYM.: *The Last Newes from Bohemia*.

⁶³ HARRISON: *Relation of the Departure*; näheres zum Fluch Meroz' vgl. unten S. 260.

Vor allem das alttestamentarische Meroz erfuhr in der breiten englischen Öffentlichkeit eine sehr starke Rezeption, so dass Karl I. schließlich den Kriegseintritt Englands gegen Spanien mit eben jenen biblischen Code in Zusammenhang brachte⁶⁴. Umso schwerer wog es für das radikal-protestantische Publikum, dass Karl I. und vor allem sein Favorit Buckingham in dieser gottgefälligen Aufgabe so bald kläglich scheiterten.

b) **Natur did Designe us to be warriors – die dramatische Verarbeitung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen auf der englischen Bühne**

Zu den Informationsbörsen wie St. Paul's Yard und den städtischen und ländlichen Kirchen kam mit dem Theater ein weiterer Ort der öffentlichen Aushandlung von Außenpolitik hinzu⁶⁵. Denn ungeachtet des seit 1559 bestehenden Verbots, Fragen der Außenpolitik sowie religiöse Themen auf den Bühnen zu behandeln, wuchs das Interesse des Publikums an politischen und internationalen Themen in Theaterstücken, so dass die Dramen nicht nur der ausschließlichen Unterhaltung, sondern seit Kriegsausbruch verstärkt auch der medialen Übermittlung von Nachrichten und der schöpferischen politischen Stellungnahme dienten⁶⁶. Margot Heinemann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass gerade das Londoner Publikum in Gestalt der Kaufleute, Ladenbesitzer, Seeleute und Handwerker sich durch eine stark antikatolische und antispanische Einstellung auszeichnete, die sich von der außenpolitischen Entwicklung seit 1618 und der verhaltenen Reaktion der englischen Krone auf den europäischen Flächenbrand herausgefordert fühlen musste⁶⁷.

In stärkerem Maße als die breite tagespolitische Publizistik erfordern aber Theateraufführungen als historische Quelle für die politische Geschichte besondere methodische Umsicht. Denn mehr noch als bei Flugschriften und *corantos* muss beim Bühnenspiel von einem komplexen Vermittlungsverhältnis zwischen den einzelnen Akteuren einer Aufführung ausgegangen werden, das in vielfältiger Weise Inhalte und Botschaften der Stücke beeinflusste. Stephen Greenblatt beschreibt in seiner wegweisenden Studie zum englischen Theater der Renaissance das Schauspiel denn auch als ein Produkt kollektiver Intentionen, da der Akt der Niederschrift eines Dramas als sozialer Moment verstanden werden muss, in dem der Autor seine Erfahrungen mit den Schauspielern, dem Publikum und sicherlich auch der Obrigkeit verarbeitete⁶⁸. Greenblatt verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff der „sozialen Energie“ im Sinne wiederholbarer emotionaler Akte zwischen Autor, Schauspieler und Publikum, die nicht nur während der Inszenierung in einem fortwährenden Austausch- und Verhandlungsprozess stehen, in dem klar definierte Interessen und Identitäten

⁶⁴ Vgl. oben S. 217.

⁶⁵ Vgl. HILL: Protestantismus, 100–120.

⁶⁶ Vgl. PÁLFFY: Theater und Außenpolitik, 98f.

⁶⁷ HEINEMANN: Puritanism and Theatre, 152f.

⁶⁸ GREENBLATT: Verhandlungen mit Shakespeare, 13f.

zum Ausdruck kommen⁶⁹. Die in der Literaturwissenschaft lange Zeit vollzogene klare Trennung von Theater und Welt verbietet sich damit⁷⁰.

Gerade das Theater repräsentiert durch die enge Einbindung der Autoren in das höfische und außerhöfische Geschehen einen wichtigen Indikator für den sozialen und ideologischen Wandel historischer Gesellschaften. So ist Kevin Sharpe zufolge besonders im Theater der frühen Stuart-Zeit ein wirkmächtiges Wechselverhältnis zwischen Macht und Untertan beobachtbar, da auch im außerhöfischen Bühnenbetrieb das höfische Patronagesystem Einfluss auf die Inszenierungen zu nehmen wusste⁷¹. Die Londoner Theater verwandelten sich nicht selten zu neuen Foren der höfischen Patronagekämpfe, in denen innen- und außenpolitische Themen in stark abstrahierter Weise in der Form historischer und ausländischer Analogiebildungen behandelt wurden.

Dass von einem solch engen Zusammenhang zwischen außerhöfischem und höfischem Theater ausgegangen werden muss, der zugleich eine Verschränkung der unterschiedlichen Öffentlichkeitsphären des Körberschen Modells darstellt, macht eine der berühmtesten Komödien von William Shakespeare (1564–1616), *The Tempest* deutlich, die 1611 zum ersten Mal am Londoner Hof aufgeführt wurde⁷². *The Tempest* nimmt in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen eine bisher nur wenig erforschte Rolle ein. Anlässlich der Feierlichkeiten zur Verlobung von Friedrich V. mit Princess Elizabeth wurde das Stück am 27. Dezember 1612 in Whitehall aufgeführt⁷³. Zu diesem Anlass fügte der Autor vermutlich nachträglich auch das Hochzeitsmaskenspiel (Akt IV, Szene 1) ein, welches der Geist Ariel zur Trauung von Ferdinand und Miranda inszeniert. David Bevington weist anhand dieser Szene nach, dass *The Tempest* zwar einen Bestandteil der Hochzeitsfeierlichkeiten von 1613 bildete, die Komödie aber nicht als Auftragsarbeit des Hofes, sondern als außerhöfisches Spektakel betrachtet werden muss, das das gemeine Publikum durch öffentliche Inszenierungen in die höfischen Öffentlichkeit integrieren sollte, ohne dass an eine tatsächliche Teilnahme innerhalb der Palastmauern zu denken war⁷⁴. Mit Hilfe des Maskenspiels in *The Tempest* nahm die Komödie Elemente der höfischen Feiern auf, denn Bevington zufolge können klare inhaltliche Analogien zwischen Shakespeares Maskenspiel und Thomas Campions († 1620) *The Lords Masque* gesehen werden, das 1613 anlässlich der Hochzeitsfeiern aufgeführt wurde⁷⁵: „Both are masques; [...]. They both celebrate a royal wedding; that of Elizabeth and Frederick explicitly in Campion's case, and perhaps implicitly the same in *The Tempest*, but in any event the

⁶⁹ Ebd., 16.

⁷⁰ Ebd., 24.

⁷¹ SHARPE: Representations and Negotiations, 854f. u. 858f.

⁷² Vgl. CHAMBERS: William Shakespeare, 342; zum Körberschen Modell frühneuzeitlicher Öffentlichkeiten vgl. oben S. 31ff.

⁷³ Vgl. STEELE: Plays and Masques, 176.

⁷⁴ BEVINGTON: The Tempest, 220.

⁷⁵ Campion: The Lords' Maske, in: NICHOLS: Progresses; vgl. zu diesem Stück ausführlicher unten S. 279.

wedding of Miranda and Ferdinand. Dynastic consequences of the marriages are central. [...] The royal couple and the bride's royal or ducal father are present as witnesses to the masque and are integral to the semiotic signs used to convey political, social, religious and ethical meaning⁷⁶.

Inwieweit außerhöfische Inszenierungen gut geeignet waren, politische, soziale, religiöse und auch ethische Themen des Hofes an ein breiteres Publikum weiterzuleiten, macht der Stellenwert radikal-protestantischer Bewegungen für die englische Bühne deutlich. Denn ungeachtet der calvinistischen Kritik an Bildern und öffentlichen Lustbarkeiten wehrten sich radikal-protestantische Gruppen in England weniger gegen das Theater als Medium an sich, sondern gegen die Gefahr, dass es zu einem Transportmittel falscher Glaubensauffassungen missbraucht werden könnte⁷⁷. Um dem vorzubeugen, entwickelte eine Reihe von Autoren in der frühen Stuart-Zeit eine Theaterform, die Albert Tricomi als „anticourt drama“ bezeichnet und das sich mit politischen und sozialen Missständen am Hof und gegen die Repräsentationsanstrengungen der Regierung und bestimmter höfischer Faktionen richtete⁷⁸. Vor allem die Konflikte um die Richtung der englischen Außenpolitik seit dem Ausbruch der böhmischen Krise wirkten nachhaltig auf die englische Theaterproduktion, so dass zu Beginn der 1620er Jahre eine wachsende Zahl an betont antispansischen Stücken zusammen mit Satiren über höfische Korruption entstanden⁷⁹. Dass es bei diesen Stücken weniger um eine Spaltung zwischen höfischer und außerhöfischer Öffentlichkeit geht, sondern vielmehr Sharpes These einer Fortsetzung höfischer Faktionskämpfe auf außerhöfischen Foren bestätigt wird, macht die Rolle von Pembroke als Haupt der protestantischen Hoffaktion deutlich. Denn als Lord Chamberlain zeichnete er sich nicht nur für die höfische Unterhaltung verantwortlich, er fungierte auch als Patron für jene Oppositionsdramen, die bald zur spannungsreichen Stimmung in der englischen Öffentlichkeit der 1620er Jahre beitragen sollte⁸⁰.

Beim „anticourt drama“ handelte es sich nicht um die öffentliche Repräsentation einer monolithischen radikal-protestantischen Interpretation des Weltgeschehens. Die einzelnen Dramatiker, die sich selbst als Historiker und politico-religiöse Agitatoren verstanden, behandelten vielmehr in stark variierender Weise die tagesaktuellen politischen und höfischen Themen. Julia Gasper weist beispielsweise anhand einer Reihe radikal-protestantischer Autoren nach, dass heikle Themen wie ein religiöses Widerstandsrecht gegen offensichtlich tyrannische Herrschaft bei Schriftstellern wie Thomas Dekker (1570–1641) oder Thomas Heywood († 1650?) sehr unterschiedlich behandelt wurden⁸¹. Dabei ist eine sehr enge Verbindung zwischen protestantischen Nonkonformisten aus Theater und tagesaktueller Publizistik zu beobachten, wie das

⁷⁶ BEVINGTON: *The Tempest*, 223.

⁷⁷ Vgl. COLLINSON: *Protestant Culture*, 40.

⁷⁸ TRICOMI: *Anticourt Drama*, x.

⁷⁹ Vgl. MARSHALL: *Theatre and Empire*, 150f.

⁸⁰ Vgl. HEINEMANN: *Puritanism and Theatre*, 165f.; TRICOMI: *Anticourt Drama*, 153.

⁸¹ GASPER: *Reformation Plays*, 191 u. 205f.

Beispiel von Thomas Middletons (1570?–1627) *A Game at Chess* zeigt⁸². Middletons Komödie – das sicherlich wirkungsvollste „anticourt drama“, das vermutlich ebenfalls von Pembroke gefördert wurde – reflektiert dramatisch die radikal-protestantische Haltung zu den Bemühungen von Jakob I., seinen Thronerben mit einer spanischen Infantin zu verheiraten. Das Stück karikiert, ungeachtet der Transferierung des Geschehens in die Vergangenheit, mit Karl I., Buckingham und Gondomar die wichtigsten Akteure der *Spanish Match*, womit Middleton die Theaterzensur auf den Plan rufen musste, schließlich war es nur dem höfischen Adel erlaubt, adlige Personen bei Inszenierungen zu repräsentieren⁸³. Gleichzeitig bedient sich *A Game at Chess* durch die Thematisierung einer spanischen Universalmonarchie, des katholischen Einflusses am englischen Hof und vor allem durch ein überzeichnetes Schwarzweißbild jener radikal-protestantischen Kritik, die dem Publikum bereits in den satirischen Schriften von Scott angeboten wurde⁸⁴.

Das Problem der Repräsentation lebender ausländischer Fürsten stellte sich auch dem ersten öffentlichen Bühnenspiel Englands, das sich in Reaktion auf die Hochzeit von 1613 den Pfalzgrafen als Thema widmete. Wentworth Smith bediente sich 1615 in seinem Historienspiel *The Hector of Germanie* explizit der Person des *Palsegrave* und *Prime Elector*; um jedoch dem Verbot der Dramatisierung lebender fürstlicher Personen zu entgehen, betonte der Autor in einer ironischen Brechung im Vorwort, dass es sich beim Pfalzgrafen natürlich nicht um jenen Prinzen handle, [...] *which in this Kingdome late,/ Married the Mayden-glory of our state:/ What Pen dares be so bold in this strict ages,/ To bring him while he lives upon the Stage?*⁸⁵

Obwohl Smith für sein Schauspiel die spätmittelalterliche Szenerie des Hundertjährigen Krieges wählte, machen die ungenauen historischen Anleihen aber deutlich, dass es dem Autor mitnichten um die Repräsentation eines historischen Themas geht. Hans Werner beurteilt *The Hector of Germanie* vielmehr als militant-protestantisches Stück, das sich mit den politischen Vorgängen auf dem europäischen Kontinent vor 1618 und vor allem mit dem komplexen Zusammenspiel des englischen, brandenburgischen und pfälzischen Engagements in der Krise am Niederrhein auseinandersetzt⁸⁶. So ruft beispielsweise der Markgraf von Brandenburg die Verbündeten dazu auf, sich angesichts der Bedrohung durch den Feind besser zu wappnen: *We must expect warre: [and] prepare our selves/ With expedition to resist their force:/ For a more dangerous Foe for Treachery,/ Then is the Bastard, lives not in these parts*⁸⁷.

Zugleich suggeriert das Bühnenspiel eine geistige Verbindung zwischen dem Pfalzgrafen Friedrich V. und dem kurz zuvor verstorbenen Henry Prince of Wales⁸⁸. Das Stück bemüht sich dabei, den niederen Rang des Pfalzgrafen durch seine Reputation

⁸² MIDDLETON: *Game at Chess*; COGSWELL: Thomas Middleton.

⁸³ Vgl. TRICOMI: *Anticourt Drama*, 144f.

⁸⁴ Vgl. HEINEMANN: *Puritanism and Theatre*, 156f. u. 160f.

⁸⁵ SMITH: *Hector of Germanie*, A2.

⁸⁶ WERNER: *Hector of Germanie*, 127.

⁸⁷ SMITH: *Hector of Germanie*, A3.

⁸⁸ Ebd., B1; vgl. MARSHALL: *Theatre and Empire*, 159.

als Krieger zu kompensieren. So zeige sein Heldenmut nicht nur den königlichen Rang des Pfalzgrafen (*worthy royall merite*), sie bringen ihm auch die besondere Ehre der Aufnahme in den Hosenbandorden ein, womit Smith Bezug darauf nimmt, dass Friedrich V. in diesen vornehmen englischen Ritterorden im Dezember 1612 aufgenommen wurde:

*This is a favour which no Forraine Prince/ Ever injoyd yet, but the time may come/ When Kings in seeking it may be instald,/ It was my Institution, and is wornel/ By none but the most Noble, and those fewe*⁸⁹.

Die Idee, dass Friedrich V. durch die Heirat mit Princess Elizabeth das Erbe von Henry Prince of Wales als Hoffnungsträger militant-protestantischer Gruppen angetreten habe, findet sich auch bei jenen Autoren, die wie Dekker in St. James vom englischen Thronerben bis zu dessen Tod protegirt wurden. So konzipierte Dekker sein Festumzugsspiel *Troia-Nova Triumphans* anlässlich der Einführung von John Swinerton als Lord Mayor von London am 8. November 1612 als außerhöfischen Willkommensgruß für den ebenfalls anwesenden Friedrich V⁹⁰. Zugleich, so Gasper, stand das Stück mit seiner stark moralisierend-allegorischen und hofkritischen Richtung in der Tradition jener radikal-protestantischen Stücke am Hof des englischen Thronerben, die das alte ritterliche Ideal der elisabethanischen Zeit dem vermeintlich dekadenten Friedensideal im königlichen Whitehall entgegensetzte. Für Gasper geriet gerade die Lord Mayor Show von 1612 zu einem frühen theatralischen Ausdruck der protestantischen Hoffnungen angesichts der pfälzisch-englischen Heiratsallianz⁹¹.

Dekker bildete zusammen mit Middleton, George Chapman (1559?–1634) und Philip Massinger (1583–1640) einen Kreis von Dramatikern, deren Stücke sich durch eine betont militante und obrigkeitskritische Grundausrichtung auszeichneten und deren symbolisch verschlüsselter, politico-religiöser Unterton zur Unterstützung der protestantischen Glaubensbrüder auf dem Kontinent aufrief. Zudem lehnten sich ihre Stücke wiederholt an die Märtyrer-Geschichten von Foxe an⁹². Ein sehr eindrückliches Beispiel für solch ein Märtyrer-Drama ist das 1622 aufgeführte Historienspiel *The Virgin Martir* von Dekker und Massinger. Ungeachtet der spätantiken Szenerie zeigt das Stück klare Analogien zur Lage der Protestanten auf dem europäischen Kontinent nach dem Sieg der bayerischen und kaiserlichen Truppen in Böhmen und der Kurpfalz und ruft auch Erinnerungen an den bereits behandelten englischen Bericht über das Prager Blutgericht vom Juni 1621 wach⁹³. Im Vordergrund des Stücks steht das Martyrium der Heiligen Dorothea, die 311 unter Kaiser Gaius Aurelius Diocletianus (240–316) hingerichtet wurde und die wie der böhmische Reforma-

⁸⁹ SMITH: *Hector of Germanie*, A2 u. E3; zur Aufnahme Friedrichs V. in den Hosenbandorden vgl. unten S. 277.

⁹⁰ Dekker: *Troia-Nova Triumphans*, I.27–42, in: BOWERS: Dekker; vgl. BERGERON: Dekker's *Lord Mayor's Shows*.

⁹¹ GASPER: *Dragon*, 128f.

⁹² Ebd., 9f.

⁹³ MARSCHALL: *Theatre and Empire*, 169; vgl. oben S. 234.

tor Jan Hus (1370–1415) von Foxe als Beispiel für reine Glaubensbekenntnisse vor Luther und Calvin behandelt wurde⁹⁴. Gasper zufolge gebrauchen Dekker und Massinger die historische Szenerie, um durch die Gleichsetzung von römischen Kaiserthum und Habsburg sowie spätantiker Christenverfolgung und Leiden der Protestanten in Böhmen und der Pfalz eine nationalistisch überhöhte antikatholische Botschaft zu übermitteln⁹⁵. So verweigert ausgerechnet ein britischer Sklave den Befehl des Gouverneurs von Cæsarea, Sapritius, Dorothea zu vergewaltigen, ungeachtet der Aussicht, dafür seine Freiheit zu erlangen:

*And rauish her! Is this your manly seruice,/ A Diuell scornes to doo't, tis for a beast,/ A vil-laine, not a man, I am as yet/ But halfe a slaue, but when that worke is past,/ A damned whole one, a blacke vgly slaue,/ The slaue of all base slaues, doo't thy selfe Roman,/ Tis drudgery fit for thee*⁹⁶.

Das Drama nimmt einen ambivalenten Ausgang. Zwar kommt es nach der Hinrichtung von Dorothea zu einer hoffnungsvollen Konversion des Christenverfolgers Theophilus, doch dieser Hoffnungsschimmer auf eine bessere Zukunft wird zugleich durch den Ausblick auf die noch drohenden Gefahren durch die römisch-kaiserliche Verfolgung der wahren Christen im Epilog des Diocletianus deutlich gemacht: *I thinke the centre of the earth be crackt,/ Yet I still stand vn mou'd, and will go on,/ The persecution that is here begun,/ Through all the world with violence shall run*⁹⁷.

Während *The Virgin Martir* als Martyriendrama noch sehr verhalten Bezug zur politischen und militärischen Situation in Böhmen und der Pfalz nahm, sind die außenpolitischen Anspielungen in zwei anderen Stücken von Massinger umso deutlicher. Sowohl in *The Bondman* (1624), als auch in *The Maid of Honour* (1621/1622) verbindet Massinger eine für das „anticourt drama“ der frühen Stuart-Zeit übliche Hofkritik mit deutlichen Angriffen auf die jakobitische Außenpolitik gegenüber der Kurpfalz⁹⁸. Wie im Falle des Märtyrer-Dramas, so bedient sich Massinger auch bei *The Bondman* eines antiken Plots, der zugleich zahlreiche Analogien zur Kriegssituation an der Jahreswende 1620/21 aufweist. So wie England sich im Konflikt um die Pfalz der Hilfe eines auswärtigen Generals in Person des Grafen Mansfeld bedienen muss, so zeigt sich auch die griechische Kolonie Syrakus in Massingers Stück unfähig, einen eigenen Feldherrn im Kampf gegen Karthago zu bestallen, so dass es auf die Hilfe des Korinthers Timoleon zurückgreift. Der Prätor von Syrakus, Archidamus, beklagt denn auch diesen unehrenhaften Vorgang, wobei die Klage über unzureichende Rüstungen die zeitgenössische englische Kritik an der Vernachlässigung der Flotte durch Jakob I. aufnimmt:

O shame! That we that are a populous Nation,/ Ingag'd to liberall nature, for all blessings/ An Iland can bring forth; we that haue limbs/ And able bodies; Shipping, Armes, and Treas-

⁹⁴ Vgl. GASPER: *Dragon*, 153f.; FOXE: *Actes and Monuments*, i.83f. u. i.588–695.

⁹⁵ GASPER: *Dragon*, 145f. u. 150.

⁹⁶ Dekker/Massinger: *The Virgin Martir*, IV.i.150–156, in: BOWERS: Dekker.

⁹⁷ Ebd., V.ii.239–242.

⁹⁸ Vgl. TRICOMI: *Anticourt Drama*, 156f. u. 163f.; MARSHALL: *Theatre and Empire*, 169.

*ure,/ The sinnewes of the Warre, now we are call'd/ To stand upon our Guard, cannot produce/ One fit to be our Generall*⁹⁹.

Die fehlende Wehrbereitschaft von Syrakus sei das Ergebnis der Verdorbenheit und Weichlichkeit des Adels, der den höfischen Luxus bevorzuge. Massinger vermittelt mit der Figur der Corisca, einer stolzen Adelsfrau, die radikal-protestantische Kritik am Stuarthof und vor allem am Favoritensystem von Buckingham, der als Lord Admiral die Hauptverantwortung für die Lage trage. So zeigt Corisca gegenüber der reichen Witwe Olimpia ihre Abscheu für die Höflinge, die sich nicht auf die ritterlichen Tugenden besinnen: *I cannot endure to haue a perfum'd Sir/ Stand cringing in the hammes; licking his lips,/ Like a Spaniell o're a Fermenty pot, and yet/ Has not the boldnesse to come on, or offer/ What they know we expect*¹⁰⁰.

Noch deutlichere Anspielungen auf den Krieg in der Kurpfalz finden sich in Massingers früherem Stück *The Maid of Honour*, das vermutlich zwischen 1621 und 1622 in London inszeniert wurde. Massinger wählte für dieses Drama keinen antiken, sondern einen italienischen Schauplatz. Die Geschichte handelt vom Herzog Ferdinand von Urbino, der im jugendlichen Übermut und durch eigenes Verschulden in eine gefährliche Lage geraten ist, indem er die Stadt Siena eroberte, nun aber durch die überlegene Armee des Ritters Gonzaga belagert wird. Ferdinand bittet in seiner verzweifelten Situation König Roberto von Sizilien als Verbündeten um Hilfe, wobei die Apologie des Botschafters von Urbino bezüglich des Verhaltens von Herzog Ferdinand an Friedrichs V. Griff nach der böhmischen Krone erinnert:

*Hee too late is conscious,/ That his ambition to incroach upon/ His neighbours territories, with the danger of/ His liberty, nay his life, hath brought in question/ His owne inheritance: but youth and heat/ Of blood, in your interpretation, may/ Both plead, and mediate for him*¹⁰¹.

König Roberto lehnt jedoch die Hilfeleistung ab. In seiner Antwort begründet Massingers König von Sizilien sein Verhalten ähnlich, wie die englische Krone es gegenüber den Pfälzer Gesandten Christoph von Dohna 1619/1620 wiederholt tat: *The league proclaim'd between us,/ Bound neither of us farther then to ayde/ Each other, if by forraigne force invaded,/ And so farre in my honour I was tied*¹⁰².

In dieser Situation ist es der königliche Bruder Bertoldo, der für Urbino eine Lanze bricht. Massinger vereint in Bertoldo militant-protestantische und auch imperiale Ideale mit jenem ritterlichen Ehrdiskurs, der bereits am Hof von Henry Prince of Wales in Reminiszenz an die chevalereske Tradition in der späten Tudorzeit zu finden ist. So sei Sizilien allein schon aus Ehrgründen zur Hilfe verpflichtet, denn Frieden ohne Ziel sei eine lasterhafte Tugend: *Vertue, if not in action, is a vice,/ And when wee move not forward, we goe backward;/ Nor is this peace (the nurse of dro-*

⁹⁹ Massinger: *The Bondman*, I.ii, 12–18, in: EDWARDS/GIBSON: Massinger.

¹⁰⁰ Ebd., I.iii.65–67.

¹⁰¹ Massinger: *The Maid of Honour*, I.i.108–125, in: Ebd.

¹⁰² Ebd., I.i.151–153.

nes, and cowards)/ *Our helth, but a disease. Natur did/ Designe us to be warriors, [...]*¹⁰³.

Der Krieg wird von Bertoldo als grundsätzlich ehrenhafte Beschäftigung gepriesen, wie es ausgerechnet England – wie Sizilien eine Insel – unter der glorreichen Königin Elisabeth gezeigt habe. An dieser Stelle stellt Massinger das jakobitische Friedensideal sehr offensichtlich den radikal-protestantischen Hoffnungen bezüglich eines Kriegs gegen Spanien gegenüber:

*May you live long, Sir,/ The King of peace, so you deny not us/ The glory of the warre; [...]/ May move you more then arguments, looke on England,/ The Empresse of the European Isles,/ [...]/ When did she flourish so, as when she was/ The Mistress of the Ocean, her navies/ Putting a girdle round about the world;/ When the Iberian quak'd, her worthies nam'd;/ [...]/ Hung up, or our unrig'd Armada make us/ Ridiculous to the late poore snakes our neighbours/ Warm'd in our bosomes, and to whom againe/ We may be terrible: while wee spend our houres/ Without variety, confined to drinke,/ Dice, Cards, or whores. Rowze us, Sir, from the sleepe/ Of idlenesse, and redeeme our morgag'd honours*¹⁰⁴.

Wie die *Spanish Match* für Middletons berühmtes Theaterstück, so lieferte auch das Schicksal der Kurpfalz als außenpolitisches Ereignis ein reiches Themenfeld, das in der englischen Rezeption wiederholt dramatisch verarbeitet wurde. Gerade bei den Bühnenspielen lassen sich vor dem Hintergrund einer mehr oder minder symbolisch-allegorischen Verschlüsselung klar antikatholische und antispansische Aussagen finden, die zugleich die englische Außenpolitik und die Zustände am Hof anprangerten. Zugleich übernahmen die Theaterstücke des frühen 17. Jahrhunderts die Aufgabe, ein vom höfischen Geschehen immer häufiger ausgeschlossenes Publikum durch die Verlagerung höfischer Themen wie Faktionskämpfe auf die außerhöfischen Bühnen indirekt wieder in den Aushandlungsprozess monarchischer Herrschaft einzubinden.

c) **Make this Rhyne and Thame an ocean – die Eheallianz von 1613 in der englischen Lyrik**

Mit der Huldigung militärischer und ritterlicher Tugenden griffen englische Autoren wie Massinger und Dekker auf eine literarische Tradition zurück, die in der höfischen Kultur der elisabethanischen Zeit ihren Höhepunkt erlebte. In den Stücken und Gedichten bekannter Poeten der späten Tudorzeit wie Christopher Marlowe (1564–1593), dem Hofmann und Soldaten Sidney und dem Literaten Edmund Spenser (1552/53–1599) verbanden sich Herrscherlob für Königin Elisabeth mit chevaleresker Vortrefflichkeit und Rechtfertigung der protestantischen Religion. Gerade Spenser gilt als Begründer einer neuen literarischen Richtung in der englischen Renaissance, besonders fassbar in seinem allegorischen Epos *The Faerie Queen* (1590), einer Glorifizierung des protestantischen Englands und Elisabeths I.¹⁰⁵

¹⁰³ Ebd., I.i.185–212.

¹⁰⁴ Ebd., I.i.215–239.

¹⁰⁵ FERGUSON: Chivalric Tradition; MCCOY: Rites of Knighthood.

Spenser fungierte zudem als Namensgeber für eine Gruppe von Literaten, die sich im Herrschaftsübergang zwischen Tudor und Stuart etablierte und die wie Drayton und George Wither (1588–1667) eine betont hofkritische und radikal-protestantische Haltung gerade in Fragen der Außenpolitik einnahm. Die so genannten *Spenserians* erfuhren mit dem Thronantritt von Jakob I. jedoch den Ausschluss von der königlichen Gunst, so dass ihr literarisches Schaffen ähnlich wie die öffentlichen Theaterinszenierungen zwar häufig höfische und politische Themen verarbeitete, ihr Wirkungskreis sich mit Ausnahme des Hofes des Thronerben jedoch weitgehend auf das außerhökische Publikum beschränkte¹⁰⁶. Sie entwickelten sich David Norbrook zufolge zu einer oppositionellen Poetengruppe, deren Gedichte verstärkt kritische Betrachtungen zur jakobitischen Hofkultur und Politik transportierten, und die gegen das neue, von Ben Jonson (1572–1637) geprägte, pazifistische Ideal in der Stuart-Hofunterhaltung die traditionellen Themen der elisabethanischen Zeit wie ritterliche Wehrhaftigkeit und ein protestantisch-apokalyptisches Weltbild stellten¹⁰⁷.

Eine überraschende Renaissance erfuhren die *Spenserians* im Umfeld der englisch-kurpfälzischen Eheallianz von 1612/13, als ihre Form der militant-protestantischen Dichtung angesichts der bevorstehenden dynastischen Verbindung zwischen London und Heidelberg auch von höfischer Seite aus nachgefragt wurde¹⁰⁸. Eine große Zahl von dynastisch-allegorischen, aber auch radikal-protestantischen Gedichten entstand im Zuge der Hochzeitsfeierlichkeiten, die in unterschiedlicher Intensität und auch Qualität Auskunft über jene Vorstellungen und Hoffnungen gaben, die Poeten mit dem Bündnis zwischen Themse und Rhein verbanden.

Im Vordergrund der literarischen Produktion stand die Person des Pfalzgrafen als protestantischer Fürst, der die Reise nach England auf sich genommen hat, um die königliche Prinzessin zu werben. Die englischen Dichter bedienten sich im Zusammenhang mit Friedrich V. wiederholt des in der Renaissance weiterentwickelten antiken Fürstenlob-Genres. So verbindet beispielsweise William Fennor seine poetischen Huldigungen bezüglich der Herrlichkeit der Pfälzer Länder mit einem gleichermaßen dynastischen und konfessionellen Lob von Friedrichs Herrschaft:

*His Court is pleasant, and his person Royall, his Councell grave, his Officers care true; His Gentry faithfull, and his Commons loyall, his lands are fruitfull, what can then ensue? Nothing but his Religion, which is grounded, upon the Gospell that hath Rome confounded*¹⁰⁹.

Eine noch stärker personalisierte und zugleich mit antiken Vergleichen überhöhte Form des Fürstenlobs dient Heywood – prominentes Mitglied der *Spenserians* – in seinem *Marriage Triumphe* zum Lobpreis für den protestantischen Reichsfürsten:

¹⁰⁶ WILSON: Prince Henry, 59f. u. 72f.

¹⁰⁷ NORBROOK: Poetry and Politics, 198f. u. 201; BARTON: Ben Jonson.

¹⁰⁸ Vgl. NORBROOK: Poetry and Politics, 202; diese Renaissance war aber nur von kurzer Dauer, denn bereits 1614 wurde Wither wegen seiner Schriften im Umfeld der Parlamentssession inhaftiert, vgl. ebd., 209f.

¹⁰⁹ FENNOR: Descriptions.

*He a prince is, gravely young,/ Catoes head, and Tullies tongue,/ Nereus shape, Uliesses
braine;/ Had he with these Nestors raine,/ Injoying all the rest/ Of heaven (that we re-
quest)/ That they likewise would afford/ To manage these a Hectors sword¹¹⁰.*

Diese lyrischen Huldigungen der Person Friedrichs V. standen im engen Zusammenhang mit kurpfälzischen Schriften zur Herrschaft des jungen Kurerben. So brachte Le Sieur bei seiner Rückkehr aus dem Reich Heinrich Altings (1583–1644) Fürstenlob anlässlich der Regierungsübernahme in der Kurpfalz durch Friedrich V. mit nach England, wo er zum Freundschaftsbeweis für Alting und Scultetus die Schrift von William Walker übersetzen ließ, um [...] *to communicate to all my Countrymen, that carry true Christian and English hearts this blessd tiding of the most heavenly course and resolutions of the most renowned Prince Elector, a Prince most Christian* [...] ¹¹¹.

Mit dem Fürstenlob bemühten nicht nur die englischen Poeten aus der Gruppe der *Spenserians* die Lyrik auch als Instrument in der höfischen und außerhöfischen Auseinandersetzung um die Opportunität der englisch-kurpfälzischen Eheallianz angesichts der fehlenden königlichen Würde des Heiratskandidaten. Ähnlich wie die kurpfälzischen Räte bei den Empfängen in London im Jahr 1612, so lancierten englische Autoren Gedichte und Prosatexte, die neben den positiven Eigenschaften des Pfalzgrafen in betont übertriebener Form die vornehme Abstammung des Kurerben hervorheben, um damit seinen formal niedrigen Rang poetisch zu kompensieren. So preist der aus Genua stammende konvertierte Karmelitermönch Joannes Maria de Franchis die Hochzeit von 1613 als [...] *the linking together of two royal families in a most profitable marriage, long since preordained by Fate, for the reformation of these corrupted times: [...]* ¹¹².

Dass es sich bei Friedrich V. um einen Fürsten mit königlicher und gar kaiserlicher Qualität handelt, wurde nicht nur von seiner Funktion als Kurfürst abgeleitet, [...] *whose yea or nay setth up or pulls downe Ceser* ¹¹³. Auch ausführliche genealogische Betrachtungen zur Herkunft des Hauses Kurpfalz zeigten die königliche Dignität des Pfalzgrafen. So weist James Maxwell (1581–1640?) in seinem Prosatext *A Monument of Remembrance* (1613) beispielsweise nach, dass [...] *Prince Fredericke is in one and the same degree descent with our most gracious Soveraigne Iames the Concorde, from 20 Emperours of Romans, Greekes, and Germanes, and from 24 Kings of divers countries* ¹¹⁴. Maxwell bedient sich dabei wie viele andere englische Autoren auch mehrerer realer und mythischer Figuren der Geschichte, neben Aeneas allen voran Kaiser Karl dem Großen als von europäischen Dynastien häufig bemühtem Stamm-

¹¹⁰ HEYWOOD: *Marriage Triumphe*, 29.

¹¹¹ ALTING: *Votive Oration*; auch später finden sich wiederholt englische Übersetzungen von kurpfälzischen Schriften zur Herrschaft Friedrichs V., so Martin OPITZ' Schrift anlässlich der böhmischen Königswahl 1619, vgl. DERS.: *An Oration*.

¹¹² FRANCHIS: *Of the Most Auspicious Marriage*; zur abenteuerlichen Biographie von Franchis vgl. BL MSS Add. 72242, fol. 11f.: *George Abbot an William Trumbull, [o.O.]*, 10./20. März, 1613.

¹¹³ Handschriftliche Version von Fennors *Descriptions*, BL MSS Royal 18 A XXII.

¹¹⁴ MAXWELL: *A Monument of Remembrance*, A2.

vater zur Rechtfertigung dynastischer Ansprüche. Ein sehr komplexes genealogisches Deutungsangebot liefert in diesem Zusammenhang Henry Peacham (1576?–1643?), ein Poet, der vor allem am Hof von Henry Prince of Wales große Beachtung fand¹¹⁵. Peacham schreibt der pfalzgräflichen Familie nicht nur die Abstammung von Karl dem Großen, sondern auch vom Frankenfürst Karl Martell (688/89–741) zu. Zugleich bringt Peacham das Pfälzer Haus Wittelsbach in Zusammenhang mit dem sagenumwobenen Königreich Boiaria als Ursprung Bayerns, deren Fürsten in vorchristlichen Zeiten sogar Rom erobert hätten¹¹⁶.

Die genealogischen Anleihen zum Nachweis der königlichen Dignität und damit Ebenbürtigkeit des protestantischen Reichsfürsten mit der englischen Königstochter bildeten nur einen Argumentationsstrang in den englischen Lobgedichten. Er wurde vielfach komplementiert von einer moralisch-religiösen Überlegung hinsichtlich der Frage, was neben der Abstammung königliche Qualität kennzeichne. Englische Autoren wie Augustin Taylor stellten hierbei einen Zusammenhang von ethischer Qualität und weltlichem Rang her. So sei Friedrich V. auf alle Fälle einer königlichen Krone würdig angesichts seiner fürstlichen und moralischen Qualitäten: *If inward Noble, I heard wise men tell,/ Hee's worth a Crowne, and 't will seeme passing well*¹¹⁷. Der innere Adel drückte sich im Falle des Kurerben aus Sicht radikal-protestantischer Gruppen natürlich durch seine religiöse Haltung aus. Da die Religion diese Hochzeit zustande kommen ließ, müssten Fragen des Rangs und der Ehre vor allem unter konfessionellen Gesichtspunkten betrachtet werden, so Franchis:

*Thy royall brest scorns worth by meere opinion,/ Nor hold chiefe honor to possesse a Crowne,/ Thy honor'd thoughts are how to raise Religion,/ And in thy kingdomes pull Abuses downe:/ In thee gods feare, with innate Piety,/ And mild aspect, is mixt with Maiesty*¹¹⁸.

Da alle Ehre auf die Ehre Gottes gegründet sei, könne auch nur wahre Frömmigkeit zu fortwährenden Adel führen¹¹⁹.

Die Ehrüberlegungen und das Fürstenlob repräsentieren in der englischen Lyrik vornehmlich säkulare Motive bei der Behandlung der Hochzeit von 1613. Diesen schließen sich in der Mehrzahl konfessionelle Vorstellungen bezüglich der Bedeutung der dynastischen Allianz zwischen London und Heidelberg an. Dabei tauchen, wie schon vereinzelt bei den behandelten Flugschriften und Theaterstücken gesehen, alttestamentarische Motive zur Beschreibung der Kurpfalz und des Pfalzgrafen für das breitere Publikum auf. So erscheint die Landschaft der Kurpfalz in Fennors Reisebeschreibung wie ein neuer Garten Eden (*The Palsgraves Land stands like a Paradise*), in dem das Heidelberger Schloss zu einem Marmorpalast auf dem Berg Zion mutiert und Friedrich V. wie David in seinen Ländereien regiert¹²⁰. Maxwell wählt

¹¹⁵ Vgl. STRONG: Henry Prince of Wales, 27.

¹¹⁶ Vgl. PEACHAM: The Perjod of Mourning.

¹¹⁷ TAYLOR: Epithalamium.

¹¹⁸ FRANCHIS: Of the Most Auspicious Marriage, 62.

¹¹⁹ ALTING: Votive Oration.

¹²⁰ FENNOR: Descriptions.

zum Abschluss seiner genealogischen Betrachtungen ebenfalls alttestamentarische Anleihen, wobei das fürstliche Hochzeitspaar mit Abraham, Sarah, Isaac, Rebecca, Jakob und Rahel gleich von einer illustren Reihe biblischer Hochzeitspaare umringt wird¹²¹.

Mit den Anleihen aus dem Alten Testament beziehen die Autoren die Kurpfalz wie bereits wiederholt beobachtet in den mosaischen Diskurs des auserwählten Volkes Gottes ein, der gerade in England einen Fundierungsmythos repräsentierte¹²². Die Eheallianz zwischen London und Heidelberg repräsentiere einen wichtigen Teil des göttlichen Kampfs gegen den römischen und spanischen Antichristen, der durch die Verbindung von *great Brittain, and the Palsgraves Land* nun in Schach gehalten werden könne¹²³. Hierbei vereinigen sich aber auch deutlich militante und apokalyptische Vorstellungen, die die Eheallianz als den entscheidenden Schlag gegen den römisch-spanischen Feind beschreiben. So setzen die Autoren wiederholt Rom mit dem sündhaften Babel gleich, das nun von der englisch-kurpfälzischen Verbindung den Untergang zu gewärtigen habe:

*Fred Babel, now defeated, rage and kick,/ Thy superstition and idolatry/ Falls much confounded by this Frederick,/ Whom Fates ordain'd with Brittain Crowne to marry,/ That both professions being joyn'd in one,/ Might bring thine errors to confusion*¹²⁴.

Zugleich repräsentiere die Eheallianz nur den Auftakt einer Reihe weiterer Heiraten zwischen verschiedenen protestantischen Fürstenhäusern Europas, deren Verwirklichung das gegenwärtige eiserne Zeitalter beendet und das neue silberne Zeitalter anbrechen lassen¹²⁵. Spanien werde dabei ein neues 1588 erleben¹²⁶.

In dieser heilsgeschichtlichen Deutung des Eheschlusses bemüht eine Reihe von Autoren die beiden Flüsse Themse und Rhein als Symbol für die dynastische Allianz, deren Vereinigung zugleich zu einer apokalyptischen Bestrafung des katholischen Gegners führen werde. In Robert Allyn's Gedicht *Tears of Joy* übertrifft demnach die Vereinigung von *English Thames* und *Germain Rhine* Tiber, Ebros, Rhône, Tigris, Euphrat und Nil als Sinnbild katholischer und heidnischer Verdorbenheit¹²⁷. Eine extrem radikale Verwendung des Flussmotivs prägt Withers Hochzeitsgedicht von 1613. Hier zeigt sich paradigmatisch die militant-protestantische Vorstellung, die gerade die Gruppe der *Spenserians* mit dem dynastischen Allianzschluss verband. So käme die Vereinigung der Flüsse Themse und Rhein einer biblischen Sintflut gleich, die Withers als *Another terror, to the Whore of Rome* beschreibt:

¹²¹ MAXWELL: A Monument of Remembrance, A3.

¹²² Vgl. oben S. 35, 214 u. 235.

¹²³ NIXON: Great Brittaines Generall Ioyes.

¹²⁴ FRANCHIS: Of the Most Auspicious Marriage, 24.

¹²⁵ FENNOR: Descriptions.

¹²⁶ Handschriftliche Version von Fennors *Description*, BL MSS Royal 18 A XXII, fol. 17; zur Zeitaltervorstellungen der Renaissance vgl. KÜHLMANN: Gelehrtenrepublik und Fürstentum.

¹²⁷ ALLYNE: Tears of Ioy.

*Happy they, and we that see it,/ For the good of Europe be it./ And heare Heaven my devotion,/ Make this Rhyne and Thame an Ocean:/ That it may with might and wonder,/ Whelm the pride of Tiber under*¹²⁸.

Das Fluss- und Sintflutmotiv im Zusammenhang mit der englisch-kurpfälzischen Hochzeit blieb dabei stilbildend auch für folgende militant-protestantische Gedichte aus der Gruppe der *Spenserians*. So greift Dekker später erneut Themse und Rhein in seinem Gedicht *The Artillery Garden* (1616) auf, um seine Hoffnungen hinsichtlich der neuen Verbindung mit Kurpfalz Ausdruck zu verleihen:

*No greater ayde doe I then call upon,/ Nor wash my braines in purer Helicon/ Than in thy Thames: no draught of Hipocrene/ Tastes like it, as tis now mix't with the Rhene*¹²⁹.

Unterschiedliche Formen der Analogiebildung zwischen der Hochzeit von 1613 und biblischen, antiken oder wie beim Flussmotiv gesehen topographischen Themen prägten die lyrische Verarbeitung der dynastischen Feier. Hinzu kamen Analogiebildungen aus der jüngeren englischen Geschichte in Form der Parallelisierung von Elizabeth Stuart mit Königin Elisabeth und Friedrich V. mit dem kurz zuvor verstorbenen Henry Prince of Wales. Die beiden *Spenserians* Heywood und Wither priesen beispielsweise die königliche Prinzessin als neue *Eliza*, welche der Braut den kämpferischen Geist verliehen habe und welche an Tugend der Tudorkönigin in nichts nachstehe¹³⁰. Die radikalen protestantischen Schriften drückten damit die Hoffnung aus, dass mit der neuen *Eliza* es zu neuen Siegen über Spanien komme. Zudem war diese Analogiebildung der Auftakt für die Wiederaufnahme des *Eliza*-Kults, der wie gesehen mit der böhmischen Königswahl zu einer enormen Popularität der *Queen of Bohemia* in der englischen Öffentlichkeit führte¹³¹, wovon Wottons Gedicht *An ode upon the Lady Elizabeth, Queen of Bohemia* Zeugnis gibt:

*So when my Princesse shall bee seene,
In Sweetnes of her lookes and minde,
Tell me if she were not designd
The Eclipse and glory of her kinde*¹³².

Im Falle des Pfalzgrafen nahmen radikal-protestantische Schriften offen Bezug auf die Tatsache, dass der Thronerbe Henry allgemein als großer Befürworter und treibende Kraft hinter der dynastischen Allianz mit der Kurpfalz stand. So beklagt Wither in seinem Trauergedicht anlässlich des Todes von Henry den Umstand, dass der Prinz die Verwirklichung dieser Verbindung nicht mehr selbst erleben konnte: *How often, oh how often did he vowe/ To grace thy [Elizabeth, M.R.] joyfull look-t for*

¹²⁸ WITHER: Epithalamia or Nuptiall Poems.

¹²⁹ DEKKER: The Artillery Garden.

¹³⁰ HEYWOOD: Marriage Triumphe, 27; WITHER: Epithalamia or Nuptiall Poems; LEIGH: Queene Elizabeth; zur Eliza-Nostalgie unter den frühen Stuarts vgl. BARTON: Ben Jonson, 306f.; CAPP: Apocalyptic Thought, 105f.

¹³¹ Vgl. oben S. 234f.

¹³² BL MSS Add. 15227, fol. 76: Henry Wottons *An ode upon the Lady Elizabeth, Queen of Bohemia*.

*Nuptials:/ But oh how wofull, oh how wofull now/ Will thy be made through thy sad Funerals!*¹³³

Zugleich sollte die Parallelisierung von Henry Prince of Wales mit Friedrich V. dem Publikum Trost für den Verlust des exponierten Kämpfers für die protestantische Sache bereiten. Dabei bot Henrys Zweitname Frederick für die Autoren der Hochzeitsgedichte einen willkommenen Anknüpfungspunkt, um Friedrich V. als geistigen Erben des Thronprinzen zu preisen, wie es beispielhaft Allyn in seinem Abschiedsgedicht für das junge Hochzeitspaar tat: *Our Henry-Fredericke, lies in timelesse toome,/ Whose double name exprest not halfe his worth;/ A Fredericke in his losse, supplies his roome,/ And bearing halfe his name, one halfe sets forth [...]*¹³⁴.

Auch übertrugen radikal-protestantische Autoren wie Anthony Nixon, Peacham und Heywood angesichts der zeitlichen Nähe von Henrys Tod und der Hochzeit die betont kämpferischen Zuschreibungen für Henry Prince of Wales rasch auf den Pfalzgrafen¹³⁵. So bewertet Nixon die Aufnahme von Friedrich V. in den Hosenbandorden nicht nur als weitere Mehrung der Reputation des Pfalzgrafen, sondern auch als sichtbaren Antritt von Henrys Erbe als Patron einer chevaleresken Hofkultur. Nun soll auch der Kurerbe dem verstorbenen Prinzen als *Patron of Chivalry and of the Muses* nacheifern, wohingegen Heywood den Pfalzgrafen bereits als den Beschützer aller Reformierten sowie als protestantischen Mars bezeichnet¹³⁶.

Eine Steigerung erfuhr diese Idee eines politisch-geistigen Erbschaftsantritts durch die Hochzeit von 1613 in Fragen der dynastischen Nachkommenschaft, die aus der Ehe Friedrichs und Elizabeths resultieren soll. Hier treten dynastische Vorstellungen von Ehre und Rang sowie konfessionelle Hoffnungen hinsichtlich eines Siegs über den religiösen Feind als Motive gleichermaßen hervor. So erhofften sich die Poeten von den Kindern des pfalzgräflichen Paares nicht nur die Fortsetzung der zuvor beschriebenen langen Reihe an Königen und Kaisern¹³⁷. Der erste kurfürstliche Sohn sollte zugleich jenen Verlust ausgleichen, den England durch den Tod von Henry Prince of Wales erlitten habe¹³⁸. In diesen Überlegungen wird auch deutlich, inwiefern die radikal-protestantischen Autoren familiäre und geistige Erbschaft voneinander trennten. Denn die zukünftigen Kurerben der Pfalz werden weniger als Fortsetzung des Hauses Pfalz oder Stuart, sondern vielmehr als die wahren Nachkommen der *Virgin Queen* Elisabeth I. gesehen, deren Kinderlosigkeit den englischen Protestanten einen Erben für die antispanische Politik verwehrt habe:

That from the royall line,/ Which this day doth combine/ With a brave prince, no fate, no death,/ Extinguish may Elizabeth.

¹³³ WITHER: Prince Henries Obsequies, Eleg. 12.

¹³⁴ ALLYNE: Teares of Ioy.

¹³⁵ Vgl. PATRIDES: Death of Henry Stuart, 408.

¹³⁶ NIXON: Great Brittaines Generall Ioyes; HEYWOOD: Marriage Triumphe, 19.

¹³⁷ ALLYNE: Teares of Ioy; NIXON: Great Brittaines Generall Ioyes.

¹³⁸ PEACHAM: The Perjod of Mourning.

*May the branches spread so far,/ Famous both in peace and war,/ That the Roman eagle may/ Be instated some blest day,/ Despight of Romes proud brags,/ Within our English flags,/ To revive you after death,/ That we may praise Elizabeth*¹³⁹.

Als 1614 tatsächlich ein Kurerbe in der Pfalz auf den Namen Friedrich Heinrich getauft wurde, schienen sich die Hoffnungen der englischen Protestanten denn auch zu erfüllen. So begab sich Peacham 1614 für die Tauffeierlichkeiten nach Heidelberg, um in seinem Gedicht *Prince Henrie revived* den Kurerben als einen *new borne Henry* zu feiern, der England und die Pfalz in einer Linie vereinige. Gleichzeitig geriet Friedrich Heinrich in Peachams Gedicht zu einer messianischen Gestalt, zu deren Wiege die Könige der Welt pilgerten: *While forraine Prince from remotest shore,/ Thy cradle shall by Embassies adore, [...]*¹⁴⁰.

In der Gesamtschau lassen sich bei der lyrischen Verarbeitung der englisch-kurpfälzischen Hochzeitsallianz eine Reihe von dynastischen und konfessionellen Themen und Motiven unterscheiden, die in jeweils differierender Form und Intensität in den Flugschriften, Satiren und Theaterinszenierungen der 1620er Jahre anzutreffen sind. Im Unterschied zu den vorangegangenen Betrachtungen lässt sich aber im Falle der englischen Lyrik anlässlich der Feiern von 1613 konstatieren, dass hier dynastische und politico-religiöse Motive in einer extrem gesteigerten Form öffentlich kommuniziert wurden. Zwar lehnten sich viele englische Gedichte an die aus der Antike tradierten Topoi wie beispielsweise dem Fürstenlob an, die als universell einsetzbare Gattungen auch bei anderen dynastischen Feiern und fürstlichen Personen verwendet wurden. Jedoch legen gerade die konfessionellen und dynastischen Anspielungen in den englischen Gedichten Zeugnis von den überraschend großen Hoffnungen des radikal-protestantischen Publikums bezüglich der Allianz mit der Pfalz ab. Wie diese öffentlich kommunizierten dynastischen und konfessionellen Erwartungen auf Kurpfälzer Seite rezipiert und die Bereitschaft zu einer offensiven Außenpolitik verstärkt haben, wird die Analyse der Pfälzer Feierlichkeiten von 1613 ergeben¹⁴¹.

¹³⁹ HEYWOOD: *Marriage Triumphe*, 30.

¹⁴⁰ PEACHAM: *Prince Henrie revived*.

¹⁴¹ Vgl. Kapitel III.3.c u. III.3.d.

2. Englisch-kurpfälzische Beziehungen als Thema der gelehrten Öffentlichkeit

a) *Verleumbder und privat Scribenten* – die rechtsgelehrten Auseinandersetzungen um die Pfälzer Administration und Kurwürde

Die Thematisierung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen in der populären Publizistik wie in Flugschriften, Satiren, öffentlichen Theaterinszenierungen sowie Lyrik konnten gemäß dem Modell von Körber der dritten Grundbedeutung von frühneuzeitlicher Öffentlichkeit im Sinne des öffentlichen Zugangs zu Informationen zugeordnet werden. Mit den folgenden Betrachtungen zu den juristischen Auseinandersetzungen um die Pfälzer Administration und Kurwürde, sowie den theologischen, außenpolitischen und politisch-strategischen Traktaten der 1620er Jahre wird eine weitere Form frühneuzeitlicher Öffentlichkeit berührt, die als „gelehrte Öffentlichkeit“ bezeichnet werden kann.

Im Gegensatz zur Öffentlichkeit der Informationen, wie sie in den vorangegangenen Untersuchungen dargestellt wurde, nimmt die gelehrte Öffentlichkeit des frühen 17. Jahrhunderts Charakteristika vorweg, die Habermas unter dem Begriff der „publikumsbezogenen Privatheit“ erst für das 18. Jahrhundert der bürgerlichen Öffentlichkeit zuschreibt¹⁴². So kennzeichnen Erich Evereth folgend eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den Trägern von Macht, eine starke Publikumsbezogenheit sowie eine begrenzte Autonomie bei der Festlegung von Form und Inhalt legitimer Herrschaft die Diskurse der gelehrten Öffentlichkeit¹⁴³. Körber sieht in diesem Zusammenhang die Konfessionskirchen und die Bildungsträger als Säulen der gelehrten Öffentlichkeit, deren Diskurse im Gegensatz zur breiten Publizistik bestimmten wissenschaftlichen und literarischen Standards folgten¹⁴⁴.

Solch einen beispielhaften Diskurs in der rechtsgelehrten Welt der frühen Neuzeit, der gleichermaßen dynastiepolitische und herrschaftslegitimierende Grundlagen berührte, stellte der Schriftenkrieg im Hause Wittelsbach nach dem Tod des Kurfürsten Friedrich IV. dar¹⁴⁵. Denn die Auseinandersetzung zwischen Neuburg und der Kurpfalz um die testamentarische Verfügung Friedrichs IV. hinsichtlich der Ausübung der Kuradministration durch das calvinistische Pfalz-Zweibrücken anstelle des Lutheraners Philipp Ludwig wurde nicht nur durch Schreiben zwischen den Prätendenten und anderen Reichsfürsten ausgefochten. Die Neuburger Seite verfolgte bereits im Jahre 1610 auch eine publizistische und juristische Austragung des Konflikts mit der Heidelberger Seite. So proklamierte der Neuburger Pfalzgraf kurz nach dem Tod Friedrichs IV. in einer kurzen Schrift seine Administration und Vormundschaft über den Kurstaat. Gegen das Testament Friedrichs IV. lässt Philipp Ludwig die Bestimmungen der Goldenen Bulle anführen, dass „[...] *die Vormundschaft und Adminis-*

¹⁴² HABERMAS: Strukturwandel, 107.

¹⁴³ EVERETH: Öffentlichkeit in der Außenpolitik, 2.

¹⁴⁴ KÖRBER: Öffentlichkeiten in der Frühen Neuzeit, 13f.

¹⁴⁵ Zu den politischen Hintergründen vgl. oben S. 129f.

tration S[einer] L[iebden] nachgelassener unmündiger Kinder/ und derselben Land und Leut/ als den nechsten und ältesten Agnaten im Churf. Hauß [...] einig und allein unwidersprechlich [...]“ zufalle¹⁴⁶, woraufhin die Heidelberger Seite ihrerseits durch die Proklamation der Administration und Vormundschaft Johann II. von Zweibrücken über den Kurstaat reagierte¹⁴⁷.

Der sich nun entwickelnde Schriftenstreit behandelte vornehmlich Fragen des Erbrechts und der Vereinbarkeit testamentarischer Verfügungen mit den reichsrechtlichen Bestimmungen von 1356. Neuburg beharrte auf den Bestimmungen der Goldenen Bulle, die bei Sukzessionsproblemen anstelle gewillkürter Erbfolge allein das agnatische Prinzip im kurpfälzischen Haus vorsähe. In der Folgeschrift von 1611, die wohl aus dem Umkreis von Ludwig Philipps Sohn Wolfgang Wilhelm stammt, heißt es denn auch:

*Die weil aber die Gülden Bull diß noch weiter [...] verordnet [...] daß in vorstehendem benannten Casu allein der eltiste und nechstverwandte von Rechtswegen Vormundt und Administrator seyn solle/ so folget daß ein Testamentlicher Vormundt oder Curator dem jenigen/ so durch die Gülden Bull verordnet und berufen wirdt/ im wenigsten nicht könne vorgezogen werden [...]*¹⁴⁸.

Das Vorgehen Pfalz-Neuburgs schien der Heidelberger Seite so sehr bedrohlich, dass sie ihren beiden bedeutendsten Juristen und Historikern, Freher und Gothofredus, die öffentliche Verteidigung des Testaments Friedrichs IV. übertrug. Freher eignete sich besonders für diese Aufgabe, da er im Jahre 1592 bereits zu denjenigen Pfälzer Räten gehört hatte, die juristisch eine drohende Administration des Lutheraners Reichard von Simmern abzuwenden wussten und bis zum Mündigwerden Friedrichs IV. die Vormundschaft ausübten¹⁴⁹.

In seiner Entgegnungsschrift auf Pfalz-Neuburg von 1611 konzentrierte sich Freher hauptsächlich auf die erbrechtlichen Fragen und damit auf den Nachweis der Rechtmäßigkeit des Testaments von 1602. Gegen die Bestimmungen der Goldenen Bulle führt der Jurist an, dass es das Recht des Kurfürsten sei, entgegen den Bestimmungen von 1356 über seine Erbfolge frei zu testieren. Darüber hinaus vertritt Freher den Rechtsstandpunkt, dass eine testamentarische Verfügung gegenüber jeder gesetzlichen Regelung Vorrang habe:

*Semper legitima tutela cedit testamentariae. Et, sciendum, quamdiu vel speratur testamentaria, cessare legitimam. Quod peremptorium verbum SEMPER nullum penitus casum relinquit, ubi testamentarium praeveniat legitimus*¹⁵⁰.

¹⁴⁶ Anzeige Philipp Ludwigs Pfalzgraf zu Neuburg, dass er als Administrator der Pfalz nach dem Tod Rudolfs II. das Vikariat über die Westteile des Reichs übernimmt, Neuburg 14. Januar 1612, in: MONT: Corps Universel Diplomatique, V./I, 187.

¹⁴⁷ Anzeige Johann Casimirs Pfalzgraf von Zweibrücken, dass er als Administrator der Pfalz nach dem Tod Rudolfs II. das Vikariat über die Westteile des Reichs übernimmt, Heidelberg, 21. Januar 1612, in: Ebd., 188.

¹⁴⁸ ANONYM.: Fernerer und vollkommener bericht, 6.

¹⁴⁹ Vgl. SCHWAN: Freher, 17f.; oben S. 67f.

¹⁵⁰ Freher: Commentarius ad Auream Caroli IV, in: OELHAFEN VON SCHÖLLENBACH: Repraesentatio, 398.

Die öffentliche Entgegnung, die Heidelberg am meisten beunruhigen musste, kam diesmal aber nicht von den Neuburger, sondern den bayerischen Wittelsbachern. Maximilian I. verfolgte, wie bereits dargestellt, im innerpfälzischen Streit um die Administration eigene Ansprüche bezüglich des Pfälzer Kurhuts¹⁵¹, wobei er zu diesem Zweck mit Marcus Welser (1558–1614)¹⁵² und Christoph Gewold (1556–1621) zwei seiner bedeutendsten Hofhistoriographen einsetzte, die neben der Herkunft des Herzogsgeschlechts historisch und juristisch auch die bayerischen Ansprüche auf die Pfälzer Kur belegen lassen wollte¹⁵³. Dabei hoffte der bayerische Vetter, mit dem Argument, Friedrich V. entstamme einer illegitimen Verbindung Wilhelms von Oranien mit einer ehemaligen Ordensschwester, eine bayerische Sukzession in der Kurwürde zu begründen. Jedoch bescheinigte ein Gutachten von Welser vom Dezember 1610, dass die rechtmäßige Herkunft des Kurprinzen nicht bestritten werden könne, da nach Auffassung der Protestanten und gemäß dem Religionsfrieden die zweite Ehe Wilhelms von Oranien rechtmäßig gewesen sei. „Darüber hinaus biete der Administratorenstreit kaum einen Ansatz, für Bayern die Kur zu beanspruchen, da sie kein *ius transferendi de linea in aliam lineam ipsum electoratum* biete, es sei denn, dass Papst und Kaiser den pfälzischen Agnaten wegen den mit dem Administrationsstreit entstandenen Unruhen im Reich die Kur entziehen würden“¹⁵⁴.

Angesichts dieser juristischen Lage verzichtete Maximilian I. während des Administratorenstreits auf diplomatische Schritte. Der Bayernherzog wartete vielmehr ab und ließ durch Gewold einen publizistischen Krieg mit Heidelberg ausfechten. Ansatzpunkt für Gewolds Gegenschrift zu Freher, die vor der Veröffentlichung Welser und dem Rektor der Jesuiten in München vorgelegt wurde¹⁵⁵, war eine nebensächliche Bemerkung des Heidelberger Juristen in seiner 1611 erschienen Schrift hinsichtlich der Verbindung von Pfalzgrafen- und Kurwürde, wie sie in der Goldenen Bulle vorgesehen sei:

*Et haec quidem illustrande rei documenta ex Archeivis depromta exhibere volumus. In quibus quod tam operosè [et] anxie cautum vidimus, ut possessionem Palatinatus Rheni semper Electoratus dignitas sequatur, non alium; quo pertineat, opere precium insuper fuerit observare*¹⁵⁶.

Gewold lässt in seiner Schrift den gesamten juristischen Komplex des Administratorenstreits beiseite und konzentriert sich ausschließlich auf die Kurwürde, indem er diese sowie das Vikariats- und Erztruchsessenamts als einen untrennbaren Bestandteil

¹⁵¹ Vgl. oben S. 131.

¹⁵² Welsers Schriften spielten eine wichtige Rolle für die dynastische Politik des Bayernherzogs. Mit seinem Hauptwerk über die Geschichte Bayerns (*Rerum Boicarum Libri quinque, Historiam a Gentis origine ad Carolum M. complex*, 1602) führte der Bürgermeister von Augsburg den Auftrag Maximilians I. aus, den Ursprung des wittelsbachischen Geschlechts in einen Zusammenhang mit den Karolingern zu bringen.

¹⁵³ Vgl. SCHMID: Reichsgeschichte, 90f. und 96f.

¹⁵⁴ STEINER: Pfälzische Kurwürde, 9; archivalische Belege vgl. DÜRRWÄCHTER: Gewold.

¹⁵⁵ Vgl. SCHWAN: Freher, 57.

¹⁵⁶ Freher: De legitima tutela, in: OELHAFEN VON SCHÖLLENBACH: Repraesentatio, 394.

der bayerischen Herzogswürde bezeichnet¹⁵⁷. Historisch untermauert Gewold diese These mit dem Argument, bereits Kaiser Otto III. (980–1002) habe den Bayernherzögen das Erztruchsessenam verliehen:

*Sunt ergo Officiales Imperii Electores Principes, [et] non alii. Qui autem isti Officiales fuerint Othonis III. Temporibus; [et] quod BAVARIAE Dux tunc archidapiferatus officium tenuerit, cum ex aliis, tum etiam DIETHMARO Merseburgensi Episcopo [...] liquet*¹⁵⁸.

In Frehers Antwort auf Gewold wird eine gewisse Verunsicherung Heidelbergs durch diese unerwartete Wende im Schriftenstreit mit Neuburg sichtbar. Die Kurpfälzer Seite erkannte die wahre Urheberschaft hinter Gewolds Schrift¹⁵⁹. Jedoch verpasst es Freher, Gewolds Argumente durch den nochmaligen klaren Hinweis auf die Bestimmungen der Goldenen Bulle zu widerlegen und bezeichnet Gewolds Argumente lediglich als *nova* und *paradoxa*¹⁶⁰. Dass es dabei weniger um wissenschaftliche denn politische Intentionen ging, zeigt sich daran, dass der Austausch von Streitschriften zwar auch noch 1612 anhält, neue Argumente von den Verfassern aber nicht mehr ins Feld geführt werden. In seiner Antwort auf Freher betont Gewold lediglich von neuem, dass die Kurwürde nicht vom Besitz der Pfalzgrafschaft bei Rhein abhängt¹⁶¹.

Freher führte den Schriftenkrieg vorerst nicht weiter. Jedoch schlugen sich sowohl die Auseinandersetzung mit Pfalz-Neuburg, die sich 1612 um die Dimension des Reichsvikariats erweiterte, als auch der Disput mit Gewold um die Pfälzer Kur in der zweiten Auflage seiner Geschichte der Pfalz, die 1613 erschien, nieder¹⁶². Im 15. Kapitel seines Werkes betont Freher, dass das Erztruchsessenam als Grundlage der Kurwürde mit der Pfalzgrafenfamilie verbunden sei:

*Ut autem jure familiae Palatinae ejus primogenitus Imperii est ordinarius [et] hereditarius Dapifer: ita vi [et] jure hujus officii, quo Imperatori viventi mensam ministrat, illo etiam mortuo successorem suffragio suo ei circumspicit [et] eligit*¹⁶³.

Ebenso verhalte es sich mit der Vikariatswürde, die im 16. Kapitel des Geschichtswerks behandelt wird¹⁶⁴.

In dem Schriftenstreit mit Gewold betätigte sich Freher mit Ausnahme einer Schrift von 1614 nicht mehr. Gegenüber Welser äußerte sich der Heidelberger Jurist zwei Wochen vor seinem Tod im April 1614, dass von nun an Gothofredus den Streitschriftenwechsel fortführen solle¹⁶⁵. Damit ging in den Augen der gelehrten Öffentlichkeit Gewold und zugleich Bayern als Sieger aus dieser publizistischen Fehde her-

¹⁵⁷ Gewold: Antithesis ad Marquardum Freherhum, in: Ebd., 428.

¹⁵⁸ Ebd., 430.

¹⁵⁹ Vgl. DÜRRWÄCHTER: Gewold, 59.

¹⁶⁰ Freher: Epistola Responsaria ad Christophorum Gewoldum, in: OELHAFEN VON SCHÖLLENBACH: Repraesentatio, 450.

¹⁶¹ Gewold: Ad Epistolam Responsoriam Marquardi Freheri, in: Ebd., 471.

¹⁶² Vgl. BEZZEL: Marquard Frehers „Origines Palatinae“, 60.

¹⁶³ FREHER: Origines Palatinae, 130.

¹⁶⁴ Ebd., 131f.

¹⁶⁵ Vgl. SCHWAN: Freher, 68.

vor, denn Freher verpasste es, die Unhaltbarkeit der bayerischen Argumentation, die zum großen Teil auf juristische Argumente zugunsten von historischen verzichtete, zu entlarven¹⁶⁶. Die langfristige Bedeutung und Prominenz dieser Disputation zwischen den Rechtsgelehrten zeigte sich zudem nach der Schlacht am Weißen Berg und der tatsächlichen Übertragung der Heidelberger Kurwürde an Bayern. So informierte Nethersole Calvert 1623 darüber, dass Bayern mit der Kurtranslation nur das umsetze, was der Herzog bereits vor Jahren durch seine gelehrten Räte öffentlich beansprucht hatte¹⁶⁷. Selbst in einem englischen Traktat zur Restitution der Kurpfalz aus dem Jahr 1631, der die Kurtranslation als langfristige Intrige Bayerns und der Kurie anprangert, wird Maximilian I. angesichts des öffentlichen Schriftenkriegs vor Ausbruch des Krieges als besonders fanatischer Verfechter der bayerischen Ansprüche kritisiert¹⁶⁸.

Auch nach dem Tod Frehers und der dynastischen Allianz zwischen England und Kurpfalz sowie der Regierungsübernahme durch Friedrich V. hielt der Schriftenkrieg zwischen den einzelnen Zweigen des Hauses Wittelsbach weiter an. Dabei entwickelte er sich von einem zwischen humanistisch gelehrten Juristen mit wissenschaftlichem Respekt geführten Gelehrtendisput zu einem Austausch von reinen Schmähchriften. So war Heidelberg trotz der Wahl eines neuen Reichsoberhauptes selbst noch 1614 bestrebt, die Ausführung des Vikariats durch Johann II. von Zweibrücken zu verteidigen. Über die Motive der Gegner schreibt der unbekannte Autor: [...] *weil etliche Verleumbder und privat Scribenten, der Churfl. Pfaltz diß Kleynod gern entziehen wollten/ und zu selbigen End ohnnötige und vor unerhörte dubia zu moviren sich understanden*¹⁶⁹.

Im Gegenzug werfen die Gegner Heidelbergs dem Kurstaat vor, [...] *auß verlainung seiner Calvinistischen Rätthe/ denen die Zäen nach etwas anderm gewässert* das Vikariatsamt bereits in der Vergangenheit für die eigenen, calvinistischen Interessen ausgenutzt zu haben. Ziel der calvinistischen Räte der Pfalz sei es, die kaiserliche Gewalt mit Hilfe des Vikariats an sich zu reißen, [...] *daß sie nemblich nichts anders suchen/ wüntschen/ dichten/ trachten und begehren/ als daß die Kays[erliche] Mayest[ät] intra cancellos, und gleichsam in einem Notfall/ auch unter ire Füß bringen/ aller autoritet, Iurisdiction, und Hochheit spolirn, und zu einem Slaven machen: [...]*¹⁷⁰, worauf die Heidelberger Seite zu kontern weiß, dass der Kontrahent mit der Infragestellung der Pfälzer Vikariatsstellung zugleich einen Anschlag auf die Goldene Bulle verübe, [...] *welche doch pro fundamentali Imperii lege gehalten wird [...]*¹⁷¹.

Bereits die zeitliche Nähe zwischen dem Schriftenkrieg, den schon Anton Dürnwächter als ein offizioses Vorspiel der „Presse“ vor dem offiziellen Kampf der Waffen

¹⁶⁶ Vgl. STEINER: Pfälzische Kurwürde, 13.

¹⁶⁷ PRO SP 81/29, fol. 265.

¹⁶⁸ PRO SP 81/37, fol. 272: Discourse on restitution of Palatinate, 1631.

¹⁶⁹ ANONYM.: Von [...] der Chur Fürstlichen Pfaltz zustehendem Vicariat, 4.

¹⁷⁰ ANONYM.: Kurtzes Gegen-Bedencken und Bericht, 28.

¹⁷¹ ANONYM.: Rettung des Chur-Pfältzischen Vicariats, 4.

beschrieb¹⁷², und der Hochzeit von 1613 lässt einen inneren Zusammenhang dieser beiden Vorgänge vermuten. Es zeigt sich, dass der bereits behandelte dynastische Druck, der auf Heidelberg aufgrund der Ansprüche Neuburgs und Münchens lastete, nicht nur hausintern, sondern in Form eines Schriftenkriegs auch in der gelehrten Öffentlichkeit über Jahre hinweg aufrechterhalten wurde. Der wiederholte Austausch von Streitschriften, welche die traditionelle Stellung der Heidelberger Wittelsbacher direkt angriffen, verstärkte seit dem Tod von Friedrich IV. 1610 die bereits auf diplomatischen Weg latent vorhandenen katholischen Initiativen zur Schwächung des umtriebigen reformierten Reichsterritoriums. Aus kurpfälzischer Sicht war die publizistische Infragestellung der Heidelberger Würden eine ernstzunehmende Bedrohung der eigenen, protestantischen Rangerhöhungspolitik. Hier ergibt sich denn auch von neuem, wie sehr das Ehebündnis von 1613 auch als Versuch der Kurpfalz anzusehen ist, die seit 1610 geschwächte Reputation des Kurhauses mit einer dynastischen Verbindung von königlicher Qualität zu stärken und auf dem Weg einer Pfälzer Rangerhöhungspolitik voranzuschreiten.

b) *The Curse of Meroz may light upon us* – englisch-kurpfälzische Beziehungen im Spiegel theologischer Traktate

Während die fürstliche Obrigkeit im Falle des Schriftenkriegs zwischen Kurpfalz, Neuburg und Bayern den gelehrten Streit der Juristen als Instrument einsetzte, um die jeweilige dynastische Herrschaft zu stabilisieren oder gar auf Kosten des politischen Gegners auszubauen, nahmen Traktate theologischer Gelehrter in Fragen des öffentlichen Herrschaftsdiskurses eine ambivalente Stellung ein. Theologische Erörterungen, die zusammen mit Kanzelpredigten eine eigenständige Kirchenöffentlichkeit konstituierten, trugen dann zur Herrschaftsstabilisierung bei, wenn ein Gleichlauf zwischen profanen Fragen der Außenpolitik und religiösen sowie heilsgeschichtlichen Vorstellungen bestimmter Konfessionsgruppen existierte. Wie jedoch das Beispiel des theologischen Schrifttums englischer Konfessionsgruppen während der Böhmen- und Pfalzkrise 1619–1632 zeigt, entwickelte sich die Kirchenöffentlichkeit zu einer Gefahr für die weltliche Herrschaft, sobald politische Prozesse eindeutig konfessionellen Vorstellungen des Weltgeschehens widersprachen. Zugleich stellten die Schriften englischer Theologen zwischen 1612 und 1632 ein reiches Reservoir an konfessionpolitischen Vorstellungen dar, das Publizisten, Literaten und Diplomaten gleichermaßen ein Deutungsangebot unterbreitete, mit dem die wechselhaften Ereignisse in den Beziehungen zwischen England und der Kurpfalz eingeordnet werden konnten, wie die bereits berührten Debattenbeiträge in den englischen Parlamenten von 1621 und 1626 zeigten¹⁷³.

Theologische Traktate begleiteten die englisch-kurpfälzischen Beziehungen seit den diplomatischen Verhandlungen zu einem dynastischen Bündnisabschluss 1612. Die

¹⁷² DÜRRWÄCHTER: *Gewold*, 33.

¹⁷³ Vgl. oben S. 213f.

zahlreichen Heiratskandidaten für Princess Elizabeth regten aufgrund der unterschiedlichen konfessionellen Herkunft Prediger und Theologen gleichermaßen an, über die Bedeutung konfessionsverwandter beziehungsweise konfessionsverschiedener Eheverbindungen zu rätsonieren. Die Mehrzahl der Schriften begrüßte die vermeintlich konfessionpolitische Entscheidung der englischen Krone, Princess Elizabeth mit dem anscheinend konfessionsgleichen Fürsten Friedrich V. zu liieren, so dass die einzige Tochter von Jakob I. ihren Glauben behalten konnte.

Theologische Autoren wie der Londoner Bischof John King (1559–1621) äußerten im Zusammenhang der dynastischen Allianz mit der Pfalz die Überzeugung, dass nur konfessionsgleiche Heiraten gottgefällig seien¹⁷⁴, denn [...] *Husbands should not suffer their wives to bee of a strange religion*¹⁷⁵. Hierin sei auch der Grund zu suchen, weshalb Elisabeth I. unverheiratet blieb. Die Königin habe keinen angemessenen Heiratskandidaten ihrer Konfession finden können, und auch ihre Namensvetterin aus dem Hause Stuart habe es zur Bedingung gemacht, [...] *that in her Marriage match, shee might be linked to a Prince professing the same Religion in which shee her selfe had beene instructed*¹⁷⁶. Damit unterscheide sich England zugleich von den verderblichen Praktiken des Hauses Habsburg. Denn während Österreich und Habsburg in ihren dynastischen Entscheidungen die Religion missachten und nur nach politischen Vorteilen schauen würden, habe Jakob I. mit der Hochzeitsallianz von 1613 bewiesen, dass England ausschließlich konfessionelle Überlegungen bei der Wahl der dynastischen Bündnispartner im Sinn habe: [...] *religion was his Majesties chiefe motive*¹⁷⁷.

Grundsätzlich galt für die Autoren theologischer Schriften wie schon für die Verfasser der Hochzeitsgedichte, dass die von einigen höfischen Faktionen wiederholt aufgebrachte dynastische Frage bezüglich des Rangs von Friedrich V. hinter Gewissens- und Moralfragen zurückzutreten hatte. In den theologischen Traktaten fand eine klare Vorordnung konfessioneller Überlegungen vor dynastischen statt:

*But what is all the nobilitie, greatnesse, wealth, or dignitie of the world, to the dignitie of the Church: What a glorie is this, to have our children linked into the blood celestiall, to have our somes [and] daughters [...] married to Christ Jesus, and to bee sons and daughters to the King of heaven?*¹⁷⁸

In dynastischen Kategorien entspräche damit die Heiratsallianz einer königlichen Verbindung, denn durch die Berücksichtigung religiöser Fragen wie Frömmigkeit und Tugendhaftigkeit sowie durch das Zusammenbringen zweier Konfessionsverwandter sei Gottes Ehre Genüge getan. Durch die Gleichsetzung von *godly* mit *royal* und von dynastischer und göttlicher Ehre komme der Heiratspartie von 1613 damit königliche Qualität zu¹⁷⁹.

¹⁷⁴ KING: Vitis Palatina, 13.

¹⁷⁵ WILLET: Salomons Marriage, 9.

¹⁷⁶ WEBBE: Bride Royall, 77.

¹⁷⁷ ANONYM.: A full declaration of the Faith.

¹⁷⁸ WEBBE: Bride Royall, 22.

¹⁷⁹ WILLET: Salomons Marriage, Vorwort.

Dass es sich bei Friedrich V. um einen Fürsten der reformierten Konfession und bei der Pfalz um ein protestantisches Land handle, war unter den theologischen Autoren unumstritten. Im Jahr 1614 übersetzte John Rolte eine kurpfälzische Apologie, die das Wesen der Pfälzer Konfession vor allem gegen lutherische Angriffe im Reich verteidigen sollte. Im Vorwort bezeichnete Rolte denn auch den Pfalzgrafen als *godly man*, den Glauben in der Pfalz als *sound*¹⁸⁰. Gleichzeitig bezogen die englischen Autoren die Pfalz in den Diskurs bezüglich der Auserwähltheit durch Gott ein. Wie England, so sei auch die Pfalz ein *chosen generation, a Royall Priesthood, a holy Nation, a peculiar People*¹⁸¹, mit der Hochzeit von 1613 heirate ein Sohn Zions eine Tochter Abrahams, womit sie das Zusammenwachsen von Israel und Judäa zu einem Volk repräsentiere¹⁸². Der Kurpfalz wurde in der reformatorischen Bewegung sogar eine Vorreiterrolle zugesprochen, so dass Friedrich V. ein Fürstenhaus repräsentiere, [...] *which first of all the Princes of Europe, set it self against the Pope, in defence of the Gospell, and brought in the name of Protestantisme; [...]*¹⁸³.

Diese – den realen theologischen Gegebenheiten widersprechende – Integration der Pfalz in die englische Konfessionsentwicklung übernahm auf englischer Seite eine wichtige Funktion der Selbstvergewisserung. Die Hochzeit von 1613 verschaffte den Autoren Gelegenheit, ein internationales protestantisches Einheitsideal zu schaffen, das die tatsächlichen dogmatischen und politischen Unterschiede im reformierten Lager vernachlässigte. So wollte Rolte mit seiner Übersetzung der kurpfälzischen Apologie zugleich dem englischen Publikum zeigen,

[...] *that we are not alone in the profession of our faith, nor doe separate our selves from other reformed Churches: but joyne the hands of fellowship and friendship with the Churches of Germany; yea of France, the Low-Countries, Denmark [sic!] and all other reformed Churches of the world, which howsoever thy differ from us in some ceremonies; yet in substance of faith, we runne all one way, and mind one thing*¹⁸⁴.

Diese Selbstvergewisserung bezüglich der Einheit der protestantischen Kirche verband Rolte aber zugleich mit dem Aufruf, sich international zu vereinigen und ein Bollwerk gegen die Jesuiten und andere römische Agenten zu bilden¹⁸⁵.

Hier verbanden sich deutlich theologische und kämpferische Töne in Beziehung auf die Hochzeit von 1613. Denn der Einbezug der Kurpfalz und anderer protestantischer Kirchen in die englische Kirche war Selbstvergewisserung und Selbstverpflichtung zugleich. So beschrieb King die Kurpfalz in Anlehnung an das Neue Testament als Weinstock Gottes (*Vitis Palatina*), der zwar aufgrund seiner Konfession auf dem festen Fels Gottes gegründet sei, jedoch von den listigen Füchsen der Gegenreformation bedroht werde¹⁸⁶. Für England ergab sich damit die religiöse Pflicht, die Füchse

¹⁸⁰ ANONYM.: A full declaration of the Faith.

¹⁸¹ WEBBE: Bride Royall, 40; vgl. auch WILLET: Salomons Marriage, Vorwort.

¹⁸² WEBBE: Bride Royall, 22.

¹⁸³ Ebd., 77.

¹⁸⁴ ANONYM.: A full declaration of the Faith.

¹⁸⁵ Ebd.

¹⁸⁶ KING: Vitis Palatina, 36f.

zu vertreiben und die Weinrebe vor Schaden zu retten – eine Feststellung, die mit dem Ausbruch der böhmischen Krise und dem Krieg um die Pfalz eine unerwartet rasche außenpolitische Entsprechung erhielt.

Die Absetzung Ferdinands durch den aufständischen böhmischen Adel und die Wahl Friedrichs von der Pfalz zum neuen böhmischen König fand nicht nur im entstehenden Tagesschrifttum Englands, wie gesehen, einen prominenten Widerhall, sondern wurde auch in theologischen Traktaten ausführlich erörtert. So widmete Harrison die zweite Auflage seiner theologischen Schrift *The Messiah already come* 1619 dem Pfalzgrafen und seinem nun königlichen Sohn Friedrich Heinrich, der als neuer Henry Prince of Wales besondere heilsgeschichtliche Erwartungen in radikal-protestantischen Kreisen Englands weckte. Der Pfälzer Griff nach der böhmischen Krone schien im theologischen Schrifttum einen wichtigen Schritt in der protestantischen Heilserwartung zu repräsentieren¹⁸⁷, wobei die englischen Theologen die Königswahl von 1619 mit der Prophezeiung von Paracelsus (1493–1541) in Verbindung brachten¹⁸⁸. In Anlehnung an deutsche und böhmische Flugschriftenautoren, die den Pfalzgrafen nach der Annahme der Königswahl als den apokalyptischen *Löwen aus Mitternacht* feierten¹⁸⁹ und Friedrich V. wiederholt als *Leones Triumphantes*¹⁹⁰ oder als *Winter- und Sommer Löw*¹⁹¹ der Gegenreformation entgegentreten ließen, verbanden auch englische Autoren die Vorgänge in Böhmen mit Paracelsus' Mitternachtslöwen. So übernahm in einer anonymen Schrift von 1620, die den Untergang Babylons auf Grundlage biblischer und profaner Geschichtsdeutungen zu bestimmen suchte, der *Löwe aus Mitternacht* die heilsgeschichtliche Aufgabe, den dreiköpfigen Adler als Inbegriff der babylonischen Bestie endgültig zu vernichten. Der Autor erwartete aber den Untergang des Antichrist nicht vor 1666¹⁹². Dass die apokalyptische Entscheidungsschlacht dabei in Böhmen ihren Ausgang finden werde und dass vor allem England zur Hilfe verpflichtet sei, wiesen wiederum Schriften über die Sichtbarkeit der wahren Kirche vor der Reformation Luthers nach¹⁹³. So zeichnet eine Abbot zu-

¹⁸⁷ HARRISON: *The Messiah already come*.

¹⁸⁸ Auf seinem Totenbett prophezeite Paracelsus seinem Notar das Auftreten eines gelben Löwen aus Mitternacht nach dem Ableben des letzten österreichischen Kaisers. Der Löwe als Besitzer der wahren christlichen Lehre werde laut Paracelsus in einen Kampf mit dem Adler als Sinnbild des Reichs beziehungsweise der verdorbenen Lehre treten. Der Löwe überwindet in dieser Prophezeiung den Adler und die Anhänger der alten Lehre werden am Ende dieses apokalyptischen Ringens ausgerottet.

¹⁸⁹ In England wurde das Motiv des *Löwen aus Mitternacht* mit James MAXWELLS Traktat über berühmte Prophetien 1615 bekannt, wobei es unterschiedliche Vorstellungen gab, wer diesen apokalyptischen Kämpfer des Nordens gegen den römischen Antichristen repräsentiere; DERS.: *Admirable and Notable Prophecies*, 139.

¹⁹⁰ Vgl. ANONYM.: *Leones Trivmphantes*.

¹⁹¹ Vgl. ANONYM.: *Confirmirter Pfaltz*; zum Topos des „Löwen aus Mitternacht“ in Zusammenhang mit Friedrich V. vgl. GILLY: *Midnight Lion*, 46f.; für den prominenteren schwedischen Fall vgl. ZSCHÖCH: „Löwen aus Mitternacht“; PAAS: *Gustavus Adolphus*.

¹⁹² ANONYM.: *Babilon is fallen*, 24.

¹⁹³ Zur komplexen Vorstellung der sichtbaren Kirche im theologischen Schrifttum Englands vgl. MILTON: *True Church*.

geschriebene Abhandlung über die *Perpetuall Visibilitie, and Succession of the Church in all Ages* die heilsgeschichtliche Verbindung zwischen den böhmischen Hussitenbewegung und John Wycliffe (vor 1330–1384) nach, was wiederum eine besondere Identifikation radikal-protestantischer Kreise mit den Vorgängen in Böhmen zeigt¹⁹⁴.

Nach der nicht abreißen Reihe militärischer Niederlagen der böhmisch-pfälzischen Armee wich die Euphorie unter englischen Theologen im Zusammenhang mit dem böhmischen Adelsaufstand der Enttäuschung und Verbitterung. Der scheinbar unaufhaltsame Vormarsch des katholischen Antichrist in Böhmen und der Pfalz bedeutete einen Bruch in der protestantischen Heilserwartung, der von theologischer Seite der Erklärung bedurfte. So hatten in den folgenden Jahren nach der Schlacht am Weißen Berg alttestamentarische Deutungsangebote im theologisch gelehrten Schrifttum Englands Konjunktur, die das diplomatisch-militärische Geschehen zwischen England und der Kurpfalz zu erklären versuchten.

Eine der herausragendsten alttestamentarischen Analogiebildungen repräsentiert das bereits in Parlamentsreden und auch im Tagesschrifttum bemühte Bild der Stadt Meroz aus dem Buch der Richter 5.23¹⁹⁵. So wie das alttestamentarische Meroz Barak und Deborah in ihrem Kampf gegen die Ungläubigen von Sisera nicht zur Hilfe kam und deshalb von Gott verflucht wurde, so ziehe auch England angesichts seiner fehlenden Hilfe für Böhmen und die Kurpfalz den göttlichen Zorn auf sich: [...] *the Curse of Meroz may light upon us*, so der Londoner Pfarrer Thomas Gataker (1574–1654) in einer Schrift von 1621¹⁹⁶.

Der Fluch von Meroz und die englische Kurpfalzpolitik standen für ein spezifisch reformiertes Verständnis von Sünde und göttlicher Strafe. Das Abwarten der englischen Regierung im Krieg um die Pfalz, die Duldung von Katholiken im Königreich und der verschwenderische höfische Luxus stellten Verfehlungen dar, die das Missfallen Gottes hervorrufen mussten¹⁹⁷. Die Rache des Herrn wendet sich in dieser Situation aber nicht direkt gegen England, sondern indirekt gegen die böhmischen und Pfälzer Glaubensbrüder, um England als auserwähltes Volk Gottes von neuem zu prüfen:

*And why may not then the sinnes of our Nation also be in part the cause of those heavie disasters befallen our brethren in foraine parts? which unlesse therefore we take better to heart, may in the next place light on us*¹⁹⁸.

So wurden beispielsweise auch die kurz aufeinander folgenden Todesfälle von 1632, in denen das protestantische Lager mit Gustav Adolf und Friedrich V. gleich zwei prominente Kämpfer verlor, als Gottesstrafe gesehen¹⁹⁹. Der Gegner entwickelte sich

¹⁹⁴ [ABBOT]: *The True Church in all Ages*; BRESLOW: *English Puritan Views*, 14f.; zur Autorenschaft Abbots vgl. CHRISTOPHERS: *George Abbot*, 25f.

¹⁹⁵ ADAMS: *Protestant Cause*, 11; S. 163 u. 177.

¹⁹⁶ GATAKER: *Sorrow for Sion*, 37.

¹⁹⁷ Ebd., 20f.; GEE: *Two Sermons*, 1.

¹⁹⁸ GATAKER: *Sorrow for Sion*, 26.

¹⁹⁹ Vgl. SCHLOER: *The Death of the two Renowned Kings*, 1.

in dieser radikal-protestantischen Vorstellung zugleich zu einer apokalyptischen Geißel Gottes (*God useth the wicked as rods, and scourges to correct them with*)²⁰⁰, um seine Kinder zu bestrafen, und die Kurpfalz zu einer Art *Shibboleth* im Sinne einer Bekenntnisidee zur wahren Religion, die die Gläubigen von den Ungläubigen trennt²⁰¹.

Um nicht dasselbe Schicksal wie Meroz zu erleiden, musste England in der radikal-protestantischen Sicht dem Ruf Gottes zum Krieg gegen den Antichristen Folge leisten. In der diplomatischen Umbruchssituation 1624–1626, in der England immer aktiver in das Kriegsgeschehen auf dem Kontinent eingriff, widmeten sich die theologischen Schriften verstärkt Fragen der religiösen Rechtfertigung des Kriegs angesichts des christlichen Tötungsverbots. Die englischen Autoren rechtfertigten Krieg durch eine extrem pejorative Beschreibung des Gegners. Habsburg und seine Alliierten wurden in apokalyptische Dimensionen gefasst und als neue Moabiten oder als der personifizierte Antichrist beurteilt, seine Anhänger in England in Anlehnung an Scott als der spanische Affe diffamiert²⁰². Ihre Vernichtung erscheint als Christenpflicht: *Cursed be he that holdeth backe his sword from bloud, when hee is willed and warranted to dip it, to dye it in the same*²⁰³.

Das Schicksal der Kurpfalz und der königlichen Kinder sei der fassbare Beweis dafür, wie der römische Antichrist analog zu den Märtyrergeschichten von Foxe die Lämmer Christi verfolge, und wie das römische Moab als vielfältige, wachsende Brut die Pfalz bedrohe²⁰⁴. In dieser krassen Beschreibung entwickelt sich Jakob I. auch noch posthum zum unnatürlichen Vater, der seine Kinder nicht vor diesem diabolischen Feind beschützte²⁰⁵. Die Versuche des verstorbenen englischen Monarchen, England mit dem Argument aus dem Krieg herauszuhalten, dass der Krieg nur demjenigen gefällt, der ihn nicht kennt (*dulce bellum inexpertis*), unterwerfen die Autoren einer Grundsatzdiskussion um den Wert von Frieden:

*The proverbe is true indeed, That Warre is very sweet to those that never tasted it; but those that tast it shall be forced to confesse, that there is poyson under the honey. [...] it [is] not so easie to manage warre, as to talk of warre, and therefore blessed are the peacemakers, who make such peace indeed as standeth with Gods honor and the publique good: otherwise, as authors averre, and experience teacheth, A just war is to be preferred to an unjust peace, [...]*²⁰⁶.

Diese Relativierung des Friedens, der an Gottes Ehre und ein religiöses Gerechtigkeitsgefühl gebunden wird, ging einher mit neuen Hoffnungen, dass sich Karl I. nun in der Tradition seines verstorbenen Bruders als jener *protector* und *revenger* erwei-

²⁰⁰ GATAKER: Anniversarie Memoriall of Englands Delivery, 13.

²⁰¹ Vgl. BRESLOW: English Puritan Views, 40f.

²⁰² Vgl. BARNES: Vox Belli, fourth dedication.

²⁰³ Ebd., 19.

²⁰⁴ Ebd., 37.

²⁰⁵ Vgl. BRESLOW: English Puritan Views, 18.

²⁰⁶ LEIGHTON: Speculum Belli Sacri, 5.

sen werde, der die Ehre seiner Schwester und Gottes Ehre mit dem Schwert wieder herstellen werde²⁰⁷.

Zur Tröstung der pfalzgräflichen Familie und ihrer böhmischen Anhängerschaft im niederländischen Exil suchten die theologischen Autoren deren Schicksal wiederum in das christliche Heilsgeschehen einzuordnen. Die militanten Schriften, die Jakob I. und seinen Nachfolger zum Handeln aufriefen, wurden Friedrich V. und Princess Elizabeth gewidmet und ihnen damit versichert, dass Gott und England sie in ihrer Lage nicht vergessen haben²⁰⁸. Die Kurpfalz müsse sich gedulden, bis dass Gottes Wille in England gehört werde und das auserwählte Volk Gottes durch Taten die Heilsgeschichte vorantreibe:

*You are joyntly together prayed for, that the Lord would plant you, as hee hath plucked you up, and give you double joy for your sorrow, and glory for your confusion: yea, that you may not onely be built up, but that you may joyntly build up Jerusalem, which is the praise of the world. In the mean time gracious Princes, possesse your soules in patience; For the patient wayting of the righteous shall not alwaies be forgotten*²⁰⁹.

Als wahre Heilige Gottes sollen sie weiterhin den weltlichen Reichtümern entsagen und in ihrer desolaten Lage darauf bauen, dass gerade dies Ausdruck ihrer Auserwähltheit sei, so John Wing, Pfarrer der englischen Gemeinde in Vlissingen bei einer Predigt am Exilhof²¹⁰. Wing empfiehlt dem exilierten Fürstenpaar damit, in allen diplomatischen Verhandlungen zur Restitution der Kurpfalz standhaft zu bleiben, und die weltlichen Würden hinter die spirituellen Gaben zu stellen. Die Krone, die sie in Böhmen verloren hätten, biete sich ihnen nun in einer anderen Form von neuem: [...] *that your Crowne may yet flourish, your enemyes may ever perish, and you all, may be made mirroures of Majesty, and Royalty, to all generations*²¹¹.

c) *To seeke the Palatinate in America* – die Pfalzpolitik von Jakob I. in den englischen Strategiedebatten der 1620er Jahre

Neben den theologischen und juristischen Schriften können im Falle der englisch-kurpfälzischen Beziehungen weitere Textgattungen identifiziert werden, die ungeachtet vieler Parallelen zu den Rechtstraktaten, gedruckten Predigten und Nachrichtenschriften eigene Strategiedebatten und damit eine säkular-politische Form öffentlicher Kritik an der königlichen Außenpolitik entwickelten. Im Gegensatz zu den bisher betrachteten Schriften fallen diese Strategietraktate in Fragen der Codierung ihrer politischen Aussagen aus dem Rahmen. Denn während theologische Erörterungen, Lyrik und Theaterstücke angesichts des Prärogativanspruchs der Krone in Sachen Außenpolitik wiederholt auf historische, mythologische oder religiöse Codes

²⁰⁷ Ebd., second dedication.

²⁰⁸ Vgl. GATAKER: Anniversarie Memoriall of Englands Delivery, 13.

²⁰⁹ LEIGHTON: Speculum Belli Sacri, first dedication.

²¹⁰ Zu den Exilengländern in den Niederlanden und ihren Verbindungen zum Pfälzer Exilhof vgl. oben S. 191.

²¹¹ WING: The Saints Advantage.

zur Regierungskritik zurückgriffen, nahmen die gelehrten Traktate eine offen kritische Haltung ein.

Die Autoren von strategisch-politischen Traktaten – wie Scott und Reynolds häufig zugleich Verfasser von *corantos* und Polemiken – übernahmen teilweise die Rolle öffentlicher Fürstenberater, die mittels der Pamphletistik eine Debatte um die vernünftige Ausrichtung der englischen Außenpolitik anzuregen versuchten. Sie griffen dabei auch auf jene Fürstenspiegel- und Discorsi-Tradition zurück, wie sie Machiavelli mit seinen beiden bedeutendsten Schriften, *Il Principe* (1513) und den *Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio* (1513–1522) in die europäische Ideenwelt einführte. Ungeachtet der religiösen Kritik an Machiavellis Vorordnung politischer Klugheit vor die Moral bediente sich beispielsweise ein anonymes Autor 1619 dezidiert des Duktus des *Principe*, um Friedrich V. mit jenen Machterhaltungsmethoden vertraut zu machen, die er in Böhmen gegen seine inneren und äußeren Anfeindungen brauche. So rät die Schrift den Pfalzgrafen nach der böhmischen Königswahl zur Vorsicht gegenüber seinen neuen Alliierten. Während Friedrich V. sich zwar auf seinen englischen Verbündeten und auf Henri de Bouillon verlassen könne, solle er sich vor den böhmischen Adligen, den Türken, Venezianern und auch Bethlen Gábor in Acht nehmen²¹². Ungeachtet der Wahlkapitulation von 1619 rät der Autor Friedrich V., nach innen Härte zu beweisen sowie in der Außenpolitik die Dynamik des Moments für weitere Siege zu nutzen²¹³.

Mit diesen moralischen Maßstäbe sprengenden machstrategischen Ratschlägen für den Pfalzgrafen stellte sich der anonyme Autor deutlich außerhalb dessen, was in der englischen Pamphletistik an politischen Ratschlägen üblich war²¹⁴. Denn die meisten Autoren verbanden gerade in den 1620er Jahren religiöse Moralvorstellungen mit Fragen der politischen Klugheit und Strategie. Die öffentliche Diskussion der notwendigen diplomatischen und auch militärischen Schritte in der Pfalzfrage stellten zugleich Versuche dar, die exklusive Erörterung der Außenpolitik im Privy Council und am Hofe in die gelehrte Öffentlichkeit zu ziehen und ihr damit eine besondere moralische Basis zu verschaffen. Scott verteidigte denn auch 1624 diesen Einbruch in die Prärogativgewalt von Jakob I. in seiner Schrift *Vox Regis* als notwendigen Einbezug des Volkes in wichtige öffentliche Fragen. Gerade in Scotts Fall lässt sich auf der Basis eines frühen Naturrechts- und Öffentlichkeitsbegriffs die neuzeitliche Vorstellung von Parlamentarismus finden, die Peter Lake zufolge das politische Handeln des Monarchen von der öffentlichen Sichtbarkeit und Erörterung abhängig machte²¹⁵. So wendet sich Scott in Fragen der *Spanish Match* dezidiert gegen die Vorstellung, es handle sich hierbei um ein *Arcanum Imperii*: [...] *the Prince is to be considered as a pu-*

²¹² BL MSS Sloane 3938: *Advice to Frederick 5th Elector Palatine from his Tutor*, [o.O.], 1619, fol. 6f. u. 13.

²¹³ Ebd., fol. 20 u. 23f.

²¹⁴ Es ist daher gut möglich, dass der Autor in Opposition zur kurpfälzischen Politik in Böhmen Friedrichs Königtum dezidiert in den Kontext der machiavellistischen Machtlehre stellte und sie damit zugleich öffentlich zu desavouieren suchte.

²¹⁵ LAKE: *Constitutional Consensus*, 814f.

*blike and private person*²¹⁶. Da seine Heirat das Wohl aller Untertanen berühre, könne diese Entscheidung nicht wie von Jakob I. behauptet als private Angelegenheit der Krone behandelt²¹⁷, sondern müsse öffentlich diskutiert werden, wobei Scott als Ort der Diskussion das Parlament vorsieht: *The consent of the State representative (that is, the Parliament) is only necessarie; wherein the consent of everie Subject is included*²¹⁸.

Die Mehrzahl der englischen Traktate bezüglich der Stuart-Außenpolitik traf sich in der grundsätzlichen Definition des internationalen Widersachers. Auf Grundlage einer konfessionellen und protonationalistischen Weltsicht sahen die Abhandlungen in Spanien den Hauptfeind, wobei das Papsttum als der geistige Antrieb für die spanische Außenpolitik im Hintergrund wirke. Ungeachtet aller Verträge mit England habe Spanien gerade in der Pfalzfrage seine wahre aggressive Natur gezeigt und durch die Eroberung der Gebiete in der Pfalz und auch im übrigen Reich seine Maske fallen gelassen²¹⁹. Spanien verfolge eine Politik, die auf Karl V. zurückgehe und nur die Errichtung einer Universalmonarchie zum Ziel habe, wobei es auf diesem Weg in den letzten zehn Jahren ein gutes Stück vorangekommen sei²²⁰. Das Papsttum wiederum zeige ein großes Interesse an der Pfälzer Kurwürde, so dass die Kurtranslation als Teil der päpstlichen Politik verstanden werden müsse, im Reich die alte geistliche Macht über die weltlichen Fürsten wiederzuerrichten. So sollten auch die Reichsfürsten ungeachtet ihrer Konfession einsehen, dass das Papsttum keinen geistlichen Anspruch verteidige, sondern einen machtpolitischen Kampf führe²²¹.

In dieser Feinddefinition verkannten die meisten Autoren die tatsächliche Interessenslage im katholischen Lager. Scott vergleicht das Verhältnis zwischen Bayern und Habsburg mit dem zwischen Gefolgsmann und Herrn. Maximilian I. sei ein Reichsfürst, der durch die Kurtranslation und die Zuerkennung der Oberpfalz an Bayern in die Abhängigkeit von Habsburg geraten sei und aus Rücksicht gegenüber Madrid und Wien von einer friedlichen Regelung absähe²²². In völliger Verkennung der dynastischen Interessen Bayerns entwirft Reynolds sogar ein günstiges Bild von Bayern, das als Gegner hinter Spanien einzuordnen sei:

*First, for that the King of Spaine is a greater, and more professed Enemie to our sacred King, and his Royall posteritie, then either the Emperour, or Duke of Bavaria, and is so to be held and esteemed of us*²²³.

²¹⁶ SCOTT: Vox Regis, 13.

²¹⁷ JAKOB I.: His Majesties Declaration, 33f.: *And besides, the intermeddling in Parliament with matters of peace or warre, and Marriage of Our dearest Sonne, would be such a diminution to Us and to Our Crowne in forreine Countreys, as would make any Prince neglect to treat with Us, either in matters of Peace or Marriage, except they might be assured by the assent of Parliament.*

²¹⁸ SCOTT: Vox Regis, 14.

²¹⁹ Vgl. [REYNOLDS]: Vox coeli.

²²⁰ Vgl. SCOTT: Spaniards Perpetuall Designes, 1.

²²¹ Vgl. SCOTT: Aphorismes of State.

²²² SCOTT: Spaniards Perpetuall Designes, 7.

²²³ [REYNOLDS]: Vox coeli.

Diese zum Klischee geronnene Definition des internationalen Feinds zeugte von einem gesteigerten spanischen Feindbild, das zu einer Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse in der europäischen Diplomatie führen musste. Während sich der Pfälzer Exilhof mit dem katholischen Mächteblock wie gesehen einem monolithischen Feind ausgesetzt sah und daher nicht der Verhandlungslinie von Jakob I. mit Brüssel und Spanien folgen wollte²²⁴, unterschätzten die politischen Kommentatoren Englands in ihren Schriften das bayerische Interesse am Status quo und zugleich die Möglichkeit, mit Spanien zu einer Regelung der Pfalzfrage zu gelangen.

Auf der Grundlage dieses gesteigerten Feindbilds geriet das wichtigste außenpolitische Projekt der englischen Krone, nämlich die Verheiratung des Thronerben mit der spanischen Infantin zur Lösung der Pfalzfrage, für die englischen Kommentatoren zum Sinnbild einer verfehlten Diplomatie. Zusammen mit den theologischen Traktaten, Theaterstücken und Polemiken sorgten die strategiepolitischen Erörterungen in der Frage der *Spanish Match* für eine extrem polarisierte Atmosphäre in der englischen Öffentlichkeit: „[...] there seemed only two choices – either marriage or intervention“²²⁵. Scott und Reynolds plädierten in ihren Schriften zusammen mit einer Mehrheit der englischen Parlamentarier im Unterhaus denn auch entschieden für den Bruch aller Verträge mit Spanien und für ein militärisches Engagement zugunsten der Kurpfalz. Denn die Ergebnislosigkeit der diplomatischen Schritte seit 1619, die Verzögerungstaktik der spanischen Seite und die entgegenlaufenden Interessen Madrids und Londons schlossen ein weiteres friedliches Vorgehen aus. Außerdem laufe England Gefahr, mit dem pazifistischen Kurs allmählich alle Alliierten zu verlieren und im Ernstfall alleine gegen die spanische Aggression zu stehen²²⁶.

In dieser Frage standen Reynolds zufolge die Ehre der Krone und damit die Ehre des gesamten Königreichs auf dem Spiel. Der Autor gesteht der englischen Regierung zwar zu, dass die Annahme der böhmischen Krone durch Friedrich V. ein Fehler gewesen sei, eine weitere Duldung der Spanier in der Pfalz würde aber eine große Fehlentscheidung für England bedeuten:

[...] *but if your Majestie permit* [the Spaniards, M.R.] *for ever to ruine* [Friedrich V., M.R.], *and absolutelie to Deprive him of his and his Childrens Patrimonie, that wilbe a Dishonorable testimonie of too great disre[s]pect, and want to affection in your Majestie as being their Father, and of too much feare* [and] *pusilanimitie as beeing a Great and Potent King; and this will not onlie blemish but eclipse it to all the world*²²⁷.

Reynolds sieht aber gerade in der Ehre keine *quantité négligeable* für einen weltlichen Herrscher, sie stelle vielmehr ein hohes Gut dar, das es für einen souveränen Fürsten im Verkehr mit anderen Potentaten zu verteidigen gelte:

Do I speake of Dishonour, O then I beseech your Majestie to consider, how long Honor is purchasing, how soone lost, and that having sacrificed all the actions of our life to preserve it,

²²⁴ Vgl. oben S. 185f. u. 218.

²²⁵ COGSWELL: *England and the Spanish Match*, 127.

²²⁶ Vgl. [SCOTT]: *Reasons and Arguments*.

²²⁷ REYNOLDS: *Votivae Angliae*.

*wee neede but one Error to ruyn it; and as the meanest Gentleman is bound to this rule, soe the greatest Princes and Monarches of the world, have (consequentlie) the greatest shares and interests in the prevention therof*²²⁸.

Die Autoren der außenpolitischen Traktate beschränkten ihre Erörterungen aber nicht nur auf die Feststellung, dass England gegen Spanien Krieg führen sollte. Mit unterschiedlichen strategischen Ansätzen versuchten sie auch Empfehlungen für das konkrete Vorgehen gegen den Feind öffentlich zu lancieren. Als Bündnisoption empfahl Scott in mehreren Schriften beispielsweise ein engeres Zusammengehen mit den Niederlanden. Da Frankreich aufgrund des jesuitischen Einflusses und aus Furcht vor einem Religionskrieg nicht für eine antihabsburgische Allianz zu gewinnen sei²²⁹, sollte England seinen natürlichen Bündnispartner unter Hintanstellung der wirtschaftlichen Interessen im Überseehandel und Fischfang für einen großen Krieg gegen Spanien gewinnen²³⁰.

In Fragen der Kriegsstrategie wandten sich die Autoren gegen die Idee von Jakob I., die militärische Auseinandersetzung mit Habsburg, wenn sie schon nicht zu umgehen sei, wenigstens auf die Pfalz zu beschränken, um ansonsten den seit 1604 bestehenden Frieden zwischen Madrid und London aufrechtzuerhalten. Scott sah darin ein unmögliches Unterfangen angesichts der Struktur des spanischen Weltreichs: *To warre with the Emperour [and] hold peace with Spaine, is to fight with one of our hands, against the united body of the Catholique league, assisted with both their armes of the East, and West-Indyes*²³¹.

Verschiedene Autoren empfahlen dem englischen Kriegsrat denn auch, den Krieg nicht weiter auf die ohnehin schon leidgeprüfte Kurpfalz zu konzentrieren, sondern [...] *to transport the warre, and consequently, the misery of it, into the Enemies owne Country, that they also may not be onely spectators of others calamities, but may at length taste of the same sauce [...]*²³².

Unter Hinweis auf antike Feldherren – Hannibal (247–183) mit seinem Einfall in Oberitalien und Scipio Africanus (235–183) in Karthago standen gleichermaßen Pate – riefen die Schriften England zu einem Diversionkrieg gegen Spanien auf²³³. Während die Niederlande und Dänemark zugunsten der Kurpfalz eine Landarmee an den Rhein schicken sollten, sahen die Autoren die Aufgabe Englands darin, mit der eigenen Flotte einen Angriff auf Flandern oder sogar das spanische Mutterland zu wagen²³⁴.

²²⁸ Ebd.

²²⁹ SCOTT: Vox Dei, Vorwort.

²³⁰ [SCOTT]: Symmachia, 24 u. 29f.; [DERS.]: The Belgicke Pismire, 99.

²³¹ SCOTT: Vox Dei, Vorwort; vgl. auch BL MSS Add. 39254, fol. 40: ANONYM.: *For freeing of the Palatinate by armes. By a conqueringe armie, a diverting armie, or an armie of assistance wherof these are the heads it follow*, [o.O.], [o.J.].

²³² ANONYM.: The Relation of all the last Passages, 2.

²³³ Vgl. BRESLOW: English Puritan Views, 22f.

²³⁴ ANONYM.: The Relation of all the last Passages, 1; [REYNOLDS]: Vox Coeli, Vorwort.

Der Ruf nach einem Entlastungsangriff auf Flandern oder Spanien zugunsten der Kurpfalz fand seine Ergänzung in der Forderung, die alte Seekriegsstrategie gegen das Habsburger Weltreich zu führen, die bereits unter Königin Elisabeth durch die berühmten *sea dogs* Francis Drake (1540–1596) und Raleigh praktiziert wurde. Unter dem Schlagwort der *Blue Water Policy*²³⁵ forderten Militärstrategen wie Thomas Fairfax, Baron of Cameron (1560–1640) die englische Regierung auf, Angriffe auf die spanischen Kolonien in Südamerika und vor allem auf die Silberflotte auszuführen. Leitend war hierbei die Vorstellung, dass Spanien die Kriege in Europa ausschließlich durch den Edelmetallfluss aus den Kolonien aufrechterhalten könne und dass ein Angriff auf deren Nachschubwege kriegsentscheidend sein könnte: [...] *we doe well to seeke the Palatinate in America, and if we can settle in a plan that either may yeeld us treasure by our owne labors, or by interception of the kinge of Spains bullion, it may suffice us*²³⁶.

Fairfax überschätzte zwar in diesem Traktat die Bedeutung der Kolonien für die spanische Kriegsführung, jedoch spiegelten die Forderung nach einem Diversionsangriff auf Flandern und die *Blue Water Policy* einen Erkenntnisprozess in den Strategietraktaten der 1620er Jahre wider, die auf ein gewachsenes geostrategisches Bewusstsein schließen lässt. Fairfax beschreibt beispielsweise in seiner Abhandlung die Schwierigkeit, englische Landtruppen in die Kurpfalz zu verlegen. Die Landwege über die Niederlande und über die spanische Straße seien keine gangbare Lösung, da letztere von den habsburgischen Heeren dominiert wäre und die Versorgung der Truppen nicht gewährleistet werden könnte²³⁷.

Der geringe Eindruck, den diese Traktate in der englischen Regierung offenbar hinterlassen haben mussten, zeigte sich jedoch bereits 1624 mit der Bestallung des Grafen Mansfelds, ein englisches Freiwilligenheer über den Landweg in die Pfalz zu bringen, ein Unterfangen, das wie gesehen an den fehlenden Ressourcen des englischen Königreichs scheitern musste²³⁸.

²³⁵ Vgl. MARSHALL: *Theatre and Empire*, 155.

²³⁶ BL MSS Add. 28326: Lord Fairfax's (First Baron of Cameron) *Highway to Heidelbergh*, fol. 19.

²³⁷ Ebd., fol. 18.

²³⁸ Vgl. oben S. 199.

3. Englisch-kurpfälzische Beziehungen als Thema der höfischen Öffentlichkeit

a) Außenpolitik als höfischer Aushandlungsprozess – Themen und Entwicklungen in der Hofkultur Englands und der Kurpfalz bis 1613

In der Gesamtschau der bisher betrachteten kulturellen Ausdrucksformen englisch-kurpfälzischer Beziehungen konnte eine Reihe von Überschneidungspunkten zwischen der außerhöfischen und gelehrten Öffentlichkeitssphären ausgemacht werden, denn tagesaktuelles Schrifttum, Theater, Lyrik und gelehrte Traktate wirkten gleichermaßen als Vermittler zwischen den einzelnen Öffentlichkeitsebenen. Dabei boten Themen zur Außenpolitik und zu den internationalen Beziehungen unterschiedliche Anknüpfungspunkte für Gesellschaftsgruppen, die mittels alttestamentarischer oder auch antiker Codes religiöse und säkulare Diskurse in unterschiedlichen Medien mit verschiedenen, aber auch partiell gleichlaufenden Aussagen transportierten. Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch die schon festgestellte Polyvalenz vieler öffentlicher Diskurse in England und auch der Kurpfalz²³⁹. Diplomatische Themen wie die Verheiratung der königlichen Kinder oder die Lösung der Pfalzfrage in den 1620er Jahren erfuhren je nach Öffentlichkeitsbereich unterschiedliche Konnotationen.

Dies betraf auch die Verarbeitung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen in der höfischen Sphäre als dritten und letzten hier zu behandelnden Aspekt frühneuzeitlicher Öffentlichkeiten. Wie bereits gesehen²⁴⁰, stieß im höfischen Kontext die in Emblemen und antiken Motiven codierte Herrschaftsidee des Souveräns als allwissender sowie exklusiver Hüter der Staatsgeheimnisse auf konkurrierende Vorstellungen, die durch höfische Faktionen vertreten wurden. Zudem ergab sich zwischen dieser Herrschaftsidee und ihrer Ausstellbarkeit mittels heterogener Festelemente eine Differenz, so dass man mit Jörg Berns von einer synästhetischen Wirkung der höfischen Diskurse sprechen kann. Das Zusammenwirken von Wort, Bild und Musik in der höfischen Öffentlichkeit eröffnete einen Deutungsspielraum, der im Konfliktfall von konkurrierenden höfischen Gruppen genutzt werden konnte²⁴¹.

Auf der Grundlage dieses strukturgeschichtlich komplexen Verhältnisses zwischen Herrschaftsrepräsentation und Herrschaftskritik kann auch im Falle der innerhöfischen Kommunikation von einem polyvalenten Aushandlungsprozess gerade in Sachen Außenpolitik ausgegangen werden. Dabei ist für den englisch-kurpfälzischen Fall zu berücksichtigen, dass dieser Aushandlungsprozess zugleich einer beachtlichen kulturhistorischen Entwicklung in der höfischen Repräsentation im Übergang von Renaissance zu Barock unterlag. Zwar geht die Literatur in Fragen der Binnenstruktur der höfischen Repräsentationskultur zwischen 1580 und 1730 von einer epochalen Bündigkeit aus, in der jedes höfische Fest als Ensemble heterogener Demons-

²³⁹ Vgl. Kapitel III.1.a.

²⁴⁰ Vgl. Kapitel I.1.d.

²⁴¹ BERNs: Festkultur, 303f.

trationselemente verstanden werden kann²⁴². Doch innerhalb dieses Rahmens ergab sich gerade für England beim Übergang zwischen später Tudor- und früher Stuart-Zeit ein signifikanter Umbruch in der höfischen Unterhaltung. Denn im Gegensatz zu den Repräsentationspraktiken unter Elisabeth I. lässt sich nach dem Thronwechsel von 1603 – wie bereits gezeigt²⁴³ – ein allmählicher Rückzug der Krone aus der außerhöfischen Öffentlichkeit und ein zeitweiser Niedergang des chevaleresken Motivs in der höfischen Unterhaltung beobachten. Es musste einem neuen monarchischen Ideal des Ausgleichs und des internationalen Friedens weichen²⁴⁴.

Dieser Umbruch stand Strong zufolge im Kontext der englischen Rezeption antiker Vorstellungen von Harmonie und Moral. Im Zuge der Verarbeitung platonischer Lehren durch die Humanisten entwickelte sich in der englischen Renaissance eine Form des Neoplatonismus, die sich mit dem zur Herrschaftsstabilisierung entwickelten Diskurs bezüglich der monarchischen Herrlichkeit der frühen Stuarts verband²⁴⁵. So zeigten sich die frühen Stuarts in der höfischen Unterhaltung darum bemüht, auf Grundlage der Philosophie Platons ihre spezifische Vision einer moralischen und harmonischen Welt durch Selbstkontrolle der Regierenden und Affektkontrolle der Untertanen zu transportieren²⁴⁶.

Jedoch bildete der Neoplatonismus keineswegs den exklusiven Inhalt der höfischen Repräsentation unter den frühen Stuarts. Entgegen der These von Strong weist Smuts darauf hin, dass es gerade unter Jakob I. weiterhin konkurrierende Vorstellungen über den Inhalt der höfischen Unterhaltung gab und dass sich das neoplatonische Tugend-, Harmonie- und Gerechtigkeitsideal in direkter Konkurrenz zu anderen Geistesstraditionen befand²⁴⁷. So repräsentierten beispielsweise die Werke des antiken Historikers Tacitus eine reiche ideengeschichtliche Quelle für jene höfischen Faktionen, die sich als ehemalige Anhänger von Essex gegen die pazifistische Richtung der Hofunterhaltung in Whitehall wandten. Militärische Tapferkeit und Kriegsbereitschaft entwickelten sich vor dem Hintergrund der historiographischen Werke von Tacitus zum monarchischen Gegendiskurs, der sich seit 1610 am Hof des Thronprinzen Henry Prince of Wales prominent entfalten konnte²⁴⁸.

Ungeachtet dieser oppositionellen Tendenzen erfreuten sich unter den frühen Stuarts Künstler der königlichen Gunst, deren Schaffen jene pazifistischen Ideale aufnahm, die dem monarchischen Leitbild des *Rex pacificus* möglichst nahe kamen. So profitierte der Autor Ben Jonson allen anderen voran von dieser Entwicklung. Jonson, der sich bereits in den 1590er Jahren von der Gruppe der *Spenserians* distanzierte und zum katholischen Glauben konvertierte, genoss seit 1605 die königliche Patronage, verband er doch in seinen Maskenspieltexten die Idee eines starken Königtums

²⁴² Vgl. ebd., 302.

²⁴³ Vgl. Kapitel III.1.a und c.

²⁴⁴ Vgl. ASCH: Protestantismus, 59f. u. 65; HOLBROOK: Jacobean Masques, 70.

²⁴⁵ STRONG: Art and Power, 40f.; DERS.: Feste der Renaissance, 266; HART: Art and Magic, 33.

²⁴⁶ Vgl. SHARPE: Politics and Ideas, 43.

²⁴⁷ SMUTS: Cultural Diversity, 100.

²⁴⁸ Vgl. SMUTS: Court-Centred Politics, 38.

mit pazifistischen und antirepublikanischen Idealen, die erst am Hof der Königin und später in Whitehall selbst große Beachtung fanden²⁴⁹.

Zusammen mit dem Architekten Inigo Jones (1573–1652) perfektionierte Jonson das Maskenspiel der frühen Stuart-Zeit zu einem politisch bedeutungsreichen Medium höfischer Unterhaltung, das weniger ein illustres Spektakel als vielmehr einen international bedeutsamen ‚Staatsakt‘ repräsentierte²⁵⁰. Auf der Grundlage mittelalterlicher Traditionen zeichnete sich das Maskenspiel der Renaissance vor allem durch ein komplexes Verweisungsgeflecht zwischen Text, Musik, Architektur und Maschineneinsatz aus, das es zu einem dramatischen Äquivalent von Emblembüchern machte²⁵¹. Zugleich rückte das Maskenspiel als eine Art „Staatsliturgie“ die Herrschaftsrepräsentation in jene transzendente Richtung, die in katholischen Ländern die kirchliche Liturgie übernahm²⁵².

Das Maskenspiel am Hof der frühen Stuarts hob die klassische Asymmetrie zwischen Publikum und Schauspieler auf, denn das Hofpublikum bildete einen festen Bestandteil der Inszenierung. Als Tänzer nutzten gerade junge Adlige die Maskenspiele zur Selbstdarstellung, wobei sie sich in den Stücken von Jones und Jonson jener pädagogischen Funktion unterzuordnen hatten, die mittels Emblem und reichen musikalischen, architektonischen und illuminatorischen Effekten die höfische Gesellschaft über die Herrlichkeit der monarchischen Herrschaft zu unterrichten versuchte²⁵³. Dabei handelte es sich beim Maskenspiel aber keineswegs um ein Machttheater im Sinne einer spezifisch exklusiven Herrschaftsrepräsentation²⁵⁴. Es lässt sich vielmehr als wichtiges Instrument zur Aushandlung sozialer, religiöser und politischer Themen verstehen, die stellenweise auch das Machtgefüge zwischen den höfischen Faktionen und der monarchischen Spitze in Bewegung bringen konnten²⁵⁵.

Im Vergleich zu den vielfältigen Entwicklungen der englischen Hofkultur hob sich die Kurpfalz um 1600 durch bescheidenere Ansätze der höfischen Unterhaltung ab. Zwar können auch am Heidelberger Schloss vor allem in der Regierungszeit von Friedrich IV. jene höfischen Feierlichkeiten beobachtet werden, die durch Prachtentfaltung und „demonstrativen Konsum“ der allgemeuropäischen Tendenz höfi-

²⁴⁹ Vgl. NORBROOK: *Poetry and Politics*, 177f.; HOLBROOK: *Jacobean Masques*, 79f.

²⁵⁰ Vgl. PARRY: *Jacobean Masque*, 115; SMUTS: *Cultural Diversity*, 102.

²⁵¹ Vgl. STRONG: *Feste der Renaissance*, 266; David LINDLEY beschreibt das Maskenspiel der Renaissance als „[...] the appearance of a group of noble personages dressed in elaborate disguise to celebrate a particular occasion and to honour their monarch. They perform some specially designed [...] masques dances, and take out the members of the court audience in the communal dance of the revels.“ Die Aufgabe des Autors eines Maskenspiels war es, eine meist antike Fiktion für die Ankunft des verkleideten Adels zu entwerfen, DERS.: *Court Masque*, 1.

²⁵² Vgl. NORBROOK: *Reformation of the Masque*, 96f.

²⁵³ Vgl. BARROLL: *Stuart Masque*, 121; PARRY: *Jacobean Masque*, 92; LIMON: *Masque of Stuart Culture*, 216f.

²⁵⁴ ORGEL: *Illusion of Power*; GOLDBERG: *Politics of Literature*.

²⁵⁵ BUTLER: *Courtly Negotiations*, 27f.; PARRY: *Jacobean Masque*, 113f.

scher Machtdemonstration entsprachen²⁵⁶. Jedoch bildeten vor 1613 weniger höfische Feste im Sinne repräsentativer Staatsakte als vielmehr die Leistungen des literarischen Schaffens den Kern Kurpfälzer Hofkultur. Aufgrund der Nähe von Universität und Hof „[...] bestimmte eine *pietas litterata* ganz im Sinne Erasmus' das Hof- und Universitätsleben unter Friedrich III. und noch unter seinen Nachfolgern von Johann Casimir bis zu Friedrich V.“²⁵⁷ Sie baute auf ein starkes literarisches und wissenschaftliches Interesse der Heidelberger Räte und des dem Hof anhängigen Adels auf, dessen hohe kulturelle Effizienz ganz im Zeichen des Späthumanismus stand²⁵⁸. Jedoch stellte diese Form höfischer Kultur aufgrund der bereits beschriebenen monolithischen Struktur des Heidelberger Hofes kein ernstzunehmendes Forum für innerhöfische Aushandlungsprozesse dar²⁵⁹. In den gelehrten Juristen, Theologen und Literaten fand die kurfürstliche Spitze keinen kritischen Gegenpart in Fragen der höfischen und politischen Repräsentation²⁶⁰.

So schienen sich in Fragen der Außenpolitik und der Diplomatie höfische Feierlichkeiten in der Kurpfalz und auch im reichsständischen Kontext auf die formale Funktion eines Forums für internationale Zusammenkünfte zu beschränken, wie es in Kassel 1596 beispielsweise der Fall war. Eine kontroverse Instrumentalisierung höfischer Festelemente wie dem Maskenspiel taucht bei den meist dynastisch motivierten Feierlichkeiten vor 1618 im Reichskontext nicht auf²⁶¹. In England lässt sich hingegen schon sehr früh beobachten, wie Auseinandersetzungen in außenpolitischen Fragen ungeachtet der königlichen Patronage in die Maskenspiele getragen werden konnten²⁶². Bereits unter Elisabeth I. diente die höfische Unterhaltung auch der öffentlichen Aushandlung umstrittener außenpolitischer Themen wie den Verhandlungen zur Anjou-Heirat 1578–1582, in denen die Faktionen durch Maskenspiele und Theaterinszenierungen gleichermaßen Konsens und Dissens zum Ausdruck brachten²⁶³. Zwar blieb gerade das Maskenspiel aufgrund der königlichen Autorität in der Hofunterhaltung ein sehr schwieriges Medium zur kontroversen Erörterung außenpolitischer Entwicklungen. Jedoch eröffnete ein komplexes Akteurs- und Rezipientengeflecht im Maskenspiel immer wieder Raum für oppositionelle Stimmen²⁶⁴. Auch hier entwickelte sich der Hof des Kronprinzen Henry zu einem Kristallisationspunkt für die englische Opposition, denn in St. James fanden seit 1610 Inszenierungen von Maskenspielen statt, die sich kritisch mit der englischen Allianzpolitik gegenüber dem protestantischen Europa und mit den anfänglichen Bemühungen der Krone um eine dynastische Allianz mit Savoyen auseinandersetzen²⁶⁵.

²⁵⁶ Vgl. HEPP: Herrschaft in der Kurpfalz, 359f.

²⁵⁷ HAMMERSTEIN: Vom „Dritten Genf“, 39f.

²⁵⁸ Vgl. MERTENS: Hofkultur in Heidelberg, 81f.

²⁵⁹ Vgl. Kapitel I.2.c.

²⁶⁰ Vgl. MERTENS: Hofkultur in Heidelberg, 83.

²⁶¹ Vgl. NIEDER: Höfisches Fest, 142.

²⁶² HOLBROOK: Jacobean Masques, 71.

²⁶³ Vgl. MEARS: Love-making and Diplomacy, 453 u. 465f.

²⁶⁴ Vgl. PARRY: Jacobean Masque, 110; SMUTS: Cultural Diversity, 100f.

²⁶⁵ PARRY: Jacobean Masque, 94.

Ähnliche Zusammenhänge zwischen höfischer Kultur und der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung lassen sich auch in Fragen der Rolle konfessioneller Einflüsse auf die englische und kurpfälzische Hofrepräsentation beobachten. Grundsätzlich sah sich jede Form der höfischen Festlichkeit in England einer radikal-protestantischen Kritik an Bildkult und Luxus ausgesetzt. Jedoch lässt sich ähnlich wie beim Theater auch im Falle höfischer Feierlichkeiten eine allmähliche Tendenz in radikal-protestantischen Kreisen beobachten, weniger Form als Inhalt der höfischen Unterhaltung einer kritischen Würdigung zu unterziehen²⁶⁶. So verbanden wie gezeigt die oppositionellen Kreise um den Thronerben den antiken Autor Tacitus mit politico-religiösen Themen. Auf der Grundlage dieser Tacitus-Rezeption fanden nicht nur die protestantische Kritik am höfischen Luxus und dadurch verursachter Vernachlässigung männlichen Kampfgeists Eingang in die Hofunterhaltung in St. James. Es wurde auch zugleich ein antispanischer Militarismus gefördert, der nicht nur das antike Ideal der Kriegsbereitschaft, sondern auch den von Protestantismus und antiker Morallehre gleichermaßen geforderten Kampf gegen die spanische Perfidie und machiavellistische Unmoral feierte²⁶⁷. Damit nahmen konfessionelle Diskurse teilweise einen prominenten Stellenwert in der höfischen Kultur Englands ein, sie blieben aber angesichts überkonfessioneller pazifistischer Themen in der Festkultur in St. James stark personen- und kontextabhängig.

Die bescheideneren Formen höfischer Feierlichkeiten in der Kurpfalz blieben aufgrund der Struktur des Heidelberger Hofes weitgehend frei von radikal-protestantischer Kritik an den Inhalten, es entwickelte sich vielmehr eine Form des höfischen Calvinismus, der Protestantismus mit den Repräsentationsvorstellungen der kurfürstlichen Familie verband. Inwiefern aber von einer Konfessionalisierung der höfischen Kultur in Heidelberg gesprochen werden kann, bleibt in der Literatur umstritten. Mertens macht in seinem Vergleich der Stuttgarter und Heidelberger Hofkultur darauf aufmerksam, dass es ungeachtet der konfessionellen Differenz in beiden Residenzen zu einer parallelen Entwicklung der höfischen Repräsentation kam, die Hofkultur damit konfessionsunabhängig sein müsste²⁶⁸. Dem stehen Studien gegenüber, die wie im Falle von Klaus Garber die besondere Wirkkraft der Konfession am Heidelberger Hof betonen. So sei beispielsweise die Geburtsstunde der neueren deutschen Dichtung einem historisch-konfessionspolitischen Kräftefeld zuzuordnen, dessen Gravitationszentrum am Heidelberger Hof liegt. Garber sieht gerade in Martin Opitz' (1597–1639) Angriff auf das Latein den literarischen Kampf gegen die heilige Sprache Roms ebenso wie gegen die konservative gelehrte Welt. Opitz' Verteidigung der Nationalsprache stelle dabei ein kulturgeschichtliches Phänomen dar, in dem reformierte Konfession, Humanismus und die höfische Kultur Heidelbergs ineinander flossen²⁶⁹. Dass in der Kurpfalz von einem starken Einfluss der Konfession

²⁶⁶ Vgl. COLLINSON: *Protestant Culture*, 40; S. 179.

²⁶⁷ SMUTS: *Court-Centred Politics*, 36f.

²⁶⁸ MERTENS: *Hofkultur in Heidelberg*, 78.

²⁶⁹ GARBER: *Kalvinismus und „Barock“-Literatur*, 331 u. 341.

auch auf die Repräsentationskultur ausgegangen werden kann, zeigt überdies die von Mertens selbst festgestellte Unumstrittenheit der höfischen Unterhaltung²⁷⁰. Wie die Kurpfälzer Feierlichkeiten zum dynastischen Bündnisschluss mit England 1613 noch zeigen werden, traten – im Gegensatz zu England – ungeachtet der oftmals militant-protestantischen Aussagen bei den Kurpfälzer Hochzeitsfeierlichkeiten keine beobachtbaren Kontroversen zwischen den Heidelberger Räten zutage. Die Inhalte der höfischen Repräsentation blieben demnach konfessionspolitischen Vorstellungen im Sinne eines militanten Protestantismus unterworfen.

Ungeachtet dieser Wirkkraft des Konfessionellen auf die höfische Repräsentationskultur stellten für die im Folgenden näher zu analysierenden höfischen Feierlichkeiten in London und Heidelberg 1613 aber auch dynastische Themen ein reiches Feld für überkonfessionelle Aussagen dar. Hierbei erwies sich wieder einmal der polyvalente Charakter höfischer Repräsentationsinhalte. Denn im Falle Englands ließen sich unter das Dynastische nicht nur die monarchischen Vorstellungen einer durch familiäre Bindungen und Werte wohlgeordneten Gesellschaft im Inneren des Königreichs und auf der Ebene des internationalen Systems subsumieren. Dem entgegengesetzt bemühten dynastische Themen zugleich kämpferische Ideale wie aristokratische Ehre und ritterliche Tugenden im Krieg²⁷¹.

Auch in der Kurpfalz nahm gegen Ende des 16. Jahrhunderts die Bedeutung dynastischer Themen in der höfischen Kultur zu. Einen sinnlich erfahrbaren Ausdruck lieferte der seit 1601 vorgenommene Friedrichsbau auf dem Heidelberger Schloss, der in klarer Abgrenzung zum Ottheinrichsbau (1556–1559) anstelle antiker Figuren exklusiv auf die Heidelberger Herrscherreihe zurückgriff, wobei mit Karl dem Großen das Kurhaus seine dynastische Herkunft imperial überhöhte²⁷². Die Kurpfalz bediente sich seit dem späten 16. Jahrhundert damit der unangefochtenen und beeindruckenden Abstammungsfunktion zur Demonstration fürstlicher Herrlichkeit. Dieses dynastische Selbstbewusstsein bildete schließlich eine wichtige Basis, um auch jene radikal-protestantische Vorstellungen in die höfische Repräsentation zu integrieren, wie sie Hermann Wiegand zufolge beispielhaft in Paulus Schedes' (1539–1602) *Odae Palatinae* von 1588 zu finden sind²⁷³.

b) *Additur Germaniae Robur Britannicum* – die Londoner Feierlichkeiten anlässlich der englisch-kurpfälzischen Hochzeit 1613

Politischer und kultureller Kumulationspunkt der englisch-kurpfälzischen Beziehungen bildeten die prachtvollen Festlichkeiten in London und Heidelberg anlässlich der Hochzeit von 1613, die im Folgenden im Zentrum der Analyse der höfischen Öffentlichkeit als letzte hier zu behandelnde Kommunikationsebene stehen sollen.

²⁷⁰ MERTENS: Hofkultur in Heidelberg, 83.

²⁷¹ Vgl. SHARPE/LAKE: Einleitung zu „Culture and Politics“, 14f.

²⁷² Vgl. HEPP: Herrschaft in der Kurpfalz, 346f.; BUDDÉ/MERTEN: Architektur im deutschen Südwesten, 91.

²⁷³ WIEGAND: Der zweigipflige Musenberg, 21.

Denn das Ensemble an „Festinventionen“²⁷⁴ wie Feuerwerken, Seeschlachten und Maskenspielen stellte ein Reservoir an Deutungsangeboten bereit, das den souveränen Fürsten und auch radikal-protestantischen Gruppen gleichermaßen zur Repräsentation ihrer Vorstellungen und Hoffnungen anlässlich des dynastischen Bündnisses diente. Dabei kann angesichts der zeitlichen Vorordnung der englischen Feierlichkeiten vor den Heidelbergern und der Anwesenheit eines großen Teils des Kurpfälzer Hofstaates in London im Februar 1613 von einem bedeutenden Kulturtransfer zwischen England und Kurpfalz ausgegangen werden, der sich bereits in den Heidelberger Feierlichkeiten im Juni desselben Jahres niederschlug.

Die englischen und auch kurpfälzischen Feierlichkeiten anlässlich des dynastischen Bündnisses werden durch eine Reihe von englisch-, französisch- und deutschsprachigen Festbeschreibungen überliefert²⁷⁵. Die meist anonymen englischen Beschreibungen konzentrieren sich weitgehend auf einzelne Festelemente wie beispielsweise die Maskenspiele oder geben nur einen knappen Abriss der in der Festwoche angestellten Feierlichkeiten²⁷⁶. Ergänzt werden sie von einer kulturhistorisch herausragenden deutschen Schrift mit dem Titel *Beschreibung der Reiss* aus dem Jahre 1613, die die gesamte Brautfahrt Friedrichs V. und somit auch die Feierlichkeiten in England ausführlich behandelt²⁷⁷. Über den Autor beziehungsweise die Autoren liegen mehrere Vermutungen vor. Gerhard Dünnhaupt schreibt den Großteil der 320 deutschen Verse der Reisebeschreibung dem 1577 in Halle geborenen Tobias Hübner (1577–1636) zu, der sich später als Mitglied der Fruchtbringenden Gesellschaft und Geheimer Kammerrat in Anhalt einen Namen machte²⁷⁸. Dagegen stellt Götz Schmitz fest, dass der Verfasser der Beschreibung unbekannt sei, wobei es Mutmaßungen gebe, der Stuttgarter Hofmann und Dichter Georg Rodolf Weckherlin († 1653) könnte an der Brautfahrt des Kurerben teilgenommen haben und auch Autor der Reise- und Festbeschreibung sein²⁷⁹.

²⁷⁴ „Festinvention“ steht in verschiedenen deutschen Festbeschreibungen als Oberbegriff für die Vielzahl festlicher Elemente wie Turnier, Maskenaufzug, Feuerwerk u.a. Er wird im Folgenden als Quellenbegriff übernommen.

²⁷⁵ Hinzu kommen zwei lateinische Handschriften (*Vereneres Angliae* und *Historica Periodus Itinerarii in Angliam*), die die Brautfahrt Friedrichs und die Hochzeitsfeierlichkeiten in England beschreiben, vgl. FORSTER: Trauung Friedrichs von der Pfalz.

²⁷⁶ Vgl. ANONYM.: The Marriage of Prince Fredericke.

²⁷⁷ ANONYM.: Beschreibung der Reiss; das Werk war weit verbreitet, wie die große Anzahl erhaltener Exemplare zeigt. Die Kupferstiche, in drei Exemplaren für hochadlige Empfänger sogar koloriert, wurden in der damals bedeutendsten Werkstatt Deutschlands, der erst Frankfurter und seit 1613 Oppenheimer Druckerei von Johann Theodor De Bry (1561–1623), dem Schwiegervater Matthias Merians (1593–1630), angefertigt, vgl. YATES: Rosicrucian Enlighthment, 9.

²⁷⁸ Vgl. DÜNNHAUPT: Personalbibliographien, 2175; SCHMIDT: Fruchtbringende Gesellschaft, 14.

²⁷⁹ SCHMITZ: Hochzeit von Themse und Rhein, 268, Anm. 9; die Autorenschaft Weckherlins würde dann plausibel sein, wenn die Vermutung von Ernst L. STAHL zuträfe, Weckherlin sei für die Ausrichtung des Empfangs der Braut in Heidelberg 1613 verpflichtet worden, vgl. DERS.: Mannheim, 54; Weckherlin war maßgeblich an den Tauffeierlichkeiten in Stuttgart

Die Interpretation von solchen Festbeschreibungen als Quellen politischer Geschichte stellt den Betrachter vor das Problem der eigentümlichen Tendenz dieser Literaturgattung. Es handelt sich nämlich, so Christian Wagenknecht, weniger um eine sachliche Berichterstattung, vielmehr sollten die Schilderungen ebenso festlich gestaltet sein wie das Ereignis selbst. Eine Festbeschreibung ist somit eine Repräsentation der Repräsentation, oder, wie es Thomas Rahn ausdrückt, eine „Fortsetzung des Festes mit anderen Mitteln“²⁸⁰, weshalb die Autoren starken Wert auf die vollständige namentliche Aufführung der Teilnehmer mit vollem Titel und die genaue Angabe der Sitz- und Prozessionsordnung, aber auch auf die „Kolorierung“ der Bebilderung durch die Sprache der Beschreibung legten²⁸¹. Wie bei kaum einer anderen Quellengattung herrscht bei Festbeschreibungen ein Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch des Lesers auf eine sachliche Darstellung des Geschehens und der vom fürstlichen Auftraggeber erwarteten Aufgabe, mit zierlichen Worten dieses festliche Geschehen zu vergegenwärtigen²⁸².

Die deutsche Schrift *Beschreibung der Reiss* vermittelt mit ihren Ausführungen zu den englischen Feierlichkeiten anlässlich des dynastischen Bündnisschlusses die mögliche Deutungsbreite der höfischen Vorgänge seit Ankunft des Pfalzgrafen und seines Hofstaates in London. So nimmt die Beschreibung wiederholt jene Elemente der Feierlichkeiten auf, die eine kämpferisch-religiöse Deutung des dynastischen Bündnisses nahe legen. Anlässlich der Verlobung und auch der Hochzeitszeremonie zwischen Friedrich V. und Elizabeth Stuart weist die Schrift beispielsweise auf die Darstellung der Armada-Schlacht von 1588 auf den Tapissereien und Deckengemälden in der Banqueting Hall in Whitehall hin, wohingegen vergleichbare englische Beschreibungen auf die Erwähnung dieses klar antspanischen und antikatholischen Motivs verzichten²⁸³. Im Zentrum der *Beschreibung der Reiss* steht die Aussage, dass es sich bei dem dynastischen Bund zwischen England und Kurpfalz um eine Allianz von konfessionsgleichen Mächten handelt, und dass der Pfalzgraf [...] *auß einem Christlichen eiffer der wahren Religion bewegt* [...] das Ehebündnis mit den Stuarts eingegangen sei²⁸⁴. Detaillierte Darstellungen zur Aufnahme Friedrichs V. in den Ho-

1616 beteiligt, die von Merian als Kupferstiche erhalten blieben, vgl. KRAPF/WAGENKNECHT: Stuttgarter Hoffeste; es ist auf alle Fälle nicht auszuschließen und erscheint auch sehr plausibel, dass es sich bei dieser ausführlichen Reise- und Festbeschreibung um eine Kompilation handelt. Für diesbezügliche Hinweise danke ich auch Wolfgang Schibel, Universitätsbibliothek Mannheim.

²⁸⁰ RAHN: Fortsetzung des Festes.

²⁸¹ WAGENKNECHT: Beschreibung höfischer Feste, 75f.

²⁸² Vgl. ebd., 77.

²⁸³ ANONYM.: Beschreibung der Reiss, 29 u. 45; BL MSS Add. 5765: *The Magnificent Marriage of the two Great Princess, Fredericke Count Palatine & the Lady Elizabeth the daughter to the Imperiall Majesties of King James & Queen Anne, to the Comfort of all Great Britain*, fol. 30.

²⁸⁴ ANONYM.: Beschreibung der Reiss, 1.

senbandorden und die gemeinsame öffentliche Einnahme des Ostermahls mit Jakob I. dienen dem anonymen Autor hierfür als wichtige Belege²⁸⁵.

Die eigentlichen Feierlichkeiten anlässlich der englisch-kurpfälzischen Eheallianz im Februar 1613 entwickelten sich zu einem Höhepunkt der Festkultur beider Mächte²⁸⁶. Auch wenn der Bündnisschluss zwischen dem englischen Königreich und dem protestantischen Reichsstand in der öffentlichen englischen Wahrnehmung an die elisabethanische Allianzpolitik erinnerte²⁸⁷, so stellte die dynastische Dimension dieses diplomatischen Ereignisses ein Novum dar, schließlich hatte die englische Monarchie seit der Herrschaft von Heinrich VIII. keine dynastischen Feierlichkeiten des Königshauses mehr erlebt. Jakob I. betonte gegenüber Solms denn auch, er [...] *wöлле eine große magnificend anstellen, weil man in vielen jahren keine königliche Beilager in diesem land gehalten* [...] habe²⁸⁸.

Die Krone nutzte die ersten dynastischen Feierlichkeiten des Hauses Stuart seit der Union von England und Schottland ungeachtet der finanziellen Schwierigkeiten des Königreichs zur Repräsentation der kulturellen und technischen Leistungsfähigkeit des Hofes. So berichtete Chamberlain an Winwood, dass allein für die Seeschlachten auf der Themse neben vier Burgattrappen auf Flößen weitere 36 Schiffe eingesetzt wurden, was insgesamt Kosten von £ 6000 verursachte²⁸⁹. Solms schätzte gegenüber dem Heidelberger Kanzler Grün die Kosten für die Feuerwerke auf der Themse sogar auf £ 15.000 ein²⁹⁰. Die Gesamtkosten für die Feierlichkeiten belasteten die königlichen Finanzen derart, dass auch die Stadt London und das schottische Parlament um Beiträge angegangen werden mussten²⁹¹.

Die Festtage erstreckten sich vom 11./21. Februar bis zum 15./25. Februar, wobei am Faschingssonntag (14./24. Februar) das Ehegelöbnis in der Schlosskapelle von Whitehall abgelegt wurde. Eröffnet wurden die Festlichkeiten durch ein Feuerwerk auf der Themse. Gemäß dem zeitgenössischen Brauch beschränkte sich das Feuerwerksspiel nicht nur auf die Illumination des nächtlichen Himmels mit Hilfe von Feuerwerkskörpern, sondern bezog zugleich ein Theaterspiel ein, das auf einem Ponton in der Mitte des Flusses gegeben wurde²⁹². Im Mittelpunkt des Schauspiels stand die Amazonenkönigin Lucida, die als Vestalin die Zudringlichkeit des tatarischen Zauberers Mango zurückwies und zur Strafe in ein von einem Drachen bewachten

²⁸⁵ Ebd., 38 u. 71.

²⁸⁶ Vgl. PARRY: *Jacobean Masque*, 107.

²⁸⁷ Vgl. NORBROOK: *Masque of Truth*, 81.

²⁸⁸ BayHStA, KS, Nr. 16729, fol. 494: Johann Albrecht von Solms an Christoph von der Grün, London, 4./14. November 1612.

²⁸⁹ John Chamberlain an Ralph Winwood, [o.O.], 10./20. Februar 1613, in: SAWYER: *Memorials of Affairs of State III*, 431.

²⁹⁰ BayHStA, KB, Nr. 118/13, fol. 15: Johann Albrecht von Solms an Christoph von der Grün, London, 18./28. Februar 1613.

²⁹¹ Ebd., fol. 15; CSP Venice XII, Nr. 765.

²⁹² Vgl. BL MSS Royal 17 C XXXV: *A description of the severall fire-workes invented and wrought by his [Majesty's] Gonners and what is intended to be performed (to the view) in everie of them*, [o.O.], [1613]; ANONYM.: *Beschreibung der Reiss*, 40f.

Schloss des Zauberers verbannt wurde. Die Feuerwerke illustrierten dabei den Kampf des Heiligen Georg, der zur Befreiung der Lucida den Drachen tötete²⁹³.

Die Festbeschreibungen fassten diese Inszenierung als einen Ausdruck von Kampf- und Kriegsbereitschaft auf. So verband John Taylor (1580–1683) mit seiner Beschreibung des Schauspiels den Wunsch, die interessierte Welt über die Herrlichkeit der Feuerwerke zu unterrichten, aber auch

[...] *to demonstrate the skills and knowledges that our warlike nation hath in engines, fire-workes, and other military discipline, that thereby may be knowne, that howsoever warre seemes to sleepe, yet (upon any lawfull ground or occasion) the command of our dread soveraign can rouse her to the terrour of all malignant opposers of his Royall state and dignity*²⁹⁴.

Diese martialische Deutung des Schauspiels, die sichtlich dem königlichen Interesse an einer pazifistischen Grundausrichtung der höfischen Feierlichkeiten widersprach, spiegelte vor allem die protestantischen Vorstellungen in Bezug auf das St. Georg-Motiv wider. Der Drachentöter, traditioneller englischer Schutzheiliger und Patron des Hosenbandordens, galt in militant-protestantischen Kreisen als populäres Leitmotiv für die chevalereske Tradition unter Elisabeth I. und für eine kämpferische Verteidigung des Glaubens²⁹⁵. Diese Deutung des St. Georg-Motivs wurde auch vom Autor der *Beschreibung der Reiss* anlässlich der Aufnahme von Friedrich V. in den Ritterorden am 5./15. Februar 1613 aufgenommen²⁹⁶. Zur Vorstellung des Ordens lässt die Schrift einen Fremden sich in Versform von einem Engländer über Sinn und Zweck der Rittervereinigung unterrichten, der eine klar antikatholische und konfessionelle Deutung des Ordenswahlpruchs *Honi soit qui mal y pense* und des Schutzpatrons St. Georg anbietet:

*Der Frembd: Was deut seins Spehrs grosser gewalt/ Mit dem er's Drachen zung zerspalt?
Der Engellender: Der Spehr Gotts wort thut zeigen an/ Daß schlangen Köpf zertretten kann.*

*Der Frembd: Was deut der Drach so ungebewer/ Den oberwindt der Ritter thewer?
Der Engellender: Er deut den Teuffel/ der unkraut Will säen / da Gott hat gebawt.*

[...] *Der Frembd: Was deut deß Bandes Oberschrift/ Welchs manchen hart mit drowort trift?*

*Der Engellender: Die Schrift wündscht allen spot und hon/ Der herzen ist voll böß Argwon*²⁹⁷.

Wie weit der Deutungsspielraum vieler Festelemente reichen konnte, demonstrierten die Wasserspiele, die am ersten und dritten Tag der Festwoche aufgeführt wurden. In Anlehnung an die siegreiche Seeschlacht von Lepanto (7. Oktober 1571), in der eine katholische Armada unter Befehl von Juan de Austria (1545–1578) die Türken besiegt

²⁹³ Vgl. Taylor: *Sea-Fights and Fire-Workes*, in: NICHOLS: *Progresses*, 530f.; BL MSS Add. 5765, fol. 26.

²⁹⁴ Taylor: *Sea-Fights and Fire-Workes*, in: NICHOLS: *Progresses*, 528.

²⁹⁵ Vgl. PARRY: *Golden Age Restor'd*, 97.

²⁹⁶ Zur Aufnahme Friedrichs V. in den Hosenbandorden vgl. ANONYM.: *Relationes oder Ordentliche Beschreibung*.

²⁹⁷ ANONYM.: *Beschreibung der Reiss*, 25.

hatte, stellte das englische Schauspiel den Kampf von venezianischen und spanischen Schiffen gegen die Türken dar, in der die katholischen Mächte im Widerspruch zu den historischen Gegebenheiten in arge Bedrängnis geraten und erst durch die englische Flotte befreit und zum Sieg über die Ungläubigen geführt werden²⁹⁸. In dieser Inszenierung dominieren zwar klar irenische Vorstellungen des gemeinschaftlichen Kampfs der Christenheit gegen die Moslems als wahre Feinde Christi – eine überkonfessionelle Vorstellung, die auf das Wohlwollen von Jakob I. stoßen musste²⁹⁹. Jedoch verbanden radikal-protestantische Autoren wie Taylor mit dem Wasserspektakel entgegen der königlichen Intention die Erinnerung an Englands Sieg über die Armada 1588, weshalb Graham Parry auch dem kurz zuvor verstorbenen Henry Prince of Wales maßgeblichen Anteil an der Planung der Seeschlachten für die Hochzeitsfeierlichkeiten zuspricht³⁰⁰.

Parry folgt mit dieser Deutung dem Ansatz von Strong und Norbrook, die in der englisch-kurpfälzischen Hochzeit den Höhepunkt jener Repräsentationspolitik des Thronerben sehen, die zwischen 1610 und 1612 die höfische Kultur in St. James auszeichnete und sich zu einer militant-protestantischen Gegenrepräsentation zu Whitehall entwickelte, indem sie traditionelle chevalereske Motive der späten Tudorzeit wieder aufnahm³⁰¹. Dieser Grundsatzkonflikt um die inhaltliche Ausrichtung der Hofunterhaltung zwischen König und Thronerben kulminierte in der Frage, welche Maskenspiele den künstlerischen Höhepunkt der Hochzeitsfeierlichkeiten bilden sollten. Norbrook zufolge wird in den Maskenspielprojekten vom Februar 1613 das Bemühen von Henry Prince of Wales sichtbar, Vorstellungen eines religiösen Entscheidungskampfes in die höfische Unterhaltung wieder einzuführen, was ein klarer Bruch zu den bis dahin üblichen Inszenierungen von Jonson bedeutete³⁰². Zwar scheiterten diese Projekte mit dem Tod des Thronerben, dennoch konkurrierten in den Maskenspielen anlässlich der englisch-kurpfälzischen Hochzeit unterschiedliche Deutungen des diplomatischen Bündnisschlusses miteinander.

Repräsentativ für die königliche Vorstellung bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung der Hofunterhaltung erwies sich das am Samstag vor der Trauung durch die Mitglieder der Londoner Rechtskorporationen Inner Temple und Gray's Inn aufgeführte Maskenspiel *The Marriage of Thames and Rhine* von Francis Beaumont (1584–1616). Das Schauspiel gliedert sich in drei Maskenaufzüge, wobei die ersten beiden Aufzüge, die so genannten *Anti-Masques*, mit einem durch Jupiter und Juno inszenierten Maitanz antiker Göttergestalten zur Ehre der *Marriage of the two famous Rivers, Thames and Rhine* sowohl antik-mythologische als auch volkstümliche Elemente vereinigte³⁰³. Der Haupttanz des Maskenspiels feiert die Wiederbelebung der olympischen

²⁹⁸ BL MSS Add. 5765, fol. 28; ANONYM.: Beschreibung der Reiss, 42f.

²⁹⁹ Vgl. PATTERSON: James VI and I, 34f.

³⁰⁰ Taylor: Sea-Fights and Fire-Workes, in: NICHOLS: Progresses, 529; PARRY: Golden Age Restor'd, 95.

³⁰¹ STRONG: Henry Prince of Wales, 130f.

³⁰² NORBROOK: Reformation of the Masque, 98f.

³⁰³ Beaumont: Marriage of Thames and Rhine, in: NICHOLS: Progresses, 593.

Spiele durch Merkur und Iris zu Ehren der englisch-kurpfälzischen Hochzeit. Das Stück endet folgerichtig auch mit einer klar pazifistischen Grundaussage hinsichtlich der friedlichen Wirkungen des dynastischen Bunds zwischen Friedrich und Elizabeth³⁰⁴:

*Peace and silence be the guide/ To the Man and to the Bride!/ If there be a joy yet new/ In marriage, let it fall on you,/ That all the world may wonder;/ If we should stay we should do worse,/ And turn our blessing to a curse, / by keeping you asunder!*³⁰⁵

Vergleichbare dynastische Hoffnungen hinsichtlich der Folgen des Ehebundes vermischen sich in einem weiteren Maskenspiel mit einem imperialen Gestus. Campions *The Lords' Maske* unterscheidet sich durch die Art der Inszenierung deutlich von Beaumonts Maskenspiel. Keine städtische Korporation, sondern höfische Akteure treten in diesem antiken Maskenaufzug am Tag der Trauung als Tänzer auf, um Jakob I. alias Jupiter als großen Patron der Künste zu feiern³⁰⁶. Diese Form des höfischen Herrscherlobs greift bei Campion zugleich Vorstellungen hinsichtlich der dynastischen Erfüllung des Ehebundes auf. Die Hochzeit von Friedrich V. und Elizabeth Stuart erscheint bei Campion als Gründung einer neuen Dynastie von hoffnungsvollen Fürsten. So wendet sich Prometheus zu dem jungvermählten Paar: *So be it ever, joy and peace/ And mutuall love give you increase;/ That your posteritie may grow/ In fame, as long as seas doe flow*³⁰⁷.

Diese dynastischen Hoffnungen erhalten in der Ansprache der Sybilla an Princess Elizabeth, der zukünftigen Mutter von Königen und Kaisern, jedoch eine überraschend militant-protestantische Überhöhung in Fragen der politischen Folgen des Eheschlusses³⁰⁸:

*Quam pulchra pulchro sponsa respondet viro!/ Quam plena numinis! Patrem vultu exprimit,/ Parens futura masculae prolis, Parens/ Regum, imperatorum. Additur Germaniae/ Robur Britannicum: equid esse par potest?/ Utramque iunget una mens gentem fides,/ Deique Cultus unus, et simplex amor./ Idem erit utrique hostis, sodalis idem, idem/ Votum periclitantium, atque eadem manus./ Favebit illis Pax, favebit bellica/ Fortuna, semper aderit Adiutor Deus*³⁰⁹.

Campions Maskenspiel macht mit diesen Versen deutlich, wie dynastische und konfessionelle Themen sich in den höfischen Feierlichkeiten in London verbanden. In eine ähnliche Richtung geht auch George Chapmans Maskenspiel *The Memorable Maske*, das am 15. Februar, dem Montag nach der Trauung, wiederum von zwei städtischen Rechtskorporationen, diesmal dem Middle Temple und Lyncoln's Inn, aufgeführt wurde³¹⁰. Das Maskenspiel verarbeitet die ersten Koloniegründungen Englands in Virginia. Die Inszenierung gipfelt dabei in einem Aufzug von zwölf Kerzenträ-

³⁰⁴ Vgl. PARRY: *Golden Age Restor'd*, 99.

³⁰⁵ Beaumont: *Marriage of Thames and Rhine* in: NICHOLS: *Progresses*, 600.

³⁰⁶ Vgl. BEVINGTON: *The Tempest*, 226.

³⁰⁷ Campion: *The Lords' Maske*, in: NICHOLS: *Progresses*, 565.

³⁰⁸ Vgl. MARSHALL: *Theatre and Empire*, 146; PARRY: *Golden Age Restor'd*, 98.

³⁰⁹ Campion: *The Lords' Maske*, in: DAVIS: *Campion*, 260.

³¹⁰ Zur Inszenierung vgl. BL MSS Add. 5765, fol. 32.; ANONYM.: *Beschreibung der Reiss*, 56.

gern, die die Ansprache von Eumonia an Repräsentanten der Indianer aus der Neuen Welt umrahmen:

*Virginian Princes, ye must now renounce/ Your superstitious worship of the sunne,/ Subject to cloudy darknings and descents;/ And of your sweet devotions turne the events/ To this our Britain Phoebus, whose bright skie,/ Enlightened with a christian piety,/ Is never subject to black error's night,/ And hath already offer'd Heaven's true light/ To your darke region; which acknowledge now,/ Descend and to him all your homage vow*³¹¹.

Chapman entwirft mit diesem Maskenspiel ein protestantisches Gegenbild zu den von spanischen Gelehrten wie dem Dominikanermönch Bartolomé Las Casas (1474–1566) wiederholt kritisierten Praktiken der spanischen Kolonialherren bei der Bekehrung der Heiden in der Neuen Welt. *The Memorable Maske* setzt gegen die spanischen Methoden das protestantische Beispiel einer positiven Missionierung der Heiden, was nicht nur die Überlegenheit der englischen Kolonialpolitik gegenüber der spanischen, sondern vor allem den überlegenen Wahrheitscharakter der englischen Konfession über den katholischen Glauben zum Ausdruck bringen soll³¹².

Welche Dimension die Auseinandersetzungen um die Inhalte der höfischen Unterhaltungen anlässlich der Hochzeit von 1613 annehmen konnte, zeigt die Erwähnung eines anonymen Maskenspiels in David Jocquets französischsprachiger Festbeschreibung von 1613³¹³. Jocquet, ein aus Metz stammender hugenottischer Autor, führt zusätzlich zu den hier beschriebenen Maskenspielen in seiner Festdarstellung ein weiteres Stück auf. Dessen betont militante Haltung lässt Norbrook vermuten, dass es einen Teil jener von Henry Prince of Wales initiierten Festvorbereitungen bildete, die nach dem Tod des Thronerben vom Spielplan abgesetzt wurden, da sie nicht das königliche Plazet erhielten³¹⁴.

Jocquets Maskenspiel verzichtet weitgehend auf die in diesem Genre übliche antike Szenerie. Im Mittelpunkt steht eine überdimensionale Statue, die in beiden Händen Globus und Bibel hält und das Zentrum für einen Maskentanz der verschiedenen Erdteile und Länder bildet. Das Motto des Spiels repräsentiert dabei jene politische Vision, die den radikal-protestantischen Kreis um den verstorbenen Thronerben auszeichnete: Mit der Verbindung von Pfalz und England sei eine gottgefällige Allianz entstanden, die die wahre Religion stärke³¹⁵. Das Maskenspiel gipfelt in dem Aufruf der neun Musen an alle Länder, ihren alten Glauben aufzugeben und England und Kurpfalz in der Ausübung der wahren Religion zu folgen:

*Quittez vos anciennes querelles,/ Vous Princes [et] Princesses belles,/ Pour mieux plaire à la Verité./ Accordez vous tous trois ensemble,/ Reynes, souz qui le Monde tremble,/ Et laissez l'opinistreté.
Imitez ce Roy debonnaire,/ Qui a tiré en Angleterre/ Le pure service divin./ Bruslez dans le feu de son zele/ Ceste religion nouvelle/ De Mahomet [et] Iupin.*

³¹¹ Chapman: *The Memorable Maske*, in: NICHOLS: *Progresses*, 582.

³¹² Vgl. STRONG: *Henry Prince of Wales*, 132; PARRY: *Golden Age Restor'd*, 99.

³¹³ JOCQUET: *Les Triomphes*.

³¹⁴ NORBROOK: *Masque of Truth*, 85 u. 87; vgl. STRONG: *Henry Prince of Wales*, 135f.

³¹⁵ JOCQUET: *Les Triomphes*, H1.

*Vous Empirs [et] Republiques,/ Amenez tous vos heretiques/ Aux pieds de ceste Verité./ Affin qu'ayant sa cognoissance/ Ilz soynt touchez de Repetance,/ Et recherchent la Pureté. [...] Vous Affrique, Europe, [et] Asie,/ Delaissez vostre Idolatrie,/ Pour recognoistre l'Eternel./ Il nous concede ceste grace,/ Qu'il a choysy en ceste place/ Son sacré temple [et] son Autel*³¹⁶.

Ungeachtet der Tatsache, dass bezüglich der Urheberchaft und der möglichen Patronage des Maskenspiels durch den verstorbenen Thronerben nur Vermutungen ange stellt werden können, bleibt es für die Deutung nicht unerheblich, dass dieses Maskenspiel mit seinen endzeitlichen Vorstellungen einer protestantischen Weltbekehrung lediglich in einer in der Heidelberger Druckerei von Gotthard Vögelin verlegten Festbeschreibung auffindbar ist. Die radikale Richtung des Maskenspiels, die klare Parallelen zur höfischen Unterhaltung in St. James aufweist und zugleich dem jakobitischen Friedensideal diametral entgegenstand³¹⁷, schien jedenfalls im Kreis des Pfalzgrafen Beachtung gefunden zu haben. Denn die Ausrichtung einiger Festelemente der Heidelberger Feierlichkeiten lassen, wie noch zu zeigen sein wird, inhaltliche Überschneidungen mit den militant-protestantischen „Festinventionen“ während der Londoner Feierlichkeiten erkennen³¹⁸.

c) *Tam iuris quam facti* – der englisch-kurpfälzische Konvoi durch die Niederlande und das Rheinland 1613 als Pfälzer Machtdemonstration

Die englisch-kurpfälzische Hochzeit bildete auch über die Festwoche im Februar 1613 hinaus das Zentrum der höfischen Unterhaltung in England. Erst Ende April begab sich der Pfalzgraf mit seiner jungen Braut und dem noch in London verbliebenen Hofstaat sowie der englischen Dienerschaft und Begleitmannschaft in Richtung Kurpfalz. Die Reise des Konvois von London nach Heidelberg entwickelte sich dabei zu einem repräsentativen Triumphzug durch die Niederlande und das Rheinland, den die Kurpfälzer Seite angesichts der konfessionspolitischen Konflikte im Reich und der dynastischen Auseinandersetzungen mit den Wittelsbacher Verwandten zu einer gezielten Demonstration der neuen, quasi-königlichen Dignität des Kurhauses nutzte. Mit der Übernahme der Regie der höfischen Repräsentation in den Niederlanden und im Reich durch die Kurpfälzer Seite wird deutlich, inwiefern die Eheallianz von 1613 aus Heidelberger Sicht ein adäquates Mittel darstellte, um dem dynastischen Druck durch die innerwittelsbachischen Anfeindungen zu begegnen und darüber hinaus auch die eigene Machtposition innerhalb des Reichsverbands zu stärken.

In der Wahrnehmung der *Beschreibung der Reiss* geriet bereits die Überfahrt des englisch-kurpfälzischen Konvois von Gravesend nach Vlissingen Ende April 1613 zu einer Demonstration der Stärke des protestantischen Mächteblocks. Die englische Seite stellte für die Überfahrt der Reisegesellschaft sieben Kriegsschiffe zur Verfügung, unter anderem die *Prince Royal*, Flaggschiff der englischen Flotte, deren Bau

³¹⁶ Ebd., H3.

³¹⁷ Vgl. MARSHALL: *Theatre and Empire*, 130f.

³¹⁸ Vgl. unten S. 290f.

von Henry Prince of Wales initiiert worden war³¹⁹. Die Reisebeschreibung geht detailliert auf die Einzelheiten des Schiffes, seine Mannschaft und seinen Kapitän ein, um einen Eindruck der englischen Stärke zu vermitteln, an der nun auch die Kurpfälzer Seite Anteil hatte:

Es war aber dasselbe Schiff/ daruf Ihre Churf[ürstliche] Gn[aden] Sambt dero vielgeliebten Princessin losiret/ der Obriste Admiral und Prinz Royal genenmet/ dieweil es der Prinz Heinrich hochseligster gedechtnus/ für sich selbstn hatte bawen lassen. Aber welches zu einem Obristen Admiral geordnet war/ der Graff von Nottingham, ein fürnehmer erfahrner Herr/ der zuvor Anno 1588 durch Ritterliches gemüth/ und erfahne geschickligkeit/ die gewaltige Armaden der Spanier hat helffen schlagen und verjagen. [...]. Seine lenge war unten 115. Schuch/ jeden Schuch 12. Daumen breit zu rechnen. Die breite 46. Schuch. Und war dazumal mit 54. grossen gegossenen Cartaunen/ so alle geladen/ armiert/ und mit 600. mann ordinarië bedient³²⁰.

Der Empfang des englisch-kurpfälzischen Konvois in den Niederlanden entwickelte sich wiederum zu einer Mischung aus militärischer Demonstration und höfischer Repräsentation. In Vlissingen, Utrecht und Amsterdam empfangen militärische Formationen und Triumphbögen das Brautpaar, die antike Embleme mit antspanischen Äußerungen verbanden³²¹, und die Generalstaaten ehrten das Brautpaar bei ihrem Empfang in Den Haag mit Schmuck, Tapisserien und Chinamöbeln im Wert von £ 10.000³²². Der Konvoi teilte sich in den Niederlanden: Während Friedrich V. in Den Haag den Beitritt der Generalstaaten zum Bündnis zwischen Union und England³²³ aushandelte und nach dessen Abschluss sich zur Vorbereitung des Empfangs für seine Frau in die Kurpfalz begab, setzte Princess Elizabeth mit ihrem Gefolge den Triumphzug durch die niederländischen Städte fort, wobei sie bis nach Wesel vom Generalstatthalter Moritz von Oranien und dessen Bruder Friedrich Heinrich (1584–1647) begleitet wurde³²⁴.

Der sich nun anschließende Durchzug des Konvois durch das Niederrheingebiet mit Stationen in Düsseldorf, Mülheim, Deutz und Köln erregte nicht nur aufgrund der königlichen Würde der englischen Prinzessin großes Aufsehen³²⁵. Noch bevor das junge Paar England verließ, wusste bereits im Februar 1613 eine Speyerer Flugschrift zu berichten, dass die englische Prinzessin von vielen tausend Mann nach Heidelberg begleitet werden würde, und in Köln kursierten Gerüchte, dass Jakob I. und die Generalstaaten das kurfürstliche Paar von 6.000 bis 8.000 Soldaten bewachen las-

³¹⁹ Siehe Abb. 6.

³²⁰ ANONYM.: Beschreibung der Reiss, 75f.

³²¹ Siehe auch Abb. 6; ANONYM.: Magnificent Entertainments given to Frederick and Elizabeth; ANONYM.: Beschreibung der Reiss, 84f. u. 91.

³²² BL MSS Add. 5847, fol. 173b: *Notice of the gifts to the Princess Elizabeth, from the States General*, [o.O.], 1613.

³²³ Vgl. oben S. 139.

³²⁴ ANONYM.: Magnificent Entertainments given to Frederick and Elizabeth; DALTON: Cecil, 217.

³²⁵ GHA, Korrespondenz-Akten Nr. 1016, fol. 12: Friedrich v. Solms an Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg, Rödelsheim, 29. Mai/8. Juni 1613 (Abschrift).

sen und der junge Kurerbe sich mit Hilfe dieser Truppen zum römischen König aufwerfen wolle³²⁶. Selbst der Kölner Erzbischof Ferdinand sah sich genötigt, seinem Bruder Maximilian I. am 26. Mai 1613 zu berichten:

[d]aß zuvor von disem ein starkh und gemain geschrey von berürter begleitung, und Convoy außkommen, und schir allenthalben plagirt [d.h. verbreitet]: Wiewol wir nun auß allerhand beifelligen motivis solchen geschrey starkhen glauben nit beymessen können, so haben wir doch viler Considerationes, und beilauffender gefehrlichkeiten wegen desselbig sogar auß der acht, nit lassen müssen, und darauf an unterschiedlichen örthen fleissiger Kundschaftten außlegen lassen³²⁷.

Der Kaiser in Wien interpretierte den Zug der Prinzessin als einen Teil der geplanten Kriegsvorbereitungen der Unierten zu Rothenburg und forderte daher die katholischen Reichsstände in einem Schreiben vom 22. April 1613 auf, ein Gutachten hinsichtlich dieser Vorgänge anzufertigen³²⁸. Die katholische Seite sah wohl nicht grundlos in dem Plan einer starken Wachmannschaft für Elisabeth den kurpfälzischen Versuch, die im Regensburger Reichstag versammelten Katholiken einzuschüchtern³²⁹.

Die Stimmung im Rheinland, besonders in Köln, wurde auf katholischer Seite regelrecht hysterisch. Wöchentlich wusste der dortige Nuntius an Rom von neuen Zahlen bezüglich der englischen Wachmannschaft zu berichten: *Il re d'Inghilterra manda 4 m fanti e li Ollandesi ne mandino 2 m per accompagnare il Palatino e dicono per metterli in defesa delle fortezze del Palatinato*³³⁰. Mitte April begann man am Rhein sogar mit militärischen Rüstungen, um den vermuteten Überfall durch die englischen und niederländischen Truppen abzuwehren: *Per il timore delle genti che vengono col Palatino, Colonia ha fatto nova provisione de soldati, et si intende che in Mulheim et in altre piace vicine mettono presidio questi precipi*³³¹.

Die rheinischen Erzstifte befürchteten, dass dieser Konvoi der Auftakt zu einer nachhaltigen Umgestaltung der konfessionellen Landkarte des Rheinlands werden würde. Der Mainzer Erzbischof Johann Schweikard von Kronberg (1553–1626) äußerte in einem Schreiben an seinen Kölner Kurkollegen Ferdinand vom 24. Mai 1613 die Furcht, dass es sich bei dem Konvoi um eine *Calvinisten Practikh* handle, um sich in Jülich festzusetzen. Er warnte vor den Auswirkungen auf das Kölner Erzstift:

*Denn solte S[einer] L[ie]bden was dessen Landes defacto [...] sezt, und dero gegenthail ingeroumbt, wurde die catholische Religion in der Ghülischen Lannden nicht allein funditus tirpirt [d.h. gefährdet], sondern auch E[uer] L[ie]bden anvertrauter ErzStiftt, sambt anderer benachtbarth [...] Stennden nicht sicher sin*³³².

³²⁶ BuA XI., S. 416, Anm. 1.

³²⁷ BayHStA, KS, Nr. 7051, fol. 38f.: Kurfürst Ferdinand von Köln an Maximilian I., [o.O.], 26. Mai 1613.

³²⁸ Kaiser Matthias an die katholischen Reichsfürsten, Wien, 22. April 1613, in: BuA XI, Nr. 98.

³²⁹ Vgl. ebd., S. 376, Anm. 2.

³³⁰ Antonio Albergati an Borghese, Lüttich, 22. März 1613, in: REINHARD: Nuntiaturberichte, Nr. 784.

³³¹ Ebd., Nr. 797.

³³² BayHStA, KS, Nr. 7051, fol. 22f.: Kurfürst Johann Schweikard von Cronberg an Kurfürst Ferdinand von Köln, Mainz, 24. Mai 1613.

Als zu Beginn des Monats Juni der Konvoi der Prinzessin tatsächlich vor den Toren Kölns stand und die Wachmannschaften sich entgegen aller Berichte als kleiner erwiesen, fürchtete der Rat der Stadt nun zwar weniger um die körperliche, wohl aber um die seelische Unversehrtheit der Bürger. Um zu verhindern, dass die ketzerischen Gäste den Aufenthalt in der Stadt zu Predigten an die in religiösen Fragen immer noch schwankende Stadtbevölkerung nutzten, wurden in der Nähe der fürstlichen Unterkünfte bewaffnete Posten bereitgehalten, um die Bürger vor den *Calvinisten* zu schützen:

*Sollte sich auch begeben das ire D[urchlaucht] vnd Excell[encen] morgen alhir plieben, in iren losamenten predig anstellen vnd die burgerschafft zulauffen wurden, so sollen die losamenten mit einer Guardj versehen vnd solcher zulauff soviel möglich behindert werden*³³³.

Ein besonderer Stellenwert in dieser allgemeinen Aufregung kam der Reaktion der neuburgischen Vettern zu. Die Neuburger Pfalzgrafen waren durch ihre Rolle als *possidierende* Fürsten in Jülich direkt von dem Zug der Prinzessin und ihrer gefürchteten Wachmannschaft betroffen. Um den Schaden für die Bevölkerung, die naturgemäß unter dem Durchmarsch großer Truppenzahlen litt, gering zu halten, verhandelte Paul Faber als Agent des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm in den Generalstaaten über die Mannschaftsstärke des Konvois. Dabei machte ihm die holländische Seite klar, dass es der Wunsch von Jakob I. sei, eine Truppe von 1.000 bis 1.300 Soldaten als Wachmannschaft aufzustellen³³⁴.

Aber es waren nicht nur die Schäden durch marodierende Truppen, die Neuburg angesichts des Konvois Sorgen bereiteten. Pfalzgraf Philipp Ludwig und sein Sohn Wolfgang Wilhelm befürchteten vor allem einen Zusammenhang zwischen dem ungewöhnlich stark gesicherten Reisezug der Prinzessin und den dynastischen Auseinandersetzungen Neuburgs mit den Heidelbergern um die Kuradministration. In einem Schreiben an seinen wittelsbachischen Vetter Ferdinand von Köln bezeichnet Wolfgang Wilhelm den *starken Convoy des stadischen Kriegsvolkhs* als ungewöhnlich,

*[...] weil es sunsten ungewohnt, [...] bei Gott lob schwebend friedens Zeiten mit solcher Convoy durch anderer territorium angesehen, bevorab weil ihre königliche Majestät in Groß Britannen für dero Tochter und Tochtermann das glait und Saluum Conductum sichern lassen, und den selben aller ortten erlanget, [...]*³³⁵.

Gegenüber seinem katholischen Vetter äußert Wolfgang Wilhelm die Furcht, dass die Kurpfalz mit diesem Konvoi die Drohung wahr zu machen suche, die der junge Kurerbe in seinem Drohbrief gegenüber Pfalzgraf Philipp Ludwig vom Januar 1613 ausgesprochen hatte³³⁶:

³³³ Ratsprotokoll der Stadt Köln vom 2. Juni 1613, zit. n.: SCHMITZ: Hochzeit von Themse und Rhein, 276f.

³³⁴ Paul Faber an Johann Barthold von Wonsheim, Gravenhagen, 13. Mai 1613, BuA XI, Nr. 113.

³³⁵ BayHStA, KS, Nr. 7051, fol. 14–16: Wolfgang Wilhelm an Ferdinand von Köln, Neuburg, 15./25. Mai 1613; die folgenden Zitate beziehen sich auf diese Handschrift.

³³⁶ Vgl. oben S. 133f.

Nachdem aber ohnlangsten von dem Churerben von Heidelberg dieser ortten, durch zufelliger gelegenheit ein schreiben (so zuvor an meinen herren Vattern uberschrieben, aber doch der gebürend titul nit beigefugter gewesen) einkhomen, welches [...] fast anzüglich, bizig und betrohlich, insunderheit aber darinnen fast die andeutung beschibt, da mein Herr Vatter ihro Intension nit fallen lassen wolte, das S[einer] L[iebden] dagegen sich alle mittel tam iuris quam facti [Hervorhebung M. R.] nit hülf und Zuthun ihro herrn und frundt bevorbehalten tbeten [...] daher geschehen könnte, dass sich S[einer] L[iebden] durch widrige [...] nit allein zur thatlicher anmassung für sich selbst verbezzen, sondern auch anderer zum beifall zu reizen verleiten lassen mechten, [...].

Wolfgang Wilhelm wendet sich an seinen Vetter, da er nicht nur einen calvinistischen Schlag gegen sein eigenes Land, sondern auch gegen das Erzstift Köln fürchtet: *daher nit allein angeregt wir daniden Landt anebenehne Fürstenthumb und Grafschafften, sondern auch E[euer] L[iebden] und anderer Stiff Consequenter in ungemach gesetzt werden mechten, [...].* Um einem gewaltsamen Eindringen des Konvois vorzubeugen, möchte sich der Pfalzgraf nunmehr mit seinem Vetter besprechen, *ob doch mittel gefunden werden mechten, allem angetrohten Unheil bei zeitten vorzubauen.*

Schließlich erübrigten sich alle Neuburger und Kölner Gegenmaßnahmen bezüglich des englisch-kurpfälzischen Konvois und Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm beschränkte seinen Protest gegen das Kurpfälzer Vorgehen darauf, dass er nicht wie der Brandenburger Kurerbe persönlich die englische Prinzessin in Düsseldorf empfangt, sondern sich von einem Diener vertreten ließ³³⁷.

Diese Quellenpassagen verdeutlichen die Aufgeregtheit der Bevölkerung und auch der politischen Akteure in den Jahren vor dem Ausbruch des Krieges gegenüber den Handlungen des konfessionellen Gegners³³⁸. Mit der dynastischen Verbindung zwischen London und Heidelberg wuchs besonders auf katholischer Seite die Furcht vor einem Erstarken und vor einer Kriegsbereitschaft der Kurpfalz als Haupt der Union, wobei der Konvoi der jungen Kurfürstin in besonderem Maße dazu geeignet war, Kriegserwartungen zu schüren. Dass Ängste vor einer Änderung der konfessionellen Verhältnisse auf katholischer Seite eine Rolle spielten, zeigen die Reaktionen des Kölner Stadtrats. Dagegen bewegte Pfalz-Neuburg weniger die Angst vor konfessionellen, denn dynastisch motivierten Schlägen Heidelbergs.

d) Von aufzügen geschehen allerhandt praeparatoria – das Kurpfälzer Hochzeitsfest 1613 und die Rezeption der englischen Hofkultur

Dem prachtvollen Zug des englisch-kurpfälzischen Konvois durch das Rheinland schloss sich Anfang Juni 1613 der Empfang der viel beachteten Reisegesellschaft in der Kurpfalz an. Die hierzu veranstalteten öffentlichen Feierlichkeiten nahmen engen Bezug auf die aus dem antiken „Adventus“ weiterentwickelte Herrschereinhaltung, die in ihrer frühneuzeitlichen Form mit allegorischen Sinndeutungen und sym-

³³⁷ Vgl. PRO SP 81/12, fol. 160: John Dickenson an Jakob I., Köln, 26. Mai/5. Juni 1613.

³³⁸ Instruktive Darstellung zu Krisenerwartung und soziopsychischer Erregtheit in den Jahren vor dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges bei LEHMANN: Zeitalter des Absolutismus.

bolischen Überhöhungen einen wichtigen Bestandteil der öffentlichen Herrscher- und Herrschaftslegitimation bildeten³³⁹. Zugleich knüpfte die Kurpfälzer Regierung mit den achtägigen Feierlichkeiten in Heidelberg an jene Reihe protestantischer Feste an, mit denen Fürsten der Union zwischen 1609 und 1617 dynastische Anlässe und internationale Bündnisse feierten und ihre militärische Macht mit Schaufegechten demonstrierten³⁴⁰. Diese Feiern zeichneten sich nicht nur durch eine Vielzahl an Turnieren im Sinne praktisch-militärischer Übungen für den Adel in der Friedenszeit aus³⁴¹. Sie erregten auch durch ihren Reichtum an antiken Allegorien und Emblemen in Maskenaufzügen und anderen „Festinventionen“ Aufsehen. Ähnlich wie bei den Stuttgarter Feierlichkeiten 1609 und 1616 und in Dessau 1614, so zeigte sich auch bei den dynastischen Feierlichkeiten in Heidelberg im Juni 1613, wie stark sich die protestantischen Höfe an den europäischen Standard einer italienischen Festkultur anlehnten und inwieweit sie diesen – aus dem katholischen Raum rezipierten – Standard nutzten, um ihn mit dezidiert konfessionspolitischen Themen zu verbinden³⁴².

In der Kurpfalz nahmen die Feierlichkeiten anlässlich des Empfangs des jungen Paares weite Teile der Einwohnerschaft in Anspruch. Am 8./18. Mai 1613 berichtete ein Beobachter über die Vorbereitungen in Heidelberg:

[...] und ist man seiner [Friedrichs V., M.R.] ankunfft inner 10 tages, wie man diser ortten bericht hat, zu Heydelberg gewertig, deselbsten hatt man stattlich zugerüstet, zum aufwarten, sindt hundert vom Adel beschriben, [...], und laborirt man an 13 feuerwerken doselbsten. Von aufzügen geschehen allerhandt praeparatoria, und will die Universitet alda stattlich Arcus Triumphales aufstellen. [...]. Zugleichen, solle der außschuß, in der Churfürstlichen Pfaltz, so sich auf die 3000 Mann erstreckt, dem jungen Prinzen, und ihrer Königin, zu dero ankunfft entgegen geschickt werden³⁴³.

Das kurfürstliche Paar sollte mit einer Reihe unterschiedlicher Festelemente empfangen werden. Vor der Residenzstadt veranstaltete das Kurpfälzer Landesaufgebot ein Schaufecht mit 5.000 Soldaten, 2.557 Reitern und 40 Kanonen und Feldbüchsen³⁴⁴. In der Stadt säumten zahlreiche Triumphbögen der Universitätsfakultäten und städtischen Vereinigungen mit antik-mythologischen und auch volkstümlichen Motiven sowie musikalischer Umrahmung den Weg des kurfürstlichen Paares, das in Prachtgewändern mit Schimmel und goldener Kutsche am 7./17. Juni in die Stadt einzog³⁴⁵. Während der Festwoche versorgte der Heidelberger Hof zudem über 6.000 Gäste und über 2.500 Pferde³⁴⁶.

³³⁹ Vgl. TENFELDE: Adventus, 55 u. 60f.

³⁴⁰ Vgl. WATANABE-O'KELLY: German Protestant Tournaments, 37 u. 48f.

³⁴¹ Vgl. DIES.: Tournaments and their Relevance, 451.

³⁴² Vgl. DIES.: German Protestant Tournaments, 50f.

³⁴³ GHA, Korrespondenz-Akten, Nr. 1016, fol. 32: Daniel Bernholdt an [?], [o.O.], 8./18. Mai 1613 (Abschrift).

³⁴⁴ Vgl. ANONYM.: Palladis Posaun, 32.

³⁴⁵ Vgl. ANONYM.: Churfürstlicher HeimführungsTriumph, 8f.; WANNENMACHER: Heidelberger Ehrenpforte, 144; WALTER: Geschichte des Theaters, 24f.

³⁴⁶ Vgl. Thomas Lorkin an Thomas Puckering, London, 8./18. Juli 1613, in: ANONYM.: Court and Times, 254; ANONYM.: Palladis Posaun, 32.

Einen Höhepunkt der Feierlichkeiten bildete der prachtvolle Maskenaufzug am 9./19. Juni am Fuß des Heidelberger Schlosses. Angehörige des Hofes und die geladenen fürstlichen Familien erschienen in Verkleidungen, die verschiedene, die griechisch-römische Antike und germanische Sagen gleichermaßen verarbeitende Szenarien repräsentierten³⁴⁷. So verband beispielsweise Johann Friedrich von Württemberg in seinem Aufzug dynastischen Anspruch, mythische Erzählung und Landschaftsbeschreibung, als er als Suebenkönig Ariovist begleitet von Neckar, Donau, Schwarzwald und Schwäbische Alb in Heidelberg einzog³⁴⁸. Das kurbrandenburgische Paar ließ sich dagegen als die antiken Gottheiten Mars und Venus feiern:

*Le Triomphe de Mars et Venus ov l'Entrée De Monseigneur le Prince, Joachim Ernest Marquis de Brandenbovrg, Duc en Prusse, des Cassubes [et] Vandales, Prince de Rugen, [et] Bourgrave de Nuremberg [et]*³⁴⁹.

Die beiden Beispiele verdeutlichen eine wichtige Funktion dieser Festaufzüge des 16. und 17. Jahrhunderts. Mit der Darstellung des Herzogs von Württemberg als Ariovist und der Beschreibung des Markgrafen Johann Sigismund von Brandenburg als Herzog der Vandalen treten bei den Feierlichkeiten von 1613 antike oder in diesem Fall germanische Symbole in einer Form auf, die bereits zuvor als „ethnogenetische Fabeln“ bezeichnet wurden³⁵⁰. Mit diesen Fabeln stifteten die Fürsten einer ganzen Nation einen Heros oder einen antiken (Halb-)Gott als Stammvater und entwickelten dadurch eine historische Erzählung ihres nationalen Ursprungs. Dabei inspirierte sie weniger ein ethnisches Bewusstsein, vielmehr standen diese Fabeln unter dem Diktat eines dynastischen Stolzes, denn mit diesen antiken Bezügen sollten dynastischer Ursprung gelegt und damit teilweise auch dynastische Ansprüche gefestigt werden.

Die kurpfälzische Seite bediente sich bei diesem Auftritt antiker Masken der im 16. Jahrhundert beliebten Erzählung von Jason und den Argonauten. Der junge Kurerbe zog am 9./19. Juni als neuer Jason in die Stadt ein:

*Le iour d'apres l'on vit sa Triomphale entrée
Dessus la nef d'Argos richement accoutrée,
Triomphant tout ainsy que le brave Iason,
Quand il vint en Thessale avecques sa Toison*³⁵¹.

Der Jason-Mythos wurde besonders am Burgunder Hof Philipps des Guten (1396–1467) gepflegt. Im Jahre 1430 stellte der Burgunder Herzog den von ihm gegründeten Orden zum Goldenen Vlies unter die Ägide des antiken Helden, sozusagen als profanen Kontrapunkt zum biblischen Gideon³⁵². Die kurpfälzische Seite knüpfte bei dem Maskenaufzug für den Kurerben mit dem Jason- und Goldenen

³⁴⁷ Vgl. ANONYM.: Magnificent Entertainments given to Frederick and Elizabeth; FEHRLER-BURGER: Frauenschicksale, 81.

³⁴⁸ Vgl. ANONYM.: Churfürstlicher HeimführungsTriumph, 21 f.

³⁴⁹ JOCQUET: Les Triomphes, O1.

³⁵⁰ Vgl. oben S. 39.

³⁵¹ JOCQUET: Les Triomphes, K1.

³⁵² Vgl. SEZNEC: Fortleben, 25; MÜLLER: Kreuzzugspläne.

Vlies-Motiv nicht nur an mächtige Figuren wie Karl V. und die reiche Tradition Burgunds, sondern auch an die traditionelle Mitgliedschaft des Pfalzgrafen in diesem ehrwürdigen Orden an, eine Mitgliedschaft, die durch die Aufnahme in den Hosenbandorden um eine weitere traditionelle Rittervereinigung erweitert wurde³⁵³. Die neue Suche nach dem Goldenen Vlies war nun die Suche nach der englischen Prinzessin, und der neue Orden, unter dem das Schiff Argo segelte, war der Hosenbandorden³⁵⁴:

O schöne Princessin/ alle die dich ansehen/ Müssen mit mir zugleich bekennen und verstehen/ Daß du must seyn der Schatz/ der mich gefangen helt/ Und gegen dem ich schätz gering die ganze Welt.

*Du bist das Gùlden Flúß/ das ich allein erworben. Mein Feinden ist nunmehr all ihr hofnung verdorben. Gott hat mich neben dir frólich anher gebracht. Nun fürchten sie vil mehr dein Zorn und meine Macht*³⁵⁵.

Dass es sich bei diesen „Festinventionen“ nicht nur um ausgelassene Feierlichkeiten, sondern auch um Darbietungen mit klaren politischen Aussagen hinsichtlich Zweck und Ziel der Eheallianz handelte, weisen, wie bereits dargestellt, Norbrook und Parry bei der Behandlung der Londoner Feierlichkeiten von 1613 nach³⁵⁶. Die antikatholischen Sentiments, welche die Londoner Hochzeitsfeiern teilweise charakterisierten, fanden Smuts zufolge in Deutschland einen starken Widerhall, wofür vor allem das Beispiel der Frankenthaler Exulantengemeinde steht³⁵⁷.

Konfessionelle Anspielungen und Symbole sind aber nicht nur in Frankenthal zu beobachten. Der auf dem Marktplatz in Oppenheim errichtete zweite Triumphbogen³⁵⁸ anlässlich des Empfangs der königlichen Prinzessin Anfang Juni 1613 gab durch seine Inschriften klare Auskunft über die Aufgabe einer fürstlichen Heirat bezüglich der Religion: *Wann Fürsten seindt in Gott dem Herrn Einig/ folgen Ihr Völcker gern. Damit des Glaubens gleichförmigkeit Macht undern Menschen einigkeit*³⁵⁹.

In Frankenthal war diese Verbindung von Konfession und Festinvention beim Empfang des jungen Paares besonders deutlich. Dies hing auch mit der Gründungsgeschichte und der Herkunft der hauptsächlich reformierten Bevölkerung zusammen. „Besser als an irgendeinem anderen Platz in der Kurpfalz verstand man in Frankenthal, was es politisch bedeuten musste, dass nun das pfälzische Fürstengeschlecht auch mit dem englischen Königshaus der Stuart einen Heiratspakt geschlossen und so die Verbindung, die zum Hause Oranien bereits bestand, ergänzt hatte. Die Reformierten, die in Westeuropa der päpstlich-spanisch-habsburgischen Macht wiederste-

³⁵³ Vgl. YATES: Rosicrucian Enlighthenment, 10.

³⁵⁴ Siehe Abb. 1; vgl. MULRYNE: Marriage Entertainments, 191.

³⁵⁵ ANONYM.: Palladis Posaun, 14.

³⁵⁶ Vgl. oben S. 271.

³⁵⁷ SMUTS: Peace and War in Stuart Court Culture, 226; vgl. SCHMITZ: Hochzeit von Themse und Rhein, 307.

³⁵⁸ Siehe Abb. 2; James MULRYNE zeigt, dass mit den Triumphbögen sich die Kurpfalz an den mit dem Empfang Jakobs VI./I. 1604 in London üblichen internationalen Stil der Inszenierung des Einzugs eines gekrönten Hauptes hielt, vgl. DERS.: Marriage Entertainments, 178; zum Empfang des englischen Monarchen in London 1604 vgl. HOOD: Triumphal Arch.

³⁵⁹ ANONYM.: Beschreibung der Reiss, 105.

hen wollten, waren, so schien es, durch die Heirat des noch nicht 17 Jahre alten Kurfürsten Friedrich V. mit der Tochter König Jakobs I. von England näher aneinander gerückt³⁶⁰. Dass man dieses Ereignis in der Flüchtlingsgemeinde zu würdigen wusste, zeigen die aufwändigen Darbietungen der Stadt anlässlich des Einzugs des Paares, der mit dem fünfzigjährigen Jubiläum der Stadtgründung zusammenfiel³⁶¹. Die gesamte Einwohnerschaft wurde dabei in die Festlichkeiten einbezogen, und jedes der vier Gemeindequartiere repräsentierte einen der zu dieser Zeit bekannten Erdteile:

*Und über diesem vier fahnen der übrigen Burgerschaft nach den vier quartieren der Statt/ welche alle in unterschiedlichen Kleidungen/ Als Indianische/Türkische/Africanische/und alte Römische/damit sonderbare quartier unnd theil der welt abnzeigend/auffzogen unnd marschierden*³⁶².

Darüber hinaus errichteten die Frankenthaler wie schon ihre Oppenheimer Nachbarn eine Anzahl von Triumphbögen und Säulen. Auch hier wurden Inschriften angebracht, die besonders den religiösen Kontext des Eheschlusses unterstrichen. So sei die Heirat von Friedrich V. und Princess Elizabeth die Fortsetzung einer traditionellen dynastischen Verbindung, nun aber *erhell*t durch die Konfessionsgleichheit und die Zugehörigkeit beider Paare zur wahren Religion: *Religio priscis involuta seculis/ Olim domos has nexuit. Lustrata nunc [et] expedita fraudibus/ Majore strinxit vinculo*³⁶³, die der Autor der *Beschreibung der Reiss* frei folgendermaßen übersetzt:

*Vorzeiten/als vertunckelt noch/Die wahre Lehr/die Häuser doch England und Pfalz vereinigt warn./ Beym hellen Licht zu diesen jahm/Viel stärker sie verbunden seind/zu trutz/ Spot/Hohn all ihrer feind*³⁶⁴.

Hier klingt bereits ein Motiv an, das sich durch die meisten Inventionen der Exulanten-gemeinde zieht, nämlich eine antikatholische und besonders antispanische Interpretation des Eheschlusses. Die Übersetzung einer Tafelinschrift, die zwischen zwei Triumphsäulen aufgehängt wurde³⁶⁵, zeigt noch deutlicher die konfessionspolitische Deutung der Hochzeit:

*Zwey Bilder schön von Hollendern/hier aufgestellt/ Dir Fürst zu ebrn/ Bezeugen Ihr danckbar gemüt/ Der trew/ so Friedrich hat geübt: Der sie verjagt genommen auff/ In dem betrubten Kriegas lauff/ Die Casimir/ der König Schreck/ Erbalten/ als ein Helde keck: Die auch hernach dein Vatter groß Gemehret. Viel mehr durch dein loß/ Diesen der Francken Thal groß zird/ Groß ruhm/ und ehr zu machen wird. O Königin/ viel Ehren werth/ Mit gnedigen Augen unverkehrt/ Freundlich uns auch ansehen thu: Weil dir nit frembs deß glücks unrub. Dann Engelland/ Dein Königreich/ Uns vertrieben nam auf zu gleich/ Als der blutdürstig Spannier Uns verjagt uber Land und Meer. Deß wird Dein Stamm hann ebrren groß/ Weil Themiß und Rhein Wasser goß*³⁶⁶.

³⁶⁰ Vgl. MOERSCH: Geschichte der Pfalz, 325.

³⁶¹ Vgl. FRANZ: Frankenthal, 47f.

³⁶² ANONYM.: Kurtze und eigentliche beschreibung, 8.

³⁶³ Ebd., 17.

³⁶⁴ ANONYM.: Beschreibung der Reiss, 115.

³⁶⁵ Siehe Abb. 3.

³⁶⁶ ANONYM.: Beschreibung der Reiss, 117.

Über die Stifter dieser Säulen und der dazugehörigen Pyramide sowie deren eigenes Flüchtlingsgeschick weiß die *Kurtze und eigentliche beschreibung* zu berichten:

Diese pyramiden hatten ihrer beyden C[hurfürstlichen] D[urchlauchten] zu ehren danck/ unnd glückwünschung/ wie die Inscriptio lautet/ uffgericht und gesetzt die Walonen/ welche mit gleicher gnaden nach dem sie ihre Vatterland/ Artois/ Henegovi/ Lütich/ Limburg/ etc. wegen der grausamen tyranney wider reformierten religionis verwandten/ geübt müssen verlassen/ nach den Niderteutschen alhie sein auff und angenommen und gemeine Statt privilegien geniessen/ wie sie dieselbe auch mit irer hergebrachter nahrung und arbeit als Duch/ Teppich/ unnd Bayen machen/ haben helffen bawen/ unnd vermehren/ und ein gut dritt theil derselben sein³⁶⁷.

Die wohl eindrücklichste antispansische und antikatholische Aussage im Kontext der „Fest inventionen“ von 1613 zitiert die *Beschreibung der Reiss* im Zusammenhang mit dem Maskenaufzug in Heidelberg. Friedrich V. alias Jason zieht in seinem Schiff Argo zusammen mit seinen Kameraden, den Argonauten³⁶⁸, als ein

[...] Überwinder der gefehrlichsten Abentbewren/ Ein glückseliger Eroberer des grössten Schatzes deß Güldenens Flusses/ ein Triumphirer uber allen Neid/ und vornembster Favorit der Weisen und Streitbaren Palladis [...]³⁶⁹

durch die Stadt³⁷⁰. In dem Mastbaum des Schiffes befindet sich das Orakel von Delphi, das den Zuschauern die Bedeutung des Eheschlusses mit England weissagt:

*O wie glücklich ist die Stunde/Da Pfalz mit Engelland sich verbunde! All unglück hat sich nun gewendt. Ihr feind/ die ihr haßt diesen Prinzen/Euch naht ewr untergang und end Durch heyrath der zweyen Provinzen.
Wegk wegk mit allen die da sagen/Und über das glück sich beklagen/Als wenn es sich verendre bald. Diß Band ist also fest gebunden/Daß drüber hat kein macht noch gewalt Die Zeit/ die Jahr/ die Tag/die Stunden.
O Iason, Dir thu ich zusagen/Daß vor dein Schwert müssen verzagen/Die sonst zu fechten seind gewohnt. Im blut/ das Du einst wirst vergiessen/Schon Babel und der Hellespont Zu baden zitterend sich vergewissen.
Frisch auf/ o Iason, ohne gleichen/Der Ehren Ziel mustu erreichen. Dein ist der Sieg. Dir bleibt das feld. Dein Glück ist ohne zahl und massen. Der Himmel der vor sein feind helt. Der Dirs mißgönt/ und dich thut hassen³⁷¹.*

Mit Babel und dem Hellespont setzt der Verfasser des Gedichts das päpstliche Rom mit dem schlimmsten Feind des wahren Glaubens, den Osmanen, gleich³⁷². Bemerkenswert ist in dieser Festinvention vor allem das endzeitlich anmutende Wasser- und Flutmotiv, das hier mit dem ‚Blutbad‘ für die Feinde angesprochen wird. Es erinnert an das bereits in der englischen Lyrik wiederholt auftauchende Bild einer Vereinigung

³⁶⁷ ANONYM.: *Kurtze und eigentliche beschreibung*, 31f.

³⁶⁸ Siehe Abb. 1.

³⁶⁹ ANONYM.: *Beschreibung der Reiss*, 26.

³⁷⁰ MULRYNE bewertet gerade diese Festinvention, die sich wohl an ein florentinisches Vorbild von 1608 anlehnte, als Indikator für den breiten Einfluss der italienischen Hochzeitsfeiertradition auf die kurpfälzischen Feierlichkeiten, DERS.: *Marriage Entertainments*, 186f.

³⁷¹ ANONYM.: *Beschreibung der Reiss*, Anhang, 27.

³⁷² Vgl. SCHMITZ: *Hochzeit von Themse und Rhein*, 309.

der ‚protestantischen‘ Ströme Themse und Rhein gegen die römischen und spanischen Ungläubigen³⁷³. So wird in Heidelberg dieses Vereinigungsmotiv zweier Flüsse zu einer Flut als antikatholischer Ausdruck verwendet, wie es die Bilder an den Triumphbögen³⁷⁴, aber auch die letzte Zeile der Inschriftentafel von Frankenthal und besonders deren Rückseite zeigt, die im lateinischen Original lautet: *Floctibus oceani divisa olim Anglia terra/ iuncta Palatino creditur esse solo*³⁷⁵.

Damit lehnten sich die Heidelberger Feierlichkeiten inhaltlich stark an das englische Vorbild an. Lili Fehrle-Burger veranschaulicht in einem Aufsatz über die Shakespeare-Rezeption in Heidelberg, dass bereits bei der Ankunft der englischen Prinzessin Huldigungsszenen der Segensgestalten Iris, Ceres, Juno und Venus für Princess Elizabeth inszeniert wurden, „[...] die klar den Geist Shakespeares atmen und nur im Zusammenhang mit dem Hochzeitsspiel im ‚Sturm‘ richtig verstanden werden können“³⁷⁶.

Auch weitere festliche Verarbeitungen literarischer Vorlagen mit antispanischer Tendenz finden bei den Feierlichkeiten in Heidelberg Platz. Am 13./23. Juni konnte wetterbedingt ein geplantes Ritterspiel im kurfürstlichen Lustgarten unterhalb des Schlosses nicht abgehalten werden. Als Ersatz veranstaltete das Kurhaus für die Gäste im Schlosshof ein so genanntes *Kübelrennen*, eine Art Spaßturnier, bei dem Kübel statt Helme, Holzprügel statt Waffen, sowie Strohballen statt Harnische verwendet wurden³⁷⁷. Dieses Kübelrennen stellte die kurfürstliche Seite unter das Motto:

*Don Quixote de la Mancha, Ritter von der trawrigen gestalt/ An alle Umbschweifende Ritter/ seine Landsleute/ die das ziperlen im gehirn/ haben/ auch underm hütlein nicht wol verwahret/ und der Art und gewechs der Baronci [d.h. Schelm, Gassenjunge] seind*³⁷⁸.

Joseph Weiß sieht in dieser satirischen Verarbeitung des 1605 in Spanien erschienenen Cervantes-Romans, der mit den Heidelberger Feierlichkeiten wohl erstmals Einzug in Deutschland hielt, einen weiteren Teil der antispanischen Richtung der Feierlichkeiten. Denn ungeachtet der ironisch-tragischen Tiefe der Geschichte nutzte die kurpfälzische Seite Cervantes' Erzählung, um eine xenophobische Karikatur des Spaniers als verrückten Ritter zu entwerfen. In dieser Form ließ sich der Cervantes-Roman auch bei den Feierlichkeiten am Dessauer Hof 1614 wiederfinden³⁷⁹.

Diese bereits von Schmitz und Mulryne herausgearbeitete antikatholische und antispanische Ausrichtung der Heidelberger Feierlichkeiten, die sich eng an die englischen Feiern anlehnten, bilden aber nur einen Bestandteil der „Festinventionen“ anlässlich des Empfangs der zukünftigen Kurfürstin in der Pfalz. In Abgrenzung zu Mulrynes Untersuchungen bleibt aber festzustellen, dass neben den konfessionellen auch dynastische Aussagen in der Inszenierung des Empfangs und in der Deutung

³⁷³ Vgl. oben S. 247f.

³⁷⁴ Siehe Abb. 4.

³⁷⁵ Siehe Abb. 3.

³⁷⁶ FEHRLE-BURGER: Elisabeth Stuart, 129.

³⁷⁷ Vgl. WATANABE-O'KELLY: Triumphall Shews, 45f.

³⁷⁸ ANONYM.: Beschreibung der Reiss, 199.

³⁷⁹ WEISS: „Don Quijote“; vgl. WATANABE-O'KELLY: German Protestant Tournaments, 61.

der Eheallianz fassbar sind³⁸⁰. Den Inschriften und Bildern der verschiedenen für den Empfang errichteten Triumphbögen kommt dabei ein großer Stellenwert zu.

Einige dieser Bilder und Epigramme deuten die englisch-kurpfälzische Hochzeit als Erneuerung eines uralten Bandes zwischen den beiden Mächten. In Oppenheim steigt in einem Bild auf dem Giebel des Triumphbogens Friedrich V. als ein Phoenix aus der Asche, da er mit seinem Eheschluss die bereits in die Vergessenheit geratene traditionelle Verbindung zwischen England und Kurpfalz erneuert³⁸¹. Der Autor der *Beschreibung der Reiss* sieht dabei die erste Verbindung zwischen den beiden Häusern in dem Eheschluss Heinrichs des Löwen (1129–1195) mit Mathilde (1156–1189) 1168 repräsentiert: *Erstlich zwar durch den Heyrath Heinrichs deß zwölfften/ Hertzogs in Bayern und Braunschweig/ den man den Löwen genandt/ mit Machtilde, König Heinrichs deß Andern in Engelland elteste Tochter*³⁸².

Die Kurpfälzer beziehen sich bei Heinrich dem Löwen zwar nicht auf einen Pfalzgrafen, sehen aber in dem Widersacher Barbarossas den gemeinsamen Stammherren der Pfälzer und bayerischen Wittelsbacher. Diese Verbindung von Heinrich dem Löwen und Mathilde wird als Bild am Hauptportal des Schlosses wieder aufgenommen³⁸³.

Der Eheschluss des Wolfen mit der englischen Königstochter sowie analog jener Friedrichs V. mit Elizabeth Stuart wird in den Festbeschreibungen als eine Rangerhöhung für das Haus Wittelsbach gedeutet. Bereits in Oppenheim weist der Autor der *Beschreibung der Reiss* auf die Folgen des Eheschlusses von 1168 hin: [...] *auß welcher Ehe/ under andern/ der hochberühmbte Römische Keyser Otto der Vierte/ welcher die Churfürsten anfänglich geordnet/ geboren*³⁸⁴.

Ähnlich kommentiert die Festbeschreibung auch das Hauptportal am Schloss, denn hier wird Heinrich der Löwe als Stammvater für die Nachkommen, die zur Königs- und Kaiserwürde gelangten, genannt³⁸⁵. Dass man sich auf Heidelberger Seite eine ähnliche rangmäßige Verbesserung von dem Eheschluss versprach, deutete die mit dem städtischen Triumphbogen verbundene Inszenierung des Rats an:

*Und dem bogen war ober zwerck an einem seidenen Band schwebend ein Güldene Cron aufgehengt/ welche von zween jungen Knaben/ in dem die Princessin durchgefahren/ mit dem Band/ gleichsam sie zu krönen/ biß auf den Himmel ihres Wagens niedergelassen/ und nochmals wider in die Höhe gezogen*³⁸⁶.

Bei diesen dynastisch deutbaren Bestandteilen der „Festinventionen“ von 1613 fällt auf, dass im Gegensatz zu den konfessionell konnotierten Bildern und Beschreibungen das konfrontative Element im Sinne einer dynastischen Rivalität mit anderen

³⁸⁰ MULRYNE: Marriage Entertainments, 173f.

³⁸¹ Siehe Abb. 5.

³⁸² ANONYM.: Beschreibung der Reiss, 109.

³⁸³ Siehe Abb. 4.

³⁸⁴ ANONYM.: Beschreibung der Reiss, 109.

³⁸⁵ Ebd., 152.

³⁸⁶ Ebd., 136f.

Zweigen des Hauses weitgehend fehlt. Die Beschreibung Heinrichs des Löwen als gemeinsamem Stammvater aller Wittelsbacher bezieht implizit die bayerischen und auch Neuburger Vettern mit in die wittelsbachische Erzählung von einem traditionell kaiserkritischen, gar oppositionellen Geschlecht ein. Die dynastisch konnotierten Bilder und Erzählungen vermeiden nicht nur Konfrontation, sie können teilweise auch als Aufruf zu einer erneuten Verbindung gedeutet werden. In Oppenheim bemüht die Bürgerschaft das bereits unter Elisabeth I. gängige Motiv der englischen Rosenkriege, um den Sinn einer dynastischen Verbindung zu verdeutlichen³⁸⁷. An den Seiten des Oppenheimer Triumphbogens ranken Rosenbüsche, die die jeweiligen Häuser Lancaster und York repräsentieren, in Richtung Scheitel des Bogens, wo sie sich miteinander vereinigen³⁸⁸. Der Autor der *Beschreibung der Reiss* kommentiert dieses Bild als die friedensschaffende Funktion einer dynastischen Verbindung:

*Welche anzeigten die Vnion/ so vor etlich hundert jahren/ zwischen beyden heusern und Stämmen königliches geblüt in Engelland/ dessen von Lancaster und dessen von York, durch die Ebeliche Vermählung Heinrichs VII. an Elisabethen Edouards des IV. Tochter vorgangen/ dadurch der langwierige blutige Krieg zwischen gedachten beyden häusern/ und die zweyungen des Königsreichs Engelland/ wider menniglichs verhoffen/ ufgehaben/ und zu einer gewünschten ruhe und einigkeit gebracht worden*³⁸⁹.

Es ist schwierig zu klären, inwiefern dieses Bild der friedensschaffenden Vereinigung zweier rivalisierender Häuser auch in Hinblick auf den Bruderzwist im Hause Wittelsbach, oder vielleicht doch eher im Hause Habsburg, der die Zeitgenossen ebenfalls sehr bewegte, verwendet wurde. Festzuhalten bleibt aber, dass die dynastisch deutbaren Bilder und Inschriften weitaus weniger konfrontativ erscheinen als die konfessionellen, die eine klare antispansische und antikatholische Richtung zeigen.

Im Juni 1613 zog mit dem frischvermählten Paar zugleich eine neue Qualität der Repräsentation in Heidelberg ein, die sich nach dem feierlichen Empfang auch bald in den bereits dargestellten Veränderungen im höfischen Leben niederschlug³⁹⁰. Neben der Expansion des Hofstaates durch die englische Dienerschaft und den Kurpfälzer Anstrengungen zur Anpassung der Hofordnung an die Ansprüche einer quasi-königlichen Fürstenfamilie ist eine grundlegende Neuerung auch im höfischen Alltag zu bemerken. Denn ungeachtet aller konfessionellen Differenzen rezipierte der Heidelberger Hof beispielsweise in modischen Fragen jenes spanische Schönheitsideal, das um 1600 den europäischen Standard stellte³⁹¹. Auch die reformierte Kritik an bildlichen Darstellungen hinderte die kurfürstliche Familie nicht daran, sogar während der harten Exilzeit eine beachtliche Gemäldesammlung zu pflegen, mit der der hohe gesellschaftliche Status des ‚Königspaares‘ aufrechterhalten werden sollte³⁹².

³⁸⁷ Vgl. MULRYNE: *Marriage Entertainments*, 182.

³⁸⁸ Siehe Abb. 2.

³⁸⁹ ANONYM.: *Beschreibung der Reiss*, 107.

³⁹⁰ Vgl. oben S. 156f.

³⁹¹ Vgl. HEPP: *Matthaeus Merian*, 75f.

³⁹² Vgl. WOLF: *Winterkönig*, 204; KRETZSCHMAR: *Schloss in Rhenen*.

Zum sichtbarsten Ausdruck der neuen Kurfürzler Repräsentationsanstrengungen entwickelten sich die baulichen Veränderungen am Heidelberger Schloss. Im Mittelpunkt stand dabei der bereits vor der Hochzeit begonnene Anbau für Princess Elizabeth und ihr englisches Gefolge, der so genannte Englische Bau. In der Fassadengestaltung folgte die Kurfürzliche dem oberitalienischen Ideal der Hochrenaissance, wie es Andrea Palladio (1508–1580) beispielhaft in Vicenza und Venedig verwirklichte. Ob hierauf auch Inigo Jones während seiner Rückreise aus der Toskana im Sommer 1613 noch Einfluss nahm, blieb bisher ungeklärt³⁹³.

Im Zusammenhang mit dem Schlossneubau stand zudem die Einrichtung eines Hoftheaters im so genannten Dicken Turm am Nordwestwall der Anlage. Bereits im Juni 1613 engagierte Friedrich V. eine englische Theatergruppe, die zuvor in den Diensten von Henry Prince of Wales stand, für die höfische Unterhaltung in Heidelberg³⁹⁴. Zugleich ließ der Pfalzgraf zwischen 1614 und 1616 ein neues Theater einrichten, das Fehrle-Burger zufolge deutlich den Schritt vom humanistischen Zimmertheater zur perspektivischen Kulissenbühne unternahm³⁹⁵. Wohl inspiriert vom englischen Vorbild Jones' stattete der Architekt Sebastian Götz (1575?– nach 1621) das Schlosstheater nach florentinischen Beispielen aus. Um genügend Raum für die Zuschauer und die aufwändige Bühnenmaschinerie zu erhalten, konstruierte der Architekt Carl Peter ein säulenfreies Dachgewölbe im Festungsturm und damit ein vielbeachtetes Meisterstück frühneuzeitlicher Ingenieurkunst³⁹⁶.

Die kurpfälzischen Bauleistungen kulminierten schließlich in der Anlage eines neuen Schlossgartens, dem *Hortus Palatinus*. Noch während seines Aufenthalts in London machte Friedrich V. die Bekanntschaft mit dem aus der Normandie stammenden Mathematiker und Ingenieur Salomon de Caus (1576–1626), der als Architekt für Henry Prince of Wales arbeitete. Der Pfalzgraf engagierte im Juli 1614 de Caus als Ingenieur und Inspekteur der kurfürstlichen Gartenanlagen³⁹⁷. De Caus entwarf für das Kurhaus einen neuen Schlossgarten, der durch den Einbezug von Terrassenanlagen und Grottenwerken die Reihe jener europäischen Prunkgärten des Manierismus anführte, die später in Brüssel und Stuttgart imitiert wurden³⁹⁸. Seit 1614 entstand so östlich des Schlosses eine symbolreiche Gartenanlage, die Richard Patterson zufolge als enzyklopädische Raritätensammlung verstanden werden kann, und deren leitende Grundideen sich im Spannungsfeld zwischen ästhetischem Spektakel des Außergewöhnlichen und prosaischer Methodologie naturwissenschaftlicher Er-

³⁹³ Vgl. WALTHER: Heidelberger Schlossgarten, 7; BUDDE/MERTEN: Architektur im deutschen Südwesten, 91; ONCKEN: Heidelberg, 74f.

³⁹⁴ Vgl. BayHStA, KS, Nr. 16730, fol. 338: Befehl des Kurfürsten Friedrich von der Pfalz: betreffend die Dienstnahme der in Diensten des verstorbenen Prinzen Heinrich von Wales gestandenen Theatergesellschaft, London, 9./19. Juni 1613

³⁹⁵ FEHRLE-BURGER: Heidelberger Hoftheater, Anlage 1, 9f.

³⁹⁶ Vgl. ebd., 26 u. 38.

³⁹⁷ Vgl. GLA, Kopialbücher Pfalz, Abt. 67, Nr. 930, fol. 199f.: Bestallung für Salomon de Caus, [o.O.], 14./24. Juli 1614.

³⁹⁸ Vgl. FLEISCHHAUER: Salomon de Caus, 381; CAUS: Hortus Palatinus. WALTHER: Heidelberger Schlossgarten.

kenntnis bewegten. Im Zentrum des Gartens stand dabei der Pfalzgraf als Säule des Reichs und als Mittler zwischen den Künsten und Wissenschaften³⁹⁹.

In der Gesamtschau setzte bereits 1613 eine Entwicklung in der Kurpfälzer Repräsentationskultur ein, die den Heidelberger Griff nach der Königswürde visuell vorzubereiten suchte. Das höfische Leben strebte immer mehr nach dem Anschluss an den europäischen Repräsentationsstandard und schuf sogar selbst neue Ideale. Jedoch blieben Teile der Schlosserweiterung und vor allem der *Hortus Palatinus* wegen der Kriegereignisse 1619–1648 unvollendet. Mit der Übersiedlung der kurfürstlichen Familie nach Prag und später in die Niederlande nahm diese expansive Phase der Heidelberger Hofkultur ein jähes Ende.

³⁹⁹ PATTERSON: *Hortus Palatinus*, 68 u. 98.

Zwischenergebnis

Zeitungen, Dramen und Lyrik bildeten zusammen mit juristischen, theologischen und politisch-strategischen Schriften sowie mit den höfischen Feiern anlässlich der Hochzeit von 1613 eine reiche Quelle an religiösen und säkularen Deutungsmöglichkeiten im öffentlichen Auftritt der englisch-kurpfälzischen Außenpolitik. Sie machen vor allem den Aushandlungscharakter bewusst, der die öffentliche Verarbeitung der diplomatischen Beziehungen zwischen London und Heidelberg prägte.

Im Bereich der breit rezipierten außerhöfischen Öffentlichkeit konnte in den zurückliegenden Abschnitten eine rasche und gute Unterrichtung vor allem des englischen Publikums über die Vorgänge auf dem Kontinent durch ein wachsendes englisch-kurpfälzisches Nachrichtensystem festgestellt werden. Die Pfalzfrage lieferte zusammen mit der *Spanish Match* ein dominantes außenpolitisches Thema, das in der öffentlichen Erörterung ungeachtet der monarchischen Vorstellung von den *Arcana Imperii* eine kritische Dimension annahm. So thematisierte eine Vielzahl von Autoren ungeachtet aller Zensurmaßnahmen das Schicksal der königlichen Kinder und der als ungenügend betrachteten englischen Reaktion hierauf. Dabei wurde deutlich, dass es sich bei der außerhöfischen Öffentlichkeit um keine monolithische Größe handelte, sondern dass die Pfalzfrage zugleich zur Bildung von Öffentlichkeitsparteien beitrug, die auch in den Schriften selbst thematisiert wurden. Die propfälzischen Schriften bedienten sich hierbei wiederkehrender Bilder und Topoi, die wie im Falle der *leyenda negra* auf die Herabsetzung des politico-konfessionellen Gegners durch fiktive Erzählungen zielten, oder durch die Glorifizierung der elisabethanischen Kriegspolitik sowie durch die Deutung des Kriegs in der Pfalz als neue Form der Christenverfolgung die eigene Regierung zum Handeln auffordern suchten.

Auch in das englische Drama fand die Pfalzfrage Eingang, wobei in diesem Feld der außerhöfischen Öffentlichkeit das breite Informations- und Deutungsinteresse zugleich auf die höfische Patronagepolitik stieß, so dass wie im Falle von Shakespeares *The Tempest* von einer teilweisen Verschränkung der verschiedenen Öffentlichkeitsphären ausgegangen werden muss. Das Schicksal des Pfalzgrafen und seiner Familie wurde vor allem von den Autoren des „anticourt drama“ aufgegriffen, um damit die jakobitischen Friedenspolitik, den höfischen Luxus sowie das Faktionswesen in Whitehall gleichermaßen anzuprangern. Ihre Kritik an der englischen Außenpolitik codierten die Bühnenautoren durch die Wahl von antiken oder italienischen Schauplätzen, wobei innerhalb dieser Szenerien die Anleihen an tagesaktuelle Vorgänge doch sehr deutlich waren.

Säkulare und religiöse Deutungen der englisch-kurpfälzischen Beziehungen lassen sich an prominenter Stelle auch in der englischen Gelegenheitsdichtung anlässlich des dynastischen Bündnisschlusses von 1613 finden. Eine Reihe von radikal-protestantischen Dichtern, die sich teilweise in der lyrischen Tradition des elisabethanischen Hofpoeten Spenser sahen, nutzten gängige Motive wie das Herrscherlob und die Verherrlichung dynastischen Ursprungs, um Friedrich V. ungeachtet seiner fehlenden königlichen Würden als geeigneten Gatten für Princess Elizabeth zu feiern. Zu diesen

säkularen Themen traten wiederum konfessionelle Überlegungen wie der Einbezug der Kurpfalz in den alttestamentarischen Diskurs des Gottesvolkes sowie jene Visionen eines Entscheidungskampfes in der Dichtung hinzu, die mit der Vorstellung umgingen, dass sich mit der Hochzeit von 1613 die beiden Exponenten des Kampfes gegen den Antichristen gefunden hätten.

Neben der breiten außerhöfischen Öffentlichkeit regten die englisch-kurpfälzischen Beziehungen auch jenen engeren Bereich öffentlicher Kommunikation an, der Körper folgend als gelehrte Öffentlichkeit des juristisch-theologisch-politischen Bereichs verstanden wurde. So verdeutlichte der Schriftenkrieg zwischen Heidelberg, Neuburg und München um die Kurpfälzer Administration, das Vikariat und die Kurwürde den Stellenwert dynastischer Themen in der rechtsgelehrten Öffentlichkeit. Dauer und Intensität dieser Pamphletschlacht zeigten zugleich, unter welchem auch öffentlich kommunizierten dynastischen Druck das Pfälzer Kurhaus vor allem seit dem Tod Friedrichs IV. stand und inwieweit die Eheallianz hier die Funktion eines dynastischen Befreiungsschlags übernahm.

Während die rechtsgelehrten Schriften aus fürstlicher Perspektive maßgeblich zur öffentlichen Herrschaftslegitimation dienten, nahmen theologisch-gelehrte Traktate im englischen Fall eine ambivalente Haltung zur Obrigkeit ein. Die Autoren von theologischen Schriften und publizierten Predigten stützten zwar im Falle des dynastischen Bündnisschlusses von 1613 die Politik der englischen Krone, die sich angeblich von konfessionellen Überlegungen bei der Gattenwahl für Princess Elizabeth leiten ließ. Mit dem Ausbruch der böhmisch-pfälzischen Krise wandelte sich das Herrscherlob in den theologischen Traktaten auf englischer Seite jedoch zu einer radikal-protestantischen Herrschaftskritik angesichts des fortgesetzten Friedenskurses. Hierzu dienten den Autoren wiederholt alttestamentarische Bilder wie der Fluch Gottes gegen die Stadt Meroz, um ihre theologisch-gelehrte Fundamentalkritik an Jakob I. zu kommunizieren.

Vergleichbare Tendenzen konnten auch in jenen Schriften festgestellt werden, die dem Bereich der politisch-strategischen Gelehrsamkeit in der humanistischen Tradition der *Discorsi/Discours* zugeordnet wurden. Die Autoren dieser literarischen Gattung forderten wiederholt aus politischen Gründen wie Ehr- und Strategieüberlegungen den Krieg gegen Spanien, wobei auch taktische Fragen wie ein möglicher Entlastungsangriff auf Flandern oder auf die spanische Silberflotte breit erörtert wurde.

Bei der Betrachtung der höfischen Öffentlichkeit als dritter hier unterschiedener frühneuzeitlicher Öffentlichkeitssphäre konnte wiederum der Aushandlungscharakter bei der öffentlichen Verarbeitung der englisch-kurpfälzischen Beziehungen herausgearbeitet werden. Denn ungeachtet der augenfälligen Unterschiede im repräsentationskulturellen Entwicklungsstand nahmen die diplomatischen Beziehungen zwischen England und der Kurpfalz vor allem im Zuge der höfischen Feierlichkeiten zum dynastischen Bündnisschluss breiten Raum in der Londoner und Heidelberger Hofkultur ein. Auf englischer Seite gerieten die prachtvollen Feierlichkeiten anlässlich der Hochzeit 1613 dabei in das Nachbeben der Auseinandersetzungen zwischen Jakob I. und seinem Ende 1612 verstorbenen Sohn Henry Prince of Wales bezüglich

des Inhalts der höfischen Unterhaltung. Während die Krone das jakobitische Ideal eines europäischen Friedens zwischen den Konfessionsblöcken feiern wollte, bemühten sich radikal-protestantische Autoren aus dem Favoritenkreis des verstorbenen Thronerben um eine apokalyptisch-militante Deutung des Bündnisschlusses mit der Kurpfalz, wie sie teilweise in den prunkvollen Feuerwerken, Seeschlachten und Maskenspielen fassbar wurde.

Auf Kurpfälzer Seite stellten die höfischen Feierlichkeiten dagegen weniger das Ergebnis eines innerhöfischen Aushandlungsprozesses hinsichtlich der Deutung des dynastischen Bündnisschlusses mit England dar. Der Heidelberger Hof nutzte die Feiern 1613 vielmehr zur eindeutigen Repräsentation seiner dynastischen und konfessionspolitischen Hoffnungen nach dem Bündnisschluss mit England. So diente bereits der Einzug des kurpfälzisch-englischen Konvois ins Reich auch der Einschüchterung der dynastischen und konfessionellen Gegner. Die Feierlichkeiten in Frankenthal und Heidelberg gerieten darüber hinaus unter klaren Einfluss der englischen Hofkultur, wobei die antik-mythologischen „Festinventionen“ nicht nur als Angriff auf den konfessionellen Gegner gedacht waren, sondern auch erstaunlich konziliante Signale in Richtung des dynastischen Mitbewerbers aussandten. Letztlich dienten gerade die Feierlichkeiten in Heidelberg als Startpunkt für die enormen kurpfälzischen Anstrengungen zur Verfeinerung der Repräsentationskultur, die den Griff nach der böhmischen Krone auch als logische Folge einer Kommunikationsstrategie Heidelbergs erscheinen lässt, die dynastische Reputationsüberlegungen mit konfessionellem Bedrohungsgefühl verband.

Ergebnisse

Welche Bedeutung hatten die Beziehungen zwischen England und der Kurpfalz für das werdende Mächteuropa am Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts? Als die Kriegsparteien in Münster und Osnabrück ihre Verhandlungen zum Westfälischen Frieden führten, übten die Vertreter Englands und der Kurpfalz keinen entscheidenden Einfluss auf die Beratungen aus, die im Rückblick eine neue Ära der internationalen Beziehungen einläuteten. Das von einem erbitterten Bürgerkrieg erschütterte englische Königreich sowie die durch Krieg und Einquartierungen verwüstete Kurpfalz gehörten 1648 nicht zu jenen europäischen Mächten, für die der Krieg Auftakt zu einem Prozess der Machtstaatsbildung sowie der offensiven Außenpolitik war. Um so mehr liefern die Außenpolitik Englands und der Kurpfalz, ihre diplomatischen Beziehungen 1608 bis 1632 und deren Verarbeitung in der höfischen und außerhöfischen sowie der gelehrten Öffentlichkeit zentrale Anhaltspunkte für die Bewertung des Dreißigjährigen Krieges im Spannungsfeld zwischen den von Johannes Burkhardt entwickelten Kategorien Staatsbildungs-, Religions-, Erbfolge- und Medienkrieg¹. Dabei können folgende Ergebnisse festgehalten werden:

a.) Der Dreißigjährige Krieg war nicht nur Staatsbildungs-, sondern auch Staatsdestabilisierungskrieg:

Die Außenpolitik Englands und der Kurpfalz setzte eine Form von Staatlichkeit voraus, die sich im 16. und 17. Jahrhundert in einem engen Wechselspiel mit den internationalen Beziehungen befand. Staatlichkeit bildete dabei keine rechtlich oder politisch fassbare Entität, sondern muss als symbolische Ordnung verstanden werden, die in der Frühen Neuzeit auf einem komplexen Vorgang der Institutionalisierung aufbaute. Ansätze dieses Institutionalisierungsprozesses lieferten Souveränitätsrudimente wie die im Kurpfälzer Fall beobachteten Vorstellungen eines *ius foederis* im Sinne eines reichsständischen Bündnisrechts beziehungsweise Formen eines ständigen Gesandtschaftswesen, wie sie der englische diplomatische Dienst herausgebildet hatte. Hinzu kamen Institutionen, die wie im Falle von Staatsräson, Konfession und Dynastie wichtige wirksame Motive darstellten und auf die Tradition europäischer Staatlichkeit verweisen, die Stefan Breuer mit der Trias von charismatischem, okzidental-feudalistischem und rationalem Staatstypus beschreibt². Sie repräsentierten Kräfte, die aufgrund spezifischer Funktionsmechanismen die Komplexität in den Mächtebeziehungen reduzierten und gerade in entscheidenden Fragen wie der Wahl eines Bündnispartners Handlungsoptionen lieferten. Ein dritter und in der Literatur häufig vernachlässigter Institutionalisierungsprozess stellen Kommunikationsvorgänge in verschiedenen Öffentlichkeitsforen dar. Der Zusammenhang von Öffentlichkeit und Staatlichkeit in der Frühen Neuzeit zeigt sich gerade in der Außenpolitik. Grundsätzlich muss die öffentliche Sphäre in der Frühen Neuzeit als dynamisch

¹ BURKHARDT: Dreißigjährige Krieg.

² Vgl. BREUER: Staat.

sches Phänomen mit dem – in Abgrenzung zu Habermas' These der repräsentativen Öffentlichkeit – Charakter eines Aushandlungsprozesses aufgefasst werden. Auf die öffentlichen Diskurse zur Außenpolitik wirkten zugleich bestimmte Mechanismen der Selbst- und Fremdwahrnehmung ein, die vor allem mit Hilfe säkularer und konfessioneller Feindbilder für öffentliche Orientierung im *Theatrum Europaeum* sorgten.

Ungeachtet dieser Ansätze von Institutionalisierung kann der Staat der Frühen Neuzeit – folgt man den defizienten Modi der Modernisierungstheorie als Analyse-kategorien frühneuzeitlicher Staatsbildungsprozesse – als defizitäres Gebilde begriffen werden. Der Staat der Frühen Neuzeit ist nicht zuletzt wegen seines von Burkhardt beschriebenen parasitären Verhältnisses der ihn tragenden Dynastien zu den Subsystemen Ökonomie, Kirche und Militär noch nicht jener rationale Anstaltsstaat, der als in sich abgeschlossene, monolithische Kugel auf dem Billardtisch der internationalen Beziehungen auftritt³. Die Vielzahl seiner Defizite machten den Staat der Frühen Neuzeit vielmehr zu einem amorphen Leviathan, der vergleichbar mit den so genannten „failing states“ in Afrika oder Asien nur rudimentäre Elemente von Staatlichkeit im Sinne zweier Voraussetzungen besaß⁴:

1. Die Existenz politischer Macht als Kristallisationskern, die Legitimität für sich behaupten kann und nicht auf dem bloßen Regiment der Gewalt basiert, sowie
2. die Sicherung der materiellen Basis durch regelmäßige Einkünfte für die Herrschaftskonsolidierung.

Für die internationalen Beziehungen des späten 16. und frühen 17. Jahrhunderts ist dabei zu berücksichtigen, dass nicht Raum und Geostrategie oder Größe und Ressourcen, wie es vor allem die Historiographie des 19. Jahrhunderts gerne gesehen hat, sondern vormoderne personale und vor allem dynastische und konfessionelle Beziehungen vor dem Westfälischen Staatensystem die entscheidende Rolle für Außenpolitik und Diplomatie spielten.

England und die Kurpfalz können als Beispiele für solche defizienten Staatsbildungsprozesse im frühneuzeitlichen Staatensystem gelten. Ungeachtet der vielfältigen Unterschiede in Fragen des Territoriums und der frühmodernen Verwaltung sind Parallelen bei den verfassungsrechtlichen und administrativen Mängeln beobachtbar. England und die Kurpfalz erscheinen vor dem Hintergrund ihrer strukturellen Defizite in Form einer *imperfect union* beziehungsweise eines „Satelliten-Systems“ als jene amorphen Staatengebilde, deren konstitutionellen und administrativen Schwächen eine Quelle für internationale Konflikte darstellten. Im englischen Kontext komplettierte zudem ein spannungsreiches Verhältnis der einzelnen Herrschaftsinstitutionen Privy Council, Court und Parliament diese Defizite, wohingegen bei der Kurpfalz von einem homogenen Zusammenwirken der Zentralbehörden ausgegangen werden kann. Als weiteres wichtiges Merkmal englischer und kurpfälzischer Außenpolitik erwiesen sich die Veränderungen im Zusammenspiel von höfischen Klien-

³ BURKHARDT: Friedlosigkeit.

⁴ Vgl. SCHLICHTE: Staatsbildung und Staatszerfall in der „Dritten Welt“, 270.

tel- und Patronagenetzwerken. Während bei England Patronage- und Außenpolitik im Schatten des kometenhaften Aufstiegs von Buckingham zum Favoriten des Monarchen in einem reziproken Verhältnis standen, das sowohl die Genese einer protestantischen wie einer prospanischen Hofpartei förderte, profilierte sich der Kurpfälzer Hof als protestantisches Klientelnetzwerk auf Reichs- und sogar europäischer Ebene. Für bürgerliche und adlige Reformierte bildete die Kurpfalz gleichermaßen ein attraktives Forum, so dass sich der Kurstaat immer mehr zu einem Sammelbecken für Agenten der „calvinistischen Internationale“ entwickeln konnte.

Diese beobachtbaren Mängel im Staatsbildungsprozess sowie der Einfluss von Patronage- und Netzwerkwesen auf die Außenpolitik kamen in den diplomatischen Beziehungen zwischen England und der Kurpfalz 1608 bis 1632 wesentlich zum Tragen. So fanden die Bündnis-, Kriegs- und Vermittlungspolitik zwischen London und Heidelberg in einem Umfeld statt, in dem der fürstliche Anspruch auf staatliche Souveränität in einem permanenten Konkurrenzkampf mit Personen und Personengruppen am Hofe, in den Kirchen sowie in der gelehrten Welt stand. Dabei knüpften die englische und auch die kurpfälzische Außenpolitik 1608 in einem durch zahlreiche Konflikte und nur halbherzige Pazifizierungsbemühungen geprägten Mächteuropa an unterschiedliche Traditionen außenpolitischen Handelns an. So geriet England unter der Herrschaft Elisabeths I. ungeachtet des Primats einer säkular-interessenorientierten Außenpolitik durch den Gegensatz zu Spanien immer mehr in die Rolle der protestantischen Führungsmacht mit dem Ergebnis, dass der Friedensschluss Jakobs I. mit Spanien 1604 das protestantische Europa enttäuschen musste. Die Kurpfalz blickte hingegen bei der Gründung der protestantischen Union 1608 auf eine Tradition konfessionsgeleiteter Außenpolitik zurück, die abgesehen von säkular-machtstaatlichen Interessen im französisch-deutschen Grenzraum vor allem die Gründung eines protestantischen Militärbündnisses auf Reichs- und europäischer Ebene zum Ziel hatte.

Diese konfessionsgeleitete Ausrichtung der Kurpfälzer Außenpolitik erfuhr durch die französische Führung im antihabsburgischen Mächteblock gerade in der gefährlichen Krise am Niederrhein bis 1610 noch eine säkulare Beschränkung. Jedoch bewirkte nach der Ermordung von Heinrich IV. die französische Ausgleichspolitik mit Spanien, aber auch der dynastisch motivierte Bündniswechsel Pfalz-Neuburgs ein Renversement des Alliances, den Jakob I. zeitweise durch die Voranstellung konfessioneller Argumente zur Steigerung des englischen Einflusses in der protestantischen Union zu nutzen suchte. Der Renversement des Alliances gipfelte 1612/1613 schließlich in dem Allianzschluss zwischen England, der Union und den Niederlanden sowie im dynastischen Bündnisabschluss zwischen London und Heidelberg durch die Hochzeit von Friedrich V. und Elizabeth Stuart, einem zentralen Baustein für die konfessionelle Blockbildung am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges. Ungeachtet dieser konfessionellen und politischen Einheit verbanden aber England und Kurpfalz unterschiedliche Ziele mit den Bündnissen. Während Jakob I. ein Gegengewicht zur spanisch-französischen Doppelhochzeit suchte, ansonsten aber auch weiterhin auf einen Ausgleich mit Habsburg hoffte, verband die Kurpfalz mit dem Bündnisabschluss

neben dynastischen Interessen im Sinne einer Rangerhöhung des Kurhauses vor allem das Ziel einer offensiven protestantischen Politik gegen den katholischen Mächteblock.

Diese Interessensunterschiede manifestierten sich bereits kurz nach dem Bündnisabschluss in den Reichs- und europäischen Fragen, in denen England und die Kurpfalz gemeinsame diplomatische Aktivitäten entfalteten. Die offensive Kurpfälzer Außenpolitik unterschätzte den grundsätzlichen Friedenswillen von Jakob I. und setzte – angespornt auch von der protestantischen Hoffaktion Englands – in der zweiten Krise am Niederrhein und bei der Kaiserwahl auf eine offensiv antihabsburgische Politik, die sogar mit Vorstellungen eines Präventivkriegs verbunden wurde. Dieser Interessensgegensatz kulminierte 1619 schließlich in der Annahme der Wenzelskrone durch Friedrich V. In Abgrenzung zu den gängigen Thesen von Moriz Ritter und John Gustav Weiß sowie neuerdings von Brennan Pursell und Peter Wolf zum Pfälzer Griff nach der böhmischen Krone konnte herausgearbeitet werden, dass ein komplexes Gemisch aus säkularen und religiösen Motiven zu der riskanten Pfälzer Politik führte. So wurde die Heidelberger Regierung von machstrategischen Überlegungen ebenso wie von dynastischen Vorstellungen neuer Reputations- und Rangerhöhungschancen getrieben. Schließlich erklärt aber eine besondere radikal-protestantische Disposition die Bereitschaft der Kurpfalz, sich mit dem Habsburger Imperium anzulegen.

In den 1620er Jahren entwickelten sich die englisch-kurpfälzischen Beziehungen zu einer Hauptangelegenheit der englischen Außenpolitik. Dabei geriet die Lösung der Pfalzfrage nicht nur zwischen die Fronten der höfischen Faktionen in Whitehall, wo der Gegensatz zwischen protestantischer und prospanischer Hoffaktion sowie der Aufstieg Buckingham maßgeblich die englische Pfalzpolitik beeinflussten. Die zahlreichen diplomatischen und militärischen Anstrengungen zur Restitution der besetzten Pfälzer Territorien – angefangen von der *Spanish Match* bis zur Haager Kriegsallianz 1625 – führten auch dazu, dass sich in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen Elemente des Erbfolgekrieges mit Vorstellungen eines Religionskrieges gegen die katholischen Mächte vermischten. Alle Bemühungen versagten aber beim Versuch der Wiedereinsetzung der Pfälzer Kurfamilie in den Stammländern an Rhein und Neckar.

In der Gesamtschau bleibt festzustellen, dass die Kurpfalz 1608 bis 1632 mit ihrem unter konfessionellen sowie dynastischen Vorzeichen stehenden Versuch einer Machtstaatsbildung im Kontext des protestantischen Mächteblocks katastrophal scheiterte. Mit dem Erwerb der böhmischen Krone mißlang nicht nur die Transformation des traditionellen Satellitensystems des Kurpfälzer Herrschaftsbereichs in einen homogenen Territorialstaat – mit der Niederlage am Weißen Berg 1620 endeten zudem für annähernd dreißig Jahre die bis 1619 bestehenden Formen einer Kurpfälzer Staatlichkeit. Im englischen Königreich verschärfte sich mit Beginn des Dreißigjährigen Krieges der Konflikt zwischen Krone und Parlament, der zu einer streckenweisen Paralyisierung englischer Außenpolitik sowie seit dem Frieden mit Spanien 1629 zu einem Ausscheiden Englands aus dem europäischen Geschehen führte. In beiden Fällen hatte der Dreißigjährige Krieg damit weniger den Charakter eines Staatsbildungs- denn eines Staatsdestabilisierungskrieges.

b.) Der Dreißigjährige Krieg war Religionskrieg in dem Sinne, dass er die Außenpolitik stellenweise ausschließlich dem konfessionellen Prinzip unterwarf:

Fragen der Religion sowie konfessionelle Aspekte prägten – wie bereits gesehen – in unterschiedlicher Weise die politischen Beziehungen zwischen England und der Kurpfalz 1608 bis 1632, was mit der spezifischen konfessionellen Entwicklung in beiden Ländern zu erklären ist. So führte die englische Entwicklung seit der Reformation der Tudors zu einem heterogenen konfessionellen System, das zwar auf englischer Seite das Bewusstsein förderte, es zähle zu den reformierten Mächten Europas, das aber aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher religiöser Gruppen stets konfliktträchtig blieb. Diese konfessionellen Konflikte stellten bei außenpolitischen Kontroversen die *via media* der Krone zwischen den teilweise zerstrittenen Konfessionsparteien wiederholt in Frage. Auf kurpfälzischer Seite lieferte dagegen die wechselhafte konfessionelle Entwicklung der Pfalzgrafschaft eine dreifache Quelle politischer Instabilität. Während die Fürstendiener angesichts der prekären Erbfälle im späteren 16. Jahrhundert stets um den konfessionellen Status quo des Kurstaates fürchteten, bedrohten die Angriffe katholischer und lutherischer Reichsstände auf die Heidelberger Religionsverfassung die Kurpfälzer Zugehörigkeit zum Augsburger Religionsfrieden. Schließlich trug der befürchtete gegenreformatorische Kreuzzug gegen das europäische Reformiertentum maßgeblich zu einer konfessionellen Militanz in der Heidelberger Außenpolitik bei.

Diese konfessionellen Voraussetzungen Heidelberger und Londoner Außenpolitik hatten in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen mehrere Implikationen. Sie verpflichteten zunächst zu einer aktiven Hilfspolitik für alle bedrängten Glaubensbrüder, die gemäß der Vorstellung einer protestantischen Solidarität auf militärische Hilfe bei katholischen Angriffen hoffen durften. Die englisch-kurpfälzische Politik in Frankreich, den Niederlanden und Böhmen sowie die englische Kurpfalzpolitik seit 1621 versuchten in unterschiedlichem Maße diesem Prinzip zu folgen. Über die reine Solidarität hinaus lieferte auch eine spezifisch heilsgeschichtliche Vorstellung des Weltverlaufs wichtige Handlungskategorien für die Außenpolitik. Gerade auf Kurpfälzer Seite, aber auch in den englischen Kreisen um Abbot und Pembroke lässt sich in außenpolitischen Fragen die Vorstellung erkennen, dass die Diplomatie vor allem durch konfessionelle Bündnisschlüsse das eigene Land auf den bevorstehenden Endkampf mit dem Antichristen rüsten soll. Dem konfessionellen Feind wurde wiederholt unterstellt, er verfüge über ein *general designo*, um die reformierte Konfession zu unterwerfen. Damit ging zugleich eine monolithische Gegnerwahrnehmung einher, die klare Bezüge zur radikal-protestantischen Publizistik Englands aufweist. Die Pfälzer Kritik an den Versuchen Jakobs I. in den 1620er Jahren, zwischen Madrid, Brüssel und Wien diplomatisch zu unterscheiden, macht deutlich, inwiefern auf radikal-protestantischer Seite der konfessionelle Feind zwar als vielgestaltiger, in seinen Intentionen dennoch gleichgerichteter Antichrist wahrgenommen wurde, mit dem Verhandlungen ausgeschlossen waren.

In den zentralen Entscheidungssituationen wie 1619, aber auch während der diplomatischen Verhandlungen zur Restitution der Kurpfalz lieferten schließlich religiöse

Vorstellungen von der Ehre Gottes und der eigenen Auserwähltheit zu einer weitreichenden Tat Handlungskategorien für die Diplomatie. So entsprachen Äußerungen von Abbot und auch von Friedrich V. selbst, bei der Annahme der Wenzelskrone handle der Pfalzgraf als ein Instrument Gottes für die Ehre des Allmächtigen, jenen reformierten Prädestinationsvorstellungen, die im theologischen Schrifttum der 1620er Jahre wiederholt aufzufinden sind. Eine Missachtung des göttlichen Willens in der Diplomatie hätte nach den radikal-protestantischen Vorstellungen den Zorn Gottes hervorgerufen und damit ein göttliches Strafgericht ausgelöst. Diese konfessionelle Logik von der Ehre Gottes und der Auserwähltheit seiner Kirche räumte dem Handelnden in der Außenpolitik schließlich nur eine geringe politische Entscheidungsfreiheit ein, der notwendige Raum für Kompromisse und Verhandlungen blieb damit eingeengt.

c.) Der Dreißigjährige Krieg war weniger Erbfolgekrieg, sondern ein Krieg um das dynastische Prinzip:

Das Mächteringen zwischen 1618 und 1648 nahm stellenweise Züge eines Erbfolgekrieges an, bewies sich doch die von Johannes Kunisch beobachtete bellizistische Disposition des frühneuzeitlichen Fürstenstaates 1618/19 erneut im Hinblick auf die Sukzessionskrisen im Hause Habsburg und seiner nachgeordneten Länder, aber auch – wie hier gezeigt – im Hinblick auf die Erbfolgestreitigkeiten der Wittelsbacherdynastie. Doch über die enge Rechtsfrage der Sukzession in den Böhmisches Ländern und in der Pfälzer Kurwürde hinaus entwickelte sich der Dreißigjährige Krieg auch zu einer Auseinandersetzung um das dynastische Prinzip schlechthin. So stellte für die frühen Stuarts die dynastische Politik ein wichtiges Instrument zur Absicherung des politisch Erreichten und zur Sicherstellung eines Harmonieideals angesichts der konfliktreichen politischen und konfessionellen Lage innerhalb und außerhalb des englischen Königreichs dar. Die Kurpfalz verfolgte hingegen eine dynastische Politik, die auf die Steigerung der eigenen Reputation mit Blick auf die anderen kaiserfähigen Reichsdynastien, aber auch auf die anderen Zweige des Hauses Wittelsbach zielte. Wie im Falle der Religionspolitik, so sollten auch dynastische Projekte im Falle Heidelbergs nicht wie in England den Status quo erhalten, sondern die eigene Position im allgemeuropäischen Wettbewerb um Ansehen und Einfluss verbessern.

Das dynastische Prinzip entwickelte sich damit zu einem zentralen Leitmotiv für die Außenpolitik beider Länder. Das wichtigste Ziel der dynastischen Politik blieb die Steigerung der eigenen dynastischen Ehre im Sinne der Mehrung von Reputationsschancen. Nicht die tatsächliche Mächtigkeit in Form der Verfügungsgewalt über Land, Leute, Geld und Militär, sondern das soziale Ansehen in der europäischen Gemeinschaft fürstlicher Hocharistokratie und die Fähigkeit zur Repräsentation der eigenen Vorstellung von Ehre und Reputation blieben ausschlaggebend für die dynastische Politik. Damit waren die souveränen Fürstenfamilien auf eine anhaltende Rang-erhöhungspolitik in Form vielversprechender dynastischer Bündnisse sowie den Erwerb neuer Reputationschancen angewiesen, wie sie die Kurpfalz mit der Hochzeit von 1613 und der Annahme der Wenzelskrone paradigmatisch verfolgte.

Im Umkehrschluss bedeutete dieser dynastische Funktionsmechanismus, dass die Gefährdung des eigenen dynastischen Status quo eine Krisensituation in der Diplomatie darstellen musste. Denn dynastische Besitzstände und Ansprüche mussten gemäß der alteuropäischen Logik von Reputationschancen als Rechtsansprüche auf alle Fälle wahrgenommen werden, notfalls auch mit Gewalt, um der eigenen Ehre keinen Schaden zuzufügen. Die Neuburgischen und Bayerischen Angriffe auf die Kurpfälzer Würden und Titel im Zuge des Administratorenstreits bedeuteten eine solche Gefährdung der Heidelberger Reputation. Das Kurhaus wurde dadurch zu einer offensiven Gegenpolitik gedrängt, die im Sinne einer Rangerhöhungspolitik ein Ventil für den seit 1610 aufgestauten dynastischen Druck darstellte. Mit dem Ehebündnis von 1613 schuf die Kurpfalz nicht nur ein wichtiges konfessionelles Bündnis, sie schaffte zugleich auch die diplomatischen Grundlagen, um die Angriffe der Wittelsbacher Vettern aus Neuburg und München zu parieren und gerade in der interessierten Öffentlichkeit durch die dynastische Verbindung mit einem europäischen Königshaus das eigene Ansehen zu steigern. Gleichzeitig bedeutete das dynastische Bündnis mit den Stuarts die Fortschreibung jener quasi-königlichen Politik der Kurpfalz, die sich als ehemals kaiserfähige Dynastie in direkter Konkurrenz zu den Habsburgern sah. Mit dem Griff nach der Wenzelskrone überspannte das Kurhaus 1619 aber die Möglichkeiten der dynastischen Rangerhöhungspolitik, der schließlich zur katastrophalen Niederlage 1620 und dem abrupten Abbruch der kurpfälzischen Expansionspolitik führte.

d.) Der Dreißigjährige Krieg war nicht nur ein Medienereignis, sondern hatte auch Züge eines Öffentlichkeitskrieges:

Angesichts der neuen Rolle von Flugschriften und Einblattdruck sowie der regelmäßigen Berichterstattung vom Kriegsgeschehen durch Zeitungen gilt der Dreißigjährige Krieg schließlich als erstes großes Medienereignis der Neuzeit. Über die Tatsache der neuen Bedeutung von regelmäßigen Publikationen für die Kriegswahrnehmung hinaus zeigt das Beispiel der Beziehungen zwischen England und der Kurpfalz, dass Außenpolitik und Diplomatie am Vorabend und in der Anfangsphase des Dreißigjährigen Krieges auch einen zentralen Bestandteil von teilweise kontroversen Kommunikationsprozessen in den unterscheidbaren Öffentlichkeitssphären der Frühen Neuzeit darstellten. Im Bereich der außerhöfischen Öffentlichkeit nahm die Kurpfalz in den 1620er Jahren bei einem erstaunlich gut informierten englischen Publikum eine prominente Rolle ein. Mit deutlich kontroversen Beiträgen behandelten Zeitungen, Pamphlete, Theaterstücke und auch Gelegenheitslyrik die diplomatischen Beziehungen zwischen Themse und Rhein, wobei besonders radikal-protestantische Gruppen eine Vielzahl konfessioneller Deutungen in den Schriften anboten. Bereits in der außerhöfischen Sphäre zeigte sich aber, dass von einer strikten Trennung der drei Öffentlichkeitsebenen nicht ausgegangen werden kann, vielmehr durch Patronagevorgänge eine Verschränkung der einzelnen Öffentlichkeitssphären vollzogen wurde. So tauchten auch in den gelehrten Traktaten der Juristen, Theologen und politischen Theoretiker Deutungsmuster und Motive auf, die sich in anderer Form in der höfischen und außerhöfischen Kommunikation wiederfinden lassen.

Schließlich fällt bei der Analyse der höfischen Auseinandersetzung mit den diplomatischen Beziehungen zwischen Heidelberg und London vor allem in den höfischen Festen anlässlich der Hochzeit von 1613 der polyvalente Charakter öffentlicher Kommunikation in der Frühen Neuzeit ins Auge. Am englischen Hof bildeten die Feierlichkeiten ein prominentes Forum, auf dem unterschiedliche Deutungsangebote hinsichtlich der dynastischen und vor allem konfessionspolitischen Bedeutung des Bündnisseschlusses im Vorfeld zwischen den Faktionen ausgehandelt und während der Festwoche präsent wurden. Dabei trat eine beachtliche Reihe militant-protestantischer und apokalyptischer Aussagen in den Vordergrund der Feiern. Die Kurpfälzer Feierlichkeiten knüpften teilweise an diese Form radikal-protestantischer Hofrepräsentation an, um eine dezidiert antikatholische Aussage im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zu kommunizieren. Aber auch dynastische Hoffnungen hinsichtlich einer Rangerhöhung des Kurhauses ergänzten vor dem Hintergrund der dynastischen Anfeindungen im Hause Wittelsbach die konfessionellen Deutungsmuster. Schließlich können die Feste in Heidelberg 1613 als Auftakt einer neuen höfischen Kommunikation der Kurpfalz verstanden werden, die in der Repräsentationskultur die konfessionell-dynastischen Ambitionen des Kurhauses von 1619 visuell vorwegnahmen.

Die mediale Verarbeitung und Kommunikation von Außenpolitik im frühen 17. Jahrhundert bildeten im Falle der internationalen Beziehungen damit nicht nur kulturelles Beiwerk der von den Fürsten als *Arcanum imperii* verstandenen Staatsakte, sondern stellten eine zentrale Größe in den diplomatischen Beziehungen dar, die den Dreißigjährigen Krieg nicht nur zu einem Medienereignis, sondern stellenweise auch zu einem „Öffentlichkeitskrieg“ machten.

In dem hier beschriebenen Spannungsfeld zwischen Staatsbildungs- und Staatsdestabilisierungskrieg, Religionskrieg, dynastischem Krieg sowie Öffentlichkeitskrieg entwickelten sich Konfession und Dynastie in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen zu den ausschlaggebenden Leitfaktoren der Diplomatie. Beide Faktoren entfalteten dabei ein Wechselspiel, das sie zu einem bellizistischen Syndrom in der Außenpolitik des frühen 17. Jahrhunderts machte:

1. Konfession und Dynastie repräsentierten in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen Kräfte, die ungeachtet der sich zwischen 1608 und 1632 ändernden außenpolitischen Umstände als Motive im diplomatischen Verkehr und in der öffentlichen Verarbeitung einen prominenten Stellenwert einnahmen. Sie lieferten jene „tool kits“, die nicht nur situativ auftauchten, sondern über eine längere Zeit hinweg die Identitäten und Interessen der handelnden Akteure und des interessierten Publikums beeinflussten. Damit handelte es sich bei Konfession und Dynastie zwar nicht um stringent zielgerichtete Leitfaktoren, die zu genau vorhersagbaren Handlungen führten, sie stellten aber jene kulturellen Komponenten frühneuzeitlicher Diplomatie zur Verfügung, die bei der Konstruktion von Handlungsstrategien entschieden mithalfen.
2. Eine grundsätzliche Opposition zwischen Dynastie und Konfession bei der Formulierung von Außenpolitik ist im Falle der englisch-kurpfälzischen Beziehun-

gen nicht zu beobachten. In der Außenpolitik Heidelbergs und Londons fand vielmehr eine Verbindung beider Motive statt. So adelte die traditionell offensiv-konfessionelle Außenpolitik der Kurpfalz die Pfalzgrafen, die im europäischen Mächtefeld ja nur mindermächtige Akteure darstellten. Angesichts der kurpfälzischen Tradition von konfessionsgeleiteten Interventionen in Frankreich und von protestantischen Militärbündnissen im Reich und in Europa wurde Heidelberg auch für eine Großmacht wie England als dynastischer Partner attraktiv, womit die Kurpfalz dem zweiten Ziel ihrer Außenpolitik, der Rangerhöhung, einen wichtigen Schritt näher kam. Jakob I. nutzte Dynastie und Konfession als außenpolitische Leitkräfte hingegen, um den englischen Einfluss im protestantischen Mächteblock nachhaltig zu steigern, aber auch um sich als Vermittler zwischen den konfessionellen Lagern zu etablieren. Zugleich lieferten beide Wirkkräfte ein wichtiges innenpolitisches Instrument, um den Widerstreit zwischen den einzelnen höfischen Faktionen einzuhegen und auf der *via media* zwischen den Religionsgruppen weiter voranzuschreiten.

3. Ungeachtet des wiederholt festgestellten Zusammenspiels von Konfession und Dynastie bei konkreten außenpolitischen Projekten in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen wie der Eheallianz von 1613 oder der Annahme der Wenzelskrone 1619 bleibt dennoch festzuhalten, dass das konfessionelle und das dynastische Prinzip sich in der Zielsetzung unterschieden. Während das religiöse Prinzip auf eine Bekehrung oder sogar auf die Vernichtung des religiösen Gegners ausgerichtet war, lebte das dynastische Prinzip trotz seines ihm inhärenten Konfliktpotentials letztlich von der Existenz und der Anerkennung des Gegenübers. Die Vernichtung des dynastischen Konkurrenten hätte dem dynastischen Prinzip geschadet, da diejenige Instanz, von deren Anerkennung die eigene Würde abhängig war, nicht mehr existiert hätte. So bewegte sich die kurpfälzische Außenpolitik gegenüber Spanien als nicht-dynastischem, sondern konfessionellem Gegner vor allem in apokalyptischen Dimensionen, die gleichermaßen im diplomatischen Geschäftsschriftgut und in der öffentlichen Publizistik beziehungsweise der höfischen Repräsentation fassbar sind, während gegenüber dem hauptsächlich dynastischen Konkurrenten aus dem Hause Wittelsbach Fragen des Rangerhalts und der Rangerhöhung dominant blieben, die prinzipiell auf die Anerkennung durch Neuburg oder München angewiesen waren. Auf englischer Seite zogen Dynastie und Konfession gerade in den 1620er Jahren die Trennlinie zwischen königlicher Ausgleichspolitik und konfessioneller Kriegspolitik. So zeugten Jakobs I. vielfache Bündnispläne mit Madrid, Wien und München von einem differenzierten und partiell auch toleranten Umgang mit den internationalen Konkurrenten. Die Forderungen der protestantischen Hofpartei, angeführt von Abbot und Pembroke, zusammen mit der radikal-protestantischen Publizistik riefen hingegen auf der Grundlage eines monolithisch-konfessionellen Feindbilds wiederholt zum apokalyptischen Kampf gegen den Antichristen auf.
4. Diese Unterschiedlichkeit in der Zielsetzung wirft schließlich die Frage auf, welches Prinzip und welches mit ihm verbundene Ziel sich beim Zusammenspiel bei-

der Faktoren durchsetzte, letztlich: welches der dominante Faktor in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen zwischen 1608 und 1632 war. In der Gesamtschau der diplomatischen Prozesse seit der Unionsgründung bis zum Tod des Pfalzgrafen Friedrich V. erscheint das der Dynastie inhärente Konfliktpotential durch konfessionelle Motive zusätzlich verstärkt worden zu sein, wohingegen das dynastische Prinzip der Anerkennung durch den dynastischen Konkurrenten durch das konfessionelle Prinzip der Vernichtung des Gegners verdrängt wurde. In der englischen und kurpfälzischen Außenpolitik wurden demnach vor allem jene dynastischen Projekte verwirklicht, die auf einer konfessionellen Konvergenz der potentiellen Bündnispartner bauen konnten. Zur Lösung konfessioneller Konflikte erwies sich die dynastische Politik dagegen als ungeeignet. So scheiterten die vielfältigen dynastischen Projekte zwischen London, Madrid, Wien, München und Heidelberg zur Lösung der Pfalzfrage an der religiösen Dimension der politischen Auseinandersetzung. Das Interesse des Heidelberger Kurhauses an einer Restitution ihrer kurpfälzischen Territorien auf diplomatischem Wege endete spätestens mit der Gefährdung des konfessionellen Status des Kurhauses durch ein interkonfessionelles Heiratsbündnis. Im Falle Englands brachten schließlich der Widerstand höfischer Gruppen und die politisch-konfessionelle Erregung außerhöfischer Öffentlichkeitsschichten das Heiratsprojekt mit Spanien und die jakobitische Friedenspolitik zu Fall. Die englisch-kurpfälzischen Beziehungen machen damit zugleich deutlich, dass der Dreißigjährige Krieg zumindest in der ersten Hälfte vor allem ein Konfessionskrieg war. Der Wille zur Begrenzung dynastischer Auseinandersetzungen, wie er charakteristisch für die dynastischen Konflikte im Ancien Régime werden sollte, fehlte auch in den Jahren 1618–1632 dort, wo die konfessionelle Dimension des Sukzessionskonflikts in Böhmen und später die Auseinandersetzungen um den Pfälzer Hausbesitz einen Ausgleich der Parteien lange Zeit verbaute. Ungeachtet aller säkularen Einhebungsversuche blieb die Konfession damit der dominante Faktor in den englisch-kurpfälzischen Beziehungen 1608–1632.

Abbildungen



Abb. 1: Das Schiff Argo mit Jason, den Argonauten und dem Orakel von Delphi im Mastbaum. Das Motiv wurde auf Friedrich V. bezogen, der gleich einem neuen Jason im Juni 1613 in Heidelberg Einzug hielt.



Abb.2: Vorderseite Triumphbogen auf dem Marktplatz in Oppenheim.
Seine Inschriften und Symbole geben Auskunft über die pazifizierende Wirkung einer fürstlichen Hochzeit.



Abb. 3: Triumphsäulen und Inschriftentafel der Stadt Frankenthal.

Die Stifter dieser Bauten sahen sich bei der Ehrung von Elizabeth Stuart zu konfessionspolitischen Aussagen veranlasst. Vgl. dazu die Übersetzung S. 289.



Abb. 4: Hauptportal auf dem Vorhof des Heidelberger Schlosses.
Hier wird eine Darstellung des Vereinigungsmotivs von Themse und Rhein gezeigt.



Abb. 5: Rückseite Triumphbogen auf dem Marktplatz in Oppenheim.
Die Erneuerung der Verbindung zwischen England und der Kurpfalz zeigt das Akroterion, wo Friedrich V. wie ein Phönix aus der Asche aufsteigt.



Abb. 6: Ankunft von Friedrich V. von der Pfalz und Elizabeth Stuart in Vlissingen am 29. April 1613.
Für die Überfahrt waren englische Kriegsschiffe zur Verfügung gestellt.

Register

Orte

Bei den Stichworten „England“ und „Kurpfalz“ wurde lediglich auf die Passagen verwiesen, in denen es um Grundstrukturen wie Verfassung, Territorium, Administration sowie Grundlagen der Außenpolitik geht.

Bei den Begriffen „London“ und „Heidelberg“ beziehen sich die Verweise auf Stadt, Hof und Universität, nicht aber auf Synonyme für die englische oder Kurpfälzer Regierung.

- Adria 157, 160, 165
Afghanistan 1
Afrika 300
Ahausen 117, 120–122, 129, 134, 136–139
Alzey 47
Amberg 48f., 85, 166f., 171, 176
Amerika 16, 267
Amsterdam 191, 227, 282
Ansbach 119, 169
Artois 290
Asien 300
Augsburg 26, 81, 83–86, 95, 100, 112, 219, 253, 303
Avignon 55
- Babylon 176, 247, 259, 290
Bacharach 47
Baden 119, 169, 182
Bayern 3, 11, 49, 56, 83, 85, 93, 114, 117, 131, 134, 149, 162, 176, 178f., 182, 185, 187, 193–195, 198, 201, 203, 206–208, 211–213, 217, 246, 253–256, 264
Bayonne 105, 127
Bayreuth 85
Beaulieu 107
Berlin 120
Böhmen 2, 4, 11, 13, 45, 49, 59, 62, 67, 74, 96, 101, 103, 119f., 164, 165–187, 191f., 194, 198, 200, 204–206, 213, 223, 225–227, 230, 232, 234f., 238, 240–242, 245, 248, 256, 259f., 262f., 265, 297f., 302–304, 308
Brandenburg 40, 117, 119f., 122–124, 158f., 206f., 239, 285
Bremen 81
(Groß)Britannien 41–43, 46, 88, 110, 227
Brüssel 123, 171, 184, 186, 194f., 210f., 265, 294, 303
- Burgund 52, 105, 287f.
- Cadiz 233
Calais 199
Cambridge 13, 89
Chambord 21, 113
Colmar 200–202
- Dänemark 3, 103, 108, 120, 136, 172, 181, 191, 194, 196, 198, 266
Den Haag 12, 135f., 138f., 169, 177, 180f., 190–193, 198f., 200–202, 204, 207, 211, 282, 302
Dessau 286, 291
Deutschland 6, 12, 16f., 26, 49, 58, 61, 65–67, 70, 83, 94, 107, 142, 152, 154, 156, 226, 231, 233, 259, 272, 274f., 288, 291, 301
Deutz 282
Donauwörth 117, 132
Dordrecht 79, 161
Dresden 112, 115, 117
Düsseldorf 282, 285
- Edinburgh 42, 53
England 35, 41–46, 50–54, 76–81, 89–92, 98–100, 104–110
Erfurt 106f.
- Flandern 105, 111, 164, 182f., 231, 266f., 297
Florenz 142, 290, 294
Franken 47
Frankenthal 49, 66, 72, 194, 231, 288f., 291, 298
Frankfurt a.M. 72, 84, 118, 172, 226, 274
Frankreich 2, 17, 21, 26, 43, 45, 66, 70f., 73,

- 87, 91, 102–108, 111–113, 115–117,
119–129, 134, 136, 138f., 142f., 158–160,
179, 188, 190, 193, 196, 198–200, 203, 217,
222, 266, 303, 307
- Friaul 160
- Genf 69, 72, 82–85, 99
- Germersheim 46
- Gravesend 281
- Hampton Court 79f.
- Heidelberg 12f., 47f., 55, 58, 65, 67–70, 72,
129, 155, 158, 160f., 172f., 182, 193, 195,
218, 229, 235, 250, 272f., 281f., 286–291,
293, 298, 306
- Heilbronn 161, 169
- Hellespont 290
- Henegau 290
- Herborn 69f.
- Irland 41
- Italien 16, 26, 44, 102, 111, 141, 158–160,
163f., 223, 242, 266, 286, 290, 294,
296
- Jülich-Kleve-Berg 81, 102, 122–125, 131,
135, 137, 151, 158f., 165, 283f.
- Karlsruhe 12
- Köln 93, 114, 117, 132, 162, 202, 282–285
- Konstantinopel 190, 192
- Kopenhagen 171
- Kraichgau 48, 65
- Kurpfalz 46–50, 55–58, 66–70, 81–88,
92–100, 111–116
- La Rochelle 188, 190, 193, 197, 199, 217
- Lambrecht 72
- Landshut 47
- Leiden 56, 135f., 161
- Lepanto 277
- Limburg 290
- Lombardei 164
- London 10, 32, 42, 44, 58, 79, 121f., 124,
133, 136, 147f., 153, 155f., 168, 172, 174,
186, 201, 223, 226f., 240, 242, 245,
273–277, 279, 281, 288, 294
- Lothringen 200
- Lützen 204
- Madrid 102, 104f., 109, 127f., 141, 143, 152,
163f., 186, 189f., 195f., 199, 201, 206,
208–210, 214, 216, 218, 224, 232, 264–266,
303, 307f.
- Mähren 103, 165
- Mainz 204, 283
- Mannheim 118, 182, 193, 195, 218
- Mantua 102
- Marburg 21, 70
- Meroz 217, 235f., 256, 260f., 297
- Metz 113, 280
- Mühlhausen 207
- Mülheim 282
- München 12f., 67, 93, 102, 114, 117, 131f.,
162, 180, 194, 202, 206–208, 211f., 218,
224, 253, 256, 297, 305, 307f.
- Münster 17, 299
- Nassau 68, 70, 74, 81, 95, 118, 130
- Neustadt 47
- Newmarket 183
- Niederlande 2f., 11f., 16, 23, 26, 44, 66, 69,
71, 73, 76, 102–116, 118, 120f., 123–125,
127f., 132, 134–136, 138f., 140, 142, 147,
152, 158f., 161, 169, 174, 178, 191, 196,
198f., 210, 222, 227–230, 262, 266f., 281f.,
295, 301, 303
- Niedersachsen 198f.
- Normandie 294
- Nürnberg 49, 73, 93
- Oberpfalz 48–50, 85, 98, 118, 123, 166, 175,
181, 207, 211, 264
- Oberrhein 48, 118
- Oppenheim 274, 288f., 292f.
- Osmanisches Reich 16, 290
- Osnabrück 17, 21, 299
- Österreich 165, 168, 178, 181
- Otterberg 72
- Oxford 13, 197
- Paris 12, 87, 102, 104, 121–124, 126–128,
136, 141, 145, 148, 153, 162f., 217
- Pavia 48, 93
- Polen 102f., 108
- Prag 2, 21, 58, 119, 167f., 170, 172f., 178,
180, 234f., 240, 295
- Preußen 31, 40
- Regensburg 202f., 206f., 283
- Reich 2f., 11, 17, 21f., 47, 67, 69–74, 81f.,
84, 86f., 94, 103f., 108, 111, 113–116,
119–121, 125, 130–132, 135, 149, 158,
162–164, 166f., 171, 177, 180–182, 184,

- 198, 203, 221, 245, 253, 258, 264, 281, 298,
307
Rhenen 191
Rom 76, 141, 218, 246f., 290
Rothenburg 120, 137, 169, 283
Russland 103, 108
- Sachsen 94, 107, 112f., 115, 117, 130, 178,
206f.
Saumur 74
Savoyen 141–143, 145f., 158, 160f.,
167–169, 172, 196, 271
Schlesien 84, 167f.
Schmalkalden 22, 93
Schönau 66, 72
Schottland 41–43, 46, 53, 88, 91f., 109f.,
149, 183
Schweden 3, 17, 95, 103, 108, 136, 181, 188,
191, 198, 203f., 259
Schweiz 82, 158f., 196
Seckenheim 47
Sedan 73f., 128f., 144f., 181f.
Selz 55
Skandinavien 26, 76, 79, 191, 198
Sorbonne 55
Southampton 198
Spanien 3, 18, 21, 26, 34, 37, 43, 45, 64, 69,
71, 73, 102–112, 118f., 121–124, 126–129,
134, 136, 139–144, 149, 152f., 158–161,
163f., 169f., 174, 178–185, 187–190,
192–199, 201–203, 206–218, 221f.,
227–236, 238f., 242f., 247–249, 261,
263–267, 272, 278, 280, 282, 288–291, 293,
291, 297, 301f., 307f.
Speyer 282
St. James 151, 240, 271f., 278, 281
St. Paul's Yard 226, 236
Stockholm 171, 203
Stuttgart 156, 272, 274f., 286, 294
- Torgau 107, 115, 118
Toskana 294
Toul 113
Transsylvanien 196, 198
Trient 26
Turin 141, 143, 160, 170
- Ulm 178–180
Ungarn 168, 178
Unterelsass 65
Utrecht 282
- Veltlin 196, 198
Venedig 16, 23, 118, 158–160, 164, 196, 198,
263, 294
Verdun 113
Vervins 102f., 110
Vicenza 294
Vlissingen 262, 281f.
- Wales 41f.
Wallonien 71f.
Weißer Berg 3, 11, 55, 180, 184f., 189, 191,
194, 205, 208, 210, 217, 223, 229, 255, 260,
302
Wesel 2, 136–140, 149, 152, 165, 171f., 179,
222, 282
Westfalen 3, 15, 86, 206, 299f.
Wetterau 66, 68, 70, 74, 85, 93, 114, 118
Wien 67, 102, 119, 168, 180f., 184, 186, 194,
196, 200, 202f., 206–209, 218, 224, 264,
283, 303, 307f.
Wittenberg 83f.
Wolfenbüttel 13
Württemberg 50, 82, 119f., 122, 136–138,
158, 169, 182, 200
- Xanten 159, 164

Personen

- Abbot, George 64, 80, 142, 151–156, 163, 166, 173f., 185, 188, 192, 212, 215, 222, 229, 259, 303f., 307
- Acuña, Diego Sarmiento, Conde de Gondomar 209, 231, 232, 239
- Africanus, Scipio 266
- Alba s. Toledo, Fernando Alvarez de
- Albrecht, Erzherzog v. Österreich 172
- Allynes, Robert 247
- Althusius, Johannes 70
- Alting, Heinrich 245
- Anne d'Autriche, franz. Königin 127
- Anne, engl. Königin 142, 152, 270
- Anstruther, Robert 200, 203, 219
- Arminius, Jakob 135
- Arnisaeus, Hennig 22
- Austria, Juan de 277
- Bassompierre, François de 190
- Beaumont, Francis 278f.
- Béthune, Maximilien de, Duc de Sully 89, 109, 126
- Biron s. Gontaut, Charles de
- Bodin, Jean 22
- Bongars, Jean de 24, 73, 123
- Botero, Giovanni 25
- Bouillon, Henri de la Tour, Duc de s. Tour, Henri de la
- Bourbon, Charlotte de 66
- Bourbon, Louis de, Prince de Condé 66, 115
- Bouwinghausen, Benjamin v. 120–122, 124, 136f., 139, 158, 179
- Brederode, Amalie v., Kurfürstin d. Pfalz 95
- Brederode, Pieter Corneliesz. 73
- Bristol s. Digby, John
- Bry, Johann Theodor de 274
- Buchanan, George 88
- Buckingham s. Villiers, George
- Burghley s. Cecil, William
- Burlamachi, Philip de 44
- Calvert, George 187f., 255
- Calvin, Jean 25, 77, 241
- Camerarius, Joachim 73
- Camerarius, Ludwig 22, 154, 162, 173, 191, 204, 223
- Cameron s. Fairfax, Thomas
- Campion, Thomas 237, 297
- Carleton, Dudley 64, 159, 164, 185, 188, 197, 203, 227
- Carr, Robert, Viscount Rochester 53
- Cathérine (de Medici), franz. Königin 105, 127
- Caus, Salomon de 294
- Cecil, Edward 189, 233
- Cecil, Robert, Earl of Salisbury 41, 43, 45, 51f., 63, 99, 109, 122, 124f., 135, 141f., 145f., 153, 222
- Cecil, William, Lord Burghley 44, 105, 109
- Cervantes y Saavedra, Miguel de 291
- Chamberlain, John 144, 276
- Chapman, George 240, 279f.
- Charles, engl. Kronprinz s. Karl I.
- Christian I. von Anhalt 48, 50, 68, 107, 118–121, 123f., 130, 132, 136f., 143, 146, 154–156, 166–168, 173, 175, 191, 221f.
- Christian I., Kurfürst v. Sachsen 107
- Christian IV., dän. König 149, 172, 198–200
- Christian v. Braunschweig 181, 191, 195, 205
- Coligny, Gaspard de 66
- Coligny, Louise de 66
- Colli, Hippolyt v. 130
- Conway, Edward 180, 187–189, 196–198, 216, 227
- Corvinus, Matthias 29
- Cottingham, Francis 201
- Cranfield, Lionel 45, 187
- Craven, William 191
- Cromwell, Oliver 108
- Cromwell, Thomas 51
- Dathenus, Petrus 72f., 84, 148, 152, 154
- Dekker, Thomas 238, 240f., 243, 248
- Devreux, Robert, Earl of Essex 73f., 106, 142, 233, 269
- Dickenson, John 131
- Digby, John, Earl of Bristol 184, 209f.
- Digges, Dudley 215
- Diocletianus, röm. Kaiser 240f.
- Dohna, Achatius v. 68, 136, 154, 168, 173, 191, 194, 227
- Dohna, Christoph v. 68, 154, 171f., 174, 179, 183, 189, 191, 242
- Doncaster s. Hay, James, Viscount
- Donellus, Hugo 56, 69
- Drake, Francis 267

- Drayton, Michael 229, 244
 Drury, Robert 148, 155
 Dudley, Robert, Earl of Leicester 105, 153
- Eberbach, Heinrich v. 68
 Edmondes, Thomas 127, 145f., 151, 162, 168
 Eduard IV., engl. König 293
 Eduard VI., engl. König 76
 Eggenberg, Johann Ulrich Frhr. v. 200
 Ehem, Christoph v. 84
 Elisabeth de Bourbon, span. Königin 127
 Elisabeth I., engl. Königin 2, 41f., 74, 91, 104–107, 143, 183, 221, 233, 243, 248f., 257, 267, 269, 271, 277, 293, 301
 Elizabeth Stuart, Kurfürstin d. Pfalz 2, 92, 129, 133, 140–145, 147f., 152, 154–157, 165, 175, 190–193, 199, 202, 209, 219, 222f., 231, 234, 237, 240, 248–250, 257, 262, 275, 279, 282, 289, 291f., 294, 296f., 301
 Ernst, Kurfürst v. Köln 93
 Essex s. Devreux, Robert
- Faber, Paul 284
 Fairfax, Thomas, Baron of Cameron 267
 Fennor, William 244, 246
 Ferdinand II., dt. König u. Kaiser 3, 102, 160, 162, 172, 174, 179–181, 184, 194, 205f., 259
 Ferdinand, Kurfürst v. Köln 162, 283f.
 Finett, John 168
 Fleetwood, Miles 213f.
 Forbe, John 191
 Foxe, John 35, 234, 240f., 261
 Franchis, Joannes Maria de 245f.
 Freher, Marquard 56, 69, 73f., 252–255
 Friedrich Heinrich v. Oranien 282
 Friedrich Heinrich, Pfälzer Kurprinz 192, 211, 219, 249f., 259
 Friedrich I. Barbarossa, dt. König u. Kaiser 46, 292
 Friedrich I., Kurfürst d. Pfalz 47
 Friedrich II., Kurfürst d. Pfalz 65, 83
 Friedrich III., Kurfürst d. Pfalz 2, 56, 72, 82–84, 95, 106, 112, 115, 154, 271
 Friedrich IV., Kurfürst d. Pfalz 2, 48, 50, 58, 67f., 85, 95, 109, 112, 114, 118, 130, 251, 256, 270
 Friedrich V., Kurfürst d. Pfalz 2f., 74, 133, 139f., 144, 147, 152, 154, 156, 159, 161f., 166, 168, 171, 173f., 176–182, 184–188, 191–195, 198–205, 207f., 211, 218f., 222–224, 226, 232, 235, 237, 239, 244–246, 248f., 253, 255, 257–260, 262f., 265, 275, 277, 279, 282, 289, 292, 294, 296, 301f., 304
- Gábor, Bethlen 198, 263
 Gainsford, Thomas 230
 Gataker, Thomas 260
 Georg Friedrich von Baden 137
 Georg I., Kurfürst v. Sachsen 171
 Gewold, Christoph 253f.
 Gondomar s. Acuña, Diego Sarmiento
 Gontaut, Charles de, Duc de Biron 128
 Gothofredus, Dionysius 56, 252, 254
 Götz, Sebastian 294
 Gray, Andrew 179
 Grotius, Hugo 21
 Grün, Christoph v. d. 86, 133, 148, 155, 191, 276
 Grünrade, Otto v. 68
 Gruter, Janus 73
 Gustav Adolf, schwed. König 203f., 260
 Guzmán, Gaspar de, Graf v. Olivares 37, 189, 196, 199, 209, 232
 Gyles, Edward 183, 215
- Hales, Alexander v. 211f.
 Hamilton, James 64, 188, 203
 Harrison, John 229, 235, 259
 Hay, James, Viscount Doncaster 152, 171f., 184
 Heinrich der Löwe 292
 Heinrich II., franz. König 21, 113
 Heinrich IV., franz. König 73, 102, 107, 112, 114f., 118, 120–126, 128f., 136, 222, 301
 Heinrich VII., engl. König 293
 Heinrich VIII., engl. König 43, 51, 76, 276
 Henriette Marie, engl. Königin 188, 190, 235
 Henry, Prince of Wales 64, 74, 79, 88, 92, 127, 140–144, 148f., 151–153, 160, 222, 239f., 242, 246, 248–250, 259, 269, 271, 278, 280, 282, 294, 297
 Herbert, William, Earl of Pembroke 64, 142, 151f., 188, 238f., 303, 307
 Heywood, Thomas 238, 244, 248f.
 Hobbes, Thomas 18, 90
 Holland s. Rich, Henry
 Holles, Denzel 207, 227
 Holles, John 207, 227

- Howard, Henry, Earl of Northampton 152f.
 Howard, Thomas 64, 187
 Hübner, Matthias 274
 Hus, Jan 241
- Isabella, span. Infantin 184
- Jakob I., engl. König 2f., 41–43, 51–53, 79f., 88–92, 109–111, 121f., 124, 126f., 131–137, 140–144, 146f., 151–153, 155–158, 160, 163–165, 167–172, 174, 176, 178–190, 192, 194–197, 199, 205, 208–211, 214–216, 218, 221–223, 228, 233, 235, 239, 241, 244, 257, 261–266, 269, 276, 278f., 281f., 284, 288f., 297f., 301–303, 307
- Joachim Ernst v. Brandenburg 132, 137, 287
- Jocquet, David 280
- Johann Casimir, Pfalzgraf 2, 48, 66–68, 85, 93, 106f., 112–114, 121, 271, 289
- Johann II., Pfalzgraf v. Zweibrücken 130–132, 182, 251f., 255
- Johann VI. v. Nassau-Dillenburg 118
- Johann VII., v. Nassau-Dillenburg 68, 118, 130
- Johann Friedrich, Herzog v. Württemberg 287
- Johann Wilhelm, Herzog v. Jülich-Kleveberg 122
- Jones, Inigo 270, 294
- Jonson, Ben 244, 269f., 278
- Karl der Große, fränkischer König u. Kaiser 149, 245f., 273
- Karl Emanuel I., Herzog v. Savoyen 141, 160, 172
- Karl I., engl. König (auch Charles) 3, 78, 80f., 92, 144, 149, 187f., 189, 192, 195–197, 199, 201, 205, 208f., 214–217, 224, 229, 235f., 239, 261
- Karl IX., schwed. König 95
- Karl V., dt. König u. Kaiser 16, 21, 93, 265, 288
- King, John 257f.
- Knichen, Andreas 22
- Konrad, dt. König u. Kaiser 46
- Kronberg, Johann Schweikard v., Kurfürst v. Mainz 283
- Lake, Thomas 153, 187f.
- Languet, Hubert 70
- Las Casas, Bartolomé 280
- Laud, William 64, 78, 80f.
- Le Sieur, Stephen 124, 133
- Leicester s. Dudley, Robert
- Lenck, Johann Baptist 159
- Ley, James 188
- Lingelsheim, Georg Michael 68, 73, 152, 154
- Lofoenius, Michael 68
- Louise Hollandine, Pfalzgräfin 210
- Louise Juliane, Kurfürstin d. Pfalz 95, 115, 131
- Ludwig (d. Bayer), dt. König 94
- Ludwig Friedrich, Prinz zu Württemberg 137
- Ludwig I., Herzog v. Bayern 92
- Ludwig V., Kurfürst d. Pfalz 93
- Ludwig VI., Kurfürst d. Pfalz 65, 72, 85, 95, 104, 113f., 221
- Ludwig XIII., franz. König 125–127, 176
- Luther, Martin 36, 241, 259
- Machiavelli, Niccolò 25, 263
- Magdalena v. Bayern, Pfalzgräfin zu Neuburg 132
- Mansfeld, Ernst Graf zu 170, 181f., 191, 194–196, 99, 230, 235, 241, 267
- Marck, Charlotte de la 73
- Maria Stuart, schott. Königin 91
- Marie (de Medici), franz. Königin 126–129, 188
- Marlowe, Christopher 293
- Martell, Karl 246
- Mary Queen of Scots 91
- Mary Tudor, engl. Königin 35, 72, 77, 79, 88, 104
- Massinger, Philip 240–243
- Mathilde v. England 292
- Matthias, dt. König u. Kaiser 167
- Maximilian I., Herzog v. Bayern 93, 102, 131, 162, 172, 201, 205–208, 211, 224, 253, 255, 264, 283
- Maxwell, James 245f., 259
- Merian, Matthias 274f.
- Middleton, Thomas 239f., 243
- Montague, Richard 80f.
- Montmorency, Charlotte de 123
- Moritz v. Oranien 130f., 135f., 138, 148, 161, 169, 173, 282
- Moritz, Kurfürst v. Sachsen 21, 113
- Morton, Albert 161, 163, 187

- Nassau, Elisabeth v. 74
 Naunton, Robert 173, 175, 187
 Navarre, Henri de s. Heinrich IV.
 Nethersole, Francis 185, 191, 197, 218, 255
 Neufville, Nicholas, Seigneur de Villeroy 126
 Neville, Henry 153
 Nixon, Anthony 249
 Northampton s. Howard, Henry
- Oldenbarnevelt, Johann v. 135f.
 Olivares s. Guzmán, Gaspar de
 Opitz, Martin 245, 272
 Ottheinrich, Kurfürst d. Pfalz 56, 83, 95
 Otto III., dt. König u. Kaiser 354
 Otto IV., dt. König u. Kaiser 292
 Overbury, Thomas 108, 153
- Paget, John 191
 Paget, William 104
 Palladio, Andrea 294
 Paracelsus, Theoprastus v. Hohenheim 259
 Pareus, David 70
 Pawel, Andreas 191, 205
 Peacham, Henry 246, 249f.
 Pembroke s. Herbert, William
 Peter, Carl 294
 Phelips, Robert 215
 Philipp d. Gute, Herzog v. Burgund 287
 Philipp III., span. König 164f.
 Philipp IV., span. König 127
 Philipp Ludwig v. Pfalz-Neuburg 129–134, 149, 251f., 284
 Philipp, Kurfürst d. Pfalz 47
 Plessen, Vollrad v. 68, 109, 114, 123, 146, 149, 153f., 173, 191, 223
 Plessis de Richelieu, Armand-Jean I. du 189, 199
- Radziwill, Christopher 74
 Raleigh, Walter 64, 142f., 151, 231, 233, 267
 Ravaillac, François 125f.
 Reynolds, John 228, 263–265
 Rich, Henry, Earl of Holland 64, 188, 227
 Richelieu s. Plessis de Richelieu, Armand-Jean I. du
 Rochester s. Carr, Robert
 Roe, Thomas 190, 192
 Rohan, Henri, Duc de 74
 Rolte, John 258
 Rosenberg, Peter Wok v. 74, 167
 Rubens, Peter Paul 201
- Rudolf II., dt. König u. Kaiser 130, 167, 252
 Ruprecht I., Kurfürst d. Pfalz 55
 Ruprecht III., Kurfürst d. Pfalz, dt. König 94
 Rusdorf, Johann Joachim v. 190–193, 198, 200, 205, 209, 212
- Salisbury s. Cecil, Robert
 Sarpi, Paolo 159
 Sayn-Wittgenstein, Ludwig v. 68, 70, 85
 Schede, Paulus 273
 Schönberg, Meinhard v. 133, 137, 140, 147, 149, 152–155, 157, 167
 Scott, Thomas 230–233, 239, 261, 263–266
 Scultetus, Abraham 161, 229, 245
 Shakespeare, William 237, 291, 296
 Sidney, Philip Earl of 105, 152, 243
 Sidney, Robert 152
 Simmern, Reichard v. 68, 85, 114, 252
 Smith, Wentworth 239f.
 Solms-Braunfelds, Johann-Albrecht v. 68, 147f., 154f. 157, 168, 173, 191, 223, 276
 Solms-Braunfels, Otto v. 68
 Solms-Braunfels, Philipp v. 68
 Solms-Braunfels, Reinhard v. 68
 Solms-Braunfels, Wilhelm v. 68
 Spenser, Edmund 243f., 296
 Spinola, Ambrogio 178, 181f., 227, 229
 Sully, Maximilien de Béthune, Duc de 89, 109, 126
 Swinerton, John 240
- Taylor, Augustin 246
 Taylor, John 277f.
 Thurn, Matthias 191
 Tilly, Johann Tserclaes Graf v. 181f., 200, 203, 231, 234
 Toledo, Fernando Alvarez de, Conde de Alba 105, 127
 Tossanus, Daniel 72f.
 Tour, Henri de la, Duc de Bouillon 12, 67, 73f., 10, 121, 123, 128–130, 143–146, 148, 173, 263
 Trumbull, William 170, 185
- Ursinus, Zacharias 84
- Vane, Henry 203f.
 Velasco, Don Alonzo de 127, 142, 152
 Vere, Horace 151, 182, 189
 Veyras, Hans Franz 154
 Villeroy s. Neufville, Nicholas

- Villiers, George, Duke of Buckingham 53f.,
63–65, 99, 152, 187–190, 192f., 195–199,
201, 208–210, 214, 216, 223f., 229, 233,
236, 239, 242, 301f.
- Vögelin, Gotthard 281
- Vorstius, Conrad 135f., 161
- Wake, Isaac 168, 170
- Waldburg, Gebhard Truchseß v. 93, 114
- Walker, William 245
- Walsingham, Francis 105f.
- Welser, Marcus 253f.
- Weston, Richard 64, 180, 184, 187
- Wilhelm der Eroberer, engl. König 89
- Wilhelm I. v. Oranien 74, 95, 104, 115, 253
- Wilhelm IV., hess. Landgraf 23
- Wilhelm IV., Herzog. v. Bayern 93
- Williams, Abraham 153, 227
- Wing, John 262
- Winwood, Ralph 124, 131f., 135–138,
151–155, 164, 187, 276
- Wither, George 244, 247f.
- Wolfgang Wilhelm v. Pfalz-Neuburg
131–134, 158, 244, 247f., 284f., 252
- Wycliffe, John 260
- Zuleger, Wenzelaus 84
- Zwingli, Ulrich 82

Eine Veröffentlichung
der Kommission
für geschichtliche Landeskunde
in Baden-Württemberg

ISBN 978-3-17-019481-6